

Chronik
der Landeshauptstadt
Karlsruhe
für die Jahre
1918/19



XXXIV. u. XXXV. Jahrgang

Chronik der Landeshauptstadt Karlsruhe

für die Jahre
1918 und 1919



XXXIV. und XXXV. Jahrgang



Im Auftrag der Stadtverwaltung bearbeitet

Karlsruhe

Macklot'sche Druckerei und Verlag A.-G.

1925

STADT KARLSRUHE
Stadtbibliothek, Archiv, Sammlungen

Inhalt für 1918.

	Seite
I. Entwicklung der Gemeinde als solcher (1); Gemeindeverwaltung (2)	1
II. Bauliche Entwicklung der Stadt	16
III. Kirche (1), Schule (2) und Kunst (3)	21
IV. Politisches, industrielles und Vereinsleben	38
1. Politisches Leben:	
A) Kriegsverhältnisse bis zur Revolution und zum Waffenstillstand	38
B) Andere politische Vorgänge bis zur Revolution	93
C) Revolution und Waffenstillstand	93
D) Politische Vereine und Parteien vor und nach der Revolution	138
2. Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft	142
3. Vereinsleben	161
V. Leistungen des Gemeinssinn; Armen- und Krankenpflege	167
1. Leistungen des Gemeinssinn	167
2. Armenwesen und Jugendfürsorge	182
3. Krankenwesen	189
VI. Versammlungen, Feierlichkeiten und Festlichkeiten, Ausstellungen, Sehenswürdigkeiten	198
1. Versammlungen	198
2. Feierlichkeiten, Festlichkeiten	202
3. Ausstellungen	204
4. Sehenswürdigkeiten	205
VII. Verkehrswesen	206
VIII. Witterungsverhältnisse	217
IX. Bevölkerungsvorgänge (1), Totenschau (2)	222
X. Verschiedenes	234
XI. 1. Vorträge	242
2. Werke Karlsruher Schriftsteller	250

Beilagen.

I. Schülerzahl Karlsruher Schulen	251
II. Statistik der Bevölkerungsvorgänge	254

Verzeichnis der Abbildungen.

Seite	126/127.	Stadtrechtsrat Ludwig Becker.
„	436/437.	Stadtrat Karl Boming, Buchdruckereibesitzer.
„	172/173.	Alt-Stadtrat Friedr. Wilh. Doering, Kaufmann.
„	298/299.	Geh. Rat Dr. Josef Durm.
„	440/441.	Geh. Hofrat Karl Hoffacker.
„	190/191.	Stadtrat Ludwig Käppele.
„	288/289.	Geistl. Rat Dr. Anton Knoerzer.
„	140/141.	Stadtrat Wilhelm Kolb, Redakteur.
„	376/377.	Stadtrat Jakob Möloth.
„	354/355.	Stadtrat Otto Müller, Fabrikant.
„	258/259.	Kommerzienrat Karl Schrempp.
„	232/233.	Geh. Baurat Dr. Otto Warth.

Vorbemerkung.

Am 29. Januar 1923 ist der langjährige Verfasser der Stadtchronik, Herr Geh. Hofrat Dr. Robert Goldschmit heimgegangen. Seine Persönlichkeit wird in dem betreffenden Jahrgang gewürdigt werden, hier sei vorgreifend seiner großen Verdienste um die verständnisvolle und gewissenhafte Bearbeitung der Chronik gedacht. Bei seinem Tode hinterließ er das Manuskript für den Jahrgang 1918, das infolge der Ungunst der Verhältnisse nicht hatte gedruckt werden können, und das unvollendete Manuskript für 1919. Der Stadtrat hat nach dem Wiedereintritt in konstante Verhältnisse beschlossen, die Chronik wieder im Druck erscheinen zu lassen. Um dies zu ermöglichen und allmählich wieder aufs Laufende zu kommen, sollen die bisherigen Einzeljahrgänge durch Doppelbände ersetzt werden. Zunächst werden hiermit die Jahrgänge 1918 und 1919 in einem Band vereinigt der Öffentlichkeit übergeben. Zur Vermeidung allzugroßen Umfangs wurden alle Abschnitte durchgeprüft und gekürzt. Es muß z. B. bezüglich von Einzelheiten der zahlreichen Vereinsveranstaltungen auf die Zeitungsberichte verwiesen werden. Außerdem wurde die Übersicht über die hauptsächlichsten Ereignisse der Berichtsjahre weggelassen, da sie über den örtlichen Rahmen hinausgreift.

Der Herausgeber.

Chronik
1918

I.

Entwicklung der Gemeinde als solcher; Gemeindeverwaltung.

1. Entwicklung der Gemeinde.

Die Einwohnerzahl der Stadt Karlsruhe betrug nach der Berechnung des Statistischen Amtes auf Ende Dezember des Berichtsjahres 142 227 *) [1917: 145 697 *]. Das ergibt seit 31. Dezember 1917 eine Abnahme von 2,44 %. Im Vorjahre betrug die Abnahme 1,30 %. An Lebendgeborenen (auf das Jahr berechnet) kamen im Berichtsjahre auf 1000 Einwohner 12,66 (12,31), an Sterbefällen (ohne die gefallenen oder gestorbenen Kriegsteilnehmer) 16,07 (13,65). Säuglinge (Kinder bis unter 1 Jahr) starben 213 (216), d. i. von 100 Lebendgeborenen 11,83 (11,30). Unter den 213 (216) waren 159 (157) ehelich und 54 (59) unehelich geboren. Anstatt des Geburtenüberschusses war wieder wie im Vorjahre ein Überschuß an Gestorbenen zu verzeichnen; er beträgt 3,41 (1917: 1,35,) berechnet auf 1000 Einwohner und aufs Jahr.

Im Jahre 1918 waren in Bürgerquartieren untergebracht:

*) Die Abwesenheit der hiesigen Kriegsteilnehmer und andererseits die stärkere Belegung der Stadt mit Truppen ist hierbei nicht berücksichtigt.

Monate	Generale	Stabs-offiziere	übrige Offiziere	Feldwebel	Dize-feldwebel	Unter-offiziere	Gemeine	Tage
Januar	—	4	104	5	3	30	64	3450
Februar	—	7	101	1	4	33	70	2730
März	—	8	79	4	3	33	64	2704
April	—	12	84	2	4	38	75	2410
Mai	1	2	65	6	4	29	74	2567
Juni	—	8	76	2	10	29	77	2478
Juli	—	4	73	4	10	24	64	2423
August	1	1	93	2	3	30	63	2631
September	—	7	98	8	5	24	63	2728
Oktober	—	6	153	14	10	27	77	3240
November	3	46	752	92	33	265	4108	24634
Dezember	1	25	158	32	11	29	98	4230
Zusammen . . .	6	130	1836	172	100	591	4897	56225

Über die Finanzlage der Stadt entnehmen wir dem städtischen Rechenschaftsbericht folgende Angaben: Die Wirtschaftseinnahmen für das Jahr 1918 wurden im Voranschlag vom Bürgerausschuß in der Sitzung vom 15. März 1918

auf 10 778 265 Mk.

und der durch Umlagen aufzubringende Gemeinde-

aufwand auf 7 198 906 „

zusammen . . . 17 977 171 Mk.

festgesetzt, welcher Summe die Wirtschaftsausgaben im gleichen Betrage gegenüberstanden.

Das mit den Voranschlagsätzen zu vergleichende Rechnungsergebnis gestaltet sich jedoch nach Abschluß der Stadthauptkassens-Rechnung für 1918 folgendermaßen: Es betrugen

im „Hat“ die Einnahmen aus früheren Jahren Mk.

nach Abzug des Betriebsfonds 3 581 631,72

die laufenden ordentlichen Wirtschaftseinnahmen

einschließlich Umlagen 16 383 359,37

Die Summe der Einnahmen belief sich daher auf 19 964 991,09

Diesen stehen gegenüber:	Mrk.
Ausgaben aus früheren Jahren	444 235.77
Eaufende ordentliche Wirtschaftsaus-	
gaben	14 386 263.10

Die Beiträge der Wirtschaft:

- | | |
|---------------------------------|-------------------|
| a) zur Schuldentilgung | |
| 1 303 501 + 686 | 1 303 187.— |
| b) zur Verstärkung städtischer | |
| fonds | 49 000.— |
| c) außerordentliche Zuführung | |
| zum Grundstock auf Grund | |
| besonderer Beschlüsse | 751 284.62 |
| d) zur Grundstockergänzung | |
| für Instandsetzung des Rat- | |
| hauses | 12 031.— |
| e) Guthaben des Grundstocks | |
| an die Wirtschaft. | <u>575 070.85</u> |

Gesamtausgaben Mrk. 17 512 072.34

Somit hat die Wirtschaft des Jahres 1918 einen Überschuf der Einnahmen über die Ausgaben ergeben, von 2 452 918 Mrk. 75 Pf. oder, wenn dieser Berechnung das „Soll“ der Rechnung zugrunde gelegt wird, von 3 758 775 Mrk. 14 Pf.

Gegenüber dem Rechnungsabschluß des Jahres 1917 trat eine Vermehrung des Wirtschaftsüberschusses nach dem „Hat“ um 55 939 Mrk. 9 Pf. und nach dem „Soll“ um 926 963 Mrk. 30 Pf. ein.

Dieser Überschuf ist im wesentlichen auf Mehrablieferungen des Wasser- und des Elektrizitätswerkes, den Mehrertrag der Gebäude, des landwirtschaftlichen Geländes und der Waldungen und auf bedeutende Mehreinnahmen aus Umlagenachträgen, Verkehrs- und Warenhaussteuer, Grundbuchgebühren, endlich an Zinsen vorübergehend angelegter Anlehenskapitalien zurückzuführen. Ferner haben Rheinhafen und Stadtgarten die vorgesehenen Zuschüsse zu einem wesentlichen Betrag nicht in Anspruch genommen und die Straßenbahn statt des vorgesehenen, wenn auch nicht namhaften Zuschusses, einen sehr erheblichen Überschuf abgeliefert. Außerdem wurde bei den Mittel- und Fachschulen, dem Aufwand für die Unter-

haltung der Straßen, Wege und Kanäle, für die öffentliche Beleuchtung sowie für die Straßen- und Gehwegreinigung nicht unbedeutende Ersparnisse erzielt.

Ungünstig auf den Wirtschaftsüberschuß wirkten die Wenigerablieferung des Gaswerks, das geringere Ergebnis der allgemeinen Umlage und Biersteuer, die Mehrausgaben für die landwirtschaftlichen Grundstücke, die Fuhrverwaltung und den Fuhrpark, die Volksschulen, das Krankenhaus, soziale Fürsorge, die Viehzucht und Feldhut, die erstmalige Einrichtung des Wohnungsamts und die Zuschüsse für die Soldatenräte, der erhöhte Aufwand für die Beamten, Angestellten und Aushilfen, der Witwen- und Waisengelder infolge des Krieges, sowie an Passivzinsen und vermehrten Umlagerückvergütungen.

a) Von den laufenden Einnahmen des Jahres 1918 im Gesamtsollbetrage von 17 647 042 Mf. entfallen auf:

1. Die Umlagen	9 353 465 Mf. =	53,0 %
2. Die Verbrauchssteuern	60 491 " =	0,3 "
3. Die Verkehrs-, Wertzuwachs- und Warenhaussteuern	214 800 " =	1,2 "
4. Die Gebäude, Grundstücke, Waldungen . .	1 624 287 " =	9,2 "
5. Die Gebühren für Einrichtungen der Gemeindebeamtungen	65 224 " =	0,4 "
6. Die Gebühren von Wegen, Kanälen und Anlagen, sowie für Unterhaltung der früheren Landstraßenstrecken	114 326 " =	0,6 "
*7. Das Gaswerk	310 230 " =	1,8 "
8. Das Wasserwerk	502 182 " =	2,8 "
9. Das Elektrizitätswerk	364 613 " =	2,1 "
10. Die Straßenbahn	1001 277 " =	5,7 "
11. Die sonstigen Einnahmen	4 036 147 " =	22,9 "
		17 647 042 Mf. = 100,0 %

Die Ablieferungen für Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals sowie des Reinertrags, ferner die Zuschüsse an einzelne Betriebe gehen aus folgender Zusammenstellung hervor:

*) Von den Ablieferungen und Zuschüssen der Betriebe wurden entgegen der bisherigen Übung die Beträge für Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals als Kosten der Betriebe nicht berücksichtigt. Es wurden daher die reinen Ablieferungen oder Zuschüsse eingestellt.

Betrieb	Tilgung und Zins	Reinertrags- ablieferung	Zuschuß der Stadt
	Mf.	Mf.	Mf.
Gaswerk	491 854	310 230	—
Wasserwerk	230 697	502 182	—
Elektrizitätswerk	434 913	364 613	—
Rheinhafen	275 050	—	82 760
Straßenbahn	751 758	1001 277	—
Vorortsbahnen	113 693	—	—
Schlacht- und Viehhof	171 876	—	234 446
Stadtgarten und Festhalle	101 870	—	34 748
Vierortbad	40 770	—	59 763
Schwimm- und Sonnenbad	15 674	—	14 870
Friedhof mit Krematorium	41 936	3 579	—
Gutsverwaltung	52 603	—	135 912
Fuhrpark	5 832	—	26 660
Fuhrverwaltung	—	—	103 870

b) Von den Ausgaben des Jahres 1918 im Gesamtbetrage von 14 613 576 Mf. wurden verwendet auf:

1. Die planmäßige Schuldentilgung u. Verzinsung	4 784 259 Mf.	=	32,7 %
2. Die Mittel- und Volksschulen	2 915 036 "	=	20,2 "
3. Die öffentlichen Brunnen, Wege, Plätze, Gewässer und dergleichen	1 050 884 "	=	7,2 "
4. Gesundheitspflege einschließlich Straßenreinigung und Kehrichtabfuhr	461 070 "	=	3,2 "
5. Die Armen- und Krankenpflege	1 397 341 "	=	9,6 "
6. Die Polizei	209 311 "	=	1,4 "
7. Die Kreisumlage	327 721 "	=	2,2 "
8. Die Gewerbe, Kunst und Wissenschaft	553 601 "	=	3,8 "
9. Die Gemeindeverwaltung	1 846 502 "	=	12,6 "
10. Die Zuschüsse für Rheinhafen	82 760 "	=	0,6 "
" " Schlacht- und Viehhof	234 446 "	=	1,6 "
" " Stadtgarten	34 748 "	=	0,2 "
" " Bäder	74 633 "	=	0,5 "
" " Gutsverwaltung	135 912 "	=	0,9 "
11. Der Fuhrpark und die Fuhrverwaltung	130 530 "	=	0,8 "
12. Sonstige Ausgaben	544 822 "	=	2,4 "
14 613 576 Mf. = 100,0 %			

c) Veränderungen im Liegenschaftsbesitz:

Im Jahre 1918 hat die Stadtgemeinde Grundstücke im Flächen-
gehalt von 58 952 qm zum Preise von 98 060 Mf. angekauft und
66 078 qm zum Preis von 699 254 Mf. verkauft.

Die Anlehensschulden betragen:

Bezeichnung der Anlehen	Stand auf 1. Januar 1918 M	Tilgung im Jahre 1918 M	Stand auf 1. Januar 1919 M
a. Gegen Ausgabe von Schuld- verschreibungen.			
1. 3prozentiges Anlehen von 1886	3 277 100 —	365 000.—	2 912 100.—
2. 3 " " " 1889	1 730 200.—	121 000 —	1 609 200 —
3. 3 " " " 1896	1 239 900.—	49 000.—	1 190 900.—
4. 3 " " " 1897	2 692 500.—	93 000.—	2 599 500 —
5. 3½ " " " 1900	4 969 800.—	105 200.—	4 864 600.—
6. 3½ " " " 1902	3 819 000.—	77 600.—	3 741 400.—
7. 3½ " " " 1903	8 632 800 —	166 900.—	8 465 900.—
8. 4 " " " 1907	4 722 400.—	64 000 —	4 658 400 —
9. 4 " " " 1913	7 000 000.—	85 600 —	6 914 400.—
b. Sonstige Anlehen.			
10. 3½ prozent. Anlehen von 1892 bei der Versicherungsanstalt Baden.	561 000 —	28 000.—	533 000.—
11. 4 prozentiges Darlehen des All- gemeinen Deutschen Versiche- rungsvereins A.-G. in Stutt- gart von 1910	1 000 000.—	—	1 000 000.—
12. 4prozentiges Darlehen der Karlsruher Lebensversicherung von 1910.	4 000 000 —	—	4 000 000.—
13. Desgl. von 1912	3 000 000.—	—	3 000 000.—
14. 4½ prozentiges Darlehen der Gothaer Lebensversicherungs- bank auf Gegenseitigkeit, Gotha, von 1912.	1 870 200.—	29 200.—	1 841 000.—
15. 4 prozentiges Darlehen der Staatsschuldenverwaltung von 1915 und 1916 zur Förderung gemeinnütziger Bautätigkeit.	494 960.—	270 40	49 219.60
16. Unverzinsliches Darlehen der Staatsschuldenverwaltung von 1916 für das Hoftheater . .	79 600.—	416.—	79 184 —
	100 000 —	—	100 000.—
c. Schwebende Schulden . .	33 640 000.—	6 120 000 —	42 265 000.—
Summe . .	82 383 990.—	7 305 186 40	89 823 803.60

Da die Wirtschaft die nach den Schuldentilgungsplänen zur Amortisation aufzuwendenden Summen dem Grundstock jeweils abliefern, so hat dieser die noch im Rest stehenden, gekündigten, aber

nicht eingelösten Schuldverschreibungen mit 223 200 Mk. aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Die von der Wirtschaft zur Schuldentilgung noch aufzubringende Summe stellt sich daher am 1. Januar 1919 auf 89 823 803 Mk. 60 Pf. — 223 200 Mk. = 89 600 603 Mk. 60 Pf.

Über die Bewegung der zur Gemeindeumlage pflichtigen Steuerkapitalien gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Gattung der Steuerkapitalien	1918	1917	Gegenüber 1917	
			Zugang	Abgang
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
a. Liegenschaftsvermögen .	475 287 570	469 977 400	5 310 170	—
b. Betriebsvermögen . . .	307 940 500	283 449 200	24 491 300	—
c. Kapitalvermögen . . .	606 021 200	563 149 100	42 872 100	—
d. Einkommensteuersätze .	5 696 414	4 813 116	883 298	—

Der Umlagefuß wurde 1918 auf der gleichen Höhe festgesetzt wie seit 1913, nämlich für die Gesamtstadt vom Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens auf 37 Pf. von 100 Mk. Steuerkapital, beim Kapitalvermögen auf 16 Pf. von 100 Mk. Steuerkapital, auf 59,2 Pf., d. h. den 1,6 fachen Betrag des Umlagesatzes von 37 Pf., auf 1 Mk. der Einkommensteuersätze. Doch sind auf Grund der Vereinbarung bei der Eingemeindung von Grünwinkel die Steuerkapitalien dieses Stadtteils nur zu einem Teile mit dem allgemeinen Umlagefuß zur Umlage beizuziehen. Soweit sie zu einem ermäßigten Umlagefuß herangezogen werden, betrug der Ansaß bei Liegenschafts- und Betriebsvermögen 20 Pf., bei Kapitalvermögen 10 Pf. und der Aufschlag bei der Einkommensteuer 32 Pf.

Das Gesamtvermögen der

Stadtgemeinde beträgt . . . 116 189 907 Mk. 74 Pf.

während die darauf ruhenden

Schulden sich auf . . . 109 136 943 „ 92 „

belaufen. Es ergibt sich somit

ein Reinvermögen von . . . 7 052 963 Mk. 82 Pf.

d. i. gegenüber dem Vorjahre eine

Verminderung von 4 817 953 Mk. 85 Pf.

Unter den Gemeindevermögen im Betrage von 116 189 907 Mf.
74 Pf. sind enthalten:

I. Ertragbares Vermögen:

1. Das Gaswerk, Erstellungskosten	9 056 109 Mf. 96 Pf.
2. Das Wasserwerk, Erstellungskosten	4 467 402 " 03 "
3. Das Elektrizitätswerk, Erstellungskosten	6 186 282 " 58 "
4. Die Straßenbahn, Erstellungskosten	9 588 490 " 27 "
4a Die Lokalbahn, Erstellungskosten	1 968 925 " - - "
5. Der Schlacht- und Viehhof, Ertragswert	791 200 " — "
6. Der Rheinhafen, Gebäude im Feuerver- sicherungsanschlag von 1 101 000 Mf. und Gelände im Steuerwert von 632 765 Mf., sowie die Fahrnisse und maschinellen An- lagen mit 1 610 851 Mf.	3 344 616 " — "
7. Die Badeanstalt, Feuerversicherungsanschlag	537 000 " — "
8. Die Festhalle mit Nebengebäuden	854 900 " — "
8a Das Konzerthaus	1 079 000 " — "
8b Die Ausstellungshalle	588 000 " — "
9. Das Rathaus mit den Gebäuden Karl- Friedrich-Straße Nr. 8 und Jähringer Straße Nr. 96/100, Feuerversicherungsanschläge	1 218 200 " — "
10. Die Geschäfts- u. Wohnhäuser Kaiser-Straße Nr. 143 und 145, Feuerversicherungsanschläge	426 700 " — "
11. Die sonstigen Gebäude, die zu Gemeinde- zwecken dienen oder als Wohnungen vermietet sind, im Gesamtversicherungsanschlag von	1 853 400 " — "
12. Die Waldungen im Steuerwert von	589 780 " — "
13. Die Äcker, Wiesen, Lagerplätze u. dergl., die größtenteils verpachtet oder im Eigenbetrieb sind, im Steuerwert von	9 473 792 Mf. — "
14. Die verzinslichen Forderungen, Wertpapiere und die Kassenvorräte im Betrage von	30 270 851 " 53 "
15. Vorräte des Nahrungsmittelamtes	3 575 625 " 66 "
Summe I	85 870 275 Mf. 03 Pf.

II. Werte, die keinen finanziellen Ertrag
abwerfen:

1. Die Einnahmerückstände im Betrage von	6 346 222 Mf. 08 Pf.
2. Gebäude, die zu Schul-, Kranken-, Armen- und sonstigen Zwecken dienen, im Feuer- versicherungs- bzw. Steueranschlag von	16 124 650 " — "
Summe II	22 470 872 Mf. 08 Pf.

III. Vorräte an Naturalien, Materialien
und Gerätschaften, soweit nicht unter I
angeführt, im Wertbetrage von

5 870 103 Mf. 71 Pf.

Nun dürfen aber in die nach der Städterechnungsanweisung gefertigte Vermögensstands-Darstellung die Gebäude nur mit ihrem Gebäudeversicherungsanschlag, die Grundstücke nur mit ihrem Steuerwert und die gewerblichen Einrichtungen nur mit den Anlagekosten, sonach nicht mit ihrem wirklichen Verkehrswert aufgenommen werden. Wäre letzteres gestattet, d. h. dürften die Gebäude und Grundstücke mit ihrem mutmaßlichen Verkehrswert und die gewerblichen Anlagen mit ihrem Ertragswert in Berechnung gezogen werden, so würde sich das Reinvermögen von 7 052 963 Mk. 82 Pf. auf 92 811 238 Mk. 73 Pf. erhöhen. Dieses wird wie folgt nachgewiesen:

1. Die Gebäude und Grundstücke sind nach dem in dem	
Eigentumsinventar für 1918 beigesetzten, nach	
Friedenspreisen berechneten mutmaßlichen Verkehrs-	
wert auf 1. Januar 1919 geschätzt auf	51 479 875 Mk. — Pf.
In den Vermögensstand sind sie aufgenommen mit	<u>33 894 499 " — "</u>
Demnach Mehrwert derselben	17 585 376 Mk. — Pf.
2. Der nach dem dreijährigen Durchschnitt des Ertrags	
bemessene 4 prozentige Wertanschlag beträgt:	
a) für das Gaswerk	23 518 487 Mk. 75 Pf.
b) für das Wasserwerk	19 798 524 " 50 "
c) für das Elektrizitäts-	
werk	20 410 796 " 50 "
d) für den Schlacht- und	
Viehhof	791 200 " — "
e) für die Straßenbahn	33 434 550 " — "
f) für die Lokalbahn	2 277 750 " — "
	<u>100 231 308 Mk. 75 Pf.</u>

Eingestellt sind für
diese Unternehmungen in
den Vermögensstand 32 058 409 Mk. 84 Pf.

Somit Mehrwert 68 172 898 Mk. 91 Pf.

Hierzu das Reinvermögen mit 7 052 963 " 82 "

Summe des wirklichen reinen Vermögens der
Stadtgemeinde nach Friedenswert 92 811 238 Mk. 73 Pf.

Neben diesem Vermögen der Stadtgemeinde besitzen noch

Aktivvermögen:

1. Die Spar- und Pfandleihkasse Karlsruhe 167 454 Mk. 28 Pf.

2. Die weltlichen Ortsstiftungen 2 422 135 " 04 "

2 589 589 Mk. 32 Pf.

Außerdem besitzt die Stadtgemeinde 49 Denkmäler, Zierbrunnen
und öffentlich aufgestellte Figuren im Anschaffungswert von
1 106 731 Mk.

In den städtischen Gaswerken wurden im Berichtsjahre 18 693 100 kbm (1917: 19 726 400 kbm) Gas erzeugt. Abgegeben wurden für öffentliche Beleuchtung 268 023 kbm (492 855 kbm), für Private, Behörden und Stadt 17 046 209 kbm (17 644 528 kbm). Gasmesser waren am 31. Dezember 1918 aufgestellt für Leucht-, Koch- und Heizgas 32 171 Stück (20 121), Münzgasmesser 11 760 Stück (11 250). Öffentliche Laternen brannten Ende Dezember 1918 ganznächtlig 583 (569) Stück.

Vom Elektrizitätswerk wurden im Berichtsjahre 16 998 259 Kwst (1917: 15 865 632 Kwst) Strom abgegeben. Anschlüsse waren Ende Dezember 3843 Stück (3762) vorhanden mit 7416 Abnehmern. Eingerichtet waren Ende Dezember 149 488 Glühlampen (144 154), 836 (836) Bogenlampen, 2302 Motoren (2246) mit 8776 PS (8417 PS), 7817 Elektrizitätszähler (7427) und 1137 Schaltuhren.

Beim Wasserwerk betrug im Berichtsjahre der Gesamt- wasserverbrauch 8 060 125 kbm (1917: 7 800 768 kbm). Die stärkste Tagesabgabe betrug 32 415 kbm (29 708 kbm), die schwächste 15 023 kbm (15 380 kbm). für Straßengießen, Springbrunnen usw. wurden 493 369 kbm (477 038 kbm) abgegeben. Öffentliche Brunnen waren 83 Stück (84) vorhanden, 1519 öffentliche Feuerhähnen und 16 öffentliche Springbrunnen, beide wie im Vorjahre.

2. Gemeindeverwaltung.

Der Stadtrat hielt im Berichtsjahre 56 Sitzungen ab (1917: 54), in denen 3015 (2907) Gegenstände der Beschlußfassung unterlagen.

Von den städtischen Kommissionen hatte die Baukommission 52 (1917: 54) Sitzungen, der Verwaltungsrat der Spar- und Pfandleihkasse 6 (5), die Friedhofskommission 2 (1), die Kommission für Armen- und Jugendfürsorge 5 (5), die Beiräte der Goetheschule, der Humboldtschule, der Realschulanstalten, der höheren Lehranstalten für Mädchen je 3 (je 2). Die Badeanstaltenkommission 2 (3), der Gewerbeschulrat 2 (4), die Gas- und Wasserwerkskommission (1), die Krankenhauskommission (1), der Ortsgesundheitsrat (1), die Schlacht- und Viehhofkommission (2),

die Stadtgartenkommission (1), die Schulkommission (3) und der Handelsschulrat (3) je eine Sitzung.

In das Stadtratskollegium neu gewählt wurden: Rechtsanwalt Dr. Leo Kullmann (25. April) anstelle des verstorbenen Stadtrats Kolb (soz. Partei) und Architekt Karl Trier (14. Oktober) anstelle des verstorbenen Stadtrats Käppeler (dem. Partei). Am 25. Februar wurde Stadtverordneter August Schwall zum Stellvertreter des Obmanns des geschäftsleitenden Vorstands der Stadtverordneten und Stadtverordneter Hermann Eichhorn zum Mitglied des Vorstands gewählt.

Der Bürgerversammlung hielt im Berichtsjahre 8 (9) Sitzungen ab, in denen 68 (47) Gegenstände verabschiedet wurden. Er bewilligte die Verwendung von Anlehensmitteln für nachstehende Zwecke*):

Ankauf zweier Grundstücke im Gewann „Oberer See“, Kaufpreis: 30 354 Mk., Ankauf eines Grundstückes an der östlichen Kriegs-Straße, Kaufpreis: 13 700 Mk., Ankauf eines Grundstückes an der Kreuzung der Hardt-, Stößer- und Graben-Straße, Kaufpreis: 13 600 Mk.

Ankauf von Grundstücken im Vorort Rüppurr: Kaufpreis: 32 700 Mk., Ankauf von Grundstücken im Gewann Oberfeld, Kaufpreis: 925 800 Mk.

Herstellung eines Verbindungsgleises der Straßenbahn mit der Eilgutverladerampe des Personenbahnhofes, Aufwand: 38 500 Mk. Anschluß des städt. Gaswerks an das Straßenbahnnetz, Aufwand: 39 400 Mk., Herstellung eines Straßenbahngleises in der Jähringer-Straße für den Milch- und Marktverkehr und Einführung in die Milchzentrale, Gesamtaufwand: 64 700 Mk. Anschluß des städt. Vierordts-Bades an die städt. Straßenbahn, Aufwand: 19 800 Mk.

Erhöhung des zur Anschaffung von 25 Trieb- und 20 Anhängewagen für die städt. Straßenbahn bewilligten Aufwands von 572 500 Mk. um 337 900 Mk., desgl. für 10 Triebwagen für die Karlsruher Lokalbahnen von 165 000 Mk. um 108 500 Mk.

*) Die Bewilligung von Beträgen unter 10 000 Mk. bleibt unberücksichtigt.

Beschaffung eines elektr. Gütertriebwagens für die städtische Straßenbahn, Aufwand: 25 400 Mk., desgl. von 5 offenen Güterwagen und 5 Kastenkippswagen, zus. 57 950 Mk., desgl. von 3 mehrspurigen Tafelwagen mit 2 Dachgestellen für die Karlsruher Lokalbahnen, Aufwand: 24 000 Mk. Beschaffung von 3 Tafelwagen für die städt. Straßenbahnen. Aufwand: 13 500 Mk.

Aufstellung einer vorläufigen Wellblechhalle für Straßenbahnwagen an der Honßell-Straße. Gesamtaufwand: 61 300 Mk.

Anschaffung einer Drehbank zur Instandhaltung der Betriebsmittel der Straßenbahn. Aufwand: 24 230 Mk.

Aufstellung eines zweiten Becherwerkes im Gaswerk. Aufwand: 30 000 Mk.

Herstellung eines Platzes zur Bearbeitung von Reinigungsmasse beim Gaswerk II. Aufwand: 18 000 Mk.

Straßen- und Pflasterherstellung im Gaswerk. Aufwand: 24 000 Mk.

Einrichtungen zur Beförderung und Aufbereitung der Kohlen für das Elektrizitätswerk. Aufwand: 80 000 Mk.

Anschaffungen für den städt. Fuhrpark. Aufwand: 30 000 Mk.

Bau von Kleinwohnhäusern im Vorort Daglanden. Aufwand 35 500 Mk.

Einrichtung von Notwohnungen in städt. Gebäuden. Aufwand: 25 000 Mk.

Bewilligung von verzinslichen Darlehen an Hausbesitzer zur Einrichtung von Notwohnungen. Aufwand: 50 000 Mk.

Gewährung eines Darlehens von 200 000 Mk. an den Bad. Baubund G. m. b. H. zur Beschaffung neuer Wohnungseinrichtungen für Minderbemittelte und von 100 000 Mk. ebenso zur Bewirtschaftung von Altmöbeln.

Pachtung des Klosterhofes und des Talhofes (Amtsbezirk Eugen). Jährl. Pachtzins zus. 7 500 Mk., außerdem für Bewirtschaftung einmalig 70 000 Mk.

Anschaffung zweier Pferde samt Geschirren u. a. für die vorgenannten Höfe. Gesamtaufwand: 30 000 Mk.

Pachtung der Hofgüter Bachzimmern bei Innendingen und Dreilerchenhof bei Geisingen einschl. Vorräten und Betriebsmitteln. Gesamtaufwand: 169 000 Mk.

Beschaffung von Tieren und Gerätschaften, Bauliche Veränderungen und Erhöhung des Betriebsstockes. Gesamt-Aufwand: 344 000 Mk.

Gewährung eines zu 5 % verzinslichen Darlehens an den Kreisausschuß in Höhe von 500 000 Mk.

Gewährung von Beihilfen an Angehörige des Mittelstandes bis zum Höchstbetrage von 500 000 Mk.

Weitere Beschlüsse des Bürgerausschusses betrafen:

Aufnahme von Anlehen bis zum Betrage von 15 Mill. Mark.

Zeichnung auf die 8. Kriegsanleihe im Betrage von 5 Mill. Mark und auf die 9. Kriegsanleihe im Betrag von 10 Mill. Mark

Beratung des städt. Voranschlags für das Jahr 1918.

Außerordentlicher Aufwand im Jahre 1918, die Aufrechterhaltung von Restkrediten und die Ergebnisse der Kriegsbetriebe, sowie der Kriegsfürsorgeaufwand in den Jahren 1916 und 1917.

Verbescheidung der städt. Rechnungen für das Jahr 1915 und Verkündigung der städt. Rechnungen für das Jahr 1916.

Bericht des Ernährungsausschusses der Stadtverordneten über die Milch- und Fettversorgung.

Errichtung eines städt. Wohnungsamts.

Verkauf von Gelände im Bannwald. Kaufpreis: 42 072 Mk.

Bewilligung von Teuerungsbeihilfen und Kriegszulagen für die städt. Beamten, Lehrer und Arbeiter.

Dienstaufwandsentschädigung für den dritten Bürgermeister.

Dienstvertrag mit dem Direktor d. städt. Bahnamts, Schmidtmann.

Dienstvertrag mit dem Vorstand des städt. Grundbuchamts, Stadtrechtsrat Dr. Ammann.

Änderung der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten.

„ „ Bestattungsordnung.

„ „ Satzungen der Spar- und Pfandleihkasse.

„ „ des Tarifs der städt. Straßen- und Lokalbahn.

Festsetzung der Gas- und Strompreise.

Ortsstatut über die Erhebung von Mahn- und Versäumnisgebühren.

Verlängerung des Ortsstatuts über den Bedürfnisnachweis bei Errichtung von Gast- und Schankwirtschaften auf weitere 5 Jahre.

X Absendung einer Vorstellung an die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden wegen Einberufung einer deutschen Nationalversammlung.

Das Gewerbegericht erledigte 1918 in 43 Sitzungen (1917: 48) 132 (202) Streitsachen und zwar 51 (65) durch Urteil, 34 (66) durch Vergleich, 13 (17) durch Zurücknahme der Klage; beruhen blieben 33 (53) Sachen, 1 (1) Unkenntnis erfolgte. In den 51 Rechtsstreitigkeiten, die durch Urteil entschieden wurden, lauteten die letzteren in 20 Fällen ganz nach dem Antrag der Klage, in 15 Fällen wurde die Klage ganz und in 16 teilweise abgewiesen. In den 51 Rechtsstreitigkeiten waren als Kläger 3 Arbeitgeber und 48 Arbeitnehmer aufgetreten. Alle 3 von Arbeitgebern erhobenen Klagen wurden ganz nach dem Antrag der Klage entschieden. Von den 48 von Arbeitnehmern erhobenen Klagen, wurden 17 ganz nach dem Antrag der Klage entschieden, 15 ganz und 16 teilweise abgewiesen. In den 81 nicht durch Urteil erledigten Rechtsstreitigkeiten waren als Kläger 6 Arbeitgeber und 75 Arbeitnehmer aufgetreten. — Der Vorsitzende vermittelte in einem Fall zwischen einem Arbeitgeber und dessen Arbeitnehmern wegen Regelung der Lohnsätze. Der Einigungsversuch scheiterte. Als begutachtende und antragstellende Behörde trat das Gewerbegericht nicht in Tätigkeit.

Das Kaufmannsgericht erledigte 1918 in 17 Sitzungen (1917: 18) 40 (39) Streitsachen und zwar 15 (9) durch Urteil, 14 (21) durch Vergleich, 4 (1) durch Zurücknahme der Klage; beruhen blieben 7 (8). In den 15 Rechtsstreitigkeiten, die durch Urteile entschieden wurden, lauteten die letzteren in 8 Fällen ganz nach dem Antrag der Klage, in 4 Fällen wurde die Klage ganz und in 3 teilweise abgewiesen. In den 15 Fällen waren 3 Kaufleute und 12 Handlungsgehilfen als Kläger aufgetreten. Von den 3 von Kaufleuten erhobenen Klagen, wurde 1 ganz nach dem Antrag entschieden und 2 teilweise abgewiesen. Von den 12 durch Handlungsgehilfen erhobenen Klagen wurden 6 ganz nach dem Antrag der Klage entschieden, 4 ganz und 2 teilweise abgewiesen.

In den 25 nicht durch Urteil erledigten Rechtsstreitigkeiten waren 1 Kaufmann und 24 Handlungsgehilfen als Kläger aufgetreten. Eine Tätigkeit des Kaufmannsgerichts als Einigungsamt, als begutachtende oder autragstellende Behörde hat nicht stattgefunden*).

Die Wohnungsstatistik der Stadt Karlsruhe für 1917 und 1918 zeigt folgende Ergebnisse:

Jahr	Zahl der neu entstandenen Gebäude		Zahl der neu entstandenen Wohnungen						Über- haupt
			mit						
	durch		1	2	3	4 u. 5	6 u. mehr		
	Neubau	Umbau	Zimmer(n) (ohne Zubehör)						
1917	1	—	—	—	—	—	1	1	
1918	3	1	1	4	6	—	2	13	

Jahr	Zahl der Küchen						Über- haupt	Zahl der auf dem gleichen Baugrundstück abgegangenen	
	zu den Wohnungen mit							Wohn- gebäude	Woh- nungen
	1	2	3	4 u. 5	6 u. mehr				
	Zimmer(n)								
1917	—	—	—	—	1	1	—	—	
1918	1	4	6	—	2	13	3	12	

*) Die Zahl der von dem Amtsgericht 1918 erlassenen Zahlungsbefehle betrug 1921 (1917: 2664), die der Vollstreckungsbefehle 362 (667), die der vorgenommenen Fahrnispfändungen 775 (1255), die der vollzogenen Fahrnisvollstreckungen 43 (35). 7 Konkurse wurden eröffnet, 134 (261) Wechselproteste und 2 Scheckproteste aufgenommen.

Bei dem Notariat waren im Berichtsjahr 144 (1917: 171) Zwangsvollstreckungen anhängig. Erledigt wurden 34 (52) und zwar 19 (37) durch Versteigerung, 15 (15) durch Verwaltung. In 12 (28) Fällen wurde das Versteigerungsverfahren aufgehoben und 7 (9) fälschlich geführt. Am 1. Januar 1919 waren 90 Zwangsverwaltungen anhängig.

II.

Bauliche Entwicklung der Stadt.

Der Umfang der städtischen Gemarkung blieb im Berichtsjahr unverändert.

Die Bautätigkeit hielt sich bis zum Ende des Kriegs in mäßigen Grenzen. Nennenswerte außerordentliche Arbeiten wurden bis gegen Jahreschluß nicht ausgeführt. Alle Unterhaltungsarbeiten an Straßen und Kanälen wurden auf das tunlichst geringste Maß beschränkt. Erst als bei Eintritt des Waffenstillstandes im Zusammenhang mit der Demobilmachung und den Ereignissen des 9. November erhebliche Arbeitslosigkeit drohte, wurde eine Reihe von Notstandsarbeiten in Angriff genommen. Die schon lange zurückgestellte Pflasterung der Sophienstraße zwischen Scheffel- und Kurvenstraße wurde begonnen, der Bau des westlichen Entlastungskanals — das Schlußglied der durch die Einführung der Schwemmkanalisation erforderlichen Bauten — zunächst im Eigenbetrieb aufgenommen und dann an zwei größere Baufirmen übertragen. Die Vorarbeiten zur Herstellung des Hochwasserdammes für das V. Rheinhasenbecken wurden eingeleitet.

Über den Stand der **A u f w e n d u n g e n** für die verschiedenen Bauten ist nachstehende Übersicht gefertigt:

Gegenstand	Vom Bürger- ausschuß bewilligt am	Be- willigter Aufwand	Auf- wand im Jahr 1918	Des Baues	
				Beginn	Vollendung
		<i>M</i> <i>7</i>	<i>M</i> <i>7</i>		

A. In früheren Jahren begonnene, 1918 noch nicht vollendete Bauten.

I. Straßenbauten.

1. Bahnhofsplatz und einmündende Straßen	29. VII. 12	332 600	—	—	6. XII. 12	—
2. Rüppurrer Straße, Umbau	26. IX. 13	369 248	—	—	28. V. 14	—
3. Karl-Wilhelm- Straße	7. VII. 14	255 400	—	—	23. XI. 14	—
4. Straßen in den Weiheräckern . . .	28. IV. 14	89 494	—	—	4. I. 15	—
5. Albufertanlagen zwi- schen Verschubbahn- hof und Rüppurr sowie Straßen im Weiheracker- und Dammerstockgebiet .	11. VII. 16	113 800	—	17 507	49	17. V. 15
Zusammen . .		1 360 542	—	17 507	49	—

II. Kanalbauten.

1. Erstellung eines vier- ten Beckens des städt. Rheinhafens . . .	4. XI. 12	251 600	—	9 646	52	12. VII. 15
--	-----------	---------	---	-------	----	-------------

B. In früheren Jahren begonnene und 1918 vollendete Bauten.

Keine.

C. Im Jahr 1918 begonnene und vollendete Bauten.

Keine.

D. Im Jahr 1918 begonnene und nicht mehr vollendete Bauten.

I. Straßenbauten.

Sophien-Straße zwi- schen Scheffel- und Körner-Straße . .	7. VII. 14	87 900	—	32 051	72	25. XI. 18
---	------------	--------	---	--------	----	------------

II. Kanalbauten.

Westlicher Entlastungs- kanal	7. VI. 10	425 000	—	12 199	57	9. XII. 18
--	-----------	---------	---	--------	----	------------

Die Arbeiten für die Baufluchtenfestlegung und Bauplatzumlegungen ruhten fast vollständig.

Für die Arbeiten zur Herstellung der Albuferanlagen im Dammerstoß und für landwirtschaftliche Anlagen beim Klärwerk in Neureut, sowie im städt. Fuhrpark, dessen Verwaltung am 1. Januar an das Tiefbauamt übergegangen war, waren noch 12 Kriegsgefangene, Italiener und Russen, beschäftigt, an weiblichen Arbeitskräften neben den Wartefrauen der Bedürfnisanstalten 30 Frauen herangezogen.

Das Ergebnis der Küchenabfallsammlung, der im Hinblick auf die Ernährungslage fortdauernde besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, ist leider im Berichtsjahr weiterhin zurückgegangen. Die Ursachen lagen in der Zunahme der Kleintierhaltung und in der Knappheit der Kartoffelvorräte.

Die Gesamtmenge betrug 13 633 Ztr. gegen 17 040 Ztr. (1917)

Die Tagesmenge . . . 45,44 " " 55,5 "

Die Abfallmenge auf den

Kopf und Tag . . . 15 gr. " 20 gr.

Die Sammelkosten eines Zentners stellten sich auf 43 Pf. gegen 33 Pf. im Vorjahr.

Im Berichtsjahr 1918 wurden seitens des Hochbauamts neben den allgemeinen Instandsetzungen folgende Bauarbeiten ausgeführt:

Die 1916 eingerichtete städt. Milchzentrale in der Jähringerstraße 45/47 erhielt zur Erzielung einer geregelten Milchzufuhr durch Verlegen eines Gleises in der Jähringerstraße unmittelbaren Straßenbahnanschluß vom Marktplatz her, wodurch sich einige Bauveränderungen wie Erweitern der östlichen Tor-einfahrt und anderes als notwendig erwiesen. Die Kosten für diese Arbeiten einschließlich der Gleiszuführung betrugen 31 600 Mk.

Die Anlage erfuhr außerdem eine Verbesserung durch Einbau eines weiteren Separators und eines Milchkühlapparats mit einem Kostenaufwand von 4 000 Mk.

Auch im städt. Gutshof Rüppurr bedurfte es zur Förderung des Betriebes einiger ergänzender Arbeiten. So gelangte im Frühjahr eine Heuschrotmühle zur Aufstellung. Dieselbe durch Elektromotor betrieben, dient nicht nur zum Schrotten und Mahlen

von Heu und Stroh, sondern auch zum Zerkleinern der durch die städt. Müllabfuhr gesammelten und auf der Darre getrockneten Küchenabfälle. Die Kosten hierfür betrugen 17 500 Mk.

Um den dauernden Wechsel der landwirtschaftlichen Arbeiter nach Möglichkeit einzuschränken, wurden gegen Ende des Jahres in dem während des Krieges als Russenlager verwendeten Bürogebäude desselben Anwesens für die Landwirtschaftslehrlinge einige Wohnräume hergerichtet. Hierbei ergaben sich mit einem Aufwand von 6 500 Mk. 1 Schlaßsaal (10 Betten), 4 Wohnzimmer und 1 Wasch- und Baderaum.

Zur Linderung der Wohnungsnot, die sich schon in den letzten Kriegsjahren fühlbar machte, sind seitens der Stadt teils in städtischen, teils in Privathäusern eine Reihe von Notwohnungen geschaffen worden. Im Laufe des Sommers konnten zunächst in den Häusern Leopoldstraße 47 und 49, welche von der „Krupp von Bohnen und Halbach'schen Verwaltung“ in anerkennenswerter Weise der Stadt bis auf weiteres unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden, 8 Zwei- und 7 Dreizimmerwohnungen hergerichtet werden. Es folgte der Einbau von 2 Einzimmerwohnungen, 6 Zwei- und 2 Dreizimmerwohnungen im alten Schwesternhaus in Beiertheim, im alten Schulhaus in Daglanden, im alten und neuen Rathaus in Rintheim, sowie im Hause Jähringerstraße 100. Der Einbau dieser Notwohnungen kostete etwa 14 600 Mk.

Nachdem seit Mitte des Jahres auch die Frage des Kleinwohnungsbaues eingehend behandelt worden war, wurden von den Kleinhausgruppen im Stadtteil Daglanden im Oktober die ersten 3 Häuser mit je 2 Zimmern, Wohnküche und Kleintierstallung begonnen. Die für das aufgehende Mauerwerk ursprünglich vorgesehene Paetz'sche Lehmrahtbauweise hat sich nicht bewährt, da sich der am Orte vorhandene Lehm als ungeeignet erwies. Die endgültige Ausführung der Stockmauern erfolgte in Kalksand-schlackenbeton. Für die genannten 3 Kleinhäuser war ein Kredit von 35 000 Mk. vorgesehen.

Da der Wohnungsmangel unmittelbar nach Abschluß des Waffenstillstandes infolge der raschen Entlassung der Truppen noch stärker hervortrat und sich hieraus eine Notlage entwickelte, der man mit allen Mitteln begegnen mußte, durfte auch die Erstellung

von Behelfsbauten (Wohubaracken) nicht außer acht gelassen werden. So wurde im Dezember mit den Baracken an der Durmersheimer Straße in Grünwinkel begonnen. Von den ursprünglich geplanten 5 Bauten gelangten jedoch nur zwei Baracken von je 10×30 m Grundfläche mit je 4 Zwei- und 1 Dreizimmerwohnung zur Ausführung. Der hierfür bewilligte Kredit betrug 70 000 Mk.

Am 1. Januar 1918 traten folgende Änderungen an Hausnummern in Kraft:

Nr. S.	Straße	Eigentümer	Geb. Nr.	Haus-Nr.		Bemerkungen
				alte	neue	
1	Herder-Straße	Amolsch, Friedrich, Blechnermeister . . .	8807b	8	94	in der Goethe- Straße vorgesehen in der Mathy- Straße vorgesehen
2	Mathy-Straße	Bauplätze	—	—	1—7	
3	Karl-Straße	Vereinig. alter Herren des Korps Saxonia . .	3437b	61a	9	
4	Mathy-Straße	Bauplätze	—	—	11—15	
5	"	Bertsch, Ludwig, Sekretär, Erben . . .	3641	1	17	Schuppen auf ge- pacht. Gelände
6	"	Böhme, B., Obering. .	3642	3	19	
7	"	Roll, Heinrich, Privat	3643	5	21	
8	"	Freytag, Karl, Privat, Witwe	3644	7	23	
9	"	Gros, Christ., Privat	3645	9	25	
10	"	Hummel, Anton, Brauereiverw. . . .	3645a	11	27	
11	"	Specht, Math., Privat	3645b	13	29	
12	"	Nagel, J., Fabrikant	3646	15	31	
13	"	Meef, L., Schlossermstr.	3646a	17	33	
14	"	Andriano, Emma, Schriftstellerin . .	3646b	19	35	
15	"	Bauplätze	—	—	2—10	
16	"	Häuser, K., Priv., Ww.	3714	2	22	
17	"	Hartmann, Jakob, Privat, Wwe. . . .	3713	4	24	
18	"	Hummel, H., Ehefrau	3708	6	26	
19	"	Kunzel, Jakob, Kutschereibesitzer .		6a	28	
20	"	Derselbe	3681	8	30	
21	"	v. Prißelwitz, Anna und Agnes	3651	10	32	
22	"	Krutina, Friedrich, Geh. Rats Wwe. . .	3652	12	34	
23	"	Frank, Georg und Vertel, Hermann . .	3775	14	36	
24	"	Dieselben	3776	18	38	
25	"	Gartner, Karl, Wwe. und Kinder	3777	20	40	
26	"	Divell, f., Priv., Frau	3778	22	42	

III.

Kirche, Schule und Kunst.

1. Kirche.

Dom 13. Januar an wurden die Gottesdienste in der Johanneskirche wegen Heizungsschwierigkeiten in das Evangelische Gemeindehaus der Südstadt verlegt.

Am 20. Januar veranstaltete der evangelische Bund in der Karl-Friedrich-Gedächtnis-Kirche eine gottesdienstliche Feier, Stadtvikar Müller sprach über „Evangelische und deutsche Freiheit“. Eine zweite Feier fand am 10. Februar in der Christuskirche statt, bei der Divisionspfarrer Dr. Ott die „Religiöse Lage an der Front“ behandelte.

Am 5. Juni wurde die Diözesan-Synode Karlsruhe-Stadt unter dem Vorsitz des Dekans Ebert abgehalten. Anschließend an einen Vortrag von Stadtvikar Schulz aus Bruchsal über „Die Stellung der Kirche zur Kriegerheimstättenbewegung“ wurde eine Entschliessung gefasst, wodurch die Kirche ihre tatkräftige Mitarbeit hierfür zusicherte. Der Vorsitzende und die übrigen Mitglieder des Ausschusses wurden wieder gewählt. Kommerzienrat Dürr, der seit 30 Jahren Rechnungsführer war, trat wegen hohen Alters zurück, statt seiner wurde Oberrechnungsrat Rinkler gewählt.

Dom 7. Juli an fand in der Grabkapelle im Fasanengarten jeden 2. Sonntag abends 6 Uhr öffentlicher Gottesdienst statt.

Am Sonntag, 4. August wurde in den Hauptgottesdiensten der evangelischen Gemeinden des Landes in Gebet und Predigt des Eintritts in das neue Kriegsjahr gedacht.

Auf Sonntag, den 20. Oktober hatte die Evangelische Oberkirchenbehörde in Anbetracht der ernsten Lage des Vaterlandes einen allgemeinen Landesbetsdag angeordnet.

In der am 28. und 29. November unter dem Vorsitz des Kirchenrats Schmittthener aus Hugsweier tagenden Generalsynode berichtete der Präsident des Oberkirchenrats eingehend über die Ereignisse innerhalb der Kirche seit 1914 und daß das Kirchenregiment, nachdem der Großherzog auch als Landesbischof zurückgetreten sei, durch ein provisorisches Gesetz festgesetzt sei. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Generalsynode hält eine völlige Trennung von Staat und Kirche für beide Teile schädlich. Sie fordert die Beibehaltung des Religionsunterrichts und die Erhaltung des kirchlichen Selbstbesteuerungsrechts.

Am 15. Dezember fand in der Stadtkirche ein gottesdienstlicher Vortrag des Prälaten D. Schmittthener statt über „Die Zukunft der Kirche und ihre Einpassung in die neuen Verhältnisse.“

In einer vom Oberkirchenrat ausgehenden Ansprache wurden im Sylvestergottesdienst die heimgekehrten Krieger willkommen heißen, sowie der Gefangenen, der Invaliden und der Gefallenen gedacht.

Der Bericht des Diözesanausschusses für Karlsruhe-Stadt betont die störenden Wirkungen der Kohlennot im Winter und der häufigen fliegergefahr für den Gottesdienst, sowie die sittlichen Mißstände der Nachkriegszeit. Nach dem Bericht wohnen in der Gesamtstadt (einschl. der Diaspora Bulach) 66617 Evangelische.

Am 24. März (Palmsonntag) wurde in allen katholischen Kirchen der Hirtenbrief des Erzbischofs verlesen mit der Aufforderung, auch in diesem Jahr die erholungsbedürftigen Stadtkinder auf dem Lande aufzunehmen.

Am 7. Juli beging Stadtpfarrer Andreas August Eink die feier seines 25 jährigen Priesterjubiläums und seiner ebensolangen Tätigkeit hier. Nach seiner Priesterweihe am 5. Juli 1893 kam er als Kaplan an die Pfarrei U. L. Frau, am 4. Dezember 1898 nach St. Bonifaz (seit 1910 Pfarrer). Domkapitular Fritz gedachte

in der Festpredigt vor allem der Verdienste des Jubilars um den Bau der St. Bonifazkirche. Bei der anschließenden Feier im Pfarrhaus brachte Geh. Finanzrat Stamer die Glückwünsche der Pfarrkinder und eine Gabe für Erneuerung des Weißzeugs der Kirche dar. Ebenso gratulierten Stadtpfarrer Stumpf namens der Pfarrvorstände, Stadtrat Bloss namens des Stiftungsrats von St. Stephan. Auch der Oberbürgermeister hat Herrn Pfarrer Eisk namens der Stadtverwaltung Glück- und Segenswünsche übermittelt.

Am 28. Juli wurde in den katholischen Kirchen das Fest des seligen Markgrafen Bernhard von Baden begangen. Damit war die Feier des sog. Jugend-Sonntags verbunden, woran sich die Jugend-, Gesellen- und Arbeiterinnenvereine, die Jungfrauenkongregationen u. a. beteiligten. Außer der kirchlichen fand eine weltliche Feier im Apollosaal mit Ansprachen und verschiedenen Darbietungen statt.

Am Sonntag, 4. August wurde in den katholischen Kirchen des Landes die Predigt im Hinblick auf den Beginn des 5. Kriegsjahres gestaltet und ein Dank- und Bittgottesdienst abgehalten.

Sonntag, den 13. Oktober wurden auf Anordnung des Erzbischofs in den Pfarrkirchen der Erzdiözese drei aufeinanderfolgende Betstunden abgehalten, in denen das Friedensgebet des Papstes gebetet wurde. Auch in den Predigten wurde zu inständigem Gebet um baldigen Frieden aufgefördert.

Das Anzeigebblatt der Erzdiözese vom 12. Oktober gibt die Bildung einer Kirchengemeinde Karlsruhe-Rüppurr bekannt. Sie umfaßt die Katholiken, die nordöstlich durch die Linie der Rangierbahn, im übrigen durch die frühere Gemarkung Rüppurr begrenzt wird.

Stadtpfarrer Isemann von der St. Peter- und Pauls-Pfarrei verließ auf 1. Dezember aus Gesundheitsrücksichten seine hiesige Stelle und übernahm die Pfarrei Kleinlaufenburg.

2. Schule.

Der Aufwand der Stadtgemeinde für die Schulen ohne den für die Gewerbe- und Handelsschule betrug im Berichtsjahre 2945 034 Mk. (1917: 2347 731 Mk.). In dieser Summe

sind 674 127 Mk. für Mietwert der städtischen Schulgebäude inbegriffen; sie erscheinen als die Zinsen der für Errichtung der Gebäude verwendeten Kapitalien. Nach Abzug dieser Summen betrug der Barzuschuß für die Volksschule 2 069 133 Mk. (1 646 655 Mk.), für die Realgymnasien 57 279 Mk. (66 463 Mk.), für die Realschulanstalten 37 442 Mk. (53 276 Mk.) und für die höheren Mädchenschulen 107 051 Mk. (106 910 Mk.). Der Barzuschuß für die Gewerbeschule betrug 84 720 Mk. (71 460 Mk.) und der aufgerechnete Mietzins 82 109 Mk. Der Barzuschuß für die Handelsschule betrug 38 073 Mk. (28 054 Mk.). Außerdem wurden für Unterrichtszwecke Zuschüsse an verschiedene Anstalten und Einrichtungen gegeben.

In der Volksschule standen am 7. Januar 1918 nach Abzug der zum Heeresdienst einberufenen und der wegen Krankheit beurlaubten 365 Lehrkräfte zur Verfügung, am 23. März (Schluß des Schuljahres 1917/18), 355. Für die zu Beginn des Schuljahres 1918/19 im Heeresdienst stehenden 134 männlichen Lehrkräfte konnten weibliche Hilfskräfte nur in sehr beschränkter Zahl (etwa 30) zugewiesen worden. Dazu fehlten immer noch in der Weststadt die Gutenbergsschule I und II, in der Südwest- und Südoststadt die beiden Südenschulen und das Doppelschulhaus der Nebeniussschule und in der Mittelstadt die Gartenstraßsschule. Unter diesen Verhältnissen war ein geordneter Schulbetrieb wie in der Friedenszeit immer noch nicht durchführbar. In den in der Mittelstadt zur Verfügung stehenden Schulhäusern, sowie in den Räumen, die in den beiden Lehrerseminarien, in der alten Akademie, im Gymnasium, in der Goethe- und in der Oberrealschule der Volksschule überlassen wurde, sowie in einigen gemieteten Räumen der Mittel- und Weststadt mußten meistens mehrere Schulen gemeinsam untergebracht werden. Durch möglichst weitgehende Ausnützung der Räume in der Zeit von 8 bis 1 Uhr und von 2 bis 5 Uhr konnte im Schuljahr 1917/18 die bis dahin allzusehr beschränkte Unterrichtszeit um einige Stunden ausgedehnt werden. Eine empfindliche Störung erlitt der Unterricht durch den Ausbruch der Grippe im Monat Oktober 1918. Da am 19. Oktober von 15 948 Kindern 5 042 als erkrankt gemeldet wurden, mußten sämtliche Schulen der Stadt bis November geschlossen

werden. Jedoch schon am 14. November mußten alle Volksschulen geräumt werden, um die zurückkehrenden Truppen unterzubringen. Als die Schulhäuser von Truppen wieder frei waren, nötigte die Kohlenknappheit von neuem auszusetzen. Da die höheren Schulen nicht aussetzen mußten, konnte wenigstens in den dort abgetretenen sowie in den gemieteten Räumen am 26. November, vom 12. Dezember auch wieder in der Tulla-, der Karl-Wilhelm-, der Schiller-, der Hebel-, Markgrafen- und in der Rüppurrer Schule der Unterricht wieder aufgenommen werden.

Bedürftigen Kindern der Volksschule kamen folgende Wohlfahrts Einrichtungen zugut:

- a. Freie Lehrmittel an 6335 (1917: 5907) Kinder, Aufwand 37 954 Mk. (16 665 Mk.)
- b. Warmes Frühstück 1918/19*): 119 568 (1917/18: 183 484) Portionen, Aufwand im Jahr 1918: 10 141 Mk. (1917: 16 242 Mk.)
- c. Schüler speisung: Durchschnittlich 1918: 615 (1917: 695) Kinder täglich, 184 476 (230 226) Portionen, Aufwand
- d. Schülerhorte: 1918/19: 6 Knaben- und 7 Mädchenhorte wie im Vorjahre. Besuch 296 (383) Knaben, 355 (420) Mädchen. Dazu 4 Ganztagsorte. Zahl der Zöglinge 196 (315). Aufwand 1918: 38 862 Mk. (1917: 35 110 Mk.)
- e. Ferienkolonien: Auswärtige Kolonien 1918: 410 (1917: 477) Knaben und 492 (548) Mädchen. Landpflegestellen in einzelnen Familien 199 (1000) Knaben und 444 (1793) Mädchen. Im ganzen waren somit 1545 (3968) Kinder untergebracht. Das Großherzogspaar, Großherzogin Luise, Fürst und Fürstin von Hohenzollern, Prinz und Prinzessin Mar luden 1918 auf die Schlösser oder Schloßgüter 147 (1917: 156) Kinder als Gäste ein. Im Erholungsheim des Frauenvereins in Marzell waren 113 (180) Kinder untergebracht. Endlich stellte der Verein zur Heilung von Alkoholkranken sein Heim in Renchen und die Stadtver-

*) Da sich das Schuljahr und das Kalenderjahr nicht decken, haben wir in den Berichten über das Schulwesen jeweils bemerkt, ob jenes oder dieses unter den Angaben zu verstehen ist.

waltung Karlsruhe ihr Erholungsheim in Baden zur Verfügung. Durch den Caritasverband, Abteilung Karlsruhe konnten 387 und durch den Verein jüdischer Frauenbund 32 Kinder untergebracht werden. — Der Klassenbericht des „Ausschusses für Ferienkolonien“ verzeichnet in Einnahmen und Ausgaben die Summe von 76 331 Mk. 76 Pf.. Unter den Einnahmen befinden sich die freiwilligen Beiträge aus den Kreisen unserer Stadt mit 16 167 Mk. 13 Pf., der Beitrag der Stadtgemeinde mit 20 000 Mk. (1917: 15 000 Mk.). Außerdem übernahm die Stadtgemeinde einen Teil der Kosten, die dem Ausschuss durch den Aufenthalt der Kolonien im Erholungsheim erwuchsen.

- f. Solbäduren: Vom Badischen Frauenverein wurden im Berichtsjahre 214 Kinder (1917: 237) in Solbädern untergebracht. Der Gesamt-Aufwand dafür betrug 17 537 Mk. (17 741 Mk.), davon Zuschuss der Stadtgemeinde 11 207 Mk. (9956). Während des Sommers fand auch im Berichtsjahre auf dem Sonntagplatz, Lutherplatz und im Sallenwäldchen bei gutem Wetter täglich von $\frac{1}{2}5$ — $\frac{1}{2}7$ Uhr eine Leitung der Kinderspiele durch Kindergärtnerinnen statt. Vorzugsweise handelt es sich um Kinder im Alter von 3 bis 8 Jahren. Die Kosten bestreift die Stadt aus Stiftungsmitteln.

Von den Schulärzten wurden 1918/19 aus dem Jahrgang I 233 (1917/18: 266) und aus dem Jahrgang II—VIII 322 (407) Erkrankungen gemeldet. Die Zahl der Überwachungskinder betrug in allen Schulbezirken zusammen 855 = 5,1 % (1058 = 6,1 %) der Gesamtschülerzahl. Im Schuljahre 1918/19 ist nach Ansicht der Schulärzte eine wesentliche Verschlechterung gegen früher in der Ernährung eingetreten, wovon die jüngeren Jahrgänge weniger betroffen zu sein schienen, als die älteren. Der Bericht bemerkt weiter, daß die reichen Mittel, die die Stadt zur Ernährung der Volksschuljugend aufwende, einen sichtbaren Rückgang in der Konstitution der Kinder im letzten Kriegsjahre nicht zu verhindern vermocht habe.

Die Behandlung kopfunreiner Kinder ging während der Kriegsjahre ununterbrochen weiter. Die Zahl der Einzelbehand-

lungen in der Klinik haben 1916/17 und 1917/18 über 1100 und 1200 betragen und sind 1918/19 auf 1500 gestiegen.

Der Sprachheilunterricht war seit Beginn des Schuljahres 1916/17 wieder möglich geworden. Während früher der gesamte Unterricht in einem zentral gelegenen Schulhause erteilt worden war, wurden jetzt in verschiedenen Schulhäusern bis in die Nebenorte hinaus Abteilungen untergebracht. Viele Eltern bringen freilich diesem Unterricht noch nicht das richtige Verständnis entgegen. Die Zahl der von den Klassenlehrern und Schulärzten als sprach- oder schwergehehlend festgestellten Schüler übersteigt die Zahl der Kinder, die sich zum Unterricht einstellen, gewöhnlich um das doppelte bis dreifache. Im Jahre 1918/19 nahmen am Sprachheilunterricht 214 (1917/18 184) Kinder teil, 135 (105) Knaben und 79 (79) Mädchen, 93 (83) waren Stammer, 51 (88) Stotterer und 40 (13) Schwerhörige.

Am Schwimmunterricht nahmen 1918/19 429 (1917/18 633) Knaben und 424 (342) Mädchen teil. Schulbäder wurden 1918 130 767 (182 773), Badefarten für das Vierordsbad zu 10 Pf. das Stück 5158 (1917: 12 423) an Schüler und Schülerinnen abgegeben. In einigen Schulhäusern wurden in den Abendstunden Volksbäder abgegeben 1918: 6888 (14 287) an Militärpersonen wurden im Berichtsjahr 58 061 (82 507) Bäder in Schulen abgegeben.

In der Hilfsschule für schwachbefähigte Kinder betrug die Zahl der Schüler 1918/19 286 (1917/18 268), die der Klassen 1. Stufe 2 (2), 2. Stufe 11 (11).

Der Zeichenunterricht für freiwillige Teilnehmer konnte im Schuljahr 1917/18 wieder begonnen werden. In diesem Jahre wurden 344 Schüler in 15 Abteilungen und 1918/19 298 in in 12 Abteilungen unterwiesen. Am Schluß des Schuljahres 1917/18 waren noch 168 und 1918/19 noch 139 Besucher übrig.

Für den Knabenhandfertigkeitsunterricht bestanden am Schluß des Jahres 1917/18 81 Klassen mit 1385 Schülern, davon 1334 Volksschüler, am Schluß 1918/19 86 Klassen mit 1617 Schülern, davon 1515 Volksschüler.

Die Schülerkapelle zählte zum Schluß des Schuljahres 1917/18 im Zusammenspiel 154 Teilnehmer, davon 56 Volksschüler, 4 Schüler

höherer Lehranstalten, 94 waren nicht mehr schulpflichtig, 1918/19 sind die entsprechenden Zahlen 154, 80, 3, 71. Die Kapelle spielte während des Krieges 38 mal zur Unterhaltung unserer Feldgrauen in den verschiedenen Lazaretten. Außerdem trat sie während des Krieges 14 mal bei verschiedenen Anlässen und an verschiedenen Orten auf. In den Heeresdienst traten im Laufe der Kriegsjahre 52 Zöglinge; 6 von ihnen sind gefallen. Bei den Fliegerangriffen 1915 und 1916 wurden 4 getötet. Für Mitwirkung im Orchester erhielten nach 5jähriger Zugehörigkeit 1916/17 28, 1917/18 20 und 1918/19 21 Zöglinge das silberne Ehrenzeichen.

Die Zahl der Schülerbibliotheken beträgt 28, die Gesamtzahl der Bände 1916/17 20616, davon neu angeschafft 2279, 1917/18 23323, neu 1830, 1918/19 23766 neu 1114. Die Zahl der Benutzer betrug in den drei Schuljahren 8650, 7658, 8195, der Aufwand belief sich auf 3518 Mk. 3355 Mk., 3609 Mk.

Die kurz vor dem Krieg gegründete Bibliotheksgesellschaft der Lehrerbibliothek zählte 1916 384, 1917 392 und 1918 415 Mitglieder. Die Zahl der entliehenen Bände betrug in den genannten drei Jahren 7436, 8106, 9362, die der Entleiher 290, 263, 305. Die Beiträge der Mitglieder beliefen sich in den drei Jahren auf 676 Mk., 696 Mk., 750 Mk. Die Bibliothek erhält von der Stadtgemeinde jährlich 1100 Mk. Außer diesem Zuschuß stellt die Stadt den Raum und die Einrichtungsgegenstände und trägt die Kosten für Beleuchtung, Heizung und Bedienung des Bibliotheksraumes. Die Bibliothek zählt am Schluß des Jahres 1918 4695 Bände.

Die Goetheschule (Realgymnasium mit Gymnasialabteilung) zählte 1917/18 23 (1916/17 22) Klassen. Auch in diesem Schuljahr mußten die Unterrichtsstunden in einzelnen Fächern gekürzt, außerdem der Unterricht in den schwächer besuchten Parallelabteilungen der oberen Klasse in weitgehendem Maß zusammengelegt werden. Der wahlfreie Unterricht mußte auch 1917/18 ausfallen. Der Zeichenunterricht konnte in beschränktem Maß durchgeführt werden, ebenso der Turnunterricht. Im Laufe des Schuljahres traten 63 Schüler ins Heer ein, sodaß seit Kriegsbeginn 276 Schüler der Goetheschule eingetreten sind. Davon sind im Laufe dieses

Schuljahres 9 gefallen. Zwei Schüler sind 1918 gestorben. Im Frühjahr 1918 wurden sämtliche über 16 Jahre alte Schüler militärärztlich auf ihre Tauglichkeit für landwirtschaftliche Hilfsarbeit untersucht. Von 216 Untersuchten erwiesen sich $193 = 89,4\%$ als tauglich. Am Schlusse des Schuljahres waren 24 Schüler bei Verwandten, 5 in fremden Betrieben im landwirtschaftlichen Hilfsdienst, 13 in anderen Hilfsdiensten tätig. Im Roten Kreuz waren im Laufe des Jahres 26 Schüler als Hilfsarbeiter beschäftigt. Die Anstalt beteiligte sich an den vom Roten Kreuz veranstalteten und verschiedenen anderen Sammlungen. Die Reifeprüfung der Oberprima fand mit Rücksicht auf die Einstellungen ins Heer Anfang Mai 1918 statt. Im unmittelbaren Anschluß daran wurde für die einberufenen Unterprimaner, soweit sie in die Oberprima versetzt waren, eine fürsorgliche Reifeprüfung abgehalten. Daran beteiligten sich 30 Schüler.

Die Humboldtschule (Realgymnasium) umfaßte im Schuljahre 1917/18 wie im Vorjahre 15 Klassen. Auch in dieser Anstalt mußten Unterrichtsstunden verkürzt und Klassen zusammengelegt werden. Im Laufe des Schuljahres wurden 2 Lehrer und 31 Schüler ins Heer einberufen. 15 Schüler der Anstalt sind während des Krieges gefallen. Der Jugendwehr gehörten 39 Schüler an. Als Hilfssanitäter waren bei Entladung von Lazarettzügen gruppenweise 16 Schüler tätig; dem Roten Kreuz standen 15 zu Hilfsdiensten zur Verfügung. Zu landwirtschaftlichen Hilfsdiensten waren 1917 15, 1918 7 Schüler beurlaubt; dem Kriegswirtschaftsamt hatten sich im Sommer 1917 26 und im Sommer 1918 5 Schüler zur Verfügung gestellt. 95 über 16 Jahre alte Schüler wurden im März auf ihre Tauglichkeit zum landwirtschaftlichen Hilfsdienst untersucht und $81,6\%$ tauglich befunden. An der Landesammlung für die Kriegs- und Zivilgefangenen aus Baden beteiligten sich mehrere Schüler, an der Sammlung für die Großherzogsgeburtstagspende 64, an der Volkszählung halfen 48 Schüler mit. Wahlfreier Unterricht wurde im Griechischen, im Türkischen und in der Stenographie erteilt. Der Turnunterricht einzelner Klassen mußte in die Goetheschule verlegt werden. Im ganzen fanden bis zu Ende des Schuljahres meist infolge von Einberufungen mit der ordentlichen 9 Reife-

prüfungen statt, die fürsorgliche Reifeprüfung für die Unterprimaner im Anschluß an die ordentliche Reifeprüfung.

Die Oberrealschule zählte 1917/18 wie im Vorjahre 15 Klassen. Wegen Lehrermangels mußte der Unterricht im Turnen für VI bis O III und der Gesangsunterricht ganz ausfallen; ferner mußte in allen Klassen die Stundenzahl mehrerer Fächer vermindert werden. Wahlfreier Unterricht wurde in Latein und in der Stenographie erteilt. Die Reifeprüfung für O I fand im Mai statt. Im Laufe des Monats Juni wurden die Abiturienten und außerdem 21 Schüler der übrigen Oberklassen zum Heeresdienste eingezogen. Von den Schülern, die der Oberrealschule bei Ausbruch des Krieges noch angehörten, sind während des Schuljahres 1917/18 2 gefallen.

Die Realschule zählte 1917/18 wie im Vorjahre 13 Klassen. Die Anstalt hat wieder unter den gleichen, durch den Krieg gebotenen Beschränkungen der Schulräume und der Lehrerschaft arbeiten müssen wie 1916/17. Im Jahresbericht ist u. a. bemerkt: „Leider hat die Realschule in diesem Jahre einen besonders schweren Verlust zu beklagen. Am 10. April d. J. ist Herr Professor Rudolf Bittrolf von einem langen und schweren Leiden durch den Tod erlöst worden.“ An der Realschule war er schon in den Jahren 1889—91 als Praktikant tätig gewesen. 1998 wurde er auf seinen Wunsch als Professor wieder an die Realschule in Karlsruhe versetzt. Bei Ausbruch des Krieges hat sich Professor Bittrolf als Kriegsfreiwilliger in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und zum Leutnant d. L. befördert, hat er nach zwei Jahren wegen leidender Gesundheit den Heeresdienst wieder verlassen müssen. Auch vom Schuldienst mußte er bald einen längeren Urlaub nehmen, leider vergeblich. — Zum Heeresdienst sind im Schuljahr 1917/18 16 Schüler einberufen worden. Von ehemaligen Schülern der Anstalt sind 5 in diesem Schuljahre gefallen. — Wahlfreier Unterricht wurde in der Stenographie erteilt.

Für die Lessingschule (Höhere Mädchenschule mit Mädchengymnasium) brachte das Schuljahr 1917/18 keine wesentliche Änderung der durch den Krieg bedingten Verhältnisse. Noch mußte sich die Anstalt mit der Sichtscheule in die Benützung ihres

Schulhauses teilen, ebenso wie infolge des Mangels an Raum und an Lehrkräften die Verkürzung der Stundenzahl bestehen blieb. Die Lessingschule umfaßte 1917/18 22 Klassen wie im Vorjahre, nämlich 3 (4) Vorschulklassen, 12 (11) Klassen und 1 Fortbildungskurs der höheren Mädchenschule und 6 Gymnasialklassen. In den letzteren ist Englisch wahlfrei, im Fortbildungskurs Italienisch, Handarbeiten und Kochen. Von den 8 im Heeresdienst stehenden Lehrern ist Praktikant Karl Förster am 20. September 1917 gefallen. Er war mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse und dem Karlsfriedrichs-Orden ausgezeichnet. An den verschiedenen Straßensammlungen für vaterländische Zwecke wirkten die Schülerinnen mit, zur Weihnachtsbescherung armer Kinder der Volksschule spendeten sie Gaben an Geld, Kleidungsstücken und Spielzeug. Einem „ungenannten Wohltäter“, hatten zwei Schülerinnen einen viernonatlichen Erholungsaufenthalt in Graubünden zu verdanken. Das Mädchengymnasium, das am 16. September 1893 eröffnet worden war, vollendete 1917/18 das 25. Jahr seines Bestehens. Der Ernst verbot eine Feier. Dagegen hat Professor Dr. Sigmund Reichenberger in einer größeren Schrift *) einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung des Mädchengymnasiums verfaßt. Er behandelt die Geschichte dieser jungen Pflanze als Privatschule 1893—1898, ihre Vereinigung mit der höheren Mädchenschule vor deren Teilung 1898—1911 und das Mädchengymnasium im neuen Heim der Lessingschule seit 1911.

Die Fichteschule (höhere Mädchenschule) zählte 1917/18 24 Klassen (1916/17 26). Der Jahresbericht bemerkt u. a., daß die Schülerzahl eine merkliche Einbuße durch Austritte infolge Erkrankungen der Schülerinnen oder Wegzugs der Eltern, häufig wegen der Fliegergefahr erlitten habe. — Oberreallehrer Franz Müller ist nach 50 jähriger Tätigkeit im Schulfach in den Ruhestand getreten. Der Jahresbericht sagt von ihm: „Er war nicht nur ein ausgezeichneter Lehrer, sondern auch ein hervorragender Erzieher.“ Am 9. Juni 1918 ist Professor Eugen Bouginé gefallen. Über ihn heißt es im Jahresbericht: „Sein offenes,

*) Das Karlsruher Mädchengymnasium. Karlsruhe, Malsch & Vogel.

gerades und warmherziges Wesen, seine strenge Gerechtigkeitsliebe und sein hohes Pflichtgefühl erwarben ihm die Liebe der Schülerinnen und die Hochachtung der Amtsgenossen.“ — Am Haushalts- und Kochunterricht beteiligten sich 45 Schülerinnen.

Das Gymnasium zählte wie im Vorjahre 17 Klassen. Wahlfreier Unterricht wurde im Englischen, im Hebräischen, im Zeichnen und in der Stenographie erteilt. 16 Schüler sind im Jahre 1918 gefallen oder ihren Verwundungen erlegen. Am 2. Mai 1918 starb Professor Kieger. Der Jahresbericht sagt über ihn: „Wir bedauern tief, daß sein Herzenswunsch, das ihm im Juli 1917 an unserer Schule übertragene Lehramt anzutreten, sich nicht verwirklichte.“ Landgerichtspräsident Dr. Trefzer machte zum Andenken an seine beiden Söhne, die früher die Anstalt besuchten, eine Stiftung von 4000 Mk., denen er später weitere 1000 hinzufügte, deren Zinsertragnis würdigen Schülern des Gymnasiums zugute kommen soll. Im Schuljahre 1917/18 wurde das Stipendium erstmals einem Schüler verliehen.

Das Lehrerseminar I umfaßte 1917/18 wie im Vorjahre 3 Jahreskurse in 5 Klassen. Während des Schuljahres wurden 32 Schüler zum Heeresdienst einberufen. Im Heeresdienst befanden sich der Direktor und vier weitere Lehrer. 6 Schüler sind gefallen. — Der Unterricht wurde lehrplanmäßig erteilt; nur der Unterricht in Handfertigkeit und Bürgerkunde fiel aus. Zu landwirtschaftlichen Arbeiten wurden 22 Zöglinge des Seminars auf 8 bis 14 Tage beurlaubt. Die 400 jährige Wiederkehr des Geburtstages der Reformation wurde in schlichter Weise gefeiert: Professor Wagner sprach über „Die Bedeutung Luthers für unsere Zeit“, der stellvertretende Direktor über „Luther als Erzieher.“

Das Lehrerseminar II zählte 1917/18 wie im Vorjahre 3 Jahreskurse in 4 Klassen. Im Laufe des Schuljahres wurden 51 Schüler zum Heeresdienst eingezogen. Infolge davon konnte der Kurs IV (a und b) in einen Kurs zusammengelegt werden. 7 Schüler sind im Laufe des Schuljahres gefallen. — Die Schüler der Mittelschulen und der Seminare beteiligten sich rege an der Zeichnung zur 7. und 8. Kriegsanleihe.

Der Unterricht in der Baugewerkschule wurde auch 1917/18, da das Anstaltsgebäude mit einem Lazarett belegt war,

in den Räumen der Kunstgewerbeschule erteilt. Für die unteren Klassen sollte der Unterricht in allen Abteilungen stattfinden, in den höheren Klassen aber nur dann, wenn bei genügenden Anmeldungen die nötigen Vorbedingungen erfüllt werden konnten. Am 3. November 1917 wurde die Anstalt mit 24 neuen und 23 früheren Schülern eröffnet und diese in 7 Klassen unterrichtet. Unter ihnen befanden sich 28 Kriegsbeschädigte, 13 stammen aus Karlsruhe. Den Berufsarten nach sind 20 Maurer, 6 Zimmerleute, 5 Bahnarbeiter, 14 Maschinenschlosser, je 1 ist Bauschlosser und Elektrotechniker. Von insgesamt 737 Schülern der Anstalt stehen 652 beim Heere. Für die Abhaltung des Unterrichts stehen 14 planmäßige Lehrer zur Verfügung; von diesen sind mehrere beim Roten Kreuz und beim Kriegshilfsdienst tätig. Heeresdienste leisten 16 Lehrer, 1 Kanzleihilfe und 2 Diener.

3. Kunst.

Das Großherzogliche Hoftheater gab 1917/1918 (10. September 1917 bis 16. Juni 1918) in Karlsruhe 267 Vorstellungen, in Baden 29 und zwar 28 im Großh. Theater und 1 auf der Neuen Kurhausbühne. Von den 267 Vorstellungen in Karlsruhe waren 134 Schauspiel-, 125 Opern- und 8 gemischte Abende und zwar 198 Mietvorstellungen und 69 Sondervorstellungen. Von den letzteren waren 15 allgemeine, 5 Märchenaufführungen um die Weihnachtszeit, 15 für die Rüstungsarbeiter, 1 für die Vaterländische Vereinigung, 8 Schülervorstellungen mit dazu eingerichteter Miete, 1 für die an Ostern zur Entlassung kommenden Volksschüler, 4 für den Verein Volksbildung, 11 Ehrengastspiele (2 Ellen Pech, 2 John Forsell, 6 Heinrich Hensel, 1 Fritz Feinhals), 2 Gesamtgastspiele (je 1 Hoftheater Mannheim und Neues Theater Frankfurt a. M.), 2 für wohlthätige Zwecke (je 1 für die Hoftheaterpensionsanstalt und die Wohlfahrtskasse für Deutsche Bühnemitglieder) und 3 Freivorstellungen für Verwundete, außerdem das Festkonzert am Geburtstag des Großherzogs und 1 Aufführung des „Heimatfronttheaters“ zur festlichen Begehung seiner 200. Aufführung am 28. Juli, von dem letzteren wurde die Kleinstadt-Komödie von Paul Quensel „Das Alter“ gegeben.

Im Städtischen Konzerthaus wurden 56 Vorstellungen gegeben, darunter 4 Gesamtgastspiele: 3 Konrad Dreher und 1 von Mitgliedern des Hoftheaters Mannheim. Die Sommeroperette daselbst wurde am 8. Juni eröffnet.

Im Hoftheater und im Konzerthaus zusammen waren Autoren mit mindestens 5 Aufführungen vertreten und zwar im Schauspiel: Anzengruber, Goethe, Heyse und Schönthan mit je 5, Hartwig und Shakespeare mit je 6, Hebbel und Meyer-Förster mit je 7, Kleist, Sudermann und Thoma mit je 8, Gött mit 9, Schiller mit 10, Fulda mit 13; in der Oper: Kienzl und Nedbal mit je 5, Johann Strauß mit 6, Berthé-Schubert und Forging mit je 8, Verdi mit 10 und Richard Wagner mit 18.

Uraufführungen waren 2, nämlich die beiden Schauspiele „Adam“ von Stadel und „Heimat“ von Sternberg, Erstaufführungen 21 im Schauspiel, darunter „Edelwild“ von Gött, „Baumeister Solneß“ von Ibsen, Tolstoi: „Das Licht leuchtet in der Finsternis“ und „Die Moral“ von Thoma, in der Oper 5.

An auswärtigen Bühnen wurden 22 Gastspiele veranstaltet: 8 in Heidelberg, 5 in Freiburg, 4 in Rastatt, je 1 im Neuen Theater in Frankfurt a. M., im Hoftheater in Mannheim, in Mülhausen i. E., in Neustadt a. H. und in Villingen, außerdem 33 Gastspiele an der Front, und zwar vom 8. Juli bis 1. August 1917 an der Ostfront bei der Heeresgruppe Einsingen 19 Vorstellungen, vom 23. bis 30. September 1910 10 Vorstellungen in Lille und vom 17. bis 22. Januar 1918 4 Vorstellungen beim XXVI. Reservekorps. Die Mitglieder des Schauspiels und der Oper veranstalteten außerdem Gastspiele in einer Anzahl von Städten der Heimatfront.

Im Hoftheater hier waren es 251713 zahlende Besucher, im Konzerthaus (ohne Sommeroperette) 46931 und im Theater in Baden 10253, Verwundete mit freiem Eintritt 14693. — Anfang Dezember wurde bekannt gegeben, daß mit Genehmigung des Ministeriums Militärpersonen beim Besuch des Theaters auf allen Plätzen halbe Preise zahlen. Eine Beschränkung der Platzanweisung nach dem Rang von Militärpersonen habe wegzufallen.

Neu eingetreten sind: Sänger Karl Seydel, die Schauspieler Robert Bürkner und Oskar Hugelmann; Sängerinnen Nelly Schlager

und Frieda Eisehart (ausgetreten am 1. November), Schauspielerin Ruth Linke. Gestorben: Kammermusiker Vollrath Gröschow am 17. Januar, Hofmusiker Heinrich Apel am 24. März 1918. 4 Mitglieder traten in den Ruhestand. Am 1. September 1918 sind 6 Mitglieder ausgetreten, darunter Hoffkonzertmeister Rudolf Deman, die Sängerinnen Margarete Bruntsch und Margarete von Meduna, Schauspielerin Edith Deman, die Schauspieler Hans Kraus und Reinhold Lüttjohann. Unter der Fahne standen 40 Mitglieder.

Vom 1. November an spielte den Monat hindurch im Kossseum das Bayerische Bauerntheater Joseph Meth Poffen, Schwänke und dergl.

Sehr groß war wiederum die Zahl der Konzerte, wir müssen uns auf Auführung der hauptsächlichsten beschränken.

Das Hoforchester gab Konzerte am 9. Januar, 20. Februar, 15. April, 16. Oktober und 21. November. Hoffkapellmeister Cortolezis hatte die Leitung mit Ausnahme des 2. Konzerts, das Kapellmeister Lorenz dirigierte. Von Solisten wirkten mit Helmut Neugebauer, Bruno Ziegler, Beatrice Lauer-Kottlar (Gesang), Hoffkonzertmeister Schiering-Darmstadt, Joseph Peischer (Violine), Konrad Unforge-Berlin, Professor Schmidt-Eindner (Klavier) und Organist Theodor Barner (Orgel). Aufgeführt wurden Werke von Bach, Beethoven, Brahms, Chopin, J. Erb, Händel, Haydn, Mozart, Reger, Schubert-Eiszt, Schumann, Gg. Szell. Am 18. August veranstaltete das Hoforchester unter Leitung von Cortolezis mit verschiedenen Mitgliedern des Hoftheaters eine Morgenaufführung des schweizerisch-ungarischen Roten Kreuzes. Von einheimischen Künstlern, die als Solisten in besonderen Konzerten hier auftraten, sind zu nennen der Pianist Georg Mantel, die Pianistinnen Frau Benzinger, Fräulein Alice Krieger, Johanna Kunz, Mathilde Roth, die Violinistin Margarete Schweikhard, die Sänger van Gorkom und Neugebauer-Pecz; außerdem veranstalteten die Sängerinnen Evelyn Fecht, Elisabeth Gutmann und Frau Helene Junker je einen Schülerinnen-Abend. Ein Kompositions-Abend Arthur Kusterer und eine Reihe musikalischer Morgenaufführungen, zusammengestellt und eingeleitet durch Bruno Stürmer, seien angeführt. — Von auswärtigen Solisten traten die Sängerinnen Dora Poppen, Anny Gantzhorn und Elena Gerhardt, die Pianistin Hedwig Fas-

bender-Zürich auf. In einem Konzert zugunsten des Badischen Heimatdanks wirkten Herta Jay—von Seldeneck (Violine), Beatrice Lauer-Kottlar (Gesang) und Hedwig Mary-Kirsch (Klavier) mit. Der deutsche Kriegsmännerchor Eaon veranstaltete einen Liederabend zugunsten der Kriegswohlfahrtspflege. Auch in Lazaretten fanden wieder musikalische Darbietungen statt. Die kirchenmusikalischen Vereinigungen gaben die jährlich wiederkehrenden Konzerte, desgleichen die hiesigen Gesangsvereine und der Bachverein. Die Hebelfeier des Liederkränzes fand der Fliegergefahr wegen im Konzerthaus statt.

Das Großherzogliche Konservatorium für Musik veranstaltete am 1. Dezember 1917 zur Feier des Geburtstags der Großherzogin einen Festakt. Im Laufe des Schuljahres 1917/18 fanden 15 Vortragsübungen und 14 Prüfungskonzerte statt. Vorträge hielten 1917/18: Stadtpfarrer D. Hesselbacher über „Neuere Literatur“, Professor Dr. Preisendanz über „Altgriechische Dichtung“ und Hofrat Ordenstein über die „Deutsche Musik von Hector Berlioz an bis zur Gegenwart“, mit letzterem waren musikalische Darbietungen verbunden. Der „Großherzogin-Luise-Stiftung“ zugunsten der Lehrerinnen wurden von einer der Anstalt nahestehenden Persönlichkeit 500 Mk. und der Ertrag der Prüfungskonzerte mit 500 Mk. überwiesen. Die Stadtgemeinde leistete einen Zuschuß von 6000 Mk. Dem Andenken von Professor Julius Scheidt widmet der Jahresbericht folgenden Nachruf: „Der Verstorbene, der der Lehrerschaft fast seit Begründung der Anstalt angehörte, hat sich um ihr Ausblühen große und nachhaltige Verdienste erworben. Er war ein hochbegabter vielseitiger Musiker und ein durch Pflichttreue und Hingabe an seinen Beruf vorbildlicher Pädagoge. Sein Andenken wird in Dankbarkeit hochgehalten werden.“ Einen weiteren Verlust erlitt die Anstalt durch den Tod des Kammermusikers Vollrath Grischow, auch er wird „in der Geschichte der Anstalt immer einen Ehrenplatz einnehmen.“

Im Münz'schen Konservatorium hielt 1917/18 Bruno Stürmer unter Mitwirkung des Violinisten Ottmar Voigt und Elisabeth Schulze eine Vorlesung über die Violinsonate von ihren ersten Anfängen bis zur neuesten Zeit. Die neu gegründete Theaterhochschule Karlsruhe wurde der Anstalt angegliedert; Leitung

Kammersänger Bussard, Dramaturg Dr. Roennecke und Kapellmeister Stürmer.

In der Stadtratsitzung vom 7. März wurde der Ankauf je eines Gemäldes von Professor Walter Konz, Professor Ludwig Dill und aus dem Nachlaß des Professors Gustav Kampmann für die städtischen Sammlungen genehmigt.

Als wertvolle Stiftung des Kommerzienrats Dr. h. c. Meier-Straus ist beim neuen Eingang des Stadtgartens eine ruhende „flora“ von Bildhauer Professor Georg Schreyögg aufgestellt worden.

IV.

Politisches, industrielles und Vereinsleben.

1. Politisches Leben.

A. Kriegsverhältnisse bis zur Revolution und dem Waffenstillstand.

Auch im Jahre 1918 ging der Kampf zunächst auf allen Kriegsschauplätzen in dem seitherigen Umfange weiter. Mit Rußland, und infolge davon auch mit Rumänien, wurde zwar Frieden geschlossen, aber zum normalen Friedenszustand an der Ost- und Südostfront kam es doch nicht. Die Beziehungen zu dem bolschewistischen Rußland waren zu unsicher, Rumänien vollends erklärte, sobald es durch den Umschwung im Westen freie Hand hatte, wieder den Krieg an Deutschland. Überdies wurden durch den Waffenstillstandsvertrag die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest für ungültig erklärt. Im Laufe des Jahres wuchs die Zahl unserer Gegner. Am 23. April erklärte Guatemala an Deutschland den Krieg, am 7. Mai Nicaragua, am 24. Mai Costarica, am 12. Juli Honduras, Brasilien, das mit uns schon im Jahre 1917 in Kriegszustand getreten war, erklärte am 14. September an Österreich-Ungarn den Krieg, zu einer Zeit also, in der die Donau-Monarchie bereits der Auflösung nahe war. Mexiko und Argentinien ließen sich nicht in den Krieg treiben, letzteres hatte sogar über seine deutschfreundliche Gesinnung keinen Zweifel gelassen. Freilich hatten die Kriegserklärungen dieser amerikanischen Staaten keinen nennenswerten Einfluß auf den Gang des Kampfes. Sie konnten ungestört deutsche Schiffe oder anderes deutsches Eigentum wegnehmen, das war wohl alles.

Wir beschränken uns auf diesen kurzen Bericht über die allgemeine Kriegslage im Jahre 1918. Hier in diesem Abschnitt wird, wie in den vergangenen Kriegsjahren genauer geschildert, wie weit die kriegerischen Ereignisse mit ihren Folgen und die durch den Krieg bedingten Maßnahmen die Stadt Karlsruhe unmittelbar berührten.

Durch den Mangel an Kohlen und Rohstoffen waren die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken vom 22. Dezember 1917 bis 16. Januar 1918 zu unfreiwilligem Feiern gezwungen worden. Wegen der Entschädigung der Arbeiter für den ausfallenden Lohn wurde erst durch Verhandlungen im Reichswirtschaftsamt in Berlin Einigung erzielt.

Am 15. Januar veröffentlichte das Generalkommando eine Bekanntmachung des Kriegsministeriums über Beschlagnahme und Bestandsaufnahme von sogen. unechtem Seegras.

Durch Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 16. Januar wurde für das Ergreifen von Insassen feindlicher Flugzeuge eine Belohnung bis zu 1000 Mk. ausgesetzt.

Anfang Februar trafen 18 Badener, die zu den mit England ausgetauschten Gefangenen gehörten, hier ein und wurden in Lazaretten hier und in Ettlingen untergebracht.

Laut Bekanntmachung vom 6. Februar sollten künftig bei drohender Fliegergefahr nachts die gleichen Warnungszeichen (Sirenen und Signalbomben) wie am Tage abgegeben werden.

Am 9. Februar legte die Stadt auf die Nachricht vom Friedensschluß mit der Ukraine Flaggenschmuck an, ebenso am 11. wegen des Friedens mit Rußland, und es wurde mit Glocken geläutet. Außerdem spielte die Kapelle des 1. Ers.-Bat. des Leib-Gren.-Regts. 109 einige Weisen.

Am 10. Februar fand im Evangelischen Gemeindehaus der Südstadt eine vaterländische Volksfeier statt mit Vortrag des Stadtverordneten Rückert: „Meine Erlebnisse bei meiner Reise an der Westfront.“

Am 16. Februar veröffentlichte das Generalkommando eine Bekanntmachung des Kriegsministeriums über Beschlagnahme und Bestandserhebung von Holzspänen aller Art.

Am 21. Februar sprachen auf Veranlassung des Katholischen Frauenbundes Frau Clara Philipp und Fräulein Eilly Schmidt über Brennstoffersparnis und Kriegssammel dien st.

Über Anpflanzung, Sammlung und Verwertung der Brennessel sprach am 22. Februar auf Veranlassung des Hausfrauenbundes Direktor Rumswinkel aus Koblenz.

Ein vaterländischer Familienabend fand am 10. März im Arbeiterinnen-Abendheim (Hildahaus) und am 14. ebenda ein Vortrag über Sparsamkeit und Einteilung im Haushalt statt.

Nach Auflösung der mit Einziehung der Bestände an Sparmetallen für das ganze Land beauftragten Vertrauensstelle in Mannheim wurde für den hiesigen Bezirk bei der Maschinenbau-gesellschaft eine Vertrauensstelle eingerichtet.

Am 14. März erging eine Bekanntmachung des Generalkommandos über Bestandserhebung und Beschlagnahme von Kutschwagen-Bereifungen, ausschließlich Kraftwagen-bereifungen.

Am 15. März verfügte das Generalkommando die Beschlagnahme und Meldepflicht von gesammelten rohen Menschenhaaren, mit Ausnahme der eigenen zu Hause gesammelten.

Am 15. März fand eine volkstümliche Volksfeier mit Rezitationen und Musikvorträgen statt.

Am 16. März veranstaltete das Generalkommando eine Pressebesprechung und am 17. eine umfassende Besprechung für die Gesamtbezirke des südwestdeutschen Korps informatorischer Art.

Die Zeichnungsfrist für die 8. Kriegsanleihe lief vom 18. März bis 18. April. Eine lebhafte Werbetätigkeit fand auch diesmal statt. Anschließend an eine Besprechung, zu der der Oberbürgermeister Herren und Damen verschiedener Stände eingeladen hatte, bildete sich eine Werbeausschuß von 26 Mitgliedern. In einem von ihm erlassenen Aufruf hieß es u. a.

„Unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen bitten wir wiederum, zu einem guten Ergebnis der 8. Kriegsanleihe in unserer Stadt nach Kräften beizutragen. Diese Bitte richten wir namentlich auch an die Besitzer kleiner Ersparnisse.

Der großen Anzahl kleiner Zeichnungen in Stadt und Land verdanken unsere bisherigen Kriegsanleihen zu einem wesentlichen Teil ihre hocherfolgreichen Erfolge.

Auch diesmal darf das Vaterland erwarten, daß alle, Hoch und Nieder, ihre Schuldigkeit tun!

Es gilt für den Schlußakt des schweren Kampfes, den unsere Söhne und Brüder zu unauflöslichem Danke des Vaterlandes bis dahin so erfolgreich bestanden, dem Reiche die notwendigen Geldmittel zum Durchhalten bis zum guten, wie wir hoffen dürfen, nahen Ende zu sichern."

Außerdem forderten die Zeitungen wiederholt zur Zeichnung auf. Durch Verfügung des Finanzministeriums wurde den Staatsbeamten und staatlichen Arbeitern durch Verrechnung auf ihre Bezüge die Beteiligung an der Anleihe erleichtert. In ähnlicher Weise wies der Stadtrat die städtischen Klassen an, Zeichnungen der städtischen Beamten und Lehrer bis zur Höhe von $\frac{1}{4}$ des jährlichen Dienst-einkommens entgegenzunehmen und die vorgeschossenen Beträge durch monatliche angemessene Gehaltsabzüge wieder zurückzuerheben. Die Stadtverwaltung selbst beteiligte sich durch Mittel der Stadtkasse und Sparkasse mit 5 Millionen Mark an der Anleihe. Werbeschriften wurden auf den Straßen verteilt und Mahnungen hervorragender Persönlichkeiten, wie z. B. des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, in verschiedener Weise bekanntgegeben. Ein am 17. April vom Exercierplatz aufgestiegener Flieger warf Flugblätter und Postkarten als Werbemittel ab. Nach Feststellung der hiesigen Reichsbankstelle wurden in Karlsruhe auf die 8. Kriegsanleihe im ganzen 124 340 800 Mk. gezeichnet (574 000 000 Mk. in ganz Baden). Bei der städtischen Sparkasse betrugen die Zeichnungen 10 Millionen Mark. Die Sammelzeichnung der Karlsruher Volksschulen ergaben 66 729 Mk.

Eine Verfügung des Ministeriums des Innern vom 21. März gestattete die Offenhaltung von Gasthäusern, Theatern und Lichtspielhäusern in Städten von mindestens 10 000 Einwohnern vom 1. April an bis 11 Uhr nachts.

Die Musterung der Landsturmpflichtigen des Geburtsjahres 1900 fand für die Stadt Karlsruhe vom 22. März bis mit 10. April statt.

Der Sieg der deutschen Offensive im Sommergebiet wurde am 25. März durch Flaggen Schmuck der Häuser

und Glockengeläute gefeiert. Die Kapelle des Landwehr-Inf.-Regts. Nr. 109 spielte um 2 Uhr am Mühlburger Tor, um 3 Uhr auf dem Marktplatz.

Am 26. März erging eine Bekanntmachung des Generalkommandos über Beschlagnahme, Enteignung und Meldepflicht von Einrichtungsgegenständen sowie freie Ablieferung von verschiedenen Gegenständen aus Kupfer, Nickel und deren Legierungen, Aluminium, Zinn und am 9. April eine solche wegen Lumpen und neuen Stoffabfällen.

Am 10. April fanden im Reserve-Lazarett 8 musikalische Vorträge statt. Vaterländische Abende veranstalteten am 14. April der Frauenverein und der Stadtteil Rintheim mit Ansprachen und Musikvorträgen.

Am 20. April veröffentlichte das Generalkommando eine Verordnung des Kriegsministeriums über Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kautschuk-Billardbällen und am 1. Mai desgleichen wegen Gehäusen von Kontroll-, Registrier- und Schreibklassen. Am selben Tag erging eine Verordnung des Ministeriums des Innern über Buchführung beim Handel mit gebrauchten Möbeln, Betten u. dgl.

Am 17. Mai erließ der Reichskanzler eine Verordnung, wonach vom 24. Mai an der Handel mit Papier, Karton und Pappe nur solchen Personen gestattet wird, die dies vor dem 1. Januar 1916 getan haben.

Am 22. Mai trafen von der Besatzung S. M. Schiff „Wolf“, das nach 13 monatlicher erfolgreicher Kreuzerfahrt unter Führung des Kapitänleutnants Berger in die Heimat zurückgekehrt war, auf Einladung der Großherzogin Luise, 10 Mann, Badener, hier ein. Nach dem Empfang im Schloß am 23. wurden sie im Rathaus vom Oberbürgermeister begrüßt und mit Liebesgaben bedacht.

Am 29. Mai veröffentlichte das Generalkommando eine Bekanntmachung des Kriegsministeriums über Beschlagnahme und Vorratserhebung von Gummibereifung für Kraftfahrzeuge jeder Art.

In einer Versammlung der Wehrmänner der freiwilligen Bürgerwehr berichtete Geh. Finanzrat Zimmermann über ihre Tätigkeit. Die Mitgliederzahl hat sich besonders infolge von Einberufungen auf 120—130 von anfangs 600 vermindert. Seit Kriegsbeginn bis 1. Juni sind 25 000 Befehlszettel ausgegeben worden.

Am 15. Juni erging eine Bekanntmachung des Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission des Aushebungsbezirks Karlsruhe, wonach sich alle gedienten und ungedienten Leute, die infolge Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte vom Heeresdienst ausgeschlossen waren, soweit sie nach dem 1. August 1869 geboren sind, zwischen dem 20. und 22. Juni zu melden hatten.

Zum Gedenken der Opfer des Fliegerunglücks vom Fronleichnam 1916 wurden am 22. Juni an der Grabstätte Kränze der Großherzogin Luise, der Stadtverwaltung und des Vereinslazarettzugs E 1, dessen Personal sich seinerzeit bei Bergung der Verwundeten betätigt hatte, niedergelegt.

Ende Juni wurden in Karlsruhe (Rintheimer Allee 10), Mannheim und Rastatt Nach- und Abschubüberwachungsstellen eingerichtet, um die Objekte von und nach der Front zu sichern.

Auf Anordnung des Generalkommandos hatten sich die Landsturmpflichtigen, die zwischen dem 1. April und dem 30. Juni das 17. Lebensjahr vollendeten, vom 4.—6. Juli zur Stammrolle anzumelden.

Am 1. August erging eine Bekanntmachung des Generalkommandos über Beschlagnahme, Bestandserhebung und Höchstpreise von Leichtöl, Rohbenzol, Benzol, Benzin und sonstigen benzol- oder benzinartigen Körpern.

Am 7. August trafen mehrere Hundert Austauschgefangene aus Frankreich ein. Sie wurden unter Begleitung einer Militärkapelle und einer großen Menschenmenge zum Sammeldepot in der Hochschule geleitet.

Am 28. August gab das Bürgermeisteramt bekannt, daß die von der Reichsbekleidungsstelle beschlagnahmten Sonnenvorhänge u. a. nach dem Bestand vom 28. Juli 1918 bis längstens 15. September abzugeben seien.

Am 2. September wurde gemäß Verordnung des Bundesrats eine allgemeine Viehzählung durch die Schutzmannschaft vorgenommen, die sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh und zahme Kaninchen erstreckte.

Auf Veranlassung des Generalkommandos sprach Anfang September Freiherr v. Ersner vor hiesigen Mannschaften über seine Erlebnisse in französischer Gefangenschaft und bot ein trauriges Bild von der unwürdigen Behandlung durch den haßerfüllten Gegner. Dasselbe berichtete neben der mangelhaften Einrichtung der meisten Lazarette am 18. September Rittmeister Göring von der Austauschstation für Kriegsverwundete in Konstanz bezüglich der Behandlung Verwundeter in Frankreich.

Am 19. September fand wieder für die Schriftleiter und Verleger der in den Armeekorpsbezirken Süddeutschlands erscheinenden Zeitungen eine Konferenz statt.

Am 21. September hielt die Ortsgruppe Karlsruhe des Reichsbunds der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer eine Versammlung ab. Generalkommando, Staatsregierung, Stadtrat und Landesauschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge hatten Vertreter entsandt. Der Bund umfaßt gegen 400 Ortsgruppen mit 45 000 Mitgliedern, der Gau Baden 190 Ortsgruppen mit 2300 Mitgliedern. Bundessekretär Roßmann aus Berlin sprach über die sozialpolitischen Forderungen hinsichtlich der Kriegsbeschädigten. Daran anschließend tagte am 22. September der Gau Baden des Reichsbundes, wobei Karlsruhe als Vorort bestimmt wurde.

Am 21. September veröffentlichte das Generalkommando eine Bekanntmachung über Bestandserhebung, Beschlagnahme und Höchstpreise von Weiden.

Die Frist zur Zeichnung der 9. Kriegsanleihe erstreckte sich vom 23. September bis 6. November einschließlich. Die Werbetätigkeit wurde ähnlich wie das letztemal geübt (Werbeauschuß, Flugschriften, Tätigkeit der Presse). In Karlsruhe wurden im ganzen 85 Millionen Mark gezeichnet, die Stadtverwaltung selbst beteiligte sich mit 10 Millionen Mark.

Am 24. September erließ das Generalkommando unter Androhung von Gefängnisstrafe ein Verbot gegen jede böswillige

für die öffentliche Ruhe und Ordnung schädliche Kundgebung, ebenso über die Verbreitung unwahrer Nachrichten, über den Krieg und die deutsche Kriegsführung.

Am 1. Oktober erließ das Generalkommando eine Bekanntmachung über Beschlagnahme von Web-, Trikot-, Wirk- und Strickgarnen aus Kunstwolle.

Nachfolgend geben wir die neuen Bestimmungen über die Befugnisse des städtischen Einigungsamts nach der Bekanntmachung des Bürgermeisteramts vom 7. Oktober an:

„Das Einigungsamt kann

1. auf Anrufen eines Mieters

- a. über die Wirksamkeit einer Kündigung des Vermieters und über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses jeweils bis zur Dauer eines Jahres bestimmen,
- b. ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis jeweils bis zur Dauer eines Jahres verlängern,

2. auf Anrufen eines Vermieters einen mit einem neuen Mieter abgeschlossenen Mietvertrag, dessen Erfüllung von einer Entscheidung gemäß Nr. 1 oder von einem vor dem Einigungsamte geschlossenen Vergleiche betroffen wird, mit rückwirkender Kraft aufheben.

Bestimmt in den Fällen des Abs. 1 Nr. 1 das Einigungsamt die Fortsetzung oder Verlängerung des Mietverhältnisses, so kann es dem Mieter neue Verpflichtungen auferlegen, insbesondere den Mietzins erhöhen.

Der Antrag des Mieters über die Wirksamkeit der Kündigung des Vermieters zu entscheiden (Abs. 1 Nr. 1a) ist unverzüglich, nachdem die Kündigung ihm zugegangen ist, zu stellen.

Der Antrag, ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis zu verlängern (Abs. 1 Nr. 1b), ist so frühzeitig zu stellen, wie es von dem Mieter unter Berücksichtigung der Interessen des Vermieters verlangt werden kann. Der Antrag kann in beiden Fällen nicht mehr gestellt werden, wenn die Mietzeit abgelaufen ist oder die Parteien die Fortsetzung des Mietverhältnisses vereinbart haben.

§ 3.

Hat sich ein Vermieter einer öffentlichen Behörde gegenüber verpflichtet, die Festsetzung des Mietzinses oder andere Bestimmungen des Mietvertrags durch das Einigungsamt bewirken zu lassen, so setzt dieses die Bestimmungen des Mietvertrags auf Antrag der Behörde oder des Vermieters fest.

§ 4.

Die Erlaubnis des Vermieters, den Gebrauch der gemieteten Sache einem Dritten zu überlassen, insbesondere die Sache weiter zu vermieten (§ 549 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) wird durch die Erlaubnis des

Einigungsamts ersetzt. Das Einigungsamt soll die Erlaubnis versagen, wenn der Vermieter sie aus einem wichtigen Grunde verweigert hat.

Hierzu ordnete das Ministerium des Innern am 11. November für Karlsruhe-Stadt an:

„1. daß die Vermieter von Wohnräumen ein Mietverhältnis rechtskräftig nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamts kündigen können insbesondere, wenn die Kündigung zum Zweck der Mietssteigerung erfolgt,

2. daß ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis als auf unbestimmte Zeit verlängert gilt, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Einigungsamts zu dem Ablauf erwirkt hat.“

Um dem Mangel an Zahlungsmitteln im Verkehr abzuhelpen, beschloß der Stadtrat am 17. Oktober städtisches Notgeld auszugeben und zwar fünfmark- und Zwanzigmarksscheine im Gesamtbetrag bis zu 5 Millionen Mark. Dasselbe wurde bei sämtlichen städtischen und staatlichen Kassen in Zahlung genommen, ebenso bei der Post, der Reichsbank und den anderen Banken, sowie in den von der Stadt belieferten Kaufläden. Seine Laufzeit wurde bis 1. Februar 1919 festgesetzt, dann sollte es eingelöst werden. Die fünfmarksscheine erhielten einen gelben Untergrund und braune Verzierungen, die Zwanzigmarksscheine einen grünlichen Untergrund mit braunen Verzierungen, sie zeigten einerseits Marktplatz mit Pyramide, andererseits den fächerplan. Beide trugen außerdem den Trockenstempel des Stadtrats und die saksimilierte Unterschrift des Oberbürgermeisters. Am 4. November wurden die ersten Scheine zur Auszahlung der Familien-Unterstützungen verwendet. Den Städten Durlach und Ettlingen wurde auf Ansuchen je ein Betrag des Notgeldes überlassen. Auch von den Postanstalten der Nachbarorte, sowie den Kassen der Lokalbahn Spöck—Durmshheim wurden die Scheine in Zahlung genommen. Durch Stadtratsbeschluß wurde der Betrag des auszugebenden Notgeldes auf 20 Millionen Mark erhöht.

Im Berichtsjahre erfolgten nachstehende fliegerangriffe auf unsere Stadt: Am 14. Januar, 12 Uhr 52 Minuten nachmittags, wurden 14 Bomben abgeworfen. Eine Bombe fiel südlich des Wasserwerks in den Wald und hob einen Trichter von etwa 2—2½ m aus. Eine andere fiel auf Gleis 5, auf einen leeren Eisenbahnwagen, im Rangierbahnhof. Drei in der Nähe

stehende Wagen, die mit Stroh beladen waren, fingen Feuer, ebenso ein Wagen mit Tabak. Eine dritte Bombe beschädigte das Stellwerk 5, die Weiche und dortige Bahnanlagen. Eine traf einen mit Koks beladenen Güterwagen auf dem Rangierbahnhof und zündete ebenfalls. Eine andere fiel als Blindgänger in die städtischen Gartenanlagen des Kinderheims, ohne Schaden anzurichten. Eine Bombe zertrümmerte eine Holzhütte im Hause Scherrstraße 16, außerdem wurden durch den Luftdruck Türen und Fenster dieses Hauses stark beschädigt. Die Bewohner, die sich im Keller des Hintergebäudes aufhielten, erlitten durch das sich entwickelnde Schwefelgas leichte Vergiftungen. Auf das Gelände der Eisenbahnhauptwerkstätte fielen drei Bomben und zwar ein Blindgänger etwa 20 m östlich der Liebensteinstraße auf freies Schienengelände, eine Bombe zertrümmerte das Dach der mechanischen Werkstätte und setzte den Kleiderkasten der Arbeiter in Brand. Durch Splitter wurde eine Person leicht verletzt. Die dritte Bombe fiel in die Werkstätte des Hauptbahnhofs, zertrümmerte das Dach und verschiedenes Material. Von weiteren vier Bomben fiel eine im Rangierbahnhof nieder, eine im Rüppurrer Wald, eine auf dem Wiesengelände bei der Bahnüberführung Karlsruhe—Heidelberg und die vierte in der Nähe des Stellwerks I am Rande des Durlacher Waldes (Gemarkung Durlach), die mehrere Bäume beschädigte. Die vierzehnte Bombe fiel im Killisfeld nieder. Durch Abwehrgeschosse wurden folgende städtische Bauten beschädigt: An der Oberrealschule (Kaiser-Allee 6) 4 Glasdachscheiben, am Wasserwerk 13 Fensterscheiben und das Schieferdach, am Konzerthaus das Schieferdach, Ziegeldächer am Farrenstall im Stadtteil Beiertheim in der Cäcilienstraße, am Wohnhaus Breite Straße 66, am Stephaniensbad, an der Lessingschule und an der Südenschule I und II.

Ein zweiter Fliegerangriff erfolgte am 31. Mai, vormittags 9 Uhr. An folgenden Stellen fielen Bomben nieder: Auf die Gleise 11, 21, 35 und 36 im Rangierbahnhof fielen 4 Bomben. Personen wurden nicht verletzt. Eine Bombe traf den Lagerplatz der Kohlenhandlung in der Wiesenstraße. Dabei wurde der hier wohnhafte Korbmacher Franz Beck und seine Ehefrau, während sie in ihrem Kleingarten friedlicher Arbeit oblagen, getötet. Ohne jemand zu verletzen fiel eine Bombe auf das Hauptgleis Karls-

ruhe—Durlach unter der Signalbrücke und zerstörte die Gleise, eine zwischen die Bahnböschungen der Strecken Karlsruhe—Durlach und Karlsruhe—Hagsfeld und eine auf die Böschung. Dagegen wurde durch einen anderen Bombenwurf, der am Proviantdepot in der Zimmerstraße niederging, der Militärposten, Ingenieur Ludwig Zucker von hier, getötet, außerdem wurde der Landsturmann Emil Seliger aus Werder (Provinz Brandenburg) schwer verwundet, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr erlag er seiner Verletzung. Weitere Bomben fielen bei diesem Angriff am 31. Mai und zwar eine in die Gärten an der Wiesenstraße, eine in den Hof des Anwesens Karlstraße 65 und in den dazu gehörigen Bauplatz, je eine Mathystraße 7 und 9, je eine in den Hofraum Augustastraße 5 und in den Garten des Hauses Boeckhstraße 25. Durch die letztgenannte wurden die Gebäude der Nachbarschaft ziemlich stark beschädigt. Erheblichen Gebäudeschaden verursachte eine auf die Giebelmauer des Hauses Vorholzstraße 56 niederfallende Bombe. Ohne Schaden zu bringen fiel eine Bombe auf das freie Feld hinter der Munitionsfabrik, eine in die Geschützhülspuzerei dieser Fabrik und eine in deren Geschosfabrikation. Dagegen tötete eine in den Luftschacht des Neubaus genannter Fabrik eindringende Bombe den in dem Schacht stehenden russischen Kriegsgefangenen Tschon Motowilow, drückte die Sandsackfüllungen der Fenster des als Unterstand eingerichteten Kellers nach innen und verletzte etwa 70 Personen, darunter 4 schwer. Der Sachschaden der Fabrik war bedeutend. Durch die Abwehrmaßregeln wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen. Es fiel auf das Dach der Werkzeug-Maschinenfabrik Hansastraße 9 und verursachte einen kleinen Brand, der aber bald gelöscht werden konnte. Die beiden Insassen des Flugzeuges fielen tot innerhalb des Fabrikgebäudes herab. Ein zweites feindliches Flugzeug fiel bei Darlanden in das Wasser bei der Ziegelei. — Im ganzen wurden 8 Personen schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt, die in das städtische Krankenhaus verbracht wurden, leicht verwundet 88 Personen, die sich in ambulanter Behandlung befanden. Sachschaden erwuchs der Stadtgemeinde durch Beschädigung an Scheiben oder Dächern an der Goetheschule, an der Festhalle, am Ausstellungsgebäude, an der Leopoldschule, am Schlachthof, an der Gartenstraßschule,

der Südenschule I und II, an der Schule in Mühlburg und am Haus Hardtstraße 7. Der Schaden wurde im ganzen auf 696 M. 42 Pf. berechnet. Außerdem wurden in verschiedenen Stadtteilen an 76 Stellen mehr oder minder starke Sachschäden ermittelt und zwar die meisten an Fenstern, Rolläden und dergl., doch sind auch Fassaden- und Dachbeschädigungen vorgekommen, in mehreren Häusern auch Mobiliar getroffen. So wurden, um nur einige besonders zu nennen, Vorholzstraße 56 der Dachstuhl und Kammer-einbauten zum großen Teil zerstört. In der Zimmerstraße wurden Türen, Kanäle, Treppen, Abfallröhren, elektrische Leitungen, Putz an Decken und Wänden, Glühlampen und Birnen beschädigt. — Von „Ungeannt“ sind für die Opfer dieses fliegerangriffs beim Oberbürgermeister 50 Mk. eingegangen.

Der Stadtrat beschloß, den Hinterbliebenen der Getöteten seine Teilnahme schriftlich kundzugeben und die Opfer des Angriffs auf dem städtischen Hauptfriedhofe in Ehrengräbern beizusetzen.

Der Oberbürgermeister von Freiburg hat namens des dortigen Stadtrats die herzlichste Teilnahme zum Ausdruck gebracht.

Die Bestattung der Getöteten erfolgte in feierlicher Weise am 4. Juni. Im Vorhofe des Friedhofs versammelten sich neben den Angehörigen der fliegeropfer die Vertreter der verschiedenen Militär- und Zivilbehörden und viele Personen aus der Bürgerschaft. Auch der Großherzog war erschienen.

Ein anderer fliegerangriff erfolgte am 25. Juni, vormittags nach 7 Uhr. Dabei wurden nach der ersten Aufnahme neun Bomben festgestellt. Nach genauerer Besichtigung ergaben sich auf hiesiger Gemarkung an 55 Stellen und auf Gemarkung Bulach an 4 Stellen mehr oder minder starke Beschädigungen. Der größte der bisherigen fliegerschäden traf das Haus Kriegsstraße 51. Eine Bombe mit Verzögerungszündung fiel daselbst durch das Dach des Treppenhauses auf das unterste Podest der Steintreppe und zerstörte, mit Ausnahme der Straßenfassade, den größten Teil des Hauses. Fast das ganze Inventar wurde zerstört und verschüttet. Der zur Bewachung des Hauses zurzeit allein in demselben wohnende Landsturmmann Paul Urtmann aus Heidelberg wurde, im Bette liegend, infolge Verschüttung durch Ersticken getötet. Die Feuerwehr wurde alarmiert und erschien

alsbald, um die Aufräumarbeiten Kriegsstraße 51 vorzunehmen. Zur weiteren Durchführung dieser Arbeiten stellte das Garnisonskommando auf Ersuchen des Bezirksamts militärische Hilfe zur Verfügung.

Von den zahlreichen sonstigen Beschädigungen an Häusern verschiedener Stadtteile seien folgende genannt: Eine starke Beschädigung erlitt das Haus Boeckhstraße 5 an der Fassade und im Innern. In derselben Straße wurden an den Häusern 1, 3, 7, 15, 17, 21, 16, 16a und 18 Fenster, Dächer, Läden und Fassaden beschädigt. In der Gartenstraße 14 fiel eine Bombe auf den linksseitigen Brandgiebel gegen den Hof zu, zerstörte den Dachstuhl sowie das Oberlicht über dem Treppenhaus ganz; Beschädigungen im Innern wurden festgestellt. In der Gartenstraße 44a wurde das Maleratelier im Dach zum größten Teil ganz zerstört. In der Lenzstraße 3, 5, 7, 9, 11, 13, 4, 8 und 10 wurden Dachflächen und Fenster beschädigt, vom Haus 8 auch der Brandgiebel und Kamin. Verschiedene Beschädigungen trafen die Häuser in der Putzstraße 3, 5, 7, 9, 11, 13, 8, 10, 12, 14, 16 und 18. Eine Bombe fiel in die Kleingärten an der Neuen Bahnhofstraße 1 und warf einen Trichter von etwa 5 m Durchmesser aus. Eine andere Bombe fiel im Hofe des städtischen Wasserwerks nieder, etwa 15 m vom Kesselhause entfernt. Dabei wurden am Kesselhause und am Maschinenhaus, sowie an dem Dienstwohngebäude zahlreiche Scheiben und die Dachflächen teilweise zertrümmert. Eine Bombe fiel in den Garten des katholischen Pfarrhauses Zeppelinstraße 42 (Stadtteil Grünwinkel), richtete starken Schaden an der Rückfassade, Dachflächen, fenstern, Rolläden u. a. an, auch die Notkirche und das Schwesternhaus wurden beschädigt. Auf Gemarkung Bulach fiel eine Bombe in den Bleichgarten (Neue Anlage 13) und warf einen etwa 8½ m im Durchmesser großen und etwa 3 m tiefen Trichter auf und beschädigte die Dächer einiger umliegender Häuser.

Am 26. Juni, mittags, erfolgte ein neuer Angriff. 33 Abwurfstellen wurden aufgenommen. Wir führen davon folgende an: Am Rangierbahnhof stürzte eine Bombe das Häuschen neben dem Stellwerksgebäude um und zertrümmerte es völlig. Die Schotter- und Pflastersteine, die aus dem Trichter geschleudert wurden,

beschädigten die Dächer der umliegenden Gebäude. Eine zweite Bombe fiel bei der Gleisanlage 2 östlich der Straßenbrücke in eine Weiche, zerstörte diese sowie viele Scheiben an den Dienstgebäuden für Weichenwärter an der Fautenbruchstraße. Am städtischen Wasserwerk schlugen zwei Bomben in die Brunnenanlagen in den eingefriedigten Waldteil hinter den Gebäulichkeiten ein. Die an der Einschlagstelle stehenden Bäume wurden entwurzelt. Je vier Bomben fielen in Gemarkung Durlach und Gemarkung Aue nieder, ohne größeren Schaden anzurichten.

In der Nacht zum 30. Juni wurde unsere Stadt wiederum von feindlichen Fliegern angegriffen und mehrere Bomben abgeworfen. So wurde u. a. in der Durmersheimer Straße (Stadtteil Grünwinkel) Nr. 57 und 59 in der dortigen Faßpechhalle die Transportanlage stark beschädigt, ebenso ein großer Teil des Wellblechdaches und die Rückwand der offenen Halle. Neun Bomben fielen in der Gemarkung Knielingen auf offenem Felde nieder, wodurch ein Sachschaden von etwa 900 Mk. an den Kulturen entstand.

Der Schaden, der der Stadtgemeinde durch die Fliegerangriffe am 25., 26. und 29./30. Juni erwuchs, wurde im ganzen auf 5515 Mk. 84 Pf. berechnet.

Am 11. August, vormittags 10 Uhr 15 Min., erfolgte ein neuer Angriff. 13 Bomben wurden abgeworfen. Von diesen richtete eine, die auf das Hintergebäude Erbprinzenstraße 19 fiel, bedeutenden Sachschaden an. Eine zweite Bombe fiel in den Garten der Schmieder'schen Baupläze, ohne größeren Schaden zu verursachen. Im Gebiet des Hauptbahnhofes fielen elf Bomben. Davon fielen zwei in die Unterführung der Ettlingerstraße mit erheblichem Schaden an den Gleisen und am Mauerwerk. Die Decke der Unterführung wurde an zwei Stellen durchlöchert. Eine Bombe fiel auf den Bahnsteig 4 außerhalb der östlichen Ausfahrt. Der Postwagen und ein Wagen I. und II. Klasse des kurz vorher einfahrenden Schnellzugs aus Richtung Offenburg wurde durch den Luftdruck in die Höhe gehoben, aus dem Gleis geworfen und schwer beschädigt. Dabei erlitt ein Postassistent durch ausströmendes Gas des zerplatzten Gasbehälters eine leichte Gasvergiftung. Eine andere Bombe fiel bei der Eilguthalle (Milchrampe) auf das Zu-

fahrtsgleis, beschädigte dasselbe und warf einen leeren Güterwagen um. Ein 25 m langes Gleisjoch wurde losgerissen und etwa 10 m in die Luft geschleudert. Beim Niederfallen riß es einen Teil der Fahrleitung der Straßenbahn mit herunter, wodurch der Bügel des etwa 16 m von der Einschlagstelle der Bombe stehenden Motorgüterwagens verbogen wurde. Der Milchgüterverkehr war bis 6 Uhr abends gestört; die Milch wurde durch Fuhrwerke befördert. Von den übrigen der oben genannten in das Gebiet des Hauptbahnhofes fallenden elf Bomben durchschlug eine am Maraubahnhof das Dach, das Obergeschoß und platzte im Erdgeschoß, wo sie in dem Raum der Eilgutbestätterei ganz erheblichen Schaden anrichtete. Eine andere fiel dicht am östlichen Flügel des Bahnhofgebäudes unmittelbar vor der Mauer in die dort angelegten Schrebergärten und verursachte sehr erheblichen Schaden am Gebäude. Dabei wurden sechs Personen durch Glassplitter leicht verletzt.

Diplomingenieur Joseph Dorer und Fräulein Laura Dorer übergaben dem Oberbürgermeister „als Anerkennung für das rasche Eingreifen der Feuerwehr bei Beschädigung ihres Hauses Erbsprinzenstraße 19 durch eine fliegerbombe 75 Mk.“. Die Summe wurde zugunsten der beteiligten Mannschaften verwendet.

Am 22. August vormittags 9 Uhr erfolgte ein fliegerangriff, der schwere Opfer forderte. Eine Bombe fiel auf das Haus Südensstraße 15. In diesem wurden 9 Personen tödlich getroffen, 3 schwer und 2 leicht verwundet. Einer der Schwerverwundeten, Joseph Oberle, erlag seiner Verletzung, nachdem er in das Vincentiushaus verbracht worden war. Eine Bombe traf das Haus Kriegsstraße 123, eine fiel auf den Gehweg gegenüber Vorholzstraße 29 und eine in das Anwesen Puttitzstraße 9/11. Vier Bomben fielen in die Munitionsfabriken, eine auf die Devrientstraße und zwei in den Garten des Neuen Vincentiushauses, Südensstraße 60.

Die Hälfte des Geschwaders, 5 flieger, wurde durch unsere Abwehrmittel vernichtet. Die Besatzungen fielen teils tot, teils lebend in unsere Hand.

Von den Opfern des Angriffs wurden sechs am 24. August hier beigesetzt, nämlich Kaufmann Franz Kastner, Oberrevisor Karl Schnabel und dessen Ehefrau, Wilhelmine Andre, Postsekretärs-

gattin, ihre Tochter Hildegard, Oberprimanerin, und ihre Mutter Wilhelmine Claussing. In Sinzheim b. Baden wurden bestattet: Radschuhleger Josef Oberle, seine Ehefrau und sein anderthalb Jahre altes Kind Julius, sowie Kleidermacherin Rosa Zoller. Eine große Anzahl Leidtragender hatte sich zur Feier am Abend des 24. auf dem Hauptfriedhof eingefunden, darunter das Großherzogspaar, sowie die Spitzen militärischer und ziviler Stellen. Der Oberbürgermeister von Freiburg hat namens der Schwesterstadt wieder die herzliche Teilnahme ausgesprochen.

Arthur Sußmann sandte dem Stadtrat 500 Mk. zur Verteilung unter die bedürftigen Opfer bzw. deren Familien beim fliegerangriff auf das Haus Südensstraße 15 in dem der Spender wohnte.

Bei einem Angriff in der Nacht zum 26. August wurde nur einiger Sachschaden verursacht. Bei dem am 15. September nachts kurz nach 10 Uhr auf Karlsruhe und Umgebung erfolgten fliegerangriff hat das Tiefbauamt 20 Bombenabwurfstellen ermittelt. Mehrere Bomben fielen am Westausgang von Beiertheim auf freies feld. Die Gebäude Breitestraße 147, 149, 151, 153, außerdem die Waschanstalt Süpfle in Bulach wurden unerheblich beschädigt. Eine Bombe ging in der Mollkestraße vor dem Gebäude des feldartl.-Regts. 50 nieder. Eine Person wurde schwer, drei leicht verletzt. Sieben Alleeebäume wurden vernichtet und 20 Alleeebäume sowie 5 Baumschutzkörbe beschädigt. Der Sachschaden betrug etwa 330 Mk. Außerdem entstand an der Offiziers-Speiseanstalt, an dem Gebäude der verheirateten Unteroffiziere und an der Kaserne des genannten Regiments erheblicher Schaden. In der Nähe dieser Gebäude wurde auch die Bordsteinanlage und die Schotterfahrbahn beschädigt. Die Kosten der Wiederherstellung der letzteren einschließlich der Aufräumarbeiten wurden auf rund 150 Mk. berechnet. Im Stadtteil Darglanden fielen drei Bomben in die Federbach.

Bei der Abwehr feindlicher flieger am 16. September nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr fiel in der Kaiserallee, Ecke der Schillerstraße, ein Blindgänger von einem Abwehrgeschöß auf die Schienen der Straßenbahn Linie 1. Das Geschöß explodierte und schlug die Schienen zum Teil durch. Durch Splitter des Geschößes erlitten verschiedene fensterscheiben der angrenzenden Häuser Schaden.

Außerdem wurde an dieser Stelle die Fahrleitung durch einen Geschosspplitter angeschlagen und die Scheiben einiger Wagen zertrümmert. Sprengstücke verursachten an verschiedenen Oberlichtern der Wagenhalle Schaden.

Am 20. September und in der Nacht zum 21. erfolgten die letzten fliegerangriffe auf die Stadt Karlsruhe. Am 20. abends 9 Uhr wurden 11 Bomben niedergeworfen. Eine fiel auf den Straßenkörper vor dem Hause Brahmsstraße 29. Dabei wurde eine Person auf dem Wege zum Keller leicht verletzt. Etwa 20 m nordöstlich von dieser Abwurfstelle fiel eine Bombe in die in der Philippstraße angrenzenden Schrebergärten und eine, etwa 15 m von der letzteren Stelle in südwestlicher Richtung entfernt, auf den Gehweg gegenüber dem Hause Philippstraße 17. Dabei wurden zwei Personen, wohnhaft im Hause Philippstraße 21, auf dem Wege in dieses Haus die eine schwer, die andere leicht verletzt. Diese drei Bomben richteten an den benachbarten Häusern der Brahms- und der Philippstraße erheblichen Schaden an. Die Umzäunung der Schrebergärten und diese selbst litten bedeutend unter der Wirkung dieser Bombe. Im Gebiet des Rheinhafens gingen 8 Bomben nieder, eine an der Kreuzung der Werft- und Muerstraße auf den Straßenkörper und beschädigte diesen, eine etwa 5 m neben dieser vor das dort stehende Bahnwartshäuschen, das erheblichen Schaden litt, eine in unmittelbarer Nähe auf die Gleisanlagen und auf die Gleise der Staatseisenbahn. Vier Bomben fielen auf die Gleise gegenüber der Werfthalle III nordöstlich der Werftstraße und der Strohmeyerschen Kohlenlager. Die städtischen Gebäude (Verwaltungsgebäude, Werkstatt, Baubüro, Werfthalle I, II und III), der Getreidespeicher, Transformatoren, Feuermeldeleitung, Telephonleitwagen, Bahnanlagen, die Gebäude der Firmen Altschul-Simon, die Malzkaffee-fabrik Kathreiner, sowie die Anlagen der firma Strohmeier haben Schaden erlitten.

Bei einem weiteren, um 3 Uhr nachts erfolgten Angriff, wurden 14 Bomben abgeworfen und zwar eine vor dem Hause 172 der Kriegsstraße. Diese traf einen Alleebaum, zertrümmerte diesen und beschädigte die gegenüber liegenden Häuser zum Teil erheblich. 13 Bomben gingen gegenüber den Häusern Moltkestraße 17—31 und Westendstraße 81 (Kunstgewerbeschule), nieder.

Von diesen krepiereten elf. Blindgänger haben verschiedene Bäume ausgerissen und beschädigt, außerdem an Häusern Fenster zertrümmert.

Von sämtlichen fliegerangriffen wurde ein Plan, in dem die Abwurfstellen kenntlich gemacht sind, in dreifacher Fertigung hergestellt und zwar einer für den Großherzog, einer für das Bezirksamt und einer für das städtische Archiv.

Hier folgen wie in den vergangenen Kriegsjahren die Mitteilungen über die wichtigeren Maßnahmen, die zur Regelung des wirtschaftlichen Lebens im Berichtsjahre von Reich, Staat und Gemeinde getroffen wurden. Die meisten Änderungen bezweckten wie bisher die Sicherstellung der Ernährung unserer Bevölkerung, andere bezogen sich auf sonstige Gegenstände des täglichen Verbrauchs. Auch Unregungen aus der Einwohnerschaft, die in diesen Zusammenhang gehören, werden hier, soweit tunlich, mitgeteilt.

Wir beginnen mit der kurzen Darstellung der Organisation des Kommunalverbandes nach den von zuständiger Seite veröffentlichten Mitteilungen. folgende Organe der Verwaltung bestanden für die Versorgung: A. Nahrungsmittelversorgung, B. Bekleidung, C. Brennstoffversorgung, D. Ablieferung von Kriegsrohstoffen.

Für die Nahrungsmittelversorgung wurde das „Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe“ (Hauptbüro Kriegsstraße 116) errichtet, das zugleich allgemeine Geschäftsstelle des Kommunalverbandes war. Es hatte für die Beschaffung und Lagerung aller öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel zu sorgen, auch solche zu beschaffen, die nicht der öffentlichen Bewirtschaftung unterlagen (Freihandelswaren), die Grundlage für die Verteilung aller Waren zu geben, auch für diejenigen, für die, wie für Milch, Fett, Kartoffeln und Fleisch besondere Ämter bestanden. Durch das Amt ging auch die Verteilung von Petroleum, Brennspiritus und Seife. Ihm unterstand die Kartenstelle (kleiner Festhallsaal), deren Hauptaufgabe die Ausgabe der Lebensmittelmarken, die Führung der Kundenlisten und Rückverrechnung der Marken war, außerdem die Lagerverwaltung (Kriegsstraße 5a). Das Amt gab

durch 4 Verkaufsstellen (Kaiserstraße 74, Kriegsstraße 80, Karlstraße 23, Amalienstraße 29) Waren unmittelbar an die Verbraucher ab. Obst und Gemüse wurde noch in den städtischen Läden der Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinigungen (Kaiserstraße 221), sowie in den städtischen Verkaufsbuden auf dem Markte abgegeben. Die meisten Waren aber wurden von dem Amt auf dem Wege über 8 Großverteiler an die Kleinverkaufsgeschäfte verteilt. Solcher waren rund 360 für Zucker und allgemeiner Lebensmittel vorhanden, für Eier 328, für Fett 291. Brot und Mehl wurden in 175 Bäckereien verabfolgt. Obst und Gemüse wurden außer dem erwähnten Verkauf in den Marktständen an etwa 200 Händler und Händlerinnen abgegeben. Im ganzen waren rund 36 600 Haushaltungen mit etwa 116 000 Zivilpersonen zu versorgen; hierzu kamen zahlreiche Militärpersonen, die sich hier in Garnison, aber nicht in militärischer Verpflegung befanden; ferner die Urlauber. Weiter mußten 310 Wirtschaften, zahlreiche Kantinen, Anstalten, Krankenhäuser und Lazarette beliefert werden. Die Zahl der jeweils ausgegebenen Kopfmengen belief sich auf rund 130 000 für jedes Lebensmittel.

Neben dem Nahrungsmittelamt bestanden als selbständige Ämter: das städtische Milchamt (Zähringerstraße 45), dem die Beschaffung und Verteilung von Milch und Fett oblag, ferner das städtische Kartoffelamt (Kaiserallee 11), dem etwa 70 Kartoffelverkaufsstellen unterstanden und das selbst Kartoffeln in größeren Mengen an die Bevölkerung abgab; das städtische Fleischamt (beim Schlacht- und Viehhof-Amt), das das Vieh zu beschaffen und das Fleisch durch 96 Metzger und Wurstler zur Verteilung zu bringen hatte.

Dem Statistischen Amt der Stadt lag neben der Zählung der Verbraucher und der Viehbestände, die Feststellung der Bestände an Lebensmitteln aller Art, namentlich bei den Erzeugern ob, ferner die Regelung und Überwachung der Selbstversorger mit Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln, sowie die Führung der Wirtschaftskarten. Es leitete auch die Metallannahme und die Gummiabnahme.

Das städtische Kriegsspeiseamt (Verwaltung im städtischen Krankenhaus) gab Essen aus der Kriegsküche im Schlachthof

an 10 über das Stadtgebiet verteilte Abgabestellen aus; ihm unterstand ferner eine Dörranlage (Stöffer-Straße 19) und eine Marmeladenfabrik (im Schlachthof).

Das städtische Gartenamt beschaffte Samen und Setzlinge für die Kleingartenbesitzer; für Kartoffelsaatgut sorgte die städtische Gutsverwaltung.

Zur Versorgung der Bevölkerung mit Kleidern und mit Brennstoffen wurde die städtische Bekleidungsstelle und das Kohlenamt (Ortskohlenstelle) eingerichtet. Der Bekleidungsstelle (Kaiser-Straße 91) unterstanden die Bezugseinstellen, ferner die Einrichtungen, die sich mit der Annahme getragener Kleidungsstücke und deren Ausbesserung (Flickstube und Schuhflickerei) sowie mit ihrem Vertrieb beschäftigten. Dem Kohlenamt (Kaiser-Straße 26) unterstanden 46 Kohlenverkaufsstellen, von denen eine Anzahl zu einer Gesellschaft „Stadtlager Karlsruher Kohlenhändler“ zusammengeschlossen war. Mit dem Kohlenamt wurde im Berichtsjahre auch ein Brennholzamt verbunden, dem die Regelung der Brennholzversorgung unter Mitwirkung einer neu gegründeten Ein- und Verkaufsgesellschaft Karlsruher Holzhändler oblag.

Am 11. Februar wurden den Lebensmittelfarten zum erstenmal sogenannte Haushaltskarten beigelegt, die den Zweck hatten, die Verteilung derjenigen Waren zu regeln, die nicht nach Kopfmenge sondern nach Haushaltungen verteilt wurden. Die Karte A galt für Haushaltungen bis zu 3 Personen, die Karte B für solche mit 4 oder mehr Personen. Die Dauer der Haushaltskarten war zeitlich unbegrenzt, sie waren aufzubewahren bis sie aufgerufen wurden.

Von 111 Gemeinden, die Milch oder Butter nach Karlsruhe zu liefern hatten, konnte am 19 das eingerahmte Bild des Generalfeldmarschalls von Hindenburg (vgl. Chronik 1917 S. 142) als äußeres Zeichen des Dankes für vollständige Erfüllung der Lieferungspflicht gegeben werden. Weiter erhielten 22 Gemeinden, die in zufriedenstellender Weise Eier abgeliefert hatten, das ungerahmte Bild.

Am 16. Februar wurde bekanntgegeben, daß die Versorgung der Kinder, der Schwangeren, der Wöchnerinnen und stillenden Frauen in folgender Weise neu geregelt

wurde: 1. Kinder im Alter bis zu 12 Monaten einschließlich (Säuglinge) scheiden aus der allgemeinen Versorgung aus und erhalten: a) in den ersten 6 Monaten täglich 1 Liter Vollmilch, für je 14 Tage 600 gr Haferflocken oder Gerste und 500 gr Zucker. b) vom 7. bis 12. Monat einschließlich täglich 1 Liter Vollmilch und für je 14 Tage 500 gr Kindermehl, 500 gr Weizen Grieß oder ein ähnliches Nahrungsmittel und 300 gr Zucker; 2. Schwangere, Wöchnerinnen und stillende Mütter erhalten neben der allgemeinen Versorgung folgende Zusätze: a) Schwangere täglich $\frac{3}{4}$ Liter Vollmilch und für je 14 Tage 1500 gr Brot und 2 Eier; b) Wöchnerinnen für die Dauer von 4 Wochen nach der Geburt für je 14 Tage 1500 gr Brot, 200 gr Zucker und 4 Eier. Ferner haben sie für die Dauer von 4 Wochen Anspruch auf Krankenbrot statt Roggenbrot; c) Stillende Mütter erhalten im Anschluß an die Wöchnerinnenversorgung für die Dauer des Stillens, jedoch für längstens 9 Monate nach der Geburt für je 14 Tage 1500 gr Brot, 200 gr Zucker und 4 Eier. In Ausführung dieser Anordnung des Stadtrats wurde im Anschluß an die Kartenstellen eine besondere Abteilung eingerichtet, die die Bezeichnung „Versorgung von Mutter und Kind“ führte. Um eine Grundlage für die neue Versorgung zu gewinnen, mußten alle nach dem 30. April 1917 geborenen Säuglinge, bis spätestens 23. Februar 1918 bei der Kartenstelle angemeldet werden. Am 27. Februar wurde bekanntgegeben, daß bis auf weiteres außer den Säuglingen in der zweiten Hälfte des ersten Lebensjahres auch noch die Kleinkinder im 2. und 3. Lebensjahre das Kindernahrungsmittel erhalten sollen.

Am 15. März forderte die Kriegsamtsstelle Karlsruhe auf Grund des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst Frauen und Mädchen zur freiwilligen Meldung für landwirtschaftliche Arbeiten auf, insbesondere solche, die vermöge ihrer Herkunft vom Lande oder früherer Beschäftigung Kenntnisse in landwirtschaftlichen Arbeiten hätten.

Eine Verordnung des Reichskanzlers vom 21. März verfügt die Erhebung von Anbau- und Ernteflächen. Die Erhebung erfolgte gemeindeweise durch Befragen der Eigentümer und Bewirtschafter.

Am 29. Mai wurde die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 erlassen, die ähnlich der für 1917 lautete (vgl. Chronik 1917, S. 127). Die Vollzugsverordnung zu der Verfügung des Reichskanzlers durch das Ministerium erfolgte am 18. Juli der § 16. Dieselbe bestimmte: „An Brot darf nur Roggenbrot hergestellt werden; für Kranke ist die Bereitung von Wasserweck und Zwieback zulässig.“ Im § 17 heißt es: „Roggenbrot ist in Stücken von 750 und 1500 gr zu bereiten.“ § 19 lautete: „Das Bereiten von Kuchen, welche inländisches Weizen- und Roggenmehl enthalten, ist verboten. Diese Vorschrift findet auf die Herstellung von Obstkuchen in privaten Haushaltungen keine Anwendung.“

Vom 1. bis 10. Juni veranstaltete der Hausfrauenbund eine Ausstellung „Durchhalten“ im Orangeriegebäude.

Unter den Ausstellern waren neben den verschiedenen Frauenorganisationen das Badische Landespreisant, die Landwirtschaftskammer, der Sammel- und Helferdienst des Roten Kreuzes, die städtischen Schulen und die Schlachthofdirektion vertreten. Auch einige Privatfirmen hatten ausgestellt. Die Ausstellung umfaßte folgende Abteilungen:

1. Schuhstickerei, 2. Strumpfstickerei, 3. Stoffverwertung jeder Art zur Anfertigung von Kleidungsstücken, 4. Handarbeiten und Weisnäherei, 5. Papierstoffe und deren Verarbeitung, 6. Nesselverwertung, 7. Sammeltätigkeit, 8. Spielzeug aus Wertlosem, 9. Einmachen, 10. Dörrgemüse, 11. Knochenverwertung, 12. Seife und ihr Ersatz, 13. Kochgeräte, 14. Wildgemüse und Ersatznahrungsmittel, 15. Viehfutter, 16. Kostproben, 17. Neue Gedanken, 18. Kriegsschriften.

Jeden Nachmittag fanden kurze, erläuternde Vorträge statt. Der Stadtrat hatte am 18. April der Ausstellung einen Beitrag bis zu 1000 Mk. bewilligt.

Im Sitzungsbericht des Stadtrates vom 13. Juni stand zu lesen:

„Das Kriegsspeiseamt teilt mit, daß in der Zeit vom 1. Juni 1917 bis 31. Mai 1918 täglich durchschnittlich 2285 Liter Essen aus der städt. Kriegsküche abgegeben worden sind. Davon sind täglich durchschnittlich 498 Liter für die Schülerspeisung, städtische und private Betriebe und 1787 Liter an den Abgabestellen an die Bevölkerung ausgegeben worden. Der Aufwand für 1 Liter Essen bewegte sich in der erwähnten Zeit zwischen 44,9 und 57,1 Pf. für 1 Liter, im Durchschnitt betrug er 51,9 Pf. für das Liter. Seit der letztmaligen Erhöhung der Preise (1. Juli 1917) wurden für 1 Liter Essen durchschnittlich 35 Pf. erlöst. Der ungedeckte Aufwand betrug im Jahre

durchschnittlich für 1 Liter Essen 19,2 Pf., wovon die Staatskasse 6,9 Pf. und die Stadtkasse 12,3 Pf. trägt. Im Hinblick hierauf und da mit weiterer Erhöhung der Gesteuerungskosten zu rechnen ist, wird auf Antrag der Kriegsspeisungskommission beschlossen, die Teilnehmerpreise mit Wirkung vom 3. F. Mts. an zu erhöhen auf je 40 Pf. bei Abnahme von 1—5 Liter Essen, je 35 Pf. bei Abnahme von 4 und mehr Litern.“

Über die Nutzung landwirtschaftlichen Geländes für Gemüsebau wurden folgende Angaben mitgeteilt:

„Das Tiefbauamt hat im Jahre 1918 rund 1,37 ha städtisches Gelände bei der Abwasserreinigungsanlage nächst Neurent zum Bau von Gemüse landwirtschaftlich genutzt. Die Ernte (3½ Ztr. Rhabarber, 600 Büschel Radieschen, 1000 Stück Rettiche, 4,6 Ztr. Rosenkohl, 17 Ztr. Spinat, 12 100 Stück Kopfsalat, 10 600 Stück Endiviensalat, 17½ Ztr. Apfelfohlrabi, 13 Ztr. Rotrüben, 4,7 Ztr. Erbsen, 3,7 Ztr. Zuckrerbsen, 75 Ztr. Gelberüben, 15 Ztr. Blumenkohl, 4000 Gurken, 129 Ztr. Wirsing, 4,8 Ztr. Zwiebeln, 24 Ztr. Busch- und Stangenbohnen, 100 Ztr. Weißkraut, 50 Ztr. Rotkraut, 28 Ztr. Tomaten, 2 Ztr. Kürbis, 7,7 Ztr. Sellerie, 86 Ztr. Bodenkohlraben, 27 Ztr. Winterkohl, 4,8 Ztr. Lauch, 102 Ztr. Weißrüben, 5 Ztr. Welschkorn, 5 kg Schwarzwurzeln, 36 Ztr. Mangold, 4 Ztr. Mairüben, 16,5 kg Birnen, ½ Ztr. Quitten) wurde an das städt. Nahrungsmittelamt und an den städt. Fuhrpark abgeliefert. Die Einnahmen hieraus betrugen 18 117 Mk. (gegen 6315 Mk. für die Ernte im Jahre 1917); die Ausgaben 8 430 Mk., so daß sich eine Reineinnahme ergibt von 9 687 Mk. gegen 2000 Mk. im Vorjahre.“

Im Anschluß an diese allgemeinen Mitteilungen folgen nunmehr die Angaben über die Anordnungen, die für die einzelnen Nahrungsmittel und andere Gegenstände des täglichen Verbrauchs im Berichtsjahre ergangen sind. Im wesentlichen bleiben die vorjährigen Verordnungen bestehen.

Am 14. Januar traten an Stelle der Bäckereien, die bisher Krankenbrot hergestellt hatten, andere Bäckereien.

Am 31. Januar wurde der Preis für Roggenbrot für 750 gr auf 34 Pf., für den großen Laib (1500 gr) auf 68 Pf. amtlich festgesetzt. Auf Grund einer Verordnung der Reichsgetreidestelle wurde das Brot vom 11. Februar mit Kartoffelmehl gestreckt, und deshalb die Brotmenge erhöht. Für die Sondermarken 79 und 80, die sich unter den Brotscheinen befanden, wurden statt Kartoffeln 250 gr Roggenbrot verabfolgt.

Am 28. Juni gab das Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe bekannt, daß vom 1. Juli ab die auszugebende Brot-

menge für den Kopf der Bevölkerung und für 14 Tage vorübergehend auf 3000 gr herabgesetzt werde.

Am 27. Juli setzte der Stadtrat wegen der zur Herstellung von Brot notwendig gewordenen Verwendung von Gerstenmehl den Preis für einen kleinen Laib Brot von 750 gr auf 36 Pf., für einen großen Laib Brot von 1500 gr auf 72 Pf. fest.

Haushaltungen, die nur bis 20. Mai 1918 mit Kartoffeln versorgt waren, konnten für die Zeit bis 8. Juli eine weitere Kopfmenge von 50 Pfund zum Preis von 4 Mk. erhalten.

Über die Kartoffelversorgung erging am 18. Juli eine Verordnung des Bundesrates. In derselben wurde u. a. gesagt: „Die Kartoffelerzeuger sind verpflichtet, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten. Der Kommunalverband kann Kartoffeln, die einer ordnungsmäßig ergangenen Aufforderung zuwider nicht angezeigt oder entzogen werden, ohne Zahlung einer Entschädigung zugunsten des Kommunalverbandes für verfallen erklären.“

Am 27. Juli erließ das Bürgermeisteramt in Ergänzung des Ministeriums folgende Bekanntmachung: „1. Das Ernten der feldmäßig angebauten Kartoffeln ist von jetzt ab gestattet, sowie die Kartoffeln vollständig ausgereift sind. 2. Wer Speisekartoffeln geerntet hat, kann sie zur Ernährung für sich und die Angehörigen seiner Wirtschaft verwenden, und zwar darf er für den Tag und die Person höchstens $1\frac{1}{2}$ Pfd. verbrauchen. 3. Die übrigen Mengen darf er nur an das Städt. Kartoffelamt abgeben. 4. Die Ausfuhr von Kartoffeln in einen anderen Kommunalverband ist nur mit Genehmigung des Städt. Kartoffelamtes gestattet, die Ausfuhr in einen anderen Bundesstaat nur mit Genehmigung der Bad. Kartoffelversorgung (Akademiestraße 1). 5. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.“

Nach der Bekanntmachung des Kartoffelamts am 29. Juli wurden Frühkartoffeln in sieben verschiedenen Geschäften nebst deren Zweigniederlassungen sowie in sämtlichen Verkaufsstellen des Lebensbedürfnisvereins gegen Kartoffelmarken abgegeben. Der Verkaufspreis betrug 12 Pf. für das Pfund, die Kopfmenge vorläufig höchstens 2 Pfund für die Woche.

Die Verordnung des Bundesrates vom 2. September über Saatkartoffeln aus der Ernte 1918 besagte in § 1: „Saatkartoffeln dürfen nur an Kommunalverbände, landwirtschaftliche Berufsvertretungen oder an solche Personen abgesetzt werden, die sie selbst zur Ausaat verwenden wollen.“

Durch die Verordnung des Ministeriums vom 3. September wurde die Versorgung mit Kartoffeln für die Zeit vom 15. September 1918 bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres geregelt. Sie entsprach im wesentlichen den für das Vorjahr ergangenen Vorschriften. Der unmittelbare Bezug des Winterbedarfs durch die Verbraucher beim Erzeuger in Höhe von 2 Zentnern für den Kopf mittelst des Bezugscheinverfahrens wurde wieder zugelassen. Bei Lieferung der Kartoffeln durch den Erzeuger vor das Haus des Verbrauchers, durfte für den Zentner höchstens 6 Mk. 80 Pf. verlangt werden. Über die Versorgung mit Kartoffeln veröffentlichte das Kartoffelamt am 6. September dazu nähere Bestimmungen, die denen des Vorjahres genau entsprachen. (Chronik 1917, S. 137/138.)

Am 21. November machte das Bürgermeisteramt über Ab-
lieferung von Speisekartoffeln folgendes bekannt: Die hiesigen Anbauer von Kartoffeln dürfen von ihrer Ernte zurück-
behalten: a) zur menschlichen Nahrung für sich und die An-
gehörigen ihrer Haushaltung täglich für die Person 1,5 Pfd.,
d. i. vom 16. September 1918 bis 14. August 1919 5 Zentner;
b) als Saatgut für den A. 0,35 Zentner; c) die Kartoffeln, die
kleiner als 2,72 cm sind; d) Selbstversorger mit Brotgetreide zur
Brotstreckung für die Person wöchentlich 1,2 Pfd., im ganzen
höchstens 0,55 Zentner. Alle übrigen Kartoffelmengen hat der
Anbauer abzuliefern.

Am 18. Dezember machte das Bürgermeisteramt folgendes
bekannt: Dem größeren Teil der Besteller konnte die vorgesehene
Menge Kartoffeln (2 Str. auf den Kopf für die Zeit vom 17. No-
vember 1918 bis 19. Mai 1919) rechtzeitig geliefert werden.
Einem kleineren Teile der Besteller dagegen konnte der Vorrat
noch nicht zugeführt werden, weil die „Badische Kartoffelversorgung“
dem Kommunalverband die benötigten Mengen bisher nicht hat
liefern können. Es besteht auch keine Aussicht mehr, daß die

erforderlichen Mengen noch zu erhalten sind. „Der städtische Kommunalverband Karlsruhe vermag also ohne sein Verschulden diesen Haushaltungen den Wintervorrat nicht mehr zu beschaffen. Die noch nicht belieferten Haushaltungen erhalten aber nach wie vor die Kartoffelmarken, die sie zum Bezug ihres Wochenbedarfs in den Kartoffelgeschäften brauchen. Die Lieferung dieses Wochenbedarfs ist vorläufig sichergestellt.“ Den mit Wintervorrat versehenen Haushaltungen wurde dringend geraten, mit ihren Kartoffeln so sparsam wie möglich umzugehen und sie mit Rüben und Kraut zu strecken, da die Verwendungsfrist wohl über den 19. Mai 1919 hinaus ausgedehnt würde.

Die Beförderung der Milch durch die Straßenbahn war seit Mitte Januar in vollem Gange. Die Milchkannen wurden vom Milchamt in der Jähringerstraße mittelst Fuhrwerks an die Haltestellen der Straßenbahn Ecke Kronen- und Kaiserstraße geschafft und von dort aus durch „zweistöckige“ Transportwagen der Straßenbahn nach den verschiedenen Stadtteilen befördert, wo sie an den Haltestellen von den Milchverteйлern abgeholt wurden. Für den Rückweg wurden die leeren Kannen nach der Kronenstraße befördert.

Das Ministerium bestimmte mit Wirkung vom 1. März eine Erhöhung des Erzeugerpreises für Vollmilch in allen Gemeinden um 4 Pf. für einen Liter und eine Erhöhung des Verbraucherpreises bis zu dem gleichen Betrage; für Mager- und Buttermilch durften die Erzeugerpreise bis zu 18 Pf. betragen. In den städtischen Kommunalverbänden durften die Verbraucherpreise auf 28 Pf. festgesetzt werden.

Im Hinblick auf den beständigen Rückgang der Milchlieferung, der zu den ernstesten Befürchtungen für den kommenden Winter Anlaß gab, beschloß der Stadtrat am 10. Oktober, an das Ministerium des Inneren die dringende Bitte zu richten, die Bezirksämter in den Lieferungsbezirken telegraphisch anzuweisen, unter eigener Verantwortung dafür Sorge zu tragen, daß von jetzt ab:

„1. unter keinen Umständen in irgend einem Lieferungsbezirk ein weiterer Rückgang in der Milch- und Fettlieferung mehr eintritt,

2. daß jedes Zurückbleiben hinter der vorgeschriebenen Sollmenge vom 1. Tage des Zuwiderhandelns an unumkehrlich in wirksamster Weise geahndet wird, und daß

3. auch im übrigen die Vorkehrungen für eine geregelte Ablieferung, wie die ordnungsgemäße Umlegung der Lieferungsmenge, die richtige Besetzung und Überwachung der Milchausschüsse, sowie die sonstigen Bestimmungen der Verordnung Großh. Ministeriums des Innern restlos durchgeführt werden.

ferner beschließt der Stadtrat, alsbald eine Abordnung zu dem Herrn Staatsminister und Minister des Innern zu entsenden, die die vorstehenden Anträge, unbeschadet ihrer unverzüglichen weiteren Behandlung, durch mündliche Aussprache noch näher begründen soll."

Eine Aussprache über die Milch- und Fettversorgung der Stadt fand am 14. Oktober im Bürgerausschuß statt. Auch da wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Milchlieferei in manchen Bezirken gut, in manchen ziemlich gut, in anderen aber ungenügend sei. Man zog daraus den Schluß, daß die Bezirksämter nicht in gleichem Maße ihre Pflicht täten und daß das Ministerium, dem diese Verhältnisse bekannt sein mußten, als obere Aufsichtsbehörde seinen Bezirksbeamten nicht mit dem nötigen Nachdruck zur Erfüllung ihrer Pflicht anhalte. Es wurde beschlossen, die Erklärung des Bürgerausschusses den zuständigen Stellen mitzuteilen und den Ernährungsausschuß um 2 Mitglieder zu vermehren.

Nachdem das Ministerium bestimmt hatte, daß mit Wirkung vom 1. November ab der Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch in allen Gemeinden um 5 Pf. zu erhöhen sei, beschloß der Stadtrat am 31. Oktober auf Antrag des Milchausschusses, vom gleichen Zeitpunkt an den Verbraucherpreis für Milch in hiesiger Stadt wie folgt festzusetzen: Vollmilch 1 Liter 50 Pf., $\frac{3}{4}$ Liter 38 Pf., $\frac{1}{2}$ Liter 25 Pf., $\frac{1}{4}$ Liter 13 Pf.; Magermilch 1 Liter 32 Pf.; in Flaschen abgefüllte Frischmilch 1 Liter 72 Pf.

Am 14. November faßte der Stadtrat folgenden Beschluß:

"Im Hinblick auf den andauernden Tiefstand in der Milch- und Fettlieferung für die hiesige Stadt können bis auf weiteres die Kinder vom 7 bis 14. Lebensjahre, die nach den Bestimmungen der hiesigen Milchordnung Vollmilch statt Fett beziehen, statt $\frac{1}{2}$ l nur noch ein Viertel Liter Vollmilch täglich erhalten. Auch muß von nächster Woche an die Kopfmenge an Fett von 100 Gramm auf 80 Gramm für 14 Tage herabgesetzt werden."

Die Firma D. Gebhardt & Co. in Berlin hatte, wie am 21. Februar mitgeteilt wurde, wie in andern Städten auch im hiesigen Schlachthof eine Knochen-Entfettungsanlage errichtet und am 14. Februar in Betrieb genommen. Im Anschluß daran gab der Stadtrat der Anordnung vom 14. Februar 1917 über den Verkehr mit Knochen mit sofortiger Wirkung folgende Fassung:

„1. Knochen, die in Haushaltungen, Wirtschaften und Anstalten abfallen, dürfen nicht verbrannt, vergraben oder auf andere Weise vernichtet, noch unverarbeitet zu Düngezwecken verwendet werden, sondern sind so rasch als möglich an den Metzger zurückzuliefern, von dem die Haushaltungen, Wirtschaften und Anstalten Fleisch beziehen.

2. Diese Knochen werden in der im Schlachthof errichteten Knochen-entfettungsanlage zur Gewinnung von Speisefett verarbeitet.

3. Das gewonnene Fett wird an die Haushaltungen, die Knochen abgeliefert haben, nach Maßgabe der abgelieferten Knochenmengen durch die Metzger verkauft.“

Nach Anordnung des Ministeriums traten am 1. März für Butter und Butterschmalz folgende Höchstpreise in Kraft: für 1 Pfund Süßrahmtafelbutter beim Verkauf durch den Hersteller frei seiner nächsten Station einschließlich Verpackung 2 Mk. 60 Pf., beim Weiterverkauf im Kleinhandel 2 Mk. 90 Pf., für 1 Pfund sonstige Butter guter Beschaffenheit 2 Mk. 35 Pf. bezw. 2 Mk. 80 Pf., für 1 Pfund weniger gute, aber zum menschlichen Genuß noch geeignete Butter (abfallende Ware) 1 Mk. 80 Pf. bezw. 2 Mk. 10 Pf.; für Butterschmalz stellten sich die entsprechenden Preise auf 2 Mk. 80 Pf., bezw. 3 Mk. 10 Pf. Der Preis für 1 Liter Rahm (Kuhrahm) mit mindestens 25% Fettgehalt durfte beim Verkauf durch den Erzeuger höchstens 1 Mk. 70 Pf. betragen.

Am 8. Oktober erinnerte der Stadtrat von neuem an die frühere Bekanntmachungen, nach welchen Knochen so rasch als möglich an den Metzger zurückzuführen sind, von dem das Fleisch bezogen worden war. Hotels, Speisewirtschaften und Speiseanstalten, die ihrer Ablieferungspflicht teils gar nicht, teils nur mangelhaft nachkamen, wurde eine entsprechende Kürzung der zugeteilten Fleischmenge angedroht. Mindestens 10 Prozent des Gewichts der erhaltenen Fleischmenge mußten abgeliefert werden.

Am 12. Oktober machte das städtische Gartenamt bekannt: „Wer Bucheckern sammelt, kann diese zum Preise von 1 Mk. 65 Pf. für das kg beim städtischen Gartenamt, der Sammelstelle für den Stadtbezirk, abliefern. Jeder Ablieferer hat Anspruch entweder darauf, Bucheckern bis zur Höhe der abgelieferten Menge auf Grund eines Schlagscheines selbst schlagen zu lassen oder eine bestimmte Menge Öl zu verlangen.“

Am 1. November traten für Butter und Butterschmalz folgende Höchstpreise in Kraft: Süßrahmtafelbutter beim Verkauf durch den Hersteller 3 Mk. 25 Pf., im Kleinhandel 3 Mk. 60 Pf. das Pfund, für sonstige Butter 3 Mk. bzw. 3 Mk. 50 Pf. für weniger gute 2 Mk. 45 Pf., bzw. 2 Mk. 80 Pf. und für Butterschmalz 4 Mk. bzw. 4 Mk. 35 Pf. Die mit Tafel- und Landbutter belieferten Kommunalverbände konnten einen einheitlichen Kleinhandelspreis von höchstens 3 Mk. 55 Pf. für ein Pfund festsetzen.

Am 26. Juli wurden für Getreide, Buchweizen und Hirse folgende Höchstpreise bekannt gegeben: Der Preis für die Tonne inländischen Roggens, aus der Ernte 1918, durfte im Großherzogtum bei dem Verkauf durch den Erzeuger 315 Mk. nicht übersteigen, für inländischen Weizen 335 Mk. Die gleichen Preise galten für Spelz, Emmer und Einkorn. Aus früheren Ernten betrug der Höchstpreis für Roggen 180 Mk., für Weizen 200 Mk. Dieser Höchstpreis galt auch für Mischungen von Roggen und Weizen der Ernte 1918 mit solchen aus früheren Ernten. Für Hafer und Gerste betrug der Höchstpreis für die Tonne beim Verkauf durch den Erzeuger 300 Mk., für Mais 450 Mk., für ungeschälten Buchweizen 600 Mk. und für geschälten 800 Mk., für wilden Buchweizen 500 Mk., für ungeschälte Hirse 600 Mk. und für geschälte 970 Mk. Der Höchstpreis für die Tonne Hafer und Gerste aus früheren Ernten oder aus Mischungen der Ernte 1918 mit solchen aus früheren betrug 170 Mk. Der Höchstpreis für Mais von 450 Mk. galt auch für Mais aus früheren Ernten, für Buchweizen und Hirse aus früheren Ernten waren die Höchstpreise um 100 Mk. geringer als die angegebenen.

Am 2. August machte das Bürgermeisteramt aus den Bestimmungen der Reichsgetreideordnung über den Verkehr mit Getreide, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse

aus der Ernte 1918, die für den Kommunalverband Karlsruhe-Stadt hauptsächlich in Betracht kommenden bekannt. Die Bestimmungen decken sich im wesentlichen mit denen des Vorjahres.

Am 12. August machte das Bürgermeisteramt bekannt, daß die mit Beginn des 16. August vorhandenen Mengen an Getreide, Mehl, Hülsenfrüchten aus früheren Ernten, sowie die Vorräte von ausländischem Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten anzugeben sind.

Am 2. Oktober wies das Bürgermeisteramt wiederholt darauf hin, daß zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Nichtselbstversorger umgehend abzuliefern sind: a) Brotgetreide und Gerste an die Gesellschaft Sinner in Grünwinkel, b) Hafer an das Lager des Proviantamts (Kriegsstraße 222), c) Hülsenfrüchte an die firma A. J. Homburger (Kronenstraße 50).

Am 1. März erging an die Hühnerhalter der Stadt Karlsruhe über die Ablieferung von Eiern im wesentlichen dieselbe Anforderung wie im Vorjahre (vgl. Chronik 1917, S. 148 ff.). Der Erzeugerhöchstpreis für jedes Ei betrug 22 Pf. Diejenigen Hühnerhalter, die der Abgabepflicht voll nachkamen, erhielten Zuschläge und zwar 3 Pf. für das Ei, wenn sie die Jahresmenge für die Zeit bis zum 14. Februar 1919 schon bis 31. Juli 1918 abgeliefert hatten, und 2 Pf. für das Ei bei Lieferung der Jahrespflichtmenge bis spätestens 31. August 1918. Hühnerhalter, die nach dem 31. August über ihre Pflichtmenge hinaus weitere Eier abliefern, erhielten für jedes weitere Ei 25 Pf.

Am 9. März gab das Nahrungsmittelamt folgende Höchst- und Richtpreise für Fleisch-, Wurst- und sonstige Fleischwaren bekannt: 1. Rindfleisch (Fleisch von Ochsen, Rindern, jungen Kühen und jungen Farren): a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe 1 Mk. 80 Pf., b) für ausgebeinte Stücke ohne Knochenbeigabe 2 Mk. 20 Pf., c) für Lummel 2 Mk. 60 Pf. 2. Kalbfleisch: a) Stücke mit Knochenbeigabe 1 Mk. 60 Pf., b) Schnitzel 2 Mk. 30 Pf. 3. Hammelfleisch: für alle Stücke mit Knochenbeigabe 2 Mk. 4. Schweinefleisch: a) Stücke mit Knochenbeigabe 1 Mk. 50 Pf., b) Stücke ohne Knochenbeigabe 1 Mk. 80 Pf., c) für gesalzenes (gepökeltes) Fleisch 1 Mk. 70 Pf., d) für

geräuchertes 1 Mk. 90 Pf., e) frisches Schweinefett 1 Mk. 80 Pf., ausgelassenes 2 Mk. 20 Pf., f) für frischen Speck 1 Mk. 80 Pf., gesalzenen 2 Mk., geräucherten 2 Mk. 20 Pf., g) für Schinken: roh im ganzen 2 Mk. 20 Pf., roh im Aufschnitt (ohne Schwarte) 2 Mk. 80 Pf., gekocht im Aufschnitt (ohne Schwarte) 3 Mk. 5. Wurst: a) frische Leberwurst 1 Mk. 50 Pf., geräucherte 1 Mk. 70 Pf., b) Blutwurst 1 Mk., c) Schwartenmagen (roter und weißer) 1 Mk. 40 Pf., derselbe geräuchert 1 Mk. 60 Pf., d) Fleischwurst 1 Mk. 80 Pf., e) frische Bratwurst 1 Mk. 70 Pf., f) Landjäger 2 Mk. Sonstige Fleischwaren: a) Leber vom Rind 1 Mk. 60 Pf., vom Kalb 2 Mk., b) Nieren 1 Mk. 80 Pf., c) Zunge, frisch 2 Mk. 30 Pf., geräuchert 3 Mk. 50 Pf., d) Kalbsgefrös 1 Mk., e) Hirn vom Rind, das Stück 1 Mk. 60 Pf., vom Kalb das Stück 1 Mk. 50 Pf. Bei sämtlichen Waren, außer den beiden zuletzt genannten, sind die Preise auf 1 Pfund berechnet. — Vom 1. April ab wurden für Rindfleisch und Fleischwurst neue Höchstpreise festgesetzt. Für Rindfleisch statt wie oben 1 Mk. 80 Pf., 1 Mk. 90 Pf., für ausgebeinte Stücke 2 Mk. 30 Pf., für Eummel 2 Mk. 70 Pf., für Fleischwurst 1 Mk. 90 Pf. Höchstpreise vom 30. September: Rindfleisch 2 Mk., ohne Knochenbeigabe 2 Mk. 40 Pf., Eummel 2 Mk. 80 Pf., Leberwurst 1 Mk. 60 Pf., geräuchert 1 Mk. 80 Pf., Blutwurst 1 Mk. 10 Pf., Schwartenmagen 1 Mk. 50 Pf., geräuchert 1 Mk. 70 Pfg., Fleischwurst 2 Mk., Bratwurst 1 Mk. 80 Pf., Landjäger 2 Mk.

Höchstpreise für lebende Gänse aus dem Jahre 1918 oder aus früheren Jahren (Verordnung vom 2. Mai), beim Verkauf durch den Züchter oder Mäster für das Stück wenn die Lieferung erfolgt: im Mai 12 Mk., im Juni 14 Mk., im Juli 16 Mk., im August 17 Mk., nach dem 31. August 19 Mk. Beim Weiterverkauf durfte den Preisen ein Betrag bis zu 3 Mk. zugeschlagen werden. Der Höchstpreis für geschlachtete Gänse für das Pfund betrug beim Verkauf an den Händler 3 Mk. 50 Pf., an den Verbraucher 4 Mk., beim Verkauf durch den Händler an den Kleinhändler 4 Mk., an den Verbraucher 4 Mk. 50 Pf. Die für den Verkauf an den Verbraucher festgesetzten Preise erhöhten sich, wenn der Verkauf an Verbraucher in Gemeinden erfolgte, die mehr als 100 000 Einwohner zählen, um 25 Pf.

Am 1. Juli verordnete das Ministerium, daß bis auf weiteres die Aufzucht und Mästung von Ferkeln und Läufer Schweinen nur noch durch solche Betriebe und Personen betrieben werden dürfe, denen die dazu nötigen Räumlichkeiten und Futtermittel zur Verfügung ständen. Gleichzeitig sah die Verordnung vorübergehend die gänzliche Einstellung des Handels mit Ferkeln und Läufer Schweinen vor. Außerdem verbot die Verordnung, Schweine mit einem Lebendgewicht von weniger als 80 Pfund zu schlachten.

Eine Verordnung des Ministeriums vom 4. Juli in Vollzug der Verordnung des Kriegsernährungsamtes vom 14. Juni über Pferdefleisch befaßt in § 1: „Vom 1. August 1918 ab ist der Ankauf von Pferden zur Schlachtung, der Betrieb des Pferdemezgergewerbes und der Handel mit Pferdefleisch außer den Kommunalverbänden nur solchen Personen und Stellen gestattet, denen von der Fleischversorgungsstelle eine besondere Genehmigung hierzu erteilt worden ist.“

Am 24. Juli machte das Bürgermeisteramt folgendes bekannt:

„Für Vermehrung der Schweinehaltung sollen mit den Schweinehaltern Verträge über die Haltung und Lieferung von Schweinen abgeschlossen und für die danach gelieferten Schweine statt des 3. St. geltenden Preises ein einheitlicher Preis von 130 Mk. für den Zentner Lebendgewicht bezahlt werden. Falls es im Herbst nicht möglich sein sollte, den Haltern von Vertragsschweinen Kraftfutter zur Ausmast der im Laufe des Sommers vorgemästeten Schweine zur Verfügung zu stellen, und infolgedessen ein Abruf der Schweine vor dem 30. November 1918 notwendig werden sollte, wird den Schweinehaltern außer dem Preis von 130 Mk. für den Zentner Lebendgewicht noch ein Zuschlag von 35 Mk. für jedes frühzeitig abgenommene Vertragsschwein vergütet.

Wir fordern die im Stadtbezirke wohnhaften Schweinehalter auf, sich zum Abschluß von Schweinehaltungsverträgen sofort beim Bürgermeisteramt mündlich oder schriftlich anzumelden.“

Verordnung des Ministeriums von demselben Tag über Höchstpreise für Schlachtschafe, Schaffleisch und Ziegenfleisch: Beim Verkauf von Schlachtschafen durch den Schafhalter für den Zentner Lebendgewicht: 1. für fette Lämmer und Hammel 100 Mk. 2. für gutgenährte, fleischige Lämmer, Hammel und junge Schafe 92 Mk. 3. für weniger gutgenährtes Schafvieh jeden Alters und junge Böcke 84 Mk. 4. für gering genährtes mageres Schafvieh und alte Zuchtböcke 70 Mk. Höchstpreis für

ein Pfund Schaf-(Hammel-)Fleisch mit Knochenbeigabe 2 Mk. 15 Pf., für Ziegenfleisch 1 Mk. 80 Pf.

Am 25. Juli verordnete das Ministerium, daß der Versand von lebenden oder geschlachteten zahmen Kaninchen und aus Kaninchenfleisch hergestellten Fleischwaren nach außerbadischen Orten der Genehmigung der Fleischversorgungsstelle bedürfen.

Durch Verordnung des Ministeriums vom 12. August wurden fleischlose Wochen angesetzt für die Zeit vom 19. bis 25. August, 9. bis 15. September, 30. September bis 6. Oktober und 21. bis 27. Oktober. In diesen Wochen durfte Fleisch in den Metzgereien und Gasthäusern nicht abgegeben werden. Das Verbot bezog sich nicht auf die den Schwerst- und Rüstungsarbeitern, sowie Kranken zustehenden Fleischzulagen. Der übrigen Bevölkerung wurden in den fleischlosen Wochen Ersatz in anderen Nahrungsmitteln gewährt.

Die am 23. April 1917 festgesetzten Höchstpreise für Pferdefleisch wurden vom 10. Dezember ab im Bezirk des Kommunalverbandes Karlsruhe-Stadt um 20 Pf. für das Pfund herabgesetzt. Sie betrugen demnach für 1 Pfund Lendenbratfleisch, Leber, Frischwurst oder Fett 1 Mk. 20 Pf., 1 Pfund Muskelfleisch ohne Knochen 1 Mk., 1 Pfund Herz und Eingeweide, Kopffleisch und andere geringere Sorten Fleisch, ausgenommen Leber, 80 Pf.

Auf den Kopf der Bevölkerung konnten verteilt werden an Fleisch und Wurst: in

1 Woche	300 g	} Darunter in 1 Woche 75 g Wurst, in den übrigen Wochen 50 g Wurst
" 3 Wochen	250 g	
" 26 "	225 g	
" 15 "	200 g	
" 3 "	175 g	

4 Wochen waren, wie bemerkt, fleischlos.

Am 11. Oktober wurden für Wild folgende Höchstpreise festgesetzt: Beim Verkauf durch den Jäger Rot- und Dammwild 1 Pfund 1 Mk. 30 Pf., Wildschweine (mit Schwarte) 1 Pfund 1 Mk. 20 Pf., Rehwild 1 Pfund 1 Mk. 50 Pf., Hasen mit Balg 1 Pfund 1 Mk. 20 Pf., Fasanenhähnchen 1 Stück 6 Mk., Fasanenhennen 1 Stück und Wildhennen 1 Stück je 5 Mk. Im Kleinhandel an die Verbraucher bei Rot- und Dammwild beim Verkauf

in ganzen Stücken 1 Pfund 1 Mk. 40 Pf., Rücken und Keule 1 Pfund 2 Mk. 50 Pf., Blatt und Bug 1 Pfund 1 Mk. 80 Pf., Kochfleisch (Ragout) 1 Pfund 60 Pf. Wildschweine, Rücken und Keule 1 Pfund 2 Mk. 50 Pf., Blatt oder Bug 1 Mk. 90 Pf., Kochfleisch 1 Pfund 1 Mk. Rehwild beim Verkauf in ganzen Stücken 1 Pfund 1 Mk. 75 Pf., Rücken und Keule 1 Pfund 3 Mk., Blatt oder Bug 2 Mk., Kochfleisch 1 Pfund 80 Pf. Hasen in ganzen Stücken, mit oder ohne Balg, 1 Pfund 1 Mk. 40 Pf., Rücken und Schlegel 1 Pfund 2 Mk. 60 Pf., Kochfleisch 1 Pfund 80 Pf., Fasanenhähne 1 Stück 7 Mk., Fasanenhennen 1 Stück und Wildenten 1 Stück je 6 Mk.

Die Einfuhr von Seefischen hat, wie das Nachrichtenamt am 30. Juni bekannt gab, so gut wie aufgehört. Baden wurde in der Hauptsache auf die Fischereierträge an Bodensee-, Teich- und Flußfischen des eigenen Landes angewiesen. An Teichfischen waren für den Bezirk Karlsruhe die Erträge aus den Domänenteichen des Finanzamtes Villingen und des Rentamtes Salem bestimmt und an Rheinfischen jene der Bezirke Hochstetten bis Illingen mit einer Uferstrecke von etwa 45 km. Die Leitung der Flußfischversorgung lag in den Händen des Professors Dr. Ueberbacher hier. In den ersten sechs Monaten des Berichtsjahres wurden nach Karlsruhe an Bodensee-, Teich- und Flußfischen folgende Mengen geliefert: Januar 1415 Pfund, Februar 1657 Pfund, März 12177 Pfund, April 10680 Pfund, Mai 17596 Pfund, Juni 6950 Pfund, zusammen 50275 Pfund. Nicht inbegriffen in diesen Zahlen waren die von kleineren Fischen und Privatfischern erzielten Erträge, die immerhin einige Zentner im Monat ausmachten.

Gedörrte Gelberüben gab das Nahrungsmittelamt in der Woche vom 28. Januar bis 3. Februar ab und zwar 100 gr für jede Person.

Mitte April wurden folgende Höchstpreise festgesetzt: Spargel I. Sorte das Pfund 60 Pf., II. Sorte 35 Pf., Suppenspargel 20 Pf., Spinat bis 15. Mai 20 Pf. das Pfund, Rhabarber 10 Pf. das Pfund.

Am 28. Juni wurde bekannt gegeben, daß in Baden Weißkraut, Rotkraut, Wirsingkraut, Mairüben, Gelberüben und Karotten für sich oder zusammen mit anderen Erzeugnissen auf der Eisen-

bahn nur mit Genehmigung der Badischen Gemüseversorgung versandt werden dürfen.

für Gemüse wurden für Anfang Juli folgende Höchst- und Richtpreise festgesetzt: Weißkraut 80 Pf., Wirsing 30 Pf., Spinat 30 Pf., grüne Erbsen 48 Pf., Karotten 40 Pf., rote Speisemöhren ohne Kraut 30 Pf., gelbe Rüben 25 Pf., rote Rüben 30 Pf., Kohlrabi 40 Pf., Kopfsalat 1 Stück 10—15 Pf., Endivien-
salat 1 Stück 12—20 Pf., Mangold 20 Pf., Sellerie mit Kraut 50 Pf., Schnittkohl 20 Pf., Rettich 1 Stück 8—18 Pf., Radieschen 1 Bund 6—8 Pf., Eiszapfen und Wiener 1 Bund 8—10 Pf., Gurken 1 Stück 80 Pf. bis 1 Mk., Rhabarber 1 Stück 25 Pf., Zwiebeln mit Rohr 1 Stück 10 Pf., Runkelrübenblätter 1 Stück 8 Pf., Mairübschen 1 Stück 15 Pf. Die Preise galten bei allen Waren, bei denen nicht 1 Stück oder Bund genannt ist, für 1 Pfund. — für die erste Novemberwoche betrugen die Höchstpreise für 1 Pfund Spinat 34 Pf., für 1 Pfd. rote Speisemöhren 15 Pf., gelbe 11 Pf., für rote Rüben 1 Pfd. 15 Pf., für weiße 6 Pf., 1 Pfd. Kohlrabi 32 Pf., 1 Pfd. Kürbis 15 Pf. und für 1 Pfd. Rhabarber 25 Pf.

Eine Verordnung über den Verkehr mit Obst erging am 27. Mai. Darnach hatte der Aufkauf und Absatz von Obst wie im Vorjahre einschließlich durch die Geschäftsstelle der Badischen Obstversorgung zu geschehen. für das Frühhobst wurde die Versendung im allgemeinen verboten und nur ausnahmsweise zugelassen, wenn es sich um den Bezug eigenen Obstes von außerhalb des Wohnsitzes des Besitzers gelegenen Grundstücken handelte. Das Beeren sammeln war freigegeben. Die gesammelten Beeren durften bis zur Menge von 6 Pfund auf den Kopf mitgenommen, dagegen von anderem Obst nur ein Mundvorrat (2 Pfd. auf den Kopf) mitgeführt werden. folgende Höchstpreise gelten für je ein Pfund: Erdbeeren, Erzeugerhöchstpreis 55 Pf., Verbraucherpreis 75 Pf., Müserdbeeren 30 Pf. bzw. 40 Pf., Walderdbeeren 1 Mk. 20 Pf. bzw. 1 Mk. 50 Pf., Johannisbeeren 25 Pf. bzw. 38 Pf., Stachelbeeren 28 Pf. bzw. 40 Pf., Himbeeren 60 Pf. bzw. 75 Pf., Heidelbeeren 35 Pf. bzw. 50 Pf., Kirschen (großfrüchtige) 35 Pf. bzw. 45 Pf., kleine Brennkirschen 20 Pfg. In den Städten mit über 20000 Einwohnern durfte der Verbraucherhöchstpreis vom Kommunalverband etwas erhöht werden.

Am 15. Juni machte das Nahrungsmittelamt bekannt: Die Obsternte dieses Jahres ist weit geringer als 1917; namentlich die Kirschenernte ist sehr klein ausgefallen, die Zufuhr in Erdbeeren infolge der Trockenheit sehr gering gewesen. Um das eingehende Obst in richtiger Weise unter die Bevölkerung zu bringen, wurden Händler zugelassen (in der Altstadt einschließlich Mühlsburg 147, in den übrigen Vororten zusammen 8), an die das Nahrungsmittelamt das ankommende Obst täglich zur Verteilung in ihren Verkaufsstellen abgab. Auf den Märkten wurde nach vorläufiger Bestimmung Obst nicht verkauft. Das Amt ordnete ferner versuchsweise an, daß das zur Verteilung gelangende Obst nur auf die Haushaltungsmarke abgegeben werden dürfe.

Vielfach laut gewordene Klagen und Beschwerden über die Obstversorgung veranlaßten den Leiter derselben, Geh. Oberregierungsrat Cron, die Vertreter der Presse am 18. Juni zu einer Besprechung einzuladen. Der Beratung wohnte auch Ökonomierat Dr. Müller an. Festgestellt wurde, daß ohne behördliche Regelung der Obstversorgung die Obstpreise auf eine für den Minderbemittelten unerschwingliche Höhe gekommen wären. Einen breiten Raum der Besprechung betraf die Lieferung von Obst an Verwandte der Erzeuger. Hierbei wurde angeregt, die Freizügigkeit etwas weiter auszudehnen, etwa auf 5 Pfund für den Kopf. Die Versorgungsstelle wies auf die Bestimmungen hin, nach denen es den Erzeugern erlaubt sei, monatlich bis zu 30 Pfund Obst an ihre Angehörigen zu schicken.

In der Zeit vom 1. bis 7. Juli galten hier für Obst folgende Höchstpreise: Kirschen 50 Pf., Erdbeeren 80 Pf., Heidelbeeren 60 Pf., Himbeeren 45 Pf., Johannisbeeren 80 Pf., Stachelbeeren 45 Pf., bei allen Sorten für ein Pfund.

Am 18. Juli wurden für die Frühzwetschgen- und Frühpflaumen-Ernte folgende Höchstpreise festgesetzt: 1. Erzeugerhöchstpreise für Frühzwetschgen und große Pflaumen 35 Pf. für 1 Pfund, für Erntepflaumen 20 Pf. für 1 Pfund. 2. Kleinhandelshöchstpreise für Frühzwetschgen und große Pflaumen in Gemeinden bis zu 20 000 Einwohnern 40 Pf. für 1 Pfund, in Gemeinden über 20 000 Einwohnern 50 Pf.

Vom 29. Juli ab wurden Obstsorten ausgegeben, auf Grund deren eine anteilmäßige Verteilung des Obstes durchgeführt werden sollte.

Am 8. Oktober wurde der Erzeugerhöchstpreis für 1 Pfund weiße Amerikaner-Taylor-Trauben auf 1 Mk. 20 Pf., der Kleinhandelspreis auf 1 Mk. 60 Pf. festgesetzt. Gleichzeitig erfolgte auch die Bestimmung über Höchstpreise für Edelkastanien: sie betrugen 1 Mk. 25 Pf. bzw. 1 Mk. 50 Pf. In Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern durfte der Kommunalverband den Höchstpreis im Kleinhandel um je 5 Pf. das Pfund erhöhen.

Anfang März berichtete das Nachrichtenamt über die Herstellung von Marmeladen in städtischen Obstküchen. Darnach ergab sich im Verlaufe der Kriegszeit die Notwendigkeit, Marmelade im städtischen Betrieb herzustellen. Nachdem vom Reichsernährungsamt der Stadt die Genehmigung zu dieser Fabrikation erteilt worden war, wurde eine der Kriegsküchen im Schlachthof benützt, und als diese nicht ausreichte, eine weitere Obstküche in Renchen eingerichtet, wo das in jener obstreichen Gegend zur Verfügung stehende Obst verarbeitet wurde. Bis zu dem oben angegebenen Zeitpunkte konnten von dieser städtischen Marmelade 3600 Zentner abgegeben werden.

Am 18. April besuchten Vertreter staatlicher und städtischer Behörden sowie der Presse die Marmeladefabriken von Sinner und von Stern & Cie.

Im Betrieb der Gesellschaft Sinner legte Dr. Bovenschen, der Abteilungschef der Reichsstelle für Gemüse und Obst, die Bedeutung der Marmeladefabriken für die Volksernährung dar.

Die Firma Sinner stellte jährlich gegen 200 000 Zentner Marmelade her. Die Fabrik Stern & Cie. ist nur auf Herstellung von Marmelade eingerichtet. Die tägliche Höchstleistungsfähigkeit der Fabrik betrug 150 000 Kilo Marmelade.

Am 4. Juni machte das Nahrungsmittelamt bekannt: Wir geben im Laufe des Monats Juni Einmachzucker ab und zwar 5 Pfund für die Person, mit Ausnahme der Einzelpersonen ohne eigenen Haushalt und ohne feste Beziehungen zu einem Familienhaushalt.

Am 11. April erließ das Ministerium eine Verordnung über den Verkehr mit Honig. Darnach sind die Bienenzüchter ver-

pflichtet, die Hälfte des Honigertrags ihrer Bienenvölker an den Badischen Landesverein für Bienenzucht, e. V., in Karlsruhe abzuliefern. Die andere Hälfte verbleibt zu ihrer freien Verfügung.

Nach der Bekanntmachung vom 20. Februar wurden für Obstwein des Jahrgangs 1917 folgende Höchstpreise festgesetzt: Beim Verkauf durch den Hersteller an den Handel und an den Verbraucher 75 Pf. für den Liter, beim Weiterverkauf im Handel 90 Pf.

Am 2. April erging eine Verordnung des Ministeriums über den Verkehr mit Bier und Ersatzbier. Die Höchstpreise beim Ausschank in Gast- und Schankwirtschaften waren: Bier bei 0,3 Liter 15 Pf., Ersatzbier 18 Pf., bei 0,35 Liter 18 Pf., 17 Pf., bei 0,5 Liter 25 Pf., 23 Pf., bei 0,7 Liter 35 Pf., 32 Pf., 1 Liter 50 Pf., 46 Pf. Nach der Verordnung vom 13. September durfte sich der Ausschankpreis für Bier und Ersatzbier höchstens betragen: bei 0,3 Liter 18 Pf., bei 0,35 Liter 21 Pf., bei 0,5 Liter 30 Pf., bei 0,7 Liter 42 Pf., 1 Liter 50 Pf.

Am 27. Mai wurde das gesamte Ernteerträgnis des Jahres 1918 an Wiesen- und Kleeheu für den Kommunalverband, in dessen Bezirk es sich befand, beschlagnahmt. Die Kommunalverbände hatten den Ertrag der Heuernte in ihren Bezirken genau zu erheben und der Hauptversorgungsstelle anzuzeigen.

Am 26. Juli machte das Bürgermeisteramt bekannt, daß die Ausfuhr von Stroh und Häcksel aus dem Kommunalverbande Karlsruhe-Stadt auf Grund des § 3 der Bad. Ministerialverordnung vom 9. Juli 1918 verboten sei.

Eine Verordnung des Kriegsernährungsamtes vom 30. Juli bestimmte, wieviel die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe aus ihren selbstgebauten Früchten zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehes verbrauchen dürfen, z. B. von Hafer oder an Gemenge aus Hafer und Gerste für Pferde und Maultiere 3 Pfd. für den Tag, für die zur Feldarbeit verwendeten Zugochsen 1½ Pfd. für den Tag.

Vom 2. Januar an mußte infolge des Kohlenmangels $\frac{1}{2}$ 9 bis $\frac{1}{2}$ 11 Uhr vormittags, $\frac{1}{2}$ 2 bis 5 Uhr nachmittags und $\frac{1}{2}$ 11 Uhr abends (Samstags $\frac{1}{2}$ 12 Uhr) bis 5 Uhr morgens Gassperre durchgeführt werden. Am 1. April wurde die Sperre aufgehoben.

Am 20. Januar erging eine Verordnung über Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briquets über 10 Tonnen monatlich im Februar 1918. Die Meldungen über Kohlenverbrauch und -bedarf waren vom 1. bis spätestens 5. Februar erneut zu erstatten.

Auf Empfehlung des Stadtrates an die Kohlenhändler, durch Schaffung von Vorratsplätzen innerhalb des Stadtgebiets dem Publikum den Bezug von Hausbrand zu erleichtern, wurde Anfang März unter dem Namen „Stadtlager Karlsruher Kohlenhändler“ eine Gesellschaft gegründet, deren Aufgabe die Errichtung eines Kohlenlagers in zentraler Lage der Stadt war, aus dem die Kunden der der Gesellschaft angehörigen 11 Firmen kleinere Mengen von Kohlen selbst abholen konnten. Zum Geschäftsführer der Gesellschaft wurde der Leiter des städtischen Kohlenamts, Leopold Steinel, bestimmt. Zunächst errichtete man ein Stadtlager am alten Bahnhof, Ecke Kriegs- und Ettlinger Straße.

Über die Brennstoffversorgung für die Zeit vom 1. Mai 1918 bis 30. April 1919 wurde folgendes bestimmt: Die Haushaltungen sind unter Berücksichtigung der Zahl der Zimmer, die notwendigerweise geheizt werden müssen, und der zum Haushalt gehörigen Personen sowie der sonstigen besonderen Verhältnisse der Wohnung oder Haushaltung in 8 Bedarfsgruppen (A—H) eingeteilt. Die den Gruppen zugeteilten Höchstmengen an Kohlen oder Koks betrugen für A monatlich 2 Zentner, für B und C je 3, für D 4, für E 5, für F 6, für G 8 und für H 10 Zentner. Die bisher ausgestellten Brennstoffkarten blieben gültig. Auf jeder Karte war eingetragen, zu welcher Gruppe die Haushaltung gehörte. Anspruch auf Lieferung der vollen Höchstmenge bestand nicht. Ebenso wenig konnte die Lieferung bestimmter Kohlenarten verlangt werden. Soweit irgend möglich mußte Koks verwendet werden.

Von den Ende Oktober für den Stadtbezirk Karlsruhe festgesetzten Kleinhandels-Kohlenpreisen geben wir folgende

an: Ruhr-Stückkohlen Fettschrot in offenen Fuhren frei vors Haus 3 Mf. 25 Pf. der Zentner, in Körben oder Säcken frei ins Haus 3 Mf. 45 Pf. Anthracit=Kußkohlen I nachges. 4 Mf. bezw. 4 Mf. 20 Pf., II 4 Mf. 25 Pf. bez. 4 Mf. 45 Pf., Ruhr=Steinkohlenbriketts 3 Mf. 65 Pf. bezw. 3 Mf. 85 Pf., Saar=Stückkohlen 2 Mf. 70 Pf. bezw. 2 Mf. 90 Pf. Ab Stadtlager war der Zentner 15 Pf. und ab Rheinhafen 25 Pf. billiger als offen in Fuhren frei vors Haus.

Am 23. November wurde zur Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln verordnet: (Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Kaffees sowie Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden, sind von 10 Uhr abends (Samstags ab 11 Uhr) bis 10 Uhr vormittags zu schließen. Die Betriebe sind auf die unbedingt nötigen Räume zu beschränken. Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schausstellungen stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungsstätten aller Art sind spätestens um 10 Uhr abends zu schließen. Offene Verkaufsstellen müssen von 6 Uhr (Samstags von 7 Uhr) abends bis 9 Uhr vormittags, sowie an Sonn- und Feiertagen geschlossen bleiben. Solange sie geschlossen sind, dürfen sie nicht beleuchtet werden. Museen, Sammlungen und sonstige Ausstellungsräume dürfen nur insoweit geheizt werden, als es erforderlich ist, um eine Schädigung der Ausstellungsgegenstände durch Frost zu verhüten. Die Verordnung trat am 27. November in Kraft.*) Am 28. beschloß der Stadtrat, im Interesse der Kohlenersparnis den Bahnverkehr auf der Straßenbahn und der Lokalbahn und die öffentliche Beleuchtung, soweit irgend angängig, einzuschränken, außerdem bis auf weiteres im großen Rathausaal und im Sitzungssaal des Stadtrats gar nicht mehr, das Konzerthaus nur noch an den Samstagen und Sonntagen heizen zu lassen.

Am 26. Juni machte das Bürgermeisteramt bekannt: Die Preisprüfungsstelle für Brennholz hat die Preise bis auf weiteres

*) Eine ähnliche Verordnung war am 28. November 1917 ergangen. Sie war für die Verkaufsstellen am 24. März 1918 außer Kraft getreten. Die Wirtschaften, sowie die Theater, Lichtspielhäuser usw. durften vom 1. April 1918 ab bis 11 Uhr abends geöffnet bleiben.

wie folgt festgesetzt: Buchenholz gesägt und grob gespalten ab Lager der Zentner 4 Mk. 50 Pf., nur gesägt, nicht gespalten 4 Mk. 10 Pf., gesägt und grob gespalten frei Keller 5 Mk., Tannen- und Forlenholz, gesägt und fein gespalten, ab Lager der Zentner 5 Mk. 50 Pf., nur gesägt nicht gespalten, 5 Mk., Buchenholz der Ster ungesägt ab Lager 37 Mk. 50 Pf., vors Haus 40 Mk., Tannen- oder Forlenholz der Ster ungesägt ab Lager 31 Mk. 50 Pf., vors Haus 34 Mk.

Am 9. April ordnete das Ministerium auf Grund der Bundesratsverordnung an, daß getragene Schuhe, sowie Altleder (d. h. gebrauchtes Leder) entgeltlich nur an die von der Reichsstelle für Schuhversorgung zugelassenen Personen und Stellen veräußert und auch nur von diesen weiter veräußert werden dürften.

Am 17. April machte die städtische Bekleidungsstelle über Baumwollnähfaden bekannt, daß die Gesamtzahl der in Karlsruhe mit Näharbeiten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einem Erlaß der Reichsbekleidungsstelle zufolge festzustellen seien. Die Arbeitgeber hatten bis spätestens 20. April die Zahl der bis 1. Dezember 1917 beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen schriftlich anzugeben. Betriebe, in denen dauernd mehr als 15 Personen mit Näharbeit beschäftigt waren, unterlagen der Meldepflicht nicht.

Am 10. Mai wurde mitgeteilt: „Der Oberbürgermeister hat der Aufforderung der Reichsstelle für Schuhversorgung zum Eintritt in ihren Ausschuß der Verwaltungsbeamten entsprochen. Der Ausschuß hat die Aufgabe, die Reichsstelle namentlich in Fragen zu unterstützen, in welchen die gemeindlichen Interessen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Schuhwerk in Frage kommen.“

Der Nationale Frauendienst veranstaltete Kurse im Anfertigen und Flickens von Schuhen in verschiedenen Stadtteilen. Der erste Kurs fand in der Karl-Wilhelm-Schule vom 13. bis 18. Mai statt.

Aus der Verordnung der Reichsstelle für Schuhversorgung vom 8. Juni führen wir an: „Die Ausbesserung von Schuhen darf nur ausführen, wer Leder von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder zugeteilt erhält. Dies gilt auch für

Ausbesserungen, für die nur Ersatzstoffe verwandt werden.“ „Verboden ist der Vertrieb von Maßschuhwerk in Kurusausführung.“

Am 2. August fand im großen Rathaussaal unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters eine Versammlung statt, in der Stadtrat Dr. Trempner aus Berlin, Direktor der Verwaltungsstelle der Reichsbekleidungsstelle, über Aufgaben und Maßnahmen dieser Stelle einen Vortrag hielt. Dazu waren Vertreter staatlicher und städtischer Behörden und der interessierten Gewerbe aus dem ganzen Lande erschienen. Der Vortragende schilderte, wie die Reichsbekleidungsstelle zunächst auf Sparsamkeit im Verbrauch der Bestände hinwirkte, dann jedoch die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung übernahm. Hinsichtlich der Ersatzstoffe betonte er, daß die Frage technisch zwar gelöst sei, die Wirkung jedoch nicht so rasch eintreten könne. Die Zentralisierung bezeichnete er als bedauerliche Notwendigkeit, ohne die man nicht durchkäme.

Am 9. Dezember veranstaltete die Schuhflickerei des Frauenvereins einen Zweitageskursus. Es war der letzte Schuhkurs vor Weihnachten.

Die Fürsorgetätigkeit für die Kriegerfamilien durch die Stadtgemeinde und die übrigen Maßnahmen der Wohltätigkeit, die die Stadt, das Rote Kreuz und andere Verbände getroffen hatten, gingen auch im Berichtsjahre weiter, ebenso wie sich die Opferwilligkeit einzelner Personen betätigte.

An reichsgesetzlichen Unterstützungen wurden im Berichtsjahre 9181601 Mk. 23 Pf. (1917: 6364374 Mk.) bezahlt. Davon betragen die vom Reich zu erstattenden Mindestsätze 3850091 Mk. 37 Pf. (3884988 Mk.). Der Reichszuschuß beläuft sich auf 1703853 Mk. Der von der Stadtgemeinde als Lieferungsverband zu leistende Mehrbetrag betrug 3627656 Mk. 86 Pf. (2240391 Mk.). Die Zahl der im Jahre 1918 im Genuß der Reichsunterstützung stehenden Familien betrug 4983 (Ende Dezember 1917 9429).

Durch Bundesratsverordnung vom Oktober 1918 wurden die Sätze für die reichsgesetzliche Familienunterstützung ab 1. No-

vember 1918 um je 5 Mf. monatlich für jede unterstützte Person erhöht. Auf Antrag der Kriegsunterstützungskommission beschloß der Stadtrat auch eine Erhöhung des vom Lieferungsverband festzusetzenden städtischen Zuschusses zu den reichsgesetzlichen Unterstützungsätzen eintreten zu lassen. Demnach sollen ab 1. November die Unterstützungen (Mindestsätze des Reichs und städtische Zuschüsse) monatlich betragen: für die Ehefrauen 30 und 20 = 50 Mf. (bisher 25 und 15 = 40 Mf.), für Kinder und Geschwister 20 und 10 = 30 Mf. (bisher 15 und 9 = 24 Mf., für das 1. bis 4. Kind und für das 5. und jedes weitere Kind je 15 und 5 = 20 Mf.), für den Elternteil 20 und bis zu 30 = 20—50 Mf. (bisher 15 und 25 = 40 Mf.), für sonstige Berechtigte: Großeltern, Schwiegereltern jede Person 20 und bis zu 30 Mf. = 20—50 Mf. (bisher je 15 und 9 = 24 Mf.), für 1 Kind in fremder Pflege 20 und 20 = 40 Mf. (bisher 15 und 15 = 30 Mf.) Der Mehraufwand für die Stadt berechnet sich monatlich auf etwa 180 000 Mf.

Zur ergänzenden Kriegsfürsorge wurden von der Stadt im Jahre 1918 aufgewendet für:

Mietbeihilfe	1 387 751.— Mf.
Lebensmittel	1 60 907.48 "
Speisungen	1 259.28 "
Kinderfürsorge	65 849.18 "
Ärztliche Behandlung, Heilmittel usw.	103 108.76 "
Kohlen und Holz	147 904.52 "
Konfirmandenbekleidung	25 342.— "
Arbeitsstoffe und Sonstiges	93 364.83 "
Weihnachtsgaben	100.— "
Zuschläge zur Reichsunterstützung	482 815.90 "
Hinterbliebenenfürsorge	250 556.86 "
Persönlicher Aufwand	38 456.62 "
Sachlicher Aufwand	4 969.52 "
	2 762 383.95 Mf.

Eine Zusammenstellung ergab, daß vom August 1914 bis Dezember 1918 in Karlsruhe an reichsgesetzlichen Familienunterstützungen 23 506 727 Mf. verausgabt wurden. Davon entfallen auf die Mindestsätze, die vom Reich erstattet werden, 14 787 483 Mf.,

während die übrigen 8719244 Mk. vom Lieferungsverband als Zuschuß gegeben werden mußten. In diesen Ausgaben wird wieder ein Drittel vom Reich als Kosten der Kriegswohlfahrtspflege ersetzt, während der Rest mit rund 6 Millionen endgültig der Stadt Karlsruhe zur Last bleibt.

Die ergänzende Kriegsfürsorge erforderte außerdem 9458649 Mark. Diese Ausgaben wurden teilweise gedeckt durch die öffentlichen Sammlungen und Opfertage, durch Anteile an freiwilligen Gehaltsabzügen der städtischen Beamten und Lehrer, durch freiwillige Spenden Karlsruher Firmen, aus dem Erlös aus Näh- und Stickerarbeiten*). Doch bleibt für die Stadthauptkasse als endgültiger Aufwand der ergänzenden Kriegsfürsorge der Betrag von abermals rund 6 Millionen. Reichsgesetzliche und ergänzende Kriegsfürsorge zusammengekommen haben sonach der Stadtgemeinde während der ganzen Kriegszeit bis Ende 1918 einen ihr allein zu Last bleibenden Gesamtaufwand von rund 12 Millionen Mark verursacht.

Mit diesen rein finanziellen Leistungen ist die Tätigkeit der Kriegsfürsorge keineswegs erschöpft. Der Wert der Arbeit, die von den ehrenamtlichen Hilfskräften, Männern und Frauen, des Kriegsunterstützungsamtes geleistet worden ist, übersteigt, auch wenn sie durch Zahlen nicht einmal angedeutet werden kann, bei weitem den Geldwert der angeführten Gesamtsumme. Diese Tätigkeit erstreckte sich während der Kriegszeit auf rund 15000 Kriegerfamilien, die in den Bezug der reichsgesetzlichen Unterstützung gelangten und insbesondere auf ständig etwa 4000 Familien, die im Wege der ergänzenden Kriegsfürsorge unterstützt worden sind.

Großherzog und Großherzogin stellten dem Stadtrat 3000 Mk., die Direktion der Neuen Karlsruher Schiffsahrts-Aktien-Gesellschaft 400 Mk. für die Kriegsunterstützung zur Verfügung. Herr Jakob Landauer stiftete zur Erinnerung an sein verstorbenes Söhnchen Leon 500 Mk. für

*) für die Unterstützung der zum Kriegsdienste einberufenen Wehrpflichtigen gingen im Berichtsjahre teils an verschiedenen Sammelstellen durch einmalige Beiträge, teils an fortlaufenden einmaligen Gaben im ganzen 184250 Mk. 63 Pf. ein.

würdige israelitische Arme, 500 Mk. für Christliche und 500 Mk. für israelitische Kriegswaisen. Am 17. Dezember erhielt die Kriegsunterstützungskommission von der Firma Pfannkuch & Co. 200 Gutscheine im Werte von je 5 Mark zur Verteilung an bedürftige hiesige Kriegerfamilien als Weihnachtsgaben.

Die Aktiengesellschaft für Metall-Industrie vormals Gustav Richter, hier, übersandte am 22. Dezember dem Oberbürgermeister 200 Mk. als Weihnachtsgabe für die Karlsruher Lazarette.

Auf Veranlassung des Roten Kreuzes fanden vom 5. bis 20. Februar hier Hausfassammlungen von Altpapier und Altmaterialien statt. Die Sammelstage für die einzelnen Stadtteile wurden jeweils bekannt gegeben. An Zeitungen, Zeitschriften: Büchern, Akten, Papierabfälle und dergl. wurden im ganzen etwa 28 300 kg gesammelt, Alteisen und Weißblechdose 950 kg, Lumpen 700 kg, Frauenhaare 24 kg, sowie verschiedene kleinere Mengen von Sparmetallen, Staniol, Gummi und dergl. Anfang März waren bereits 3300 kg Zeitungspapier an hiesige Truppenteile kostenlos abgegeben.

Aus den Sitzungen des Roten Kreuzes führen wir folgendes an: Am 2. Februar berichtete Dr. Stroebe nochmals über die Weihnachtssendung. Darnach überschreitet der Wert sämtlicher an die Fronten gegangenen Pakete den Betrag von über 900 000 Mark. Durch den Verkauf der Kriegspfanne wurden 19 000 Mk. Erlöst. Die im alten und neuen Bahnhof errichteten Übernachtungsstationen sind von über 20 000 Soldaten in Anspruch genommen worden. In derselben Sitzung berichtete Privatdozent Dr. Lust aus Heidelberg über die Ziele des Badischen Landesauschusses für Säuglings- und Kleinkinderpflege. Sodann hielt f. V. Brepohl aus Bad Nassau einen Vortrag über die Tätigkeit der evangelischen Blättervereinigung für Soldaten und kriegsgefangene Deutsche. Der Ev. Oberkirchenrat hat auf Anregung des Prälaten D. Schmitt-henner als erste kirchliche Behörde die Vereinigung unterstützt und ein besonderes badisches Gesangbuch herausgegeben. — In der Sitzung am 11. April wurde mitgeteilt, daß, um die Sammlungen des Roten Kreuzes nicht zu stören, in Aussicht genommene öffentliche Sammlungen durch größere Beträge abgelöst würden. So

erhielt der Ausschuß für fahrbare Lazarettbüchereien 10 000 Mk., zu einer für die Balten bestimmten Sammlung wurden 3000 Mk. und für die Reichskolonialkriegerspende wurden 10 000 Mk. gegeben. Für die zurückkehrenden Zivil- und Kriegsgefangenen und die für sie nötige Fürsorge entfällt auf Baden ein Betrag von etwa 100 000 Mk. Aus dem Prinz-Max-Fonds können dazu 60 000 Mark gegeben werden; der Rest soll aus der Gefangenenansammlung aufgebracht werden. Von der Königin von Schweden ist eine Spende, bestehend in acht Kisten Streichhölzern, eingegangen. Die Treuen in Göttingen haben wieder 1000 Mk. gesandt. Im März ist eine besondere Liebesgabensendung an die Westfront geschickt worden. Wie anderwärts hat sich auch hier ein Ortsausschuß für Sammel- und Helferdienst gebildet. — In der Sitzung am 6. Mai wurde der Bericht über die Tätigkeit der hiesigen Hauptsammelstelle erstattet. Darnach sind für Liebesgaben an unsere Truppen im Felde sowie an vorüberkommende Einzelmansschaften 2 700 000 Mk. und für Lazarette, Genesungsheime, Erfrischungsstellen usw. 700 000 Mk. aufgewendet worden. Nach dem Rechnungsergebnis des Landesvereins betrugen die Gesamteinnahmen seit Kriegsbeginn bis 1. April 1918 4 181 981 Mk., die Gesamtausgaben 4 438 738 Mk. Nach dem Rechnungsergebnis des Ortsausschusses Karlsruhe betrugen in derselben Zeit die Gesamteinnahmen 1 856 481 Mk., die Gesamtausgaben 1 847 073 Mk. Am Schluß der Sitzung widmete Geh. Rat Müller dem jüngst verstorbenen langjährigen Schriftführer und verdienten Mitarbeiter Geh. Hofrat Ziegler Worte dankbarer Erinnerung. — In der Sitzung am 3. Juni wurde u. a. mitgeteilt, daß das Rote Kreuz für die Versorgung der Feldlazarette mit Büchern 10 000 Mk. mit der Bestimmung gegeben habe, daß die Spenden besonders den Badenern zugute kommen sollen und daß in den letzten Wochen zwei neue Liebesgabensendungen an die Front abgegangen seien und zwar an das Leibgrenadier-Regiment und das Artillerie-Regiment „Großherzog“. In der Sitzung wurde dann noch der hiesigen Sanitätskolonne für ihr mustergültiges Verhalten bei dem letzten fliegerangriff besondere Anerkennung gezollt. — In der Sitzung am 8. Juli widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Oberleutnant a. D. Ed. Hepp

einen Nachruf, wobei er betonte, wie viele ersprießliche Dienste der Entschlafene der Abtheilung I des Frauenvereins und dem Hauptvorstand des Roten Kreuzes geleistet hätte. Mit Dank wurde vermerkt, daß die Direktion des Stadtgartens Blumen zur Ausschmückung der Lazarette zur Verfügung stelle. Am Schluß der Sitzung sagte der Vorsitzende, General Limberger, dem von Karlsruhe scheidenden Landgerichtsdirektor Dr. Dölter für seine dem Roten Kreuz geleisteten vorzüglichen Dienste, besonders während des Krieges, aufrichtigsten Dank. — In der Sitzung am 4. November wies der Vorsitzende auf die Ereignisse der letzten Monate hin und gab seiner Freude Ausdruck über die Ernennung des Prinzen Max, des Ehrenvorsitzenden des badischen Roten Kreuzes, zum Reichskanzler. Mit besonderer Dankbarkeit erwähnte er die Tätigkeit der im Roten-Kreuz-Dienst stehenden Personen in den Lazaretten. Für ihr treues Aushalten und ihre Opferbereitschaft gebührte allen Frauen und Mädchen Bewunderung. Dr. Stroebe berichtete über das Gesamtergebnis der Großherzog-Geburtstags-Sammlung. Darnach hat die Versammlung 250 000 Mk., die Spenden am Geburtstag des Großherzogs 438 000 Mk. ergeben, so daß sich der Gesamtbetrag für das Rote Kreuz 688 000 Mk. beläuft. Mit Einreihung des von den Bezirks- und Ortsausschüssen zurückgehaltenen Drittels ergab die Sammlung den Betrag von 907 000 Mk. — In der letzten Rote-Kreuz-Sitzung waren auch alle Damen versammelt, die bisher im Samariter-Dienst am alten Bahnhof tätig gewesen sind. Der Vorsitzende, General Limberger sprach diesen Damen, die vier Jahre hindurch unermüdlich pflichttreu bei der Ankunft so vieler Verwundetenzüge im Dienst des Roten Kreuzes standen, herzlichen Dank und volle Anerkennung aus. Diesen anerkennenden Worten schloß sich Reg.-Rat Rupp, dessen Leitung der Dienst am alten Bahnhof unterstand, an; er dankte vor allem jenen, die seit Kriegsbeginn dort mitgeholfen haben. Hofuhrmacher Pecher erwähnte, daß in die Dankesworte auch die Sanitätsmannschaften einzubeziehen sind, ebenso die freiwillige Feuerwehr und die Hilfskrankenträger, die Schüler der höheren Schulen, die sich alle durch Pflichter und Hilfsbereitschaft voll bewährt haben. Dank wurde ferner gesagt der Direktion der Städtischen Straßenbahnen und dem Stadtrat für die unentgeltliche

Überlassung der Sanitätsstraßenbahnzüge. Schließlich berichtete Geh. Hofrat Rehbock noch über die Tätigkeit der Transportabteilung am Alten Bahnhof und die Verwendung der Fahrräder. Als seinerzeit der Aufruf an die Bevölkerung ergangen war, Fahrräder dem Roten Kreuz zum Verwundetentransport zur Verfügung zu stellen, wurden dem Roten Kreuz 121 Räder überlassen, von denen 84 brauchbar waren, die dann wiederum 42 Transporträder gaben, mit denen über 5000 Verwundete vom Bahnhof nach Lazaretten verbracht worden sind. — Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Lage der zurückkehrenden Schwestern erörtert; einige badische Schwestern befinden sich noch in Palästina, in Reval, in Mitau und im Elsaß. Frau General von Öttinger wurde anlässlich ihres Rücktritts von der Lazarettleitung von dem Vorsitzenden herzlicher Dank gesagt. Zum Schluß der Beratungen berichtete noch Dr. Stroebe über die Tätigkeit der Hauptsammelstelle die während des Truppenrückmarsches sehr in Anspruch genommen war; zu jener Zeit wurden täglich rund 600 Mann abgefertigt. Die vorhandenen Waren wurden ihnen unentgeltlich überlassen.

Der 3., 4., 5. und 6. Januar waren Werbetage für den Ortsausschuß Karlsruhe des Badischen Heimatdankes. Schüler hiesiger Lehranstalten verteilten an diesen Tagen Aufrufe mit Vordrucken für die Beitrittserklärung.

Dem Heimatdank gingen im Berichtsjahre von hier folgende größere Beiträge zu: Der Großherzog überwies dem Heimatdank eine ihm zur Verfügung gestellte Summe von 100 000 Mark. Von ungenannter Seite erhielt der Staatsminister die Summe von 50 000 Mk. in deutscher Kriegsanleihe.

Anlässlich der Ernennung des Geschäftsführers in Kathreiners Malzkaffeeabfabriken zum kgl. Bayer. Geh. Kommerzienrat hat die Gesellschaft u. a. der Stadt Karlsruhe den Betrag von 35 000 Mk. übermittelt, der zur Vermehrung der vorjährigen Stiftung von 40 000 Mk. dient (vergl. Chronik 1917, S. 182/83). Kommerzienrat Stadtrat Fritz Homburger wies dem Ortsausschuß des Heimatdankes 5000 Mk. in 5prozentiger deutscher Kriegsanleihe zu. Von den Teilhabern des Bankhauses Veit E. Homburger, Kommerzienrat Fritz Homburger und Dr. Paul Homburger, wurde

dem Heimatdank die weitere Gabe von 30 000 Mk. zugewendet. Paul Schröder in Stuttgart spendete „aus alter Unhänglichkeit an seine Vaterstadt Karlsruhe“ dem Heimatdank 10 000 Mk. Albert Baer, Inhaber der Dampfbranntweinbrennerei und Eiskörfabrik Heinrich Baer & Söhne, hat dem Ortsausschuß Karlsruhe des Heimatdankes 5000 Mk. überwiesen mit der Bestimmung, daß die Hälfte dieser Summe für bedürftige Kinder der Stadt verwendet wird, deren Vater im Felde gefallen ist. Der Bezirksverein Karlsruhe des Verbandes südwestdeutscher Industrieller überwies dem Ortsausschuß des Heimatdankes 4250 Mk. Brauereidirektor Karl Schrempp, Ehrenbürger unserer Stadt, überreichte dem Oberbürgermeister aus Anlaß des Jahreswechsels die Summe von 3000 Mk. für den Ortsausschuß des Heimatdankes, Kaufmann Louis Stern, Inhaber der Firma Louis L. Stern & Co., überwies dem Ortsausschuß den Betrag von 3000 Mk. Von zwei Teilhabern einer hiesigen Firma wurden dem Ortsausschuß je 2000 Mk. zugewendet. Kaufmann Bernhard Würzburger überwies dem Ortsausschuß einen einmaligen Beitrag von 1200 Mk.; außerdem trat er dem Verein Heimatdank mit einem fortlaufenden Jahresbeitrag von 100 Mk. bei. Je 1000 Mk. spendeten: Bankdirektor W. Hoffmann, die Papierwarenfabrik A. Braun & Cie., der Preussische Gesandte Geheimrat von Eisendecher, Kommerzienrat Dr. Robert Koelle, Kommerzienrat Ludwig Uh, Frau Generalleutnant Jägerschmid, die Badischen Lederwerke Karlsruhe-Mühlburg, die Vereinsbank Karlsruhe, die Oberko-Werke G. m. b. H., hier, Fabrikant K. H. Wimpfheimer. Gleichzeitig trat Herr Wimpfheimer dem Heimatdank mit einem Jahresbeitrag von 100 Mk. als Mitglied bei. — Die große Zahl der Beiträge unter 1000 Mk. kann hier nicht wiedergegeben werden, sie wurde von Zeit zu Zeit in der Tagespresse veröffentlicht. — Aus einer im Jahre 1919 veröffentlichten Übersicht der Tätigkeit des Vereins Heimatdank führen wir folgendes an: „In den Jahren 1915 bis mit 1918 erreichten die Aufwendungen des Landesausschusses allein über 1 800 000 Mk. In diesem Betrag sind die recht erheblichen Ausgaben der Bezirks- und Ortsausschüsse nicht enthalten.“ „Ein bedeutender Teil der Ausgaben, und zwar rund 870 000 Mk., entfällt auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge am orthopädisch-chirurgischen Reservelazarett

Ettlingen. Davon konnten allerdings etwa 350 000 Mk., durch eigene Einnahmen (Arbeitsleistungen usw.) gedeckt werden.“

Für die am 1. und 2. Juni stattfindende Sammlung zur Ludendorff-Spende erschien nachstehender Aufruf:

„Deutschland kämpft seinen schwersten Kampf; das Ringen drängt zum Ende. Tausende und Abertausende der Kämpfer in Heer und Flotte kehren zurück, die Glieder verstümmelt, die Gesundheit erschüttert. Ihre Kraft dem deutschen Wirtschaftsleben zurückzugewinnen, ihre Zukunft zu sichern, ist Dankspflicht der Heimat. Die Rentenversorgung liegt ausschließlich dem Reiche ob. Soziale Fürsorge muß sie ergänzen. Sie auszuüben, sind die im Reichsauschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge zusammengefaßten Organisationen berufen. Das gewaltige soziale Werk auszubauen, ist das Ziel der Ludendorff-Spende. Darum gebt! Macht aus sorgenvollen Opfern des Krieges freudige Mitarbeiter an Deutschlands Zukunft! Ehret die Männer, die für uns kämpften und litten! Nur wenn alle zusammenstehen, wird das hohe Ziel erreicht.

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall. Dr. Graf von Hertling, Reichskanzler.
v. Stein, Kriegsminister. Dr. Kämpf, Präsident des Reichstages.

Der Ehrenvorsitzende:

Ludendorff, Erster Generalquartiermeister, General der Infanterie.

An Badens Männer und Frauen!

folgt dem Ruf Eurer Führer! Eure Gaben dienen den badischen Kämpfern.
Der Vorsitzende des Bad. Heimatdanke: Staatsminister Freiherr von Bodman.

Der kommandierende General: Isbert, General der Infanterie.

Der Vorsitzende des Ortsausschusses Karlsruhe des Bad. Heimatdanke:
Oberbürgermeister Siegrist.

Der Großherzog und die Großherzogin gaben zur Ludendorff-Spende 3000 Mk., Großherzogin Luise 2000 Mk. Der Stadtrat bewilligte aus der Stadtkasse 5000 Mk. Außerdem gingen an höheren Beiträgen für die Spende ein: Von Kommerzienrat Fritz Homburger 10000 Mk., von einer Sammlung der Direktoren, Arbeiter und Angestellten der Gesellschaft Sinner 8270 Mk. 30 Pf., von der Maschinenbaugesellschaft, von den Badischen Lederwerken, von der Landesversicherungsanstalt Baden, von Kommerzienrat Dr. Straus und von Ungenannt je 5000 Mk., von Dyckerhoff & Widmann 4000 Mk., von der Filiale der Rheinischen Creditbank und von Louis E. Stern je 3000 Mk., von der Feuerversicherungsbank, von der Fabrik f. Wolff & Sohn, von Pfannkuch & Co. und von Vogel & Schuurmann je 2000 Mk. Die große Zahl der

übrigen Beiträge wird in der Beilage Nr. 5 der „Karlsruher Zeitung“ vom 6. Januar 1919 veröffentlicht. Die Straßensammlung in Karlsruhe am 1. und 2. Juni ergab den Betrag von 11 537 Mk. 27 Pf. Der Bezirk Karlsruhe ergab im ganzen 201 534 Mk. 80 Pf. Das Gesamtergebnis der Spende im Großherzogtum belief sich auf 2 473 448 Mk. 32 Pf.

Wie 1917 erging wieder und zwar im Berichtsjahre erstmals am 16. Juni ein Aufruf zu Sammlungen für eine Großherzogsges Geburtstagspende. Der Aufruf schloß mit den Worten:

„Beteiligt Euch an der Großherzogsges Geburtstagspende, helft dem Roten Kreuz seine Aufgaben erfüllen, es sind heilige Pflichten, die uns rufen.“

Das Großherzogspaar wendete der Spende 3000 Mk. zu, Großherzogin Luise 10 000 Mk. und die Königin von Schweden 2000 Mk. Als Erträgnis der von der Stadtgemeinde am 9. Juli im Stadtgarten zu Gunsten der Spende veranstalteten Musik- und Gesangsaufführungen wurden dem Landesverein vom Roten Kreuz 700 Mk. überwiesen. Die Haus- und Straßensammlung für die Großherzogsges Geburtstagspende am 7. und 9. Juli ergab in der Gesamtstadt Karlsruhe rund 9600 Mk.

Am 19. September beschloß der Stadtrat dem Landesverein vom Roten Kreuz auch in diesem Jahre wieder für die Weihnachts-sendung an badische Truppen 15 000 Mk. aus der Stadthauptkasse unter dem Vorbehalte zu bewilligen, daß mit den daraus zu beschaffenden Gaben tunlichst die Karlsruher Truppenteile bedacht würden. — Die Straßensammlung am 6. Oktober für die Weihnachts-spende ergab hier den Betrag von 6800 Mk.

Über die Tätigkeit des Nachrichtenbüros für das neutrale Ausland wurden Ende Oktober nachstehende Mitteilungen veröffentlicht: Der Versand von Aufklärungsschriften und Zeitungen für das neutrale Ausland belief sich auf etwa 400 000 Stück. Das Büro vermittelte auch den Lebensmittelbezug für in Deutschland lebende Schweizerfamilien. Bei Sequestration deutschen Eigentums im Ausland wurden auf dem Büro Schadenersatzansprüche wegen Gewalttätigkeiten in Höhe von 2 568 427 Mk. 64 Pf. angemeldet. Etwa 30 000 Kriegsauskünfte in Gefangenensachen erteilte das Büro und gab telegraphische Nachforschungen nach Vermissten weiter. Bei der Badischen Geldeinzahlungsstelle wurden

bis über 15 000 Einzahlungen im Gesamtbetrag von 250 000 Mk. geleistet, die Auffindung von Gräbern Gefallener bewerkstelligt. Der Besuch der Kriegsschreib- und Packstube belief sich auf 20 000 Personen. Das Büro bearbeitete Gesuche um Internierung von Gefangenen in der Schweiz. Es war Weiterleitungsstelle für Postsendungen Heeresangehöriger in der Schweiz. Über 100 000 Briefe wurden weiterbefördert, gegen 5000 Anfragen nach dem von den Franzosen besetzten Gebiet des Oberelsasses weitergegeben. Eine Lesegelegenheit für verwundete Krieger war dem Büro angegliedert. Etwa 500 000 Zeitungen wurden zugesandt. — Vom Büro erging folgende Dankfagung:

„Anlässlich der Einstellung unseres Geschäftsbetriebs beehren wir uns, allen staatlichen und städtischen Behörden für das uns in hohem Maße erwiesene Entgegenkommen ergebensten Dank auszusprechen. Auch werden wir stets mit ganz besonderer Dankbarkeit der uns in nunmehr fast 4 Jahren zuteil gewordenen Hilfe unserer Ehrenmitglieder und unserer freiwilligen Helferinnen gedenken.“

Im Januar machte die Handwerkskammer bekannt, daß auf Anregung des Landesgewerbeamtes die Beschaffung von Kleinkohnungseinrichtungen in unserm Lande in die Wege geleitet, andernfalls eine Ausstellung von Musterzimmern und Einzelmöbeln in Aussicht genommen sei, deren Durchführung die Handwerkskammer in Karlsruhe für ihren Bezirk übernommen habe. Die heimkehrenden Kriegsgetrauten sollten sich gut gearbeitete Möbel zu annehmbaren Preisen und auf dem Wege der Teilzahlung erwerben können. Auch solle den heimkehrenden Handwerksmeistern Gelegenheit gegeben werden, den durch Jahre stillliegenden Betrieb zu eröffnen und tatkräftig weiterzuführen. Die Kammer wandte sich an alle Kreise mit der Bitte, dieses Unternehmen durch Spendung freiwilliger Beiträge zu unterstützen. Anfang November wurde mitgeteilt, daß sich die Möbelausstellungen der Handwerkskammer und des Badischen Baubundes, von da an vereinigt im Baubundhaus Karl-Friedrichstraße 22, befindet. Am 8. November wurde mitgeteilt, daß der Baubund neben dem Vertrieb von neuen Möbeln in Verbindung mit der Stadtverwaltung auch die Bewirtschaftung der Altmöbel übernehme; im Hause Schloßplatz 13 werde hierfür eine besondere Verkaufsstelle „Altmöbelstelle Karlsruhe“ eingerichtet. Dasselbst solle gebrauchter

Hausrat, den die Utmöbelstelle käuflich erwerbe oder schenkungsweise übernehme, gebrauchsfähig hergerichtet, an bedürftige Antragsteller, insbesondere Kriegsteilnehmer zu mäßigen Preisen abgegeben werden.

Das Abendheim für Arbeiterinnen, das die Fürsorgevermittlungsstelle der Kriegsamtstelle im Hildahaus, Scheffelstraße 37 für Arbeiterinnen aller Betriebe eingerichtet hatte, wurde am 21. Januar eröffnet. (täglich 6—9 Uhr). Den Arbeiterinnen sollte in dem Heim die Möglichkeit gegeben werden, nach ihrer Tagesarbeit in warmen Räumen mit ihren Berufsgenossinnen Stunden der Erholung zu genießen.

Im Januar wurde zwecks Beschaffung von Kleidungsstücken für bedürftige Konfirmanden und Kommunikanten die Miltätigkeit angerufen. Es handle sich dabei, wie das städtische Nachrichtenamt mitteilte, nicht um die Kleidung für den Tag der Konfirmation und ersten Kommunion, sondern um die Anschaffung eines besseren Anzuges für die ins Leben tretenden jungen Leute, die mit diesem Lebensabschnitt vielfach die Kinderkleider ablegen mußten. Um eine Doppelversorgung zu vermeiden und den Gebern die Gewähr zu bieten, daß ihre Spenden auch den jungen Leuten zukämen, denen ihre Fürsorge gelten solle, habe das Kriegsunterstützungsamt die Vermittlung bei dem wohlthätigen Werke übernommen.

Das Landesgewerbeamt beabsichtigte, wie Ende Januar bekannt gegeben wurde, am 1. März einen besonderen Vorbereitungskurs für solche Kriegsbeschädigte, die infolge ihrer Verletzung ihrem früheren Beruf nicht mehr nachgehen könnten und in einem anderen — im vorliegenden Fall kaufmännischen — Berufe Beschäftigung suchten, an der Karlsruher Handelsschule abzuhalten. Die Dauer des Kurses war auf 3 Monate bei etwa 35 Wochenstunden berechnet; er sei unentgeltlich. Die Kosten für die Verpflegung trage der Landesauschuß für Kriegsbeschädigte; zu den Kursen würden aber nur solche Kriegsbeschädigte zugelassen, die sich durch ihre Fähigkeiten und ihre Vorbildung für eine kaufmännische Tätigkeit eigneten.

Seit Ende Januar ließ die Reichsbank den Ankauf von Silbersachen durch die Goldankaufsstelle aufnehmen. Für das Gramm Silbermetall wurde ein Einheitspreis von 13 Pf.

festgesetzt. Die Einlieferer von Silbersachen erhielten ein künstlerisch ausgestattetes Gedenkblatt. — Vom 17. bis 24. Februar fand eine Goldankaufswochen statt. Gold, Silber, Platin und Juwelen wurden angenommen, die zum Verkauf angebotenen Juwelenschmuckstücke mußten einen Mindestwert von 500 Mk. und einzelne Steine oder Perlen einen Mindestwert von 200 Mk. besitzen. Jedem Einlieferer wurde bei der Auszahlung ein Ehrendiplom und bei Einlieferungen über 5 Mk. eine Denkmünze eingehändigt. Jeweils der 100. Einlieferer sollte ein Gedenkblatt nach dem Gemälde von Prof. Kempf: „Gold gab ich für Eisen, Volksoffer 1918“ mit Widmung erhalten. Im ganzen erfolgten etwa 850 Goldablieferungen. Die wertvollste Ablieferung war die der Prinzessin Marg. Überhaupt ließen die Großh. Herrschaften Gold- und Juwelenschmuck, sowie Silbergeräte in sehr hohem Werte abgeben. 350 Silberablieferungen erfolgten, darunter solche mit mehreren wertvollen Stücken. Diese Stücke, namentlich Tafelschmuck enthaltend, wurden photographisch aufgenommen. Auch Brillantschmuck bis zu 70 000 Mk. Wert wurde übergeben.

Ende Januar hat Freiherr von Bodman, infolge seiner Ernennung zum Staatsminister die Stelle des Territorialdelegierten der freiwilligen Krankenpflege niedergelegt, zu seinem Nachfolger wurde Ministerialdirektor Geh. Rat Pfisterer ernannt.

Ende Februar überwies die Badische Bank Mannheim-Karlsruhe dem Ministerium des Innern 10 000 Mk. für Zwecke der Mittelstandshilfe. Am 25. und 26. März veranstaltete die Kriegsunterstützungskommission zwei Wundertage. Alles was zur Ausstattung eines kleinen Kindes notwendig ist, wurde durch Mädchen der oberen Schulklassen (kenntlich an weißen Armbinden) in allen Stadtteilen eingesammelt und von Schülern auf Handwagen zu den Hauptsammelstellen gefahren. Das Ergebnis der Sammlung war gut; es wurden neben vielerlei Kinderwäsche auch Kinderschuhe, Spielzeug und selbst kleine Bettchen abgeliefert. Auch die Großherzogin Hilda und Luise hatten schöne Gaben gespendet. Die gesammelten Wäscheschätze wurden geordnet und nach und nach an bedürftige Frauen abgegeben.

Am 1. Mai erließ das Bürgermeisteramt eine Bekanntmachung über Sammlung getragener Oberkleidung. Darin

hieß es u. a.: Zur teilweisen Deckung des Bedarfs an Oberkleidung der in den kriegswichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter hat die Reichsbefleidungsstelle die Sammlung angeordnet. Der Kommunalverband Karlsruhe-Stadt soll hierzu eine von der Landeszentralbehörde festgesetzte Anzahl von Anzügen beisteuern. Es wurde erwartet, „daß die erforderlichen Anzüge im Wege der freiwilligen Abgabe aufgebracht werden, um so strengere Maßnahmen der Reichsbefleidungsstelle zu vermeiden“. „Die Kommunalverbände sind aufgrund der Bundesratsverordnung ermächtigt, Personen, von denen anzunehmen ist, daß sie eine größere Anzahl Oberkleider besitzen, die Vorlegung eines Verzeichnisses über ihren Bestand an Oberkleidern und zur Anfertigung solcher geeigneten Stoffen aufzuerlegen, falls sie nicht wenigstens einen Anzug abliefern sollten, auch sind sie ermächtigt, solchen Falles die Richtigkeit des Verzeichnisses nachzuprüfen und die hierzu erforderlichen Maßnahmen zu treffen“. Am Schluß der Bekanntmachung hieß es: „An die wirtschaftlich besser gestellten Einwohner des Kommunalverbandes wird das dringende Ersuchen gerichtet, diese Sammlung, deren Ergebnis für das wirtschaftliche Durchhalten unseres Volkes im Kriege von hoher Bedeutung ist, opferfreudig zu unterstützen und möglichst viele Anzüge abzuliefern.“

Der Verkehrsverein Karlsruhe zeigte in mehrfachen Führungen den hiesigen Lazarettinsassen die Sehenswürdigkeiten der Stadt und ihrer näheren Umgebung. Dabei war jeweils für Bewirtung und für musikalische sowie andere Unterhaltung gesorgt. Im ganzen wurden 600 Personen geführt. Die Kosten betrugen rund 2000 Mark und wurden durch freiwillige Spenden aufgebracht.

Zur Kolonial-Krieger-Spende bewilligte der Stadtrat am 29. August einen einmaligen Beitrag von 1000 Mark.

Am 8. September wurde eine Vorführung zu Gunsten der Ausbildung von Kriegsblinden-Führerhunden im Konzerthaus veranstaltet, bei der Hofrat Szamatolski aus Frankfurt a. M. einen einführenden Vortrag hielt, dem Filmdarstellungen folgten, dieselben wurden am 9. wiederholt.

Am 4. Dezember überreichte Fabrikant Joseph Krapp namens der Tischgesellschaft „Bürgermeister“ (im

Hotel Karpfen) dem Oberbürgermeister 2000 Mk. als Schenkung für den Ortsausschuß des Badischen Heimatdanks zur Verwendung für Karlsruher bedürftige Kriegsblinde. Am 14. Dezember wurde der Abteilung Kriegsblindenfürsorge der Blindenvereinigung Karlsruhe von der 1. Klasse der Viktoria-Privatschule der Erlös aus einem Wohltätigkeitsverkauf im Betrage von 358 Mk. übergeben.

Außerdem hat die Witwe des Werkmeisters a. D. Emil Joos, Katharina geb. Kaltenmeier letztwillig 300 Mk. für erblindete Krieger vermacht.

B. Andere politische Vorgänge bis zur Revolution.

Am 8. Januar wurde Landgerichtspräsident Dr. Zehnter in Heidelberg zum Präsidenten des Oberlandesgerichts ernannt und am 11. August in die Erste Kammer berufen.

Als Ersatzmann für den verstorbenen Abgeordneten Kolb wurde Redakteur Anton Weißmann aus Freiburg mit 447 (von 456) Stimmen für Karlsruhe-West gewählt. Die nicht-sozialdemokratischen Parteien hatten ihren Mitgliedern Wahlenthaltung empfohlen.

Die 100te Wiederkehr des Tages an dem Baden seine Verfassung erhalten hat, wurde am 22. August in würdiger, dem Ernst der Zeitverhältnisse entsprechender Weise begangen.

C. Revolution und Waffenstillstand.

Auch in diesem Abschnitt gehen wir nur auf die Vorgänge in Karlsruhe näher ein.

In Karlsruhe traten am 19. Oktober auf Einladung des Staatsministers die Präsidien beider Kammern und die ersten fraktionsvorsitzenden der zweiten Kammer zu einer Beratung mit den Ministern zusammen. Freiherr von Bodman besprach zunächst die militärische und politische Lage, insbesondere auch die Grundlage des deutschen Friedensangebotes. Dann wandte er sich den inneren Angelegenheiten zu. Der Minister und die Abgeordneten anerkannten, daß die erfolgte Parlamentarisierung im

Reiche nicht ohne Folgen für die Einzelstaaten bleiben könnte. Demgemäß werde die Regierung, wie Freiherr von Bodman mitteilte, dem nächsten ordentlichen Landtage Gesetzesentwürfe vorlegen, wie sie durch die in Aussicht genommene politische Veränderung bedingt seien. Eine Anregung, den Landtag sofort einzuberufen, fand keine ungeteilte Zustimmung. Die Regierung wünschte Zeit für die Ausarbeitung der angekündigten Gesetzentwürfe. Dagegen wurde anerkannt, daß von außenher Verhältnisse eintreten könnten, die die sofortige Einberufung des Landtages forderten. Zu einer friedlichen Entwicklung der Zustände und Weiterbildung der Einrichtungen im Reiche und in den Bundesstaaten sollte es indes nicht kommen.

Am 3. November meuterten Marinemannschaften in Kiel. Um ihre Forderungen durchzusetzen wählten sie einen Soldaten- und Arbeiterrat. Herbeigezogene Landtruppen gingen zu den Aufständischen über. Die Unruhen ergriffen zunächst die benachbarten Gebiete und verbreiteten sich auch über Süddeutschland. Am 8. November wurde in München, am 9. in Berlin die Republik verkündigt. Am 9. November hatte der Oberbürgermeister zur Bildung eines Wohlfahrtsausschusses behufs Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit in der Stadt die Führer aller Parteien mit einigen anderen Parteimitgliedern auf 6 Uhr nachmittags in das Rathaus eingeladen.

Ebenfalls am 9., nachmittags 4 Uhr, begab sich eine Abordnung von Mitgliedern der fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen, Sozialdemokratischen und Zentrumsparthei zum Staatsminister und verlangte den Rücktritt des Gesamtministeriums und alsbaldige Einberufung des Landtags. Der Abordnung hatte sich auch der Vizepräsident der Zweiten Kammer, Abg. Geiß, der von Mannheim hier eingetroffen war, angeschlossen. Dort waren nämlich am Tage vorher ähnliche Beschlüsse gefaßt worden. Freiherr von Bodman teilte der Abordnung mit, daß das Ministerium bereits am Vormittag den Großherzog um seine Entlassung gebeten habe.

Am Abend des 9. erschien folgender Aufruf des Großherzogs:

„An das Badische Volk!

Angeblicks der sich überstürzenden Ereignisse im Reiche wende ich mich, gestützt auf die Überzeugung von der Unererschütterlichkeit des Vertrauensverhältnisses, das in Baden Fürst und Volk in guten und schlimmen Tagen vieler Jahrzehnte verbunden hat, heute unmittelbar an das badische Volk.

Baden hat sich bisher der volkstümlichsten Einrichtungen im Reiche erfreut, so daß hier am wenigsten Grund vorlag, zu übereilten Entschlüssen zu schreiten. Es ist aber mein fester Wille, in Anlehnung an die Entwicklung des deutschen Volksstaates den Landständen den Ausbau auch der badischen Verfassung und die Neugestaltung der Regierung in dem Sinne vorzuschlagen, wie er den Wünschen der überwiegenden Mehrheit des badischen Volkes entspricht.

Der Landtag ist auf den 15. November 1918 einberufen. Mit der vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierung wird dieser Landtag die Verfassungsfragen zu erörtern haben.

Ich gebe mich der festen Hoffnung hin, daß das badische Volk, nachdem es die unendlichen Beschwerden von vier Kriegsjahren mit Ruhe und Kraft ertragen hat, auch jetzt in den wenigen Tagen, die bis zum Zusammentritt der Landstände noch vergehen werden, Ruhe und Besonnenheit bewahren wird. Nur eine friedliche Entwicklung kann in dieser schwersten Zeit, die über das deutsche Volk gekommen ist, die künftige Wohlfahrt des Landes verbürgen.

Karlsruhe, den 9. November 1918.

von Bodman."

Friedrich.

Unterdessen wuchs die Aufregung in der Stadt, insbesondere als die Abdankung des Kaisers und die Ereignisse in Berlin hier bekannt wurden. Freiherr von Bodman hatte bereits die erwähnte Abordnung darauf aufmerksam gemacht, daß sich viel zuchtloses Volk auf der Kaiserstraße und auf dem Marktplatz herumtreibe. In der Tat schwoll die Menge immer mehr an. Disziplinlos gewordene Soldaten rissen Offizieren Kofarden und Achselstücke ab.

Die Ansammlung, die sich am Bahnhof gebildet hatte, schilderte der damalige Stadtrat Sauer, der sich vom Rathaus dorthin begeben hatte, in seiner Erinnerung am ersten Jahrestag der Revolution in folgender Weise: „Als ich auf dem Bahnhofplatz ankam, war der weite Platz von einer unübersehbaren Menschenmenge angefüllt. Eine Droschke wurde als Rednerbühne benützt. Unzählige Reden wurden meistens von unbekannten Personen gehalten. Kaum hatte ich mir Gehör verschafft, da ertönte ein lauter Ruf: „Halt! Ein Verräter hat sich eingeschlichen, dieser Mann, der sich als Vertreter

der Arbeiterschaft vorstellt, hat die Arbeiterschaft schon seit 20 Jahren verraten. Dieser Mann wollte morgen abend am Konzerthaus gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien als Redner auftreten, um für die Erhaltung der Monarchie einzutreten.“ Doch Stadtrat Sauer wußte sich trotz des Lärms Gehör zu verschaffen, wenn auch der Ruf „Verräter“ von neuem erkönte. Schließlich verständigte er sich mit dem ihm persönlich bis dahin unbekannten Metallarbeiter Brümmer. Herr Sauer erzählt nun ferner: „Wir waren uns, d. h. Brümmer und ich, darüber klar, daß so nicht weiter gewürfelt werden könnte, und ich machte den Vorschlag, mit nach dem Rathaus zu kommen, wo man einen Soldatenrat gründen könne, der dann mit dem in der Bildung begriffenen Wohlfahrts-Ausschuß das weitere veranlassen solle. Endlich gelang es die Wortführer zu veranlassen, nach dem Rathaus zu ziehen; die Droschke war die Spitze, die Massen hintendrein.“

Inzwischen hatte sich der Wohlfahrtsauschuß gebildet, Sauer in dessen Abwesenheit zum Vorsitzenden gewählt und beschlossen, einen Aufruf an die Einwohnerschaft zu richten, als die aufständischen Soldaten im Rathaus erschienen, um einen Soldatenrat zu bilden. Draußen flutete die Menge, wie bisher, Ansprachen wurden vom Balkon des Rathauses gehalten, auch Herr Sauer ergriff noch einmal das Wort und mahnte vergeblich zur Ruhe. Etwa 50 Personen waren mit Sauer in das Rathaus gegangen. Sie tagten im großen Saale, bildeten daselbst einen Soldatenrat und bestimmten Brümmer zum Vorsitzenden, während der Wohlfahrtsauschuß im kleinen Saal bis gegen 10 Uhr abends beisammen blieb.

Die Leute, die den Soldatenrat wählten, verlangten von dem Oberbürgermeister, er solle ihnen Straffreiheit garantieren. Dieser lehnte es mit der Begründung ab, daß er weder Polizei- noch Gerichtsgewalt besäße.

Um 9 Uhr überreichte der Soldatenrat dem Wohlfahrtsauschuß seine Forderungen. Sie verhandelten miteinander darüber und verabredeten die Fortsetzung der Beratung auf Sonntag den 10., vormittags 9 Uhr. Der Soldatenrat blieb die Nacht hindurch auf dem Rathaus.

Während dieser Zeit waren Soldaten, wiederum begleitet von einer gewaltigen Menge Zivilbevölkerung, nach den Kasernen

gezogen, um deren Übergabe durchzuführen. Die Leibgrenadiere schlossen sich nach kurzer Verhandlung dem Soldatenrat an, ebenso die Mannschaften in den übrigen Kasernen. Bei dem Eindringen der Menge in die Grenadierkaserne kam es zu Waffen- und anderen Plünderungen, auch Schüsse wurden gewechselt. Am demselben Abend wurden der Bahnhof, die Telegraphen- und Telephonzentrale, die Post und das Bezirksamt besetzt, aus der Strafanstalt die militärischen und politischen Gefangenen freigelassen.

Am 10 Uhr hatte sich der Oberbürgermeister vom Rathaus in seine Wohnung begeben. Bald darauf wurde er telephonisch vom Generalkommando ersucht, mit Generalleutnant von Sieg ins Rathaus zu gehen, der namens des Kommandos mit dem Soldatenrat verhandeln solle. Der Oberbürgermeister erklärte sich dazu bereit.

Diese Verhandlung die von gegen 11 bis 12 Uhr nachts dauerte, drehte sich lediglich um die Annahme der Forderungen des Soldatenrates durch das Generalkommando. Der Oberbürgermeister erhielt die Versicherung, er und die Stadtverwaltung überhaupt könnten ungestört weiter ihres Amtes walten. Um 12 Uhr stellte der Soldatenrat dem Kommando eine halbstündige Frist für die Annahme der Forderungen. Generalleutnant von Sieg sagte die Einhaltung dieser Frist zu. Darauf kehrte der Oberbürgermeister in seine Wohnung, Generalleutnant von Sieg in das Generalkommando zurück.

Der oben erwähnte Aufruf des Wohlfahrtsausschusses war vom Soldatenrat vor seiner Verbreitung beschlagnahmt worden. Er hatte folgenden Wortlaut gehabt:

„An die Einwohnerschaft der Stadt Karlsruhe!

Die politischen Ereignisse und Umwälzungen, die aus den verschiedenen Teilen des Reiches gemeldet werden, lassen es auch für unsere Stadt geboten erscheinen, Einrichtungen und Vorkehrungen zu treffen, die für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, die Sicherstellung des Verkehrs, für die regelmäßige Ernährung der Bevölkerung, für den ungehinderten Fortgang des Wirtschaftslebens und die Sicherheit des staatlichen, städtischen und privaten Eigentums notwendig sind.

Zu diesem Zweck hat sich ein Wohlfahrtsausschuß gebildet, dem neben den Vertretern der Mehrheitsparteien vor allem Vertreter der Arbeiterschaft angehören.

In den Wohlfahrtsausschuß sollen Soldatenräte gewählt werden, derselbe wird sich sofort mit der Militärbehörde in Verbindung setzen, um die geordnete Wahl der Soldatenräte zu ermöglichen.

In Verbindung mit den ihm angehörenden Vertretern des Soldatenrates wird der Wohlfahrtsausschuß die vorgebrachten Wünsche der Zivilisten und Soldaten prüfen und mit aller Entschiedenheit für die Erfüllung aller berechtigten Forderungen eintreten.

Die Einwohnerschaft der Stadt und die Soldaten werden aufgefordert, den Wohlfahrtsausschuß zu unterstützen und seine Anordnungen zu befolgen.

Wir ersuchen die Bürger und Soldaten, die Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und damit den Übergang aus der jetzigen schweren Zeit in ruhigere und friedlichere Zeiten zu erleichtern.

Karlsruhe, Rathhaus, 9. November 1918, abends 9 Uhr.

Der Wohlfahrtsausschuß.

Unterschieden hatten den Aufruf Stadtrat Heinrich Sauer als Vorsitzender, Oberbürgermeister Siegrist, die drei Bürgermeister, einzelne andere Mitglieder des Stadtrats und der Stadtverordnetenversammlung, Parteiführer und Vertreter der Arbeiterschaft, wie im Absatz 2 des Aufrufs erwähnt ist, im ganzen 31 Personen.

Die Forderungen des Soldatenrates (nach dem Kieler Muster) wurden vom Generalkommando angenommen und am 10. November mit nachstehender Kundgebung veröffentlicht:

Kameraden, Bürger und Bürgerinnen!

Die politische Entwicklung der letzten Wochen hat zum Umsturz des alten verflachten Systems geführt.

Eine neue Zeit der Freiheit ist angebrochen.

Laßt uns ihrer würdig sein. Dem Beispiel anderer Städte folgend hat sich auch hier ein Soldaten- und Arbeiterrat gebildet, der die Interessen des werktätigen Volkes und des Bürgers im feldgrauen Rock vertreten wird. Haltet zu ihm, vertraut ihm. Sorgt selbst für Ruhe und Ordnung, die unbedingt im Interesse der Allgemeinheit gewahrt werden muß.

Der Soldaten- und Arbeiterrat hat angeordnet, daß derjenige, der sich Gewalttätigkeiten (Plünderung, Mord u. a. m.) zu schulden kommen läßt, sofort standrechtlich erschossen wird.

Seine Forderungen sind:

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politischen Gefangenen.
2. Vollständige Rede- und Pressfreiheit.
3. Unterlassung der Briefzensur.
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaft durch die Vorgesetzten.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden in die Kasernen.
6. Alle Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen haben zu unterbleiben.

7. Alle Maßnahmen zum Schutze des privaten Eigentums werden vom Soldatenrat festgesetzt.
8. Es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr.
9. Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von der Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Dienstes.
10. Die Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alle übrigen haben ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.
11. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienst zu befreien.
12. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.

Diese Forderungen sind für jede Militärperson die Ziele des Soldatenrates. Das Generalkommando erklärt sich mit den Forderungen des Soldatenrates einverstanden und hat zugesagt, sich sämtlichen Anordnungen zu fügen.

Im Auftrage des Soldaten- und Arbeiterrates:

Br ü m m e r.

Weser.

Am Vormittag des 10. November trat der Wohlfahrtsausschuß im Rathaus wieder zusammen. Mitglieder des Soldatenrates nahmen an seinen Beratungen im Verlaufe des Vormittags teil. Inzwischen war auch in der Öffentlichkeit der Rücktritt des bisherigen Ministeriums bekannt geworden. Nachrichten von auswärts brachten die Mitteilung über die Wahl von Soldatenräten in Mannheim, Freiburg und anderen badischen Städten. Bürgerliche Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses betonten die Notwendigkeit der Bildung einer vorläufigen Regierung, um das Land vor unabsehbaren Erschütterungen zu bewahren; auch Mehrheitssozialisten verhielten sich nicht ablehnend. Aber es war nicht leicht, zur Einigung zu gelangen. Die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie wollten anfangs von einem Zusammengehen mit den Bürgerlichen und mit den Mehrheitssozialisten nichts wissen. Nach langen Auseinandersetzungen gab jedoch der Vorstand des Soldatenrates sein Einverständnis zur Bildung einer gemeinsamen vorläufigen Regierung. Schließlich gelang es auch, die bei der Auswahl der Personen entstandenen Schwierigkeiten zu beheben. Dann wurde die Ministerliste dem bisherigen Staatsminister übergeben. Freiherr von Bodman erklärte sich nach anfänglichen verfassungsrechtlichen Bedenken bereit, dem Großherzog die Beschlüsse der Versammlung zu unterbreiten. Die letztere sprach

noch die Erwartung aus, daß die Antwort des Landesherrn um halb drei Uhr nachmittags da sei. Zur festgesetzten Stunde erschien Freiherr von Bodman im Rathaus wieder und teilte folgendes mit:

„Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mich beauftragt, Ihnen folgendes zu eröffnen:

Der Großherzog begrüßt es lebhaft, daß nach Ihrer aller Ansicht Baden unter allen Umständen ein Bestandteil des deutschen Reiches bleiben soll.

Die Errichtung einer provisorischen Regierung lediglich durch in Karlsruhe wohnende Parteivertreter und Mitglieder des Soldatenrates vermag der Großherzog zwar als verfassungsmäßig nicht anzuerkennen, will jedoch in anbetracht der durch die Zeitumstände geschaffenen besonderen Lage einen Widerspruch gegen die beabsichtigten Maßnahmen nicht erheben. Folgenweise nimmt der Großherzog lediglich Kenntnis von der Errichtung einer provisorischen Volksregierung und der Absicht der Berufung einer verfassungsgebenden Versammlung.

Der Großherzog gibt sich der Hoffnung hin, daß die provisorische Regierung ihr Ziel, unserer geliebten Heimat Ruhe und Ordnung zu erhalten, erreichen möge.

Seine Königliche Hoheit haben geruht, die gegenwärtigen Minister in Gnaden ihrer Ämter zu entheben und in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.“

Die Versammlung dankte Freiherrn von Bodman für sein Bemühen und bat ihn einmütig, auch dem Großherzog ihren Dank zu übermitteln.

Kurz nach vier Uhr trat Stadtrat Sauer mit dem Wohlfahrtsausschuß und dem gesamten Soldatenrat auf den Balkon des Rathauses und gab folgende K u n d g e b u n g bekannt: *)

„An das badische Volk!

Wir geben bekannt, daß sich heute eine provisorische Regierung für Baden gebildet, welche die Macht übernommen hat.

Sie besteht aus folgenden Personen:

Vorsitzender A u t o n G e i ß, Wirt, Landtagsabgeordneter, Mannheim,
Ministerium des Auswärtigen: Oberbürgermeister H e r m a n n D i e t r i c h,
Landtagsabgeordneter in Konstanz,

Ministerium für soziale Fürsorge: Metallarbeiter A d o l f S c h w a r z, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Mannheim,

Ministerium für militärische Angelegenheiten: Landsturmmann J o h a n n B r ü m m e r, Schmied, Vorsitzender des Soldatenrates in Karlsruhe,

Ministerium des Innern: Rechtsanwalt Dr. E n d w i g H a a s, Rechtsanwalt, Reichstagsabgeordneter, Karlsruhe,

Ministerium der Finanzen: Professor Dr. J o s e p h W i r t h, Reichstagsabgeordneter, Freiburg,

*) Sie erschien am andern Tag in den Zeitungen.

Ministerium der Justiz: Rechtsanwalt Ludwig Marum, Landtagsabgeordneter in Karlsruhe,

Ministerium des Verkehrs: Geschäftsführer Leopold Rückert in Karlsruhe,

Ministerium des Unterrichts: Fritz Stockinger, Beamter der Ortskrankenkasse und Stadtrat, Landtagsabgeordneter in Pforzheim,

Ministerium für Ernährungswesen: Rechtsanwalt Gustav Trunk, Stadtrat in Karlsruhe,

Ministerium für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen: Arbeitersekretär Philipp Marzloff in Freiburg.

Die neue Regierung wird eine auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hervorgegangene Landesversammlung darüber entscheiden lassen, welche Staatsform, ob Monarchie oder Republik für Baden maßgebend sein soll. Ohne Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden für die Zukunft ein Bestandteil des deutschen Reiches bilden.

Wir fordern das badische Volk auf, den Anordnungen der neuen Regierung Folge zu leisten, und die Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Beamten bleiben in ihren Stellungen und haben in treuer Weise ihre Pflicht zu erfüllen.

Die Soldaten werden aufgefordert, in die Kasernen zurückzukehren und den dienstlichen Anforderungen zu gehorchen, soweit sie nicht für den Soldatenrat in Anspruch genommen werden.

Nur wenn diesem Rufe Folge geleistet wird, ist es möglich, Ruhe, Ordnung und gute Verpflegung durchzuführen.

Karlsruhe, den 10. November 1918.

Der Soldatenrat:

Brümmner.

Weser.

Der Wohlfahrtsausschuß:

H. Sauer, Stadtrat, Vors.

Ersing, Gewerkschaftssekretär.

Baschang, Stadtverordneter.

Rebmann, Landtagsabgeordneter."

Herr Sauer mahnte dann noch einmal zur Ruhe und Ordnung und schloß mit einem Hoch auf das freie badische Volk, in das die unten versammelte Menge lebhaft einstimmte. Die einzelnen Namen der neuen Minister wurden mit Beifall aufgenommen.

Statt vier Minister, die bisher die Geschäfte geführt hatten, waren nun elf eingesetzt worden, 5 Sozialdemokraten der alten Richtung (Geiß, Marum, Stockinger, Rückert und Marzloff), 2 der unabhängigen Richtung (Brümmner und Schwarz), 2 vom Zentrum (Trunk und Wirth), 1 von der fortschrittlichen Volkspartei (Haas) und 1 Nationalliberaler (Dietrich).

Unmittelbar nach der Kundgebung hielt die Regierung, soweit ihre Mitglieder in Karlsruhe anwesend waren, im kleinen Rathhauseaal unter dem Vorsitz des Ministers Haas ihre erste Sitzung

ab. Herr Geiß kam erst am nächsten Tage von Mannheim hierher. Er wollte anfangs das ihm zugedachte Amt nicht annehmen, entschloß sich aber auf dringendes Zureden schließlich doch dazu. Aus der ersten Sitzung meldete Dr. Haas dem Reichskanzler Ebert in Berlin die Bildung der neuen badischen Regierung.

Um 6 Uhr ging Stadtrat Sauer mit Dr. Haas, Brümmer und Weser auf das Generalkommando, um den neuen Minister für militärische Angelegenheiten in sein Amt einzuführen. Die Unterredung dauerte daselbst etwa zwei Stunden. Herr Brümmer übernahm fortan die Gegenzeichnung der Verfügungen des Generalkommandos. Verschiedene andere wichtige Behörden wurden gleichfalls von Mitgliedern des Soldatenrates als Kontrollbeamte besetzt.

Noch am 10. November ging vom Ministerium des Innern an die Bezirksämter folgendes Telegramm:

„Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage wird mit Zustimmung S. Kgl. Hoheit des Großherzogs bestimmt: Die Beamten haben auf ihrem Posten zu verbleiben und ihren Dienstverrichtungen nachzugehen. Sie fügen sich den Bestimmungen der provisorischen Regierung, deren Bestellung heute hier erfolgt ist. J. A.: Weingärtner.“

Am 11. November wurden nach der Anordnung Brümmers in sämtlichen Kasernen die Wahlen zum Soldatenrat vorgenommen. Da Brümmer Minister geworden war, wurde nun Weser, bisher Korporal, Vorsitzender. Auch die Arbeiter schufen sich erst am 11. eine geordnete Vertretung. Zunächst erklärte sich das Gewerkschaftspartell als Arbeiterrat und wählte einen engeren Vorstand. Dieser bestimmte zu seinem ersten Vorsitzenden Gauleiter Richard Horter, zum Schriftführer Buchdrucker Gustav Erb. ferner wurde beschlossen, daß aus den fünf großen Betrieben Arbeiterdelegierte dem Arbeiterrat zugewählt werden sollen. Arbeiterrat und Soldatenrat verschmolzen sich dann und erließen am 12. nachstehenden Aufruf:

„An die Einwohnerschaft von Karlsruhe!

Gestern abend hat sich für Karlsruhe ein Arbeiterrat gebildet und im Rathausaale getagt. Er besteht aus gewählten Vertretern der organisierten Arbeiterschaft und zwar der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sowie Vertretern der geeinigten sozialdemokratischen Parteien. Der Arbeiterrat betrachtet als seine Aufgabe, im Einvernehmen mit dem

Soldatenrat, dessen Forderungen und Richtlinien er anerkennt, die Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten.

Der Arbeiterrat tritt ein für eine gerechte und sichere Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sowie Heiz- und Brennstoffen; Mithilfe in der Schaffung und Regelung der Arbeitsgelegenheit und Arbeitslosenfürsorge sowie Arbeiterschutz für das werktätige Volk. Fürsorge in der Wohnungsfrage, Regelung der Verhältnisse bei der Rückkehr unserer Soldaten, sowie Rat und Hilfe in allen Fragen, die in dieser ersten Zeit uns beunruhigen.

Die Mitglieder des Arbeiterrats sind erkenntlich an einer roten Armbinde mit dem Aufdruck „Arbeiterrat“. Den Anordnungen der Arbeiter- und Soldatenräte ist Folge zu leisten.

An die Einwohnerschaft richtet der Arbeiter- und Soldatenrat das dringende Ersuchen, Ruhe und Ordnung unter allen Umständen zu wahren. Ansammlungen usw. auf dem Marktplatz sind zu unterlassen, abends von 6 Uhr ab haben alle Kinder unter 14 Jahren der Straße fernzubleiben.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:

J. A.: Horter. J. A.: Weser.

Gleichfalls am 11. erging folgende Bekanntmachung der vorläufigen Regierung und der Arbeiter- und Soldatenräte Badens:

„Die neue Volksregierung hat heute Nachmittag mit den Arbeiter- und Soldatenräten des ganzen Landes getagt. Sie hat die Einrichtung der Soldatenräte begrüßt und gutgeheißen.

Die Soldatenräte haben sich als Landesausschuß badischer Arbeiter- und Soldatenräte konstituiert. Sie haben die militärische Gewalt in Händen und stellen sich mit dieser Macht hinter die vorläufige Regierung.

Die Regierung wird mit Hilfe der Soldatenräte die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. Dazu ist erforderlich, daß alle Zivilbehörden bis zum letzten Mann einwandfrei weiter arbeiten; aber auch, daß die bisherigen militärischen Organisationen im Einvernehmen mit den Soldatenräten ihre Aufgaben wie bisher lösen. Regierung und Landesausschuß der Soldatenräte fordern die Soldaten auf, Ordnung in den Kasernen zu halten und Gehorsam im Dienst zu leisten; insbesondere den Anordnungen der Soldatenräte und der militärischen Vorgesetzten Folge zu leisten, wenn die Soldatenräte Anordnungen der Regierung durchführen.

Vor Gewalttaten und Zuchtlosigkeiten wird nochmals aufs schärfste gewarnt. Ruhe und Ordnung, Sicherheit von Leben und Eigentum sind allein unsere Rettung. Badische Soldaten! Unser freies, schönes Land wird zerstört, wenn Unordnung und Zuchtlosigkeit einreißt. — Macht Front gegen gefährliche Elemente.

Nächste Aufgabe der Regierung ist Sicherstellung der Verpflegung der städtischen Bevölkerung, Fürsorge für einen geordneten Durchzug und für Verpflegung der zurückflutenden Truppen.“

Im Laufe des 11. November verbreiteten sich beunruhigende Gerüchte in der Stadt. Bald hieß es, die Aufständischen wollten die Banken plündern und abends einen Angriff auf das Schloß unternehmen. Bald sprach man von einer Gegenrevolution durch Bruchsaler Dragoner oder die Ettlinger Unteroffizierschule. Das Gerücht von der Bedrohung des Schlosses war auch dem Prinzen Max*) mitgeteilt worden. Er gab Freiherrn von Bodman davon Kunde und dieser unterrichtete die neuen Minister. Bereits am Vormittag hatten sich der Großherzog und die Großherzogin auf den Rat des Ministers Dr. Haas, den der Oberbürgermeister vermittelte, aus ihrem Palais in das Schloß begeben, wo die Großherzogin Luise und die Königin von Schweden wohnten. In das Schloß waren am Nachmittag 12 bewaffnete Schutzleute in Zivil gelegt worden, die ihr Wachlokal am Hauptportal hatten. 30 bis 40 Mann Infanterie mit einem Maschinengewehr waren im Ministerium des Innern am Schloßplatz untergebracht. Eine größere Wache mit Maschinengewehren lag im Rathaus. Die Schloßwache am Eingang in den inneren Schloßhof war mit einem Vizefeldwebel, einem Sergeanten, 16 Mann Tages- und 8 Mann Nachtposten aufgezogen.

Der Tag verlief bis in die späten Abendstunden ohne Störung. Nachts nach 10 Uhr entstand aber am Schloß eine Schießerei. Ihr Urheber war der Obermatrose Otto Heinrich Klumpp. Beim Ausbruch der Revolution hatte er sich in Hannover, dann in Karlsruhe agitatorisch betätigt. Schon nachmittags des 11. prahlte er unter Schimpfworten auf die Fürstlichkeiten in der Straßenbahn, daß nachts etwas passieren werde. Nachts 10 Uhr also kam er mit einigen wenigen Soldaten an die Schloßwache, erkundigte sich, ob der Großherzog und die Großherzogin im Schloß seien. Als seine Frage mit Nichtwissen beantwortet wurde, ging er auf die Straße, brachte dort etwa 20 bewaffnete Soldaten zusammen und marschierte mit diesen durch das westliche Portal in den Schloßgarten vor die Türe, die gegenüber dem Seepferdbrunnen in das

*) Prinz Max war am Samstag, den 10., abends mit dem Herzog und der Herzogin von Braunschweig hier eingetroffen. Die Fürstlichkeiten wurden von der Bahnhofskommandantur des Soldatenrates begrüßt und ins Palais des Prinzen geleitet.

Schloß führt. Dort rief er unter Schmähungen auf den Großherzog, daß der Fürst herunterkomme, und kommandierte eine Gewehrsalve. Kammerherr von Röder fragte nach seinem Begehren. Klumpp trat mit zwei Soldaten in den Gang und wiederholte, der Großherzog solle herunterkommen. Er sei mit seiner Begleitung vom Soldatenrat beauftragt, den Großherzog zu holen. Röder erbot sich, sie zum Großherzog zu führen. Das wollte Klumpp nicht. Röder entfernte sich und kam nach einigen Minuten mit Oberhofmeister Freiherr von Göler wieder. Dieser fragte Klumpp, was er hier wünsche, und erhielt zur Antwort, sie hätten gar nichts zu wünschen. Darauf fragte er nochmals: „Warum sind sie hier eingedrungen?“ Klumpp erwiderte: „Dann haben wir überhaupt nichts zu verhandeln.“ Er wußte wohl selbst nicht mehr recht, was er wollte, denn er war betrunken. Er ließ seine beiden Begleiter Kehrt machen und ging mit ihnen zur Türe hinaus. Vor der Türe wurden nochmals Salven abgegeben, dann führte Klumpp seine Leute zum Schloßgarten hinaus in die Anlagen hinter die zweite Kettenreihe, wo wieder eine größere Schießerei auf dem westlichen Flügel des Schlosses eröffnet wurde. Mehrere Duzend Kugeln trafen das Gebäude, teils über der Türe gegenüber dem Seepferd, mehr noch an der schmalen Stirnseite des südwestlichen Flügels. Viele Kugeln durchschlugen, meist in den oberen Stockwerken, Fenster und Fensterrahmen, den Dachkandel, Türen und Läden und beschädigten auch im Innern des Gebäudes Bilder, Vasen und andere Gegenstände.

Während der Schießerei kamen die Minister Haas und Trunf an das Schloß. Als wieder eine Salve losging, beeilten sie sich, Truppen heranzuziehen. Trunf hatte aber bei dem Soldatenrat, den er aufforderte, Militär zur Sicherung des Schlosses holen zu lassen, keinen Erfolg. Die Leute hielten das Schießen für ein Anzeichen der Gegenrevolution. Minister Brümmer ging jedoch zum Rathaus, um dort die Wache zu holen. Unterdessen ließ Dr. Haas die Sicherheitsmannschaften, die im Ministerium lagen, antreten und eilte mit ihnen nach dem Schloß. Er brachte die Leute aber nur bis zur Schloßwache. Als ihnen dort von der Schloßküche her Schüsse entgegenkamen, zogen sie sich in das linke Wachthaus zurück und deckten sich. Dr. Haas ging dann allein mit 1 oder 2 Artilleristen,

die er angetroffen, gegen den westlichen Schloßgarteneingang und begab sich in das Schloß. Später kamen die Soldaten in das Schloß nach. Klumpp war mit seinen Leuten abgezogen.

Während der Vorgänge beim Seepferd ging ein Schutzmann, der zur Schloßbesatzung gehörte, auf das Rathaus, um Hilfe zu holen, erhielt aber keine. Man wollte nicht glauben, daß Soldaten ins Schloß eingedrungen seien, und wußte von einem Auftrag dazu nichts. Später kamen noch andere Schutzleute aus dem Schloß ins Rathaus. Auf dem Marktplatz gab es noch eine Schießerei und einen großen Durcheinander. Soldaten mit Maschinengewehren besetzten das Bezirksamt. Andere Mannschaften mit Maschinengewehren zogen vor das Schloß, wo schließlich etwa 60 Soldaten mit 4 Maschinengewehren beisammen waren. Einige Soldaten mit einem Maschinengewehr drangen in das Schloß ein und durchsuchten es nach versteckten Truppen, doch wohl in dem Glauben an die angebliche Gegenrevolution. Die Gruppen, die gegen das Schloß zogen, schossen deshalb gegen jene am Schloß und umgekehrt. Dadurch entstand eine kurze Hin- und Herschießerei, durch die aber glücklicherweise niemand verletzt wurde.

Etwa um 11 Uhr ließ Weser, um die Leute, die sich in großer Zahl auf der Straße angesammelt hatten, zu zerstreuen, die Sirenen ertönen. Ihr in Karlsruhe nur zu gut bekanntes Geheul übte trotz des Waffenstillstandes dieselbe Wirkung aus, wie in der Kriegszeit bei den feindlichen fliegerangriffen. Am 13. veröffentlichte das Ministerium für militärische Angelegenheit folgende Bekanntmachung: „Um Beunruhigungen der hiesigen Bevölkerung zu vermeiden, wird festgestellt, daß der vorgestriges fliegeneralarm lediglich zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegeben wurde. Beim Ertönen der Sirene wird das Publikum ersucht, sich unverzüglich in die Häuser zu begeben.“

Der Großherzog hatte am Nachmittag, als ihm Freiherr von Bodman von den beunruhigenden Gerüchten Mitteilung machte, den Gedanken einer Abreise abgelehnt. Bodman besprach sich jedoch mit Ermächtigung des Großherzogs mit Dr. Haas über etwaige Sicherheitsmaßregeln. An der Beratung nahmen auch die Minister Trunk und Brümmer teil. Sie hielten die Gerüchte zum mindesten für übertrieben, wenn nicht für ganz grundlos.

Wenn die Herrschaften Karlsruhe verlassen wollten, würde man für zuverlässige Begleitung sorgen. Am Abend hatten die Herrschaften die Abreise vorbereitet. Klumpp war zwar, wie erwähnt, abgezogen, doch die Befürchtung war nicht abzuweisen, daß er mit Verstärkung wiederkehren werde. In wenigen Minuten waren der Großherzog, seine Gemahlin, seine Mutter und seine Schwester reisefertig. Sie begaben sich, nachdem die Schießerei nachgelassen, auf der Gartenseite durch die Räume des Schlosses nach dessen östlichem Flügel. Von da über die Brücke in den gegenüberliegenden Bibliotheksbau und von hier durch ein Fenster in den Fasanengarten. Auf zwei bereitstehenden Kraftwagen fuhren sie noch in der Nacht nach dem Schloß Zwingenberg bei Eberbach. Als Dr. Haas und kurz nach ihm Freiherr von Bodman, den man telephonisch von der Schießerei benachrichtigt hatte, im Schloß erschienen, hörten sie, daß die Herrschaften abgereist seien.

Gegen den Urheber des Überfalles wurde strafrechtliche Untersuchung angeordnet. Am 21. Dezember hob aber die Strafkammer den Haftbefehl auf und setzte Klumpp außer Verfolgung, da sie seine Tat als eine politische und demgemäß nach dem Amnestieerlaß des Rates der Volksbeauftragten des Reiches vom 12. November das Strafverfahren als niedergeschlagen ansah.

Am 12. November erschienen Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates bei dem Oberbürgermeister und verlangten die Unterstellung des Stadtrates unter den A. u. S. R. Der Oberbürgermeister lehnte dieses unter Hinweis auf das geschliche Recht der Selbstverwaltung der Gemeinde ab. Das Ergebnis der Besprechung war ein Übereinkommen, das am 13. vom Stadtrat gebilligt und von ihm gemeinsam mit dem A. u. S. R. veröffentlicht wurde.

Es lautete:

„Über das Verhältnis der Stadtverwaltung zum Arbeiter- und Soldatenrat Karlsruhe ist zwischen diesem und dem Stadtrat vereinbart worden, daß die Verwaltung der Stadt durch den Stadtrat im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat geführt werden soll. Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrates, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung getroffen werden, wird die Stadtverwaltung sich fügen. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird sich mit seinen die städtischen Angelegenheiten betreffenden Wünschen

und Anordnungen stets an den Stadtrat wenden und sich unmittelbarer Eingriffe in die Tätigkeit der städtischen Stellen und Betriebe enthalten. Der Stadtrat: Siegrist. Der Arbeiter- und Soldatenrat: Horter, Weser."

Von praktischer Bedeutung ist das Übereinkommen nicht geworden.

Eine Verordnung der Badischen vorläufigen Regierung vom 12. November verfügte mit sofortiger Wirksamkeit die Ablieferung der Waffen und Munition, die aus militärischen Beständen in die Hände der Zivilbevölkerung gelangt waren. Bei rechtzeitiger Ablieferung wurde unbedingte Straffreiheit zugesichert, aber zugleich bestimmt, daß Personen, die nach Ablauf der Frist noch im Besitz von Waffen und Munition genannter Art betroffen würden, mit Gefängnis bestraft würden.

Bekanntmachung vom 13. November: „Der Arbeiter- und Soldatenrat hat einen Sicherheits-Ausschuß gebildet, der für die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit in der Stadt sorgt. Er arbeitet mit allen Polizei- und Sicherheitsorganen zusammen. Wer sich gegen Leben, Eigentum und Sicherheit der Bürgerschaft vergeht oder den Versuch dazu macht, wird standrechtlich erschossen. Ebenso wird jedes Unternehmen mit dem Tode bestraft, das sich gegen die bestehenden Einrichtungen in Staat und Stadt wendet.“ Bereits am 12. war vereinbart worden, daß sich das Bezirksamt in Bezug auf den Sicherheitsdienst den Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrates unterstelle und dieselben unterstütze.

Am 13. trat auch der Verkehrsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates der Stadt Karlsruhe zusammen. Ihm unterstand in der Abteilung für äußere Angelegenheiten: Organisation und Kontrolle der Bahnpolizei; Überwachung des Güterverschuhs, Wagengestellungen u. a.; Urlauber und Feldtransporte; Bahnhofskommandantur; Linienkommandantur. Die Abteilung für innere Angelegenheit umfaßte: Kontrolle des Post- und Telegraphenwesens; Gestellung von Fahrzeugen, Pferden für alle Zwecke; die Kraftwagenstaffel des Soldatenrates; Angelegenheiten der Straßen- und Kleinbahnen einschließlich Ubtalbahn bis Stadtgrenze Karlsruhe; Betriebsstoffbeschaffung für Kraftwagen; Urlaubserteilung für sämtliche Militärpersonen; Ausstellung von Ausweisen jeder Art für Militär- und Zivilpersonen.

Nachdem das Reich zur Republik erklärt war, auch in den Bundesstaaten die monarchischen Regierungen gefallen waren, schien der Zustand in Baden, wo seit dem 10. November der Großherzog tatsächlich nicht mehr regierte, aber auch die Republik nicht ausgerufen war, unhaltbar und gefährlich. Im Hinblick darauf stellte im Gesamtministerium Minister Trunk, wie er selbst einige Tage später in einer Versammlung mitteilte, den Antrag, es sei der Großherzog objektiv von den Verhältnissen zu unterrichten und ein Entschluß zu fassen. Das Ministerium trat dem Antrag bei. Um einigermaßen Klarheit zu schaffen, reisten am 13. Freiherr von Bodman und Präsident Geiß nach Zwingenberg zum Großherzog. Dort hatte Bodman eine längere Unterredung mit dem Fürsten, nach der auch Geiß empfangen wurde. Als Ergebnis der Beratung richtete der bisherige Staatsminister folgendes Schreiben an die vorläufige Regierung: „Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mich gestern, Mittwoch, den 13. November 1918, beauftragt, der provisorischen Regierung seine folgende Erklärung zu übermitteln:

„Ich will kein Hindernis derjenigen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes sein, welche die verfassungsgebende Versammlung beschließen wird. Bis zu deren Entscheidung verzichte ich auf die Ausübung der Regierungsgewalt. Ich wünsche auch für den Fall, daß die provisorische Regierung es für ein Gebot der Stunde erachten sollte, die republikanische Staatsform schon vor der Entscheidung der verfassungsgebenden Versammlung zu beschließen, daß die Beamten im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit ihren Dienst weiterführen und daß niemand sich durch Rücksicht auf meine Person oder die Treue und Anhänglichkeit für mich und mein Haus abhalten läßt, die Anordnungen der neuen Regierung zu befolgen. Gott schütze mein liebes Badner Land!“

Gleichzeitig mit dieser Erklärung des Großherzog veröffentlichte die vorläufige Regierung folgende Kundgebung:

- „1. Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet.
2. Alle Staatsgewalt ist in den Händen der Badischen vorläufigen Volksregierung.
3. Wir erklären hierdurch, daß Baden eine freie Volksrepublik ist.

4. Endgültig über die Staatsform entscheidet die badische Nationalversammlung.

5. Die Nationalversammlung wird am Sonntag, den 5. Januar 1919, gewählt; sie tritt innerhalb 10 Tagen nach der Wahl in Karlsruhe zusammen.

6. Die Wahl zur Nationalversammlung findet nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen statt, welche am Tage der Wahl Badener sind.

Karlsruhe, 14. November 1918.

Die Badische vorläufige Volksregierung. Der Präsident: Geiß."

Am 13. November erfolgte nachstehende Kundgebung der badischen Beamten und Staatsarbeiter:

"Die badischen Beamten und Staatsarbeiter fühlen, daß für das badische Volk die Stunde gekommen ist, in der über ihr und ihrer geliebten Heimat Schicksal entschieden wird. Sie sprechen die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die provisorische Regierung das badische Volk und unser teureres Heimatland vor Anarchie, Auflösung und Verwüstung bewahren wird. Um der Regierung die Erreichung dieses großen Zieles zu ermöglichen, treten die Beamten und Arbeiter in vollem Gefühl ihrer Verantwortung mit festem Willen auf den Boden des demokratischen Volksstaates und stellen alle ihre Kräfte der neuen Volksregierung zur Verfügung. Gleichzeitig treten sie an die provisorische Regierung heran und unterbreiten ihr alle ihre Sorgen, Wünsche und Hoffnungen, mit der Bitte, sich auch ihrer in diesen schweren Zeiten harter Not anzunehmen. Der Herr Minister der Finanzen wird gebeten, der Übermittler dieser Kundgebung an die provisorische Regierung zu sein."

Unterschieden waren: Der Verband der Beamten- und Lehrere vereine Badens; Der Verband der badischen Oberbeamtenvereine; Der badische Eisenbahnerverband; Der Verband des deutschen Verkehrspersonals; Der Landesverband der städtischen Beamten Badens.

Am 13. November erteilte die vorläufige Regierung den Bezirksämtern folgenden Auftrag:

"Innerhalb 30 Tagen müssen große Teile Badens, darunter wichtige Städte, militärisch geräumt werden. Außerdem werden alsbald die zurückflutenden Truppen in großen Mengen durch Baden durchziehen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind daher sofort Volkswachen zu bilden. Die Bezirksämter werden angewiesen, diese Organe in der Weise zu bilden, daß Bezirkshauptleute im Einvernehmen mit etwa vorhandenen Soldaten- und Arbeiterräten aufgestellt werden, welche mit dem vorhandenen Grundstock an Sicherheitsorganen, an Gendarmerie, Forst- und Grenzschutzpersonal geschlossene Wehrkörper aufstellen.

In allen Städten ist die Volkswehr so stark zu bemessen, daß ständig eine große Truppe zum Eingreifen bereitsteht, die auch starken Banden, die

sich bilden, entgegenzutreten die Macht hat. Besonders starke Volkswehren sind an den Rheinbrückenköpfen aufzustellen, um ungeordnet zurückkommenden Soldaten die Waffen abzunehmen.

Einzustellen sind zuverlässige, ehrenhafte Männer, die zu besolden sind. Alleiniges Ziel ist die Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung der Verpflegung des Landes, Schutz von Frauen und Kindern.

Waffenbedarf ist beim Ministerium des Innern telegraphisch zu melden."

Hier wurde folgender Aufruf zur Bildung der Volkswehr veröffentlicht:

„Die Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt ist für alle Bürger die erste Forderung. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich mit der Stadtverwaltung und dem Bezirksamt über die Errichtung einer Volkswehr geeinigt. Die Volkswehr übernimmt den Sicherheits- und Wachdienst in der Stadt, da durch die Waffenstillstands-Bedingungen Karlsruhe von Truppen geräumt werden muß.

Aufbau und Organisation.

1. Die Stärke der Volkswehr soll zunächst bis auf 1000 Mann gebracht werden.
 2. Die Organisation der Volkswehr übernimmt der Arbeiter- und Soldatenrat.
 3. Den ständigen Mannschaften werden Tagegelder von 10 Mark bewilligt.
 4. Die Einstellung der Mannschaften erfolgt vertraglich mit 14 tägiger Kündigung.
 5. Die Volkswehr hat die Rechte und Pflichten der staatlichen Polizeimannschaften.
 6. Für die Anmeldung zur Volkswehr werden Vordrucke auf den Polizeiwachen ausgegeben und nach Ausfüllung daselbst wieder entgegengenommen. Wir fordern waffenkundige, zum Wach- und Patronillendienst geeignete junge Männer auf, sich für die Volkswehr zu melden.
- Karlsruhe, 14. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat: Horter. Weser. Der Stadtrat: Siegrist.
Bezirksamt und Polizeidirektion: Weitzel."

In einer zweiten Versammlung der Soldatenräte Badens am 12. November wurde ein Landesausschuß gebildet und aus diesem Weser vom Soldatenrat Karlsruhe und Königer vom Soldatenrat Freiburg zu Vertretern im Ministerium für militärische Angelegenheiten gewählt. In der mit der Regierung getroffenen Vereinbarung wurde u. a. bestimmt:

„Die Soldatenräte verpflichten sich, wenn sie Beanstandungen der Behörden erheben wollen und wenn sie Maßnahmen, die einen Eingriff in die Tätigkeit der Behörden, insbesondere der Lebensmittelversorgung derselben, für notwendig finden, das zuständige Ministerium zu verständigen, welches seinerseits für Abhilfe sorgt und den zuständigen Soldatenrat benachrichtigt."

Statt Weser wurde der innere bisherige 2. Vorsitzende, Vizefeldwebel Baer, 1. Vorsitzender des Karlsruher Soldatenrates.

Am 14. November bildete sich hier auf Anregung der Landwirtschaftskammer und der anderen landwirtschaftlichen Körperschaften Badens ein Landesbauernrat, der für die Interessen des landwirtschaftlichen Berufsstandes für die nächste Zeit in Baden eintreten und vor allem dahin wirken wollte, daß die landwirtschaftliche Produktion aufrecht erhalten werde und sich die Ernährung von Volk und Heer in geordneter Weise vollziehe. Dem Landesbauernrat gehörten vorerst 12 Personen an, darunter aus Karlsruhe Dr. Müller und Generalsekretär Schnepf.

Zur Aufrechterhaltung der Volksernährung verbot die Reichsleitung den Arbeiter- und Soldatenräten, über die Bestände an Mehl, Getreide u. ä. zu verfügen. Da auch in Baden derartige Eingriffe vorgekommen waren, forderte die vorläufige Regierung am 14. November die Arbeiter- und Soldatenräte auf, solche künftig zu unterlassen, wenn nicht „die Lebensmittelversorgung der Gesamtheit aufs schwerste gestört werden“ soll.

Der auf den 15. einberufene Landtag trat nicht mehr zusammen. Die Einberufung war von der vorläufigen Regierung bereits am 12. rückgängig gemacht worden. Dagegen versammelten sich die Fraktionen der Zweiten Kammer am 15. zur vertraulichen Aussprache über die Lage. Über die Beratungen wurde nichts veröffentlicht.

Am 15. wurde im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit vom Bezirksamt, im Einvernehmen mit dem Sicherheitsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates, angeordnet:

„1. Die Wirtschaften, Kaffees, Theater, Lichtspielhäuser und andere öffentliche Vergnügungsfstätten sind um 10 Uhr abends zu schließen.

2. Das zwecklose Verweilen von Kindern unter 15 Jahren auf öffentlichen Straßen und Plätzen ohne Begleitung Erwachsener nach 7 Uhr abends ist verboten.

Eltern, Vormünder und andere Personen, welche die ihrer Aufsicht unterstellten Kinder von einer Übertretung dieser Anordnung nicht abhalten, sind strafbar.

3. Verkehrsstörende Ansammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen haben zu unterbleiben.“

In einer vom Arbeiter- und Soldatenrat am 15. November einberufenen Versammlung sprach zuerst der Vorsitzende Hörter über den Gang der Revolution im Reich und in Baden. Er betonte, daß bei uns die erste Arbeit von den Soldaten geleistet worden sei, denen dafür der Dank gebühre. Allmählich seien auch die Arbeiter auf dem Plan erschienen. Dann hätten andere Kreise Anschluß gesucht. Die mittleren badischen Beamten, Vertreter der Studentenschaft, die Schutzmannschaft, Vertreter der geistigen Arbeiter seien an den Soldatenrat herangetreten. Sie seien willkommen gewesen, soweit sie sich dem Soldatenrat unterstellt hätten. In der nächsten Zeit werde man auch mit der Landbevölkerung Fühlung nehmen. Wenn nach dem Waffenstillstand der Soldatenrat verschwinde, werde die Volkswehr an seine Stelle treten. Bis zum Zusammentritt der badischen Nationalversammlung müsse alle Macht in den Händen der Räte oder der Volkswehr liegen. Justizminister Marum wandte sich gegen eine Diktatur. Er sagte u. a.: „Wir haben die Ketten nicht abgestreift, um neue anzulegen. Nicht die Diktatur, sondern die Republik muß unser Ziel sein.“ Deshalb soll die gegenwärtige Regierung keinen Tag länger dauern, als es notwendig ist, um das ganze Volk zur Entscheidung kommen zu lassen. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Versammlung von der Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates mit Befriedigung Kenntnis nehme und sich damit einverstanden erkläre. Sie stehe geschlossen hinter dem Arbeiter- und Soldatenrat und der vorläufigen Regierung. Sollte eine Gegenbewegung versucht werden, würde der Arbeiter- und Soldatenrat alle Machtmittel anwenden, um Ordnung und Freiheit hochzuhalten.

Am 16. November erließ die badische vorläufige Regierung an die Beamten und Arbeiter in Staatsbetrieben folgende Erklärung: „1. Den Beamten und Arbeitern, einschließlich den Zuruhegesetzten und Hinterbliebenen, verbleiben unverkürzt alle gesetzlichen Ansprüche und Anwartschaften. 2. Die staatlichen Beamten und Arbeiter haben volle Freiheit in der Betätigung ihrer politischen Gesinnung und das absolute Recht der freien Meinungsäußerung. Jede politische Agitation im Dienst und in den Diensträumen ist untersagt. 3. Sie haben ferner zur Vertretung ihrer Interessen das Recht, sich frei und ungehemmt beruflich zusammen-

zuschließen und außerhalb des Dienstes zu diesem Zwecke sich zu versammeln. Die beruflichen Organisationen werden als die ordentlichen Vertreter der Interessen ihrer Mitglieder anerkannt.

4. Alle entgegenstehenden Anordnungen sind aufgehoben.

Mit Nr. 269 am 17. November erschien die „Karlsruher Zeitung“ zum erstenmal im neuen Gewande. Der Titel „Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden“ wurde in „Badischer Staatsanzeiger“ umgeändert und das seitherige Wappen weggelassen.

In der Nacht vom 17. zum 18. November siedelte die Großherzogliche Familie von Zwingenberg in das Gräflich Douglas'sche Schloß Langenstein (Amtsbezirk Stockach) über. Die Minister Dietrich, Haas, Marum und Trunk, sowie eine Schutztruppe von 8 Soldaten begleiteten den Sonderzug. Die Truppe blieb auch weiterhin zum Schutze der Herrschaften in Langenstein. Am 20. November begab sich Freiherr von Bodman dorthin und trug dem Großherzog die Gründe vor, aus denen der vorläufigen Regierung eine endgültige Abdankung des Fürsten notwendig schien. Der Großherzog entschloß sich unter dem Druck der Verhältnisse hierzu. Die Abdankungsurkunde, die am nächsten Tage veröffentlicht wurde, lautete wie folgt:

„An das badische Volk!

Wie ich am 16. November 1918 erklärt habe, will ich kein Hindernis sein derjenigen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes, welche die verfassungsgebende Versammlung beschließen wird. Nachdem mir nun bekannt geworden ist, daß viele Badener sich durch den Treueid, den sie als Beamte, Soldaten oder Staatsbürger geleistet haben, in ihrem Gewissen gehemmt fühlen, bei der Vorbereitung der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung sich so zu betätigen, wie sie es nach den tatsächlichen Verhältnissen und insbesondere nach der Lage im Reich für geboten erachten entbinde ich die Beamten, Soldaten und Staatsbürger ihres Treueides und verzichte auf den Thron. Diesen Verzicht erkläre ich mit Zustimmung meines Veters, des Prinzen Max von Baden, auch für ihn und seine Nachkommenschaft. Mein und meiner Vorfahren Leitstern war die Wohlfahrt des badischen Landes. Sie ist es auch bei diesem meinem letzten schweren Schritt. Meine und der Meinigen Liebe zu meinem Volke höret nimmer auf. Gott schütze mein liebes Badner Land!

Schloß Langenstein, den 22. November 1918.

Friedrich.“

Gleichzeitig mit dieser Veröffentlichung erließ die Regierung folgende Kundgebung:

„Die badische vorläufige Volksregierung erklärt: Großherzog Friedrich II. hat dem Thron entsagt. Er und seine Familie, ihre Freiheit, ihre Ehre, ihr Eigentum und ihr Leben genießen den Schutz der badischen Republik. Die Änderung der Staatsverfassung ist die Folge der weltpolitischen und gesamtdeutschen Entwicklung. Der Großherzog hat im Interesse des badischen Volkes die Folgerungen aus der von ihm persönlich nicht verschuldeten Lage gezogen. Das badische Volk anerkennt die Liebe zur badischen Heimat, die der Großherzog auch wieder in den Entschließungen der letzten Tage betätigt hat. Es gedenkt der Werke edler Menschlichkeit der Großherzogin-Mutter und der Verdienste des Prinzen Max um die Demokratisierung Deutschlands und um die Gedanken der Völkerverständigung. Eine neue Zeit ist angebrochen. Alle Badener rufen wir auf zur Mitarbeit am Volk für die Freiheit und das gleiche Recht. Vorwärts mit aller Kraft! Es lebe die Republik Baden!

Karlsruhe, den 22. November 1918.

Die vorläufige badische Volksregierung: Geiß, Ministerpräsident. Brümmer, Dietrich, Dr. Haas, Markloff, Marum, Rückert, Schwarz, Stockinger, Trunk, Dr. Wirth.“

In der Sitzung des Bürgerausschusses vom 26. November richtete Oberbürgermeister Siegrist an die Versammlung folgende Worte:

„Von den gewaltigen Ereignissen der letzten Zeit berührt keine unserer Stadt so nahe wie der Verzicht des Großherzogs auf seinen Thron und der Übergang von der Monarchie zum Freistaat. Es wäre der Residenzstadt nicht ganz würdig, wollten wir an diesem schicksalschweren Wendepunkt der Geschichte stillschweigend vorübergehen. Seit 200 Jahren ist Karlsruhe, gegründet durch einen badischen Fürsten, Wohnsitz des badischen Fürstenhauses gewesen. Zahlreiche freundliche Beziehungen haben sich in dieser Zeit zwischen dem Fürstenhaus und der Karlsruher Bürgerschaft entwickelt und oftmals haben wir feststellen können, daß Freud und Leid in Fürstenhaus und Bürgerschaft geteilt worden sind. Eine große Zahl von Stätten der Kunst, Wissenschaft und Bildung, eine große Zahl von Anstalten kultureller und sozialer Bedeutung sind in unserer Stadt entstanden zum Teil auf Anregung, zum Teil durch die Freigebigkeit des Fürstenhauses oder seiner Mitglieder. Wir wissen insbesondere auch, daß fürstliche Frauen, allen voran unsere ehrwürdige Großherzogin Luise, in hingebender Weise sich der Fürsorge für Arme, Kranke und Schwache gewidmet haben. Die Großherzöge Friedrich I. und Friedrich II. haben wir

persönlich gekannt als edle und großzügige Männer, die sich an Liebe zum Vaterland und deutschen Volk und Land von keinem haben übertreffen lassen. Das badische Fürstenhaus hat in seinem letzten Thronfolger dem deutschen Reiche den ersten demokratischen Reichskanzler gegeben, der in der kurzen Zeit seiner Amtsführung vielleicht die schwerste Aufgabe zu lösen hatte, die je einem deutschen Reichskanzler beschieden war. Unter all diesen Umständen will es manchem badischen Bürger und mancher badischen Frau nicht passend erscheinen, daß auch der badische Großherzog sein Szepter niederlegen mußte. Aber der Großherzog selbst hat erklärt, daß die Zeitslage dies erfordert, er hat erkannt, daß die Volksseele durch das Leid der langen Kriegszeit in ihren tiefsten Tiefen so aufgewühlt, daß sie es glaubte nicht mehr ertragen zu können, daß, wie bisher, einem einzigen Mann auf Grund der Geburt eine so große Zahl von Vorrechten und Machtbefugnissen zugeteilt war. Ich glaube, daß der Großherzog selbst diese Lage erkannt und daß er darauf den Entschluß gefaßt hat, der Krone zu entsagen. Die vornehme und würdige Art und Weise, wie er diesen Entschluß betätigt hat, wird ihm für alle Zeit zur Ehre und zum Lobe gereichen. Der Übergang von der Monarchie zum freien Volksstaat wird von den einen als Erfüllung lang gehegter Wünsche, von den anderen mit wehmütiger Entsagung betrachtet; ich glaube aber, daß wir alle diese Entsagung üben können nach dem Vorbild des Großherzogs. Jedenfalls können wir uns heute vereinigen mit dem Ausdruck der Dankbarkeit für alles, was das badische Fürstenhaus unserem Land und unserer Stadt Gutes getan hat, und können uns dem Wunsche anschließen, mit dem Großherzog Friedrich sich von seinem Volke verabschiedet hat: „Gott schütze unser badisches Heimatland!“

Am 18. November wurde bekannt gegeben, daß sich zur Wahrung und Vertretung der geistigen Arbeit der Rat der geistigen Arbeiter Karlsruhe gebildet habe. Der Rat setze sich mit den übrigen Räten geistiger Arbeit Badens in Verbindung und habe in den Arbeiter- und Soldatenrat einen Vertreter abgeordnet. Die Mitteilung trug folgende Unterschriften:

„Prof. Dr. Karl Baas (Verein Karlsruher Ärzte), Felix Baumbach (Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, Ortsgruppe Karlsruhe), Dr. E. Dietz (Karlsruher Anwaltsverein), Stadtschulrat Prof. Heinrich Dürr (Vertreter der Volksschulen), Dr. med. Alfons Fischer (Badische Gesellschaft für soziale Hygiene), Albert Herzog (Verein Karlsruher Presse), Stadtpfarrer Friedrich Hindenlang (Vertreter für die evangelische Geistlichkeit), Bankdirektor Robert Nikolai (Vertreter der Karlsruher Banken und Bankiers), Hofrat Prof. H. Ordenstein (Lehrkörper des Großh. Konservatoriums), Geh. Hofrat Prof. Dr. Adolf v. Wechselhaeuser (Lehrkörper der Techn. Hochschule), Dr. Karl Pfeiffer (Vertreter der Karlsruher Studentenschaft), Geh. Hofrat Edm. Rebmann (Vertreter der höheren Schulen), Stadtpfarrer Aug. Stumpf (Vertreter für die katholische Geistlichkeit), Architekt Wilhelm Vittali (Verein bildender Künstler).“

Als Vertreter wurde Chefredakteur Albert Herzog gewählt.

Eine Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Badens am 21. und 22. November in Mannheim erklärte sich als Vorparlament, setzte einen Landesausschuß aus 11 Vertretern ein und zwar aus den Landeskommissariaten Mannheim 4, Karlsruhe 3, Freiburg und Konstanz je 2. Aus seiner Mitte wählte der Landesausschuß einen engeren Ausschuß von 3 Mitgliedern, der, mit dem Sitz in Karlsruhe, in enger Fühlung mit der vorläufigen Regierung dergestalt seines Amtes zu walten habe, daß ohne seine Zustimmung keine grundlegende Handlung seitens der Regierung erfolgen dürfe. Den Dreier-Ausschuß bildeten Eduard Kluge-Pforzheim, Emil Maier-Heidelberg und Adam Kemmle-Mannheim. Eine Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Badens, vom Landesausschuß der Soldatenräte (Vorsitzender Weser, wie oben angeführt) auf den 25. nach Karlsruhe berufen, erklärte sich mit den Mannheimer Beschlüssen einverstanden. Nebeneinander tagten nun der frühere Landesausschuß der Soldatenräte (vertreten durch Weser) und unter Änderung des Titels die Landeszentrale der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte (Elfer- und Dreier-Ausschuß). Am 25. November trat die Landeszentrale in Fühlung mit der Regierung. Sie gab auch ein „Mitteilungsblatt für die Arbeiter-, Bauern- und Volksräte Badens“ heraus, das am 30. nochmals erschien. Das Blatt enthielt in der ersten Nummer „Richtlinien und Grundsätze für die Arbeiter-, Bauern- und Volksräte Badens.“

In der Sitzung vom 28. November sprach der Stadtrat sämtlichen Wehrmännern der Bürgerwehr für ihre Opferwilligkeit, mit der sie während der langen Kriegszeit den oft recht beschwerlichen Dienst freiwillig und zum Teil neben ihrer Berufsarbeit auf sich genommen hätten, namens der Karlsruher Einwohnerschaft herzlichen Dank aus, ebenso dem Kommandanten sowie den Kompagnieführern. Es wurde in Aussicht genommen, den Mitgliedern der Wehr, als Zeichen der Anerkennung für ihre Betätigung guten Bürgerfinns ein Gedenkblatt zu überreichen. — Nachdem die Volkswehr in Tätigkeit getreten ist, wurde die Bürgerwehr auf 1. Dezember aufgelöst. Rund 25 000 Mann haben seit August 1914 Wach- und Postendienst geleistet und zwar etwa $\frac{4}{5}$ davon Nachtdienst,

$\frac{1}{5}$ Tagesdienst. Die Höchstzahl der täglich zum Wachtdienst befohlenen Wehrmänner war 90, die Mindestzahl 9. Soweit es die Bewachung städtischer Einrichtungen zuließ, waren auch Einrichtungen des Roten Kreuzes usw. (Lazarette, Warenlager) bewacht worden. Die Mitgliederzahl der Wehr betrug bei ihrer Errichtung 849 und zuletzt noch 111, davon 92 tätige.

Am 30. November machte der Landesbauernrat der Regierung durch ein Schreiben Mitteilung von der über das ganze Land verbreiteten Bauernratsorganisation in Form von Bezirks- und Ortsbauernräten. Die Organisation erklärte sich dabei für gleichberechtigt mit den Organisationen der Arbeiter- und Soldatenräte und verlangten von der Regierung dieselbe Berücksichtigung und Mitwirkung bei der Ausübung der Regierungstätigkeit wie die Arbeiter- und Soldatenorganisationen.

Am 1. Dezember trat in ganz Deutschland der achtstündige Arbeitstag in Kraft. Hier hat der Stadtrat am 28. November beschlossen, daß die achtsündige Arbeitszeit, soweit sie bei den städtischen Ämtern und Betrieben nicht schon bestände, sobald als möglich eingeführt werden solle.

Am 2. Dezember fand hier eine Versammlung von Vertretern der Landwirtschaft aus den Bezirken Karlsruhe und Ettlingen statt. Nach einer Aussprache erfolgte die Wahl der Bezirksbauernräte für die beiden Bezirke, wobei Landtagsabgeordneter Neß-Eggenstein Vorsitzender der Räte des Bezirks Karlsruhe wurde.

Am 4. Dezember tagte hier unter dem Vorsitz von Ökononierat Saenger der Landesbauernrat. Zugewen waren außer den Mitgliedern die Vertreter nahezu sämtlicher Bezirksbauernräte Badens, zur Zeit über 50 mit mehreren 100 000 wahlberechtigten Stimmen. Volles Einverständnis ergab sich bei der Aussprache mit den 15 Programmpunkten des Rates nämlich: Notwendigkeit engen Zusammenschlusses aller wirtschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen des landwirtschaftlichen Berufsstandes, eigene geschlossene und selbständige Interessenvertretung, höchst mögliche Ausnützung aller Ödländereien, Vermehrung der bäuerlichen Wirtschaftsbetriebe, zweckmäßige Bodenverbesserung und Bodenbewirtschaftung, Intensivierung unserer Landwirtschaft, insbesondere der

Kleinwirtschaft, um die Existenzmöglichkeit auch des selbständigen kleinsten Bauern zu sichern, Anwendung der kaufmännischen und technischen Vorteile des Großbetriebs auf den Kleinbetrieb, Durchführung zweckmäßiger Flurvereinigung, rationelle Wirtschaftsweise, gründliche praktische und theoretische Ausbildung der Bauernsöhne auf geeigneten Lehrgütern, Hebung des sozialen Niveaus des Bauernstandes und seine politische Erziehung.

Die Zahl der Volkswehr Männer wurde, wie am 4. Dezember bekannt gegeben wurde, auf 1500 erhöht, da das Garnisonkommando zur Bewachung von militärischen Gebäuden auch Volkswehr Männer verlangte. Für den Eintritt in die Volkswehr wurden 20 Jahre als unterste Altersgrenze festgesetzt und beschlossen, Leute mit erheblichen Vorstrafen wegen Diebstahls, Sittlichkeitsverbrechen und dergl. nicht aufzunehmen. Das Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats, Kopp, wurde zum Kommandeur der Volkswehr, Dr. Kullmann zum juristischen Berater (Adjutanten) gewählt.

Der Vorstand des Volksrates Karlsruhe sprach sich mit 11:5 Stimmen für baldige Einberufung der deutschen Nationalversammlung aus.

In einer Versammlung der Beamten- und Lehrerschaft am 5. Dezember sprach der Vorsitzende des Beamten- und Lehrerverbandes, Oberrevisor Trautmann, über die Neuordnung und die Beamtenschaft. Abgeordneter Köhler sprach über die Lage der Beamten in Vergangenheit und in Zukunft. Seine Ausführungen gipfelten in den 4 Forderungen: Würdigung der Beamtenschaft im öffentlichen Leben, freiheitlicher und zeitgemäßer Ausbau des gesamten Beamtenrechts, Vertretung der Beamtenschaft in Beamtenausschüssen und Beamtenkammern, großzügige Neuordnung des Besoldungswesens.

Am 9. Dezember veröffentlichte der Stadtrat über die Volkswehr folgende Mitteilung:

Das Kommando der Volkswehr hat unterm 4. ds. Mts. auf Grund eines Beschlusses der Volkswehrversammlung vom gleichen Tage beim Stadtrat Karlsruhe den Antrag gestellt, für jeden Volkswehrmanu vom 1. Dezember an einen Zuschuß der Stadt in Höhe von 5 Mk. täglich zu den bisherigen Bezügen von täglich 10 Mk. zu leisten und zur Begründung dieses Anspruches auf das Beispiel der Städte Mannheim und Freiburg verwiesen.

Der Stadtrat vermag dem Antrag nicht zu entsprechen, vor allem weil die Forderung im Widerspruch mit der zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und dem Stadtrat unterm 14. v. Mts. getroffenen Vereinbarung steht, wonach die Tagesgelder für die ständigen Mannschaften der Volkswehr nach dem Vorschlag der Regierung auf 10 Mk. festgesetzt wurden und von der Staatskasse zu tragen sind. Ein höheres Tagesgeld (15 Mk.) wird nur in Mannheim (nicht in Freiburg) gewährt und zwar auch dort aus der Staatskasse. Der Volkswehr wird daher anheimgegeben, sich wegen der gewünschten Erhöhung der Tagesgelder an die vorläufige Volksregierung zu wenden.

In einer Versammlung der Volkswehr, die sich am 7. d. Mts. neuerlich mit der Frage des Zuschusses befaßt hat, ist zur Begründung der Forderung weiter u. a. angeführt worden, daß diese Vergütung als Ausgleich für die Einbußen an Lohn und Vermögen dienen solle, welche die Kriegsteilnehmer während des Feldzuges erlitten hätten.

Demgegenüber ist aber geltend zu machen, daß nicht nur die Volkswehr-männer, sondern auch alle andern Kriegsteilnehmer aus Arbeiter- und Bürgerkreisen (in hiesiger Stadt etwa 10 000) solche Einbußen erlitten haben. Es wäre daher ein großes Unrecht gegen die weit überwiegende Zahl, wollte man den Volkswehrern eine derartige Entschädigung zugestehen, die allen andern nicht zuteil wird. Für die Gewährung solcher Hilfe an die Kriegsteilnehmer müssen allgemeine Organisationen eintreten, wie sie z. B. in der Mittelstandshilfe schon bestehen. Sie kann nicht einseitig durch höhere Entlohnung der Volkswehrern ohne Unterschied geregelt werden.

Die Bewilligung des erbetenen Zuschusses von täglich 5 Mk. für jeden Wehrmann würde bei einem Mannschaftsstand von 1000 bis 1500 tägliche Ausgaben von 6000 bis 7000 Mk. verursachen, was einem monatlichen Aufwand von 180 000 bis 225 000 Mk. und einem Jahresaufwand von 2 160 000 bis 2 700 000 Mk. gleichkäme. Im übrigen scheint dem Stadtrat eine Tagesgebühr von 10 Mk. für achtsündigen Wachtdienst nicht unangemessen zu sein und dürfte den Vergleich mit den hier üblichen Löhnen für gelernte und ungelernte Arbeiter aushalten können.

Es ist zu hoffen, daß es dem nunmehr mit der Vermittlung betrauten Volksrat gelingt, eine alle Teile befriedigende Lösung zu erzielen.

Erfreulicherweise wiesen in der erwähnten Versammlung alle Redner das Gerücht, als planten Volkswehrern einen Putz oder einen Streif, mit Entrüstung als gänzlich unbegründet zurück. Auch an den Gerüchten, als seien Volkswehrern an Beraubungen beteiligt, ist glücklicherweise kein wahres Wort.

Die Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen wies unter dem 11. Dezember darauf hin, daß in der Anbringung roter Fahnen oder sonstiger Abzeichen, die mit einer roten Flagge verwechselt werden können, an den Eisenbahnwagen oder an den auf diesen verladenen Fahrzeugen eine Betriebsgefahr zu

erblicken sei. Das Ministerium erließ ein dementsprechendes Verbot.

In einer Vollversammlung des Volksrates Karlsruhe am 11. Dezember wurde der Arbeitslosenfürsorge besondere Aufmerksamkeit geschenkt und dabei gewünscht, daß, um die Zahl der Arbeitslosen zu verringern, auch in allen staatlichen Betrieben sofort der Achtfundentag einzuführen sei.

Mitte Dezember wurde hier bekannt gegeben, daß nach dem Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst aufgehoben sei.

Auf den Wunsch des Volksrates erklärte sich der Stadtrat vom 19. Dezember grundsätzlich bereit, Vertreter desselben in die städtischen Ausschüsse, insbesondere für Nahrungsmittelversorgung, Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsnachweis zu berufen. Auch dem Wunsche des Volksrates auf ein enges Zusammenarbeiten seines Lebensmittelausschusses mit dem städtischen Nahrungsmittelamt beschloß der Stadtrat entgegenzukommen.

Von den harten Bestimmungen des am 11. November beginnenden Waffenstillstandes berührten Karlsruhe unmittelbar folgende: Auf dem rechten Rheinufer wird eine neutrale Zone von 30 bis 40 km gezogen. Sie ist von deutschen Truppen in elf Tagen zu räumen. Die Kriegsgefangenen in Deutschland sind zurückzugeben, die gefangenen Deutschen bleiben bis zum Abschluß des endgültigen Friedens in Gefangenschaft. Die Blockade besteht weiter. Die Tiefe der neutralen Zone wurde nach einigen Tagen auf 18 km ermäßigt.

Die Grenzlinie der neutralen Zone zog östlich unserer Stadt, vor Durlach. In der Bürgerschaft vom 11. November machte der Oberbürgermeister bereits darauf aufmerksam, es sei damit zu rechnen, daß Karlsruhe in die neutrale Zone komme. Mit der Regierung und der Militärverwaltung habe er Verhandlungen eingeleitet, um für den Zeitpunkt, an dem unsere Truppen die Stadt verließen, Sicherheit zu schaffen. Nach dem Abzug der Truppen habe die Bürgerwehr ganz andere Aufgaben zu erfüllen als bisher. Über etwaige Einquartierung seien

seitens der Militärverwaltung noch keine Anordnungen getroffen, immerhin solle sich die Bürgerschaft auf Einquartierung vorbereiten. Endlich teilte der Oberbürgermeister mit, daß die Militärverwaltung zugesagt habe, für die Ernährung der heimkehrenden Truppen zu sorgen. Der Stadtrat hatte übrigens, wie aus der Sitzung vom 14. berichtet wurde, der Militärverwaltung vorläufig sämtliche Volksschulgebäude zur Verfügung gestellt, um die Unterbringung der durchziehenden Truppen in Massenquartieren zu ermöglichen.

Bereits am 14. November begann die Durchfahrt militärischer Lastautos, fast durchweg mit österreichischen Truppen besetzt, durch die Kaiserstraße in der Richtung Durlach—Pforzheim. Die Truppen wurden von dem Publikum lebhaft begrüßt.

Das Ministerium erließ am 16. in Angelegenheit der neutralen Zone folgende Anordnung:

„Nach Anordnung des Reichsdemobilisationsamtes verbleiben die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden in den von uns nach den Waffenstillstandsbedingungen militärisch zu räumenden Gebieten auf ihren Posten. Der Zivilbevölkerung ist schleunigst bekanntzugeben, daß das Verlassen des 10 km breiten Streifens östlich des Rheines verboten ist. Reisen sind nur gegen besondere Ausweisscheine gestattet. Ausgenommen ist nur der Arbeiter- und Berufsverkehr. . . . Eine umfangreiche Personenbeförderung würde den durch Rückführung der Truppen aufs äußerste in Anspruch genommenen Bahnen unmöglich sein und größte Ernährungsschwierigkeiten würden eintreten.“ . . .

Von der Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen wurde am 16. mitgeteilt, daß vom 17. November bis auf weiteres der gesamte Zivilpersonenverkehr bei allen Schnellzügen vorübergehend gesperrt würde. Auch der Personenzugverkehr müsse möglichst auf den Berufsverkehr eingeschränkt werden.

Am 16. November veröffentlichte die vorläufige Regierung in den Zeitungen folgende Begrüßung an die heimkehrenden Soldaten:

„An die badischen Soldaten!

Euch badischen Soldaten, die Ihr jetzt in das Vaterland zurückkehrt, unsern Gruß und Dank! Mit Euch gedenken wir in tiefer Wehmut der in heldenmütiger Aufopferung für das Vaterland gefallenen Kameraden. In dankbarem Mitgefühl grüßen wir ihre Hinterbliebenen.

Nicht besiegt und geschlagen kommt Ihr zurück. Gegen eine Welt von Feinden habt Ihr die Heimat verteidigt. Nie hat eine Armee Größeres geleistet. Nicht Ihr habt die harten Waffenstillstandsbedingungen verschuldet.

Das Reich wurde das Opfer des alten Systems; eine falsche Politik und der maßlose Übermut des Militarismus haben das Unglück verursacht.

Ihr Soldaten aber habt durch Eure Tapferkeit die Heimat vor dem Schlimmsten, vor den Verwüstungen des Krieges bewahrt. Spätere Jahrhunderte werden noch von Eurem Ruhme sprechen.

Soldaten! Ihr werdet jetzt Bürger in einem freien Staat. Eure Arbeit im Frieden sei gesegnet! Der Fleiß und die Tüchtigkeit des badischen Volkes, dessen bester Teil Ihr seid, verbürgt uns eine gute Zukunft."

Am 17. veröffentlichte der Stadtrat gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat folgenden Aufruf:

„Danf den heimkehrenden Truppen.

In diesen Tagen kehren die Truppen, die Söhne unserer Stadt, in ihre Heimat zurück. In jahrelangem, heldenmütigem Kampfe unter Opfer, Entbehrungen und Anstrengungen, die unvergleichlich weit über das hinausgehen, was die Daheimgebliebenen zu tragen hatten, haben sie die Schrecken des Krieges von unserem Land und damit von unserer Stadt ferngehalten. Wer wird ihnen nicht dafür aus tiefstem Herzen unauflöslichen Dank für alle Zeiten bewahren! Als erstes äußeres Zeichen dieser Gesinnung soll unsere Stadt zum Empfang unserer heimkehrenden Truppen ein festliches Kleid anlegen. Darum befragt unverzüglich die Häuser und schmückt die Stadt nach besten Kräften."

Seit dem 17. nahmen die Durchzüge zurückkehrender Truppen größeren Umfang an. Immer neue Gruppen von Kavalleristen, Kraftfahrern und Mannschaften mit Bagagewagen zogen vom Rheinufer über die Kaiser-Allee und Kaiser-Straße ein, alle mit Tannenzweigen und Blumen geschmückt. Auch mit Fähnchen in deutschen und badischen Farben zierte man die Soldaten. Mit der Eisenbahn kamen gleichfalls in diesen Tagen zahlreiche Truppen an. Das Ersatzbataillon des Grenadierregiments war schon am 16. hier eingetroffen.

Am Sonntag, den 17., wurde in den katholischen Kirchen ein Hirtenschreiben des Erzbischofs verlesen, das auf die schweren Waffenstillstandsbedingungen hinwies und mahnte, nicht den Mut zu verlieren. Jeder solle seine Pflicht erfüllen. Es sei eine Pflicht der Gerechtigkeit, allen Soldaten, die zum Schutz des Vaterlandes Blut und Leben eingesetzt hätten, aus innigstem Herzen zu danken. — Auch der Evangelische Oberkirchenrat hat einen Erlaß zur Verkündigung von der Kanzel herausgegeben, in denen die jüngsten Vorgänge in Deutschland besprochen und dann

u. a. gesagt wurde: Jeder sei an seinem Platz, unermüdlich in schlichter Erfüllung seiner Pflicht.

Nach dem oben erwähnten Aufruf über den Empfang der Karlsruher Krieger begann die Stadt flaggenschnuck anzulegen. Schüler der Goetheschule rüsteten sich, den Bahnhof zu schmücken. Seit dem 19. trugen auch die Wagen der Straßenbahn Fahnenwimpel. Die Stadt trug in dieser ganzen und in der folgenden Woche festtschnuck. Als sich am 18. das Gerücht verbreitete, daß die Leibgrenadiere am Abend hier eintreffen würden, rüsteten sich Tausende, um den Heimkehrenden einen würdigen Empfang zu bereiten. Geduldig warteten die Leute bis in die Nacht hinein, doch das Gerücht erwies sich als falsch. Am Nachmittag des 23. erst traf das 1. und 2. Bataillon des Regiments hier ein. Da waren gegen 5 Uhr die Einzugsstraßen von Menschenmassen dicht umsäumt. Mit jubelnden Zurufen wurden die Truppen begrüßt, mit Blumen geschmückt, Liebesgaben aller Art ihnen entgegengebracht. Vom Rangierbahnhof zogen sie unter Vorantritt einer Musikkapelle in einem wahren Triumphzug zur Kaserne. — Das 3. Bataillon der Leibgrenadiere traf später, am Vormittag des 24., hier ein, und zwar die ersten Kolonnen bereits um 3 Uhr. Einige Stunden später kam eine zweite; sie wurde wie die vorige von der Musikkapelle abgeholt und trotz der frühen Stunde zahlreich begrüßt. Da inzwischen auch die Maschinengewehr-Kompagnie des Regiments in der alten Garnison eingetroffen war, waren alle Teile des Grenadier-Regiments 109 wieder in der Heimat.

Am 25. November richtete der stellvertretende kommandierende General Isbert und das Ministerium für militärische Angelegenheiten an die zurückkehrenden Soldaten folgenden Willkommengruß:

„Den heimkehrenden Feldtruppen zum Gruß!

Über 4 Jahre habt Ihr in heldenmütigem Ringen die Heimat beschirmt. Unvergänglich werden Eure Taten in der Geschichte fortleben. Bei der Rückkehr in die Heimat entbietet Euch das freie deutsche Vaterland herzlichen Willkommengruß und innigsten Dank! Auch in der Heimat werden wieder große und schwierige Aufgaben an Euch herantreten. Es gilt, unser staatliches und wirtschaftliches Leben neu aufzubauen, um möglichst rasch zur geordneten Friedenswirtschaft zu gelangen. Voraussetzung hierfür ist eine geregelte Demobilmachung. Fügt Euch darum willig den hierüber ergangenen Anordnungen. Keiner verlasse etwa eigenmächtig seinen Platz, jeder warte,

bis er ordnungsmäßig entlassen wird. Ihr dürft überzeugt sein, daß die Entlassungen so rasch als irgend möglich durchgeführt werden. Was unserem Vaterland jetzt in erster Linie nützt, ist Ruhe und Ordnung. Die Heimat rechnet darauf, daß die heimgekehrten Truppen an diesen Fundamenten dieses staatlichen Lebens nicht rütteln. Nur dann werden die Feinde mit uns Frieden schließen, nur dann wird es möglich sein, schwere Schäden zu heilen, die der Krieg unserem Vaterland und unserem Volk geschlagen.“

Auch die Tageszeitungen widmeten den heimkehrenden Truppen in kürzeren oder längeren Artikeln Willkommengrüße; an begrüßenden Einsendungen in gebundener Rede fehlte es ebenfalls nicht.

Der feierliche Empfang des Leibgrenadier-Regiments Nr. 109 und einer Abteilung des Feldartillerie-Regiments Nr. 14 fand am Vormittag des 27. November statt. Lange vor $\frac{1}{2}$ 11 Uhr stand eine zahllose Menge dicht gedrängt in den festlich geschmückten Straßen, durch die die Truppen bei ihrem Einmarsch vom Bahnhof her ziehen sollten. Vom Bahnhof marschierten sie durch die Ettlinger- und Karlfriedrich-Straße nach dem Marktplatz. Auf der Rathhaustreppe hatten sich aufgestellt: Der Oberbürgermeister mit den Bürgermeistern, Stadträte und Stadtverordnete; Staatspräsident Geiß und andere Minister; der stellvertr. kommandierende General Isbert; vor ihnen Abgeordnete des Leibgrenadier-Vereins und des Artilleriebundes St. Barbara. Gegen $\frac{1}{2}$ 11 Uhr kündeten Paukenschläge die Ankunft der Krieger an. Als dann die Musikkapelle des Regiments etwa am Bezirksamt erschien, da brach ein brausender Jubelruf aus. Geschmückt mit Blumen und Reisern, mit Fähnchen in badischen Farben zogen die lang Erwarteten ein. Die Tücher flatterten, Blumen regnete es in Fülle. Nachdem sich die berittenen Offiziere des Regiments, an ihrer Spitze ihr Kommandeur, Oberstleutnant Frhr. v. Forstner, gegenüber der Rathhaustreppe aufgestellt hatten, trat Oberbürgermeister Siegrist vor und hielt folgende Ansprache:

„Hochverehrte Herren Kommandeure! Liebe Grenadiere und Kanoniere! Namens der Stadt Karlsruhe und deren gesamten Einwohnerschaft entbiete ich Ihnen bei Ihrer Rückkehr aus dem Feindeslande den herzlichsten und wärmsten Willkommengruß! Vor über 51 Monaten sind auch die Karlsruher Regimenter hinausgezogen, um den im deutschen Lande eingedrungenen Feind über die Grenzen zurückzuwerfen. Seitdem habt Ihr in unzähligen beispiellosen Kämpfe gleich kühn und tapfer im Angriff, wie zäh und unüber-

wiindlich in der Verteidigung die übermächtigen Feinde von den Gefilden und Stätten Eurer geliebten Heimat ferngehalten und trotz aller Not, Entbehrung und Todesgefahr unbezwungen Stand gehalten, bis höhere Mächte den Waffen Ruhe geboten. Für diese ewig ruhmestwürdigen Taten sagen wir Euch heute tiegbewegt unsern heißen, nie erlöschenden Dank! Dieser Dank gilt im gleichen Maße auch all den vielen, die heute in Eueren Reihen fehlen, den gefallenen Helden, die in der kühlen Erde ruhen, wie den andern, die noch in Gefangenschaft schmachten oder die krank oder verstümmelt die Waffen nicht mehr führen können. Und unser heißer Dank gilt in gleicher Weise den Mannschaften wie den Offizieren und Kommandeuren. So oft ich ein Regiment zu seinen glänzenden Erfolgen beglückwünschen durfte, immer hat mir der Kommandeur erwidert, daß diese Erfolge nur den über alles Lob erhabenen Leistungen seiner braven Leute zu verdanken seien.

Wie lange schon haben wir Karlsruher den Tag des Wiedersehens mit den geliebten Regimentern herbeigesehnt, in deren Reihen so viel Söhne unserer Stadt kämpften und bluteten! Nun er da ist, wir Euch tiefbewegt vor uns stehen sehen, Ihr tapferen Beschirmer Eurer Heimat, nun grüßen wir Euch aus dankerfülltem Herzen! Seid uns willkommen, herzlich willkommen in Karlsruhe!

Meine Mitbürger bitte ich, mit mir unserer Dankbarkeit und Wiedersehensfreude begeisterten Ausdruck zu verleihen mit dem Rufe: Das 1. Badische Leibgrenadier-Regiment Nr. 109 und das 1. Badische Feldartillerie-Regiment Nr. 14 und ihre verehrten Kommandeure leben hoch!"

Mit jubelnder Begeisterung, unter Tücher- und Hüteschwenken, stimmte die Menge in das Hoch ein. Oberstleutnant v. Forstner erwiderte mit folgenden Worten:

"Herr Oberbürgermeister! Im Namen der hier versammelten Truppen, Infanterie und Artillerie, danke ich herzlichst für den schönen Empfang der Stadt Karlsruhe und die freundlichen Worte, die Sie an uns gerichtet haben. In treuester Waffenbrüderschaft haben die zwei Regimenter mit vielen Karlsruher Söhnen in ihren Reihen in den ernstesten Kämpfen gestanden und verhindert, daß der Feind ins Land eintrat. Das ist uns gelungen. Stolz und erhobenen Hauptes marschieren wir heute in die alte Garnisonsstadt zurück. Von Herzen wünschen wir, daß die guten Beziehungen, die vor unserem Ausmarsch stets geherrscht haben zwischen Garnison und Bürgerschaft, auch unter den neuen veränderten Verhältnissen bestehen mögen, wenn wir nach Friedensschluß zurückkehren. Zur Bekräftigung dieses Wunsches bitte ich einzustimmen in den Ruf: Unsere schöne Garnisonsstadt Karlsruhe, hurra!"

Diesen Wunsch bekräftigten die Truppen wie die Bürgerschaft mit einem begeisterten dreimaligen Hurra.

Nachdem auch der Führer der Artillerie-Abteilung, Major von Poser, dem Oberbürgermeister seinen Dank ausgesprochen



Stadtrechtsrat Ludwig Becker

Phot. Gebr. Hirsch

hatte, zogen die Truppen weiter, die Grenadiere westwärts, die Kanoniere ostwärts der Kaiser-Straße, nach den Kasernen. — Der Kommandeur des Grenadier-Regiments sprach dem Stadtrat nochmals schriftlich am 18. seinen Dank aus „für den schönen Empfang des Regiments und für die Überweisung von 1000 Eiter von den hiesigen Brauereien gestifteten Bieres“.

Sonntag, den 1. Dezember, entbot der Stadtteil Beierthheim den heingekehrten Kriegern einen feierlichen Willkommengruß. Um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr fand Gottesdienst für beide Bekenntnisse statt. Darnach marschierten die Truppen unter den Klängen der Musik durch die festlich geschmückten Straßen des Stadtteils, überall freudig begrüßt. Hiernach fand Unterhaltung mit Gesang und Musik statt.

Auch der Empfang des 3. Badischen Feldartillerie-Regiments Nr. 50 am 6. Dezember gestaltete sich zu einer feierlichen Dankkundgebung der Karlsruher Bürgerschaft. Die festlich geschmückten Straßen, durch die das Regiment zog, waren wieder dicht umfüllt vom Publikum, das die 50er jubelnd begrüßte. Am Durlachertor überreichten Vorstandsmitglieder des Artillerie-bundes St. Barbara dem Regimentskommandeur, Oberstleutnant von Jastrow, einen Silberkranz. Auf der Rathhaustreppe hatten sich außer den Vertretern der Stadt der kommandierende General des aktiven 14. Armee-Korps, Generalleutnant von Gontard mit seinem Stab eingefunden. Kurz vor $\frac{1}{2}$ 12 Uhr kam das Regiment, dessen Offiziere, Mannschaften, Pferde und Geräte mit Blumen reich geschmückt waren, von der Kriegs-Straße her mit klingendem Spiel angerückt. Nachdem sich die berittenen Offiziere vor dem Haupteingang des Rathauses aufgestellt und ein großer Teil der Geschütze auf dem freien Platze zwischen Rathaus und Stadtkirche aufgefahen war, richtete Oberbürgermeister Siegrist von der Rathhaustreppe folgende Begrüßungsansprache an das Regiment:

„Hochverehrter Herr Kommandeur, liebe Kanoniere!

Abermals hat heute die Karlsruher Bürgerschaft die Ehre und Freude, eines ihrer lieben Garnison-Regimenter bei seiner Rückkehr aus Feindesland in ihren Mauern wiederzusehen und herzlichst zu begrüßen. Mit höchster Bewunderung gedenken wir dabei der zahllosen blutigen Kämpfe, die das Regiment in den 50 Monaten des mörderischsten aller Kriege siegreich und ruhmvoll bestanden, aller Leiden und Entbehrungen, die es in opferfreudiger Hingebung für das deutsche Vaterland auf sich genommen hat. Erfüllt von

innigster, unauslöschlicher Dankbarkeit stehen wir vor den tapferen Männern deren standhaftem Heldenmut wir die Verschonung der Heimat vor feindlichem Einfall und Verwüstung zu verdanken haben, denen wir es mitzuverdanken haben, daß auch unsere Stadt im ganzen unverfehrt den langen Krieg überdauert hat. Unsere Dankbarkeit gilt ohne Unterschied allen Offizieren und Mannschaften, die in den Reihen des Regiments gekämpft und geblutet haben, darunter auch so viele Söhne unserer Stadt; sie gilt aber vor allem auch den toten Helden, die ihr Leben auf dem Felde der Ehre gelassen haben und allen jenen, die verstümmelt, siech oder gefangen heute in den Reihen des Regiments fehlen. Es soll unsere hohe Ehrenpflicht sein, ihnen und Euch unsere unvergängliche Dankbarkeit auch durch die Tat, nicht bloß mit Worten zu bekunden!

Euch aber, die Ihr das Glück habt, die so treu beschirmte Heimat heil und gesund wieder zu schauen, Euch gilt heute unser freudiger Willkommengruß!

Ich bitte meine Mitbürger, den heimkehrenden Kriegern den dankbaren Gruß der Stadt Karlsruhe mit mir zum Ausdruck zu bringen in dem begeisterten Zuruf: Das badische feldartillerie-Regiment Nr. 50, seine tapferen Offiziere, Unteroffiziere und Kanoniere leben hoch!"

Begeistert stimmte die Volksmenge in das Hoch ein. Nach Verklingen des Musikfufches ergriff Generalleutnant von Gontard das Wort zu folgender Ansprache:

„Vor wenigen Tagen erst mit dem Generalkommando in Karlsruhe eingerückt, drängt es mich als kommandierender General des aktiven 14. Armeekorps, Ihnen für den herzlichen, fröhlichen und patriotischen Empfang, den Sie allen badischen Truppen, die in Karlsruhe eintrafen oder durch Karlsruhe gezogen sind, bereitet haben, tiefgefühlsten Dank auszusprechen. Wahrlich, sie haben es um das Vaterland, um das badische Land und um die Stadt Karlsruhe verdient. Ich hoffe zuversichtlich, daß die guten Beziehungen, die vor dem Kriege zwischen der Stadt und der Garnison stets gewaltet haben, auch im Frieden aufrecht erhalten bleiben.

Kameraden vom bad. feldartillerie-Regiment Nr. 50! Ich habe die Freude und Ehre, Euch in der alten Garnison von ganzem Herzen zu begrüßen. Als General des 14. Armeekorps trete ich Euch zum erstenmale gegenüber. Habe ich doch im Kriege nicht die Ehre gehabt, Euch unter meinem Kommando zu haben. Trotzdem seid Ihr mir nicht fremd. Denn Euer Kriegeruhm ist auch zu mir gedrungen. Ich weiß, daß Ihr auf vielen Kampfplätzen gestanden, was Ihr geleistet, geduldet und gelitten habt. Seid deshalb von Herzen hier auf badischem Boden in Eurer Garnison begrüßt.

Jetzt handelt es sich für Euch, auf Eurem Ruhm weiterzubauen und treue Friedensarbeit zu verrichten. Das ist nur möglich auf dem Boden des gegenseitigen Vertrauens, das uns umfassen hat, Offiziere und Mannschaften. Erhaltet Euch die treue Blutbrüderschaft und Kameradschaft und verpflanzt sie auf Eure jungen Kameraden, auf Eure Nachkommen, die dermaleinst auch

zum bad. Feldartillerie-Regiment Nr. 50 kommen werden. Leistet weiter gute Arbeit, seid pflichttreu, dienstfertig, fleißig, auch wenn Euch niemand sieht, ohne Kontrolle. Das ist das alte deutsche Pflichtbewußtsein. Arbeitet weiter zum Heile Eures badischen Vaterlandes und des ganzen Deutschen Reiches."

Oberstleutnant von Zastrow dankte den beiden Rednern namens des Regiments für den herzlichen Empfang. Dann setzte sich die Kapelle wieder an die Spitze des Regiments und unter frischen Märschen zogen die 50er durch die Stadt hindurch nach ihrem vorläufigen Garnisonsort Weingarten.

Beim Abbrücken des Regiments wurden jeder Abteilung seitens der Stadt Liebesgaben in Form von Zigarren überreicht.

Außer dem oben erwähnten Dankschreiben erhielt der Oberbürgermeister noch folgende Danksaugungen: Am 17. November dankte die Jagdgruppe „Kalen“ telegraphisch „für den freundlichen Empfang, der ihr bei ihrem Durchmarsch durch die Stadt bereitet worden“ sei. — Ein Telegramm vom 22. lautete: „für den überaus herzlichen Empfang bei der Rückkehr von der Front durch die Bevölkerung von Karlsruhe bitten wir, dieser unseren Dank zu sagen. Fußart.-Batterie 450: Eggert, Leutnant und Batterieführer. Artillerie-Kraftzugwerk 9: Zeck, Leutnant und Kolonnenführer“. — In einem Telegramm vom 25. hieß es: „Den Bewohnern von Dargland für den herzlichen Empfang und die aufopferungsvolle Gastlichkeit unseren herzlichen Dank! Es war uns nach mehr als 4 Jahre langen Kämpfen, Strapazen und Entbehrungen der erste uns so wohlthuende Willkommengruß der alten deutschen Heimat, der uns unvergesslich sein wird. Das II. Bataillon Sächs. Inf.-Regts. Nr. 179.“ — In einem Telegramm aus Hüglingen sprach das Offiziercorps des Bayerischen Landwehr-Inf.-Regts. Nr. 10 und der Soldatenrat des Regiments „der Einwohnerschaft von Karlsruhe für den herzlichen Empfang, sowie die reichlichen Spenden von Blumen und Liebesgaben den innigsten Dank aus.“ — Am 9. Dezember wurde veröffentlicht, daß dem Stadtrat von sächsischen Truppen ein Schreiben zugegangen sei, in dem diese der Einwohnerschaft von Karlsruhe „innigsten Dank“ und herzlichstes „Vergelts Gott“ sagen „für den begeisterten Empfang, der den Sachsen bei ihrem Durchmarsch durch die badische Landeshauptstadt bereitet worden“ sei. — Ferner habe „die II. Abteilung

des Feldart.-Regts. Nr. 14 dem Stadtrat den wärmsten Dank ausgesprochen für die gespendeten Liebesgaben". — Dem Oberbürgermeister ging, wie im Dezember veröffentlicht wurde, von dem Feldwebel der 1. Komp. Bayer. Landw.-Inf.-Regts. Nr. 2 ein längeres Schreiben zu, „in dem der Feldwebel namens der Kompagnie der Bürger- und Einwohnerschaft der Stadt Karlsruhe Dank aussprach für die überaus herzliche Aufnahme, die die Kompagnie bei ihrem Durchmarsch am 23. November in Karlsruhe gefunden hat." In dem Schreiben wurde noch besonders hervorgehoben, „daß die bayerischen Soldaten nicht nur bei diesem Anlaß, sondern bei allen Gelegenheiten (Urlaubsfahrten, Lazarettaufenthalten usw.) die ausnehmend herzliche Freundlichkeit der Badener den Soldaten gegenüber besonders wohlthuend empfunden haben."

Am 16. November erließ das Bürgermeisteramt über Hergabe entbehrlicher Kleidungs- und Wäschestücke folgende Bekanntmachung:

„Die Versorgung der heimkehrenden Krieger mit Kleidungsstücken und Wäsche nimmt infolge der schnellen Demobilisierung einen weit größeren Umfang an, als anfänglich zu erwarten war. Wenn auch alle zur Verfügung stehenden Mengen jetzt herangezogen werden, so genügt dies doch nicht, um den Bedarf zu decken. Wir richten daher an alle, die dazu in der Lage sind, die Bitte, durch Ablieferung getragener Kleidungs- oder Wäschestücke (vor allem Hemden) die Versorgung dieser Männer zu unterstützen. Auf Antrag wird für die abgelieferten Gegenstände angemessene Vergütung gewährt."

Am 27. November ließ der Stadtrat veröffentlichen, daß namens der Stadt Liebesgaben den aus dem Felde zurückkehrenden, in Karlsruhe wohnhaften und nach Karlsruhe entlassenen Kriegern überreicht wurden. Schon vor dieser Bekanntmachung waren beim Stadtrat verschiedene Spenden für die heimkehrenden Truppen eingelaufen, andere erfolgten nach derselben. Von größeren Gebern führen wir an: Prinz Max spendete 3000 Mk., Ungenannt 1000 Mk., Bankhaus Veit & Homburger 1000 Mk. Zigarren spendeten: Gebrüder Weill in Graben 5000, Rauchtabakfabrik E. Maier hier 3000, Zigarrenfabrik W. Kiegger & Cie. 10000, Zigarrenfabrik Knippenberg & Einden 5000, Zigarrengroßhandlung Hermann Meyle 1000 Zigarren und 2000 Zigaretten. Aus der Stadtratsitzung vom 19. Dezember wurde mitgeteilt, daß an die

entlassenen Krieger bis dahin insgesamt 10644 Päckchen im Werte von durchschnittlich 6 Mk. ausgegeben seien. Die Päckchen enthielten neben Rauchwaren allerlei sonstige Gaben (Tabakspfeifen, Taschenmesser, Haarbürsten, Zahnbürsten, Rasierapparate, Hosenträger, Briefpapier, Notizbücher, Lesestoff und dergl.). Die Durchführung dieses Liebeswerkes wäre dadurch möglich gewesen, daß der Landesverein vom Roten Kreuz der Stadt sehr erhebliche Mengen von Gaben aller Art für diesen Zweck überlassen habe. Der Stadtrat dankte dem Gesamtvorstand des Roten Kreuzes für diese Unterstützung des Unternehmens. Er dankte ferner dem Volksschulrektorat und den zahlreichen Lehrerinnen, die bei der Anfertigung und Ausgabe der Päckchen bereitwillig und eifrig mitgearbeitet hätten.

Am 28. November beschloß der Stadtrat, daß bedürftige Hinterbliebene gefallener Krieger auch in diesem Jahre Weihnachtsgaben aus Mitteln städtischer Kriegsfürsorge erhalten sollen. Die unter der Leitung des Stadtrats Dr. Binz namens des Stadtrats veranstaltete Sammlung von Geldgaben ergab im ganzen 3185 Mk.

Am 30. November veröffentlichte der Landesverband vom Roten Kreuz und das Ministerium für militärische Angelegenheiten folgenden Aufruf:

„Unsere im September begonnene Sammlung von Liebesgaben für unsere tapferen Truppen wird weitergeführt. Im Einvernehmen mit dem Ministerium für militärische Angelegenheiten ist beschlossen worden, die Verteilung auf Weihnachten derart vorzunehmen, daß die entlassenen Angehörigen des Korpsbereichs des 14. Armeekorps diese beim zuständigen Bezirks-(Orts-) Ausschuß vom Roten Kreuz, die unter den Waffen stehenden Truppen dagegen durch Vermittlung ihrer Truppenteile erhalten. Einem Wunsche des Ministeriums für militärische Angelegenheiten entsprechend, werden auch die in der neutralen Zone befindlichen Sicherheitstruppen Weihnachtsgaben erhalten. Damit wir allen diesen Anforderungen in reichem Maße gerecht werden können, bitten wir, uns mit Gaben und Geldmitteln tatkräftig unterstützen zu wollen, um unseren hochverdienten badischen Truppen ein frohes Weihnachtsfest bereiten zu können.“

An die Organisationen des Roten Kreuzes in Baden übersandte der Landesverein, wie am Schluß des Jahres veröffentlicht wurde, zur Abgabe an die zur Entlassung kommenden Mannschaften 33450 Pakete im Gesamtwert von 267500 Mk. Diese Sendungen ergänzten die von den Orts- und Bezirksausschüssen des Roten Kreuzes aus eigenen Mitteln bereitgestellten Gaben.

Die Versorgung der badischen Garnisonen mit Weihnachtsgaben erforderte einen Aufwand von 270 000 Mf. Insgesamt hat der Badische Landesverein 1918 etwa 630 000 Mf. zu Weihnachtsgaben verwendet, gegen 350 000 Mf. im Vorjahre.

Am 21. November veröffentlichte der Stadtrat die Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Karlsruhe. Sie umfaßten 15 Paragraphen. Wir führen daraus folgende Sätze an:

Die Fürsorge tritt für solche Erwerbslose ein, die in Karlsruhe wohnhaft sind, oder, soweit es sich um Kriegsteilnehmer handelt, vor ihrer Einziehung zum Heere in Karlsruhe gewohnt haben. Die Fürsorge wird nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 14 Jahre alten Personen gewährt, die sich infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden. Von der Fürsorge sind solche Erwerbslose ausgeschlossen, die nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen ihre letzte Arbeitsstelle durch eigenes Verschulden verloren haben, oder infolge von Krankheit, Unfall oder Invalidität voll arbeitsunfähig im Sinne der R.V.O. sind. Die Fürsorge gewährt, falls keine Arbeit, auch keine Notstandsarbeit vermittelt werden kann, Geldunterstützungen, Krankenfürsorge.

Das Tagegeld gewährt:	täglich	bei wöchentl. Bezug für die Woche	bei halbmonatl. Bezug für den halben Monat
	Mf.	Mf.	Mf.
a) für eine ledige Person über 21 Jahren oder alleinstehen- den Witwer	5.40	37.80	81 —
b) für eine ledige Person von 16 bis zu 21 Jahren	4.80	33.60	72. —
c) für Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren	3. —	21. —	45. —
d) für ein Ehepaar ohne Kinder	6.40	44.80	96. —
e) für jedes Kind unter 15 Jahren, zu dessen Unterhalt der Erwerbslose verpflichtet ist, und das nicht selbst zum Bezug der Erwerbslosen- unterstützung berechtigt ist	1. —	7. —	15 —

Das Tagegeld darf jedoch insgesamt nicht mehr als 70 % des letzten täglichen Arbeitsverdienstes betragen. Es ist zur Bestreitung des gesamten Lebensunterhalts einschließlich der Miete bestimmt. Unledige Personen kann in geeigneten Fällen an Stelle des Tagegeldes Unterstützung durch Sachleistungen (auch unmittelbare Mietzahlung an den Hauseigentümer) gewährt werden.

Am 25. November erließ der Stadtrat aufgrund der Ermächtigung des Ministeriums Anordnungen zum Schutz der Mieter und über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. Darnach wurde u. a. bestimmt: Die Vermieter von Wohnungen haben dem städtischen Wohnungsamt unverzüglich Anzeige zu erstatten, wenn bei der Vermietung ein höherer Mietzins als bisher angesetzt ist. Das Antragsrecht der Gemeinde auf Herabsetzung des Mietzinses wurde dem städtischen Wohnungsamt und die Entscheidung über den Antrag dem städtischen Einigungsamt übertragen. Ferner wurde bestimmt: Wer Gebäude oder Teile von Gebäude abbrechen, Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnungszwecken bestimmt oder benutzt waren, zu anderen Zwecken verwenden will, hat die Zustimmung des Wohnungsamtes einzuholen. Sobald eine Wohnung, oder Fabrikräume, oder sonstige Räume unbenutzt sind, hat der Verfügungsberechtigte dem Wohnungsamt unverzüglich Anzeige zu erstatten. Hat das Wohnungsamt dem Verfügungsberechtigten für eine unbenutzte Wohnung oder für andere unbenutzte Räume, die zu Wohnungszwecken geeignet sind, einen Wohnungsuchenden bezeichnet und kommt zwischen ihnen ein Mietvertrag nicht zustande, so setzt auf Anrufen des Wohnungsamtes das Einigungsamt den Mietvertrag fest. Auf Anforderungen des Wohnungsamts hat der Verfügungsberechtigte der Gemeinde unbenutzte Räume zur Herichtung als Wohnräume gegen Vergütung zu überlassen. Die Errichtung des städtischen Wohnungsamts war auf Antrag des Stadtrats vom Bürgerausschuß am 11. November 1918 genehmigt worden.

Am 27. November erließ der Stadtrat folgende Bekanntmachung:

„Da in der Stadt nur noch sehr wenige Wohnungen leer stehen, muß damit gerechnet werden, daß unsere aus dem Feld zurückkehrenden Mitbürger keine Wohnung finden. Durch den Bau von Wohnungsbaracken kann dem

Wohnungsbedarf nur zum Teil genügt werden. Es ist daher ein dringendes Gebot der Stunde, daß, soweit irgend möglich, entbehrliche Räume (auch einzelne Zimmer) in vorhandenen Wohnungen an Dritte vermietet werden. Wir haben daher angeordnet, daß in den nächsten Tagen in jedem einzelnen Hause festgestellt werde, ob und welche Räume unter Berücksichtigung aller Verhältnisse zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden könnten.“

In einer Versammlung der Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer am 27. November erläuterte der Gauvorsitzende des Reichsbundes die Forderungen der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer an die Gesetzgebung und Allgemeinheit. Die anwesenden Minister Brümmer und Trunk erklärten, die vorgetragenen Forderungen seien durchaus gerecht, sie würden von der Regierung gebilligt, auch soweit und sobald als möglich erfüllt werden.

Ende November begann die Reichsbekleidungsstelle mit größerem Abbau des Bezugsscheinverfahrens. Scheuertücher, Manschetten, Taschentücher, Korsetten, Schlafröcke für Männer, leinene Sticker- und Spitzenstoffe, alle Tülle, Spielwaren, Kragen, Handschuhe und andere Gegenstände ähnlicher Art wurden von dem Bezugsscheinverfahren befreit. Außerdem wurden für die Zeit bis 8. Januar 1919 für jede weibliche Person zwei Bezugsscheine für Frauen- und Mädchen-Oberkleidung auf Antrag erteilt, ferner während derselben Zeit für jede männliche Person auf Antrag ein Bezugsschein auf einen Männer- oder Knaben-Wintermantel.

Am 1. Dezember besetzten Franzosen aufgrund der Waffenstillstandsbedingungen die Rheinbrücke bei Magau. Der Eisenbahnverkehr über die Brücke wurde vorläufig gesperrt, auch der übrige Verkehr über dieselbe einstweilen unterbunden; nur die zahlreichen Kraftwagen, die den Gegnern auszuliefern sind, fuhren über die Brücke.

Am 2. Dezember rückte ein Teil des Karlsruher Dragoner-Regiments hier ein. Mit flatternden Lanzenfahnen zogen die Leib-Dragoner durch die Kaiser-Straße zur Kaserne.

Am 3. Dezember erließ die Landeszentrale der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte eine Veröffentlichung, wonach im Gebiet der neutralen Zone Soldatenräte nicht fortbestehen dürfen, aber auch sonst nur in Garnisonen innerhalb der Truppenteile gebildet werden sollen.

Am 4. Dezember hob das Bezirksamt sämtliche zum Schutz gegen fliegerangriffe getroffenen Anordnungen auf.

Am 6. Dezember machte der Landeskommissär für die Kreise Karlsruhe und Baden bekannt, daß für die wirtschaftliche Demobilmachung in diesen Kreisen, ausschließlich des Amtsbezirktes Pforzheim, ein Demobilmachungs-Ausschuß in Karlsruhe errichtet worden sei. Vorsitzender ist Oberamtmann Dr. Hardeck, stellvertretender Vorsitzender Rechtsanwalt Stadtrat Frey, hier. Außerdem wurden in den Ausschuß als Vertreter je 8 Arbeitgeber und Arbeitnehmer und je 8 Stellvertreter berufen. Beratendes Mitglied wurde der Direktor des Gewerbeaufsichtsamts oder sein Stellvertreter, Stadtrat Müller, hier.

Am 5. Dezember forderte eine Versammlung von ehemaligen Angehörigen des Ersatz-Batl. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 109 in einer Kundgebung die badische Regierung auf, „die Einberufung des Reichstags sofort ins Werk zu setzen, um vor Ablauf des Waffenstillstands eine Volksvertretung zu haben, mit der unsere Feinde verhandeln müssen“.

Die badische Jugendwehr wurde nach der Bekanntmachung vom 7. Dezember unter Zustimmung der vorläufigen Regierung mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Am 9. Dezember ordnete der Stadtrat aufgrund der Regierungsverordnung vom 30. November an, daß Personen, die gewerbsmäßig gebrauchte Möbel, Betten und dergl. an- und verkaufen, verpflichtet sind, alsbald ein Bestands-Verzeichnis einzureichen, Auskunft über die Verträge zu geben, kraft denen sie Lieferung derartiger Gegenstände verlangen könnten und Vorräte auf Verlangen dem Kommunalverband käuflich zu überlassen. Auch sonstige Personen, die gebrauchte Gegenstände genannter Art veräußern wollen, wurden zur Anzeige verpflichtet. Ohne Genehmigung des Kommunalverbandes durften solche Gegenstände nicht nach außerhalb des Verbandsbezirks veräußert werden.

Nach der Bekanntmachung vom 10. Dezember wurde die öffentliche Bewirtschaftung der getragenen Uniformen und die Beschlagnahme der im Besitze von Althändlern und ähnlichen Gewerbetreibenden befindlichen getragenen Uniformen

aufgehoben, ebenso die Beschlagnahme der Wäsche in Gastwirts- und ähnlichen Betrieben, sowie in Wäsche-Verleihgeschäften.

Um 12. Dezember traten die Bestimmungen des Waffenstillstandes über die neutrale Zone in Kraft. Demgemäß hatten sämtliche nicht ordnungsgemäß aus dem Heeresdienst entlassenen Militärpersonen längstens bis zum 11. die neutrale Zone zu verlassen. Bereits am 10., vormittags 10 Uhr, ließ das Generalkommando die Fahnen und Standarten des 14. A.-K. durch ein Bataillon mit Regimentsmusik nach Ettlingen bringen. (Das Bataillon nahm auf dem Marsche durch Karlsruhe folgenden Weg: Ettlinger-Straße—Karl Friedrich-Straße—Marktplatz—Kaiser-Straße—Karl-Straße—Seminar-Straße—Bismarck-Straße—Hans Thoma-Straße—Stephanien-Straße—Karl-Straße—Kaiser-Straße—Marktplatz—Karl Friedrich-Straße—Ettlinger-Straße. Der Stadtrat hatte die Bewohner dieser Straßen gebeten, zu Ehren der beteiligten Truppen die Häuser festlich zu beflaggen.) Scharenweise Begleitung folgte dem Bataillon auf dem Zuge durch die Stadt, manche gingen bis Ettlingen mit, unzählige Blumenspenden wurden den Fahmenträgern und militärischen Begleitern überreicht. — Die Reservelazarett-direktion Karlsruhe wurde nach Ettlingen verlegt, die Reservelazarette in der neutralen Zone aufgelöst; bestehen blieben hier die Reservelazarette Neues Vinzentiushaus und Diakonissenhaus. Alle Krankenhäuser wurden vom 12. an als Zivilkrankenhäuser behandelt. Auch die Garnisonsverwaltung wurde aufgelöst. An die Stelle der Kriegsamtsstelle Karlsruhe trat das hier errichtete Landwirtschaftsamt, das als Zivilverwaltung dem Ministerium für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen unterstellt wurde. — Die Zivilbevölkerung der neutralen Zone war Reisebeschränkungen an sich nicht unterworfen, dagegen, wie schon oben erwähnt, das dauernde Verlassen der Zone verboten. Aus wichtigen, namentlich wirtschaftlichen Gründen konnte das Bezirksamt eine Ausnahmebewilligung erteilen.

Nachdem das Generalkommando des aktiven 14. Armeekorps die Geschäfte des stellvertretenden Generalkommandos übernommen hatte, veröffentlichte der ausscheidende stellvertretende kommandierende General Isbert unter dem 13. Dezember eine Dankfagung.

Am 15. Dezember wurde durch Verordnung der Regierung der gesamte Kraftwagenbetrieb in Baden gesperrt. Die Dringlichkeit bei Berufszwecken war eingehend zu begründen.

Auf dem Lauterberg, auf dem seit Kriegsbeginn ein hochragender Holzturm als Beobachtungsstation für militärische Zwecke errichtet worden war, wurde der allgemeine Verkehr, der in der Kriegszeit gesperrt war, Anfang Dezember wieder freigegeben.

Am 17. Dezember rückte ein Teil des Leibgrenadier-Regiments wieder hier ein. Die Kompagnien zogen mit Musik durch die Ettlinger-, Karl Friedrich- und Kaiser-Straße nach der Kaserne, in der alten Garnison von der Einwohnerschaft lebhaft begrüßt. Die Grenadiere trugen weiße Armbinden, das Zeichen der Polizeitruppen, denen der Aufenthalt in der neutralen Zone erlaubt ist.

Die Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hielt am 29. Dezember Generalversammlung ab. Geschäfts- und Kassenbericht wurde erstattet.

Am 16. November betraute die vorläufige Regierung folgende Karlsruher Herren, Rechtsanwalt Dr. Eduard Dieß (Mehrheitssozialist), Staatsrat Dr. Karl Glockner (nationalliberal) und Oberlandesgerichtspräsident Dr. Johann Zehnter (Zentrum), mit der Ausarbeitung des Entwurfs einer Verfassung für Baden; nach einigen Tagen wurde zu den Genannten noch Rechtsanwalt Dr. Friedrich Weill von hier (fortschrittliche Volkspartei) berufen. Dieser Viererausschuß trat am 3. Dezember zu seiner ersten Beratung zusammen.

Die verfassungsgebende Versammlung war, wie oben erwähnt ist, nach der Verfügung der vorläufigen Regierung vom 14. November nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen, die am Tage der Wahl Badener sind, zu wählen. Für die Wahl wurde das Land im Anschluß an die Bezirke der Landeskommissäre in 4 Wahlkreise eingeteilt. Die Kreise Karlsruhe und Baden bildeten den dritten Wahlkreis und hatten 31 Abgeordnete zu wählen. Die Wahllisten

waren vom 20. bis einschließlich 27. Dezember zu jedermanns Einsicht ausgelegt, Beanstandungen der Listen spätestens am 30. Dezember vorzubringen. Die Wahl selbst hatte am 5. Januar 1919 stattzufinden.

Die Wahlagitation, soweit sie sich noch 1918 abspielte, wird in Verbindung mit dem Berichte über die Tätigkeit der politischen Vereine erwähnt.

D. Politische Vereine und Parteien vor und nach der Revolution.

Die Tätigkeit der politischen Vereine trat bis November, wie in der ganzen Kriegszeit äußerlich zurück, um so lebhafter entfaltete sie sich nach der Revolution, zumal auch die Agitation für die Wahlen zur badischen verfassungsgebenden Versammlung einsetzte. Die Umgestaltung der innerpolitischen Verhältnisse kam in einer solchen der Parteien zum Ausdruck. Von der sozialdemokratischen Fraktion hatte sich schon 1916 eine Gruppe getrennt, die als „Unabhängige sozialdemokratische Partei“ selbständig auftrat. Die fortschrittliche Volkspartei trat zu der in Berlin neu begründeten „Deutsch-Demokratischen Partei“ über, in der auch die seitherige Nationalliberale Partei aufging. Nur ein Teil erhielt sich als „Deutsche Volkspartei“; er trat zunächst in Baden nicht auf. Aus der Verbindung der Konservativen und der Reichspartei entstand die „Deutsch-nationale Volkspartei“, in Baden mit dem Untertitel „Christliche Volkspartei“. Allein das Zentrum blieb als solches bestehen.

Am 19. März hielt der Alldeutsche Verband (Ortsgruppe) unter Vorsitz von Dr. Fellmeth seine Jahresversammlung ab.

Die Deutsch-nationale Volkspartei hielt erstmals am 30. Dezember eine öffentliche Versammlung ab, in der Geh. Oberkirchenrat Friedrich Mayer und Redakteur Adam Röder sprachen.

Eine Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei (Ortsverein) am 13. März befaßte sich mit der Frage der Befreiung des Baltenslandes, desgleichen der Verband der Deutschstumsvereine Karlsruhe am 18. Februar, der beim Reichskanzler deswegen vorstellig wurde.

Die fortschrittliche Volkspartei vor der Revolution: Anstelle von Professor Helbing wurde Dr. Ludwig Haas zum 1. Vorsitzenden gewählt. Am 9. Oktober sprach Stadtrat Dr. Friedrich Weill über die Möglichkeit eines Friedens um Neujahr 1917, am 21. Oktober — in der Landesversammlung — Dr. Haas über die bedeutsamen Vorgänge der letzten Zeit und am 27. Oktober über „Deutsche Politik in Gegenwart und Zukunft“.

Nach der Revolution: am 15. November gab die Partei ihre politischen Forderungen in einem Aufruf kund. Ihre letzte Sitzung als solche hielt sie am 25. November ab; es sprachen Stadtrat Dr. Weill, Stadtpfarrer D. Hesselbacher und Professor Dr. v. Schulze-Gävernitz, letzterer über die Gründe unseres Zusammenbruchs.

In einer Versammlung des Nationalliberalen- und des Jungliberalen Vereins am 7. Oktober berichtete Geh. Hofrat Rebmann über die politische Lage, ebenso am 21. November Minister Dietrich, am 22. brachte ein öffentlicher Aufruf die Forderungen der Partei zum Ausdruck. In zwei Versammlungen national-liberaler Frauen am 27. November und am 2. Dezember sprachen Frau Bertha Mayer-Pantenius und Frä. Dr. Julie Schenk, sowie Dr. Albert Knittel. Die oben erwähnte Vereinigung der national-liberalen Partei, die sich seit 1. Dezember „Badische Volkspartei“ nannte, mit der fortschrittlichen Volkspartei kam in Baden am 10. Dezember zustande.

Vor der Vereinigung mit den Nationalliberalen tagte die Deutsche demokratische Partei am 29. November; Redner waren Generalsekretär Dees und Stadtrat Dr. Friedrich Weill. Nach dem Beitritt der früheren Nationalliberalen: Der zum 1. Vorsitzenden des Ortsvereins gewählte Stadtpfarrer D. Hesselbacher behandelte am 16. Dezember die Frage: „Was hat die Frau in der Politik zu tun?“ In einer Frauenversammlung äußerte sich auch Professor Hummel über: „Die Politik und die Frauen.“ Am 18. Dezember sprachen Professor Hummel und Minister Dietrich, am 21. Dezember Oberstadtrechnungsrat Weiler und Chemiker Ludwig Odenwald. Vor einer Versammlung der Frauenabteilung für die weiblichen Hausangestellten sprachen Frä. Riegger und Dr. Gömmer. Am 27. Dezember stellte sich die als Kandidatin für die badische Nationalversammlung aufgestellte Frau Mayer-

Pantenius vor. Weitere Wahlversammlungen wurden abgehalten: am 27. Dezember in der Weststadt, Redner Stadtpfarrer D. Hesselbacher und Architekt Deines, am 28. in der Südstadt, Dr. Gönner, am 29. in Grünwinkel, Hauptlehrer Reich und Frau Kampfer, in Daglanden, Dr. Gönner, am 30. in Karlsruhe-Ost, Kammerstenograph Frey und Frau Euitgard Himmelheber.

Die öffentliche Wirksamkeit des Sozialdemokratischen Vereins bezw. der Partei vor der Revolution. Am 10. Januar tagte die Kreisleitung des 10. badischen Reichstagswahlkreises hier, Landtagsabgeordneter Kolb sprach über die Ziele der Partei. Am 14. April sprach Landtagsabgeordneter Strobel aus Mannheim in Rüppurr über: „Sozialdemokratie, Krieg und Frieden.“ Am 21. August veranstaltete der Verein eine Versfassungsfeier, bei der Landtagsabgeordneter Weißmann ein Bild des badischen Staats von 1818 bis 1918 gab. Derselbe hielt am 5. Oktober einen Vortrag über: „Die Sozialdemokratie und die Lösung der Reichsfrise.“ Am 30. Oktober sprach Abgeordneter Marum über die politische Lage, wozu Dr. Dietz ergänzende Ausführungen machte. Nach der Revolution: Eine am 20. November vom Sozialdemokratischen Verein abgehaltene Versammlung in Rüppurr — Berichterstatter Bossi — erklärte sich einverstanden mit den Bestrebungen des Arbeiter- und Soldaten-Rats und bekannte sich zur vorläufigen Volksregierung. In einer Versammlung am 23. November sprachen Stadtrat Geck und Minister Marum, letzterer über: „Die Revolution und die Wahlen,“ sowie Rechtsanwalt Dr. Kullmann über: „Monarchie und Republik.“ Die Versammlung gab die Entschließung ab:

„Sie unterstützt die vorläufige Volksregierung in Baden und verpflichtet sich, dazu beizutragen, daß die bisherigen Errungenschaften der Revolution nicht nur festgehalten, sondern noch weiter ausgebaut werden. Sie unterstützt die gegenwärtige Reichsregierung und verlangt dringend die Einberufung der deutschen Nationalversammlung.“

Am 1. Dezember sprach Minister Marum in Rüppurr, am 13. Minister Rückert in Mühlburg und Herr Hurschig in Rüppurr („Die Frau und das neue Wahlrecht“). Auf den 14. Dezember hatte der Sozialdemokratische Wahlausschuß 8 Versammlungen in den verschiedenen Stadtteilen einberufen mit der Tagesordnung: „Unsere



Redakteur Wilhelm Kolb
Stadtrat

Phot. Gebr. Hirsch

Wahlarbeit und Stellungnahme zum Entwurf der Kandidatenliste." Am 30. Dezember sprach in Rüppurr Frau Haas über: „Die Frau und die Nationalwahlen.“

Von der Tätigkeit der Unabhängigen Sozialdemokratie vor der Revolution ist zu berichten: Eine Karl Marxfeier fand in Verbindung mit der Maifeier statt; Landtagsabgeordneter Adolf Geß hielt die Festrede. Am 23. Juni sprach Reichstagsabgeordneter Vogtherr über die politische Lage. Nach der Revolution: Am 24. November sprach Minister Brümmer, wobei er zum Vertrauen auf die neue Regierung aufforderte, am 27. Dezember Dr. Uhlborn, der für die Räterepublik eintrat.

Die Zentrumspartei nach der Revolution: Am 16. November erließ die Zentrumsfraktion des badischen Landtags einen Aufruf, in dem die vorläufige Regierung der Zustimmung versichert, der Einfluß nordischer radikaler Sendlinge für Baden jedoch streng abgelehnt wurde. In einer Versammlung am 17. November äußerten sich Minister Trunk und Geistl. Rat Dr. Schofer zur Umgestaltung der Verhältnisse. Am 18. sprachen Abgeordneter Köhler, Gewerkschaftssekretär Ersing, Finanzminister Dr. Wirth, sowie Frau Klara Philipp. In einer Entschließung wurde die freie Volksrepublik gegenüber der sozialistisch-diktatorischen Republik gebilligt. Am 4. Dezember sprachen Minister Trunk und Geistl. Rat Dr. Schofer, am 8. in Rüppurr Frau Inspektor Geiger. Am 9. Dezember wurden zwei Frauenversammlungen des Zentrums in der Südstadt abgehalten, in denen Bauassistent Simon, Hauptlehrer Wilhelm Mayer und Sekretär U. Kühn sprachen. Dieselben Redner traten am 10. in zwei Versammlungen der Südstadt auf. Eine Frauenversammlung am 11. in der Weststadt nahm nach Ausführungen von Frau Klara Siebert eine Entschließung an, wonach von der Reichsregierung sofortige Einberufung des Reichstags verlangt wurde. Undernfalls sollten Verhandlungen mit den anderen Bundesstaaten zur Herbeiführung eines Sonderfriedens angeknüpft werden, um Hungersnot und Besatzung von der badischen Heimat fernzuhalten. Eine Versammlung am 18. Dezember in der Südstadt brachte als Redner die Herren Finger, Köhler und Verbandsvorsitzenden Müller, eine am 27. in der Mittelstadt abgehaltene die Herren Oberbaurat Fuchs und Gewerkschaftssekretär

h
3. Sitzung
ca. 1912
ja

Ersing. In einer Versammlung für Frauen in Mühlburg sprachen Frau Siebert, Hauptlehrer Meyer und Herr Wittmann. — In einer Versammlung am 30. Dezember, zu der vor allem die Kreise der Bildung aufgerufen wurden, sprachen Geh. Finanzrat Schweizer, Rechtsanwalt Dr. Arthur Müller-Eisert, Oberlandesgerichtsrat Dr. Bernauer und Lehramtspraktikant Dolland. Am selben Tag fand eine große Frauenversammlung statt, frl. Anna Kuhn-Rastatt sprach über die Bedeutung der Wahlen, darnach der bisherige Reichstagspräsident Fehrenbach, der am Schluß einen Appell an die Frauen zur Mitarbeit am Wiederaufbau richtete.

Schriftsteller Albert Seigauer berief auf 24. November eine Versammlung ein zu dem Zwecke, die bisherigen Nichtwähler zu einer neuen Partei (Deutsche Freiheitspartei) zusammenzuschließen, der Versuch scheiterte jedoch.

Die Entsendung von Technikern in das Parlament verlangte das Kartell der 3 technischen Verbände (Bund der technisch-industriellen Beamten, Deutscher Techniker-Verband und Deutscher Werkmeister-Verband) und die Vereinigung technischer Vereine Karlsruhe in Versammlungen am 22. bezw. 30. Dezember.

2. Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft.

Über den Verbrauch der wichtigsten Genuß- und Nahrungsmittel in unserer Stadt liegen folgende Angaben vor:

Der Weinverbrauch betrug im Berichtsjahre 31116 Hektoliter (1917: 37093), d. i. 21,55 Liter (25,40) auf den Kopf der Bevölkerung.

An Bier wurde hier gebraut und verbraucht 85559 Hektoliter (1917: 103152), eingeführt wurden und zwar aus badischen Brauereien 5736 (5139) Hektoliter, aus außerbadischem Zollinland 1725 (4635) Hektoliter, aus dem Zollaussland wie im Vorjahre nichts, mithin im Verbrauch im ganzen 93020 (112926) Hektoliter, d. i. auf den Kopf der Bevölkerung 64,43 (77,32) Liter.

Der Fleischverbrauch betrug im Berichtsjahre 2385520,80 kg (1917: 2741746,60 kg). Bei einer mittleren Einwohnerzahl von 144369 (mit Vororten) belief sich somit der

fleischverbrauch, abgesehen von fischen, Wildpret und Geflügel, für den Kopf auf 16,52 kg (gegen 18,77 kg im Vorjahr).

Die Großviehslachtungen im städtischen Schlachthof haben im Berichtsjahre um 785 Stück = 7,35 % zugenommen, dagegen sind die Schlachtungen an Kleinvieh um 1242 Stück = 7,67 % zurückgegangen. Die Zunahme der Großviehslachtungen ist auf die von der Zentraleinkaufsgenossenschaft hier geschlachteten 797 Stück Großvieh, die als Heeresreserve in der Gefrierhalle eingelagert wurden, zurückzuführen, während die Abnahme der Kleinviehslachtungen ausschließlich durch die verminderte Zahl der Schweine- schlachtungen entstanden ist. Im einzelnen betrugen die Schlach- tungen an Großvieh:

Jahr	Ochsen			Kühe		Rinder			Farren		Summe
	I.	II.	III.	II.	III.	I.	II.	III.	II.	III.	
	Schwere			Schwere		Schwere			Schwere		
1918	624	410	2975	1161	1518	5	227	3660	138	736	11 454
1917	717	897	2481	1314	1459	14	426	2761	146	454	10 669

Hiervon entfielen auf die Militärbehörde im Jahre 1918 . . 3 211
im Jahre 1917 . . 2 555

Die Schlachtungen an Kleinvieh betrugen:

Jahr	Kälber	Lammel	Ziegen	Schweine	Ferkel	Kitzlein	Summe
1918 . .	7067	4955	728	1614	17	557	14 938
1917 . .	6501	2020	294	6781	2	582	16 180

Hiervon entfielen auf die Militärbehörde im Jahre 1918 . . 739
im Jahre 1917 . . 1 241

Die Schlachtungen an Pferden betrugen 1466 Stück (gegen 531 im Vorjahre), womit die Zahl derselben eine bis dahin noch nicht verzeichnete Höhe erreicht hatte.

Die Fleischeinfuhr aus dem Inland und aus dem Ausland zeigt im Berichtsjahre wiederum einen beträchtlichen Rückgang. Das aus dem Inland eingeführte und zur Beschau gestellte Fleisch belief sich auf 6407 kg (1917: 13 133 kg) und zwar Rindfleisch 2249 kg (6656 kg), Kalbfleisch 119 kg (130 kg), Schweinefleisch

356 kg (4412 kg), Hammelfleisch 3683 kg (1422 kg), Pferdefleisch 0 (13 kg). An Fleischwaren und Fetten wurden im Schlachthof, Hauptzollamt und im städt. Rheinhafen im ganzen untersucht 26 Packstücke (947) im Gesamtgewicht von 133 kg (4853 kg). Im einzelnen bestanden die Sendungen aus 7 Stück Schinken im Gesamtgewicht von 16 kg, 18 Stück Speck = 28 kg und ein Packstück Schweineschmalz = 89 kg. Die Schinken kamen aus Dänemark, Schweden und der Schweiz, der Speck aus Frankreich, Dänemark, Rußland, Österreich und Ungarn, das Schweineschmalz aus der Schweiz.

Von 11454 im städtischen Schlachthof geschlachteten und der Beschau unterstellten Großviehstücken wurden als nicht bankwürdig erklärt und der Freibank überwiesen, 97 Stück und $89\frac{1}{4}$ (1917 von 10669 Großviehstücken 121 Stück und $112\frac{1}{4}$). Als genußuntauglich wurden erklärt und dem Verbrauch gänzlich entzogen 6 Stück (2) und an einzelnen Organen 1729 Stück (2485). Von 14938 geschlachteten Stück Kleinvieh (16180) wurden 180 Stück und $13\frac{1}{4}$ ($32627\frac{1}{4}$) als nicht bankwürdig auf die Freibank verwiesen. Als genußuntauglich wurden 24 Stück (33) und an einzelnen Organen 4674 Stück (3184) dem Verbrauch gänzlich entzogen. Von 1466 (531) geschlachteten Pferden wurden 21 Stück (31) als genußuntauglich der Abdeckung überwiesen und an einzelnen Organen 279 Stück (644) vernichtet.

Im Berichtsjahre wurden von den aus dem Inland eingeführten Fleischwaren auf Trichinen untersucht 5 Stück Pöckelfleisch und 24 Stück Schinken und von jenen aus dem Ausland 18 Stück Pöckelfleisch und 7 Stück Schinken. Trichinen wurden in keinem Falle gefunden.

Einnahmen und Ausgaben des Schlacht- und Viehhofes betrugen im Berichtsjahre 905329 Mk. (1283538 Mk.). Unter den rechnungsmäßigen Einnahmen befindet sich der Zuschuß der Stadtkasse mit 171876 Mk. zur Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals und 62571 Mk. Zuschuß zum Betrieb, während im Vorjahre für den erstgenannten Posten nur 34409 Mk. Zuschuß erforderlich war, für den zweiten nichts.

Die Zahl der Eigenschaftsumsätze durch Kauf betrug im Berichtsjahre 483 (1917: 278) mit einem Gesamtwerte von

13 995 099 Mk. (5 747 725 Mk.), darunter 198 (72) bebaute Liegenschaften im Werte von 12 118 159 Mk. (4 107 668 Mk.); unbebaute 255 (166) im Werte von 1 422 830 Mk. (1 431 057 Mk.) und bebaute mit unbebauten 30 (40) im Werte von 454 110 Mk. (209 000 Mk.).

Hypotheken wurden im Berichtsjahre 309 (1917: 192) neu bestellt mit einem Betrag von 5 455 440 Mk. (2 588 499 Mk.); gelöst 671 (423) mit einem Betrag von 6 928 489 Mk. (4 920 585 Mk.). Von den neubestellten Hypotheken entfielen auf bisher freie Grundstücke 0 (0). Zwangsweise wurden 9 (31) bestellt im Betrage von 69 409 Mk. (11 100 Mk.).

Über die hiesigen Geld- und Kreditanstalten ist folgendes zu berichten:

Der Jahresbericht der Städtischen Spar- und Pfand-leihkasse bemerkt:

„Die Ergebnisse des Berichtsjahres wären glänzend gewesen, wenn nicht der unglückliche Ausgang des Krieges gekommen wäre. Der Einlagebestand vermehrte sich um 16 604 719 Mk. 3 Pf., also mehr wie jemals seit Bestehen der Sparkasse. Der Giro- und Scheckverkehr nahm weiter in befriedigender Weise zu. Die Zahl der Teilnehmer an demselben stieg von 2047 auf 3017. Auch das Hinterlegungsgeschäft entwickelte sich gut. Der unglückliche Ausgang des Krieges machte diese glänzenden Ausichten der Anstalt zu nichts. Die Kurse, namentlich der Kriegsanleihen, fielen in geradezu bedrückender Weise, und diese Bewegung setzte sich in das Jahr 1919 fort. Obgleich seitens der Staatsaufsichtsbehörde gestattet war, nur verhältnismäßig kleine Abschreibungen am Kurs der erworbenen Kriegsanleihen zu machen, glaubte der Verwaltungsrat von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch machen zu sollen und stellte die Papiere durchweg zu den Stenerkursen, wie solche auf 31. Dezember 1918 festgesetzt worden waren, in die Vermögensberechnung ein. Da die Kriegsanleihen schon damals Kursrückgänge von nahezu 10 % aufwiesen, mußte diese Vermögensaufstellung die Einzehrung des Reservefonds bis auf einen kleinen Rest zur Folge haben.“

In der Sparkasse wurden im Berichtsjahre im ganzen eingelegt 32 244 219 Mk., abgehoben 18 066 698 Mk. 87 Pf., somit Überschuß der Einlagen 14 177 520 Mk. 13 Pf. An Zinsen für 1918 wurden gutgeschrieben 2 427 198 Mk. 90 Pf., Zunahme des Einlagebestandes 16 604 719 Mk. 3 Pf., der sich dadurch von 56 616 425 Mk. 1 Pf. nach dem Stand auf 31. Dezember 1917 auf 73 221 144 Mk. 4 Pf. nach dem Stand auf 31. Dezember 1918 hob.

Die Zahl der Einleger stieg von 64013 auf 70073, so daß auf einen Einleger auf Jahreschluß ein durchschnittliches Guthaben von 1044 Mk. 93 Pf. (1917: 884 Mk. 45 Pf. entfällt.

Die Zahl der Abfertigungen betrug: Einzahlungen 153 473, Rückzahlungen 69 456, reine Zinszahlungen (die Ganzabhebungen ungerechnet) 1272, zusammen 224 201 (1917: 197 070).

Die flüssig gewordenen Gelder wurden wie in den Vorjahren fast ausschließlich in Kriegsanleihen angelegt. Zur 8. Kriegsanleihe wurden 10 101 600 Mk. und zur 9. Anleihe 10 001 000 Mk. gezeichnet, zusammen 20 102 600 Mk. Davon entfielen auf eigene Zeichnungen der Kasse zur 8. Anleihe 5 961 500 Mk., zur 9. Anleihe 7 639 300 Mk., zusammen 13 600 800 Mk. Rechnet man etwa 800 000 Mk. für Zeichnungen bei Banken und sonstigen Geldinstituten, wofür die Mittel aus Sparguthaben entnommen wurden, so ergibt sich für 1918 ein Gesamtbetrag von 20 902 600 Mk. Die Zeichnungen zur 1. bis 7. Kriegsanleihe beziffern sich auf etwa 49 845 500 Mk. Somit wurden im ganzen seit Kriegsausbruch etwa 70 748 100 Mk. den Bedürfnissen des Reiches nutzbar gemacht.

An Heimsparbüchern wurden 2410 Stück (2584) mit einem Inhalt von 128 651 Mk. 50 Pf. (96 788 Mk. 4 Pf.) entleert.

Im Übertragbarkeitsverkehr wurden 447 (585) Guthaben mit 122 738 Mk. 94 Pf. (286 004 Mk. 18 Pf.) von auswärtigen Sparkassen an die hiesige überwiesen, während 375 (241) Guthaben mit 452 438 Mk. 40 Pf. (241 790 Mk. 84 Pf.) an auswärtige Sparkassen ausgezahlt wurden.

Teilnehmer an Giro- und Scheckverkehr waren, wie vorerwähnt, zu Beginn des Jahres 2047 vorhanden, 1094 gingen neu zu, 124 gingen ab, so daß ein Bestand von 3017 verblieb. Diese zahlten in 51 142 Posten 23 848 984 Mk. 33 Pf. ein und erhoben in 115 143 Posten 21 924 469 Mk. 20 Pf. Überschuß der Einlagen 1 924 515 Mk. 33 Pf. Bei Hinzunehmung der gutgeschriebenen Zinsen mit 85 027 Mk. 66 Pf. ergab sich eine Zunahme des Einlagebestandes von 2 009 542 Mk. 99 Pf. Er erhöhte sich dadurch von 2 386 040 Mk. 68 Pf. nach dem Stand auf 31. Dezember 1917 auf 4 395 583 Mk. 67 Pf. nach dem Stand auf 31. Dezember 1918.

Die Geschäfte der Hinterlegungsstelle entwickelten sich folgendermaßen:

	Sparbücher Stück:	Kontenzahl:	Kriegsanleihestücke Betrag:
Zu Beginn des Jahres			
waren hinterlegt	5112	2181	4 364 300 Mk.
Neu kamen hinzu	2098	1037	2 343 900 "
Zurückgenommen wurden			
Stand auf 3. Dezember 1918	6260	2946	6 041 200 "
An Gebühren gingen 7958 Mk. 75 Pf. gegen 5321 Mk. 50 Pf. im Vorjahre ein.			

In die Kriegssparkasse wurden 1918 eingelegt in 13 660 Posten 163 026 Mk. 95 Pf., rückerhoben in 1984 Posten 84 242 Mk. 35 Pf., Mehreinlagen somit 78 784 Mk. 60 Pf. Hierzu gutgeschriebene Zinsen für 1918 9301 Mk. 62 Pf., Zunahme 88 086 Mk. 22 Pf. Stand am 31. Dezember 1917 129 804 Mk. 1 Pf., am 31. Dezember 1918 217 890 Mk. 23 Pf. Die Zahl der Teilnehmer betrug am 31. Dezember 1917 6880, Zugang 2675, Abgang 1523, Stand am 31. Dezember 1918 8032.

In der Pfandleihkasse ist ein weiteres Zurückgehen des Geschäftsverkehrs zu berichten. (Gründe vgl. Chronik 1916 S. 201). Im Berichtsjahre wurden 13361 (1917: 13149) Fahrnispfänder eingesetzt mit 183 878 Mk. (160 251 Mk.), erneuert 2580 (4028) mit 64 706 Mk. (73 171 Mk.), eingelöst 14 715 (14 872) mit 202 958 Mk. (157 854 Mk.), versteigert 413 (511) mit 4437 Mk. (4745 Mk.). Der gesamte Pfänderverkehr umfaßte somit 31 069 Stück (31 560) mit 455 979 Mk. (396 021 Mk.). Der Pfänderbestand sank von 6154 Stück mit 104 670 Mk. auf 4387 Stück mit 81 153 Mk.

Die Einnahmen aus dem Leihhausbetrieb berechnen sich für 1918 auf 19 006 Mk. 25 Pf. Hiervon ab für normale Verzinsung der auf Pfänder ausgeliehenen Summe 3 1/2 % mit rund 2840 Mk., Rest somit 16 166 Mk. 25 Pf. Die Verwaltungskosten betrugen 31 327 Mk. 55 Pf. Darnach ungedeckter Verwaltungsaufwand 15 161 Mk. 30 Pf. gegen 14 392 Mk. 83 Pf. im Vorjahre. Der Bestand an Darlehen auf Wertpapiere stieg von 75 Stück mit 78 880 Mk. auf 84 Stück mit 117 650 Mk.

Als Rechnungsergebnisse der Spar- und Pfandleihkasse sind zu verzeichnen: Einnahmen 3410419 Mk. 99 Pf. (1917: 2646818 Mk. 38 Pf.), Ausgaben 3001190 Mk. 55 Pf., Überschuß 409229 Mk. 44 Pf. (289940 Mk. 50 Pf.) somit Zunahme 119288 Mk. 94 Pf. Das reine Vermögen betrug am 31. Dezember des Berichtsjahres 167454 Mk. 28 Pf. (1777612 Mk. 27 Pf.) mithin eine Abnahme von 1610137 Mk. 99 Pf., während das Vorjahr gegen 1916 eine Zunahme von 669664 Mk. 61 Pf. ergab. Zur Vermehrung des Vermögens trug bei: Überschuß der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben 431982 Mk. 39 Pf., Zunahme der Aktivstückzinsen 11886 Mk. 74 Pf., Kursausgleichsfonds für Wertpapiere 39 Mk. 75 Pf., zusammen 443908 Mk. 88 Pf. Zur Verminderung trug bei: Abnahme des Kurswertes 2053349 Mk. 87 Pf.

des Inventar-
wertes

719 Mk. — Pf.

2054066 Mk. 87 Pf.

Abnahme wie oben

1610159 Mk. 99 Pf.

Bei einem Einlagebestand der Sparkasse, der Giro- und Scheckkasse, der Kriegssparkasse und der Schulsparkasse im Gesamtbetrag von 78100169 Mk. 91 Pf., müßte der Reservefonds nach § 7 der Satzungen 3905008 Mk. 50 Pf. betragen. An Vermögen sind nur 167454 Mk. 28 Pf. vorhanden, es fehlen somit bis zur gesetzlichen Höhe 3737554 Mk. 22 Pf.

Der Kassenumsatz berechnet sich für 1918 auf 321336051 Mk. 60 Pf. (188899957 Mk. 53 Pf.)

In der Schulsparkasse wurden 1918 eingelegt 77338 Mk. 10 Pf. (1917: 38133 Mk. 70 Pf.) in 10512 (9315) Posten, rückerhoben 24531 Mk. (30247 Mk.) in 449 (691) Posten. Mehreinlagen 52807 Mk. 10 Pf. (7886 Mk. 5 Pf.). Hierzu 7951 Mk. 25 Pf. für gutgeschriebene Zinsen, gibt 60758 Mk. 35 Pf., Vermehrung des Einlagebestandes, der dadurch von 204788 Mk. 55 Pf. auf 265546 Mk. 90 Pf. stieg. Die Zahl

der Einleger betrug 8666 (8333). Einnahmen und Ausgaben sind mit 10 603 Mk. 37 Pf., Vermögen und Schulden mit 267 397 Mk. 89 Pf. berechnet. Der Reservefonds der Sparkasse ist, wie aus obigem hervorgeht, unter dem der Spar- und Pfandleihkasse enthalten.

Im Bezirk der Reichsbankstelle Karlsruhe wickelten sich im Berichtsjahre folgende Geschäfte ab: Wechsel- und Scheckankauf 20 888 Stück (1917: 16 107) mit 55 326 400 Mk. (45 850 400 Mk.), eingezogene Wechsel und Schecks 5932 Stück (10 571) mit 23 036 300 Mk. (40 902 000 Mk.), Giroverkehr 563 651 Stück (420 384) mit 15 961 351 000 Mk. (12 098 820 500 Mk.), Einzahlungen von Nichtfonten-Inhabern 3992 Stück (1937) mit 377 507 400 Mk. (357 033 800 Mk.).

Dem Geschäftsbericht der Badischen Bank entnehmen wir folgende Angaben: Wechselverkehr in Eingang 110 979 186 Mk. 9 Pf. (1917: 100 599 513 Mk. 63 Pf.), in Ausgang 109 445 494 Mk. 69 Pf. (99 576 872 Mk. 26 Pf.). Diskontertrag 986 241 Mk. 35 Pf. (915 729 Mk. 11 Pf.) Lombardverkehr ausgeliehen 35 061 050 Mk. (45 601 880 Mk.), zurückgezahlt 31 193 760 Mk. (42 032 355 Mk.). Effektenverkehr angekauft für 540 122 726 Mk. 86 Pf. (398 266 043 Mk. 7 Pf.), begeben, sowie an Zinsen verbucht 539 097 619 Mk. 91 Pf. (395 506 928 Mk. 90 Pf.). Giro- und Scheckverkehr-Einzahlungen 3 639 633 030 Mk. 15 Pf. (2 603 357 929 Mk. 36 Pf.), Auszahlungen 3 562 335 417 Mk. 30 Pf. (2 595 956 198 Mk. 75 Pf.). Der Gesamtbetrag der in Betrieb gegebenen Banknoten belief sich auf 28 500 000 Mk. (27 000 000). Der durchschnittliche Notenumlauf betrug 26 837 700 Mk. (24 276 000 Mk.), die durchschnittliche Deckung 12 274 300 Mk. = 45,66% (11 203 000 Mk. = 46,16%). Am 31. Dezember 1917 waren im Umlauf 25 974 900 Mk., im Laufe des Jahres wurden verausgabt 30 356 400 Mk. und 27 860 900 Mk. eingelöst, mithin blieben am 31. Dezember 1918 im Umlauf 28 470 400 Mk. Der Reingewinn ist im Berichtsjahr auf 1 001 868 Mk. 68 Pf. berechnet (1 397 915 Mk. 90 Pf.). Die Dividende betrug 7 % (7½ %).

Der Umsatz der Karlsruher Filiale der Rheinischen Creditbank betrug im Berichtsjahre 2 616 063 389 Mk. 93 Pf. (1917: 2 295 192 209 Mk. 60 Pf.).

Die Mühlaburger Creditbank zählte am Schluß des Berichtsjahres 333 Mitglieder (1917: 347. Der Umsatz der Bank betrug 42 721 449 Mk. 60 Pf. (32 523 855 Mk.).

Der Vereinsbank Karlsruhe gehörten am Schluß des Berichtsjahres 4892 (1917: 4893) Mitglieder an. Der Reingewinn der Bank betrug 234 004 Mk. 54 Pf. (248 250 Mk. 26 Pf.), die Dividende 60% wie 1917. Der Gesamtumsatz belief sich auf 632 567 508 Mk. 68 Pf. (459 665 672 Mk. 87 Pf.) Die Geschäftsanteile der Mitglieder betrugen am 31. Dezember des Berichtsjahres 3 181 294 Mk. 38 Pf. (3 002 802 Mk. 79 Pf.), die gesamten Reserven 32,48 % (33,54 %) der Geschäftsguthaben, 3,89 % (5,5 %) des Betriebskapitals. Zu den beiden letzten Kriegsanleihen konnte die Bank Zeichnungen von über 7 Millionen Mark anmelden, so daß sich ihre Zeichnungen auf alle neun Anleihen auf 27½ Millionen Mark belaufen.

Die Mitteldeutsche Creditbank hatte 1918 einen Gesamtumsatz von 30 Milliarden Mark (1917: 20 Milliarden). Der Reingewinn belief sich auf 4 849 910 Mk. 99 Pf. (4 852 400 Mk. 32 Pf.). Die Dividende betrug 7 % wie 1917.

Die Gewerbe- und Vorschubbank Karlsruhe hatte 1918 eine Bilanz von 874 025 Mk. 69 Pf. (1917: 757 082 Mk. 35 Pf.) in Aktiven und Passiven. Der Reingewinn betrug 11 851 Mk. 17 Pf. (13 791 Mk. 77 Pf.). Die Dividende 4 % (5 %).

Die Süddeutsche Diskontogesellschaft hatte im Berichtsjahre einen Gesamtumsatz von 1 129 060 233 Mk. 7 Pf.

Die Privat-Spargesellschaft in Karlsruhe zählte im Berichtsjahre 10 878 Mitglieder (1917: 10 602). Der Aktivstand betrug 15 732 755 Mk. 15 Pf. (15 578 655 Mk. 35 Pf.), der Passivstand 14 927 646 Mk. 67 Pf. (14 820 871 Mk. 41 Pf.), das reine Gesellschaftsvermögen somit am 31. Dezember des Berichtsjahres 805 108 Mk. 48 Pf. (757 783 Mk. 94 Pf.). Der Reservefonds beträgt 790 000 Mk. (751 000 Mk.). An Zinsen wurden 531 880 Mk. 64 Pf. (471 612 Mk. 54 Pf.) und an Dividenden 41 515 Mk. 60 Pf. (36 890 Mk. 64 Pf.) gutgeschrieben.

Bei der Badischen Gebäudeversicherungsanstalt betrug die beitragspflichtige Gesamtversicherungssumme 5 020 056 500

Mk. (1917: 4947040235 Mk.). Am 31. Dezember 1918 betrug das reine Vermögen der Anstalt 7888 139 Mk. 19 Pf. (6222 568 Mk. 25 Pf.) Durch Umlage sind 1919 zu decken 6214391 Mk. 1 Pf. (3473033 Mk. 33 Pf. Die Umlage wurde auf 15 Pf. (10 Pf.) festgesetzt.

Bei der Badischen Feuerversicherungsbank in Karlsruhe betrug am Ende des Berichtsjahres die Versicherungssumme in der Feuerversicherung 2214631837 Mk. (1917: 1564705917 Mk.), in der Einbruchdiebstahlversicherung 97083690 Mk. (66218793 Mk.). Die Schäden beliefen sich bei der ersten auf 2315484 Mk. 92 Pf. (2187976 Mk. 85 Pf.) bei der letzteren auf 165029 Mk. 28 Pf. (61463 Mk. 80 Pf.). Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Gewinn von 100740 Mk. 55 Pf. (101484 Mk. 36 Pf.) auf. An Dividenden wurden wie im Vorjahre 40000 Mk. bezahlt.

Bei der Landesversicherungsanstalt Baden betrugen im Jahre 1918 die Einnahmen aus Beiträgen 8143258 Mk. 49 Pf. (1917: 7648912 Mk. 96 Pf.), aus Zinsen 3118280 Mk. 85 Pf. (3166488 Mk. 43 Pf.). Der Wert der Leistungen wurde mit 125289 Mk. 75 Pf. (113810 Mk. 65 Pf.) berechnet. Die Ausgaben für Versicherte betrugen an Renten 6272259 Mk. 99 Pf. (5924969 Mk. 69 Pf.), an einmaligen Leistungen 30503 Mk. 83 Pf. (33465 Mk. 27 Pf.), an Heilverfahren einschließlich Familienunterstützung 1746467 Mk. 79 Pf. (1507266 Mk. 88 Pf.). Die Ausgaben für die Verwaltung beliefen sich auf 960727 Mk. 44 Pf. Das Gesamtvermögen der Anstalt (Reinvermögen) betrug am 31. Dezember des Berichtsjahres 79338849 Mk. 54 Pf. (81837095 Mk. 63 Pf.), davon gehören dem Gemeinvermögen 9955887 Mk. 19 Pf. (9817163 Mk. 57 Pf.), dem Sondervermögen 69338849 Mk. 54 Pf. (72019932 Mk. 6 Pf.), darunter verzinsliche Kapitalien 64158038 Mk. 80 Pf. (67231927 Mk. 67 Pf.). Im Berichtsjahre lagen 13997 Rentengesuche und 1931 Gesuche um einmalige Leistungen zur Verbescheidung vor. Von den 13997 Gesuchen wurden 89,1 %, von den 1931 Gesuchen 92,3 % erledigt. Das Heilverfahren erforderte im Berichtsjahre 100853 Tage (86640); hierunter sind die Verpflegungstage der Soldaten, nämlich 49093 (50068) nicht inbegriffen. Der Vorstand

hat 1918 16 Sitzungen (10) abgehalten, die Ausschußkommission und der Ausschuß je eine (1). Die Zahl der Beamten (oberen, mittleren und unteren) betrug am 31. Dezember des Berichtsjahres 94 (95). Für die zum Heere eingezogenen Beamten und Angestellten waren 30 Personen (30) zur Aushilfe berufen worden. — Anfang Dezember wurde bekannt gegeben, daß die Anstalt, „um den Zweck einer nachdrücklichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu dienen“, vier Beratungsstellen im Lande errichtet habe. Die Beratungsstelle Karlsruhe (im Gebäude der Anstalt) umfaßt die Amtsbezirke Achern, Baden, Bretten, Bruchsal, Bühl, Durlach, Ettlingen, Karlsruhe, Kehl, Oberkirch, Offenburg, Pforzheim und Rastatt. Leiter der Stelle ist Facharzt Dr. Schwab, die Sprechzeit für Männer am 1., für Frauen am 3. Samstag jeden Monats.

Die Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit (vormals Allgemeine Versorgungsanstalt) zählte am Schluß des Berichtsjahres 153 867 (1917: 154 596) Versicherungen im Betrage von 818 117 116 Mf. (798 820 991 Mf.). Der erzielte Jahresüberschuß stellte sich auf 7 947 088 Mf. (12 070 782 Mf.). An Dividenden wurden 8 259 187 Mf. (7 898 757 Mf.) bezahlt. Das Gesamtvermögen der Anstalt betrug am Schluß des Berichtsjahres 349 085 826 Mf. (342 371 780 Mf.). Durch Todesfall sind 17 204 536 Mf. (13 340 332 Mf.), durch Erleben des bedingenen Endalters 10 812 996 Mf. (9 688 517 Mf.) fällig geworden. Von den Todesfällen entfielen auf die Kriegsterbefälle 7 295 200 Mf. (3 206 900 Mf.). Von den beiden im Berichtsjahre aufgelegten Krieganleihen hat die Anstalt 26,2 Millionen Mark gezeichnet, davon die Hälfte auf eigene Rechnung. Die gesamten durch die Anstalt vermittelten Zeichnungen auf alle 9 Krieganleihen betrugen 141 Millionen Mark, darunter 73 Millionen auf eigene Rechnung. Die Kriegsoffer aus dem Kreise der Anstaltsbeamten haben sich um drei weitere vermehrt, ihre Gesamtzahl hat sich damit auf 31 oder einschließlich eines in der Heimat durch eine feindliche fliegerbombe getöteten Beamten auf 32 erhöht.

Die Handelskammer hielt im Berichtsjahre 9 Vollversammlungen (1917: 5) und 38 (41) Ausschußsitzungen ab. ferner nahm die Kammer an 57 (25) Sitzungen und Besprechungen von Behörden, Körperschaften, wirtschaftlichen Interessenvertretungen

usw. teil. Die Zahl der Ein- und Ausgänge betrug rund 33 000 (30 000). Mündliche Auskünfte auf der Geschäftsstelle selbst wurden 7000 (9732) erteilt, durch Fernsprecher 10 000 (12 240). Neugegründet wurde ein Angestelltenauschuß, der gleichmäßig aus Vertretern der Geschäftsinhaber und Angestellten zusammengesetzt ist, ferner ein besonderer Großhandelsauschuß. Der gleichfalls neugegründete Industrieschuß entwickelte eine besonders lebhafte Tätigkeit. Er nahm Stellung zu einer Anzahl Fragen, die durch die Demobilmachung aufgeworfen wurden, wie Wiedereinstellung von Arbeitern und Angestellten, Achtstundentag, Kohlenfrage, Abbau der Heeresaufträge usw. Weit über den Bezirk der Kammer hinaus erstreckte sich die Tätigkeit des innerhalb der Vereinigung Südwestdeutscher Handelskammern gegründeten Ausschusses für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr. Zum Vorort dieses Ausschusses wurde die Handelskammer Karlsruhe gewählt. Einen erheblichen Ausschnitt aus der Tätigkeit der Kammer bildete das Bescheinigungswesen. Namentlich handelte es sich um Ausweise zur Erlangung von Pässen, Dringlichkeitsbescheinigungen, Reiseerlaubnissen; Aus- und Durchfuhrverbote machten die Erteilung vieler Auskünfte nötig. Die Kammer regte ferner die Errichtung eines eigenen Ministeriums für Handel und Gewerbe an und stellte einen Antrag auf Bestellung eines Dezernenten für Handel und Industrie beim badischen Ministerium auf Übergangswirtschaft. Dem Antrag wurde stattgegeben. Bei dem Ausbau der wirtschaftlichen Interessenvertretungen Badens in Berlin wurden auf die von der Kammer entfaltete Werbetätigkeit von der Industrie des Bezirks für das erste Jahr zunächst 32 000 Mk. durch freiwillige Spenden aufgebracht.

Zum Vorsitzenden des neu konstituierten Kleinhandelsausschusses wurde in einer Tagung im Februar der bisherige Vorsitzende Karl Layh von hier, zum Stellvertreter Stadtrat Georg Ertel von Rastatt gewählt.

In der Vollversammlung der Handelskammer im März wurde der Voranschlag für 1918 beraten. Aus diesem sind zu erwähnen: Einstellung von 1000 Mark zur Förderung der von dem Kaufmännischen Verein Karlsruhe ins Leben gerufenen Handelshochschule (wie bisher schon), außerdem wie bisher: 1000 Mk. zu

der Karlsruher Handelsjahresschule, 610 Mk. zur Gewährung von Bücher- und Geldpreisen an die Schüler der kaufmännischen Fortbildungsschule, bezw. Handelsschule des Kammerbezirks. Der Umlagefuß wurde wie im Vorjahre auf 1 Pf. für 100 Mk. steuerpflichtiges Kapital festgesetzt. In der Vollversammlung im November behandelte die Kammer u. a. die Frage der angemessenen Bezahlung der kaufmännischen Lehrlinge. Ferner wurde die Notwendigkeit der Änderung des Wahlverfahrens bei der Neuwahl der Handelskammer anerkannt. Mit großem Bedauern nahm die Versammlung Kenntnis von dem Ausscheiden des langjährigen Mitgliedes, Geh. Kommerzienrates Robert Sinner. Sie beschloß, seinen Sohn, Direktor Rudolf Sinner, als Ersatzmitglied mit Amtsdauer bis zur nächsten Neuwahl zu berufen. Endlich wählte die Kammer Bankdirektor Robert Nikolai zu ihrem Rechner. Anfang Dezember wurde beschlossen, mit dem Volkssrat dahin Fühlung zu nehmen, daß ein Vertreter des Großhandelsausschusses der Handelskammer Sitz und Stimme im Volkssrat erhalte. Bericht wurde erstattet über die Gründung der Karlsruher Vertriebsgesellschaft m. b. H., die im Einvernehmen mit der Regierung von der Handelskammer, der Handwerkskammer und hiesigen Banken zur Übernahme und Verwertung von Waren aller Art Ende November erfolgt war. Endlich wurde über die Tätigkeit des Angestelltenausschusses Bericht erstattet, insbesondere die Versammlung um Genehmigung eines Aufrufs an die Industriellen und Kaufleute des Kammerbezirks ersucht. Der Aufruf sprach sich insbesondere für die Wiedereinstellung der aus dem Felde heimgekehrten Angestellten aus und nahm ferner Stellung gegen die Entlassung vorgebildeter weiblicher Angestellten, die schon vor dem Kriege im kaufmännischen Berufe tätig waren. Er empfahl angemessene Bezahlung sowie Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, wobei Ausnahmen vorbehalten bleiben sollen.

Die Handwerkskammer hat über ihre Tätigkeit während der Kriegszeit einen gedruckten, 210 Seiten umfassenden Bericht veröffentlicht. Er erstreckt sich auf die Zeit vom 1. August 1914 bis 1. April 1919. Wir teilen daraus die wichtigeren Angaben, insbesondere die aus dem Jahre 1918 bis 1. April 1919, in Kürze mit. Am Ende der Berichtsperiode war Malermeister Eduard Isenmann

aus Bruchsal Vorsitzender des Kammervorstandes. Aus Karlsruhe gehörten dem Kammervorstand an Buchbindermeister Otto Schick (stellvertretender Vorsitzender) und Blechnermeister Louis Anselment. Durch die andauernde Vermehrung der Arbeit erwiesen sich die Geschäftsräume (Steinstraße 23) als nicht mehr ausreichend. Infolgedessen beschloß die Vollversammlung am 13. März 1919 einstimmig, das Haus Friedrichsplatz 4 käuflich zu erwerben.

Die Kammer hielt 1918/19 3 Vollsitzungen und 12 Vorstandssitzungen ab. Die Einnahmen betrugen 71 872 Mk. 95 Pf., die Ausgaben 71 474 Mk. 88 Pf., das Reinvermögen am 31. März 1918 45 448 Mk. 11 Pf., am 31. März 1919 49 185 Mk. 39 Pf. Am Ende der Berichtsperiode bestanden im Amtsbezirk Karlsruhe, Sitz Karlsruhe, 14 Innungen, 41 Handwerkerfachgenossenschaften und -Vereine, 5 Handwerkervereine und 2 Gewerbevereine. Ein großes und erfolgreiches Tätigkeitsgebiet während des Krieges war die Vermittlung und Übernahme von Heereslieferungen. Ferner erstreckte sich die Tätigkeit der Kammer auf die Fürsorge betreffs Fortführung der Betriebe der eingezogenen Handwerksmeister, Regelung der Kreditverhältnisse, Fürsorge für kriegsbeschädigte Handwerker und Gewerbetreibende, sowie für aus dem Felde heimkehrende Handwerker, endlich auf das Lehrlingswesen. In einer am 15. Dezember 1918 abgehaltenen Konferenz wurden neue Richtlinien aufgestellt:

„Der Achtstundentag mag wohl für die Industrie eine Berechtigung finden, beim Handwerk aber ist die Möglichkeit seiner Durchführung von weitreichender Bedeutung“ . . . „Eine eigenartige Nebenerscheinung des Achtstundentages, die nicht nur den Handwerkern, sondern vor allem auch den Gewerkschaften zu denken gibt, ist die Sucht vieler Arbeitnehmer nach bezahlter Nebenbeschäftigung.“ Abbau der Zwangswirtschaft, Wiederaufbau des Handwerks, bestmögliche Rohstoffzuweisung, Beseitigung von Gefängnis- und Regiearbeit. Regelung und Durchführung des Submissionsverfahrens, der Vertrags- und Lohnverhältnisse, Bildung einer besonderen Abteilung für das Gewerbe in einem Ministerium. Zweckentsprechende Steuern. Neuregelung des Lehrlingswesens. Fürsorge für kriegsbeschädigte. Mitwirkung der Handwerkskreise bei Schaffung von Monopolen und bei Abschluß von Handelsverträgen, Verlängerung

der Gläubigerschutzfristen für heeresentlassene Handwerker und soziale Fürsorge für Handwerker.

Im übrigen verweisen wir auf den erwähnten Bericht der Handwerkskammer (Karlsruhe 1919).

Am 16. Januar hielt der Direktor der Landwirtschaftskammer, Ökonomierat Dr. Müller, vor Landtagsabgeordneten einen Vortrag über die Erweiterung der Aufgaben der Kammer durch den Krieg. Als Hauptaufgabe bleibe die Produktionssteigerung im Lande. Die 12. ordentliche Vollversammlung am 4. April wurde von Ökonomierat Sängler eröffnet, der die Landwirte zur Mitarbeit am Ausgleich zwischen Stadt und Land aufforderte. Staatsminister von Bodman sprach anerkennende Worte für die Leistungen der Landwirtschaft. Dr. Müller erstattete den Tätigkeitsbericht. Die Beteiligung mit 600 000 Mk. an der zu errichtenden Landbank wurde beschlossen. In der Sitzung vom 5. April wurde u. a. der Ankauf des Hauses Stefaniensstraße 45 bewilligt und der Voranschlag für 1918 angenommen. Am 15. Dezember wurde eine außerordentliche Vollversammlung in Anwesenheit des Ministers für Ernährungswesen, Trunk, abgehalten. Nachstehende Entscheidung wurde angenommen:

„Die Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer erklärt ihre volle Übereinstimmung mit den vom Vorsitzenden und dem Vorstande abgegebenen Erklärungen, die eine rückhaltslose Unterstützung der vorläufigen Regierung zum Zweck der Aufrechterhaltung einer geordneten Lebensmittelversorgung von Volk und Truppen, sowie der Erhaltung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion aussprechen.

Sie begrüßt ferner die Errichtung des Landesbauernrats und die Schaffung von örtlichen und Bezirksbauernräten als der augenblicklichen Lage entsprechende weitere Organe zur Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen und der Mitwirkung bei der Regelung der Volksernährung. Sie vermißt bei Bildung der vorläufigen Regierung die Berücksichtigung der Landwirtschaft und ersucht dringlich, sofort nachträglich ein Ministerium für Landwirtschaft zu bilden, nachdem auch für Arbeiter und Soldaten-Angelegenheiten besondere Ministerien errichtet worden sind.“

Das Gewerkschaftskartell Karlsruhe hielt am 21. März seine Generalversammlung ab. Der Jahresbericht über 1917 wurde erstattet. 19 Sitzungen haben stattgefunden, wie der Bericht erwähnte. ferner geht aus ihm hervor, daß das Kartell der Ernährungsfrage und der Brennstoffversorgung viel Zeit und Mühe gewidmet

hat. Eine große Anzahl von Eingaben und Beschwerden wurde den Behörden übermittelt. Das Kartell sei auch im abgelaufenen Jahre von der Stadtverwaltung in anerkennenswerter Weise finanziell unterstützt worden. Das Arbeiterssekretariat wurde von 3217 (1916: 3012) Auskunftsuchenden in Anspruch genommen, die sich aus 3007 (2808) Arbeitnehmern und deren Angehörigen (1769 männlichen und 1238 weiblichen), 178 (179) sonstigen Personen (118 männliche und 60 weibliche) und 32 (25) Vereinen und Körperschaften zusammensetzten. Von den Auskunftsuchenden wohnten 1506 (1666) in Karlsruhe, 1711 kamen aus anderen Orten. Gewerkschaftlich organisiert waren 1202 (998) Personen = 37,4 % (33,1 %). Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 3404 (3331), davon mündlich 2956 (3067) und 448 (264) schriftlich. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze betrug 1203 (1149). Persönliche Vertretungen erfolgten in 32 Fällen für 32 Personen.

In einer Vertreterversammlung vom 6. Juni wurde mitgeteilt, daß eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen sei, ferner daß an Unterstützungen insgesamt 73 650 Mk. ausbezahlt worden wären. Herr Prull unterzog die dem Reichstag vorliegende Arbeitskammervorlage einer Kritik, die in einer Entschließung niedergelegt wurde. Am 16. August berichtete Herr Hof über die Wohnungsfrage und Mieteinigungsämter. Die Ansicht der Versammlung wurde in einem Schriftstück niedergelegt, in dem es hieß: „Das Gewerkschaftskartell billigt die bisherige Haltung und das Vorgehen der Kommission in der Wohnungsfrage und spricht denselben Dank aus.“

Am 30. Juni hielt das Volksbüro und Arbeiterssekretariat für Karlsruhe und Umgebung seine Generalversammlung ab. Der Jahresbericht zeigte, wie sehr die Einrichtung, besonders in Heeresachen, in Anspruch genommen wurde. 1917 wurden 1291 Auskünfte erteilt und 525 Schriftsätze angefertigt. Außerdem übernahm Sekretär Beltzer vielfach die Vertretung der Bittsteller bei Behörden usw.

In einer Versammlung der christlichen Arbeiterschaft am 24. November forderte Gewerkschaftssekretär Erasing die christlich gesinnten Arbeiter und Arbeiterinnen zum Anschluß an die christlichen Gewerkschaften auf.

Auf 10. Juli hatte der Oberbürgermeister Vertreter von Behörden, der Geistlichkeit, der Banken, des Handels und der Industrie, des Gewerbes, der Arbeiter- und Beamtenschaft zu einer Besprechung über den bargeldlosen Zahlungsverkehr eingeladen. Das Referat hatte Reichsbankdirektor Dietz.

Am Hand von Umsatzzahlen der Reichsbank lieferte er den Beweis, wie wichtig für das gesamte wirtschaftliche Leben des Deutschen Reiches die Verbesserung der Zahlungssitten durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr ist. Durch das Steigen des Papiergeldumlaufes und den Abfluß an „Gold“ ins neutrale Ausland und sonstige durch den Krieg bedingte Umstände ist unsere Valuta so gesunken, daß wir beispielsweise in der Schweiz für Ware, die dort 100 Franken kostet, 145 Mark bezahlen müssen. Es müsse mit allen Mitteln auf eine Besserung der Valuta hingearbeitet werden. Dies aber könnte am besten und leichtesten erzielt werden durch die Einbürgerung des bargeldlosen Verkehrs in allen Kreisen unseres Volkes. Es sei eine Tatsache, daß in Deutschland noch große Summen von Bargeld ungenützt herumliegen. Je stärker die Metalldeckung der Reichsbank für die im Umlauf befindlichen Noten, um so höher der Kredit des Reiches und um so besser die Valuta der deutschen Mark im neutralen Ausland. Wie auf diesem Gebiete noch gesündigt wird, sei daraus zu ersehen, daß bei der Einziehung der Zweimarkstücke im Geschäftsbereich der Reichsbankstelle Karlsruhe allein zwei Millionen dieser Geldart eingelöst wurden, ein Beweis, welche große Summe an Hartgeld immer noch von den einzelnen Familien aufgestapelt werden. Die dringende Notwendigkeit, hier eine Besserung zu erzielen, habe zur Bildung einer Zentralstelle in Berlin geführt, die die Aufgabe hat, Organisationen zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs im ganzen Deutschen Reiche zu gründen. Der Redner schloß seinen belehrenden und aufklärenden Vortrag mit der Bitte an die Anwesenden, sich zu einer Landes- und Ortsgruppe zusammenzuschließen, um der Zentralstelle bei ihrer Aufgabe behilflich zu sein.

Auf Grund einer Aussprache bildete sich ein Arbeitsausschuß, dem der Oberbürgermeister, Bürgermeister Dr. Kleinschmidt, Geh. Rat Seubert, Kommerzienrat Homburger, Reichsbankdirektor Dietz und Direktor Huber vom Postsparkamt angehören.

Am 18. November gab das Bezirksamt bekannt, daß der Landesverband der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen in Rastatt durch den Gewerbeverein Karlsruhe eine Beratungsstelle hier eingerichtet habe.

Eine Versammlung der gewerblichen Vereinigungen am 24. November forderte die politische Mitwirkung und Gleichberechtigung des gewerblichen Mittelstandes im neuen Staat.

Am 3. Dezember wurde zum Vollzug der Bestimmung des Reichsamts über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter von der Badischen vorläufigen Volksregierung eine Verordnung erlassen, deren wesentlicher Inhalt also lautete:

„Die achtsündige tägliche Arbeitszeit darf nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und sich nicht über 4 Uhr nachmittags erstrecken. Ausgenommen sind hiervon Arbeiten der in § 105 c Ziff. 3 der Reichsverordnung erwähnte Art, sofern sie nicht innerhalb der angegebenen Zeit vorgenommen werden können. In Betrieben mit zwei oder mehr Arbeitschichten soll eine Schicht innerhalb der im Abs. 1 Satz 1 angegebenen Zeitgrenzen liegen.“

Am 7. Dezember erging an die Einwohnerschaft Karlsruhes folgender Aufruf im Auftrage sämtlicher Handwerker und Gewerbetreibender der Stadt:

„Die Ausrüstung hat eine große Zahl Handwerker und Gewerbetreibende ihrem Berufe wiedergegeben. Es fehlt aber an Arbeit für die Arbeitgeber und damit auch für die Arbeitnehmer. Helft der großen Not dadurch steuern, daß Ihr Arbeiten ausführen laßt, die während der letzten vier Jahre liegen geblieben sind. Zögert nicht, wenn irgend möglich, neue oder Wiederherstellungsarbeiten in Auftrag zu geben. Ihr entlastet damit den Arbeitslosenmarkt und tragt zugleich eine Dankeschuld ab, besonders an alle Feldgrauen, die während des Krieges ihre Geschäfte haben im Stich lassen müssen und dadurch schwere wirtschaftliche Verluste erlitten haben.“

In einer Versammlung der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände am 9. Dezember wurde auf die Unzulänglichkeit der Gehälter der Handelsangestellten hingewiesen und Organisation verlangt, um die Forderungen vertreten zu können.

Eine Versammlung der Vereinigung sämtlicher Handwerker und Gewerbetreibenden am 19. Dezember betonte die Notwendigkeit der Organisation aller Handwerker und berichtete über Schritte, die beim Ministerium zur Wiederbelebung des Handwerks erfolgt sind.

Am 24. Dezember fand eine zahlreich besuchte Erwerbslosen-Versammlung statt. Auf Grund amtlichen Materials wurde erwähnt, daß sich bis dahin beim städtischen Arbeitsamt rund 600 stellungslose Kaufleute gemeldet haben, von denen 428 ortsansässig seien. Über die anderen Berufe fehlten statistische Zahlen. Es sollte Beschluß gefaßt werden, wie dem allgemeinen Arbeitsmangel und der daraus erwachsenen persönlichen Not der Erwerbslosen am wirksamsten zu begegnen wäre. Nach längerer

Beratung einigte man sich auf die Wahl einer Fünferkommission, bestehend aus je 2 Vertretern der Handlungsgehilfen und Arbeiter bzw. Handwerker und 1 Vertreter der technischen Angestellten, die im Einvernehmen mit den bestehenden Berufsorganisationen und dem Gewerkschaftskartell auf Erfüllung folgender Forderungen hinarbeiten soll:

„1. Zulassung vorgenannter Kommission zu den Sitzungen der betr. städt. Ausschüssen usw. zwecks Wahrung der Interessen der Arbeitslosen.

2. Entlassung aller während des Krieges eingestellten weiblichen Hilfskräfte und Pensionäre aus staatlichen, kommunalen und privaten Betrieben, sofern die zu Entlassenden nicht unbedingt auf Erwerb angewiesen sind.

3. Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für alle Erwerbslosen u. a. durch Einstellung in die vorstehend erwähnten freiverdenden Stellen und evtl. durch allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit. Mindestverdienst von täglich 8 Mark, wozu im Bedürftigkeitsfalle aus Mitteln der Erwerbslosen-Fürsorge ein Unterschiedsbetrag bis zur Höhe der zustehenden Erwerbslosen-Unterstützung zu zahlen wäre.

4. Erhöhung der durch Stadtrats-Beschluß vom 21. November 1918 festgesetzten Erwerbslosen-Unterstützung mit Wirkung vom Entlassungstage bis zur Arbeitsaufnahme auf monatlich 240 Mark für einen ledigen Erwerbslosen, 300 Mark für einen verheirateten Erwerbslosen ohne Kind, 330 Mark für einen verheirateten Erwerbslosen mit 1 Kind unter 15 Jahre und fernere 30 Mark monatlich für jedes weitere Kind unter 15 Jahre und erwerbsunfähige Kind über 15 Jahre.“

Die Badische vorläufige Volksregierung hat eine Verordnung erlassen, wonach Betriebe der Metall- und chemischen Industrie, um Kohle zu sparen, am 24. Dezember 1918 bis einschließlich 4. Januar 1919 stillzulegen sind, sofern in ihnen mehr als 30 Arbeiter beschäftigt werden. Ausgenommen bleiben die Betriebe der Staatseisenbahn-Verwaltung; ferner die Privatbetriebe, die mit dringlichen Aufträgen der Staatseisenbahn-Verwaltung befaßt, sowie die Betriebe der Goldwaren-Industrie. Die feiernden Arbeiter erhalten für den Lohnausfall Entschädigung. Diese wird für 7 Werkstage gewährt und beträgt 85 % des regelmäßigen Gesamttagesverdienstes. Auf Nachweis der Auszahlung erstattet die Gemeinde des Betriebsbesitzers dem Arbeitgeber die geleisteten Entschädigungen bis zur Höhe von 70 % des regelmäßigen Gesamttagesverdienstes zurück; den Rest hat der Arbeitgeber endgültig zu tragen.

3. Vereinsleben.

a) Vereine für künstlerische und wissenschaftliche Betätigung.

Der Badische Kunstverein zählte im Berichtsjahre 999 Mitglieder (1917: 1053) mit 1019 (1056) Anteilscheinen. Die Zahl der Besucher der Ausstellung mit Eintrittskarten zu 50 Pf. betrug 3200 (3521), mit Karten zu 10 Pf. 99 (90), mit Schülerkarten zu 2 Mk. 49 (48), im ganzen somit 3348 (3659). Auswärtige Künstler hatten 984 (845), hiesige 1035 (729) Werke ausgestellt. Verkäufe fanden im Werte von 70018 Mk. (307553 Mk.) statt. Die Nachlassausstellungen bestanden aus Werken von Fritz Böhle-Frankfurt a. M., Professor G. Kampmann-Grözingen, G. Tyrann-Karlsruhe, Professor H. Eichfeld-Mannheim, Professor von Keller-Stuttgart und Nathanael Schmitt-Karlsruhe.

Der Verein beschloß, an Stelle der alljährlichen Vereinsgabe und der Sonderverlosung in diesem Jahre anlässlich seines 100-jährigen Bestehens (gegründet 1818) an die Mitglieder eine an dieses Ereignis erinnernde Plakette zu überreichen; diese wurde von Bildhauer Heinrich Egehalt dahier in Stahl geschnitten und in der Kunstprägeanstalt B. H. Mayer in Pforzheim geprägt. Der Plakette, die im Dezember 1918 verteilt wurde, war eine von Geheimrat Dr. Obser verfaßte Denkschrift über die ersten Zeiten des Bestehens des Vereins beigelegt. Außerdem wurde beschlossen, in Erinnerung an das Jubiläum aus der diesmaligen Weihnachtsausstellung badischer Künstler Kunstwerke im Betrag von 3000 Mk. anzukaufen und zur Verlosung unter die Mitglieder zu bringen. Demgemäß wurden 6 Werke der Plastik und Malerei angekauft und verlost. Im ganzen hat der Verein 1918 für diesen Ankauf, für die Plakette und die allgemeine Verlosung von Unrechtscheinen 15000 Mk. verausgabt. Endlich wurde beschlossen, vom 1. Januar 1919 einen Geschäftsführer zu bestellen, dem neben der Besorgung der übrigen geschäftlichen Angelegenheiten insbesondere die Vermittlung von Verkäufen der im Kunstvereine ausgestellten Werke obliegen soll. Hierzu wurde der frühere Sekretär des Vereins, Hauptmann a. D. Richter, bestellt.

Die Einnahmen des Vereins betrugen im Berichtsjahre 28.130 Mk. 99 Pf. (1917: 32.106 Mk. 98 Pf.), die Ausgaben 28.597 Mk. 16 Pf. (33.055 Mk.). Das Vermögen ist auf 78.570 Mk. 83 Pf. (78.742 Mk. 21 Pf.) berechnet.

Im März hielt der Badische Kunstgewerbeverein Generalversammlung ab. Nach dem Bericht hielten sich Mitgliederstand und Kasse auf ziemlich gleicher Höhe, wie bisher. Zwei Fragen führten in der Versammlung zu einem lebhaften Meinungsaustausch: Die Anschaffung einer Vereinszeitschrift anstelle des bisherigen Kunstgewerbeblattes und die Einrichtung einer Beratungsstelle für Kunstgewerbetreibende.

Hier hat sich ein Kunst- und Kulturrat für Baden gebildet. Im Dezember trat er mit einem Aufruf, der von einer größeren Anzahl Künstlern, Kunstfreunden und wissenschaftlich gebildeten Männern unterzeichnet war, vor die Öffentlichkeit. Wir geben hier den allgemeinen Teil des Aufrufs wieder. Dieser lautet:

„Der Kunst- und Kulturrat bezweckt die Wahrung der Rechte des Geistes und der Kunst in allen öffentlichen Angelegenheiten geistiger und künstlerischer Art. Er sucht dies zu erreichen durch Aufklärung der Öffentlichkeit (insbesondere der politischen Parteien und amtlichen Stellen) über die geistigen und künstlerischen Grundbegriffe und Grundtatsachen; durch Vorschlag von Reformen der bestehenden und Begründung neuer Kunst- und Bildungsanstalten; durch Beratung der amtlichen Stellen in allen öffentlichen Kunst- und Geschmacksfragen, insbesondere in Fragen der Repräsentation des Staates durch Bauten, Denkmäler, Münzen, Banknoten, Wertzeichen, Urkunden; durch Überwachung der Ausführung des Beschlossenen, wenn nötig durch Kritik und Protest.

Die Grundsätze für seine Tätigkeit sind hierbei folgende: Er fordert eine Kunst, die weder der Unterhaltung und dem Luxus, noch einseitiger Pflege der Sinne und des Intellekts dient, sondern als Ausdruck der höchsten seelischen Werte der Nation sich an die Gesamtheit des Volkes wendet.

Er fordert eine Wissenschaft, die nicht Erforschung und Registrierung des Wißbaren für Fachgelehrte ist, sondern die durch Wahl und Wertung den toten Wissensstoff belebt und damit der Volksgesamtheit ein anschauliches geistiges Weltbild schafft.

Sein Ziel ist der einheitliche Aufbau einer wahren Volkskultur, die das geistige Erbe der Nation und der Menschheit allen zugänglich macht und die Vorrechte des Geldes und der Bildung nicht mehr anerkennt.“

Am 7. Dezember wurde unter Mitwirkung einer großen Anzahl Techniker die Karlsruher Hochschulvereinigung gegründet,

die sich zur Aufgabe stellt, die Beziehungen zwischen technischer Praxis und Wissenschaft enger zu gestalten, insbesondere auch der Fridericiana Mittel zur Verfügung zu stellen zur Bearbeitung von Fragen, die außerhalb des Bereiches der staatlichen Aufgaben liegen. Durch Stiftungen mehrerer Mitglieder verfügt die Vereinigung bereits über ein ansehnliches Vermögen.

Vom Verein für Original-Radierung in Karlsruhe ist wie alljährlich zum Weihnachtsfest die unter Leitung von Professor Conz herausgegebene Mappe erschienen. Sie enthielt Radierungen von Conz, Kupferschmid, Riedel und Thoma, ferner Lithographien von Egler, Goebel, Hauelsen und von Volkmann. Diese Mappe schließt zugleich eine 25jährige Tätigkeit des Vereins ab.

b) Vaterländische, landsmannschaftliche, Hausbesitzer- und Standesvereine.

Der Bund deutscher Bodenreformer hielt am 25. Januar und 13. März Versammlungen ab.

Der Leibgrenadierverein veranstaltete am 10. Februar eine vaterländische Zusammenkunft.

Am 22. Juli hielt der Militärverein Generalversammlung ab.

Am 12. Oktober fand auf Einladung des Alb- und Pfinggau-Militärvereinsverbandes eine Zusammenkunft der Gaumitglieder von Karlsruhe statt.

Am 29. Mai legte der im vorigen Jahre gegründete „Bund für deutsche Familie und Volkskraft“ in öffentlicher Versammlung seine Ziele dar.

Die Generalversammlung des Grund- und Hausbesitzervereins fand am 7. Mai statt; er zählt zurzeit 2004 Mitglieder.

Am 27. Januar hielt der Verband des deutschen Verkehrspersonals, Verwaltungsstelle Karlsruhe I, eine Generalversammlung ab, die hauptsächlich Lohnfragen behandelte.

Die Versammlungen des Wirte-Vereins am 30. Januar und am 10. April befaßten sich mit den Erschwerungen der Versorgung mit Lebensmitteln und Getränken.

Der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband veranstaltete am 9. Februar, 19. März und 9. Mai Vortragsabende.

Am 13. Februar hielten der Ortsvorstand der Beamtenvereine und am 17. Februar der Gemeindearbeiterverband Versammlungen ab.

Die Generalversammlung der Krankenzuschußklasse des Werkmeister-Bezirksvereins fand Ende Februar statt.

Am 5. Juni wurde die Generalversammlung des Vereins Karlsruher Presse abgehalten.

Am 17. November tagten der Zweigverein des Deutschen Bankbeamtenvereins, am 21. November die gastwirtschaftlich Angestellten und am 21. November die drei Verbände technischer Angestellten.

Die ordentliche Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Karlsruhe des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller fand am 28. November statt.

Am 1. Dezember hielten die Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Musikerverbandes eine Versammlung und am 16. Dezember die der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen Deutschlands ihre Generalversammlung ab.

c) Konfessionelle Vereine.

Der Katholische Geschäftsgehilfinnen- und Beamtinnenverein beging am 3. Februar sein 18. Stiftungsfest.

Der Katholische Arbeiterverein hielt am 3. März seine Generalversammlung ab.

Am 14. April beging der Schutzengelbund der Pfarrgemeinde H. E. Frau das Fest der Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Katholische Männerverein der Südstadt hielt am 27. April seine Generalversammlung ab und veranstaltete am 16. Juni mit dem Jugendverein einen vaterländischen Abend.

Am 28. April hielt der Katholische Frauenbund, Zweigverein Karlsruhe, Generalversammlung ab.

Der Katholische Jugendverein der Oststadt beging am 2. Mai die Aufnahme der Schulentlassenen mit einer Abendunterhaltung.

Am 29. September beging das Kreuzbündnis (Verein abstinenter Katholiken) das Gedächtnis seines zehnjährigen Bestehens.

Am 15. Dezember veranstalteten die vereinigten Katholischen Vereine von Mühlburg eine Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Soldaten, an demselben Tage ebenso der Katholische Jungmännerverein Beierthelm.

Dem Rechenschaftsbericht des Männer-Vinzentius-Vereins für das Jahr 1918 entnehmen wir folgende Angaben: Die Konferenz von St. Stephan zählte 15 tätige Mitglieder (1917: 14) und 173 (218) Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Die entsprechenden Zahlen sind für die Liebfrauenkonferenz 9 (14) und 254 (281), für St. Bernhard 11 (11) und 121 (123), für St. Bonifatius 7 (1) und 85 (76) und für St. Peter und Paul 5 (5) tätige Mitglieder. Die Gesamteinnahmen des Vereins beliefen sich auf 10976 Mk. 40 Pf., die Ausgaben auf 10252 Mk. 43 Pf., das Gesamtvermögen auf 15288 Mk. 97 Pf. Unterstützt wurden im ganzen 38 Familien mit zusammen 116 Personen. 4 Kinder waren auf Kosten des Vereins in Anstalten untergebracht.

Der Borromäus-Verein für das Dekanat Karlsruhe hatte im verflossenen Jahre 6523 Mk. (1917: 4425 Mk.) Einnahmen und 5513 Mk. (4362 Mk.) Ausgaben. Die Vereinsangehörigen erhielten Büchergaben im Werte von 3847 Mk. (3293 Mk.). für Vermehrung der Büchereien hat die Zentralsstelle 850 Mk. zur Verfügung gestellt. An Bücher zum Ausleihen waren 11653 Bände vorhanden; 32768 (26940) Bände wurden ausgeliehen.

d. Sport- und andere Vereine.

Am 17. Februar veranstaltete der 3. Bezirk des 10. Kreises des Arbeiter-Turnerbunds hier ein Schauturnen und am 7. Juli aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Arbeiter-Turnerbunds in Deutschland ein Festturnen in Bulach.

Die Vereinigten Karlsruher Turnvereine hielten am 16. März einen vaterländischen Abend ab. Am 29. September veranstalteten der obere Kraichturgau und der Karlsruher Turngau gemeinsam ein volkstümliches Wettturnen in Bretten.

Der Karlsruher Männerturnverein gab am 11. Dezember für die aus dem Felde heimgekehrten Mitglieder einen Begrüßungsabend.

Am 8. September fand ein Kriegs=Wohltätigkeits=Wettschwimmen im Vierordtbad statt, an dem sich 18 Vereine beteiligten.

Die Fußball=Wettspiele, die an Sonn= und feiertagen zwischen den hiesigen Vereinen oder gegen auswärtige zum Austrag kamen, waren zu zahlreich, als daß sie hier aufgeführt werden könnten. Es muß auf die Sportbeilagen der Tageszeitungen verwiesen werden.

Am 13. Januar hielten der Kaninchenzuchtverein, Stammverein Karlsruhe und am 13. Februar der Tierschutzverein Generalversammlung ab.

V.

Leistungen des Gemeinssins. Armen- und Krankenpflege.

1. Leistungen des Gemeinssins.

Im Jahre 1918 wurden im städtischen Vierordtbad insgesamt 195 298 (1917: 209 308) Bäder abgegeben, darunter Schwimmbäder 95 902 (116 389), Heißluft- und Dampfbäder 7984 (7322), Wannenbäder 84 818 (79 712) und Kurbäder 6594 (5885). Von den 195 298 (209 308) Bädern wurden zu ermäßigten Preisen (Volksbäder) im ganzen abgegeben 43 147 (55 748) und zwar 42 680 (54 877) Schwimmbäder und 467 (871) Heißluft- und Dampfbäder. Auf 100 Einwohner von Alt-Karlsruhe kamen im Berichtsjahre 155,5 (164,2) Bäder, in der Gesamtstadt 135,3 (143,3).

Im städtischen Schwimm- und Sonnenbad — geöffnet in den Monaten Mai bis September — wurden im ganzen 29 532 (1917: 42 838) Bäder abgegeben. Davon entfielen auf Männer und Knaben 22 108 (34 286), darunter 54 33 (8694) Volksbäder, auf Frauen und Mädchen 7426 (8552), darunter 1205 (1827) Volksbäder.

Im Stadtgarten wurden im Jahre 1918 insgesamt 264 467 Einzelskarten (1917: 235 807) verkauft und zwar an Erwachsene 75 339 zu 34 165 Mk. 90 Pf., an Kinder 40 774 zu 8867 Mk. 90 Pf., an Sonntag Vormittagen an Erwachsene 133 955 zu 13 395 Mk. 50 Pf. und an Kinder 14 399 zu 719 Mk. 95 Pf. Im ganzen wurden somit 57 149 Mk. 25 Pf. (42 273 Mk. 30 Pf.) für diese Einzelskarten eingenommen. Jahres-

karten wurden im ganzen 10102 (5910) Stück zu 36719 Mk. (19661 Mk. 50 Pf.) abgegeben, und zwar Hauptkarten 3241 (1715), Beiskarten und Schülerkarten 6861 (4195).

Konzertkarten wurden 136784 (108931) zu 71071 Mk. 95 Pf. (48478 Mk. 80 Pf.) verkauft. Die Konzerte werden von der Stadt auf eigene Rechnung veranstaltet. Die Kapellen erhalten feste Vergütungen.

Bootskarten wurden 168222 (151753) zu 22554 Mk. 90 Pf. (15175 Mk. 30 Pf.) verkauft. Eiskarten, Reit-, Fahr- und Wagekarten 24145 (40754) zu 2667 Mk. 7350 Mk. 70 Pf.

Vom 1. Februar galten zum einmaligen Besuch des Stadtgartens folgende Eintrittspreise: für eine erwachsene Person 50 Pf., für eine Militärperson in Uniform vom Feldwebel abwärts 25 Pf., für ein Kind im Alter von 2—10 Jahren 25 Pf., bei ermäßigten Eintrittspreisen an Sonn- und Feiertagen für jedes Kind bis zu 10 Jahren 5 Pf. Kartenhefte wurden nicht mehr ausgegeben.

Am 31. Dezember des Berichtsjahres ergab sich im Stadtgarten folgender Tierbestand: Raubtiere 12, Wildschweine 4, Huftiere 31, Raubvögel 11, Nagetiere 102, Beuteltiere 1, Affen 9, Sittiche und Papageien 12. Sing- und Ziervögel: Körnerfresser 2, Hühner 64, Fasanen 18, Strauß 1, Gänse 6, Eulen 35, Waldbühner 1, Pfauen 9, Tauben 9, Schwäne 12, Sumpfvögel 3, Reptilien 9, Fische 138.

Für die Mitglieder des Vereins Volksbildung fand am 3. Februar eine Führung durch das Kunstgewerbemuseum unter Leitung des Direktors Hoffacker statt. Die Hauptversammlung wurde am 15. März abgehalten. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Verein trotz der Kriegszeit erfolgreiche Tätigkeit entfaltet habe. Der Kassenbericht ergab ein gutes Bild der Vereinslage.

Der Badische Landesverein der Kaiser-Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden aus dem Feldzug 1870/71 hat im Geschäftsjahr 1918/19 663 Invaliden und 591 Hinterbliebene im Gesamtbetrag von 43316 Mk. 50 Pf. unterstützt. Von dieser Summe haben die Bezirksvereine zusammen 34596 Mk. 50 Pf., der Zentralfonds des Landesvereins 10720 Mk. aufgebracht.

Der Zentralfonds hat sich im laufenden Geschäftsjahr von 61 348 Mk. auf 51 502 Mk. vermindert.

Die Mitgliederzahl der Gartenstadt Karlsruhe betrug am 1. Januar des Berichtsjahres 493 (1917: 526) mit 934 (958) Geschäftsanteilen. Eingetreten sind während des Jahres 52 Mitglieder mit 52 Anteilen, 21 weitere Anteile wurden von Mitgliedern übernommen. Ausgeschieden sind 31 Mitglieder mit 31 Anteilen, somit Stand am 31. Dezember des Berichtsjahres 514 Mitglieder mit 976 Geschäftsanteilen. Die Haftsumme betrug am Schlusse des Berichtsjahres 195 200 Mk. (186 800 Mk.) Vermögen und Verbindlichkeiten sind mit 186 479 Mk. 69 Pf. (184 742 Mk. 33 Pf.) berechnet.

Der Mieter- und Bauverein zählte am 1. Januar des Berichtsjahres 1428 (1917: 1417) Mitglieder mit 1593 (1585) Geschäftsanteilen. Im Laufe des Jahres 1918 sind 201 Mitglieder mit 201 Anteilen eingetreten. 11 weitere Anteile wurden übernommen. Mit Schluß des Jahres schieden 46 Mitglieder mit 53 Anteilen aus. Stand am 1. Januar 1919 1583 Mitglieder mit 1752 Anteilen. Das Geschäftsguthaben der Mitglieder hat sich im Jahre 1918 um 27 845 Mk. 62 Pf. (5707 Mk. 30 Pf.) vermehrt. Die Gesamthaftsumme betrug am 1. Januar 1918 318 600 Mk., am Schluß des Jahres 361 000 Mk. Vermögen und Schulden sind auf den 31. Dezember 1918 mit 360 079 Mk. 25 Pf. (329 1873 Mk. 91 Pf.) berechnet.

Der Lebensbedürfnisverein hielt am 21. März 1919 Generalversammlung ab. Der Gesamtumsatz des Berichtsjahres betrug 6 130 625 Mk. (1917: 5 316 435 Mk.). Der Mehrumsatz entfiel in der Hauptsache auf das Waren- und Weingeschäft. Der Reingewinn beläuft sich auf 407 454 Mk. 38 Pf. (361 468 Mk. 85 Pf.). Die Unkosten sind im Berichtsjahr auf rund 123 000 Mk. gewachsen. Der höhere Reingewinn ermöglichte wiederum neben einer 5 %igen Verzinsung der Geschäftsanteile eine Dividende von 6 %. Der Reservefonds wurde von 120 000 Mk. auf 160 000 Mk. erhöht, dem Dispositionsfonds und dem Erneuerungsfonds je 10 000 Mk. dem Kraftwagenkonto 20 000 Mk. und dem Unterstützungsfond 332 Mk. 89 Pf. überwiesen. Das Geschäftsguthaben der Mitglieder belief sich am 31. Dezember 1918 auf

677 218 Mk. 30 Pf. (669 039 Mk. 50 Pf.). Die Zahl der Mitglieder betrug auf 1. Januar 1919 12014 (12229). — Der Geschäftsbericht gedachte der auf dem Felde der Ehre gefallenen Angestellten und erwähnte die Beschädigungen die das Vereinsanwesen in der Putzlitzstraße bei den Fliegerangriffen am 25. Juni und 22. August erlitten hat. Während am 25. Juni das Bäckereigebäude durch Bombensplitter beschädigt wurde, fiel bei dem Angriff am 22. August eine Bombe auf das Glasdach des Vereinsgebäudes und richtete hier einen Schaden von über 67 000 Mk. an. Dann schloß sich an den Geschäftsbericht eine Aussprache an, worauf die Erneuerungswahl in den Aufsichtsrat erfolgte. Außer dem Wahlvorschlag des Verwaltungsrates lag ein solcher des Gewerkschaftskartells vor. Der letztere erhielt die Mehrheit.

Der Verkehrsverein Karlsruhe hat für 1918 einen gedruckten Jahresbericht herausgegeben. In der Mitgliederversammlung, die am 8. März 1919 abgehalten wurde, gab der Schriftführer, Oberstadtssekretär Lacher, einige Erläuterungen zu dem Bericht. Er betonte insbesondere, daß sich die öffentliche Auskunftsstelle des Vereins (Bahnhofplatz 6) fortdauernd gut entwickelt habe. Mit dem Mitteleuropäischen Reisebüro in Berlin (G. m. b. H.) und der Europäischen Güter- und Reisegepäck-Versicherungs-A.-G. wurde ein Abkommen getroffen, wonach die Auskunftsstelle ihre Vertretungen übernimmt und die Reisenden insbesondere die Möglichkeit der Versicherung ihres Gepäcks haben. Weiter wurde bemerkt, daß der Fremdenverkehr in Karlsruhe wie überall infolge des Krieges zurückgegangen, daß aber in der zweiten Hälfte des Jahres ein Steigen zu verzeichnen gewesen sei. — Einnahmen und Ausgaben für 1918 betrugen rund 22 000 Mk. Der Voranschlag für 1919 sieht 10 450 Mk. Einnahmen vor, darunter Zuschüsse von der Stadt 5500 Mk., Ausgaben 13 000 Mk. Der Fehlbetrag soll, sofern nicht ein erheblicher Mitgliederzuwachs eintrete, durch Einsparungen beseitigt werden. Wegen Erhaltung des Botanischen Gartens, der Anlagen auf dem Schloßplatz, des Fasanengartens und der Abwendung der da und dort angeregten teilweisen Ausstoßung des Hardtwaldes hat der Verein Schritte bei den maßgebenden Behörden getan.

Der Verein zur Belohnung treuer Dienstboten hielt am 22. Mai in Anwesenheit der Großherzogin Luise die jährliche Preisverteilung. Von den von Großherzogin Luise gestifteten Auszeichnungen erhielten 8 Dienstboten das silberne Ehrenkreuz für eine Dienstzeit von 25 Jahren, ein Dienstbote das silbervergoldete für eine Dienstzeit von 40 Jahren und ein Dienstbote das silbervergoldete mit Kranz und der Zahl 50 für eine Dienstzeit von 50 Jahren. Vom Verein erhielten 49 Dienstboten eine Belohnung für 3- bis 6jährige Dienstzeit. Preise wurden im ganzen an 59 Dienstboten für 6- bis 45jährige Dienstzeit gegeben. Von diesen mit Preisen bedachten Dienstboten erhielten 9 aus der Heinrich-Dierordt-Stiftung eine Zulage von je 5 Mk. wegen langjähriger Dienstzeit, 2 eine Zulage aus derselben Stiftung von je 5 Mk. wegen aufopfernder Krankenpflege. Eine besondere Anerkennung wegen Krankenpflege erhielten 3 Dienstboten. — Der Verein zählt 481 (1917: 462) Mitglieder. Die Einnahmen und Ausgaben betrugen im Rechnungsjahr 1916/17 3086 Mk. 70 Pf. (2571 Mk. 95 Pf.). Das Vermögen des Vereins beziffert sich auf 35 057 Mk. 51 Pf. (34 766 Mk. 90 Pf.).

Die Karl = friedrich = Leopold = und Sophien = Stiftung (Pfründnerhaus) zählte am Schlusse des Berichtsjahres 63 (1917: 68) Pfründner erster und 45 (56) Pfründner zweiter Klasse. Die laufenden Einnahmen betrugen 117 343 Mk. 20 Pf. (108 169 Mk. 37 Pf.), die Ausgaben 134 511 Mk. 70 Pf. (103 810 Mk. 15 Pf.). für den Grundstock gingen dem Pfründnerhaus im Berichtsjahr keine Mittel zu.

Die Buchdrucker = Invalidenkasse „Guten berg = Stiftung“ hatte im abgelaufenen Jahre 3096 Mk. 95 Pf. ordentliche Einnahmen und 2460 Mk. 10 Pf. ordentliche Ausgaben. Das Vermögen betrug am 1. Januar des Berichtsjahres 59 048 Mk. 21 Pf. — Die Hinterbliebenenkasse der Karlsruher Buchdrucker = gehilfen hatte 675 Mk. 75 Pf. Einnahmen und 676 Mk. 5 Pf. Ausgaben. Das Vermögen betrug 12 000 Mk. 28 Pf.

Der Badische Schwarzwaldverein (Orts- und Bezirksgruppe Karlsruhe) zählte am Schluß des Berichtsjahres rund 1300 Mitglieder. Die Einnahmen des Vereins betrugen 7412 Mk.

60 Pf. (1917: 7411 Mk. 50 Pf.), darunter 50 Mk. von Großherzogin Luise und 430 Mk. von der Stadtgemeinde Karlsruhe. Die Ausgaben beliefen sich auf 6846 Mk. 9 Pf. (5391 Mk. 27 Pf.). Das Vermögen ist auf 7875 Mk. 23 Pf. (7308 Mk. 72 Pf.) berechnet.

Für die freiwillige Feuerwehr hatte die Stadtgemeinde in den Voranschlag des Berichtsjahres einen Beitrag von 96 600 Mk. (1917: 89 342 Mk., wirklicher Verbrauch 79 946 Mk.) eingesetzt. Die Hauptübung der Feuerwehr der Altstadt fand am 27. September statt. Die Feuerwehr des Stadtteils Mühlburg hielt ihre Frühjahrsausübung am 11. Mai, die Herbstübung am 19. Oktober ab.

Der engere Ausschuß des Badischen Frauenvereins hielt am 5. Juni in Gegenwart der Großherzoginnen Hilda und Luise seine Jahresitzung ab. Der Generalsekretär erstattete über die Lage des Vereins und über die Tätigkeit desselben im abgelaufenen Jahre Bericht, wobei sich Aussprachen mit den Vertretern der Zweigvereine angeschlossen. Auch über das Rechnungswesen der Zentralfonds wurde Bericht erstattet. *)

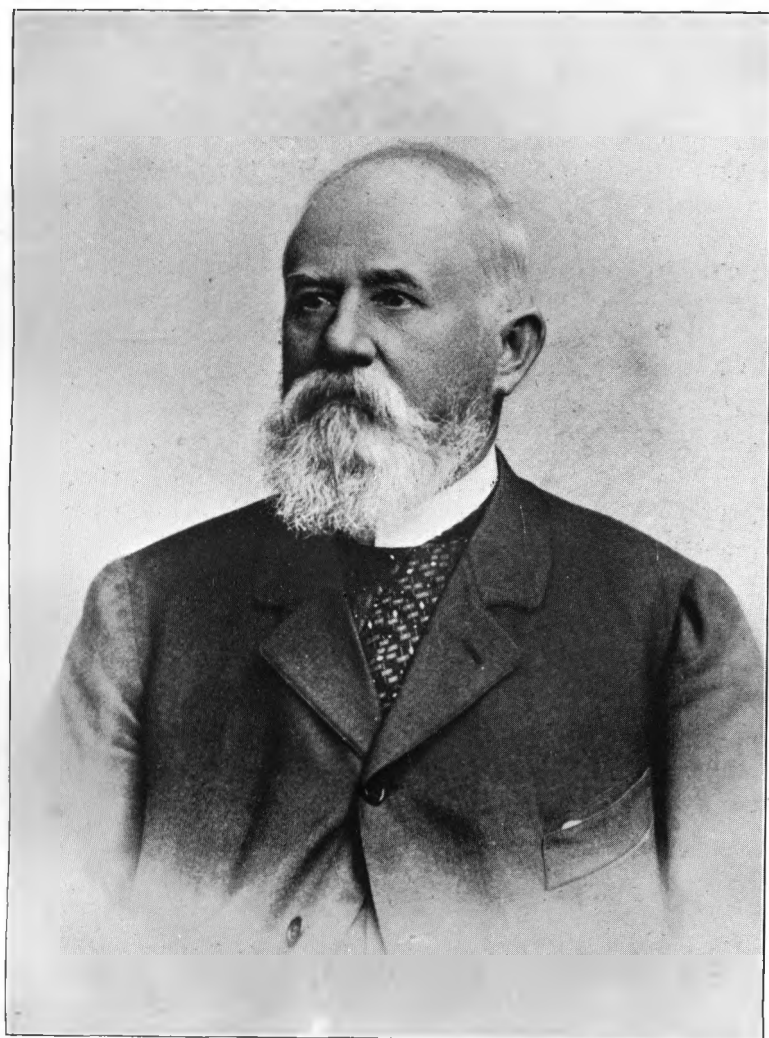
Der 1917 errichtete „Soziale Kurs“ (vergl. Chronik 1917 S. 272) wurde im Laufe des Berichtsjahres in eine „Soziale Frauenschule“ umgewandelt. Neben der „Sozialen Frauenschule“ richtete der Verein einen besonderen „Kurs für Ausbildung sozialer Hilfskräfte“ ein.

Von der vom Frauenverein unterhaltenen Volksbibliothek gingen 14 Sendungen mit zusammen 556 Bänden an die Landorte. Die hiesige Ausleihestelle gab im ganzen 3360 (1917: 1044) Bände auf 83 gelöste Ausleiharten ab.

In der Säuglingsfürsorge des Frauenvereins betrug die Zahl der in der Altstadt und in Mühlburg überwachten Kinder 1209 (1917: 989). Die allwöchentlich stattfindende Beratungsstunde für das Kleinkind (Kind vom 2. bis 6. Lebensjahr) wurde jeweils von etwa 20 Kindern besucht.

In der Mädchenfürsorge des Frauenvereins stellten sich 131 Mädchen unter den Schutz des Vereins. — Das Fürsorgeheim

*) Siehe im einzelnen den gedruckten Bericht des Bad. Frauenvereins.



Kaufmann Friedrich Wilhelm Doering
Alt-Stadtrat

Phot. Oskar Euck

(Dienstbotenschule) in Scheibenhardt war zu Beginn des Jahres 1918 von 6 Zöglingen besetzt. Neuaufgenommen wurden 15.

Im Asyl und Erziehungshaus Scheibenhardt befanden sich am 1. Januar 1918 46 Zöglinge (30 kathol., 16 evangel.). Im Laufe des Jahres gingen 15 zu, somit 59, 24 wieder ab, somit Stand am Jahreschluß 35 (25 kathol., 10 evangel.). Die 59 standen sämtlich unter Zwangserziehung. Von den 24 abgehenden Mädchen kamen 11 in Dienststellen, 11 nach Hause, 2 gingen flüchtig. Das Vermögen ist auf 31. Dezember 1918 mit 34 483 Mk. berechnet.

Das Geschäftsgehilfenheim des Frauenvereins war im Laufe des ganzen Jahres stets voll besetzt. Die Zahl der Pensionstage betrug 13 137 (1917: 13 395). Die an Stadtgäste verabreichten Mittagessen beliefen sich auf 18 539 (17 052), die Abendessen 7 459 (6 368). Als Vermögen besitzt das Heim am Schluß des Berichtsjahres den Anteil am Heimgebäude mit 17 306 Mk., an sonstigem Vermögen 9 758 Mk. — für das Arbeiterinnenheim wurde ein eigenes Haus (Sonntagsplatz 2) erworben. Ankaufspreis 70 400 Mk. Am 27. Oktober wurde das neue Heim mit einer kleinen Feier eingeweiht.

Die Eröffnung des Abendheimes für Arbeiterinnen aller Betriebe im Hildahaus (Scheffel-Straße 37) fand am 21. Januar statt.

Der Arbeiterbildungsverein veranstaltete am 21. Januar unter Mitwirkung von Künstlern des Hoftheaters einen Vortragsabend.

Am 24. Juni erstattete Stadtrat Dr. Binz in der Hauptversammlung des Jugendbildungsvereins den Geschäftsbericht für 1917/18. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des Geschäftsjahres (31. März 1918) 485. Die körperliche, geistige und sittliche Ertüchtigung der volksschulentlassenen Jugend ist der Hauptzweck des Vereins. An Einrichtungen, die diesem Zweck dienen sollen, sind in den Satzungen u. a. vorgesehen: Veranstaltungen zur Belehrung und Unterhaltung der Jugend, Eltern-Abende mit Darbietungen der Jugend, Sport, Bibliothek und Lesehalle. Ein Jugendheim wurde in dem Hause Kaiser-Straße 145 provisorisch eingerichtet. Die jungen Leute finden dort Spiele und Lesestoff

Zu Anfang des Berichtsjahres hatten sich die Berufsberatungsstellen des „Nationalen Frauendienstes“ und des „Katholischen Frauenbundes“ zu gemeinsamen Unternehmungen und Verhandlungen zusammengeschlossen. Die kostenlosen Sprechstunden fanden, wie bisher, getrennt statt, und zwar die des „Nationalen Frauendienstes“, Zähringer-Straße 100, die des „Katholischen Frauenbundes“, Blücher-Straße 3.

Die Kleinkinderbewahranstalten (Kleinkinderschulen) wurden am 1. Dezember 1918 von 614 (1917: 720) Kindern besucht, 314 (368) Knaben und 300 (352) Mädchen. Von den 614 Kindern besuchten 63 die Schule im Mutterhaus für Kinderschwestern, 104 die im HildaHaus, 240 die im Gemeindehaus der Südstadt, 89 die in der Rudolf-Straße, 83 die in der Belfort-Straße und 35 die in der Akademie-Straße. — Das Mutterhaus hatte im Berichtsjahre 142 auswärtige Stationen mit 213 (1917: 207) Schwestern besetzt, 17 (15) Schwestern waren beurlaubt, 13 (14) befanden sich im Ruhestand, 19 (20) Schwesternzöglinge waren im Hause. Das gibt zusammen 262 (256) Schwestern.

Im St. Elisabethenhaus übernachteten im Berichtsjahre 315 (1917: 210) Mädchen mit 1683 (1186) Übernachtungen. 836 (1105) Dienstmädchen suchten Stelle, 2110 (2635) Dienstgeber suchten Mädchen, 596 (606) Stellen wurden vermittelt. 260 (371) ständige und vorübergehende Pensionärinnen bewohnten die Anstalt, 140 (60) Zöglinge besuchten die Nähsschule.

Im St. Franziskushaus wurden im Berichtsjahre 96 (170) Stellen vermittelt. 138 (229) Dienstmädchen suchten Stellen, 743 (1036) Dienstgeber suchten Dienstboten. 50 Haushaltungszöglinge besuchten das Haus, 40 (44) Pensionärinnen befanden sich im Damenheim.

Das St. Josephshaus beherbergte im Berichtsjahre 100 Mädchen (1907: 135) mit 2448 (720) Übernachtungen. 152 Stellen wurden vermittelt. 170 (124) Mädchen suchten Stellen, 1045 (620) Herrschaften suchten Dienstmädchen. 180 (160) Mädchen besuchten die Frauenarbeitschule. 24 (24) ständige Pensionäre befanden sich im Damenheim, vorübergehende Pensionäre waren 32.

Das MarthaHaus beherbergte im Berichtsjahre 351 Mädchen und Frauen (1917: 591) mit 7500 (7764) Übernachtungen.

Dazu kamen 32 (42) Pensionärinnen mit 6203 (5920) Verpflegungstagen. 2079 (2409) Herrschaften haben Hausangestellte und 468 (582) Hausangestellte haben Stellen gesucht, 166 (224) haben Stellen gefunden.

Hauptlehrer Schilling hat, wie aus dem Stadtratsbericht vom 3. Januar hervorgeht, der Stadt Karlsruhe zur Verwendung im Zeichenunterricht der Schiller-Schule eine Sammlung von körperlichen Vorbildern geschenkt, die er persönlich hergestellt hat.

Am 5. Januar wurde bekannt gegeben, daß der Großherzog der Stadt Karlsruhe 150 Ster Brennholz um den Ersatz der Zurichtungskosten zur Verfügung gestellt habe.

Nach einer Mitteilung vom 11. Januar hat Großherzogin Luise der Stadt Karlsruhe zum Ankauf von Brennstoffen für die Wärmestuben den Betrag von 1000 Mk. und zur Beschaffung von Lesestoff für die Wärmehallen, laut Mitteilung aus der Stadtratsitzung vom 23. Januar, 100 Mark zur Verfügung gestellt. Der Stadtrat sprach der Großherzogin hierfür ehrerbietigsten Dank aus. Am 16. Januar überwies Großherzogin Luise dem Fabrikarbeiterinnenheim 3000 Mk.

Aus der Stadtratsitzung vom 17. Januar wurde mitgeteilt: „Der vor kurzem in Achern verstorbene Privatgelehrte Gustav Wagner hat dem städtischen Archiv eine Sammlung von Kupfer- und sonstigen Scheidemünzen der alten Währung (vor 1873), sowie Bilder und Dokumente, die sich auf Alt-Karlsruhe beziehen, vermacht. Der Stadtrat beschließt die Annahme des Vermächtnisses.“ — „Die Generalintendanz der Großh. Zivilliste hat aus dem Erlös der Gebühren für den Besuch des Großh. Wildparks im Jahre 1917 den Betrag von 300 Mk. dem Wohltätigkeitsfonds zur Verfügung gestellt. Der Stadtrat spricht dafür verbindlichsten Dank aus.“

Am 26. Januar veröffentlichte der Oberbürgermeister, daß ihm die Erben der verstorbenen Frau Henriette Willstätter, geb. Homburger, zur Verteilung unter würdige Arme christlicher Konfessionen die Summe von 1000 Mk. überreichen ließen. Weitere Spenden erhielten von den Erben der Frau Willstätter: Stadtrabbiner Dr. Appel 1000 Mk. zur Verteilung an würdige israelitische Arme, die Direktion des Vereins zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder 500 Mk., der Oberbürgermeister 5000 Mk. für die Orts-

gruppe Karlsruhe des „Badischen Heimatdankes“, 1500 Mk. für die städtische Hinterbliebenenfürsorge, 500 Mk. für das städtische Altersheim, die Kommission des israelitischen Krankenhauses 500 Mk., der Nationale Frauendienst 800 Mk., der Ausschuß für Kolonien 1000 Mk., der Israelitische Frauenverein 1500 Mk., der Vorstand des Israelitischen Brennmaterial-Vereins 500 Mk., der Verein Frauenbildung—Frauenstudium 200 Mk., die Blindenvereinigung von Karlsruhe u. Umg., Abt. Kriegsblindenfürsorge, 500 Mk.

Aus der Stadtratsitzung vom 31. Januar wurde mitgeteilt, daß Kaufmann Louis Kehm der städtischen Handelsschule das Hand- und Lehrbuch: „Das Buch des Kaufmanns“ von Gg. Obst mit der Bestimmung geschenkt habe, es auf Ostern einem fleißigen Schüler der Anstalt zuzuwenden.

Frau Direktor Hummel hier, hat, wie Ende Januar veröffentlicht wurde, zum Andenken an ihren heimgegangenen Gatten für das Ludwig-Wilhelm-Krankenheim 3000 Mk. gespendet.

Am 9. Februar wurde mitgeteilt, daß ein Wohltäter, der schon wiederholt der Allgemeinheit reiche Schenkungen habe zukommen lassen, dem Oberbürgermeister zur weiteren Ausschmückung des Stadtgartens 50 000 Mk. zur Verfügung gestellt habe. Diese Stiftung soll zur Dervollständigung des Rosengartens, insbesondere seines künstlerischen Schmucks im Stadtgarten dienen.

Am 10. Februar teilte Stadtrabbiner Dr. Appel mit, daß ihm von einem Herrn, der nicht genannt sein wolle, für drei israelitische Vereine 300 Mk. übergeben worden seien.

Am 16. Februar veröffentlichte der Oberbürgermeister, daß ihm von Frau Dr. Seeligmann als ehrendes Andenken an ihren verstorbenen Gatten, den praktischen Arzt Dr. Richard Seeligmann, der Betrag von 1000 Mk. mit der Bestimmung übergeben worden sei, davon 500 Mk. an würdige Arme zu verteilen und die weiteren 500 Mk. dem „Bad. Heimatdank“ zuzuwenden. Der Oberbürgermeister sprach für diese reiche Spende namens der Bedachten den herzlichsten Dank aus. Weiter spendete Frau Dr. Seeligmann im Andenken an ihren verstorbenen Gatten dem Israelitischen Frauenverein, dem Israelitischen Männer-Krankenverein und für würdige israelitische Arme je 500 Mk.

Der Stadtratsbericht vom 21. Februar theilte folgendes mit:
„Der verstorbene Kaufmann Karl Haas hier hat u. a. der Stadtgemeinde Karlsruhe einen Erbtheil von etwa 39 000 Mk. mit der Auflage vermacht, damit eine „Hermanns- und Henriette-Haas-Stiftung“ zu errichten, deren Ertrag zu allgemeinen Wohltätigkeitszwecken verwendet werden soll. Die Summe fällt der Stadt nach dem Ableben dreier weiterer Erben an. Der Stadtrat beschließt, die Erbschaft anzunehmen und den Namen des StifTERS in die Stiftertafel im Rathaus eingraben zu lassen.“

Die Brauereigesellschaft vormalS S. Moninger und die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhese-fabrikation vormalS G. Sinner haben, wie aus der StadtratsSitzung vom 7. März berichtet wird, der Stadt auch für das laufende Jahr wieder je einen mit Kühlbehälter versehenen Eisenbahngüterwagen für die Zwecke der Milchbeförderung auf der Bahn während der wärmeren Jahreszeit unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Stadtrat sprach bei den Gesellschaften „für dieses freundliche und wertvolle Entgegenkommen den verbindlichsten Dank aus“.

Am 14. März faßte der Stadtrat den Beschluß, der Stadt Kreuznach zur Linderung ihrer durch die Hochwasserkatastrophe der Nahe hervorgerufenen großen Nothlage einen Beitrag von 1000 Mk. aus der Stadtkasse zu bewilligen.

Aus der StadtratsSitzung vom 21. März wird berichtet:
„Herr und Frau E. K. haben anläßlich des Hinscheidens ihres Sohnes der Stadt die Summe von 10 000 Mk. als Geschenk mit der Auflage überwiesen, die Zinsen für die Zwecke der Ferienkolonien zu verwenden. Der Stadtrat hat beschlossen, diese Schenkung anzunehmen und den Schenkern den Dank für ihre hochherzige Gesinnung und treuen Anhänglichkeit an die Stadt Karlsruhe auszusprechen.“

Am 30. März überwies Geheimer Kommerzienrat Dr. ing. Friedrich Wolff, aus Anlaß des Todestages seiner Gemahlin dem Oberbürgermeister 1000 Mk. zugunsten des städt. Kinderheims.

Ende März hat das Großherzogspaar der Badischen Landeswohnungs-Stiftung einen gemeinsamen Beitrag von 10 000 Mk. zugewendet. Großherzogin Luise hat für den gleichen Zweck

ebenfalls 10 000 Mk. gespendet. Mit diesen beiden Beiträgen beziffert sich das Vermögen der Stiftung Anfang Mai des Berichtsjahres auf 660 870 Mk.

Am 11. April hat Stadtrabbiner Dr. Appel aus Anlaß eines Familienfestes dem Oberbürgermeister die Summe von 200 Mk. übergeben, die nach dem Wunsche des Stifters für christliche Arme verwendet werden soll.

Aus der Stadtratsitzung vom 2. Mai wurde berichtet, daß der Großherzog die in seinem Besitz befindlichen Briefe Schefels (61 Stück) an den ehemaligen Münchener Rechtsanwalt und Reiseschriftsteller Ludwig Steub, einen Freund Scheffels, dem städtischen Scheffelmuseum und -Archiv als Leihgabe zugewiesen habe. Der Stadtrat sprach dem Großherzog „für diese wertvolle Bereicherung des genannten Museums seinen ehrfurchtsvollsten und wärmsten Dank“ aus.

Am 2. Mai beschloß der Stadtrat, dem im Schwarzwald zu errichtenden Erholungsheime städtischer Beamten, für das der Landesverband einen jährlichen Betriebszuschuß von zusammen 10 000 Mk. von den Städten der Städteordnung erbeten hatte, den auf Karlsruhe fallenden Anteil an diesem Zuschuß mit 20 000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Außerdem dem Landesverband zur Bildung eines Betriebsstockes ein zu 4 % verzinsliches Darlehen von 40—50 000 Mk. auf ein Jahr — bis 1. Mai 1919 — zu bewilligen.

Der Landesausschuß der Deutschlandspende für Säuglings- und Kindererziehung veröffentlichte folgenden Aufruf:

„Draußen kämpfen Millionen wackerer Männer für Deutschlands Sein und Werden. Deutschlands Zukunft aber liegt in unseren Kindern. Ihnen ein glücklicheres Dasein zu sichern, als es uns selbst beschieden war, dafür sehen heute Millionen blühender Menschen ihr Leben täglich ein, haben Hunderttausende es schon freudig hingegeben. Die Ihr in der Heimat Eure Pflichten erfüllt, an Euch ist's nicht minder, für unserer Kinder Los mitzuforgen. Nicht mehr wie vor dem Kriege dürfen alljährlich Hunderttausende im Deutschen Reich, kaum geboren, wieder dahinschwinden. Jedes junge Menschenleben ist heute doppelt wert, behütet und erhalten zu werden. Nicht mit Eurem Blute, mit Eurem Gute sorgt für unserer Kinder Wohl. Dafür die Mittel zu geben, ist eines jeden Deutschen Pflicht. Gemeinsam mit allen anderen Teilen des Reiches wollen auch wir Badener an dem Gelingen dieses

großen Liebeswerkes mithelfen. Dann werden wir auch in Baden neue Stätten schaffen können, um Gesundgeborene gesund zu erhalten, Heilungsbedürftige wieder gesunden zu lassen. Aus Not und Bedrängnis blühe neues Leben!"

Für diesen badischen Kinderhilfsstag fand hier am Sonntag, den 5. Mai eine Haus- und Straßensammlung statt. Schüler und Schülerinnen stellten sich zur Verfügung und betrieben in eifrigster Weise die Sammlung und den Verkauf des Werbematerials in den Häusern, auf Straßen und öffentlichen Plätzen. Die Sammlung brachte in der Altstadt und den Vororten zusammen 12 638 Mk. 63 Pf. Einzelne Gaben für die Deutschlandspende liefen hier seit Monaten ein. Das Großherzogspaar und die Großherzogin Luise spendeten je 10 000 Mk., außerdem überwies Großherzogin Luise dem Landesausschuß der Deutschlandspende 1000 Mk., die ihr zur Verfügung gestellt worden waren. Die Königin von Schweden sandte dem Landesausschuß 1000 Mk. für Gründung eines Kinderkrankenhauses in Karlsruhe gingen dem Landesausschuß von Kommerzienrat Dr. M. A. Straus und der Parfümerie- und Toiletteisenfabrik J. Wolff je 10 000 Mk. zu, von der Karlsruher Filiale der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft 15 000 Mk., von Kommerzienrat Fritz Homburger und Dr. Paul Homburger 10 000 Mk., von der Brauereigesellschaft Sinner 20 000 Mk. Außerdem wurden zahlreiche Beiträge von 3000 bis zu 25 Mk. gegeben. Die Namen der Spender wurden jeweils in den Tagesblättern veröffentlicht. Nach einer Zusammenstellung vom 26. Juni sind bis dahin 141 260 Mk. für das Karlsruher Kinderkrankenhaus gegeben worden.

Fräulein Philippine Hansjakob in Haslach hat der Stadtgemeinde, wie der Stadtratsbericht vom 13. Juni mitteilt, ein Bildnis (Ölgemälde) ihres verstorbenen Bruders, des Schriftstellers und Stadtpfarrers Heinrich Hansjakob, zum Geschenk gemacht. Der Stadtrat nahm „diese willkommene Schenkung mit herzlichem Danke“ an und wies sie dem im Anschluß an das „Scheffel-Museum“ geplanten „Museum badischer Dichter“ zu.

Großkaufmann Julius Kaller hat, wie am 6. Juli mitgeteilt wurde, aus Anlaß eines Familienfestes dem Oberbürgermeister 5000 Mk. übersandt mit der Bitte, diesen Betrag für die Karlsruher Ferienkolonien des Sommers 1918 verwenden zu wollen.

Aus der Stadtratsitzung vom 25. Juli wurde berichtet, daß der verstorbene Privatmann Philipp Vomborg der Stadtgemeinde 2000 Mk. mit der Auflage vermacht habe, aus dem Zinsenertragnis die Gräber der Familie Vomborg auf dem hiesigen Friedhof zu unterhalten. Nach Ablauf des Eigentumsrechts an den Gräbern sollen die Zinsen dem Armenrat zur Verteilung an hiesige Arme ausgehändigt werden. Der Stadtrat nahm das Vermächtnis mit der erwähnten Auflage an.

Am 26. Juli veröffentlichte der Verwaltungsrat des Waisenhauses, daß Fräulein Amalie Macklot letztwillig das Waisenhaus mit einem Vermächtnis von 1000 Mk. bedacht habe.

Am 15. August machte der Oberbürgermeister bekannt, daß ihm Privatmann Arthur Loeb zum Andenken an seine verstorbene Gemahlin 500 Mk. zur Verteilung unter die hiesigen Armen überreicht habe. Dieselbe Summe von 500 Mk. spendete Herr Loeb für israelitische Arme. Im Oktober machte der Vorstand der Blindenvereinigung bekannt, daß derselben aus dem Nachlaß der Frau Major Wagner, geb. Nonella, ein Vermächtnis im Betrag von etwa 10 000 Mk. und die Summe von 500 Mk. aus dem Nachlaß des Oberrechnungsrates Ludwig Weber zugewiesen worden sei.

Kunstmaler August Lamey in Mannheim hat der Stadt, wie der Stadtratsbericht vom 17. Oktober mitteilte, ein von ihm selbst hergestelltes Bildnis seines verstorbenen Vaters, des Geheimrats Dr. August Lamey, Ehrenbürgers der Stadt Karlsruhe, für das Rathaus zum Geschenk gemacht. Der Stadtrat sprach Herrn Lamey „für diese wertvolle Zuwendung verbindlichsten Dank“ aus.

Am 30. Oktober wurde folgende Mitteilung veröffentlicht: „Die hier vor kurzem verstorbene Frau Auguste Mombert hat durch letztwillige Verfügung bestimmt, daß aus ihrem Nachlaß der von ihrem Sohn Franz Mombert gemachten Stiftung für Ferienkolonien die Summe von 20 000 Mk. beigesügt werde. Die Stiftung soll in Zukunft den Namen „Franz- und Auguste-Mombert-Stiftung“ führen.“

Am 2. November gab der Oberbürgermeister bekannt, daß ihm Frau Ida Münzgesheimer hier, zum Andenken an ihren

verstorbenen Gatten, Zahnarzt Münzesheimer, 500 Mk. zur Verwendung für die Armen hiesiger Stadt überwiesen habe.

Am 5. Dezember veröffentlichte der Stadtrabbiner Dr. Appel, daß er von Frau J d a K a u f m a n n, geb. Strauß, zum ehrenden Andenken ihres verewigten Sohnes, des Bauinspektors Dr. Arthur Kaufmann, den Betrag von 100 Mk. für israelitische Arme erhalten habe.

Aus der Stadtratsitzung vom 12. Dezember wurde folgendes berichtet: „Im Mai ds. Js. hat der Stadtrat beschlossen, aus den Restbeständen des für das Stadtjubiläum gesammelten Fonds den Betrag von 60 000 Mk. den städtischen milden Fonds zu wohltätigen Zwecken zuzuweisen und diesen Beschluß am 3. Dezember 1918 in dankbarer Anerkennung der Verdienste der Großherzogin-Witwe Luise um die Pflege der Wohltätigkeit sowie die Krankenfürsorge zu vollziehen. Die Großherzogin hat darauf in einem herzlichen Schreiben an den Oberbürgermeister gedankt.“

Am 16. Dezember teilte der Oberbürgermeister mit, daß er von Medizinalrat Dr. Karl Gutmann aus Anlaß des Ablebens seiner Mutter 300 Mk. zur Verwendung für christliche Arme erhalten habe. Außerdem spendete Dr. Gutmann 300 Mk. zur Verteilung an israelitische Arme und 500 Mk. dem israelitischen Frauenverein.

An Weihnachtsgaben gingen dem Oberbürgermeister zu: Von der Bierbrauerei A. Prinz für verschiedene Wohltätigkeitsanstalten 700 Mk.; von der Karlsruher Brauereigesellschaft vormals K. Schrempf zur Verteilung an verschiedene näher bezeichnete Vereine und Anstalten 1500 Mk.; von der Brauereigesellschaft vormals S. Moninger zum gleichen Zweck 1200 Mk.; von Brauereibesitzer Fr. Hoepfner zum gleichen Zweck 1000 Mk.; von der Karlsruher Filiale der Rheinischen Creditbank zum gleichen Zweck 1000 Mk. Von Fabrikant Louis E. Stern für arme hiesige Kinder 500 Mk. Ferner wurden gespendet von Bahnhofswirt Karl Stelzer 1000 Mk. (davon 500 Mk. für den Ortsausschuß Karlsruhe des „Badischen Heimatdanf“ und 500 Mk. für das Krüppelheim). Von Kaufmann Ginsberger zum Andenken an die verstorbene bisherige Inhaberin der Firma S. Rosenbusch, Frau Sara Salomon, für Wohltätigkeitszwecke

200 Mk. Am 17. Dezember gab Pfarrer Weidemeier bekannt, daß der Evangel. Jungfrauenbund aus dem Erlös seines Weihnachtsverkaufs der kirchlichen Armenpflege der Neu-Oststadt 200 Mk. überwiesen habe.

Am 18. Dezember, dem Gedenktage von Nuits, hat der Leib-Grenadierverein einer Anzahl bedürftiger Veteranen aus dem Feldzuge 1870/71 der Noth der Zeit entsprechend Geldspenden überreichen lassen.

Am 19. Dezember wurde bekannt gegeben, daß die von Kommerzienrat Uh hier gestiftete Bronzegruppe, zwei beinahe lebensgroße Florettfechter im Zweikampf, am südlichen Ende der Unterführung des Stadtgartens aufgestellt sei.

Am 21. Dezember erhielt der israelitische Frauenverein von Friedrich A. Straus eine Spende von 100 Mk. Am 23. Dezember wurde mitgeteilt, daß der Großherzog dem kathol. Gesellenverein eine Weihnachtsgabe von 100 Mk. überwiesen habe.

Das städtische Nachrichtenamt machte am 28. Dezember bekannt, daß ein Bürger unserer Stadt, der nicht genannt sein wolle, dem Oberbürgermeister 100 000 Mk. übersandt habe, mit der Bitte, sie für die hiesige Technische Hochschule zu verwenden.

2. Armenwesen und Jugendfürsorge.

Der städtische Aufwand für die Armenpflege betrug im Berichtsjahr 935 345 Mk. (906 040 Mk.). Darunter Zuschuß der Stadthauptkasse 635 790 Mk. (622 130 Mk.) = 5,04 (4,35) auf den Kopf der Bevölkerung.

In der offenen Armenpflege wurden verausgabt 292 447 Mk. (225 045 Mk.), in der geschlossenen 232 363 Mk. (255 947 Mk.) und für die Kinder- und Jugendpflege 286 707 Mk. (272 274 Mk.).

Der Verwaltungsaufwand betrug 105 828 Mk. (89 641 Mk.).

In der Wohltätigkeitskasse wurden vereinnahmt für die Enthebung von Neujahrsbesuchen und Absendung von Karten 887 Mk. (897 Mk.).

Aus Geschenken und Vermächtnissen flossen der Kasse zu 12 754 Mk. (31 044 Mk.). Die Kasse verausgabte für Unterstützungen 8977 Mk. (12 576 Mk.), für Kleidung armer Konfirmanden 635 Mk. (1052 Mk.) und für die Schülerspeisung 22 185 Mk. (29 781 Mk.).

Die Gesamtzahl der in offener Armenpflege ständig durch Wochen-, Staats- oder Mietbeihilfen unterstützten Personen (Familien) belief sich Ende 1918 auf etwa 600. An etwa 500 Witwen wurden zur Erziehung von Kindern sogenannte Erziehungsbeiträge gewährt.

Der Gesamtaufwand für das städtische Altersheim betrug im Berichtsjahre 54 190 Mk. (1917: 41 758 Mk.), die Gesamtzahl der Verpflegungstage 24 690 (22 728). Der durchschnittliche Gesamtaufwand für einen Verpflegungstag berechnete sich auf 2 Mk. 19 Pf. (1 Mk. 83 Pf.), für einen Insassen jährlich 797 Mk. (674 Mk.).

Der Gesamtaufwand für das städtische Kinderheim betrug im Berichtsjahre 135 643 Mk. (111 130 Mk.). Der durchschnittliche Aufwand für einen Verpflegungstag 2 Mk. 40 Pf. (2 Mk. 1 Pf.), für ein Kind im Jahr 875 Mk. (708 Mk.). Durchschnittliche Belegung in den einzelnen Abteilungen: in der Säuglingsabteilung 40 (44), in der Abteilung für kleine Kinder 47 (43), in der für Schulkinder 67 (70).

Aus dem Bericht des Arztes über die Einflüsse des Krieges auf die Gesundheitsverhältnisse der Kinder im Städtischen Kinderheim in den Jahren 1917 und 1918 teilen wir folgendes mit: Zunächst zeigte sich eine allgemeine, leichte nervöse Erregbarkeit der Kinder infolge der fliegerangriffe, besonders nachdem einmal einige Bomben in allernächster Nähe der Anstalt gefallen waren. Auch in der Anstalt war eine Zunahme der Tuberkulose zu beobachten. Die Rachitis hat nicht nachgelassen, etwa 90 bis 95 % aller eingelieferten Kinder waren mehr oder weniger rachitisch. Die Hautausschläge hatten erheblich zugenommen. Auf alle übrigen Krankheiten konnte kein Einfluß des Krieges beobachtet werden. Die Erfahrungen, die der Arzt in den beiden Jahren in der Anstalt sammeln konnte und die durch seine Untersuchungen in der Nebeniuschule bestätigt wurden, berechtigten ihn, wie er hervorhebt, zu der Annahme, daß „die verminderte und veränderte Nahrungszufuhr auf die Entwicklung der Kinder im allgemeinen von nur sehr geringen nachteiligen Folgen gewesen“ seien. Das Wesentlichste aber sei, daß die Kinder durchschnittlich nichts an Frische, Lebendigkeit und Leistungsfähigkeit verloren hätten. Dagegen habe sich die Wirkung der letzten Kriegsjahre am allerdeutlichsten „in der Verschlechterung der Moral“ gezeigt. Es sei leider „eine Verkommenheit

und eine Gleichgültigkeit der Eltern ihren eigenen Kindern gegenüber festzustellen, die alles bisher Dagewesene übersteige". Naturgemäß habe sich „dies auch bei den Kindern in Verschlechterung der Sitten, Zuchtlosigkeit, verminderter Folgsamkeit" usw. gezeigt, so daß an das Pflegepersonal die allergrößten Anforderungen hätten gestellt werden müssen.

Die im Jahre 1915 eingerichtete Zweigstelle der Anstalt im Alten Bahnhof mußte im Juni 1918 geschlossen werden, da die Räume anderweitig in Anspruch genommen wurden.

Der Gesamtaufwand für Verpflegung, Erziehung und Erwerbsbefähigung der in Armenpflege stehenden Kinder betrug im Berichtsjahre 154 676 Mk. (1917: 161 144 Mk.).

Die Zahl der Zwangs- und Zöglinge belief sich 1918 auf 83 Knaben (1917: 96) und 63 (65) Mädchen. Der dem Armenverband Karlsruhe zur Last bleibende Aufwand der Kosten der Zwangserziehung betrug 1918 im ganzen 37 679 Mk. (43 906 Mk.).

Die Zahl der auf Kosten des Armenverbandes untergebrachten blinden, taubstummen oder schwachsinrigen („nicht vollsinnigen") Kinder betrug im Berichtsjahre 19 (15) Knaben und 18 (17) Mädchen, der dadurch entstandene Aufwand 8221 Mk. (7515 Mk.). In der Heil- und Pflegeanstalt für krüppelhafte Kinder in Heidelberg waren 1918 4 Kinder untergebracht (1917: 4), der Aufwand belief sich auf 1160 Mk. (852 Mk.).

Die Kommission des Jugendamts erfuhr im Laufe des Jahres 1917 eine Erweiterung durch Zuwahl von Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche, bzw. der evangelischen Mission und des Caritasverbandes, des nationalen Frauendienstes, des freien Gewerkschaftskartells und Bezirksvereins für Jugendschutz und Gefangenenfürsorge. Im Jahre 1918 wurde der Vorstand des Jugendamtes in den Vorstand des letztgenannten Vereins aufgenommen.

Das Jugendamt hielt 1918 22 (24) Sitzungen ab. In diesen wurden 89 (84) Fälle der Zwangserziehung behandelt, 28 (25) Fälle nach § 1666 B. G. B., 98 (126) Schulaufsichtsfragen, 61 (62) Lehr- und Dienstverträge, 166 (175) Unterbringung in Pflegestellen und 192 (188) sonstigen Angelegenheiten. Überwacht wurden 4243 (4494) Minderjährige bzw. deren Vormünder und 439 (411) Voll-

jährige. Den Waisenkontrollseuren wurden 1271 (1117) Aufträge gegeben. 17106 (21248) Schriftstücke gingen ein. Neuan- und Abmeldungen von Pflegekindern fanden 432 (495) statt. Das Recht, Pflegekinder zu halten wurde in 10 (14) Fällen versagt. Berufsvormundschaften wurde am Schluß des Berichtsjahres über 1231 (1088) Kinder ausgeübt. Die Stadthauptkasse hat an Unterhaltungsgeldern für Mündel 149959 Mk. 26 Pf. (97119 Mk. 92 Pf.) vereinnahmt. 90 (65) Mündelsparbücher bestanden am Jahresende, hierauf waren 67276 Mk. 80 Pf. (36277 Mk. 88 Pf.) eingelegt. An Mündelgeldern wurden zur 7. Kriegsanleihe 9500 Mk. gezeichnet, zur 8. 20400 Mk. und zur 9. 17200 Mk.

Über die von der Abteilung II des Frauenvereins unterhaltenen Krippen ist folgendes zu berichten: Die an Stelle der Luisen- krippe eingerichtete Kriegskrippe (Baumeister-Straße 5) bestand auch im Berichtsjahre noch fort. Stand der Pfleglinge zu Anfang des Berichtsjahres 38; neu aufgenommen 137, nämlich 76 Knaben und 61 Mädchen. Von den neu aufgenommenen Kindern waren 73 evangelisch, 54 katholisch, 10 israelitisch. Ausgetreten sind von zusammen 175 Kindern 118, so daß Ende Dezember des Berichtsjahres noch 57 eingewiesen waren. Unter den 137 neu aufgenommenen waren 41 unter 1 Jahr alt, 1 bis 2 Jahre 44, über 2 Jahre 52. Die Zahl der Verpflegungstage betrug 8836 (1917: 12677), der Gesamtaufwand 29449 Mk. (23315 Mk.). An Pflegegeldern gingen 10655 Mk. (10772 Mk.) ein, an Geschenken und sonstigen Einnahmen 3048 Mk. (2551 Mk.), so daß neben dem Beitrag der Stadt mit 6000 Mk. (3253 Mk.) ein Zuschuß von 9746 Mk. (6759 Mk.) aus der Abteilungskasse erforderlich wurde. Bei einem reinen Verpflegungsaufwand von 28162 Mk. (23111 Mk.) erforderte ein Kind einen täglichen Aufwand von 3 Mk. 18 Pf. (1 Mk. 74 Pf.). — In der Krippe im Hildahaus waren zu Anfang des Jahres 42 Kinder eingewiesen, wozu im Laufe des Jahres 84 neu aufgenommen wurden und zwar 45 Knaben und 39 Mädchen; 41 evangelisch, 43 katholisch; unter 1 Jahr 60, 1 bis 2 Jahre 14, über 2 Jahre 10. Während des Jahres gingen 90 ab, so daß am Jahres- schluß noch 36 Pfleglinge eingewiesen waren. Der Besuch war auch in diesem Jahre sehr unregelmäßig. Zahl der Verpflegungstage 8743 (9832). Der seit 1916 in dieser Krippe eingerichtete Tag- und

Nachtbetrieb erfreute sich des ständigen Zuspruchs. Der Gesamtaufwand belief sich auf 23589 Mk. (19245 Mk.). An Pflegegeldern gingen 13284 Mk. (7795 Mk.) ein, Geschenke und sonstige Einnahmen betrugen 6536 Mk. (2723 Mk.), so daß infolge des Beitrags der Stadt mit 6000 Mk. (3253 Mk.) ein Überschuß von 2231 Mk. erzielt wurde, während im Vorjahre ein Zuschuß der Abteilungskasse von 5474 Mk. erforderlich war. — Die Zahl der in der Kriegskrippe Leopold-Straße 51 (vergl. Chronik 1917 Seite 285) untergebrachten Tag- und Nachtkinder betrug durchschnittlich 20 bis 25, die der Verpflegungstage 2991. Die Einnahmen beliefen sich auf 15646 Mk., darunter 12687 Mk. Pflegegeld und ein Beitrag von 2000 Mk. vom Kriegsamt, die Ausgaben auf 18653 Mk., so daß die Abteilung 3007 Mk. zuschießen mußte. Am Ende des Berichtsjahres wurde die Kriegskrippe, die sich des erhofften Zuspruchs nicht erfreute, aufgehoben.

Lehrkurse zur Ausbildung von Kinderpflegerinnen wurden im Vorjahre im Hildahaus und statt im Luisenhaus im Kinderheim abgehalten. Im Berichtsjahre ist ein Kurs im Hildahaus mit 8 Schülerinnen beendet und am 1. Oktober der 13. Kurs mit 5 Schülerinnen begonnen worden. Im Kinderheim wurden 2 Kurse von je 6 Monaten zur Ausbildung von Berufspflegerinnen abgehalten und 37 (37) Schülerinnen ausgebildet. Außerdem fanden im Hildahaus und in der Kriegskrippe (Baumeisterstraße) zweijährige Kurse für Mädchen mit Volksschulbildung statt. Im Berichtsjahre befanden sich im Hildahaus 5 (5) solcher Schülerinnen, in der Kriegskrippe 12 (14).

Im Fröbelsseminar waren zu Beginn des Berichtsjahres an Schülerinnen anwesend: im Kurs für Kindergärtnerinnen 27 (1917: 27), in dem für Fröbel'sche Kinderpflegerinnen 7 (18), davon gingen nach besonderer Prüfung 8 (17) Kindergärtnerinnen und 7 (18) Kinderpflegerinnen Ostern ab. Nach Ostern waren in jenem Kurs 24, in diesem 13 Schülerinnen anwesend. Im Herbst gingen 7 nach bestandener Prüfung ab. Infolge Zugangs im Herbst waren am Schluß des Berichtsjahres wieder 30 Kindergärtnerinnen und infolge Abgangs 13 Kinderpflegerinnen anwesend. Die Zahl der Kinder in dem mit dem Seminar verbundenen Kindergarten betrug im Winter durchschnittlich 80, im Sommer 60,

im filial=Kindergarten 40 bis 50, die drei Angaben wie 1917. Der Betrieb der Anstalt erforderte einen Aufwand von 27 205 Mk. (22 040 Mk.), der durch 12 270 Mk. (10 982 Mk.) Schulgelder, den Beitrag der Stadt mit 3000 Mk. (wie im Vorjahre) und durch Zuschuß aus Mitteln des Vereins im Betrag von 11 935 Mk. (7952 Mk.) gedeckt wurde.

In der Abteilung IV des Frauenvereins (Armenpflege und Wohltätigkeit) hat A. der Sophien=frauenverein im Berichtsjahre an Nahrungsmitteln und Kohlen oder bare Unterstützungen im Gesamtbetrag von 3420 Mk. (1917: 2967 Mk.) gewährt. Nach Lage der Verhältnisse mußten an Stelle von Lebensmitteln und Kohlen öfters Geldgaben zur Selbstbeschaffung des Nötigen verabreicht werden. Der Sophien=frauenverein hat an 214 (237) Kinder Solbadkuren gewährt, 111 Knaben und 103 Mädchen, und zwar in Dür rheim 31, in Rapp nau 91, in Badisch Rheinfelden 92. Der Aufwand für diese Kuren belief sich auf 17 537 Mk. (17 741 Mk.), er wurde durch folgende Beiträge gedeckt: von den Krankenkassen 174 Mk., vom Armenrat und Kriegsunterstützungsamt 11 207 Mk., von Eltern und Wohltätern 4969 Mk., vom Frauenverein 1187 Mk. — B. Vom Elisabethenverein wurden im Berichtsjahre an arme Kranke und Wöchnerinnen Unterstützungen im Werte von 2697 Mk. (1917: 2708 Mk.) ausgeteilt. Volksküchenessen wurden in Gestalt von 542 (1889) Suppen und 1060 (695) Mittagessen im Gesamtbetrag von 516 Mk. (507 Mk.) verabreicht und für Kohlen 36 Mk. (328 Mk.) aufgewendet. Am 1. Mai konnte der Verein das 70jährige Jubiläum seines Bestehens begehen. Der Zeitlage entsprechend wurde die Feier auf eine Feststizung mit Ansprachen beschränkt. Aus Anlaß des Jubiläums sind dem Verein an Gaben zugeflossen: von der Großherzogin 500 Mk., von der Großherzogin Luise 1000 Mk., von der Stadtgemeinde „in dankbarer Anerkennung der wohlthätigen Wirksamkeit des Vereins“, insbesondere auch der hingebenden Tätigkeit seiner verdienten Vorsitzenden, Frä. Magda von Beck, im Dienst der städtischen Kriegsfürsorge 1000 Mk., sowie außerdem von zahlreichen Spendern über 1500 Mk. Der Verein hatte einschließlich der Geschenke laufende Einnahmen mit 11 087 Mk. (7497 Mk.) und Ausgaben mit 7087 Mk. (7497 Mk.).

Das Vermögen des Vereins belief sich am Jahreschluß auf 9000 Mk. (5000 Mk.).

Auch im Berichtsjahre waren vier Volksküchen in Tätigkeit:

1. Die Volksküche am Alten Bahnhof (auf Kriegsdauer an Stelle der Volksküche A im Luisenhaus).
2. die Volksküche B (Ritterstraße 7).
3. die Volksküche C im Hildahaus.
4. Die Kriegsspeisehalle am Durlacher Tor (Küche D Kaiserstraße 3).

Jede Küche gab täglich Mittagessen und Kaffee ab; die Ausgabe von Tee und Limonade mußte eingestellt werden. Abendessen wurde nur in der Küche C und D verabfolgt. Ein volles Mittagessen mit Fleisch oder Wurst kostete 50 Pf. und vom 1. Oktober ab 60 Pf., an fleischlosen Tagen 40 bezw. 50 Pf. Suppe ohne Fleisch kostete 15 Pf., vom 1. Oktober ab 20 Pf. Der Preis des Abendessens, in dem in der Regel kein Fleisch enthalten war, betrug 40 Pf. bezw. 50 Pf., eine dicke Suppe allein 25 bezw. 35 Pf. Eine große Schale Kaffee mit Milch und Zucker oder Süßstoff wurde zu 10 Pf., das Stück Brot zu 5 Pf. abgegeben. Die Küche C lieferte bis zur Heimsendung der Kriegsgefangenen für diese auf besondere Bestellung 108 502 Mittagessen zu 75 Pf. (ab 1. Oktober 85 Pf.) und 894 Abendessen zu 60 bezw. 70 Pf. (1½ Portionen). Im Berichtsjahre wurde die Herbeischaffung der Nahrungsmittel noch schwieriger als im Vorjahre, so daß der Betrieb die Kraft und Zeit der leitenden Damen, der Beiräte und des Personals in hohem Maße in Anspruch nahm. In der Küche D hatte ihres beschränkten Raumes und starken Personalmangels wegen im Spätjahr die Herstellung der Abendkost außerordentlich eingeschränkt werden müssen, wenn nicht die Stadtverwaltung durch tägliche Lieferung einiger hundert Portionen Eintopfessen aus der städtischen Kriegsspeisung die Aufrechterhaltung des Abendtisches ermöglicht hätte. Im ganzen wurden abgegeben in der Küche A 197 327 (291 655) Portionen, in der Küche B 145 084 (156 230), in der Küche C 408 437 (502 836) und in der Küche D 369 041 (413 875), zusammen 1 119 889 (1 364 596) Portionen. Der Verkehr in den Volksküchen nahm im ganzen um 244 707 Speiseportionen ab = nahezu 18 %, während in den beiden Vorjahren wesentliche Steigerungen zu verzeichnen waren. Die Abnahme im ganzen wie bei den Essen im besonderen ist nach dem Jahresbericht des Frauen-

vereins zum Teil darauf zurückzuführen, daß durch das Einrücken der letzten Reserven eine weitere Schwächung der Kreise, aus denen die Mehrzahl der männlichen Volksküchengäste stammt, eingetreten ist. Außerdem seien mit Eintritt des Waffenstillstandes durch Stilllegung zahlreicher kriegswirtschaftlicher Betriebe, Tausende von Frauen und Mädchen aus den Fabriken entlassen und ihren Familien wiedergegeben worden. Diese Veränderung habe noch größeren Einfluß auf den Rückgang des Küchenverkehrs ausgeübt; auch das Ausscheiden der bisher beköstigten Gefangenen habe im gleichen Sinne gewirkt. An selbstzahlende Gäste wurden in den vier Küchen 347 961 (379 007) Mittagessen, 156 658 (166 173) Abendessen (diese, wie oben bemerkt, nur in Küche C und D), 20 084 (50 374) einfache Suppen, 295 425 (311 575) Kaffee und 50 996 (106 959) Stück Brot abgegeben. Die Abgaben im Betrieb (Mägde usw.) betrugen 78 649 (87 172) Portionen, Abgaben auf Anweisung des Armenrats, Kriegsunterstützungsamts, der Armenvereine 41 229 (45 489), Abgaben auf Anweisung vom Stadtrat für Schülerpeisung 23 904 (65 341), für Gefangene 142 039 (171 569). Die Einnahmen der vier Küchen betrugen 395 466 Mk. 20 Pf. (421 833 Mk.), die Ausgaben 391 208 Mk. 57 Pf. (417 241 Mk.).

Die Koch- und flickschule sowie der flickverein des Frauenvereins waren geschlossen, erstere, weil die Räume im Eulsenhaus vom Lazarett belegt waren, die letzteren wegen Stoffmangel.

Im Beschäftigungsverein des Frauenvereins arbeiteten zu Beginn des Jahres 250 Frauen, die sich allmählich bis auf 64 herabminderten, meist Kriegerwitwen und ärmere, ältere, allein stehende Frauen. Es wurden nur Aufträge der Heeresverwaltung erledigt. An Arbeitslöhnen und Versicherungsbeiträgen wurden rund 145 000 Mk. (122 539 Mk.) verausgabt. Von Ungenannt erhielt der Verein an Geschenken 100 Mk. Das Vermögen hat zugenommen.

3. Krankenwesen.

Im Städtischen Krankenhaus, das 682 Krankenbetten enthält, wurden im Berichtsjahre 6711 (1917: 5362) Kranke an zusammen 166 234 (142 532) Tagen verpflegt. Durchschnittlich waren täglich 455 (390) Kranke im Hause. In den einzelnen Monaten bewegte sich der Krankenstand zwischen folgenden Zahlen:

Januar . .	350—430 Kranke	Juli . . .	412—461 Kranke
Februar . .	415—460 "	August . .	394—453 "
März . . .	423—461 "	September .	419—453 "
April . . .	432—505 "	Oktober . .	431—575 "
Mai	467—492 "	November .	440—554 "
Juni	456—493 "	Dezember .	408—495 "

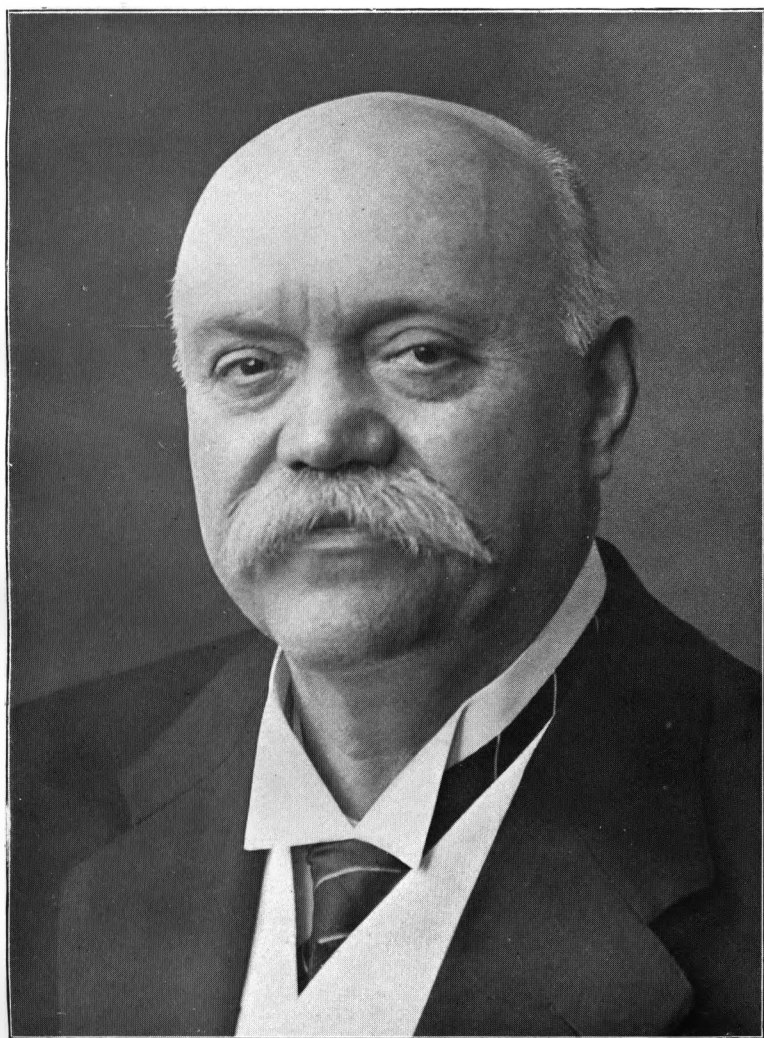
Der Krankenstand war am höchsten am 27. Oktober mit 575 Personen (1917 am 25. Januar mit 499 Personen). Unter den Kranken befanden sich 233 (128) kranke und verwundete Soldaten und Offiziere, die an zusammen 10567 (8245) Tagen im Krankenhaus verpflegt wurden. Im laufenden Jahre wurde das Haus stärker von der Zivilbevölkerung aufgesucht, da wenig Militärpersonen zur Aufnahme kamen. Am Schluß waren noch 3 (4) Offiziere und 38 (12) Soldaten im Hause.

Die laufenden Einnahmen des Krankenhauses betrugen 1377436 Mark (1042382 Mk.), die laufenden Ausgaben 1392301 Mk. (1110319 Mk.). Die Stadthauptkasse hatte zu den Betriebskosten 410168 Mk. (279976 Mk.), das sind für jeden Krankenverpflegungstag 2 Mk. 47 Pf. (1 Mk. 96 Pf.) zu leisten. Im ganzen hatte die Stadthauptkasse für das Krankenhaus einschließlich des Aufwandes für Verzinsung und Tilgung der Anlagekosten 1918 einen Zuschuß von 634018 Mk. (503826 Mk.) oder 3 Mk. 81 Pf. (3 Mk. 53 Pf.) für den Verpflegungstag zu zahlen.

Von den hauptsächlichsten Ausgaben betrugen:

	1918	1917
1. Mietzins an die Stadthauptkasse	223 850 Mk.	223 850 Mk.
2. Bauunterhaltung, Heizung, Beleuchtung, Reinigung, Wasserverbrauch	264 540 "	165 692 "
3. Gehalt und Löhne	401 225 "	312 474 "
4. Hauseinrichtungsgegenstände, Instrumente, Apparate	59 724 "	36 699 "
5. Arzneien, Verbandstoffe u. a. .	97 525 "	66 048 "
6. Speisungskosten	294 992 "	265 619 "

Das Erholungsheim der Stadt wurde vom 8. Juni bis 13. September als Ferienkolonie für 183 Karlsruher Schulkinder



Ludwig Kuppele
Stadttrat

benützt. Vom 17. September wurden erholungsbedürftige weibliche Personen aufgenommen. (Vom 1. November an war das Heim für den Winter geschlossen.) 39 erwachsene weibliche Personen hatten um Aufnahme nachgesucht, die an 675 Tagen verpflegt wurden. Die laufenden Einnahmen betrugen 15 476 Mk., die Ausgaben 15 033 Mk.

Für die Städtische Desinfektionsanstalt lagen 1486 Aufträge (1917: 1963) vor, die wegen nachverzeichneter Anlässe erfolgten: Diphtherie 266, Nasenleiden 1, Genickstarre 1, Halsentzündung 2, Influenza 8, Krätze 135, Krebs 5, Keuchhusten 1, Krupp 1, Lungenentzündung 1, Choleraverdacht 2, Kehlkopfschwund 1, Kleiderläuse 1, Malaria 1, Nasern 11, Kindbettfieber 18, Pockenverdacht 2, Ruhr 293, Ruhrverdacht 19, Reinigung 109, Scharlach 196, Tuberkulose 379, Typhus 17, Typhusverdacht 16. Für das Krankenhaus selbst wurden außer den in den Apparaten desinfizierten Betten und Kleidungsstücken 47 (132) Zimmer und Säle mit 5945,25 cbm (23 112 cbm) Inhalt desinfiziert. Die Ausgaben der Anstalt betrugen 26 976 Mk. Dabei sind aber die Ausgaben für die Verzinsung, Beleuchtung und Wasser nicht berücksichtigt. An Gebühren gingen 11 429 Mk. (14 638 Mk.) ein, von denen die Stadt 9460 Mk. (12 058 Mk.) übernahm.

Im Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus wurden 1918 in der Frauenklinik 1153 (1917: 1108) Personen mit 16 349 (16 366) Tagen, im Wöchnerinnenheim 171 (162) Personen mit 2370 (2243) Tagen, im Wöchnerinnenasyl 613 (780) Personen mit 6299 (6121) Tagen, in der Augenklinik 214 (325) Personen mit 6527 (7952) und im Vereinslazarett II 478 (380) Personen mit 23 297 (20 114) Tagen verpflegt. Die Zahl der Personen, die Privatpflege in Anspruch nahmen, betrug 89 (73), von denen 28 (25) außerhalb der Stadt Karlsruhe wohnten. Die Einnahmen aus der Pflegetätigkeit, einschließlich des Lazarett im Krankenhaus betrugen 365 728 Mk. (282 303 Mk.). Die gesamten Betriebseinnahmen beliefen sich mit Einschluß eines außerordentlichen Beitrags von 70 000 Mk. seitens der Regierung auf 1 097 951 Mk. (794 000 Mk.), denen an Ausgaben 1 122 430 Mk. (866 670 Mk.) gegenüberstanden. Der ungedeckte Aufwand mit 24 479 Mk. (72 670 Mk.) fand auch 1918 seinen Ausgleich durch einen seitens

der Vermögensverwaltung der Großherzogin Luise in gleicher Höhe gegebenes unverzinsliches Darlehen. Der Lazarettbetrieb im Krankenhaus wurde im Dezember aufgelöst. — Von den zwei Prüfungen, die für Hilfschwestern abgehalten wurden, fand eine hier statt und zwar mit 29 Teilnehmerinnen. An dem Kurs zur Ausbildung von Helferinnen in Karlsruhe nahmen 20 Personen teil.

In der Evangelischen Diaconissen-Anstalt wurden 1918 behandelt und verpflegt: 1007 (1917: 1032) Personen an 30691 (31585) Verpflegungstagen. Die Zahl der verpflegten Militärpersonen betrug 611 an 19824 Verpflegungstagen.

Im Neuen St. Vincentiushaus betrug im Berichtsjahre die Gesamtzahl der verpflegten Zivilpersonen 2023 (1917: 2094), der Militärpersonen 1065 (952); Verpflegungstage für erstere 32419 (43715), für letztere 42181 (28511).

Im Israelitischen Krankenhaus wurden im Berichtsjahre 4 (2) Zivilpersonen mit 473 (118) Verpflegungstagen und 49 (21) verwundete oder kranke Soldaten mit 2807 (2193) Verpflegungstagen behandelt.

In der Abteilung V des Frauenvereins, Bekämpfung der Tuberkulose, fanden im Berichtsjahre 16 Sitzungen des Bezirks- bzw. Ortsausschusses statt, in denen 561 Fälle behandelt wurden, 118 Fälle waren von auswärts, 443 von hier. Im Laufe des Jahres 1918 wurde für Karlsruhe und den Amtsbezirk eine in der Krankenpflege und dem sozialen Kurs des Frauenvereins ausgebildete Tuberkulose-fürsorgeschwester angestellt. In der Fürsorgestelle im Städtischen Krankenhaus fanden alle 14 Tage Beratungsstunden statt. In 20 dieser Stunden wurden 152 Personen untersucht: 67 Kinder und 85 Erwachsene. Bei 48 Personen wurde Tuberkulose festgestellt, 22 von diesen wurden in Heilstätten oder ländlichen Krankenhäusern aufgenommen. Die Kosten des Ortsausschusses Karlsruhe betrugen für Verpflegung von hiesigen Lungenkranken in Heilstätten 12298 Mk., für Anstellung einer Hauspflege 300 Mk., für Milch- und Fleischunterstützung an hiesige Kranke 1128 Mk., die Ausgaben für die Karlsruher Tuberkulose-fürsorgestelle 1713 Mk.

Dem Geschäftsbericht der dem Karlsruher Kassenverbände angehörigen Träger der reichsgesetzlichen Krankenversicherung für das Berichtsjahr entnehmen wir folgende Angaben: Unter dem Einfluß des Kriegs trat eine ungeheure Belastung der Krankenkassen ein. Die wachsende Höhe des Krankengeldes war in früheren Jahren meist durch einen schlechten Geschäftsgang begründet. Im Jahre 1918 dagegen waren die ganz ungewöhnlichen Krankheitsziffern in der Hauptsache zurückzuführen auf die durch die Ernährungsverhältnisse (Unterernährung) bedingte geringere Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen Krankheiten, auf den Arbeitszwang vieler altersgebrechlichen und kränklichen Personen, auf die Einschränkung des Arbeiterschutzes, namentlich auf die Ausdehnung der Arbeitszeit durch Überstunden und auf die häufigere Nacharbeit, sowie nicht zuletzt auf die beträchtlichen Leistungen an die Kriegsteilnehmer. Dazu kam die Grippe-Epidemie, die den Krankenstand vorübergehend auf über 10 % der Mitglieder emporschnellen ließ. Die Zunahme der Krankheitsfälle (22 580) stieg gegenüber dem Vorjahre um 6673 und der Krankheitstage (464 726) um 16 832. Die Gesamtmitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 29 885 und hat gegenüber dem Vorjahre um 480 zugenommen, es waren 10 807 männliche und 19 078 weibliche Versicherte. Bis zum Ausbruch des Krieges waren es umgekehrt ein Drittel weibliche und zwei Drittel männliche Kassenmitglieder. Die gesamten Einnahmen beliefen sich im Berichtsjahr auf 3 069 219 Mk. (1917: 2 087 778 Mk.), die Ausgaben auf 2 985 694 Mk. (1936 314 Mk.) An Krankengeldern allein wurden 1 115 639 Mk. verausgabt, 618 233 Mk. mehr als im Vorjahre. Das Gesamtvermögen der Ortskrankenkasse, 1 297 064 Mk., verringerte sich um 102 864 Mk. und die Rücklage um 2722 Mk. Das Vermögen des Kassenverbandes 137 781 Mk., vermehrte sich um 2722 Mk. Die Beitragssätze der einzelnen Kassen bewegten sich zwischen 3—5 % der Durchschnittslöhne.

Der Jahresbericht der Karlsruher Familienkrankenkasse teilt mit, daß das Ergebnis des Geschäftsjahres 1918 den Verhältnissen entsprechend befriedigend gewesen sei. Die Einnahmen beliefen sich auf 25 157 Mk. 10 Pf., die Ausgaben auf 24 258 Mk. 31 Pf. (1917 Einnahmen und Ausgaben 53 963 Mk. 50 Pf.). Das Gesamtvermögen betrug am 31. Dezember des Berichtsjahres

9996 Mk. 16 Pf. (8476 Mk. 83 Pf.) Der Abschluß eines neuen Ärztevertrags mit weiteren Forderungen und die Verteuerung der Medikamente machte die Erhöhung der Beiträge notwendig.

Dem Jahresbericht der Trinkerfürsorgestelle Karlsruhe entnehmen wir folgende Angaben: Der Krieg hat in Hinsicht der Trunksucht heilsam und erzieherisch gewirkt. Viele Pflöglinge sind nüchterner geworden, allerdings vielfach nur der Not gehorchend. Bei anderen macht sich aber auch wieder größere Neigung zur Trunksucht geltend. Die Zahl der fürsorgebedürftigen Personen ist wieder im Steigen begriffen. Die trunksüchtigen Frauen nehmen wieder einen hohen Prozentsatz (27 %) ein. Die Fürsorgestelle wird einen weiteren Ausbau namentlich nach der ärztlichen Seite erfahren. Einnahmen und Ausgaben der Karlsruher Fürsorgestelle betrugen im Berichtsjahre 6433 Mk. 68 Pf.

Ende Februar fand eine außerordentliche Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der badischen Staatseisenbahnen statt. Sie war wegen des im Jahre 1917 entstandenen Fehlbetrags mit 215 802 Mk. notwendig geworden. Die Versammlung nahm eine Änderung der Satzungen vor und zwar dahingehend, daß die Kassenleistungen auf 26 Wochen herabgesetzt wurden, bei einer halbjährigen Beitragsleistung. Ferner ersuchte eine Entschließung das Finanzministerium, den Fehlbetrag zu decken.

Am 19. Oktober veröffentlichte die „Karlsruher Zeitung“ über die Ausbreitung der Grippe und über das Verhalten der einzelnen ihr gegenüber einen ausführlichen Bericht. Wir geben hier aus demselben den ersten Absatz wieder:

„Die bereits im Sommer dieses Jahres auch in Deutschland aufgetretene sogenannte „Spanische Krankheit“ bezeichnete Grippe hat in den letzten Wochen in allen Teilen unseres Landes eine große Verbreitung erfahren, nachdem man schon ein Nachlassen der Epidemie im Laufe des August und September glaubte annehmen zu dürfen; weiterhin ist nicht zu verkennen, daß sich in letzter Zeit die Fälle mit schweren Krankheitserscheinungen und gefährdenden Zuständen vermehrt und zu häufigen Todesfällen an Lungenentzündung und Versagen der Herztätigkeit geführt haben.“

Ebenfalls am 19. fand unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters eine Sitzung des Ortsgesundheitsrates statt. Gegenstand der Aussprache war die Natur, der Verlauf und die Verbreitung

der Krankheit, die zu ihrer Eindämmung zu ergreifenden Maßnahmen und die Versorgung der Kranken. Von ärztlicher Seite wurde ausgeführt:

„Seit Anfang Juni dieses Jahres haben wir in Karlsruhe die sogenannte „Spanische Krankheit“, eine charakteristische Influenza-Epidemie. Die Menschen erkrankten ganz plötzlich an hohem Fieber, Frost, zuweilen ausgesprochenem Schüttelfrost, Kopfschmerzen, Übelkeit, Brechneigung, Rücken- und Gliederschmerzen. Je nachdem in der Folge das eine oder andere Organ oder Organsystem besonders befallen ist, erscheint die Krankheit in verschiedener Form. In den meisten Fällen handelt es sich um Erkrankung der oberen Luftwege.

In den letzten Tagen haben sich die Erkrankungen stark gehäuft und der Verlauf derselben erscheint weniger harmlos als zu Beginn der Epidemie. Es treten die Veränderungen der Lunge mehr in Vordergrund. Mehrfach führte die Krankheit zum Tode, teils durch Lungenentzündung, teils durch fast plötzliches Versagen der Herzkraft. Eine einigermaßen auffallende Zunahme der Todesfälle konnte aber nur in den letzten 14 Tagen konstatiert werden.

Diese Todesfälle, die vielfach ganz junge kräftige Leute betrafen, haben zu der irrigen Meinung geführt, daß eine ganz besonders gefährdete Lungenfeuche vorliege. Genauere Untersuchungen haben einen Anhalt hierfür nicht ergeben. Auch die vielfach verbreitete Ansicht, daß die epidemische Verbreitung der Krankheit in Unterernährung begründet sei, trifft nicht zu. Die Krankheit befällt jung und alt, gut und weniger gut genährte Menschen.

Die Infektion wird meistens leicht überwunden, in wenigen Tagen läuft die Krankheit ab, oft ohne daß eine ärztliche Behandlung stattfindet. Es ist deshalb die vielfach herrschende, öfters nachteilige Angst nicht gerechtfertigt.

Allerdings erfolgt die Ansteckung sehr leicht, es ist daher Vorsicht im Verkehr mit Kranken und Krankheitsverdächtigen geboten, da wir mit einer Kontaktinfektion zu rechnen haben. Die Krankheitskeime sind ubiquitär (an keinen bestimmten Ort gebunden), deswegen erscheint eine erfolgreiche Prophylaxe sehr schwierig, eine strenge Absonderung der Befallenen untunlich.

Angezeigt ist es, daß sich die Menschen vor Erkältungskrankheiten in acht nehmen, auf richtige Lüftung und Temperierung ihrer Wohnräume sehen. Zu warnen ist vor den unnötigen Besuchen von Örtlichkeiten, wo viele Menschen gedrängt beisammen sind, vor überfüllten Eisenbahnzügen, Sitzungen, Vorträgen usw. Wo in den Schulen ein großer Prozentsatz der Schüler erkrankt ist, sollen diese geschlossen werden. Einen allgemeinen Schulschluß empfiehlt der Ortsgesundheitsrat nicht. Auch für den polizeilichen Schluß des Theaters, der Kinos und der Kinderkrippen vermag er sich nicht zu entscheiden, besonders mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse. Bei den letzteren sollten die Ärzte und das Pflegepersonal ein wachsames Auge darauf haben, daß erkrankte

Kinder ferngehalten werden, und es sollten insbesondere die Eltern ihre Kinder beim geringsten Unwohlsein zu Hause behalten.

Mit Rücksicht auf die außerordentlich rasche Verbreitung der Krankheit und der Unsicherheit eines Erfolges soll auch von ausgedehnten Desinfektionen abgesehen werden. Zweckmäßig ist es aber, die Krankenwäsche und die Taschentücher auszukochen und den Auswurf zu desinfizieren, auf peinliche Sauberkeit der Hände zu achten.

Bei ernstesten Krankheitserscheinungen ist die Zuziehung eines Arztes geboten. Die Kranken sollen das Bett hüten, bis alle Krankheitszeichen geschwunden sind, was sich in einzelnen Fällen lange hinziehen kann. Es ist dieses schon deshalb zu empfehlen, weil die Zahl der Rückfälle in letzter Zeit auffallend groß ist. Bei leichterer Erkrankung und bis zur Ankunft des Arztes sind Schwitzprozeduren, reichlich warme Getränke geraten, allenfalls Salzyilpräparate, wie Aspirin, Salipyrin. Ein spezifisches Heilmittel gegen die Krankheit gibt es aber bis jetzt nicht und es muß insbesondere vor den marktschreierisch angebotenen Medikamenten gewarnt werden. Bei der Ernährung der Kranken muß leider auf manches verzichtet werden, wenn aber die weniger Bedürftigen sich etwas bescheiden, ist für die Kranken ausreichend gesorgt.

Auch die ärztliche Versorgung und die Krankenhäuser werden ausreichen, wenn nur das Publikum einige Rücksicht übt, sie nicht unnötig beansprucht, insbesondere die Bestellung dem Arzte so rechtzeitig meldet, daß er seine Gänge entsprechend einrichten kann.

An Medikamenten besteht ein Mangel für die Kranken nicht."

Am 23. Oktober berichteten einzelne Tageszeitungen, daß, wie aus ärztlichen Kreisen mitgeteilt werde, von einem Abnehmen der Grippe in Karlsruhe noch nichts zu bemerken sei, es kann vielmehr von einer weiteren Ausbreitung gesprochen werden. In den meisten Fällen, bei denen der Arzt gerufen wurde, nahm die Krankheit keine schlimme Wendung; die Zahl der Todesfälle aber habe auch hier zugenommen. Nach einer Mitteilung der Polizeidirektion vom 2. November hatte die Grippe in Karlsruhe um diese Zeit ihren Höhepunkt überschritten und war in merklichem Rückgang begriffen.

Am 17. Dezember fand eine sozialhygienische Beratung im Ministerium für soziale Fürsorge statt. Dr. med. Alfons Fischer forderte den Ausschluß infektiös Kranker von der Beschäftigung mit Notstandsarbeiten, wogegen namentlich die Kassenvorsteher Bedenken äußerten.

Der Feuerbestattungsverein Karlsruhe zählte am 1. Januar des Berichtsjahres 1014 Mitglieder (1917: 1006); neu zugeworben sind im Laufe des Jahres 82, durch Austritt, Wegzug oder Tod verlor der Verein 64; Stand am 1. Januar 1919: 1032 Mitglieder. Im hiesigen Krematorium wurden im Berichtsjahre 169 (158) Einäscherungen vorgenommen, 142 (106) Karlsruher und 27 (58) Auswärtige. Davon waren 88 (90) männlichen und 81 (68) weiblichen Geschlechts; 131 (128) waren evangelisch, 18 (20) katholisch, 3 (8) altkatholisch, 13 (6) israelitisch und 4 sonstige (1). Die Einnahmen des Vereins betrugen 7108 Mk. (6217 Mk. 93 Pf.), die Ausgaben 7056 Mk. (6098 Mk. 47 Pf.). Das Vereinsvermögen wurde auf 31. Dezember des Berichtsjahres auf 11323 Mk. 69 Pf. (10301 Mk. 82 Pf.) berechnet. Von diesem Vermögen sind 8000 Mk. in Kriegsanleihe (Reichsschuldbuch) angelegt. Zu den Bestattungskosten werden nach dem Beschluß der Generalversammlung künftig folgende Zuschüsse vom Verein geleistet: Bei einer Mitgliedschaft von 2 Jahren 30 Mk., von 5 Jahren 40 Mk., von 10 Jahren 50 Mk.; von 15 Jahren 60 Mk. usw. Diese Zuschüsse werden von der Friedhofskasse an der Kostenberechnung für die Bestattung in Abzug gebracht und von dieser beim Feuerbestattungsverein erhoben. Der Bericht über die Jahresversammlung, dem wir diese Angaben entnahmen, bezeichnet es am Schluß als auffällige Erscheinung, daß der Feuerbestattung aus den Kreisen der Arbeiterbevölkerung so wenig Interesse entgegengebracht werde. Angesichts der Vorteile, die der Verein nunmehr durch die Zuschüsse biete, werde hoffentlich auch aus diesen Kreisen eine regere Beteiligung zu erwarten sein.

VI.

Versammlungen, Feierlichkeiten und Festslichkeiten, Ausstellungen, Sehenswürdigkeiten.

1. Versammlungen.

Am 15. Januar fand hier die 17. ordentliche Plenarversammlung des Direktoriums des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller und im Anschluß hieran eine Versammlung von Verbrauchern von Treibriemen in Baden, Elsaß, Pfalz und Hessen statt.

Am 20. Januar tagte der Gau Mittelbaden des Landesverbandes der badischen Handwerkervereinigungen.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband für den Bezirk Karlsruhe hielt am 27. Januar Jahresversammlung ab.

In ihrer Generalversammlung am 4. Februar beschloß die Milchproduzenten-Genossenschaft Karlsruhe trotz der gestiegenen Produktionskosten von einer Erhöhung des Milchpreises abzusehen.

Am 24. Februar hielt die Deutsch-spanische Vereinigung ihre Landesversammlung und am 3. März der Südwestdeutsche Leichtathletikerverband seinen ersten Kriegsverbandstag ab.

Am 17. März tagte der Bund erblindeter Krieger. Dem Bezirk Baden gehören 54 von etwa 70 Kriegsblinden als Mitglieder an. Im Anschluß daran wurde eine Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Kriegs- und Friedensblinden gegründet.

Am 24. März fand die erste Generalversammlung der Einkaufsgenossenschaft Badischer Gastwirte statt.

Gleichfalls am 24. wurde der Badische Verbrauchertag abgehalten, bei dem vor allem die Bekämpfung des Schleichhandels besprochen wurde.

Am 13. April fand die Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe statt. Nach erfolgtem Rechenschaftsbericht über das Jahr 1917 nahm Stadtrat Frey Stellung zu der im Landtag angeregten Änderung der Kreisverfassung, die er in durchgreifender Weise nicht als nötig bezeichnete. Weiterhin wurde die Stromversorgung Mittelbadens (Murgwerk) behandelt und nach Erledigung verschiedener Anträge der Voranschlag für 1918 gutgeheißen.

Am 14. April hielten die Badischen Mühlenbesitzer, am 16. der Verband Südwestdeutscher Industrieller Versammlungen ab. Bei letzterer sprach Dr. August Weber vom Reichswirtschaftsamt über „Übergangswirtschaft und Steuerpolitik.“

Am 7. Mai veranstaltete die Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung ihren ersten Vortragsabend. Der Geschäftsführer Dr. Schotte-Berlin bezeichnete als das Ziel, den Bund der Völker der europäischen Mitte von innen heraus auszubauen.

Am 14. Mai schloß sich der Badische Lebensmittelgroßhandel zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen; die Geschäftsstelle wurde in Mannheim eingerichtet.

Am 15. Mai begannen die Tagungen der Landwirtschaftlichen Genossenschaften von Baden. Zunächst hielt die landwirtschaftliche Kreditverbandskasse ihre 6. ordentliche Generalversammlung ab. Sodann eröffnete der Verbandsdirektor Ökonomierat Höcker-Freiburg die 34. Tagung des Verbandes der ländlichen Kreditgenossenschaften. Am 16. hielt die Zentralkasse der badischen Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften ihre 19. Generalversammlung und darnach der Genossenschaftsverband landwirtschaftlicher Vereinigungen seine Hauptversammlung ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt Generalsekretär Schnepf einen Vortrag über die Mitwirkung der Genossenschaften bei der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Am 18. Mai fand die Versammlung Badischer Brauer statt, die in einer Entschlieſung ihre Bedenken über die Höhe der Biersteuer aussprach.

Am 22. Mai hielt die Evangelische Konferenz ihre frühjahrsversammlung ab, bei der u. a. die Aufgaben der Kirche nach dem Kriege behandelt wurden.

Am 25. und 26. Mai fand die 1. Vertretertagung des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine Badens statt. Direktor Metzger sprach über die Stellung der Beamten im gegenwärtigen Staate, Staatsanwalt Zeiler-Saarbrücken über die Not der Beamten und die Mittel zur Abhilfe. Im Oktober erstand der Verband das Haus Akademiestraße 5 für seine Zwecke.

Am 31. Mai nahm der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller Stellung zum Regierungsantrag des Arbeitskammergesetzes, worin die Aufrechterhaltung der rechtlichen Grundlage der Arbeitskammern verlangt wurde.

Die Anfang Juni stattfindende Mitgliederversammlung des Badischen Verbandes der Web-, Wirk- und Strickwarengeschäfte befaßte sich mit Preisbemessung und Fragen der Übergangswirtschaft.

Am 26. hielt der Badische Viehhandelsverband seine 2. Mitgliederversammlung ab.

Am 6. Juli fand eine Landesversammlung der freireligiösen Gemeinden Badens statt.

Eine außerordentliche Hauptversammlung des Landesverbandes Badischer Redakteure am 17. Juli beschäftigte sich mit inneren Angelegenheiten des Verbandes, u. a. auch mit der Zensurfrage.

Am demselben Tage hielt der Badische Gastwirteverband Hauptversammlung ab. Es wurden ausreichende Zuteilung von Lebensmitteln an die Gaststätten und Maßnahmen gegen die Weinpreistreiberei verlangt.

Die Tagung des Badischen Landeswohnungsvereins am 21. und 22. Juli wurde am 21. mit einem Vortrag des Professors Dr. H. Kraft aus Baden über „Bevölkerungspolitik und Wohnungsfrage“ eingeleitet. Landeswohnungsinspektor Dr. Kampfmeyer erstattete den Geschäftsbericht. Hierauf sprachen Oberbaurat Platz-Mannheim über „Notstandsmaßnahmen zur Bekämpfung

der Wohnungsnot", Oberbaurat Stürzenacker über die Beschaffung von Entwürfen, von Baustoffen und Arbeitskräften, Dr. Bittel über „Wohnungsfrage und Industrie“, Oberbürgermeister Kutzer-Mannheim über die Aufbringung der Mehrbaukosten. Stadtrechtsrat Neukum äußerte sich über den notwendigen weiteren Ausbau der Mieteinigungsämter. Frau Maria Stein-Mannheim berichtete über die Sammlung und Bewirtschaftung der Altmöbel. Im Anschluß an diese Tagung fand am 22. im Ministerium des Innern eine Besprechung statt, an der Vertreter städtischer und ländlicher Bezirke teilnahmen; Maßnahmen über Wiederaufnahme der Bautätigkeit und zum Mieterschutz wurden erörtert.

Am 31. Juli forderte eine Mieterversammlung in einer Entschließung die Durchführung einer amtlichen Erhebung der Mietsteigerungen, außerdem eine schnelle Erweiterung der Bundesratsverordnung über den Mieterschutz, Mietskündigungen und Mieterhöhungen seien von der Genehmigung der Einigungsämter abhängig zu machen. Bis dahin wurde ein Eingreifen des Kgl. stellv. Generalkommandos verlangt.

Eine Versammlung Badischer Schweinehändler am 4. August verlangte die Wiederfreigabe des Schweineverkaufs für Händler.

Am 29. September wurde die Landesversammlung des Verbandes Badischer Gewerbe- und Handwerker-vereinigungen abgehalten, der Vertreter des Staats und der Stadt beiwohnten. Der Verbandsvorsitzende Abg. Niederbühl-Rastatt erstattete den Jahresbericht. Regierungsrat Bucerius sprach über „die Rohstoffversorgung des Handwerks während der Kriegszeit, in der Übergangswirtschaft und nach dem Kriege“.

Der Versammlung des badischen Landesverbandes des Deutschen Flottenvereins am 30. September wohnte Großadmiral von Koester an, der auch in einer anschließenden öffentlichen Versammlung einen Vortrag über die Seekriegsführung hielt.

Mitte Oktober fand die Generalversammlung des Verbandes badischer Lederhändler statt.

Am 19. Oktober wurden in einer Versammlung über die Herstellung von Kleidungsstücken aus Papiergarn Vorträge gehalten, u. a. von Professor Dr. Ubbelohde, der die neuesten Fortschritte schilderte.

Ende November veranstaltete der Bund Badischer Detaillistenvereine eine Aussprache über die wirtschaftliche Demobilisierung. Syndikus Dr. Krienen regte die Errichtung eines Kleinhandelsrates beim Ministerium des Innern an.

Am 30. November fand eine Generalversammlung der Badischen Philologenvereine statt.

Am 5. Dezember tagten die Vertreter aller evangelischen Landeskirchlichen Verbände.

Auf einer am 11. Dezember stattfindenden Versammlung der Badischen Gastwirte wurde engere Fühlungnahme mit der Regierung im Interesse der Versorgung mit Lebensmitteln gefordert. Der anwesende Ernährungsminister Trunk gab dahingehende Zusagen. Ein Landesausschuß wurde gewählt.

Am 15. Dezember fand eine Versammlung Badischer Künstler zwecks Schaffung einer Interessenvertretung statt. Professor Ule hatte das Referat. Die Versammlung wählte einen Ausschuß und zwar die Architekten Deines und Segauer, die Maler Gebhard und Wolf, die Bildhauer Albicker und Förý und aus den Reihen der Kunstgewerbler Professor Ule und Alfred Kusche.

In einer auf 29. Dezember vom Bunde der Detaillistenvereine einberufenen Versammlung sprach Handelskammersyndikus Dr. Krienen über das Thema: „Wie stellt sich der Kleinhandel zur Wahl am 5. Januar? Welche Forderungen muß er stellen?“ Eine Entschließung ermächtigte den Vorstand des Bundes alles daran zu setzen, daß der Kaufmannsstand in politischer Hinsicht mehr zur Geltung kommt.

Ebenfalls am 29. waren die Vertreter der einzelnen Landes- und Fachverbände Badens zur Beratung über die Art eines engeren Zusammenschlusses des gesamten badischen Handwerks und Gewerbes versammelt. Abg. Niederbühl-Rastatt betonte die Notwendigkeit der Gründung einer Zentralstelle für die Interessen des gewerblichen Mittelstandes. Ihre baldige Gründung wurde beschlossen.

2. Feierlichkeiten, Festlichkeiten.

Am 23. Januar veranstaltete die Vaterlandspartei eine Reichsgründungsfeier, bei der Universitätsprofessor Dr. Wild-Heidelberg die Festrede hielt.

Am 26. Januar, dem Vorabend des Geburtstages des Kaisers, veranstaltete die Stadtgemeinde im Konzerthaus eine Feier. Die von Landgerichtsrat Stritt gehaltene Festrede war von Musikvorträgen umrahmt. Die großherzogliche Familie, Vertreter von Regierung und Stadtverwaltung, sowie der Generalität waren zugegen. Ein Glückwunschtelegramm wurde namens der Bürgerschaft an den Kaiser abgesandt. Am 27. selbst fanden, wie überall, Festgottesdienste für alle Konfessionen statt. Als Festvorstellung im Hoftheater wurde Mozarts „Gärtnerin aus Liebe“ aufgeführt. Die Tageszeitungen berichteten über verschiedene Kaiserfeiern in Lazaretten und Vereinen. Der Großherzog verfügte aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers Straferlaß für Vergehen nach denselben Grundsätzen wie im Vorjahre. Die Einnahmen der am 26. veranstalteten städtischen Feier betragen, einschließlich einer Spende des Großherzogspaares von 100 Mark, 692,08 Mark, sie wurden der städtischen Kriegsfürsorge überwiesen.

Am 20. Februar fand anläßlich der goldenen Hochzeit des bayrischen Königspaares in den Lazaretten III und V (Neue Gewerbeschule) eine Feier statt.

Zum Geburtstag Bismarcks veranstaltete die Vaterlandspartei eine Gedenkfeier, Professor Dr. Ziegler von der Technischen Hochschule hielt die Festrede.

Am 2. Oktober, dem Geburtstage Hindenburgs, früh 9 Uhr, wurde am Hause Kaiserstraße 184, in dem der Generalfeldmarschall seinerzeit als Divisionär gewohnt hatte, eine Gedenktafel eingeweiht. Sie trägt in vergoldeten Lettern folgende Inschrift:

„In diesem Hause wohnte und wirkte
Se. Excellenz Generalfeldmarschall
Paul von Hindenburg
als Kommandeur der 28. Division
von 1900 bis 1903.“

Der Großherzog, die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden, Pressevertreter und anderes Publikum hatten sich zu der schlichten Feier eingefunden. Der stellvertretende kommandierende General v. Isbert hielt die Ansprache (vgl. die Tagesblätter) und sandte namens der Anwesenden ein Glückwunsch-Telegramm an Hindenburg.

Zahlreiche Weihnachtsfeiern wurden in gemeinnützigen Anstalten und Vereinen veranstaltet. Der Landesverein vom Roten Kreuz hielt eine solche für die hier weilenden vertriebenen Elsaß-Lothringer ab, zu der ungefähr 300 Teilnehmer erschienen waren.

3. Ausstellungen.

Am 23. Januar veranstaltete die Frauenarbeitschule (Frauenverein) eine Ausstellung des von Kandidatinnen des Oberseminars für Handarbeitslehrerinnen gefertigten Arbeiten und Zeichnungen.

Vom 4. bis 10. März stellte die vom Reichsamt des Innern eingesetzte Ersatzsohlen-Gesellschaft im Landesgewerbeamt Stiefel und Schuhe aus, die unter Verwendung von Ersatzmaterial hergestellt waren.

Ende April bis Anfang Mai befand sich im Warenhaus Tieß eine Ausstellung ungarischer Volkskunst, hauptsächlich Textilien und Stickereien.

Die Kunststickerschule veranstaltete vom 1. bis 3. Mai, sowie vom 30. November bis 2. Dezember Schulausstellungen.

Anfang Juli fand durch den Badischen Baubund eine Ausstellung nebst Verkauf von Wohnungs-Einrichtungen statt.

Im Orangeriegebäude wurde vom 6. bis 22. Juli die Kurland-Ausstellung des Deutschen Auslands-Museums und Instituts (Stuttgart) abgehalten. Die feierliche Eröffnung fand in Gegenwart des Großherzogspaares und zahlreicher Vertreter der Öffentlichkeit statt. Der Leiter der Ausstellung, Kommerzienrat Wanner-Stuttgart, hielt die Begrüßungsansprache. Als Zweck des Unternehmens bezeichnete er, Verständnis für die Vergangenheit und Gegenwart dieser ältesten deutschen Kolonialsiedlung zu wecken, die durch die Zeitereignisse in den Vordergrund des Interesses gerückt worden ist. In den verschiedenen Abteilungen wurden an der Hand von Abbildungen, Modellen und sonstigen Ausstellungsgegenständen, sowie von statistischen Tabellen alle Gebiete des staatlichen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens von Kurland veranschaulicht. Am Abend des Eröffnungstages hielt der Kurländer Freiherr von Engelhardt-München einen Vortrag über „Das baltische Deutschtum“ und am Abend des 12. Juli sprachen die Professoren Winkler und Gläser vom Altussischen Verein

deutscher Kolonisten über die „Not und Hoffnung der Deutschen in Rußland“.

Vom 3. bis 10. November stellte der Malerinnenverein Aquarelle, Handzeichnungen, Graphik, Kunstgewerbe aller Art und künstlerische Handarbeiten aus.

Im Kunstgewerbemuseum fanden folgende Ausstellungen statt: im Januar dekorative Malereien und Zeichnungen von Maler Otto Rückert von Würzburg, sowie Druckerzeugnisse der Buch- und Kunstdruckerei Konrad Triltsch in Dettelbach; im März Medaillen, Plaketten, Emailarbeiten und Entwürfe von Friedrich und Berthold Böhlinger aus Pforzheim; außerdem eine Sammlung alter Kuchen- und Springerlesmodelle aus dem Besitz von Architekt Philipp Schwarz in Stuttgart; im Juli Arbeiten des Kunstmalers Bassedès-Burgwart in Dessau und seiner Schüler; ferner kunstgewerbliche Arbeiten aus dem Ukrainer-Lager in Rastatt.

Die Galerie Moos brachte in monatlich wechselnden Ausstellungen vorwiegend Werke hiesiger Künstler zur Schau.

Seit Mitte September ist die Kunst- und Gemälde-Ausstellung Schwarz (Kaiserstraße 225) eröffnet, die gleichfalls von heimischen Künstlern besetzt war.

4. Sehenswürdigkeiten.

Vom 9. bis 11. November gab der Zauberünstler Bellachini täglich Vorstellungen.

VII.

Verkehrswesen.

Post- und Telegraphenverkehr von Karlsruhe im Jahre 1918:

Einschreibbrieffendungen	ab	402 237	Stück
	an	453 981	"
Pakete ohne Wertangabe	ab	1 441 084	"
	an	1 036 149	"
Einschreibpakete	ab	15 503	"
	an	15 819	"
Pakete, Briefe und Kästchen mit Wertangabe . . .	ab	160 040	"
	an	151 780	"
Nachnahmesendungen	an	114 673	"
Postaufträge	ab	1 919	"
	an	2 111	"
Postanweisungen	ab	393 522	"
	an	446 271	"
Betrag der Postanweisungen	ab	26 334 746	Mk.
	an	30 643 737	"
Aufgegebene Zahlkarten	ab	344 181	Stück
Betrag der Zahlkarten		292 791 038	Mk.
Eingegangene Zahlungsanweisungen	an	138 111	Stück
Betrag der Zahlungsanweisungen		24 298 878	Mk.
Telegramme	ab	500 594	Stück
	an	456 245	"
Zahl der Gespräche im Ortsverkehr		8 803 563	
Zahl der Gespräche im Vororts- und Nachbarortsverkehr		238 632	
Zahl der Gespräche im Fernverkehr		2 566 125	
Zahl der mit Fernsprecher übermittelten Telegramme			
und sonstigen Nachrichten		21 082	

Im Vergleich mit dem Verkehr von 1917 zeigen die Einschreibsendungen ab und an, die Pakete, Briefe und Kästchen ab und an, die Nachnahmesendungen, die Postanweisungen an, der Betrag derselben ab und an, der Betrag der Zahlkarten der Zahlungsanweisungen in der Stückzahl und im Betrag, der Telegramme ab und an, die Zahl der Gespräche im Ortsverkehr, sowie im Vororts- und Nachbarortsverkehr und die Zahl der mit Fernsprecher übermittelten Telegramme und sonstigen Nachrichten eine Zunahme, die übrigen Sätze eine Abnahme. Die Zahl der gewöhnlichen Brieffendungen (Briefe, Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben) wurden auch 1918, wie in den vorhergehenden Kriegsjahren, nicht ermittelt. Im Berichtsjahre unterblieb auch die Feststellung über den Weihnachts- und Neujahrsverkehr.

Vom 2. bis zum 10. Juli war wegen zahlreicher Erkrankungen und der großen Schwierigkeiten, die sich der Gewinnung geeigneter Ersatzkräfte entgegenstellten, die Zahl der werktäglichen Ortsbriefbestellungen von 3 auf 2 (um 7 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags beginnend) beschränkt.

Am 10. Oktober berichteten die Zeitungen, daß nach Mitteilung der Oberpostdirektion die Briefbestellung bei Dunkelheit, weil für die Laternen der Briefträger kein Brennstoff erhältlich sei, nur in den Häusern ausgeführt werden können, bei denen die Zugänge und Treppenhäuser beleuchtet seien.

Am 2. Januar wurde der Generaldirektor der Staatseisenbahnen, Staatsrat August Roth, auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters und leidender Gesundheit „unter Anerkennung seiner langjährigen, treuen und erspriesslichen Dienste und unter Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat“ in den Ruhestand versetzt. Zu seinem Nachfolger als Generaldirektor wurde Ministerialdirektor Staatsrat Julius Schulz ernannt.

Die 66. Sitzung des Badischen Eisenbahnrats fand am 9. Februar statt. Auf der Tagesordnung stand die Erhebung eines Kriegszuschlags von 15 % im Güter- und Tierverkehr und Neuregelung des Monatskartentarifs. Beiden Maßnahmen stimmte der Eisenbahnrat zu.

Vom 1. April an traten folgende Veränderungen im Personenverkehr der badischen Staatseisenbahnen ein: In den Personenzügen wurde die 4. Wagenklasse eingeführt, die aber durchweg mit Sitzplätzen ausgestattet ist. (Damit fiel für die 3. Klasse die seitherige Unterscheidung von IIIa und IIIb weg.) Monatskarten wurden auch für die 4. Klasse ausgegeben. Die Monatskarten 1.—3. Klasse galten nunmehr nur zu Eil- und Personenzügen. Für Schnellzüge wurde ein besonderer Preiszuschlag erhoben. Schülerkarten wurden für die 3. und 4. Klasse ausgegeben. In Personenzügen ohne Wagen 3. Klasse oder bei Platzmangel in 3. Klasse galten Schülerkarten 3. Klasse für die 4. Klasse. Die Preise der Arbeiterkarten blieben unverändert. Die unentgeltliche Mitnahme von Traglasten in den Gepäckwagen fiel weg. Für solche Traglasten wurde nunmehr eine feste Gebühr von 20 Pfg. erhoben.

Am 1. August wurde in Karlsruhe—Hafen ein Güteramt für den unbeschränkten öffentlichen Frachtgutverkehr eröffnet. Zur Abfertigung von Eilgut ist dieses Güteramt im Überfuhrverfahren zuständig.

Am 19. Dezember machte das Ministerium für militärische Angelegenheiten bekannt, daß die Kraftfahrbereitschaft in Karlsruhe mit ihren Personen- und Lastkraftwagen auf Bestellung für Behörden, Dienststellen und Gemeindeverbände, sowie für Private Fahrten gegen Bezahlung ausführe.

Die Betriebslänge der Städtischen Straßenbahn betrug 22,56 km (1917: 20,14 km), die Gleislänge 48,48 km, die Spurweite 1,435 m.

Die Abwicklung des Straßenbahnbetriebs gestaltete sich im Jahre 1918 im wesentlichen unter den gleichen Verhältnissen wie in den Vorkriegsjahren.

Die Verkehrssteigerung hielt an und konnte ohne nennenswerte Störungen bewältigt werden. Der Mangel an geeigneten Arbeitskräften wirkte immer fühlbarer auf die Betriebsführung ein, ebenso das fehlen von Baustoffen und Rohmaterialien aller Art und die Verwendung geringwertiger Ersatzmittel für die Unterhaltung der Anlagen und Betriebsmittel. Die wirtschaftliche Ausnützung der Anlagen wurde durch die behördlichen Vorschriften stark beeinträchtigt. Die Beendigung des Kriegszustandes brachte keine wesentlichen

Erleichterungen. Dem Personalmangel wurde durch die Rückkehr des ständigen Fahr- und Werkstättenpersonals gesteuert; ein großer Teil der weiblichen Fahrdienst-Aushilfen schied infolgedessen freiwillig aus städtischen Diensten aus.

Die ständig steigenden Preisverteuerungen für Rohmaterialien und die durch die teure Lebenshaltung bedingten erhöhten Ausgaben für die Kriegsteuerungszuschüsse an die Beamten und Arbeiter machten die Einführung einer Tarifierhöhung ab 1. März notwendig. Die Grundpreise für Einzelfahrscheine und Abonnements wurden um je 5 Pf. die Fahrt erhöht, vom gleichen Zeitpunkt ab wurden steuerpflichtige Wochenkarten eingeführt.

Die Betriebsergebnisse können trotz der durch den Krieg bedingten veränderten Verhältnisse als befriedigend bezeichnet werden.

Die kilometrischen Leistungen für die Personenbeförderung stellen sich auf 6 113 621 (6 414 625) km, einschließlich 4125 (1261) km für Verwundetenbeförderung. Für die Güterbeförderung wurden 47 560 km abgefahren.

Befördert wurden 42 130 921 Personen gegen 39 294 960 im Vorjahre, entsprechend einer Zunahme von 7,2 %, während 1917 gegen 1916 eine Zunahme von 30,9 % zu verzeichnen war. An den beiden Pfingsttagen (19. und 20. Mai) beförderte die Straßenbahn rund 378 000 Personen und hatte eine Einnahme von 47 300 Mk.

Die Gesamteinnahmen, einschließlich aller Nebeneinnahmen, betragen 5 032 135 Mk. gegen 3 395 051 Mk. im Jahre 1917, Zunahme 48,2 %. Hiervon brachten die Personenbeförderung 4 941 254 Mk. 80 Pf. (3 262 576 Mk. 49 Pf.), der Postwagenbetrieb 1 3391 Mk. 38 Pf. (1 0508 Mk. 53 Pf.), die Stromlieferung an Dritte 19471 Mk. (10 508 Mk.), der Verkauf von Altmaterial 14215 Mk. (23 495 Mk.), die Reklamevermietung 4694 Mk. (8891 Mk.); der Restbetrag ergibt sich aus verschiedenen sonstigen Einnahmen.

Die Gesamtausgaben, einschließlich der in sozialer Fürsorge für unsere Kriegsteilnehmer und deren Familien als besondere Betriebsausgabe in voller Höhe geleisteten Gehalts- und Lohnfortzahlungen, beziffern sich auf 3 733 629 Mk. 25 Pf. gegen 2 846 546 Mk. 34 Pf. im Vorjahre. Die Steigerung beträgt

31,1 %. Der Prozentsatz der Betriebsausgaben gegenüber den Betriebseinnahmen beträgt 60,2 % (64,3 %).

Nach Abzug der für Verzinsung und Tilgung der Anlehensmittel und Rücklagen aufzubringenden Betriebskapitalien konnte ein Überschuß von 1 001 277 Mk. 51 Pf. an die Stadthauptkasse abgeführt werden.

Die Zahl der aus Betriebsmitteln bezahlten Gehalts- und Lohnempfänger, einschließlich der im Felde stehenden Beamten und Arbeiter, bezifferte sich auf 957 gegen 935 im Vorjahr.

Von Kriegsteilnehmern starben bis Kriegsende insgesamt 72 Mann den Heldentod fürs Vaterland, 8 Mann sind vermißt und als verschollen erklärt und 20 Mann sind kriegsgefangen.

Der Wagenpark wurde durch Beschaffung weiterer Wagen vergrößert und bestand auf Jahreschluß aus 86 Motorpersonenwagen, 40 geschlossenen und 36 offenen Personen-Anhängewagen, 2 Postmotowagen, 1 Schienenschleifwagen, 1 Schienenreinigungswagen, 1 Hilfswagen, 1 Motorgüterwagen, 16 Güterwagen, 25 Kippwagen, 1 Kabeltrummelwagen, 3 Salzwagen und 3 fahrbaren Oberleitungswagen.

Der Hilfswagen wurde 29(44) mal benötigt; der Salzwagen fuhr 2(8) mal aus.

Die Fahrkartensteuer erbrachte für die Reichskasse eine Einnahme von 121 224 Mk. (8582 Mk.).

Die Betriebs- und Streckenlänge der Karlsruher Lokalbahnen beträgt jetzt 33,03 km, Spurweite 1,00 m. Von dem Personal standen im Jahre 1918 15 Mann im Kriegsdienst.

Ende 1918 waren vorhanden: 11 zweiachsige Dampflokomotiven, 5 zweiachsige elektrische Triebwagen, 41 vierachsige und 13 zweiachsige Personenwagen, 2 Gepäck- und folgende Güterwagen: gedeckte 8 Stück, offene 20, Kippwagen 11 und Tafelwagen 3 Stück.

Am Jahreschluß waren insgesamt 28 Beamte und 67 Arbeiter beschäftigt.

Die Gesamteinnahmen betrugen 598 940 Mk. 90 Pf. (408 320 Mk. 93 Pf.), die Gesamtausgaben 667 558 Mk. 67 Pf. (346 854 Mk. 57 Pf.).

Zur Verzinsung und Tilgung der aufgewendeten Kapitalien ist ein Zuschuß aus der Stadthauptkasse in Höhe von 57 350 Mk. 15 Pf. erforderlich.

Die Einnahmen aus dem Personenverkehr betrugen: 511 552 Mf. 95 Pf. (353 260 Mf. 41 Pf.).

Personen wurden 3221 393 (2994 053) befördert. 20137 (16789) Gepäckarten ausgegeben und 983 (824) Hunde befördert.

Abgefahren wurden 221 594 (258 657) Lokomotivkilometer und 3482 987 (3686 062) Wagenachskilometer.

Am 25. Januar erließ das Straßenbahnamt gegen Überfüllung der Straßenbahnwagen folgende Bekanntmachung: „Wer auf einen vollbesetzten Wagen aufsteigt und diesen trotz Aufforderung des Fahrpersonals nicht alsbald verläßt, hat, abgesehen von der polizeilichen Bestrafung und der Ausweisung an der nächsten Haltestelle, für die zurückgelegte Strecke eine Fahrgebühr von 2 Mf. zu bezahlen.“

Zu Ehren des Straßenbahndirektors Bussbaum, der am 1. August seine Stelle als Straßenbahndirektor in Halle antritt, veranstaltete das Personal der Straßenbahn am 24. Juli eine schlichte Feier. Mehrere Ansprachen wurden gehalten, auf die der scheidende Direktor dankend antwortete. Der Gesangverein „Badenia“ trug einige Chöre vor. Humoristische Darbietungen und ein Solovortrag wechselten. Mit einer Blitzaufnahme aller Teilnehmer schloß die Feier.

Die Generalversammlung der Aktiengesellschaft Drahtseilbahn-Durlach-Turmberg fand am 26. April 1919 statt. Der Betrieb der Bahn hat sich im Berichtsjahr 1918 günstig entwickelt. Er wurde am 28. März eröffnet und erstreckte sich bis einschließlich 3. November. In dieser Zeit wurden 133 525 Personen (1917: 115 339) befördert. An dem Gesamtverkehr waren mit Gemeinschaftsfahrscheinen Karlsruhe—Durlach—Turmberg 46 448 Personen beteiligt. Die Fahrgeldeinnahme betrug im ganzen 22 837 Mf. (17 472 Mf.). Den Aussichtsturm bestiegen 18 730 Personen. Die Einnahmen hierfür betrugen 1873 Mf. (1599 Mf.). Die reinen Betriebskosten beliefen sich auf 12 170 Mf. (7695 Mf.). Als Reingewinn verblieben 11 194 Mf. Nach Beschluß der Generalversammlung wurden davon 1000 Mf. dem Spezialreservefonds zugewiesen, 8000 Mf. dem Umbaufonds, 2080 Mf. betrug die Dividende mit 4 %, auf neue Rechnung wurden 114 Mf. vorgetragen. — An den beiden Pfingsttagen wurde die Turmberg=

bahn von 9320 Personen benützt, wofür eine Einnahme von 1865 Mk. erzielt wurde. — Die Generalversammlung wählte anstelle des Straßenbahndirektors Bussbaum dessen Nachfolger Ingenieur Schmidtmann vom 1. September 1918 ab zum Vorstand des Unternehmens. Außerdem stimmte sie der vorgeschlagenen Änderung der Satzungen zu, durch die der Sitz der Gesellschaft von Durlach nach Karlsruhe verlegt wird. Die Verlegung wurde durch die enge Verbindung der Turmbergbahn mit der Stadt Karlsruhe notwendig, die die Mehrzahl der Aktien besitzt und die Bergbahn für Rechnung der Gesellschaft verwaltet.

Bei der *Albtalbahn* betrug die Länge 58,54 km (1917: 57,39 km). Personen wurden 4 696 907 (4 051 618*) befördert und 137 937 t (137 636 t) Güter gefahren. Die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr betrugen 1 019 996 Mk. (773 926 Mk.), die aus dem Güter-, Vieh- und sonstigen Verkehr 468 234 Mk. (326 869 Mk.), die Gesamteinnahmen somit 1 488 230 Mk. (1 100 795 Mk.). Die Gesamtausgaben einschließlich Rücklagen in die Erneuerungs- und Reservefonds beliefen sich auf 1 488 230 Mk. (993 570 Mk.), ohne diese Rücklagen 1 471 724 Mk. = 88,89 % (88,66 %) der Betriebseinnahmen. Die *Albtalbahn* besaß am Schluß des Berichtsjahres 17 Lokomotiven, darunter 4 elektrische, 8 Motorwagen, 74 Personen-, Post- und Gepäckwagen, 171 schmalspurige Güterwagen und 67 in den Staatsbahn-Wagenverband eingestellte Güterwagen.

Im *Karlsruher Rheinhafen* betrug der Umschlagsverkehr 1 233 851 t (1917: 1 135 901 t), somit eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre um 8,6 %, während 1917 gegenüber 1916 eine Abnahme von 17,6 % zu verzeichnen war. Hinter der im Jahre 1913 erreichten größten Verkehrsziffer von 1 483 607 t bleibt das Ergebnis von 1918 noch um 249 756 t = 16,8 % zurück.

Von der Staatsbahnstation *Karlsruhe Hafen* wurden im Berichtsjahre abgefertigt im Versand 1 243 392 t (898 072 t), im Empfang 450 354 t (356 127 t), zusammen 1 693 746 t (1 254 199 t), somit

*) Diese und einige andere Zahlen, die für die *Albtalbahn* mit denen der *Chronik* von 1917 nicht ganz übereinstimmen, sind nach der später erfolgten endgültigen Feststellung angegeben.

Zunahme um 439 547 t = rund 35 %, während 1917 gegen 1916 eine Abnahme von 19,5 % zu verzeichnen war. Dieser Verkehr war 1918 sowohl im Versand wie im Empfang der stärkste seit Eröffnung des Hafens und übertraf den Umschlagsverkehr um 459 895 t. Nach einer Zusammenstellung der Wochenschrift „Der Rhein“ stand Karlsruhe im Berichtsjahre durch seinen Hafenverkehr unter 15 wichtigeren Binnenhäfen (14 Rheinhäfen und Frankfurt a. M.) an 5. Stelle (1917 an 6.). Im ganzen sind 1503 (1027) beladene und 95 (248) leere Schiffe angekommen, abgegangen 425 (452) beladene und 1197 (813) leere.

Im Berichtsjahre ließ die firma Raab, Karcher & Cie im Hafengebiet ein Gebäude mit einer Werkstätte und Arbeiteraufenthaltsräume erstellen, die firma hat die zweite, elektrisch betriebene, fahrbare Verladebrücke mit Kran, deren Bau 1917 begonnen wurde, in Benutzung genommen.

Die Stadtgemeinde hat an 6 firmen 19 627 qm Hafengelände vermietet und an ebenfalls 6 firmen 60 794 qm verkauft und für letzteres zusammen rund 646 000 Mf. eingenommen. Im ganzen waren am Schluß des Berichtsjahres 315 614 qm (355 816 qm) vermietet und 243 637 qm (182 838 qm) verkauft.

Am Ende des Berichtsjahres hatte die Stadtgemeinde für den Rheinhafen insgesamt rund 7 014 754 Mf. (6 946 946 Mf.) aufgewendet. Die Betriebseinnahmen beliefen sich auf 523 707 Mf. 75 Pf. (437 025 Mf. 62 Pf.) die Ausgaben ausschließlich Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals auf 355 749 Mf. 18 Pf. Der erforderliche Zuschuß der Stadtkasse betrug 82 760 Mf. 18 Pf. (160 544 Mf. 48 Pf.). Die Betriebseinnahmen sind gegen 1917 um 19,8 % gestiegen (1917 gegen 1916 um 14,7 % gesunken), die Betriebsausgaben um 24,3 % gestiegen (3,4 % gestiegen).

Die Gemeindeumlagen der Hafenfirmen, die lediglich durch die Anlage des Hafens nach Karlsruhe gezogen worden sind, betrugen 211 762 Mf. (177 208). Die Vermehrung beträgt 19,5 % (76,7 %).

Die Fortzahlung der Gehälter und Löhne an die Familien der zum Militär eingerückten Beamten und Arbeiter des Hafenamts erforderte für durchschnittlich 56 (60) Personen 83 651 Mf. (80 320 Mf.).

VIII.

Übersicht über die Witterungsverhältnisse.

A. Differenzielle Darstellung der wichtigsten klimatischen Elemente.

1917 ¹⁾	Luftdruck in mm		Lufttemperatur in C °						Sommertage ²⁾	Solltage ²⁾	Wintertage ²⁾
	Mo- nats- mittel (H = 127 m)	Ab- wei- chung ²⁾	Monats- mittel	Ab- wei- chung ²⁾	Höchste		Niedrigste				
					C°	Dat.	C°	Dat.			
Januar . . .	746,7	— 7,1	— 0,5	— 0,8	10,4	1.	— 12,4	29.	— 20	10	
Februar . . .	753,6	+ 1,7	— 2,1	— 3,9	8,2	17.	— 15,3	5.	— 23	11	
März . . .	746,4	— 3,1	2,9	— 2,3	13,4	11.	— 5,0	16.	— 18	—	
April . . .	748,9	— 0,2	7,0	— 2,7	20,5	30.	— 1,2	11.	— 6	—	
Mai . . .	750,0	0,0	17,9	+ 4,0	30,4	14.	1,7	7.	12	—	
Juni . . .	752,4	+ 1,5	19,9	+ 2,3	30,4	18.	7,6	24	15	—	
Juli . . .	752,3	+ 1,0	18,8	+ 0,1	29,8	29.	9,0	23.	10	—	
August . . .	748,8	— 2,7	18,0	— 0,2	30,2	23.	10,9	26.	6	—	
September . .	753,9	+ 1,3	16,3	+ 1,8	26,4	19.	6,3	30.	4	—	
Oktober . . .	748,5	— 2,5	8,6	— 1,1	22,2	2.	— 1,6	30.	— 3	—	
November . . .	754,6	+ 2,8	6,2	+ 1,2	13,9	3.	— 0,8	9.	— 2	—	
Dezember . . .	754,0	+ 2,4	— 1,1	— 2,7	9,7	2.	— 12,6	29.	— 25	9	
Jahr . . .	750,8	— 0,4	9,3	— 0,4	30,4	{ 14. V. 18. VI.	— 15,3	5. II.	47	97	
									30		

¹⁾ Wir bringen hier nachträglich die Übersicht über die Witterungsverhältnisse im Jahre 1917, die in der vorjährigen Chronik nicht erscheinen konnten.

²⁾ In den Spalten Abweichungen bedeutet + zu große, — zu kleine Werte gegenüber den durchschnittlichen. Die Mittelwerte des Luftdruckes beziehen sich auf den Zeitraum 1886—1910.

³⁾ Sommertage sind solche, an denen das Thermometer mindestens 25° erreicht hat, Frostage sind solche, an denen es auf oder unter den Gefrierpunkt gefallen ist und Winter-(Eis-)tage solche, an denen es auch untertags nicht mehr darüber gestiegen ist.

1917	Absolute Feuchtigkeit		Relative Feuchtigkeit		Bewöl- kung		Niederschlag in mm				Anzahl der Tage mit			
	mm	Ab- wei- chung ¹⁾	o/o	Ab- wei- chung ¹⁾	o/o	Ab- wei- chung ¹⁾	Sa. mm	Ab- wei- chung ¹⁾	Grösste in 24 Stunden		Niedersch. überhaupt	Regen	Schnee	Gewitter
									mm	Dat.				
Januar	4,0	- 0,2	83	- 1	75	+ 1	43,8	- 7,3	9,7	9.	17	7	12	—
Februar	3,0	- 1,5	72	- 9	59	- 11	20,2	- 23,9	5,8	13.	7	6	2	—
März	4,5	- 0,7	79	+ 4	79	+ 16	63,9	+ 5,5	26,5	31.	17	10	9	—
April	5,3	- 0,9	71	+ 2	72	+ 11	31,8	- 18,7	5,5	1.	13	10	3	2
Mai	10,4	+ 2,1	68	- 2	46	- 14	38,5	- 21,7	14,2	31.	9	9	—	3
Juni	12,4	+ 1,7	72	+ 1	49	- 12	98,4	+ 20,2	33,2	10.	14	14	—	13
Juli	12,8	+ 0,9	79	+ 6	66	+ 8	57,2	- 23,3	8,5	20.	15	15	—	5
August	12,4	+ 0,9	81	+ 6	68	+ 16	106,6	+ 30,4	25,8	10.	19	19	—	6
September	11,5	+ 1,6	83	+ 3	44	- 11	37,8	- 28,7	15,3	13.	9	4	—	1
Oktober	7,2	- 0,4	85	+ 1	80	+ 11	104,2	+ 40,3	19,2	28.	19	19	1	1
November	6,3	+ 0,6	87	+ 3	85	+ 8	41,8	- 12,4	15,3	26.	11	11	—	—
Dezember	3,7	- 1,0	85	+ 1	74	- 5	29,3	- 29,3	6,4	2.	9	2	7	—
Jahr	7,8	+ 0,3	79	+ 1	66	+ 1	673,5	- 68,9	33,2	10. VI.	159	126	34	31

Sonnenscheindauer.

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Stunden	59,3	96,8	72,5	116,6	250,3	283,9	216,6
% der möglichen	22	34	20	28	53	59	45
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jahr.	
Stunden	198,1	190,9	76,6	36,5	42,7	1640,8	
% der möglichen	45	51	23	13	17	37	

Letzter Frost: 27. April.

Längste Regenzeit: 3. bis 14. Sept.

Erster Frost: 17. Oktober.

(12 Tage, jeden Tag Regen).

Letzter Schnee: 18. April.

Längste Trockenzeit: 31. Jan. bis 11. Febr.,

Erster Schnee: 28. Oktober.

21. Sept. bis 2. Okt. (jeweils 12 Tage).

¹⁾ Bei der Spalte Abweichung bedeutet + zu große, — zu kleine Werte gegenüber den durchschnittlichen. Die Mittelwerte der Luftfeuchtigkeit und Bewölkung beziehen sich auf den Zeitraum 1871—1915, jene der Niederschläge auf 1888—1917.

1918	Luftdruck in mm		Lufttemperatur in C°						Sommertage	Fröhtage	Wintertage
	Mo- nats- mittel	Ab- wei- chung	Monats- mittel	Ab- wei- chung	Höchste		Niedrigste				
					C°	Dat.	C°	Dat.			
Januar . .	753,4	— 0,4	1,6	+ 1,3	14,4	19.	—14,7	4.	—	21	6
februar . .	758,2	+ 6,3	3,2	+ 1,4	12,9	8.	— 7,6	20.	—	14	1
März . .	751,3	+ 1,8	5,7	+ 0,5	18,7	24.	— 6,5	27.	—	14	—
April . .	746,0	— 3,1	10,2	+ 0,5	21,4	14.	0,0	23.	—	1	—
Mai . .	750,9	+ 0,9	16,1	+ 2,2	27,9	21.22.23	4,8	28.	7	—	—
Juni . .	751,8	+ 0,9	15,2	— 2,4	24,9	14.	3,5	5.+6.	—	—	—
Juli . .	751,0	— 0,3	18,9	0,0	35,8	17.	7,3	1.	11	—	—
August . .	751,8	+ 0,3	18,2	0,0	31,9	22.23.	8,6	1.	8	—	—
September	749,0	— 3,6	14,7	+ 0,2	24,9	7. 16. 24.	5,0	21.	—	—	—
Oktober . .	752,0	+ 1,0	8,5	— 1,2	18,5	23.	— 1,0	31.	—	1	—
November	753,8	+ 2,0	4,1	— 0,9	14,9	6.	— 7,0	24.	—	16	1
Dezember .	750,4	— 1,2	6,2	+ 4,6	13,5	13.	— 2,8	2.	—	5	—
Jahr . .	751,6	+ 0,4	10,2	+ 0,5	35,8	17. VII.	— 14,7	4. I.	26	72	8

1918	Absolute feuchtig- keit		Relative feuchtig- keit		Bewöl- kung		Niederschlag in mm				Anzahl der Tage mit					
	mm	Ab- wei- chung	‰	Ab- wei- chung	‰	Ab- wei- chung	Sa. mm	Ab- wei- chung	Größe in 24 Stunden		Niedersch- überhaupt	Regen	Schnee	Gewitter		
									mm	Dat.						
Januar	4,8	+ 0,6	88	+	4	80	+	6	81,9	+30,8	37,2	8.	16	12	7	—
Februar	5,0	+ 0,5	82	+	1	63	—	7	19,0	—25,1	6,0	14.+28.	7	6	2	—
März	5,1	— 0,1	75	0	51	— 12	42,7	—15,7	10,8	1.	10	10	2	—	—	—
April	7,6	+ 1,4	82	+	13	84	+	23	87,3	+36,8	18,9	24.	18	18	—	1
Mai	9,7	+ 1,4	72	+	2	53	—	7	44,1	—16,1	14,3	20.	10	10	—	2
Juni	8,9	— 1,8	70	—	1	62	+	1	45,5	—32,7	9,1	17.	14	14	—	3
Juli	11,3	— 0,6	71	—	2	60	+	2	74,0	— 6,5	16,7	24.	10	10	—	2
August	11,6	— 0,1	75	0	54	+	2	59,2	—17,0	18,0	7.	15	15	—	5	—
September	10,7	+ 0,8	85	+	5	65	+	10	142,0	+75,5	25,2	12.	19	19	—	4
Oktober	7,5	— 0,1	90	+	6	68	—	1	40,6	—23,3	21,0	16.	8	8	—	—
November	5,9	+ 0,2	92	+	8	73	—	4	32,2	—22,0	7,3	28.	12	7	—	—
Dezember	6,7	+ 2,0	92	+	6	80	—	1	107,1	+48,5	14,1	31.	15	19	1	—
Jahr	7,9	+ 0,4	81	+	3	66	—	1	775,6	+33,2	37,2	8. I.	154	148	12	17

Sonnenscheindauer.

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Stunden	29,7	68,4	83,5	127,2	316,1	239,0	192,6
% der möglichen	14	24	23	31	67	49	40
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jahr.	
Stunden	249,0	197,1	95,5	36,0	27,2	1661,3	
% der möglichen	56	52	29	13	11	37,3	

Letzter Frost: 23. April.

Erster Frost: 31. Oktober.

Längste Regenzeiten:

16. bis 26. Dezember = 11 Tage.

4. bis 13. September = 10 Tage.

Letzter Schnee: 20. April.

Erster Schnee: 19. November.

Längste Trockenzeit:

24. Jan. bis 5. Febr. = 12 Tage.

27. Mai bis 9. Juni = 14 Tage.

(nur 1 mal einzelne Regentropfen).

13. Nov. bis 24. Nov. = 12 Tage.

B. Schilderung des Witterungsverlaufs 1917.

Die ersten vier Monate waren im Durchschnitt zu kalt, insbesondere brachte der Februar einen Wärmemangel von rund 40. Nachdem in der ersten Hälfte des Januar verhältnismäßig milde Temperaturen vorgekommen waren, stellte sich darnach eine Frostperiode ein, die fast ununterbrochen bis Mitte Februar anhielt. Der Frost trat in dieser Zeit mehrmals ziemlich stark auf, doch sind ungewöhnlich tiefe Temperaturen nicht vorgekommen. Mit 15,30 Kälte am 5. Februar wurde der tiefste Stand des Jahres erreicht. Die Niederschlagssummen ergaben nur im Januar und März annähernd normale Werte; im Februar und April blieben sie jedoch um erhebliche Beträge unter dem langjährigen Durchschnitt. Insbesondere war der Februar trocken, da nur an 7 Tagen Niederschläge fielen. Im Gegensatz zu den ersten vier Monaten brachte der Mai bei vorwiegend trockenem und sonnigem Wetter erstmals einen Wärmeüberschuß, der im Monatsmittel den namhaften Betrag von 40 erreichte. Die Entwicklung der Pflanzenwelt, die infolge der rauhen und kalten Witterung der Vormonate noch Ende April ganz im Rückstand war, erholte sich bei der hohen Wärme des Mai rasch. Als dann die übernormale Wärme auch im Juni anhielt und neben reichlichem Sonnenschein noch häufige und zum Teil ergiebige Gewitterregen vorkamen, wurde dem Boden die zur

Vegetationsentwicklung nötige Feuchtigkeit in genügender Menge zugeführt. Bei der erreichten Monatsmenge von 100 Liter pro qm lieferten die Niederschläge einen Überschuß von 1 Fünftel des Normalwertes. Die höchste Tagesmenge mit 33,2 Liter pro qm wurde am 10. Juni erreicht. Bemerkenswert ist ferner, daß die höchsten Wärmegrade des Berichtsjahrs (30,4° C) bereits in den Vorsommermonaten Mai und Juni eintraten. Die Hochsommermonate Juli und August waren hinsichtlich der Wärmeverhältnisse im Durchschnitt nahezu normal. In der ersten Junihälfte herrschte etwas zu kühle Witterung. Sommerliche Wärme trat um die Julimitte und gegen Monatsende ein; im August war dies nur an einzelnen wenigen Tagen der Fall. Anders gestalteten sich die Niederschlagsverhältnisse, indem auf den qm im Juli rund 25 Liter zu wenig, im August 30 Liter zu viel Regen niederging. Der September brachte wieder trockenere Witterung; vornehmlich die zweite Hälfte zeichnete sich durch heitere und sonnige Tage aus. Die Temperatur erreichte an mehreren Tagen noch sommerlich hohe Stände; kühles Wetter kam nur selten vor. Im Gegensatz hierzu standen die Witterungsverhältnisse des Oktober, in dessen Verlauf zu trübe, vielfach regnerische Witterung herrschte. Gleichfalls trübes und vielfach nebliges Wetter, wie es für einen Spätherbstmonat charakteristisch ist, wies der November auf. Es konnte im ganzen Monat nicht ein Tag als heiter bezeichnet werden. Die Niederschläge ergaben indessen in Karlsruhe geringere Werte als normalerweise im November vorkommen, während im größten Teil Badens überrnormale Monatssummen erreicht wurden. Die Sonne schien nur 36½ Stunden, obwohl sie im November noch 275 Stunden über dem Horizont verweilt. Der Dezember brachte bereits recht winterliches Wetter. An 25 Tagen kam Frost vor, der vornehmlich im letzten Monatsdrittel strenger auftrat. Niederschläge wurden an nur 9 Tagen gemessen, in 7 Fällen davon bestanden sie aus Schnee. Die Monatssumme betrug die Hälfte des Normalwertes. Im ganzen zeichnete sich das Jahr 1917 durch einen zu kühlen und zu trockenen Frühling aus; während die Vorsommermonate durch einen erheblichen Wärmeüberschuß den früheren Mangel ausglich, waren Juli und August normal warm und die folgenden Monate gegenseitig ausgleichend. Letzteres

gilt auch von den Niederschlägen. Die Frühjahrstrockenheit bewirkte, daß auch die Jahressummen geringer ausfielen, als die Normalwerte betragen.

C. Schilderung des Witterungsverlaufs 1918.

Januar und Februar waren um über 10°C zu warm gegen das langjährige Mittel. Länger anhaltendes Frostwetter herrschte im Januar nur zu Beginn des Monats bis zum 5., gegen Monatsende bis zum 5. Februar und vom 15. bis 20. Februar. Vom 1. bis 11. Januar lag eine bis zu 15 cm anwachsende Schneedecke. Die Niederschläge fielen überwiegend in Form von Regen. Besonders der Januar war regnerisch und anhaltend trüb, während der Februar trockenes und häufig heiteres Wetter aufwies. Im März und April überstieg die mittlere Monatstemperatur die normale nur um etwa $\frac{1}{2}^{\circ}$; Fröste kamen in geringer Stärke im März noch wiederholt, im April nur in der Nacht vom 22./23. vor; im übrigen brachte dieser Monat bis auf wenige Tage angenehmes warmes Frühlingswetter. Sonst charakterisierte sich der März als trockener Monat mit geringer Bewölkung, während der April als naß und trüb zu bezeichnen ist. Sehr günstige Witterungsverhältnisse hatte Karlsruhe im Mai, der durch hohe Wärme, Trockenheit und heiteren Himmel sich auszeichnete. Die Nächte waren fast durchweg warm, nur vom 27./28. sank die Temperatur auf etwa 5°C ; Fröste kamen nicht vor. Erheblich zu kalt und besonders in seiner zweiten Hälfte regenreich verlief der Juni des Jahres. Seine mittlere Temperatur blieb über 2° gegen das Normalmittel zurück. Der Monat hatte keinen einzigen Sommertag. In den Nächten vom 4./5. und 5./6. sank die Temperatur auf nahezu 5° Wärme. Juli und August wiesen normale Temperaturverhältnisse auf; die Niederschläge blieben hinter dem Durchschnitt zurück. Besonders im August herrschte heiteres und trockenes, warmes Sommerwetter. Ein sehr nasser und trüber echter Herbstmonat war der September mit 142 mm Regen, aber normal hinsichtlich der Temperatur. An 19 Tagen des Monats fiel Regen. Sommertage kamen nicht mehr vor. Es folgten ein kalter, im allgemeinen aber trockener Oktober und November. Die ersten Fröste wurden in den beiden

letzten Oktobertagen beobachtet, sie wiederholten sich im November, der allein 16 Frosttage, teilweise schon mit Temperaturen bis 7° Kälte aufwies. Den ersten Schnee brachte der 19. November. Beschlossen wurde das Jahr durch einen ungewöhnlich milden, sehr naßen und trüben Dezember. Die mittlere Monatstemperatur überstieg um rund 5° die normale; nur an 5 Tagen trat Frost ein. In der zweiten Monatshälfte herrschte wiederholt Sturm, am 28. und 29. kamen sogar Gewitter vor. Eine Schneedecke kam während des ganzen Monats nicht zustande.

Überblicken wir das ganze Jahr, so muß es als etwas zu warm und ein wenig zu naß bezeichnet werden. Die Bewölkungsverhältnisse waren normal.

IX.

Bevölkerungsvorgänge, Totenfchau.

1. Bevölkerungsvorgänge.

Im Jahre 1918 betrug die Zahl der Lebendgeborenen 1827 (1917: 1797). Die höchste Zahl der Lebendgeborenen wies der Oktober auf mit 176 (1917: Januar und März mit je 175), die niedrigste Zahl der Dezember mit 120 (1917: November mit 126). Totgeborene wurden 51 gemeldet (1917: 48). Auf je 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet kamen 12,66 Lebendgeborene (1917: 12,31). Unter den 1827 waren 1498 (1493) ehelich und 329 (304) = 18 % (16,91 %) unehelich geboren.

Die Zahl der Todesfälle*) betrug im Berichtsjahr 2320**) (1917: 1994). Die meisten Todesfälle erfolgten im Oktober, nämlich 341 (1917 im Februar 196), die wenigstens im September, nämlich 139 (1917 im September 134). Auf je 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet kamen 16,07 Todesfälle (1917: 13,65). Anstatt des Geburtenüberschusses war ein Überschuß an Gestorbenen von 493 (1917 ebenfalls ein Überschuß an Gestorbenen und zwar von 197) vorhanden.

Auf die einzelnen Stadtteile verteilen sich die Lebendgeborenen und Gestorbenen wie folgt:

*) Näheres über die Todesursachen vergleiche Beilage II.

**) Die hohe Zahl der Todesfälle ist auf das Auftreten der Grippe zurückzuführen, die 394 Opfer forderte.

Stadtteil	Lebendgeborene		Gestorbene	
	1918	1917	1918	1917
Innere Oststadt	217	222	316	288
Innere Weststadt	165	161	527	288
Alter Hardtwaldstadtteil	14	10	100	58
Außere Oststadt	203	229	219	162
Südstadt	258	267	349	307
Stadtgartenviertel	13	5	13	12
Südweststadt	271	262	410	376
Neuer Hardtwaldstadtteil	207	180	41	40
Mühlburg	257	240	308	283
Beiertheim	30	36	45	30
Rintheim	32	23	26	15
Rüppurr	53	59	63	51
Grünwinkel	32	26	23	23
Daglanden	75	77	80	61

Eheschließungen fanden im Berichtsjahre 968 (1917: 882) statt = 6,71 (6,04) auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet. Ehescheidungen, einschließlich der für nichtig erklärten Ehen, kamen 62 (1917: 45) vor = 0,43 (0,31) auf 1000 Einwohner, Ehelösungen durch den Tod 847 (711) = 5,87 (4,87 auf 1000 Einwohner, gelöste Ehen demnach überhaupt 909 (756) = 6,30 (5,18) auf 1000 Einwohner. Mehr Eheschließungen als Ehelösungen waren es 59 (126) = 0,41 (0,86) auf 1000 Einwohner.

2. Totenschau.*)

Max Brauer, geboren am 9. Mai 1855 in Mannheim, gestorben am 2. Januar. Er besuchte das Gymnasium seiner Vaterstadt, sollte Offizier werden, aber seine musikalische Begabung und die Liebe zur Musik trieben ihn, andere Wege einzuschlagen. Von Vincenz Lachner, dem damaligen Hofkapellmeister in Mannheim, erhielt er den ersten Musikunterricht und besuchte sodann zu seiner weiteren musikalischen Ausbildung das Konservatorium in Köln.

*) Wegen der Bestattungsfeiern vergl. die Tageszeitungen.

Im Jahre 1880 trat Max Brauer als Musiklehrer des Gymnasiums in Kaiserslautern seine erste Stelle an und übernahm daselbst auch die Leitung des Cäcilienvereins und wurde 1888 als Hofkirchenmusikdirektor hierher berufen. Er leitete hier den Cäcilienverein, bis dieser 1892 einging. Auf Brauers Anregung wurde 1905 der Bachverein gegründet, für den er bis zu seinem Tode eine eifrige Tätigkeit entfaltete. Überhaupt hat er sich für das Musikleben unserer Stadt hochverdient gemacht, nämlich durch Einstudierung und Leitung Bach'scher Kantaten, Mozart'scher Messen und größerer Kantaten. Auch als Komponist ist der Verstorbene hervorgetreten. Seine Opern „Der Lotse“, „Morgiane“ wurden im Hoftheater aufgeführt, einige seiner Kammermusikstücke im Konzertsaal gehört. Im ganzen sind 18 gedruckte und 10 ungedruckte Kompositionen verschiedener Art von ihm zu nennen. *) Bei der Bestattung des Verstorbenen wirkte der Hofkirchenchor mit.

Karl Friedrich Gustav Jägerschmid, Excellenz, geboren in Mannheim am 21. Juli 1847, gestorben am 10. Januar. Nach anfänglichem Studium der Ingenieurwissenschaft trat der Verstorbene 1867 als Freiwilliger zur Offiziersbeförderung beim feldartillerie-Regiment Nr. 14 in Gottesau ein und wurde am 5. Februar 1869 zum Sekonde-Leutnant ernannt. Im Kriege 1870/71 nahm er an der Schlacht bei Wörth teil, machte die Einschließung Straßburgs mit, war an den Gefechten bei Ognon und Dijon beteiligt, ebenso an der Schlacht bei Auits, dem Treffen bei Villers-Regel und an der Schlacht an der Esaine, wo er verwundet wurde. Mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet, wurde er 1876 zum Premier-Leutnant befördert, 1878 zum Brigade-Adjutanten der II. feldartillerie-Brigade in Stettin. Dort entstand ein inniges Freundschaftsverhältnis mit dem damaligen Generalstabshauptmann von Hindenburg. Nach verschiedenen Etappen wurde Jägerschmid 1897 hier zum Oberst ernannt, 1900 zum Kommandeur der XIII. feldartillerie-Brigade, 1901 zum Generalmajor befördert. 1905 wurde ihm der erbetene Abschied unter Verleihung des Charakters

*) Eine ausführliche Würdigung der musikalischen Bedeutung des Dahingegangenen findet sich in Nr. 12 vom 14. März 1918 der „Pyramide“, der Wochenschrift zum Karlsruher Tagblatt.

als Generalleutnant bewilligt. Seit 1912 war er erster Vorsitzender des Zweigverbandes „Jungdeutschlandbund Baden“. Bei Kriegsausbruch stellte er sich der Heeresverwaltung zur Verfügung, wurde zunächst mit der Organisation der badischen Kriegsjugendwehr beauftragt, anfangs 1915 als Inspekteur der Ersatz-Abteilungen der Feldartillerie des VII. und XVI. Armeekorps nach Münster i. W. berufen. Im November kam er als Kommandeur einer Feldartillerie-Brigade zur Feldtruppe, machte den Stellungskampf vor Riga mit und erhielt 1916 das Eiserne Kreuz I. Klasse. Weiterhin nahm er teil an den Kämpfen gegen die Rumänen, beging hier sein 50 jähriges Militärjubiläum. Nach einer überstandenen Ruhrerkrankung zum Inspekteur einer Etappen-Inspektion in Bialystock ernannt, wurde er Ende 1917 durch ein Unterleibsleiden zur Rückkehr nach Karlsruhe gezwungen; bald darauf starb er. *) Sein Regiment widmete ihm einen ehrenden Nachruf; seine Beisetzung fand unter großer militärischer Beteiligung statt.

Anna Jungle, Hauptlehrerin a. D. der höheren Mädchenschule (Lessingschule), gestorben am 27. Januar im Alter von 71 Jahren. Sie widmete dieser Anstalt den größten Teil ihrer Lehrtätigkeit. Am 12. September 1914 trat sie in den Ruhestand. Zahlreiche Schülerinnen hatten Fräulein Jungle ihre Anhänglichkeit bis über die Schulzeit hinaus bewahrt. Der Verein badischer Lehrerinnen beklagte in einem warmen Nachruf ihren Verlust. War sie doch von 1890 bis 1916 als Mitglied des Vorstands unermüdlich darin tätig gewesen. Nach Ausbruch des Kriegs arbeitete Fräulein Jungle im Nationalen Frauendienst unermüdlich für die Auslandskorrespondenz in den Gefangenenlagern.

Max Lieber, geboren am 28. Januar 1861 in Kolberg, gestorben am 31. Januar. Zuerst Chemiker, suchte er in Darmstadt sich zunächst als Autodidakt künstlerisch auszubilden und siedelte dann hierher über, wo er Schüler von Bergmann und Schönleber wurde. Motive für seine Bilder fand er in der Umgebung von Karlsruhe und im badischen Schwarzwald, vor allem aber in Norddeutschland und in Holland. Wald und Wiesen, Dächergewirr, einfache Wege, rieselnde Bäche, wogende Kornfelder waren, wie ein

*) Vergl. Nr. 61 der „Karlsruher Zeitung.“

Nachruf sagt, die Gegenstände seiner Schilderung. Von seinem Schaffen gab die 1916 zu Liebers 65. Geburtstag vom badischen Kunstverein veranstaltete Ausstellung ein geschlossenes Bild. Um den Verein hatte er sich als langjähriger Leiter anerkannte Verdienste erworben. Während des Krieges als Ausbildungs-offizier bei der Artillerie tätig und zum Major befördert, zog er sich durch eine Rippenfellentzündung den Keim zu seinem Tode zu.

Paul von Leszcynski, geboren am 29. November 1830 in Stettin, gestorben am 12. Februar in Repten im Spreewald. Er begann seine militärische Laufbahn im 20. Inf.-Regt., nahm an den Gefechten in Baden 1849 und an den Feldzügen 1864 und 1866 teil. 1867 trat Leszcynski als Chef des Generalstabs in badische Dienste und machte sich um die Mobilmachung der badischen Truppen 1870 verdient. In der Belagerungsarmee vor Straßburg wurde er Chef des Generalstabs und bekleidete in dem später gegründeten 14. Armee-korps als Oberstleutnant dieselbe Stellung. Nach Abschluß der Militärkonvention Badens mit Preußen trat er in den Verband der preussischen Armee zurück. Im Kriege war er mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse und dem Eichenlaub des Pour le Mérite ausgezeichnet worden. 1891 erbat er seinen Abschied als kommandierender General des 9. Armee-korps und lebte dann auf seinem Gut Repten.

Lambert Freiherr von Babo, Großh. Kammerherr, geboren 1848 in Freiburg, gestorben am 25. Februar. Der Dahin-geschiedene war als Kunstmaler nach auswärtiger Studienzeit Schüler von Ferdinand Keller, er schuf Landschaften und Porträts. Er trat auch als Schriftsteller hervor („Zwei Kaiser“, 1911).

Hermann Honsell, geboren 1842 in Konstanz, gestorben daselbst am 27. Februar. Nach Studium des Bergfachs und Reisen nach Schlesien, Böhmen und Galizien trat er in den badischen Staatsdienst, wurde 1875 Bergmeister bei der Saline Dürreheim, 1881 Bergrat bei der Domänen-direktion in Karlsruhe, 1893 Oberbergrat, 1904 Geh. Oberbergrat. Im Ruhestand zog er in seine Heimatstadt. U. a. rührt der Abschnitt über das Bergwesen in dem Werke „Das Großherzogtum Baden“ von ihm her.*)

*) vergl. auch „Karlsruher Zeitung“ Nr. 127 vom 5. Juni 1918.

Ludwig Becker, geboren am 2. Juni 1878 in Karlsruhe, gefallen am 27. März. Nach Ablegung der zweiten juristischen Staatsprüfung im Jahre 1905 wurde er Dienstverweser verschiedener Notariate und trat 1908 bei der Stadtverwaltung Karlsruhe als Dienstverweser des Grundbuchamts ein. Seit 1. August 1908 stand er demselben mit der Amtsbezeichnung Stadtrechtsrat vor. Er war ein Beamter von scharfsinnigem juristischem Urteil und vorbildlicher Pflichttreue, der sich bei allen mit ihm in Berührung kommenden Kreisen der Bevölkerung durch sein schlichtes und liebenswürdiges Wesen Anerkennung und Vertrauen erwarb. Seit dem ersten Mobilmachungstage stand er im Feld — mit einer kurzen, durch Verwundung hervorgerufenen Unterbrechung — und hat als Kompanie- und Bataillonsführer im Leibgrenadier-Regiment mitgekämpft bei Mühlhausen, Brudersdorf, Baccarat, Gerbevillers, Fay en Haie, Mamey, Lille, Vermelles, bei der Eorettohöhe im Mai 1915, im Stellungskrieg in der Champagne, in der schweren Abwehrschlacht an der Somme, bei Somme-Py, vor Verdun und bei Cambrai. Vorübergehend war er anderen Regimentern und einem Feldrekrutendepot zugeteilt. In der großen Angriffsschlacht im Westen fiel er beim Vorgehen zum Sturm an der Spitze seines Bataillons.

Robert Ruoff, geboren 1848 in Waldshut, gestorben am 5. April. Nach Abschluß seiner juristischen Studien trat er in den badischen Staatsdienst, wurde 1875 Sekretär bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, 1877 Regierungsassessor, 1883 Regierungsrat, 1894 Oberregierungsrat. Der Heimgegangene, Mitkämpfer von 1870/71, war als Hauptmann der Landwehr während des Weltkrieges bei der militärischen Überwachung des Briefverkehrs tätig.

Wilhelm Kolb, geboren am 21. August in Karlsruhe, gestorben am 18. April.*). Mit einfacher Volksschulbildung ausgerüstet, hat der Dahingeeschiedene zunächst auf seiner Wanderschaft als Maler und Tünchergeselle seine Kenntnisse erweitert. Durch eifriges Selbststudium der politischen und nationalökonomischen Literatur gewann er ein umfangreiches Wissen. Dieses und eine

*) vergl. bes. „Volkshfreund“ v. 19. April.

angeborene Rednergabe öffnete ihm die Bahn des erfolgreichen Politikers. Als 23jähriger hierher zurückgekehrt, übernahm er die Filiale des damals in Offenburg erscheinenden sozialdemokratischen „Volksfreunds“ und wurde bei dessen Übersiedlung hierher 1899 Redakteur desselben. Daneben entfaltete er eine rastlose Tätigkeit für seine Partei. Er war 1899—1902, dann 1905—1908 Stadtverordneter und von 1908 an Stadtrat. 1903 wurde er vom 43. Wahlkreis (Karlsruhe-Weststadt) und 1905 vom 44. Wahlkreis (Karlsruhe-Südstadt) in die Zweite Kammer gewählt. In der Gemeindevertretung wie im Landtag erwarb er sich eine führende Stellung. Der „Volksfreund“ widmete Kolb einen Nachruf, in dem es am Schlusse hieß: „Sein Charakter war lauter und gefestigt. Wer das wußte, fand sich mit seiner impulsiven und temperamentvollen Art gern ab. Kolb hat ein arbeitsreiches und an Erfolgen reiches Leben hinter sich. In allen Stellen in denen er wirkte, hat er eine fühlbare Lücke hinterlassen, die so ohne weiteres nicht ausgefüllt werden kann. Dankbar und tief ergriffen steht die badische Partei an seiner Bahre. Er war ein treuer Sohn seiner Partei, seiner Vaterstadt und seines Vaterlands. Ein bleibendes und ehrendes Gedenken ist ihm gesichert. Die Partei bedauert den Verlust eines ihrer Besten, den Verlust eines ganzen Mannes.“ Auch von Seiten der Zeitungen anderer Richtungen wurde dem Verstorbenen Anerkennung gezollt. Zahllos waren die Kundgebungen des Beileids, von der Großherzoglichen Familie, den Vertretern der Staatsbehörden, der Stadtgemeinde, des Generalkommandos, von Fraktionen, Vereinen und Einzelpersonen. In der Stadtratsitzung vom 25. April widmete der Oberbürgermeister dem Verstorbenen einen ehrenden Nachruf, er hob die höchst schätzenswerten Dienste hervor, die Wilhelm Kolb seiner Vaterstadt durch sein Wirken geleistet habe und wofür ihm diese bleibenden Dank schulde. Die Bestattung am 20. April fand unter großer Beteiligung statt*).

Albert Ziegler, geboren am 16. April 1839 in Karlsruhe, gestorben am 22. April. Der Dahingeshiedene wurde 1853 Apotheker, 1866 Oberfeldapotheker, 1870 Stabsapotheker und

*) vergl. hierfür „Volksfreund“ v. 22. u. 23. April 1918 Nr. 93 u. 94.

erwarb sich im Feldzug 1870/71 das Eiserne Kreuz 2. Kl. 1881 wurde er Apothekenvisitator, 1884 technischer Referent für pharmazeutische Angelegenheiten, 1892 Medizinalrat, 1908 Geh. Hofrat. Er vertrat den Badischen Frauenverein 1907 auf dem Internationalen Kongreß des Roten Kreuzes in London und 1908 bei der deutschen Rote-Kreuz-Konferenz in Dresden. Er gehörte zu den Gründern des Karlsruher Männerhilfsvereins.

August van der Kors, geboren am 21. März 1846 in Darmstadt, gestorben in München am 10. Mai. Der Entschlafene stand 42 Jahre im Dienste der Badischen Bank, seit 1879 als Direktor der Karlsruher Filiale. Am 1. Oktober 1912 zog er sich ins Privatleben zurück und siedelte nach Weßling (Bayern) über.

Ludwig Theodor Mühlhauser, geboren 1866 in Wilferdingen, gestorben am 1. Juni in Basel. Der Dahingeforderte kam 1893 als Stadtvikar hierher und wurde zum Stadtpfarrer der Oststadt gewählt. Seine schwache Gesundheit zwang ihn jedoch bald, dieses Amt aufzugeben. Er ging nach Basel, wo er als theologischer Lehrer am Missionshaus wirkte.

Friedrich Wilhelm Doering, geboren am 25. Mai 1830 in Karlsruhe, gestorben am 2. Juni. Der Verstorbene war Begründer und langjähriger Inhaber des bekannten Spiel- und Korbwarengeschäfts. Von 1883 bis 1905 gehörte er dem Stadtratskollegium, sowie verschiedenen städtischen Kommissionen an. Der Oberbürgermeister widmete Doering in der Stadtratsitzung vom 6. Juni einen Nachruf, indem er seine langjährigen, vielseitigen und wertvollen Dienste in den vorgenannten Ehrenämtern, sowie als Kommandant der freiwilligen Feuerwehr hervorhob.

Nathanael Schmitt, geboren 1844 in Heidelberg, gestorben am 30. Juni. Aus einer alten Malerfamilie stammend, studierte er längere Zeit in Rom, seit 1884 lebte er als Kunstmaler in Karlsruhe und war vorwiegend als Porträtmaler geschätzt.

Sophie Ley, gestorben am 16. August im 69. Lebensjahr. Eine geborene Badnerin, hat die Entschlafene den Hauptteil ihres Lebens in Karlsruhe verbracht. Als Malerin hat sie sich durch ihre kraftvollen Blumenstillleben und Landschaften, sowie durch Lithographien einen guten Namen erworben.

Ludwig Käppele, geboren am 28. Oktober 1856 in Karlsruhe, gestorben am 16. August. Von Beruf Metzgermeister war er Inhaber einer angesehenen Metzgerei und Wurstlerei, fand jedoch dabei noch Zeit zur Betätigung auf gemeinnützigem und kulturellem Gebiete. Die letzten Jahre widmete er sich diesen Bestrebungen noch mehr, nachdem er sich von seinem Geschäft zurückgezogen hatte. Seine Persönlichkeit ist treffend gekennzeichnet, in dem Nachruf, den ihm der Oberbürgermeister in der Stadtrats-sitzung vom 21. August widmete und den wir hier wiedergeben. Er lautet:

„Am Sonntag standen wir trauernd und in tiefem Schmerz am Sarge unseres hochgeschätzten Kollegen Ludwig Käppele, der seinem schweren, standhaft ertragenen Herzleiden erlegen war. Sein Tod bedeutet für uns Alle den Verlust eines ausgezeichneten, unermüdlischen Mitarbeiters und lieben Freundes, für unsere Stadt und Bürgerschaft aber den Verlust eines ihrer trefflichsten Bürger und treuesten Söhne. Ludwig Käppele war in der Tat das Urbild eines lüchtigen, fleißigen, wohlgesinnten und feingebildeten Bürgers von echtem Schrot und Korn.

Wer ihn freilich etwa nur nach seinem Auftreten hier im Stadtrat beurteilen wollte, würde meines Erachtens seinem vollen inneren Werte nicht ganz gerecht werden. Denn hier war sein Bestreben offensichtlich stets mehr darauf gerichtet, sich dem großen Ganzen unterzuordnen, mehr durch positiv fördernde praktische Arbeit zu leisten, als durch zweifelstüchtige Kritik zu glänzen. So eindrucksvoll er seiner Überzeugung nötigenfalls Ausdruck zu geben wußte, so war er doch vielmehr ein Mann der Tat, als ein Mann des Wortes. Aber im trauten Gespräch, in angeregter Gesellschaft, gab er sein ganzes reiches Innenleben, seine Gemütsiefe, seine philosophische Abgeklärtheit und seinen hohen Gedankenflug offen zu erkennen. Manchem wird es ein Rätsel geblieben sein, wie Käppele neben seiner eifrigen und hingebenden Tätigkeit in seinem Handwerk als Metzger und Wurstler sich mit gleichem Eifer den schönen Künsten, der Literatur, zu widmen und alle Gebiete des geistigen und öffentlichen Lebens mit lebhaftem Interesse zu verfolgen vermochte. Aber wie Hans Sachs, der Schuhmacher und Poet, an den er mich oft in früheren Jahren erinnerte, wenn er nach getaner Morgenarbeit in seinem handwerksgerechten Gewand vor der Kadentüre Luft schöpfte und dabei ein Leitmotiv von Richard Wagner oder eine Arie von Mozart sumnte, hatte sein klarer kluger Kopf und seine aus eigener Kraft errungene Bildung ihn auf einen höheren Standpunkt für die Betrachtung seiner Berufsarbeit und aller anderen Seiten des menschlichen Lebens geführt, von dem aus er erkannte, daß er seinen Mitmenschen ebenso nütze, wenn er ihnen gute und wohlschmeckende Nahrung liefere, als wenn er sie mit den Gaben edler Musik und schöner Poesie erfreute.

Seinen Mitmenschen zu nützen und ihnen Freude zu bereiten, das war ja der Mittelpunkt seines Strebens und Wesens, sein höherer Lebenszweck; diese Gesinnung leuchtete aus jeder seiner Betätigungen klar hervor. Ihr verdankt er es auch, daß er in jungen Jahren schon, ohne daß er darnach strebte, von seinen Mitbürgern in öffentliche Ehrenämter berufen wurde. Schon mit 31 Jahren wurde er zum Stadtverordneten gewählt, nachdem er vorher in der Metzgerinnung und im Liederfranz Proben seiner gemeinnützigen Gesinnung und seiner Befähigung für öffentliche Wirksamkeit abgelegt hatte. Schon nach 6 weiteren Jahren wurde er in den Stadtrat gewählt, dem er nun über 25 Jahre bis zu seinem allzufrühen Ende angehört hat. Was und wie er in diesem Amte und darüber hinaus in den zahlreichen Kommissionen, denen er angehörte, ferner als Mitglied des Bezirksrats, des Schatzungsrats, des Verwaltungsrats der Volksbibliothek, der Schrempf'schen Arbeiter-Stiftung und der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Stiftung sowie als freiwilliger „Blinden-vater“ gewirkt und gearbeitet hat, brauche ich in diesem Kreise nicht zu schildern. Sie alle wissen es aus eigener Anschauung, daß er einer unserer tätigsten, unermüdlichsten Mitglieder gewesen ist, stets hilfsbereit, nie aus persönlicher Rücksicht sich zurückhaltend. Als er sich vor 5 Jahren von seinem Beruf ins Privatleben zurückzog, begann für ihn erst recht eine Periode reichster Arbeit für das Gemeinwohl. Und als gar der furchtbare Weltkrieg ausbrach, war er es, der mit am eifrigsten und unermüdlichsten bei der Lösung der unserer Stadtverwaltung damit gestellten neuen und ebenso schwierigen wie verantwortungsvollen Aufgaben Hand anlegte. Nicht mir, aber anderen Kollegen gegenüber hat er es ausgesprochen, wie nahe ihm in dieser schweren Zeit die Sorgen und Nöte seiner Mitbürger und ihre Klagen über ungenügende Hilfe gingen. Und so ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die Aufregungen, welche die Tätigkeit und Verantwortung in unserer Kriegswirtschaft dem gewissenhaften Manne bereiteten, mit an der frühzeitigen Erschöpfung seines kranken Herzens schuld geworden sind. Trotzdem hat er ohne Klagen ausgehalten und unentwegt weitergewirkt, bis der Arzt ihm Halt gebot.

Voll Trauer und Wehmut sehen wir heute seinen Platz in unserem Kreise verwaist. Mit dem Gefühl des Schmerzes über seinen Verlust aber, den mit uns die weitesten Kreise unserer Bürgerschaft empfinden, mischt sich die Empfindung unausslöschlicher Dankbarkeit für seine uneigennützig, pflichtgetreue und opferbereite Arbeit, die er solange seiner geliebten Vaterstadt und der Wohlfahrt ihrer Bewohner, insbesondere den Kranken und Schwachen unter ihnen, geleistet. Wir geloben, sein Andenken stets in Treue und Ehren zu bewahren, indem wir uns zum Zeichen unserer Trauer und zu Ehren seines Andenkens von unseren Sitzen erheben.“

Auch sonst wurden dem Verstorbenen von verschiedenen Kreisen ehrende Worte des Gedenkens gewidmet*).

*) vergl. a. „Badische Presse“ v. 17. VIII. 1918 Nr. 381 (M. Bl.).

Dr. Cäsar Blum, gestorben am 4. September in Bad Wildungen im 70. Lebensjahre. Er hatte hier viele Jahre hindurch als Rechtsanwalt, wie als juristischer Beirat industrieller Unternehmungen eine vielseitige und anerkannte Tätigkeit entfaltet. Bei seinem Rücktritt als Vorsitzender der Anwaltskammer erhielt er den Titel Geh. Hofrat verliehen.

Edwin Sprenger, geboren 1835 in Hüfingen, gestorben am 7. September in Karlsruhe. Nach abgeschlossenem Studium der Kameralwissenschaft wurde er 1803 Vorstand der Stiftschaffnei Lehr, 1866 in Offenburg. 1871 wurde er ins Handelsministerium berufen, 1876 zum Ministerialrat ernannt. 1878 wurde ihm die Stelle eines volkswirtschaftlich gebildeten Kollegialmitglieds der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues übertragen, 1881 wurde er als Geh. Oberregierungsrat in den Ruhestand versetzt. 1889 bis 1892 stand er an der Spitze der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Als Kirchengemeinderat wurde er 1910 in die evangelische Generalsynode gewählt.

Dr. Otto Seidenadel, geboren 1866 in Berghausen, gestorben am 25. September. Nach Abschluß seiner Studien trat er in den Staatsdienst, wurde 1896 Amtmann in Freiburg, 1898 in Karlsruhe, 1900 in Buchen, 1902 Oberamtmanu ebenda. 1902 bis 1908 war er Polizeidirektor beim Bezirksamt Karlsruhe. Nach kurzer Tätigkeit als Oberamtmanu in Waldshut, wurde Seidenadel wieder nach Karlsruhe berufen als Vorstand des Bezirksamts.

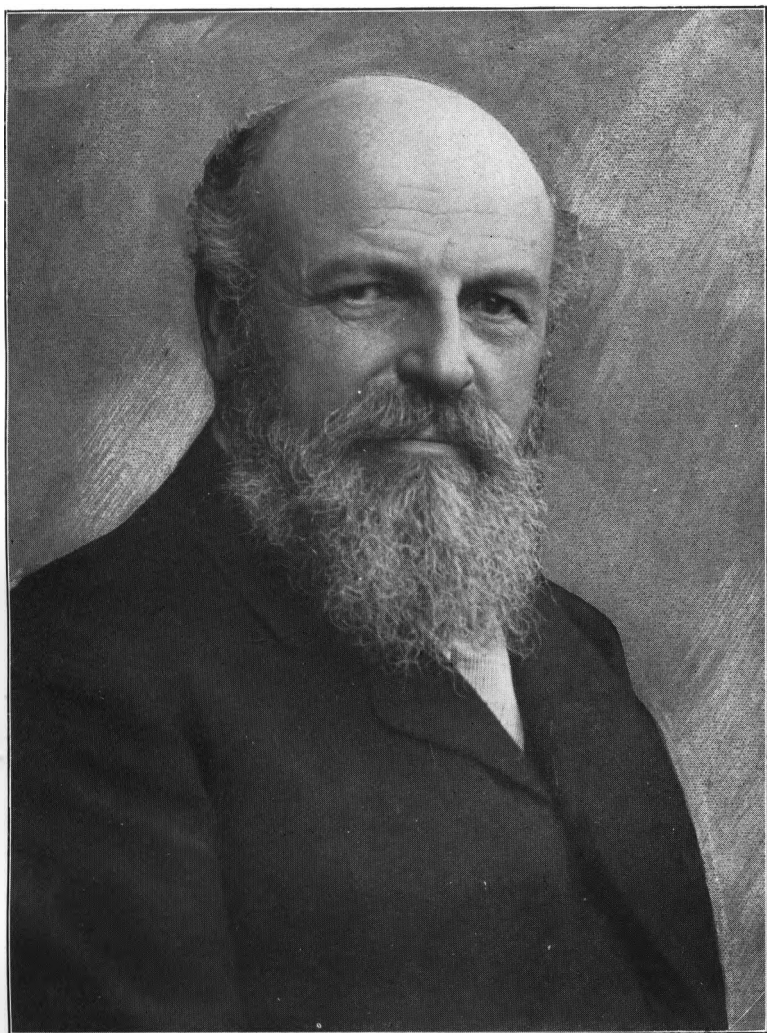
Dr. Christoph Schultheiß, geboren am 15. Februar 1860 zu Nürnberg, gestorben am 9. Oktober. Nach dem Studium der Mathematik und Physik und Ablegung der Staatsprüfung des Kandidaten des höheren Lehrafachs in Bayern, trat er 1883 als wissenschaftlicher Assistent beim Zentralbüro für Meteorologie und Hydrographie hier in den badischen Staatsdienst ein. Er promovierte 1885, habilitierte 1890 als Privatdozent an der Technischen Hochschule, wurde 1896 Professor, war ab 1901 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, 1892 erfolgte seine Ernennung zum Landesmeteorologen. In rastloser Tätigkeit hat er in 32jähriger Lebensarbeit das Zentralbüro zu einer mustergültigen Anstalt ausgebaut. In Vorträgen, in regelmäßigen Veröffentlichungen des Büros, in Gelegenheitsdruck-

schriften und zahlreichen Aufsätzen hat er das Interesse für die Wetterkunde zu wecken und die Ergebnisse der vielfältigen Beobachtungen für die Bedürfnisse in der Praxis in ausgiebiger Weise nutzbar zu machen gesucht. Die Stadtchronik ist Dr. Schultheiß als Mitarbeiter zu besonderem Dank verpflichtet. Seit Jahren hat er hierfür die „Übersicht über die Witterungsverhältnisse“ unserer Stadt mit dem größten Entgegenkommen zur Verfügung gestellt.

Ferdinand Freiherr von Babo, geboren 1858 in Karlsruhe, gestorben am 12. Oktober. Nach beendigem Studium der Ingenieurwissenschaft trat er 1882 in den badischen Staatsdienst, wurde 1890 zur Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, 1895 bearbeitender Ingenieur der Brücke Kehl-Strasbourg ernannt. Nach Beendigung dieser Arbeit übernahm der Verstorbene die Leitung der Rheinbauinspektion Freiburg und wurde 1899 unter Ernennung zum Baurat in das Kollegium der Oberdirektion berufen. Er hat sich um die Förderung des Wasserbaues verdient gemacht und verfaßte u. a. eine vielbeachtete Denkschrift über die Ausnützung der Wasserkräfte in Baden. Zuletzt zum Geh. Oberbaurat ernannt, wurde er durch ein Leiden vorzeitig hingerafft.

Adolf Münzesheimer, geboren in Bruchsal, gestorben am 16. Oktober im 53. Lebensjahre. Der Verstorbene hat seit mehr als 3 Jahrzehnten eine ausgedehnte zahnärztliche Tätigkeit ausgeübt; er war 1. Vorsitzender der Zahnärztekammer. Seit Kriegsausbruch behandelte er die ihm vom Kriegsunterstützungsamt zugewiesenen Zahnkranken unentgeltlich.

Dr. Otto Warth, geboren am 21. November 1845 in Limbach (bayr. Pfalz), gestorben am 5. November. Nahezu 50 Jahre war er an der Technischen Hochschule tätig. Der Entschlafene wurde in jungen Jahren als Assistent an die damalige Bauschule der Polytechnischen Schule berufen, 1878 zum ordentlichen Professor ernannt, 1891 erhielt er den Titel Baurat, 1894 den Titel Oberbaurat und 1908 den eines Geh. Oberbaurats. Von 1891—1902 war er ordentliches Mitglied der Baudirektion und nach deren Aufhebung bautechnischer Referent im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts. 1911 trat er unter Verlassung als Mitglied des Großen Rats der Technischen Hochschule in den Ruhestand. Die Universität Straßburg verlieh ihm als



Geh. Baurat Dr. Otto Warth

Phot. Oskar Suck

Erbauer ihres Kollegienhauses, das ihm durch einen Wettbewerb zufiel, die Ehrendoktorurkunde. Warth hatte auch dem Bürgerausschuß einige Jahre angehört.

Dr. Wolfgang Heinze, gestorben in einem Lazarett in Warschau im 46. Lebensjahre. Er war 1902 beim Verwaltungshof als Sekretär mit dem Titel Amtmann eingetreten, war dann als Amtmann bei den Bezirksämtern Überlingen, Lörrach und Mannheim tätig, seit 1909 wieder beim Verwaltungshof. Als Hauptmann d. L. eingerückt, war er bis zu seiner Erkrankung Nachrichtenoffizier im Generalgouvernement Warschau.

Rudolf Stiefbold, Generalmajor a. D., geboren in Karlsruhe, gestorben am 24. Dezember im 77. Lebensjahre. Er machte als Leutnant beim feld=Art.=Regt. Nr. 14 den deutsch=französischen Krieg 1870/71 mit, rückte rasch vor und war zuletzt Kommandeur eines fuß=Art.=Regts., als er infolge eines Unfalls seinen Abschied nehmen mußte. Der Entschlafene siedelte wieder in seine Vaterstadt über und wurde 1895 in das Zentralkomitee des Badischen Frauenvereins berufen, in dem er als Geschäftsführer der Abteilung III (Krankenpflege) bis zum 1. März 1918 eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltete.

Julius Emmele, geboren 1850 in Konstanz, gestorben am 29. Dezember. Er wurde 1879 Hauptlehrer, 1889 Gewerbelehrer, 1893 Reallehrer am Lehrerseminar II in Karlsruhe, 1911 Oberzeichenlehrer. Lange Jahre war der Verstorbene Schriftführer des Karlsruher Gewerbevereins, dessen Geschichte er verfaßt hat. Auch sonst trat er in Wort und Schrift für den Handwerker= und Gewerbebestand ein, in denen er das Rückgrat des gesamten wirtschaftlichen Lebens erblickte.

X.

Verschiedenes.

Der Neujaarswechsel vollzog sich im Berichtsjahre in der Nacht vom Montag, den 31. Dezember auf Dienstag, den 1. Januar in ruhiger Weise; von dem in früheren Jahren oft zu Unfug ausartendem Lärm und Geknall auf den Straßen war, wie vergangenes Jahr, kaum etwas zu vernehmen. Auf das feierliche Einläuten des neuen Jahres mußte verzichtet werden; die meisten Glocken waren ja abgenommen und der Armeeverwaltung zur Verfügung gestellt.

Zum Übergang in die Sommerzeit, die auch im Berichtsjahre wieder eingeführt wurde, hat man die Uhren um 2 Uhr in der Nacht vom 14. zum 15. April auf 3 Uhr vorgestellt; in der Nacht vom 15. auf den 16. September wurden sie von 3 auf 2 Uhr zurückgestellt.

In der Landesbibliothek hat sich die Büchersammlung im Berichtsjahre um 3949 (1917: 4607) Bände vermehrt. Sie umfaßte am Jahreschluß einen Bestand von 240333 (236384) Bänden. Druckschriften, Karten, Musikstücken und Blindendrucke nebst einer Kriegssammlung. Die Abteilung „Badisches Schrifttum“ zählte allein 39800 (38738) Bände, darunter 9373 (9090) Bände Zeitungen; ihr Zuwachs beträgt 1062 (752 Bände, darunter 283 (219) Zeitungen. Ausgeliehen wurden 20815 (21033) Bände, davon in der Stadt Karlsruhe 13882 (13910), nach auswärts 6933 (7123); unter den letzteren innerhalb Badens 6533 (6646) Bände. Der Lesesaal war an 333 (335) Tagen geöffnet und von 17131 (14773) Personen besucht, darunter 700 (707) weibliche. Die Besucher setzten sich aus bloßen Lesern der Zeitschriften und

aus wissenschaftlich Anleitenden zusammen. Diese bestellten 4528 (4207) Bände und benutzten 213 (170) eigene und 11 (35) fremde Handschriften; auch wurden 13 (18) Handschriften nach auswärts verliehen. Mit Rücksicht auf die Gasperre war der Lesesaal nachmittags bis Mitte Februar nur bis 5 Uhr geöffnet. Das Verzeichnis über den Zugang 1918 erschien noch in der Gestalt der Kriegsverzeichnisse; das Autoren- und Sachregister ist weggelassen, die Kriegsschriften und die badische Literatur sind in besonderen Abteilungen aufgeführt.

Dem Generallandesarchiv sind im Berichtsjahre 47 (1917: 36) Nummern durch Einlieferung, Ankauf, Schenkung, Abschriftnahme, photographische Reproduktion und Hinterlegung neu zugegangen, unter denen sich die zahlreichen Zugänge zur badischen Bilder- und Plansammlung besonders hervorheben. Die Benützung des Archivs gestaltete sich wie folgt: a) zu geschäftlichen Zwecken 19 (23) Hof-, Staats-, Militär-, Kirchen- und Gemeindebehörden, sowie 4 (5) Privatpersonen in 51 (57) Fällen; zu wissenschaftlichen Zwecken 188 (203) Personen in 381 (445) Fällen. Im ganzen betrug somit die Zahl der Benutzer 211 (231), die der Benützungen 432 (502). An der Benützung zu geschäftlichen Zwecken waren ausschließlich badische (22) Benutzer beteiligt. Bei der Benützung zu wissenschaftlichen Zwecken entfielen 109 (115) Besucher auf Baden, 67 (73) auf die übrigen Bundesstaaten und 12 (19) auf das Ausland. Bemerkt sei, daß bei diesen Zahlenangaben die das ganze Jahr hindurch dauernden Benützungen der in Karlsruhe anwesenden Archivbeamten und Hilfsarbeiter der Badischen historischen Kommission nicht mit eingerechnet sind.

Die zahlreichen Erwerbungen, die im Berichtsjahre von den Großherzoglichen Sammlungen, jetzt Staats-sammlungen (Gemäldegalerie, Kupferstichkabinett, Plastische Sammlung, Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde, Kunstgewerbemuseum) gemacht wurden, sowie die zugegangenen Geschenke sind im einzelnen in der „Karlsruher Zeitung“ Nr. 42 vom 16. Februar 1919 aufgezählt.

Unter den Vorstandsmitgliedern der badischen Anwalts-kammer befinden sich, wie im Monat Mai veröffentlicht wurde, folgende Rechtsanwälte aus Karlsruhe: Otto Zutt (Vorsitzender),

Albert Kusel (stellv. Vorsitzender), Dr. Richard Bielefeld (Schriftführer), Julius Fischer (stellv. Schriftführer), Dr. Eduard Diez, Otto Gutmann, Wilhelm Händel.

Mit Wirkung vom 1. August wurde die Steuereinnehmeri Karlsruhe-Beiertheim aufgehoben und mit dem Steuereinnahmehereidienst Karlsruhe-Stadt vereinigt.

Am 9. November legte Ernst Bielefeld die konsularische Vertretung Österreich-Ungarns nieder.

Das Denkmal auf dem Kaiserplatz trug wie in früheren Jahren auch 1918 am 22. März, dem Geburtstage Kaiser Wilhelms I., Kranzschmuck mit Kornblumen und Schleife, eine Widmung des Verbandes der Kriegsfreiwilligen von 1870/71.

Am 17. August, dem Geburtstag des Kaisers Karl trugen die militärischen Gebäude, die Reichspost, das badische Ministerium des Auswärtigen, das österreichisch-ungarische Konsulat und mehrere Privathäuser flaggenschmuck. In der Stephanskirche fand festgottesdienst mit legitimiertem Hochamt statt.

Am 2. September, dem Sedantage, trugen die militärischen Gebäude flaggenschmuck.

Anlässlich der Vollendung des 60. Lebensjahres der Kaiserin am 22. Oktober hatten die Reichs-, Staats-, Gemeinde- und militärischen Gebäude geflaggt.

Die Besatzung S. M. S. „Karlsruhe“ hat der Stadtverwaltung durch Fernschrift herzliche Glückwünsche zum neuen Jahr gesandt. Die Wünsche wurden aufs herzlichste erwidert.

Anlässlich der Gründungsfeier der orthopädischen Anstalt der Universität Heidelberg am 3. Februar erhielten von der medizinischen Fakultät „zum Danke für die hochherzigen und verdienstvollen Stiftungen“ die Ehrendoktorwürde Geh. Kommerzienrat Wilhelm Lorenz, Dr. ing. und Kommerzienrat Maier Strauß, von der juristischen Fakultät Geh. Oberregierungsrat Viktor Schwoerer, „der auch jetzt der Stiftung der orthopädischen Anstalt der Universität Heidelberg erfolgreich die Wege bereitet“ habe.

Die Technische Hochschule Fridericiana verlieh dem derzeitigen Direktor der Akademie der bildenden Künste, Professor Ludwig Dill, gelegentlich seines 70. Geburtstages „wegen seiner hervorragenden künstlerischen Leistungen und in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Entwicklung und Förderung des Kunstausstellungswesens in Deutschland“ die Würde eines Doktor-Ingenieurs.

Dem Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe, Geh. Kommerzienrat Friedrich Wolff, überreichte der Oberbürgermeister, in dessen Begleitung sich mehrere Stadträte befanden, am 15. Februar, dem Geburtstag des Herrn Wolff, den von Professor Göhler künstlerisch gestalteten Ehrenbürgerbrief. Zugleich übermittelte der Oberbürgermeister Herrn Wolff die herzlichsten Glückwünsche seiner Vaterstadt.

Am 25. Februar wurde bekannt gegeben, daß Hans Thoma zum Mitglied der Akademie der Künste in Berlin gewählt worden ist.

Am 5. März vollendete der Minister des Kultus und Unterrichts, Dr. Wilhelm Hübsch, sein 70. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß verlieh ihm die Stadt Wertheim, sein Geburtsort, das Ehrenbürgerrecht. Der Oberbürgermeister sprach dem Jubilar namens des Stadtrates die Glückwünsche aus.

Bildhauer und Professor C. f. Noest dankte, wie aus der Stadtratsitzung vom 4. April berichtet wurde, in einem an den Oberbürgermeister gerichteten Schreiben für die ihm namens der Stadtverwaltung zu seinem 80. Geburtsfeste dargebrachten Glückwünsche.

Dem Geh. Oberregierungsrat Viktor Schwoerer überreichte am 4. Mai der Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Freiburg in Begleitung von zwei Professoren der Fakultät das Diplom eines Ehrendoktors der Medizin.

Am 27. Juli feierte Geheimrat Ernst Müller, Generalsekretär des Badischen Frauenvereins seinen 70. Geburtstag. Der Frauenverein ließ ihm eine Adresse überreichen unter „danfbarer Würdigung der mancherlei Verdienste“, die sich der Jubilar um den Frauenverein erworben habe. Der Oberbürgermeister hat dem Jubilar namens der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft Glückwünsche ausgesprochen.

Am 12. August beging das „Adelige Damenstift zu Karlsruhe“ eine stille Feier seines 200 jährigen Jubiläums. Das Stift war

am 12. August 1718 durch letztwillige Verfügung der Gemahlin des Reichsfreiherrn von und zu Mönzingen, Maria Amalia Elisabeth, geb. von Bettendorf, begründet worden. Es hatte ursprünglich seinen Sitz in Pforzheim. Im Jahre 1859 erfolgte die Übersiedlung nach Karlsruhe. *)

Am 19. Oktober feierte Freiherr Ludwig Böcklin von Böcklinsau, General der Infanterie 3. D. à la suite des 4. Garde-Regiments zu Fuß, in aller Stille im Kreise seiner Familie den 80. Geburtstag.

Am 9. Dezember vollendete Geh. Hofrat Dr. Robert Goldschmit sein 70. Lebensjahr. Der Oberbürgermeister hat ihm, wie aus dem Sitzungsbericht des Stadtrats vom 12. mitgeteilt wurde „namens der Stadtverwaltung beglückwünscht und dabei der Verdienste gedacht, die er sich als Stadtverordneter und langjähriger Obmann des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten sowie als Archivar und Geschichtsschreiber der Stadt Karlsruhe um diese erworben“ habe.

Dem Geh. Oberregierungsrat Dr. Viktor Schwoerer ist von der Technischen Hochschule, wie am 12. Dezember mitgeteilt wurde, „in dankbarer Anerkennung der hervorragenden Verdienste um die Förderung der technischen Wissenschaften, die er sich durch seine Fürsorge für das Fridericiana erworben“ habe, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen worden.

Am 25. Dezember feierte Dr. Hans Bunte, Professor der chemischen Technologie und Direktor des chemisch-technischen Instituts der Technischen Hochschule, seinen 70. Geburtstag. Die Technische Hochschule in Hannover hat dem Jubilar die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber übertragen.

Dem Professor des Wasserbaues an der Technischen Hochschule Fridericiana, Theodor Rehbock, hat die Technische Hochschule in München anlässlich der Feier ihres 50 jährigen Bestehens die Würde eines Doktors der technischen Wissenschaften ehrenhalber verliehen.

*) Vergl. die Denkschrift von Oberlehrer Benedikt Schwarz.

folgenden städtischen Beamten und Arbeitern wurde „in Anerkennung 25 jähriger treu geleisteter Dienste“ die Ehrenurkunde der Stadtgemeinde verliehen: Dem Stadtssekretär Robert Soulier, dem Maschinisten Leonhard Hartmann, dem technischen Beamten August Hurst, dem Buchhalter Hermann Straub, dem technischen Beamten Karl Keller, dem technischen Beamten Richard Mutschler, dem Aufseher Johann Fuchs, dem Sekretariatsassistenten Friedrich Wankmüller, dem Laboratoriumsdiener Fritz Stein, dem Schuldiener Max Metzger und dem Bureauassistenten Friedrich Scheuerrpflug.

Aus dem Stadtratsbericht vom 28. Februar: „Obergewerbelehrer Wendelin Ederle an der hiesigen Gewerbeschule ist auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters in den Ruhestand versetzt worden. Der Stadtrat spricht ihm aus diesem Anlasse herzlichen Dank für seine langjährige erspriessliche Tätigkeit im Gewerbeschuldienste und besondere Anerkennung dafür aus, daß er trotz seines Alters sich hat bereit finden lassen, unter den gegenwärtigen besonders schwierigen Verhältnissen die Leitung der Gewerbeschule für den im Felde stehenden Vorstand zu übernehmen und bis jetzt durchzuführen.“

Aus dem Stadtratsbericht vom 18. April: „Die Oberlehrer Wilhelm Schumacher, Georg Egel und Ferdinand Stoffel sowie Hauptlehrer Heinrich Beck können in den nächsten Tagen auf eine 40 jährige Tätigkeit im badischen Schuldienst zurückblicken. Der Stadtrat spricht ihnen herzlichen Glückwunsch und aufrichtigen Dank für ihre im Dienste der hiesigen Volksschule geleistete segensreiche Arbeit aus.“

Aus dem Stadtratsbericht vom 17. Oktober: „Oberlehrer Jakob Ritzhaupt begeht in den nächsten Tagen sein 40 jähriges Dienstjubiläum. Der Stadtrat spricht dem Jubilar aus diesem Anlaß herzlichen Glückwunsch aus und dankt ihm zugleich für die erfolgreiche Arbeit, die er während 36 Jahren im Dienste der hiesigen Volksschule geleistet hat.“

Am 16. Januar herrschte ein orkanartiger Sturm, der zu großen Störungen im Fernsprechverkehr führte. Im Rheinhafen hat der Sturm die Verladebrücke einer Speditionsfirma gegen die

beiden Prellböcke gestoßen und sodann aus der Sicherung geworfen. Im Stadtteil Darglanden warf der Sturm das Kiesdach eines Stall- und Remisegeländes vollständig vom Gebäude herunter. In der Ettlinger Allee wurde durch den Sturm am Nachmittag ein großer Pappelbaum entwurzelt und quer über das Gleis der Albtabahn zwischen Bahnhof Beiertheim und Haltepunkt Klein-Rüppurr geworfen.

Am 28. Februar nachmittags etwa um 2 Uhr entstand im Museumsgebäude (Ecke der Kaiser- und Ritter-Straße) ein Brand, der bei dem herrschenden Winde schnell einen solchen Umfang annahm, daß die Feuerwehr, die gleich nach 2 Uhr alarmiert worden war, ihn nicht bewältigen konnte und die freiwillige Feuerwehr herbeigeholt wurde. Auch Militär wurde herangezogen und die Straßen in der Nähe der Brandstätte abgesperrt. Das Feuer war zuerst in der Dachgliederung an der Ritter-Straße beobachtet, wo es sich bald über den in der Richtung nach dem Zirkel hingehenden Teil ausdehnte. Da der Wind später umschlug, verbreitete sich das Feuer über den ganzen Dachstuhl auch nach der Kaiser-Straße hin. Gegen halb 3 Uhr schlugen die Flammen aus dem zweiten Stock und den Fenstern des Kaffees in der Ritter-Straße. Plötzlich stürzte das Dachwerk in sich zusammen. Das Feuer breitete sich dann über das ganze Gebäude aus und ergriff hierbei auch den großen Saal. Erst gegen Abend war das Feuer soweit bewältigt, daß ein weiteres Ungreifen nicht mehr zu befürchten war. Leider fiel auch ein Menschenleben zum Opfer. Der Feuerwehrmann Alois Weber, wurde von einstürzendem Gebälk erschlagen. Viel Wertvolles wurde vernichtet, doch ist es gelungen, einen stattlichen Teil der Einrichtungen, namentlich durch die Tätigkeit des Militärs, in benachbarte Gebäude zu schaffen. Das anstoßende kleinere Haus in der Ritter-Straße wurde vom Feuer nicht ergriffen, so daß die dort befindliche Museumsbibliothek erhalten blieb. — Einzelne Zeitungen machten auf den Zufall aufmerksam, daß Hofschauspieler Essel gerade am Abend des 28. im Museumsaal die dramatische Szene „Der Brandstifter“ vortragen wollte.

Nach einigen Tagen machte der Vorstand des Museums bekannt, daß den Mitgliedern der Gesellschaft Lesesaal und Spiel-

zimmer vom 14. März ab in den Räumen des Künstlerhauses wieder geöffnet seien.

Am 25. März nachmittags gegen 4 Uhr brach im Maschinenhaus einer Ziegelei im Stadtteil Darlanden dadurch ein Brand aus, daß die Isolierung der Dampfmaschine Feuer fing. Der Dachstuhl des Maschinenhauses, sowie wertvolle Einrichtungsgegenstände wurden durch den Brand zerstört.

Am 1. August brach in der Scheuer des Unwesens Rheinstraße 46 ein Feuer aus. Die Scheuer ist zum größten Teil ausgebrannt. Das darin lagernde Heu, etwa 25 Zentner, wurde völlig vernichtet.

Am 18. Dezember, abends gegen 8 Uhr, entstand in einem Hintergebäude der Rüppurrer Straße 90 a ein Brand. Ein mit leicht brennbaren Sachen gefüllter Schopf wurde dabei ein Raub der Flammen. Dem Eingreifen der Feuerwehren gelang es, in kurzer Zeit die Gefahr größerer Ausdehnung zu beseitigen.

Seit Anfang Oktober erschien das seitherige „Karlsruher Fremdenblatt“ unter dem Namen „Residenz-Anzeiger“ und dem Untertitel „Karlsruher Fremdenblatt, Konzert- und Theaterzeitung“.

Die Karlsruher Wach- und Schließgesellschaft berichtet: Im Jahre 1918 wurden 51535 Haustüren, 8 Fabrik- bzw. Lagertüren, 11 Büroräume, 16 Ladenlokale, 29 Wirtschaften und 29 Fenster offen gefunden. 548 nutzlos brennende Lichter wurden festgestellt, 30 Personen eingelassen, 3 festgenommen, 4 Hausschlüssel gefunden, einmal Feuer entdeckt und gelöscht, 205 mal Pferde aus gefährlicher Lage befreit oder angebunden.

XI.

1. Vorträge.

Im Jahre 1918 fanden hier, soweit uns bekannt wurde, im ganzen 159 Vorträge*) und Rezitationen (1917: 168) statt. Die größte Zahl wies der Monat Februar auf mit 24. Es folgten Mai mit 23, März mit 20, April mit 19, Januar mit 8, Oktober und Dezember mit je 14, November mit 9, Juni mit 8, September mit 5, Juli mit 5 und August mit 2 Vorträgen.

Von den Vortragenden waren 81 aus Karlsruhe, 25 gehörten dem übrigen Baden und 56 anderen deutschen Bundesstaaten an, 4 waren Ausländer. Bei 11 Vorträgen war der Redner nicht genannt.

Wir lassen ein Verzeichnis der Vorträge hier folgen:

- | | | |
|--------|----------|--|
| Januar | 6. | Albert Segauer: „Das Ich und das All“. (Sonntagsfeier der Freireligiösen Gemeinde.) |
| " | 6. | Missionsdirektor Dippel aus Basel: „Missions Siege im Weltkrieg in unseren afrikanischen Gebieten.“ (Missionsvortrag in der evangel. Stadtkirche.) |
| " | 7. | „Unser Siegeszug in Italien vom Monzo bis zum Piave.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.) |
| " | 14. | Unteroffizier Sacha: „Lügen und Schmähungen unserer Feinde.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.) |
| " | 15.u.20. | Missionsdirektor G. M. Schubert aus München: „Die Bedeutung der Offenbarung Johannes für unsere Zeit.“ (Öffentlicher Vortrag.) |
| " | 16. | F. C. Endres, ottomanischer Major a. D., Kriegsberichterstatter aus München: „Geist und Stoff im Kriege.“ Mit Lichtbildern. (Kaufmännischer Verein.) |

*) Dabei sind nur die unter XI, 1 verzeichneten, nicht die an anderen Stellen der Chronik in Verbindung mit sonstigen Angaben erwähnten Vorträge und Rezitationen gezählt.

- Januar 16. Staatsanwalt Hauptmann d. R. K u e n z e r : „Die Leibgrenadiere bei Cambray.“ (Öffentlicher Vortrag zugunsten des Bad. Heimatdankes, Ortsauschuß Karlsruhe).
- „ 17. Dr. Karl Müller von Angsteinberg: „Das Wildseemoos bei Kaltenbronn im Naturschutzgebiet.“ Mit Lichtbildern. (Schwarzwaldverein.)
- „ 17.u.24. Professor Karl Widmer: „Das deutsche Wohnhaus des Mittelalters und der Neuzeit.“ (Verein Volksbildung.)
- „ 20.u.27. Lic. Greiner von Frankfurt a. M.: „Der Brennpunkt der Lehre Luthers.“ (Kirchlich-positive Vereinigung.)
- „ 24. Stadtrat Dr. Eduard Dietz: „Don Carlos.“ (Arbeiterjugend.)
- „ 25. Professor Dr. Karl Preisdanz: „Zauberwesen und Überglauben auf griechischen Papyri.“ (Altertumsverein.)
- „ 27. Albert Segauer: „Das Ich und das Du.“ (Sonntagsfeier der freireligiösen Gemeinde.)
- „ 28. Spielleiter Dr. Rolf Roenneke: „Das neue Drama.“ (Kaufmännischer Verein.)
- „ 30. Dr. Wohlmannstetter aus Berlin: „Grundlagen der Ernährungspolitik Deutschlands.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- Februar 1. Geh. Hofrat Prof. Dr. Otto Lehmann: „flüssige Kristalle und E. Haefels Kristallfaden.“ (Naturwissenschaftl. Verein.)
- „ 3. „Die geistige Fürsorge für die deutschen Kriegsgefangenen im Ausland.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 3. Stadtpfarrer Götz aus Heidelberg: „Die Reformation im Rahmen der Kulturgeschichte.“ (Evangel. Verein für Stadtmision.)
- „ 10. Hauptlehrerin Anna Müller: „Was soll aus unseren Töchtern werden?“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 11. „Von Riga zur Insel Oesel.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 12. Frä. Martha Schmidt: „Einheitsschule.“ (Nationaler Frauendienst.)
- „ 13. Prof. Dr. Willy Hellpach: „Die Wandlung der Seele nach den Vorstellungen des Glaubens, des Aberglaubens und der Wissenschaft.“ (Kaufmännischer Verein.)
- „ 13. Dr. May Scheler aus Berlin: „Der kulturelle Wiederaufbau Europas.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 14. Derselbe: „Deutschlands Sendung und der katholische Gedanke.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 15. Derselbe: „Wesen und Zukunft des Kapitalismus.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 14. Oberforstrat Baptist Jäger: „Vom Wald vom Schwarzwald.“ (Schwarzwaldverein.)
- „ 14. Rechnungsrat Wilhelm Friedrich: „Geschichte der Ukraine.“ (Katholisches Gesellenhaus.)

- Februar 15. Oberstadtrechnungsrat Alfred Weiler: „Die wirtschaftlichen Aufgaben der nächsten Zukunft.“ (Ortsverband der Beamtenvereine.)
- „ 16. Staatssekretär Dr. Solz: „Der Krieg und die deutsche Mission in unseren Schutzgebieten.“ (Deutsche Kolonialgesellschaft, Ortsgruppe.)
- „ 17. Stadtpfarrer Friedrich Hindenlang: „Luther, der Mann der Öffentlichkeit.“ (Gottesdienstliche Versammlung des Evangel. Bundes.)
- „ 17. Professor Dr. Rießer: „Heinrich Grätz.“ (Verein für jüdische Geschichte und Literatur.)
- „ 17. Albert Seyauer: „Das Ich und das Selbst.“ (Freireligiöse Gemeinde.)
- „ 18. Generalsekretär Nosberg aus Posen: „Die Polenfrage im Rahmen unserer Kriegsziele.“ (Verband der Deutschtumsvereine.)
- „ 21. Frau Klara Philipp aus Pforzheim und Frä. Elly Schmidt von hier: „Brennstoffersparnis und Kriegssammeldienst.“ (Öffentlicher Vortrag des kathol. Frauenbundes.)
- „ 23. Städtischer Gartendirektor Scherer: „Kriegergräber und Krieger-ehrerung.“ Mit Lichtbildern. (Öffentlicher Vortrag der deutschen Gesellschaft für Gartenkunst.)
- „ 24. Stadtpfarrer Huß aus Mannheim: „Einfluß der Reformation auf das Schulwesen.“ (Evangel. Bund.)
- „ 24. Pfarrer Dr. Eißelöffel aus Rosenberg: „Melanchthons Bedeutung für Schule und Kirche.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 27. Stadtrat Dr. Eduard Dieß: „Reform der Städteordnung.“ (Sozialdemokratischer Verein.)
- „ 28. Geh. Rat Dr. Joseph Häußner: „Was uns der Krieg lehren soll?“ (Öffentl. Vortrag des Nationalen Frauendienstes.)
- März 1. Rechnungsrat Wilhelm Friederich: „Die russische Kirche.“ (Kathol. Männerverein St. Stephan.)
- „ 3. Pfarrer Lic. Göbel aus Neustadt i. Schw.: „Die Bedeutung des Propheten Daniel für unsere Zeit.“ (Kirchlich-positive Vereintigung.)
- „ 3. Missionar A. Weinert: „Tod und was dann?“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 4. „Deutschland an den Fronten und in der Heimat im 4. Kriegsjahr.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 5. Kaplan Richard Dold: „Die Einheitschule.“ (Kreuzbündnis, Verein abstinenter Katholiken.)
- „ 6. Behringer aus Stuttgart: „Gehaltsfrage der kaufmännischen Angestellten.“ (Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, Ortsgruppe.)
- „ 7. Oberpostsekretär Friedrich Niklas: „Wodenreform.“ (Bund der Kriegsbeschädigten ehemaliger Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe.)

- März 10. Albert Seganer: „Tod und Leben.“ (Freireligiöse Gemeinde.)
 „ 10. Dr. med. Vortisch-van Vloten aus Kork: „China das Land der Hoffnung für deutsche Kultur.“ (Öffentlicher Vortrag.)
 „ 11. Schriftstellerin Frau Ottilie Stein: „Dichtkunst vom siebenjährigen Krieg bis auf unsere Zeit.“ (Arbeiterbildungsverein.)
 „ 12. Professor Dr. Engelbert Krebs aus Freiburg: „Die Wiedergeburt des kirchlichen Lebens.“
 „ 14. Geheimrat Professor Dr. Karl Engler: „Der natürliche Ausgleich der Stoffe und der Weltkrieg.“ (Volksbildungsverein.)
 „ 14. „Sparsamkeit und Einteilung im Haushalt.“ (Öffentlicher Vortrag im Arbeiterinnenheim.)
 „ 16. Professor Dr. Eugen Kühnemann aus Breslau: „Deutschland und Amerika im Weltkrieg.“ (Kaufmännischer Verein.)
 „ 17. Missionar H. Weinert: „Wiedersehen nach dem Tode? Wann und Wo?“ (Öffentlicher Vortrag.)
 „ 18. Rechtsanwalt Otto Heinsheimer: „Die Ukraine, Land und Leute.“ Mit Lichtbildern (Arbeiterbildungsverein.)
 „ 19. Frau Professor Lang-Kunz aus Stuttgart: „Die Frauenkleidung nach dem Kriege.“ (Verein für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur).
 „ 24. Albert Seganer: „Wirklichkeit und Wahrheit.“ (Freireligiöse Gemeinde.)
 „ 26. „Die Heimstätte des Angestellten.“ (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband.)
 „ 31. Albert Seganer: „Christus und wir.“ (Freireligiöse Gemeinde.)
 April 3. Pfarrer Würz aus Basel: „Mission und Passion.“ (Öffentlicher Missionsvortrag in der evangel. Stadtkirche.)
 „ 4. Oberleutnant Dr. Müller: „Der Kreislauf der Milliarden.“ Mit Lichtbildern. (Öffentlicher Vortrag.)
 „ 7. Karl Wellershhaus aus Barmen: „Die Aufrichtung des Königreichs Gottes bringt die Auferstehung der Toten, beides, der Gerechten und Ungerechten.“ (Öffentlicher Vortrag.)
 „ 8. Obergeringieur Adolf Görger: „England und Frankreich — Land und Leute.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.)
 „ 10. Geh. Hofrat Prof. Dr. Ludwig Klein: „Zeitgemäße Wildgemüse und ihre Verwertung in der Kriegsküche.“ Mit Lichtbildern. (Öffentlicher Vortrag.)
 „ 10. Stadtverordneter Leopold Rückert: „Eindrücke von meiner Reise an die Westfront.“ (Sozialdemokrat. Verein, Frauenorganisation.)
 „ 12. Professor J. Gonjer aus Berlin: „Ein wichtiges Kapitel der Jugendfürsorge und Jugendpflege in Gegenwart und Zukunft.“ (Öffentlicher Vortrag.)

- April 13. Hauptmann von Kleist: „Die Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika und deren Tätigkeit im Kriege, sowie eigene Erlebnisse während des Feldzugs in Afrika.“ Mit Lichtbildern. (Deutscher Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien.)
- „ 13. Dr. Karl Bittel: „Wie bekämpfen wir die Wohnungsnot?“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 14. Garnisonspfarrer Jäger aus Rastatt: „Krieg und Glaube.“ (Kirchlich-positiv Vereinigung.)
- „ 14. Rechnungsrat Wilhelm Friederich: „Die russische Kirche.“ (Kathol. Männerverein „Badenia“, Stadtteil Mühlsburg.)
- „ 14. Peter Bernhard Steffen: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ (Kathol. Arbeiterverein der Weststadt.)
- „ 15. Pfarrer Saul von Gallneukirchen: „Die evangelische Liebestätigkeit in Österreich während des Weltkrieges.“ (Öffentlicher Vortrag in der Schloßkirche.)
- „ 15. Rechtsanwalt Otto Heinsheimer: „Deutschlands Aufstieg und Zukunft.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 16. frl. A. Kommel, Oberlehrerin a. D.: „Leben und Wirken von Helene Lange.“ (Nationaler Frauendienst.)
- „ 23. Missionar A. Weinert: „1290 und 1335 Tage.“ Dan. 12. (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 25. Landtagsabgeordneter Franz Joseph Wittmann: „Die Neuorientierung in Baden.“ (Kathol. Arbeiterverein der Südstadt.)
- „ 28. Stadtpfarrer August Stumpf: „Beseelte Arbeit.“ (Kathol. Frauenbund, Zweigverein Karlsruhe.)
- „ 28. Albert Segauer: „Frömmigkeit und Religion.“ (Freir. Gemeinde.)
- Mai 1. Obstbaulehrer Georg Thiem von Augustenberg: „Lohnender Obstbau im Kleingarten.“ (Gartenbauverein.)
- „ 2. Missionar Viehhauer z. St. in Rintheim: „Kriegserlebnisse in der Kamerun-Mission.“ (Öffentlicher Missionsvortrag im Stadtteil Beiertheim.)
- „ 2. Rabbiner Dr. V. Kurrein: „Interessante Religionsgespräche.“ (Verein für jüdische Geschichte und Literatur.)
- „ 3. Professor Dr. Richard Eosfen: „Anfänge von Landeskirchentum vor der Reformation.“ (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 6. „Elsaß-Lothringen, das Kriegsziel unserer Feinde.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 8. Geh. Hofrat Edmund Rebmann: „Erlebnisse an der Westfront.“ (Kaufmännischer Verein für weibliche Angestellte.)
- „ 9. P. J. G. Balzereit aus Kiel: „Gibt es einen Gott? Warum läßt Gott das Böse zu?“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 10. Dr. von Staden aus Berlin: „Indien und das britische Weltreich.“ Mit Lichtbildern. (Verein für das Deutschtum im Ausland, Frauenortsgruppe.)

- Mai 12. Pfarrer Lic. Göbel aus Neustadt i. Schw.: „Grundlagen und Grundgedanken der Offenbarung Johannis.“ (Kirchlich-positive Vereinigung.)
- „ 12. Major Walter Schmidt: „Die militärische Lage.“ Mit Lichtbildern. (Evangel. Männerverein der Südstadt.)
- „ 13. Oberingenieur Kah aus Mannheim: „Verwertung der Brennstoffe.“ (Verein deutscher Ingenieure, Bezirksverein Karlsruhe.)
- „ 13. Fregattenkapitän Neger, Kommandant S. M. S. Wolf: „Die Kriegsfahrt.“ (Öffentlicher Vortrag zu Gunsten des Landesvereins vom Roten Kreuz.)
- Mai 15. u. 16. Frau Dekan Odenwald aus Rohrbach: „Die sittliche Not im Felde.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- Mai 21. August Leonhardt aus Düsseldorf: „Ziele und Zwecke des Deutschen Werkmeister-Verbandes.“ (Deutscher Werkmeister-Verband, Bezirksverein Karlsruhe.)
- „ 21. Hermann Burte: „Emil Gött.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- Mai 24. u. 26. Frau Luise Kaniz: „Unsere Lebensmittelhaltung im 4. Kriegsjahre. Erfahrungen mit Ersatzverschlüssen u. a.“ (Zwei öffentliche Einkochvorträge.)
- „ 27. Dr. med. Hermann Paul: „Die sittliche Not unserer Zeit.“ (Kathol. Frauenbund, Zweigverein Karlsruhe, Mutter-Abend.)
- „ 28. Frau Frieda Müller aus Straßburg: „Die Gehaltsfrage der Verkäuferinnen.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 29. Professor Dr. Eusching aus Wien: „Österreichs Kunstgeschichtliche Entwicklung.“ Mit Lichtbildern. (Kunstgewerbeverein.)
- „ 29. Professor Dr. Leo Hbbelohde: „Textil-Ersatzstoffe.“ (Öffentlicher Vortrag zu Gunsten des Roten Kreuzes.)
- „ 30. Geistl. Rat Dr. Joseph Schofer: „Die Seelsorge im Felde.“ (Kathol. Männerverein der Oststadt.)
- Juni 2. Missionar Vielhauer: „Kämpfe Englands gegen die Basler Mission.“ (Öffentlicher gottesdienstl. Vortrag in der evangel. Kirche des Stadtteils Rintheim.)
- „ 3. Dr. med. Hermann Paul: „Die sittliche Not unserer Zeit.“ (Kathol. Frauenbund.)
- „ 5. Kaufmann Franz Beil: „Alt-Karlsruher Aussprüche und Anekdoten.“ (Gartenbauverein.)
- „ 13. Willi Grab: „Die 15 monatige Kriegsfahrt S. M. S. Wolf.“ (Kathol. Männerverein des Stadtteils Mühlburg.)
- „ 13. Oberpostsekretär Niklas: „Kriegerheimstätten.“ (Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemal. Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe.)
- „ 23. Frau Dekan Odenwald aus Rohrbach: „Mutter und Sittlichkeit.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 26. Dr. Max Maurenbrecher aus Weimar: „Volksgewissen oder Weltgewissen.“ (Vaterlandspartei.)

- Juni 28. Erb: „Mosaische Welt schöp f ungslehre und moderne Weltanschauung.“ (Verein Naturfreunde.)
- Juli 6. Freiherr von Engelhardt aus München: „Das baltische Deut sch tum.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 8. Stadtpfarrer August Stumpf: „Mutter und Tochter.“ (Kathol. Frauenbund, Zweigverein.)
- „ 13. Fräulein Käthe Schinsky aus Heidelberg: „Der wirtschaftliche Aufbau nach dem Kriege und die internationale Deckung der Kriegskosten als Kriegsentschädigung.“ (Öffentlicher Vortrag zu Gunsten des Frauenbundes des Deutschen Luftflottenvereins.)
- August 1. Erwin Mehne: „Wert der Kaninchenzucht.“ Mit Lichtbildern.
- „ 13. Missionar Stolz: „Das Reich Gottes in der Heidenwelt.“
- September 4. Apotheker C. H. Welcker: „Arzneipflanzen.“ (Gartenbauverein.)
- „ 5. Hoffchauspieler Max Schneider: „Allerlei über Rotkehlchen.“ (Verein von Vogelfreunden.)
- „ 22. W. M. Borngräber aus Wiesbaden: „Brennende Fragen ge schlechtlicher Sittlichkeit.“ (Öffentlicher Vortrag für Männer.)
- „ 23. Rittmeister Freiherr von Ersner: „Meine Erlebnisse in französischer Kriegsgefangenschaft.“ (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 29. Albert Segauer: „Krieg und Religion.“ (Freireligiöse Gemeinde.)
- Oktober 2. Geh. Hofrat Prof. Dr. Ludwig Klein: „Die Pilzschähe des Herbstes.“ Mit Lichtbildern. (Gartenbauverein.)
- „ 2. Pfarrer Lange aus Berlin: „Kurlandfahrt.“ Mit Lichtbildern. (Vaterlandspartei.)
- „ 6. „Geflügelzucht.“ Mit Lichtbildern. (Kleintierzucht-Verband.)
- „ 8. Erich Scheurmann: „Eine unfreiwillige Reise um die Erde in Kriegszeit.“ (Verein Volksbildung.)
- „ 8. Gewerbe-Inspektor Regierungsbaumeister Eduard Emele: „Gewerbeaufsicht und Schutzmaßnahmen für die Arbeiter in gewerblichen Betrieben.“ Mit Lichtbildern. (Verein deutscher Ingenieure, Bezirksverein Karlsruhe.)
- „ 10. Professor Dr. Richard Eoffen: „Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands nach 1870 und England.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 13. Albert Segauer: „Politik und Religion.“ (Freireligiöse Gemeinde.)
- „ 13. Professor Dr. Niebergall aus Heidelberg: „Die Reform des Religionsunterrichts.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 16. Erwin Diemer: „Die Amselfrage.“ (Tierschutzverein.)
- „ 20. „Was sollen wir glauben?“ (Öffentlicher religiöser Vortrag.)
- „ 27. Albert Segauer: „Staat und Religion.“ (Freireligiöse Gemeinde.)
- „ 27. Prediger W. Schäfer: „Wohnt Gott bei Menschen?“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 28. Fritz Droop aus Mannheim: „Hermann Bunte.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 30. Dr. Rolf Rönneke: „Moderne Literatur“ I. (Öffentlicher Vortrag.)

- November 5. Kaplan E i f f l e r aus Pforzheim: „Die Dichterin Handel-Mazetti.“ (Verein abstinenter Katholiken.)
- „ 6. Hofgardendirektor Leopold G r ä b e n e r: „Erfahrungen im Kriegsgemüsebau.“ (Gartenbauverein.)
- „ 10. Albert S e g a u e r: „Wirtschaft und Religion.“ (Freireligiöse Gemeinde.)
- „ 10. P. S c h i r r m e i s t e r aus Berlin: „Wie erhalten wir uns gesund und arbeitsfähig trotz Kriegsernährung und Not?“ (Naturheilverein.)
- „ 17. Albert S e g a u e r: „Freiheit und Religion.“ (Freirelig. Gemeinde.)
- „ 19. Willy A l t e n d o r f: „Deutsche Seele, deutsches Ringen.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 20. Dr. Rolf R ö n n e k e: „Moderne Literatur, II. Ibsen.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 23. Dr. Knud A h l b o r n aus München: „Die Jugend im neuen Volksstaat.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 27. Dr. Rolf R ö n n e k e: „Moderne Literatur, III. Gerhard Hauptmann.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- Dezember 1. Albert S e g a u e r: „Wirtschaft und Religion.“ (Freireligiöse Gemeinde.)
- „ 1. „Der Antichrist.“ ((Öffentlicher Vortrag.)
- „ 2. Rechnungsrat Wilhelm F r i e d e r i c h: „Die Lage im engeren und weiteren Vaterland.“ (Kathol. Männerverein des Stadtteils Beiertheim.)
- „ 3. Kaplan Richard D o l d: „Wie wird man ein Charakter.“ (Verein abstinenter Katholiken.)
- „ 4. Prof. Dr. Walter M a y: „Bau, Lebensweise und wirtschaftliche Bedeutung des Regenwurms.“ (Gartenbauverein.)
- „ 10. Frau Marianne W e b e r aus Heidelberg: „Die Bedeutung des Frauenstimmrechts und das Wesen der politischen Parteien.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 13. Professor Karl W i d m e r: „Kunst und Revolution.“ (Demokratischer Verein.)
- „ 13. Pfarrer H e r r m a n n aus Wilsderdingen: „Kirchliche Zukunftsforgen und -aufgaben.“ (Kirchlich-positive Vereinigung.)
- „ 15. Wo sind die Toten?“ (Öffentlicher religiöser Vortrag.)
- „ 17. Justizsekretär Adolf K ü h n: „Gegenwarts- und Zukunftsfragen.“ (Fidelitas, Verein kathol. Kaufleute und Beamten.)
- „ 19. Rechtsanwalt Dr. Julius R o s e n f e l d: „Gegenwartsfragen des jüdischen Volkes.“ (Zionistische Ortsgruppe Karlsruhe.)
- „ 20. Stadtpfarrer August S t u m p f: „Dringende Zeitfragen.“ (Kathol. Frauenbund, Zweigstelle Karlsruhe.)
- „ 22. Albert S e g a u e r: „Der unbekannte Gott.“ (Freirelig. Gemeinde.)
- „ 23. Dr. Karl B i t t e l: „Die Lehren der Revolution von 1848/49.“ (Öffentlicher Vortrag.)

2. Werke Karlsruher Schriftsteller.

Ammann, Dr., Rechtsrat. Der Schutz der Mieter im Krieg, auf Grund der neueren Bundesratsverordnungen bearbeitet.

Babo, Erika, frein von. Kriegstagebuch einer badischen Schwester. Herausgegeben vom Badischen Frauenverein.

Devin, Adolf, Dr. ing. Wirtschaftliche Betriebs- und Verwaltungsfragen.

Doll, Dr. Karl, Hofrat. Die häusliche Krankenpflege bei ansteckenden Krankheiten.

Frankenberger, Egbert von. Theaterkunst in Karlsruhe.

Goldschmit, Dr. Robert, Studienrat. Geschichte der badischen Verfassungen urkunde.

Hesselbacher, Karl, Stadtpfarrer. Treu auf dem Posten.

Jungmann, Ludwig, Hauptlehrer. Der Weltkrieg. Kurzgefaßte Darstellung für Schule und Haus.

Lauter, Anna. Großherzogin Luise von Baden und ihre Wirksamkeit im Weltkrieg.

Layh, Karl. Die Relieifarbeiten von Professor Rudolf Meyer in Karlsruhe. Sonderabdruck aus der Frankfurter Münzzeitung.

Merk, Dr. Walter. Badisches Gemarkungsrecht, mit besonderer Berücksichtigung der Eingemeindungen.

Mitteilungen des deutschen Forschungsinstituts für Textilstoffe. Jahrgang I.

Obser, Dr. Karl, Geh. Rat. Beiträge zur Baugeschichte des Klosters Frauenalb, insbesondere im Zeitalter des Barock.

Derselbe. Eine Rheinlauffarte vom Jahre 1590. Sonderabdruck der Mannheimer Geschichtsblätter.

Reichenberger, Dr. Sigmund, Professor. Das Karlsruher Mädchengymnasium in seinen ersten 25 Jahren 1893—1918.

Röder, Adam. Konservative Zukunftspolitik.

Rötinger, Karl. Über die Grundfragen des Gemeindesteuerwesens und die Steuerbeschwerden der Grund- und Hausbesitzer.

Schwarz, Benedikt. Geschichte des evangelisch-weltlichen Kraichgauischen Adelligen Damenstiftes.

Stöcker, Dr. August, Regierungsrat, Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Stürzenacker, August, Oberbaurat und Professor. Das Kurhaus in Baden-Baden und dessen Neubau 1912—1917.

Thoma, Dr. Hans. Seligkeit nach Wirrwahnszeit. Teil II. Der zwischen Zeit und Ewigkeit flatternden Seele.

Schülerzahl Karlsruher Schulen.

	Schuljahr	
I. Städtische Schulen.	1916/17 ¹⁾	1917/18 ¹⁾
1. Goetheschule	688	680
2. Humboldtschule	425 ²⁾	481 ²⁾
3. Oberrealschule	491 ³⁾	560 ³⁾
4. Realschule	394 ⁴⁾	458 ⁴⁾
5. Lessingschule	609	675 ⁵⁾
6. Fichteschule	837 ⁶⁾	837 ⁶⁾
7. Gewerbeschule	1560 ⁷⁾	2575 ⁷⁾
8. Dem Rektorat unterstellte Schulen:		
a) Erweiterte Knabenschule	6 315	6 076
b) Erweiterte Mädchenschule	7 113	6 803
c) Hilfsschule für Knaben	137	136
d) Hilfsschule für Mädchen	140	132
e) Knabenvorschule	1 062	1 004 ⁸⁾
f) Bürgerschule	754	792
g) Töchterchule	1 659 ⁹⁾	1 731 ⁹⁾
h) Knabenfortbildungsschule	771	743
i) Mädchenfortbildungsschule	792	697
k) Sophienschule	175	128
Zusammen a.—k.	18 918	18 242

¹⁾ Die Zahlen beziehen sich, wenn nichts anderes bemerkt ist, auf den Stand am Schlusse des Schuljahres.

²⁾ Stand am 16. Juni 1917, bezw. 16. Juni 1918.

³⁾ Stand am 1. Juli 1917, bezw. 1. Juli 1918.

⁴⁾ Stand am 16. Juni 1917, bezw. 16. Juni 1918.

⁵⁾ Stand am 1. Juli 1918. Von den 675 Schülerinnen besuchten 141 (1916/17: 118) das Mädchengymnasium.

⁶⁾ Stand am 1. Juli 1917, bezw. 1. Juli 1918.

⁷⁾ Stand am 1. Dezember 1917 bezw. 1. Dezember 1918.

⁸⁾ IV. Klasse am 31. Juli aufgelöst.

⁹⁾ Davon besuchten 52 (1916/17: 73) die Selektia der Töchterchule.

II. Staatliche Schulen.	Schuljahr	
	1916/17	1917/18
9 Akademie der bildenden Künfte	29	20
10. Baugewerkschule	60 ¹⁾	47 ¹⁾
11. Gymnasium	496	483
12. Kunstgewerbeschule	103	120
13. Lehrerseminar I	56	74
14. Lehrerseminar II	49	52
15. Übungsschule des Lehrerseminars I	130	128
16. Übungsschule des Lehrerseminars II	146	162
17. Lehrerinnenseminar	91	91

III. Schulen des Badischen Frauenvereins.

18. Frauenarbeitschule	1 606 ²⁾	1 319 ²⁾
19. Haushaltungsschule des Friedrichstiftes . .	20	20
20. Haushaltungsschule (Herren-Straße 39) . . .	58	68
21. Industriefurse zur Ausbildung von Hausarbeits- lehrerinnen :		
a) an Volksschulen	75	67
b) an höheren Mädchenschulen	18	26
22. Schule für Kunststickerei	53 ³⁾	23 ³⁾
23. Seminar zur Ausbildung von Haushaltungs- lehrerinnen	24	24
24. Handelsschule	39	40

IV. Privatschulen.

25. Konservatorium für Musik	904 ⁴⁾	1 040 ⁴⁾
26. Münz'sches Konservatorium	797	1 010 ⁵⁾
27. Pädagogium (Schmidt und Wiehl)	110	84
28. Viktoriafschule	273	274
29. Viktoria pensionat	59	62

¹⁾ Bei Beginn des Wintersemesters 1916/17.

²⁾ Gesamtzahl aus verschiedenen Monatskursen.

³⁾ Davon 13 im großen Kurs (10 im Vorjahre) und 10 (43) im kleinen.

⁴⁾ Davon 789 (1916/17 623) eigentliche Schüler, 215 (201) Gäste und 36 (35) Kinder.

⁵⁾ Darunter 18 Kinder.

⁶⁾ Die früher an dieser Stelle erwähnte Vorbereitungsschule (21, sechs) ist von hier wegverlegt.

V. Übersicht über den Besuch der Technischen Hochschule im Wintersemester 1917/18.

	Or- dentl. Studie- rende	Außer- ordentl. Studie- rende	im ganzen
Allgemeine Abteilung	41	—	41
Abteilung für Architektur	110	23	133
Abteilung für Ingenieurwesen	212	9	221
Abteilung für Maschinenwesen	276	42	318
Abteilung für Elektrotechnik	81	12	93
Abteilung für Chemie	130	5	135
Abteilung für Forstwesen	19	—	19
	869	91	960
Gäste	—	—	108
Zusammen			1068
Davon waren beurlaubt, weil im Felde stehend . . .	762	81	843
Mithin haben an den Vorlesungen teilgenommen . . .	107	10	225

Unter den immatrikulierten Studierenden befanden sich 11 Damen, unter den Gästen 65. Unter den 11 Damen gehörten 2 der allgemeinen Abteilung an, je eine Dame der Architektur und der Elektrotechnik und 7 Damen der Chemie. Unter den 960 Studierenden waren 470 aus Baden, 414 aus den übrigen deutschen Bundesstaaten und 76 aus außerdeutschen Ländern, von den letzteren aber nur 32 vollanwesend.

Das Sommersemester 1918 brachte, wie von dem Sekretariat der Technischen Hochschule mitgeteilt wurde, nur unbedeutende Veränderungen in dem Besuch.

Statistik der Bevölkerungsvorgänge 1918.

Rd. Nr.	Todesursachen	Es starben in den einzelnen Monaten *)												
		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Gesamten
1	Angeborene Lebensschwäche	5	5	7	3	11	1	6	4	6	9	9	4	70
2	Altersschwäche	8	4	11	4	9	6	7	5	4	4	12	9	83
3	Kindbettfieber	—	1	—	—	—	—	1	2	—	—	3	—	7
4	Anderer folgen der Geburt und Schwangerschaft . .	—	2	1	—	—	—	1	1	—	—	1	—	6
5	Scharlach	—	—	—	—	—	—	—	—	4	2	1	—	7
6	Masern und Röteln	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	3
7	Diphtherie und Krupp . . .	10	3	2	1	—	1	2	2	4	—	2	2	29
8	Keuchhusten	—	—	2	—	—	1	3	3	1	2	3	1	16
9	Typhus (ausschließlich Paratyphus)	—	—	—	1	1	—	—	—	1	1	—	—	4
10	Akuter Gelenkrheumatismus	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
11	Übertragbare Tierkrankheit.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
12	Rose	—	—	—	1	1	1	1	1	—	1	1	3	10
13	Starrkrampf	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	1	3
14	Blutvergiftung	—	—	—	2	—	3	1	2	—	1	—	1	10
15	Tuberkulose der Lungen . .	29	24	25	23	35	21	27	14	11	32	21	28	290
16	Tuberkulose anderer Organe (auch Skrofulose)	5	3	3	8	5	8	1	7	3	3	—	1	47
17	Akute allgem. Miliartuberkulose	—	—	1	1	4	—	—	—	—	—	1	—	7
18	Lungenentzündung	24	12	15	12	14	7	23	5	10	21	31	15	189
19	Influenza	2	1	2	2	1	1	31	2	3	145	139	65	394
20	Venerische Krankheiten . .	3	—	3	—	2	—	1	—	1	—	—	—	10
21	Anderer übertragbare Krankheiten	2	—	1	—	2	—	4	6	8	3	3	2	31
22	Zuckerkrankheit (ausschließlich Diabetes insipidus) . .	2	2	2	—	2	—	—	1	1	—	1	2	13
23	Alkoholismus	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24	Entzündungen und Katarrhe des Kehlkopfes, der Luftröhre und der Bronchien . .	9	2	—	7	3	1	4	2	2	6	5	5	46
25	Sonstige Krankheiten der Atmungsorgane	5	3	3	5	7	4	3	6	2	6	3	3	50
26	Organische Herzleiden . . .	11	4	8	10	11	7	9	11	12	16	11	8	118
27	Herzschlag, Herzlähmung (ohne nähere Angabe des Grundleidens)	7	5	4	7	1	5	3	3	4	9	8	4	60

*) Ohne die gefallen oder gestorbenen Krieger.

Zif. Nr.	Todesursachen	Es starben in den einzelnen Monaten *)												Zu- sammen
		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	
28	Arterienverkalkung	—	3	3	—	—	3	2	1	2	3	3	3	23
29	Sonstige Herz- und Blut- gefäßkrankheiten	5	4	6	5	3	4	5	—	1	2	3	6	44
30	Gehirnschlag	12	10	11	7	7	6	9	3	11	9	8	6	99
31	Geisteskrankheit	1	—	1	1	—	—	—	1	—	—	—	3	7
32	Krämpfe (ausschließlich Zahnkrämpfe usw.) . . .	2	2	1	1	2	4	6	—	2	2	1	4	27
33	Sonstige Krankheiten des Nervensystems	2	1	1	7	—	4	4	3	2	7	2	3	36
34	Atrophie der Kinder	4	—	—	2	1	—	—	4	—	1	—	2	14
35	Brechdurchfall	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	2
36	Magen- und Darmkatarrh, Durchf., Cholera nostras	2	3	3	1	1	2	1	5	9	5	5	1	38
37	Blinddarmentzündung . . .	—	2	—	1	3	—	1	5	1	1	1	1	16
38	Krankheiten der Leber und Gallenblase	1	—	1	—	—	1	2	4	5	2	1	4	21
39	Sonstige Krankheiten der Verdauungsorgane	5	5	2	4	3	5	2	3	3	6	4	8	50
40	Nierenentzündung	4	4	5	2	2	5	2	6	4	4	10	1	49
41	Sonstige Krankheiten der Harn- u. Geschlechtsorg.	2	3	3	1	2	3	2	—	1	3	2	2	24
42	Krebs	14	11	13	15	21	21	17	14	9	16	22	16	189
43	Sonstige Neubildungen . . .	6	5	1	2	1	3	1	2	1	1	1	1	25
44	Krankheiten der äußeren Bedeckungen	—	1	1	2	1	1	—	—	1	3	—	—	10
45	Krankheiten der Bewegungs- organe	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—	3	—	9
46	Selbstmord	2	2	1	2	1	2	4	3	1	3	6	1	28
47	Mord und Totschlag, sowie Hinrichtung	1	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	4
48	Verunglückung und andere gewaltsame Einwirkungen	4	7	2	5	4	2	6	13	2	6	2	3	56
49	Andere benannte Todesurs.	4	4	4	—	1	4	2	1	3	3	3	4	33
50	Todesursache nicht angegeben	—	1	—	—	—	2	—	—	2	1	5	—	11
	Zusammen: Gestorbene aus- schließl. der Totgeborenen	194	140	150	147	164	142	194	148	139	341	338	223	2320
	darunter gestorben im Alter bis unter 1 Jahr	22	13	17	16	18	10	14	18	20	27	20	18	213
	Lebendgeborene	160	163	161	138	129	136	172	142	173	176	157	120	1827
	Totgeborene	11	2	4	4	4	4	—	2	5	7	3	5	51
	Geburtenüberschuß(+). Über- schuß an Gestorbenen (—)	-31	+23	+11	-9	-35	-6	-22	6	+34	-165	-181	-103	-493

*) Ohne die gefallenen oder gestorbenen Krieger.

Chronik

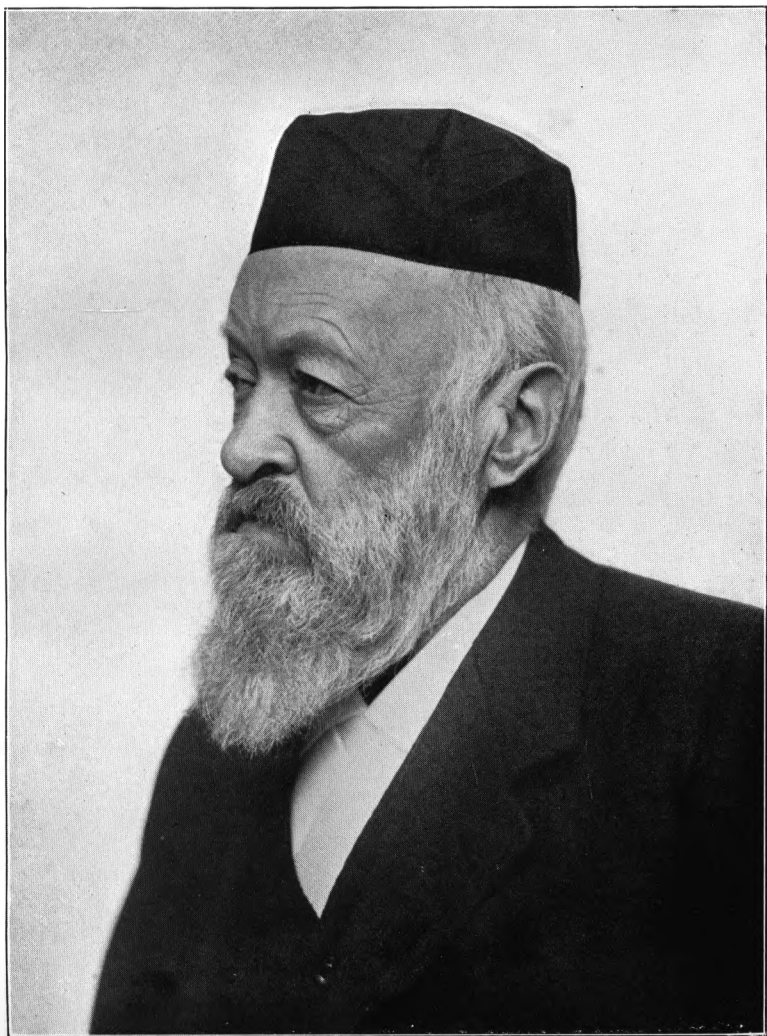
1919

Inhalt für 1919.

	Seite
I. Entwicklung der Gemeinde als solcher (1); Gemeindeverwaltung (2)	259
II. Bauliche Entwicklung der Stadt	277
III. Kirche (1), Schule (2) und Kunst (3).	287
IV. Politisches, industrielles und Vereinsleben	309
1. Politisches Leben:	
A) Allgemeines	309
B) Ernährungsfragen	328
C) Fürsorgetätigkeit	339
D) Politische Vereine und Parteien	348
2. Handel, Gewerbe und Industrie	353
3. Vereinsleben	370
V. Leistungen des Gemeinfinns; Armen- und Krankenpflege	377
1. Leistungen des Gemeinfinns	377
2. Armen und Jugendfürsorge	391
3. Krankenwesen	392
VI. Versammlungen, Feierlichkeiten und Festlichkeiten, Ausstellungen, Sehenswürdigkeiten	397
1. Versammlungen	397
2. Feierlichkeiten und Festlichkeiten	401
3. Ausstellungen	407
4. Sehenswürdigkeiten	408
VII. Verkehrswesen	410
VIII. Witterungsverhältnisse	417
IX. Bevölkerungsvorgänge (1), Totenschau (2)	421
X. Verschiedenes	439
XI. 1. Vorträge	447
2. Werke Karlsruher Schriftsteller	464

Beilagen.

I. Schülerzahl Karlsruher Schulen	466
II. Statistik der Bevölkerungsvorgänge	469



Kommerzienrat Karl Schrempp

Phot. Gebr. Hirsch

I.

Entwicklung der Gemeinde als solcher; Gemeindeverwaltung.

1. Entwicklung der Gemeinde.

Die Einwohnerzahl der Stadt Karlsruhe betrug nach der Berechnung des Statistischen Amtes auf Ende Dezember des Berichtsjahres 138 670 (1918: 142 227). Das ergibt seit 31. Dezember 1918 eine Abnahme von 2,50 %. Im Vorjahre betrug die Abnahme 2,38 %. An Lebendgeborenen (auf das Jahr berechnet) kamen im Berichtsjahre auf 1000 Einwohner 19,26 (12,66), an Sterbefällen (ohne die gefallenen oder gestorbenen Kriegsteilnehmer) 13,94 (16,07). Säuglinge (Kinder bis unter 1 Jahr) starben 272 (213), d. i. von 100 Lebendgeborenen 11,82 (11,83). Der Geburtenüberschuß beträgt 15,32 (berechnet auf 1000 Einwohner und aufs Jahr). Im Jahre 1918 dagegen ist ein Überschuß an Gestorbenen festgestellt, und zwar beträgt er 3,41 (berechnet auf 1000 Einwohner und aufs Jahr) — eine Beobachtung, die schon im Jahre 1917 (1,35) und 1916 (0,05) gemacht wurde; seit dem Jahre 1872 (weiter zurück reicht die Feststellung nicht) war immer ein Geburtenüberschuß zu verzeichnen.

Über die Finanzlage der Stadt entnehmen wir dem städtischen Rechenschaftsberichte folgendes:

Die Wirtschaftseinnahmen für 1919 wurden im Voranschlag vom Bürgerausschuß in der Sitzung vom 5./6. Mai 1919

auf	9 834 819 Mk.
und der durch Umlagen aufzubringende Gemeinde-	
aufwand auf	14 598 824 „
zusammen	24 433 643 Mk.

festgesetzt, welcher Summe die Wirtschaftsausgaben im gleichen Betrag gegenüberstehen.

Inzwischen hätte die festgesetzte Umlage nicht hingereicht, um den durch die Einführung des neuen Lohntarifs der Stadtarbeiter, durch neue den Beamten und Lehrern zu gewährende Ausgleichszulagen und durch Teuerungszulagen für Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene entstehenden Mehraufwand zu decken. Dazu kamen weitere notwendige, nicht vorgesehene Ausgaben.

Dadurch hatten sich die Wirtschaftsausgaben für 1919 erhöht auf	32 063 586 Mk.
denen die Wirtschaftseinnahmen mit	9 834 819 „
gegenüberstanden, so daß durch Umlagen	22 228 767 Mk.

zu decken waren.

Infolge Artikel 7 des Gesetzes vom 12. Dezember 1919, die Verlegung des Rechnungsjahres betreffend, wurde in § 1 der Verordnung vom 19. Januar 1920 gleichen Betreffs das Rechnungsjahr 1919 der Gemeinden und Städte bis 31. März 1920 verlängert, und vom 1. April 1920 an sind die Rechnungen derselben nicht mehr für das Kalenderjahr, sondern für den Zeitraum vom 1. April des Jahres bis 31. März des folgenden Jahres zu führen.

Nach § 3 der Verordnung war vorgesehen, daß die Aufstellung eines Voranschlags für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis 31. März unterbleiben kann, wenn durch Gemeindebeschuß bestimmt wird, daß für diese Zeit die für das Jahr 1919 festgestellten Voranschlagsätze, Bürgergenußauflagen und Umlagen, soweit erforderlich einschl. etwaiger Nachtragsumlagen, zu $\frac{1}{4}$ gelten sollen.

In Vollzug dieser Bestimmungen hat der Stadtrat für das erste Vierteljahr 1920 einen neuen Voranschlag aufgestellt und der Bürgerausschuß in der Sitzung vom 26./27. Februar 1920 seine Zustimmung dazu erteilt. Bei der Aufstellung dieses Voranschlags wurden die Voranschlagsätze aber nicht einfach durch Verteilung der Ansätze des Voranschlags 1919 gewonnen, sondern es wurde der mutmaßlich tatsächliche Aufwand des Jahres 1920 auf Grund der dafür aufgestellten vorläufigen Einzelvoranschläge verrechnet und der vierte Teil der so gewonnenen Beträge den Voranschlagsätzen 1919 zugeschlagen.

Hiernach ergaben sich als:

Gesamtausgaben	<u>41 799 437</u>	=	10 449 860 Mf.
	4		
Gesamteinnahmen	<u>12 618 388</u>	=	3 154 597 Mf.
	4		
ungedeckter Aufwand	<u>29 181 049</u>	=	7 295 263 Mf.
	4		

Dadurch hatten sich für das Rechnungsjahr 1. Januar 1919 bis 31. März 1920 erhöht die Wirtschaftsausgaben

auf	42 513 446 Mf
davon die Wirtschaftseinnahmen mit . . .	<u>12 989 416 „</u>
gegenüberstehen, so daß durch Umlagen zu decken waren	29 524 030 Mf.

Das mit den Voranschlagsätzen zu vergleichende Rechnungsergebnis gestaltete sich jedoch nach Abschluß der Stadthauptkassenrechnung für 1919/20 folgendermaßen:

die Einnahmen aus früheren Jahren betragen	Mf.
nach Abzug des Betriebsfonds im „Hat“ . .	12 563 896.52
die laufenden ordentlichen Wirtschaftseinnahmen einschließlich Umlagen	36 900 521.19
hierzu Wirtschaftsguthaben auf den Grundstock auf 1. Januar 1919	<u>1 190 613.76</u>
also Summe der Einnahmen . . .	50 655 031.47

Dieser stehen gegenüber:

die Ausgaben aus früheren Jahren	11 000 244.88
laufende ordentliche Wirtschaftsausgaben . . .	42 592 391.38
hierzu die in der Abrechnung zwischen Grundstock und Wirtschaft nachgewiesenen Wirtschaftsausgaben aus 1919	<u>2 702 018.79</u>
also Summe der Ausgaben . . .	56 294 655.05

Somit bleibt eine Unzulänglichkeit im „Hat“ von 5 639 623.58 die jedoch nur scheinbar ist, da an Umlagen auf Jahreschluß wegen später Erhebung von Nachtragsumlagen zirka 12 000 000 Mf. im „Rest“ verblieben.

Der Überschuß ist im wesentlichen auf Mehreinnahmen von Gebäuden, landwirtschaftlichen Grundstücken und Waldungen, sowie

auf ganz bedeutende Mehreinnahmen aus Umlagenachträgen, Verkehrs-, Wertzuwachs- und Lustbarkeitssteuern, aus Jagden, Grundbuchgebühren und endlich auf den Eingang der Zinsen aus der Ersatzforderung an das Reich für Kriegswohlfahrtspflege zurückzuführen. Außerdem wurden in einzelnen Positionen der Ausgaben nicht unbedeutende Ersparnisse erzielt.

Ungünstig auf den Wirtschaftsüberschuß wirkten die Ausfälle an Betriebsablieferungen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und die Mehrzuschüsse an die Straßenbahn, Lokalbahn, an die Rheinhafen-, Schlacht- und Viehhof- und Fuhrparkkasse, sowie der erhöhte Aufwand für soziale Fürsorge, Aushilfsbeamte, Landestheater, Volksschule, Wohnungsamt und Gutsverwaltung.

Von den laufenden Einnahmen des Jahres 1919 im Gesamtbetrage von 50 748 939 Mk. entfallen auf:

1. Die Umlagen	38 200 380 Mk. =	75,3 %
2. Die Verbrauchssteuern	103 750 „ =	0,2 „
3. Die Verkehrs-, Wertzuwachs- und Warenhaussteuer	441 177 „ =	0,8 „
4. Die Lustbarkeitssteuer	545 079 „ =	1,1 „
5. Die Gebäude, Grundstücke, Waldungen	2 222 505 „ =	4,4 „
6. Die Gebühren für Einrichtungen der Gemeindebeamtungen	289 875 „ =	0,6 „
7. Die Gebühren von Wegen, Kanälen, öffentlichen Anlagen etc.	198 186 „ =	0,4 „
8. Das Wasserwerk	261 015 „ =	0,5 „
9. Die Fuhrverwaltung	90 397 „ =	0,1 „
10. Die sonstigen Einnahmen	8 396 575 „ =	16,6 „
		50 748 939 Mk. = 100,0 %

Von den laufenden Ausgaben des Jahres 1919 im Gesamtbetrage von 44 891 528 Mk. wurden verwendet auf:

1. Die planmäßige Schuldentilgung u. Verzinsung	5 968 980 Mk. =	13,3 %
2. Die Mittel- und Volksschulen	7 019 485 „ =	15,7 „
3. Die öffentlichen Brunnen, Wege, Plätze, Gewässer und dergleichen	4 094 003 „ =	9,1 „
4. Gesundheitspflege einschließlich Straßenreinigung und Kehrriktabfuhr	1 951 994 „ =	4,4 „
5. Die Armen- und Krankenpflege	7 489 929 „ =	16,7 „
6. Die Polizei	33 354 „ =	0,1 „
7. Die Kreisumlage	444 609 „ =	1,0 „
Übertrag	27 032 354 Mk. =	60,3 %

Übertrag	27 032 354 Mk. =	60,3 %
8. Gewerbe, Kunst und Wissenschaft	2 008 467 " =	4,5 "
9. Die Gemeindeverwaltung	5 081 936 " =	11,1 "
10. Die Zuschüsse für Rheinhafen	582 107 " =	1,3 "
" " Schlachthof und Viehhof	682 099 " =	1,6 "
" " Stadtgarten	296 001 " =	0,7 "
" " Straßenbahn	1 424 699 " =	3,1 "
" " Vorortsbahnen	923 657 " =	2,0 "
" " Gutsverwaltung	777 880 " =	1,7 "
11. Den Fuhrpark	334 629 " =	0,8 "
12. Die sonstigen Ausgaben	5 747 699 " =	12,9 "
44 891 528 Mk. =		100,0 %

Im Jahre 1919 hat die Stadtgemeinde Grundstücke im flächengehalt von 273 459 qm zum Preis von 803 137 Mk. angekauft und 71 281 qm zum Preis von 798 498 Mk. verkauft.

Die Anlehensschulden betragen:

Bezeichnung der Anlehen	Stand auf 1. Januar 1919 <i>M</i>	Tilgung im Jahre 1919 <i>M</i>	Stand auf 1. April 1920 <i>M</i>
a. Gegen Ausgabe von Schuldverschreibungen.			
1. 3prozentiges Anlehen von 1886	2 924 500	358 800	2 565 700
2. 3 " " " 1889	1 619 900	112 600	1 507 300
3. 3 " " " 1896	1 227 000	31 100	1 195 900
4. 3 " " " 1897	2 613 000	67 900	2 545 100
5. 3 1/2 " " " 1900	4 866 400	96 000	4 770 400
6. 3 1/2 " " " 1902	3 736 800	72 000	3 664 800
7. 3 1/2 " " " 1903	8 475 900	148 900	8 327 000
8. 4 " " " 1907	4 665 500	57 300	4 608 200
9. 4 " " " 1913	6 914 400	89 000	6 825 400
b. Sonstige Anlehen.			
10. 3 1/2 prozent. Anlehen von 1892 bei der Versicherungsanstalt Baden	533 000	29 000	504 000
11. 4 prozentiges Darlehen des Allgemeinen Deutschen Versicherungsvereins A.-G. in Stuttgart von 1910	1 000 000	—	1 000 000
Übertrag	38 576 400	1 062 600	37 513 800

Bezeichnung der Anlehen	Stand auf 1. Januar 1919 M	Tilgung im Jahre 1919 M	Stand auf 1. April 1920 M
Übertrag . . .	38 576 400	1 062 600	37 513 800
12. 4 prozentiges Darlehen der Karlsruher Lebensversicherung von 1910.	4 000 000	—	4 000 000
13. Desgl. von 1912	3 000 000	—	3 000 000
14. 4 1/2 prozentiges Darlehen der Gothaer Lebensversicherungs- bank auf Gegenseitigkeit, Gotha, von 1912.	1 841 000	28 400	1 812 600
15. 4 prozentiges Darlehen der Staatsschuldenverwaltung von 1915 und 1916 zur Förderung gemeinnütziger Bautätigkeit .	49 220 79 184	282 433	48 938 78 751
16. Unverzinsliches Darlehen der Staatsschuldenverwaltung von 1916 für das Hoftheater . .	100 000	—	100 000
c. Schwebende Schulden . .	42 178 000	19 833 000	110 090 000
Summe . .	89 823 804	20 924 715	156 644 089

Da die Wirtschaft die nach den Schuldentilgungsplänen zur Amortisation aufzuwendenden Summen dem Grundstock jeweils abliefert, so hat dieser die noch im Rest stehenden, gekündigten, aber nicht eingelösten Schuldverschreibungen mit 355 700 Mark aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Die von der Wirtschaft zur Schuldentilgung noch aufzubringende Summe stellt sich daher am 1. April 1920 auf 156 288 389 Mk. — Pf.
Das Gesamtvermögen der Stadt beträgt 230 328 925 " 02 "
die darauf ruhenden Schulden belaufen sich auf 207 435 354 " 34 "

Es ergibt sich somit ein Reiner-
mögen von 22 893 570 Mk. 68 Pf.
d. i. gegenüber dem Vorjahre eine
Vermehrung von 15 840 606 " 86 "

Unter dem berechneten Vermögen im Betrage von 230328925 Mk. 02 Pf. sind enthalten:

I. Ertragbares Vermögen:

1. Das Gaswerk, Erstellungskosten	10 231 469 Mk. 13 Pf.
2. Das Wasserwerk, Erstellungskosten	4 639 676 „ 88 „
3. Das Elektrizitätswerk, Erstellungskosten	6 914 168 „ 23 „
4. Die Straßenbahn, Erstellungskosten	10 550 208 „ 14 „
5. Die Lokalbahn, Erstellungskosten	1 968 925 „ — „
6. Der Schlacht- u. Viehhof, Gebäude im Feuer- versicherungsanschlag von	1 637 200 „ — „
7. Der Rheinhafen, Gebäude im Feuerver- sicherungsanschl. v. 1 236 800 Mk. u. Gelände im Steuerw. v. 632 765 Mk., sowie die Fahrnisse und maschinellen Anlagen mit 1 628 452 Mk.	3 362 217 „ — „
8. Die Badeanstalten, Feuerversicherungsanschl.	537 000 „ — „
9. Die Festhalle mit Nebengebäuden	854 900 „ — „
10. Das Konzerthaus	1 079 000 „ — „
11. Die Ausstellungshalle	588 000 „ — „
12. Das Rathaus mit den Gebäuden Karl- friedrich-Straße Nr. 8 und Jähringer Straße Nr. 96/100, Feuerversicherungsanschl.	1 218 200 „ — „
13. Die Geschäfts- u. Wohnhäuser Kaiser-Straße Nr. 143 und 145, Feuerversicherungsanschl.	426 700 „ — „
14. Die sonstigen Gebäude, die zu Gemeinde- zwecken dienen oder als Wohnungen vermietet sind, im Gesamtversicherungsanschlag von	6 144 250 „ — „
15. Die Waldungen im Steuerwert von	589 774 „ — „
16. Die Äcker, Wiesen, Lagerplätze u. dergl., welche größtenteils verpachtet oder im Eigenbetrieb sind, im Steuerwert von	9 452 001 „ — „
17. Die verzinslichen Forderungen, Wertpapiere und die Kassenvorräte im Betrage von	82 035 109 „ 57 „
18. Die Vorräte des Nahrungsmittelamtes	25 296 718 „ 92 „
Summe I	167 525 517 Mk. 87 Pf.

II. Werte, die keinen finanziellen Ertrag abwerfen:

1. Die Einnahmerückstände im Betrage von . .	36 738 843 Mk. 05 Pf.
2. Gebäude, die zu Schul-, Kranken-, Armen- und sonstigen Zwecken dienen, im Feuer- versicherungsanschlag von	11 964 950 „ — „
Summe II	48 703 793 Mk. 05 Pf.

III. Vorräte an Naturalien, Materialien und Gerätschaften, soweit nicht unter I

angeführt, im Wertanschlag von 13 963 814 Mk. 10 Pf.

Nun dürfen aber in die nach § 39 der Städterechnungsanweisung gefertigte Vermögensstandsdarstellung die Gebäude nur mit ihrem Gebäudeversicherungsanschlag, die Grundstücke nur mit ihrem Steuerwert und die gewerblichen Einrichtungen nur mit den Anlagekosten, sonach nicht mit ihrem wirklichen Verkehrswert aufgenommen werden. Wäre letzteres gestattet, d. h. dürften die Gebäude und Grundstücke mit ihrem mutmaßlichen Verkehrswert und die gewerblichen Anlagen mit ihrem Ertragswert in Berechnung gezogen werden, so würde sich das Reinvermögen von 22 893 600 Mk. 68 Pf. auf 108 121 488 Mk. 30 Pf. erhöhen.

Dieses wird wie folgt nachgewiesen:

1. Die Gebäude und Grundstücke sind nach dem in dem Liegenschaftsinventar für 1918 beigesetzten, nach Friedenspreisen berechneten mutmaßlichen Verkehrswert auf 1. Januar 1920 geschätzt auf 51 626 010 Mk. — Pf.
In den Vermögensstand sind sie aufgenommen mit 36 894 499 „ — „

Demnach Mehrwert derselben 14 731 511 Mk. — Pf.

2. Der nach dem dreijährigen Durchschnitt des Ertrags bemessene 4 prozentige Wertanschlag beträgt:

- a) für das Gaswerk . . 23 745 447 Mk. — Pf.
- b) für das Wasserwerk . 18 148 858 „ 25 „
- c) für das Elektrizitäts-
werk 34 000 473 „ 50 „
- d) für die Straßenbahn . 26 937 150 „ — „
- e) für die Lokalbahn . . 1 968 925 „ — „

104 800 853 Mk. 75 Pf.

Eingestellt sind für diese Unternehmungen in den Vermögensstand . . 34 304 447 Mk. 38 Pf.

Somit Mehrwert 70 496 406 „ 37 „

Hierzu das Reinvermögen mit 22 893 570 „ 68 „

Summe des wirklichen reinen Vermögens der

Stadtgemeinde nach Friedenswert . . 108 121 488 Mk. 05 Pf.

Neben diesem Vermögen der Stadtgemeinde besitzen noch an Aktivvermögen:

1. Die Spar- und Pfandleihkasse Karlsruhe . . 40 001 Mk. 67 Pf.

2. Die weltlichen Ortsstiftungen 2 610 577 „ 61 „

2 650 579 Mk. 28 Pf.

Außerdem besitzt die Stadt 49 Denkmäler, Zierbrunnen und öffentlich aufgestellte Figuren im Anschaffungswert von 1 106 731 Mk.

Über die Bewegung der zur Gemeindeumlage pflichtigen Steuerkapitalien gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

Gattung der Steuerkapitalien	1919/20	1918	Gegenüber 1918	
			Zugang	Abgang
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
a. Liegenschaftsvermögen .	476 830 740	475 287 570	1 543 170	—
b. Betriebsvermögen . . .	327 727 800	307 940 500	19 787 300	—
c. Kapitalvermögen . . .	640 847 100	606 021 200	34 825 900	—
d. Einkommensteuersätze .	7 776 044	5 696 414	2 079 630	—

Der Umlagefuß wurde vom Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens auf 68 Pf. von 100 Mf. Steuerkapital, beim Kapitalvermögen auf 25 Pf. und auf 204 auf 1 Mf. der Steuer- sätze der staatlichen Einkommensteuer festgesetzt.

Im städtischen Gaswerk wurden im Rechnungsjahr 1919 17 177 047 kbm Gas erzeugt. Abgegeben wurden für öffentliche Beleuchtung 66 268 kbm, für Private, Behörden und Staat 16 100 868 kbm. Gasmesser waren aufgestellt am 31. März 1920 für Leucht-, Koch- und Heizgas 32 726 Stück. Die Münzgasmesser sind wegen der Gaspreiserhöhung aufgegeben und in gewöhnliche Gasmesser umgewandelt worden. Öffentliche Laternen brannten Ende März (ganznächtigt) 312 Stück.

Vom Elektrizitätswerk wurden vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920 15 776 339 Kwst Strom abgegeben. Anschlüsse waren am 31. März 1920 4328 mit 11 525 Abnehmern vorhanden. Installiert waren Ende März 1920 174 530 Glühlampen, 836 Bogenlampen, 2519 Motoren mit 9907 PS, 9071 elektrische Zähler und 1236 Schaltuhren.

Die Gaspreise betragen:

vom 1. Januar 1919 bis 30. April 1919	19 Pf. für 1 kbm
„ 1. Mai 1919 bis 30. Juni 1919 .	30 „ „ 1 „
„ 1. Juli 1919 bis 31. Dezember 1919	45 „ „ 1 „
„ 1. Januar 1920 bis 31. März 1920	95 „ „ 1 „

Die Strompreise betragen:

vom 1. Januar 1919 bis 30. April 1919	55 Pf. für 1 Kwst
„ 1. Mai 1919 bis 30. Juni 1919 .	65 „ „ 1 „

vom 1. Juli 1919 bis 31. Dezember 1919	80 Pf. für 1 Kwst
" 1. Januar 1920 bis 31. März 1920	210 " " 1 "

Beim Wasserwerk betrug der Gesamtverbrauch 9835357 kbm, die stärkste Tagesabgabe 33689 kbm, die schwächste 15696 kbm. für Straßengießen, Springbrunnen usw. wurden abgegeben 428828 kbm. Öffentliche Brunnen waren vorhanden 83 Stück, Feuerhähnen 1545, Springbrunnen 16 Stück.

Die Wasserpreise betragen:

vom 1. Januar 1919 bis 30. Juni 1919	10 Pf. für 1 kbm
" 1. Juli 1919 bis 31. Dezember 1919	20 " " 1 "
" 1. Januar 1920 bis 31. März 1920	35 " " 1 "

2. Gemeindeverwaltung.

Der Stadtrat hielt im Berichtsjahre 60 Sitzungen ab (1918: 56), in denen 4527 (3015) Gegenstände der Beschlußfassung unterlagen.

Von den städtischen Kommissionen hatten die Baukommission 48 (1918: 52), die Gas- und Wasserwerkskommission (1) und die Bekleidungskommission (0) je 6, der Verwaltungsrat der Spar- und Pfandleihkasse (6), die Beiräte der höheren Lehranstalten für Mädchen (3), der Goetheschule (3), der Humboldtschule (3) und der Realschulanstalten (3) je 5, die Schlacht- und Viehhofkommission (1), die Stadtgartenkommission (1), die Schulkommission je 4 (1), die Badanstaltenkommission (2), die Kommission für Armenwesen und Jugendpflege (5), der Gewerbeschulrat (2) je 3, die Friedhofskommission (2), die Krankenhauskommission (1), der Handelsschulrat (1) je 2 und die Rheinhafenkommission 1 (0) Sitzung.

Der Bürgerausschuß hielt im Berichtsjahr 12(8) Sitzungen ab, in denen 96(68) Gegenstände verabschiedet wurden. Er bewilligte die Verwendung von Anlehensmitteln für nachstehende Zwecke*) Ankauf des Hausgrundstücks Sophienstraße 12. Kaufpreis 95 000 Mk.

"	"	"	"	16.	"	30 100	"
"	"	Hauses	Karl-Wilhelm-Straße	7.	"	41 500	"

Erwerb der Morgenthau'schen Lagerhalle auf dem städtischen Lagerplatz an der Schotter-Straße. Aufwand 25 000 Mk.

*) Die Bewilligung von Beträgen unter 10 000 Mk. bleibt unberücksichtigt.

Ankauf von 2 Grundstücken auf ehemaliger Beiertheimer Gemarkung. Aufwand 55 300 Mk.

Errichtung von Kleinwohnhäusern im Stadtteil Daglanden. Aufwand 232 000 Mk. (aus dem unter dem 11. November 1918 allgemein genehmigten Anlehenskredit von 1 Million Mark).

Errichtung von Kleinwohnungen für Erbbaupacht in der Gartenvorstadt Grünwinkel. Aufwand 310 000 Mk. (wie zuvor).

Errichtung einer Kleinhausiedlung auf Domänengelände zwischen Kriegs- und Gottesauer Straße in Erbbaupacht. Gesamtaufwand (einschl. der Herstellung der Straßen und Leitungen) 1 395 000 Mk.

Errichtung einer Kleinhausiedlung auf Domänengelände nördlich der Durlacher Allee, östlich der Bahnlinie Karlsruhe—Mannheim in Erbbaupacht. Gesamtaufwand 736 700 Mk.

Erstellung von städtischen Kleinwohnungen auf dem Gelände östlich der Tullaschule. Gesamtaufwand 2 120 000 Mk.

Desgleichen. Gesamtaufwand 1 566 900 Mk.

Bereitstellung eines Kredits für Baukostenzuschüsse zu Wohnungszwecken im Betrag von 2 Millionen Mark.

Erwerbung von Geschäftsanteilen der hiesigen Baugenossenschaften. Gesamtaufwand 60 000 Mk.

Neubau eines Beamtenwohnhauses auf dem Bahnhofsgelände Spöck. Aufwand 53 000 Mk.

Herstellung der Tulla-Straße zwischen Gerwig-Straße und Tulla-Platz. Aufwand 133 000 Mk.

Pflasterung der Einkenheimer Allee. Aufwand 23 000 Mk.

Pflasterung der Ettlinger Straße zwischen Kriegs- und alter Klose-Straße. Aufwand 42 000 Mk.

Errichtung von Spielplätzen hiesiger Sportvereine. Aufwand 18 000 Mk.

Waldausstockung im Distrikt Rißnert bei Rüppurr. Aufwand 130 000 Mk. (Voraussichtlicher Holzertrag 136 000 Mk.)

Ausstockung des Distrikts II des zum Gut Istein gehörigen Waldes. Aufwand 16 000 Mk.

Erbauung des fünften Beckens am Rheinhafen und Erweiterung des Sticksanals. Gesamtaufwand 7 299 000 Mk.

Errichtung einer Gasverteilungsanlage auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerks I. Aufwand 270 000 Mk.

Errichtung einer Gaswasserverarbeitungsanlage beim Gaswerk II.
Aufwand 250 000 Mk.

Ausbau der Ofenanlage des Gaswerks. Aufwand 132 000 Mk.

Erweiterung des Kabelnetzes und Vermehrung der Netz-Transformatoren und -Stationen für die städtische Elektrizitätsversorgung.
Aufwand 500 000 Mk.

Erstellung einer 20 000-Volt-Transformatorstation im Elektrizitätswerk der städtischen Straßenbahn im Anschluß an das Bahn-Elektrizitätswerk Durlach und die Kraftversorgung der städtischen Straßenbahn und der Lokalbahn. Gesamtaufwand 1 405 000 Mk.

Stromversorgung des Stadtteils Beiertheim. Aufwand 220 500 Mk.

Ausbau des Schalthauses beim Elektrizitätswerk und Ergänzung der Schaltanlage im Elektrizitätswerk. Aufwand 744 000 Mk.

Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in der Handelsschule.
Aufwand 20 000 Mk.

Beschaffung von 20 Kastenkippwagen für die Straßenbahn.
Aufwand 92 400 Mk.

Beschaffung von 3 Straßenbahnanhängewagen. Aufwand 60 000 Mk.

Erstellung einer Schlackensteinfabrik beim Gaswerk. Aufwand 180 000 Mk.

Errichtung eines städtischen Säge- und Hobelwerks beim Elektrizitätswerk. Aufwand 30 000 Mk.

Ausbau des Gutshofs Rüppurr. Gesamtaufwand 327 500 Mk.

Notstandsarbeiten verschiedener Art. Gesamtaufwand 600 900 Mk.

Erwerbslosenfürsorge. Monatliche Aufwendung etwa 70 000 Mk.

Wettbewerb für 4 städtebauliche Aufgaben und Aufnahme architektonisch oder baugeschichtlich bedeutsamer Gebäude durch selbständige hiesige Architekten. Gesamtaufwand 20 600 Mk.

Wettbewerb für die Bebauung des Geländes des ehemaligen Gaswerks I wie zuvor. Aufwand 40 000 Mk.

Beteiligung am Betriebsaufwand des Landestheaters. Gesamtsumme für 1919 230 700 Mk.

Verbilligung der Preise für ausländische Lebensmittel. Kredit für ein Vierteljahr 1,5 Millionen Mark höchstens

Beschaffung von Lebensmittel für Notfälle. Kredit bis zu 20 Millionen Mark.

Aufnahme von Anlehensmitteln bis zu 25 Millionen Mark.

Erhöhung der Teuerungsbeihilfe für die städtischen Beamten und Arbeiter. Gesamtaufwand 350 000 Mk.

Weitere Beschlüsse des Bürgerausschusses betrafen:

Beratung des städtischen Voranschlags für das Jahr 1919.

Außerordentlicher Aufwand im Jahre 1919 und Aufrechterhaltung von Restkrediten.

Verkündigung der Rechnungen der städtischen Spar- und Pfandleihkasse und der Schulsparkasse für 1917.

Verkündigung der städtischen Rechnungen für 1917.

Erhebung einer höheren Umlage für 1919.

Änderung der Verbrauchssteuerordnung.

„ „ Gas-, Wasser- und Strombezugs-Ordnung.

„ „ Gebührenordnung des städt. Schlacht- u. Viehhofs.

„ des Tarifs der städtischen Straßenbahn und der Karlsruher Lokalbahnen.

Änderung des Ortsstatuts über das Bestattungswesen.

Festsetzung des Zinsfußes der städtischen Sparkasse auf $3\frac{1}{2}$ % ab 1. Januar 1920.

Einführung einer Lustbarkeitssteuer.

Verkauf von Grundstücken an der Hans-Sachs-Straße.

Beteiligung an der Errichtung einer gemeinnützigen Gesellschaft „Badische Torfgewinnung“ G.m.b.H. mit einer Einlage von 78 000 Mk.

Teuerungsbezüge der städtischen Beamten und Arbeiter.

Tarifvertrag für die städtischen Arbeiter.

Gewährung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe an die städtischen Bediensteten. Gesamtaufwand 3 079 900 Mk.

Desgleichen für die städt. Arbeiter. Gesamtaufwand 500 000 Mk.

Erhöhung der Stadtratsgehälter.

Gebühren für die Besitzer des Mieteinigungsamts und der Mitglieder des Unterausschusses der Erwerbslosenfürsorge.

Erhöhung der ortstatuarischen Zahl der Bürgermeister auf vier.

Dienstverträge des Oberbürgermeisters und der Bürgermeister, sowie Festsetzung der Ruhegehälter für Oberbürgermeister a. D. Siegrist und Bürgermeister a. D. Dr. Paul.

Errichtung 26 weiterer Professorenstellen an höheren Lehranstalten.

Errichtung 22 weiterer Hauptlehrerstellen an den Volksschulen.

Dienstvertrag mit dem Vorstand des Grundbuchamts, Stadtrechtsrat Dr. Rieber.

Dienstvertrag mit dem städtischen Schularzt Dr. Paull.

Einreihung des Rektors an der städtischen Volksschule in den staatlichen Gehaltstarif.

Errichtung einer etatmäßigen Stelle für evangelische Religionslehrer an der Goetheschule.

Übertragung der Vorstandsstelle des städtischen Milchamts an Dr. B. Sendhoff.

Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Hans Thoma.

Da die Amtszeit des im Jahre 1906 gewählten Oberbürgermeisters Siegrist abgelaufen war, wurde — gemäß Artikel VII des Badischen Gesetzes vom 13. März 1919 die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung betreffend — auf 23. Juli eine Neuwahl anberaumt. Von den 122 wahlberechtigten Mitgliedern des Bürgerausschusses stimmten 47 ab, hiervon entfielen auf Oberbürgermeister Siegrist 37 Stimmen, 10 Zettel waren ungültig; es kam sonach eine gültige Wahl nicht zustande. Dies hatte zur Folge, daß nunmehr unter dem 23. Juli die Stelle des Oberbürgermeisters öffentlich ausgeschrieben wurde. Oberbürgermeister Siegrist erklärte sich auf Wunsch des Stadtrats bereit, die Amtsgeschäfte bis zum Eintritt seines Nachfolgers weiterzuführen. Am Schlusse der Stadtratsitzung vom 28. August richtete Herr Stadtrat Frey namens des Stadtratskollegiums herzliche Abschiedsworte an Herrn Siegrist. Er betonte, daß der Scheidende fast 30 Jahre im Dienste der Stadt, seit 1906 als Oberbürgermeister, gestanden und sich durch außerordentliche Arbeitskraft und Pflichttreue die Hochschätzung der Vertreter der Bürgerschaft erworben habe. Bei seinem Weggang nach langen Jahren erfolgreicher Tätigkeit danke ihm der Stadtrat namens der Bürgerschaft für alles, was er zum Wohle der Stadt getan habe und begleite ihn mit herzlichen Wünschen für sein ferneres Leben und Wirken.

Nachtrag zu Seite 274.

Chronik der Landeshauptstadt Karlsruhe für das Jahr 1919.

Das durch die Neuordnung der innerpolitischen Verhältnisse bedingte Gesetz vom 15. März 1919 betreffend die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung schrieb im Artikel VII eine Neuwahl zunächst der Stadtverordneten und sodann der Stadträte vor, die bis Mitte Mai zu erfolgen hatte. Unter dem 19. April erschien in den hiesigen Tageszeitungen eine Bekanntmachung des Stadtrats, wonach die Wählerlisten vom 22. bis 29. April zur Einsicht ausgelegt waren und am 3. Mai eine weitere, wodurch zur Wahl der Stadtverordneten sowie der Bezirksräte und Kreisabgeordneten auf den 18. Mai eingeladen wurde. 5 Wählerlisten wurden eingereicht: von der Sozialdemokratischen Partei, der Deutsch-Demokratischen Partei, der Zentrumspartei, der Deutsch-Nationalen Volkspartei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 34912. Hiervon entfielen auf:

Sozialdemok. Partei	Deutsch- Demokrat. Partei	Zentrum	Deutsch-Nat. Volkspartei	Unab- hängige Soz. Partei
8711	10750	8687	3175	3589

Darnach erhielten Stellen zugeteilt:

Sozialdemok. Partei	Deutsch- Demokrat. Partei	Zentrum	Deutsch-Nat. Volkspartei	Unab- hängige Soz. Partei
24	50	24	8	10

bisher: Sozialdemokratische Partei 29, Fortschrittliche Volkspartei 18, Nationalliberale Partei 31, Zentrum 16, Konservative Partei 1, Wirtschaftliche Vereinigung 1.

Auf Grund dieser Wahl fand nach den bisherigen Grundsätzen (§§ 18 und 22 der Städteordnung) die Neuwahl der Stadträte, mit Amtsdauer bis November 1922, am 27. Mai im großen Rathhauseaal statt. Das Wahlergebnis war folgendes: Deutsch-Nationale Volkspartei 1, Deutsch-Demokratische Partei 7, Zentrum 6, Sozialdemokratische Partei 6, Unabhängige Sozialdemokratische Partei und Kommunistische Partei 2, im ganzen 22 Stadträte.

Die seitherige Zusammensetzung nach Parteien war: National-liberale Partei 8, Fortschrittliche Volkspartei 4, Zentrum 4, Sozialdemokratische Partei 6, im ganzen gleichfalls 22. Wiedergewählt wurden folgende Stadträte: Blos, Bonning, Dr. Diez, Frey, Geck, Dr. Kullmann, Philipp, Sauer, Trier. Neu hinzutraten: Professor Dr. Hans Hausrath (D.-Nat.), Fabrikant Albert Braun, Oberfinanzsekretär Gustav Jacob, Malermeister Karl Lacroix, Anna Richter, Professors-Ehefrau und Kaufmann Emil Rupp (D.-Demokr.), Professor Dr. Hermann Franz, Bäckermeister Theodor Gartner, Staatsrat Heinrich Köhler, Maria Matheis, Rechtsanwalts-Witwe und Arbeitersekretär Ferdinand Schwan (Zentr.), Gastwirt Hermann Jung (U.S.P.), Redakteur Jakob Trabinger (Komm. P.). Anstelle des zum Bürgermeister gewählten Stadtrats Sauer (s. u.) trat am 8. Oktober 1919 Hauptkassier Gottlob Schwerdt, ebenso als Ersatz für den verstorbenen Stadtrat Bonning Kunigunde Fischer, Buchdruckers Ehefrau. *)

*) Die Wahl der Bezirksräte a) und Kreisabgeordneten b) ergab:

	Demokrat. Partei	Deutsch-Nat. Volkspartei	Sozialdemokr. Partei	Unabhängige Soziald. Partei	Zentrum
a)	5	2	4	1	3
b)	7	3	6	2	5

im ganzen: 15 Bezirksräte und 25 Kreisabgeordnete.

Oberbürgermeister Siegrist sprach dem Redner für diese freundliche Kundgebung, sowie den Mitgliedern des Stadtrats für ihre seitherige Unterstützung und ihre freundliche kollegiale Gesinnung seinen herzlichsten Dank aus. Er werde immer mit Genugtuung, Freude und Dankbarkeit auf die Zeit zurückblicken, in der er hier mitarbeiten durfte im Interesse der Stadt. Mit herzlichsten Wünschen für das fernere Gedeihen von Karlsruhe und seine Führer schloß er.

Oberbürgermeister Karl Siegrist ist am 8. November 1862 in Säckingen geboren. Am 12. Dezember 1890 wurde er als rechtskundiger Sekretär bei der Stadtverwaltung angestellt. Am 17. Mai 1892 wurde er zweiter und am 12. März 1901 erster Bürgermeister. Nach Schneiders Tod wurde er am 22. Dezember 1906 vom Bürgerschaftsrat zum Oberbürgermeister gewählt.

Da sich unter den Bewerbern, die sich auf das zuvor erwähnte Ausschreiben für die Stelle des Oberbürgermeisters gemeldet hatten, keine geeignete Persönlichkeit fand, fiel der Vorschlag der Wahlkommission und der demokratischen Bürgerschaftsratsfraktion auf Herrn Bürgermeister Dr. Julius Finter in Mannheim, der sich seinerseits hierzu bereit erklärte. In der Wahltagfahrt am 19. September wurde dann Herr Bürgermeister Dr. Finter mit 91 von 92 Stimmen zum Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe gewählt. Der neugewählte Oberbürgermeister ist am 25. Februar 1872 in Feuerbach bei Kandern geboren. Er bestand im Jahre 1899 die zweite juristische Staatsprüfung mit bestem Erfolg, wurde bereits 1900 zum Amtsrichter, 1901 zum Oberamtsrichter und 1906 zum Landgerichtsrat in Mannheim ernannt. Dort wurde die Bürgerschaft auf ihn aufmerksam, als sie im Jahre 1908 einen Bürgermeister zu wählen hatte. Die Wahl fiel auf Herrn Dr. Finter, der auch nach der politischen Umwälzung im Jahre 1919 mit großer Stimmenmehrheit wieder gewählt wurde.

Ebenso wie für den Oberbürgermeister war auch für den ersten und den dritten Bürgermeister die Amtszeit abgelaufen. Da außerdem die Zahl der Bürgermeisterstellen um eine weitere vermehrt wurde, wurde der Bürgerschaftsrat auf den 29. September zur Neuwahl des ersten, dritten und vierten Bürgermeisters eingeladen.

Es wurden gewählt:

als 1. Bürgermeister: Stadtrat Heinrich Sauer, hier

„ 3. „ Oberbauinspektor Hermann
Schneider in Bernersbach
(Murgtal)

„ 4. „ Bürgermeister Dr. Erich Klein-
schmidt, hier.

Aus Anlaß des Ausscheidens des seitherigen Bürgermeisters Dr. Paul aus dem städtischen Dienste richtete Stadtrat Dr. Dieß in der Stadtratsitzung vom 2. Oktober herzliche Abschieds- und Dankesworte im Namen der Stadt an denselben, wofür er in verbindlichen Worten dankte. Dr. Kasimir Paul ist am 12. Juli 1873 in Mannheim geboren und war im Jahre 1909 zum ersten Bürgermeister der Stadt Karlsruhe gewählt worden.

In der Stadtratsitzung vom 9. Oktober begrüßte der neugewählte 1. Bürgermeister Sauer in dieser Eigenschaft das Kollegium.

In der Stadtratsitzung vom 16. Oktober begrüßte Bürgermeister Dr. Horstmann als dienstältester Bürgermeister und zugleich im Auftrage des Stadtratskollegiums die Herren Oberbürgermeister Dr. Finter und Bürgermeister Schneider und entbot ihnen zum Antritt ihrer Amtsführung herzlichen Willkomm. Oberbürgermeister Dr. Finter dankte für das durch seine Wahl bewiesene Vertrauen, er schloß in Anknüpfung an den Wahlspruch „fidelitas“ des Karlsruher Wappens mit den Worten: „Ja, Treue der Stadt, Treue uns selbst, so wollen wir jetzt an die gemeinsame Arbeit gehen. Gott helfe, daß sie der Stadt nützlich sei.“ Ebenso sprach Bürgermeister Schneider seinen herzlichen Dank zu seiner Berufung aus und bezeichnete als Richtschnur seines Handelns den Grundsatz: „Das Wohl des Volkes ist das höchste Gesetz.“

In der Bürgerausschußsitzung vom 7. November, der ersten unter seinem Voritze, richtete Herr Oberbürgermeister Dr. Finter eine Ansprache an die Stadtverordneten, in der er auf den Ernst der Zeit, in der er sein Amt angetreten habe und auf die Notwendigkeit angespannter Arbeit hinwies. Dabei betonte er die Wichtigkeit des gedeihlichen Zusammenarbeitens der beiden städtischen Kollegien. Stadtverordnetenobmann Dr. Frey dankte dem neuen

Oberbürgermeister für seine Worte und hieß ihn sowie die beiden anderen neuen Bürgermeister herzlich willkommen. Er sprach die Hoffnung aus, daß aus dem einträchtigen Zusammenarbeiten der führenden Männer mit dem Bürgerausschuß das Gemeinwesen sich wieder aufwärts entwickeln werde.

Beim Bürgermeisteramt als Gemeindegericht wurden im Jahre 1919 erwirkt:

708 Zahlungsbefehle, 158 Vollstreckungsbefehle, 210 Widersprüche. Rechtsstreite waren 716 anhängig. Hiervon wurden erledigt: 69 durch abweisende Entscheidungen, 325 durch verurteilende Entscheidungen, 105 durch Vergleich, 168 durch Beruhenlassen, 37 durch Zurücknahme, 12 wurden in das Jahr 1920 übernommen. Berufungen gegen ergangene Entscheidungen fanden in 81 Fällen statt: in 9 Fällen wurde die Entscheidung bestätigt, in 6 abgeändert, in 9 durch Vergleich, in 12 durch Beruhenlassen und in 9 durch Zurücknahme erledigt. In 36 Fällen wurde das Ergebnis dem Bürgermeisteramt nicht mitgeteilt. Urreste und einstweilige Verfügungen ergingen 6, Sühneversuche fanden 650 statt. Hiervon gelangen 270, mißlangen 480.

Das Gewerbegericht erledigte 1919 in 52 Sitzungen (1918: 52) 232 (132) Rechtsstreitigkeiten und zwar 87 (51) durch Urteil, 64 (34) durch Vergleich, 20 (33) durch Zurücknahme der Klage; Anerkenntnis erfolgte keine (1); beruhen blieben 61 (33). In den 87 von Arbeitern erhobenen Rechtsstreitigkeiten, welche durch Urteil entschieden wurden, lauteten die letzteren in 25 Fällen ganz nach dem Antrag der Klage; in 36 Fällen wurde die Klage ganz und in 26 teilweise abgewiesen. In den 145 nicht durch Urteil erledigten Rechtsstreitigkeiten waren 8 Arbeitgeber und 137 Arbeiter als Kläger aufgetreten. Es wurden 22 Beweisbeschlüsse erlassen und 20 vollstreckbare Ausfertigungen von Urteilen, gerichtlichen Vergleichen und Beschlüssen erteilt. Als Einigungsamt sowie als begutachtende und antragstellende Behörde trat das Gewerbegericht nicht in Tätigkeit.

Das Kaufmannsgericht erledigte 1919 in 15 Sitzungen (1918: 17) 40 (40) Streitsachen und zwar 10 (15) durch Urteil,

17 (21) durch Vergleich, 5 (4) durch Zurücknahme der Klage; beruhen blieben 8 (7). In den 10 Rechtsstreitigkeiten, welche durch Urteil erledigt wurden, lauteten diese in 4 Fällen ganz nach dem Antrag der Klage, in 2 Fällen wurde die Klage ganz, in 4 teilweise abgewiesen. In diesen 10 Rechtsstreitigkeiten traten 0 Kaufleute und 10 Handlungsgehilfen auf. Auch in den übrigen nicht durch Urteil erledigten Rechtsstreitigkeiten waren die Kläger Handlungsgehilfen. Es wurden 5 Beweisbeschlüsse erlassen und 3 vollstreckbare Urteilsausfertigungen erteilt. Eine Tätigkeit des Kaufmannsgerichts als Einigungsamt sowie als begutachtende oder antragsstellende Behörde hat nicht stattgefunden. *)

*) Die Gesamtzahl der im Jahre 1919 vom Bezirksamt behandelten Anzeigen wegen innerhalb des Stadtbezirks begangenen Übertretungen belief sich auf 4000 gegen 4069 Angezeigte. Durch Einstellung wurden 1497 erledigt, durch polizeiliche Strafverfügung 2474, durch Entscheidung der höheren Polizeibehörde 4, durch richterliches Urteil 29 (22 Verurteilte, 7 Straffreie). Die zuerkannten Strafen bestanden in 193 Haftstrafen und 2281 Geldstrafen. Die Fertigstellung der Statistik über die einzelnen Arten der Übertretungen war auch im Jahre 1919 nach Anordnung des Ministeriums unterlassen worden.

Die Zahl der vom Amtsgericht 1919 erlassenen Zahlungsbefehle betrug 3249 (1918: 1921), die der Vollstreckungsbefehle 770 (362), die der vorgenommenen Fahrnispfändungen 663 (775), die der vollzogenen Fahrnisvollstreckungen 50 (43), die der eröffneten Konkurse 3 (7), die der aufgenommenen Wechselpoteſte 130 (134) und die der aufgenommenen Scheckpoteſte 1 (2).

Beim Notariat waren im Berichtsjahre 144 (1918: 144) Zwangsvollstreckungen anhängig. Erledigt wurden 78 (34) und zwar 34 (19) durch Versteigerung, 44 (15) durch Verwaltung. In 18 (12) Fällen wurde das Versteigerungsverfahren aufgehoben und in 16 (7) Fällen durchgeführt.

II.

Bauliche Entwicklung der Stadt.

Auch in diesem Jahre hat sich der Umfang der städtischen Gemarkung nicht geändert.

Die Bautätigkeit nahm zu; einmal mußte für die wachsende Zahl Arbeitsloser geeignete Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, sodann zwang die immer dringlicher Abhilfe heischende Wohnungsnot zur Inangriffnahme neuer Straßenherstellungen.

So wurden die Erdarbeiten für den Hochwasserdamm des V. Rheinhafenbeckens begonnen und der Bau des westlichen Entlastungskanals fortgesetzt, die zurückgestellten Straßenbauten im Weiherackergebiet wieder aufgenommen, die Erschließung des ehemaligen Ererzierplatzes an der Gottesauer Straße durch Erbauung von Straßenkanälen eingeleitet und ebenso die Anlage der Gartenstadt Grünwinkel gefördert, und durch Herstellung der Straßen hinter der Tullaschule die Errichtung städtischer Stockwerksbauten an dieser Stelle vorbereitet.

Mit den Straßenumbauten im Zusammenhang mit dem Ausbau des Straßenbahnnetzes, insbesondere der Linie Ost—West, wurde fortgefahen und vor allem die Verstärkung des Landgrabengewölbes in der Kapellenstraße in Angriff genommen. Als weitere Notstandsarbeiten wurde die vorläufige Herstellung der Albuferstraße und verschiedene Erweiterungen der Anlagen beim städtischen Licht-, Luft- und Sonnenbad durchgeführt.

Über den Stand der Aufwendungen gibt die nachfolgende Übersicht Aufschluß:

Baugegenstand	Dem Bürger- auschuß bewilligt am	Be- willigter Aufwand	Gesamt- aufwand	Des Baues	
				Beginn	Vollendung

A. In früheren Jahren begonnene, 1919 noch nicht vollendete Bauten

I. Straßenbauten.

1. Rüppurrer Straße, Umbau	26. IX. 13	369 248	—	1 827 34	28. V. 14	—
2. Albuferanlagen zwi- schen Vershubbahn- hof und Rüppurr sowie Straßen im Weiheracker- und Dammerstockgebiet .	11. VII. 16	113 800	—	121 721 45	17. V. 15	—
Zusammen . .		483 048	—	123 548 79		

II. Kanalbauten.

1. Erstellung eines vier- ten Beckens des städt. Rheinhafens	4. XI. 12	251 600	—	80 044 62	12. VII. 15	—
2. Westl. Entlastungs- kanal	7. VI. 10	425 000	—	321 662 58	9. XII. 18	—
		676 600	—	329 667 20		

B. In früheren Jahren begonnene und 1919 vollendete Bauten.

Straßenbauten.

1. Bahnhofplatz und einmündende Straßen	29. VII. 12	532 600	—	586 550 10	6. XII. 12	31. III. 20
2. Karl-Wilhelm- Straße	7. VII. 14	255 400	—	120 192 72	23. XI. 14	31. III. 20
3. Straßen in den Weiheräckern . . .	28. IV. 14	89 494	—	137 506 84	4. I. 15	31. III. 20
4. Sophien-Straße zwi- schen Scheffel- und Körner-Straße . .	7. VII. 14	112 900	—	121 397 01	25. XI. 18	15. III. 19
		990 394	—	965 646 87		

Baugegenstand	Vom Bürger- anschuß bewilligt am	Be- willigter Aufwand	Gesamt- aufwand	Des Baues	
				Beginn	Vollendung

C. Im Jahr 1919 begonnene und vollendete Bauten.

I. Straßenbauten.

1. Straßen hinter der Tullaschule Auffül- lung der Straßen- dämme	5. XII. 19	110000	—	188 793 61	22. XI. 19	20. III. 20
--	------------	--------	---	------------	------------	-------------

II. Kanalbauten.

1. Straßen südlich der Tullaschule.	23. IV. 19	668000	—	111 374 35	8. IX. 19	15. XII. 19
2. Tulla-Straße östlich Gerwig-Straße . . .	28. VII. 19	42000	—	45 547 61	1. X. 19	29. IX. 19
3. Gartenstadt Grün- winkel	23. IV. 19	205 000	—	114 909 81	29. IX. 19	15. II. 20
		915 000	—	261 831 77		

III. Verschiedenes.

1. Luft-, Licht- und Sonnenbad	20./22. VIII. 19	16 000	—	22 019 53	2. VII. 19	30. VIII. 19
---	------------------	--------	---	-----------	------------	--------------

D. Im Jahr 1919 begonnene und nicht mehr vollendete Bauten.

I. Straßenbauten.

1. Kriegs-Straße zwi- schen Kapellen- und Karl-Friedrich-Str. .	30. VI. 14	141 550	—	127 179 76	22. V. 19	—
2. Schütz- und Berck- müllerstraße	23. IV. 19	35 410	—	59 993 79	23. III. 19	—
3. Albuferstraße . . .	17. IX. 19	135 000	—	125 613 47	1. IX. 19	—
		311 960	—	352 787 02		

II. Kanalbauten.

1. Kleinhaus-Siedlung an der Gottesauer- Straße	20./22. VIII. 19	129 800	—	32 917 20	15. IX. 19	—
---	------------------	---------	---	-----------	------------	---

Gegenstand	Vom Bürger- anschuf bewilligt am	Be- willigter Aufwand	Gesamt- aufwand	Des Baues	
				Beginn	Vollendung

III. Verschiedenes.

1. Hochwasserdamm zum fünften Becken	23. IV. 19	1 489 000	—	2 232 693 61	20. II. 19	—
2. Ableitung der Feder- bach	25. VII. 19	297 000	—	170 239 33	25. VII. 19	—
3. Ausbau des Straßen- bahnhofes, Land- grabengewölbever- stärkung Kapellen- Straße	30. VI. 14	37 600	—	147 193 66	28. VIII. 19	—

Die Bauplatzumlegungen ruhen, dagegen wurden zur Ermöglichung eines gesteigerten Wohnungsbaues eine Reihe von Bauplätzen festgestellt, nämlich:

1. Erweiterung der Gartenstadt Rüppurr;
2. Gelände an der Kriegs-Straße zwischen Kapellen-Straße und Ostend-Straße;
3. Gelände zwischen Gottesauer und Kriegs-Straße;
4. Gebiet östlich der Tulla-Schule zwischen Rintheimer Straße und Durlacher Allee;
5. Gebiet östlich der Malzstraße zwischen Rintheimer und Karl-Wilhelm-Straße;
6. Hardtwald-Siedlung hinter dem Kadettenhaus und der Grenadier-Kaserne;
7. Gartenvorstadt Grünwinkel Ecke Durmersheimer- und Pfalz-Straße.

Die getrennte Abholung der Küchenabfälle wurde eingestellt, da der bereitgestellte Abfall derart zurückgegangen, daß eine wirtschaftliche Verwendung ausgeschlossen war.

Anmerkung: Da der Schluß des Rechnungsjahres auf 30. März verlegt worden ist, beziehen sich obige Angaben auf die Zeit vom 1. I. 19 bis 30. III. 20.

Im Berichtsjahr 1919 wurden durch das Hochbauamt neben den allgemeinen Instandsetzungen der städtischen Gebäude folgende Bauarbeiten ausgeführt:

1. Der 1912 begonnene Neubau der Gewerbeschule, der bei Ausbruch des Krieges 1914 nahezu fertiggestellt war und während des Krieges Lazarettzwecken diente, konnte erst im Januar 1919 seiner Bestimmung übergeben werden. Bis zum Mai waren die letzten noch fehlenden Ausbau-Arbeiten und die infolge der langen militärischen Benutzung des Gebäudes notwendig gewordenen Instandsetzungen verschiedener Räume vollendet.

Die bauliche und künstlerische Oberleitung war, wie in der Chronik von 1912 bereits erwähnt, Herrn Professor Beck in Karlsruhe übertragen.

Bei der Planung des Gebäudes wurde angestrebt, den Eidellplatz gegen Osten in bestmöglicher Weise abzuschließen. Dies wurde erreicht durch die monumentale, symmetrische Hauptschaufseite mit dem kräftig betonten Haupteingang in der Mittelachse.

Für die Anordnung der Räume war in erster Linie die Forderung einer zweckdienlichen und praktischen Gruppierung derselben maßgebend. Die Werkstätten für Metallbearbeitung, insbesondere also alle Unterrichtsräume mit schweren Maschinen oder solchen Betrieben, welche starke Erschütterungen und Geräusche verursachen, wurden in das Untergeschoß gelegt. Werkstätten mit leichten maschinellen Einrichtungen konnten bei der massiven Bauart des Gebäudes unbedenklich in oberen Stockwerken untergebracht werden. Die gut beleuchteten Räume mit Nordlicht im Gebäudeflügel an der Markgrafenstraße sind außer einigen Werkstätten und Lehrsälen der verschiedenen Handwerkszweige für den Zeichen- und Malunterricht vorgesehen. Die Verwaltungsräume und die zum allgemeinen Gebrauch bestimmten Versammlungsräume liegen im mittleren Gebäudeflügel gegen den Eidellplatz. Der Flügel in der Steinstraße umfaßt neben verschiedenen Werkstätten und Lehrsälen auch Laboratorien und Experimentier-Räume.

Als besonders bemerkenswerte Räume gelten: im Untergeschoß das Schülerbrausebad und der durch zwei Stockwerke gehende und mit dem Erdgeschoß durch eine Galerie verbundene Installationsraum der Blech- und Installateur-Fachschule; im Erdgeschoß

neben dem vorgenannten Installationsraum der Installations-Muster-saal; im I. Obergeschoß der Ausstellungssaal für die ständige Ausstellung, das Konferenzzimmer, das Rektorzimmer und die Verwaltungsräume, sowie die Lehrer- und Schülerbücherei; im II. Obergeschoß der Chemiesaal mit Vorbereitungsraum und Schülerlaboratorium, die Physikklasse mit Sammlungs- und Vorbereitungsraum, sowie der große Vortragsaal mit Vorsaal, letzterer zur Vorführung von Lichtbildern und mit Verdunkelungsvorrichtung versehen, im Dachgeschoß das photographische Atelier mit Dunkelkammern.

In jedem Geschoße sind 2 Abortgruppen mit besonderen Abteilungen für Lehrer und Schüler untergebracht.

Für die Beheizung des Gebäudes ist eine Niederdruckdampfheizung mit künstlicher Lüftungsanlage vorgesehen. Der Zuführung frischer Luft dient ein mitten im Schulhof stehender und gleichzeitig als Brunnen ausgestatteter kleiner Kuppelbau (der mit der Frischluftkammer im Kellergeschoß durch einen Kanal in Verbindung steht). Zur äußeren Gestaltung des Gebäudes wurden verwendet: für den Sockel und die architektonischen Gliederungen Mühlbacher Sandstein, für die schmalen Fensterpfeiler der Seitenflügel an der Markgrafen- und Stein-Straße Eisenbeton mit steinmehrmäßig bearbeitetem Vorsatzbeton, für die Mauerflächen hellgrauer Putz und als Dachdeckung braune Ziegel in Dachpfannenform.

Als Deckenkonstruktion wählte man in der Hauptsache Eisenbeton-Hohlstegdecken (Koenen'sche Plandecken). Über der Vorhalle und der großen Halle im Erdgeschoß gelangten Eisenbetondecken mit Kassettierter Untersicht zur Ausführung.

Ein besonderes architektonisches Gepräge im Innern des Gebäudes erhielt die Haupttreppe, welche die große Halle im Erdgeschoß mit den Hallen des I. und II. Obergeschosses verbindet.

In besserer Ausstattung wurden von den Räumen ausgeführt: das Konferenz- und das Rektorzimmer im I. Obergeschoß und der große Vortrags- und Versammlungssaal im II. Obergeschoß.

Das Schuldienerwohnhaus im Schulhof in der Nähe der Einfahrt von der Schwanenstraße ist zweigeschoßig erstellt und teilweise an die ambulatorische Klinik angebaut. Es enthält in jedem Stockwerk eine Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, Küche und Abort.

Die Baukosten für den gesamten Gewerbeschulneubau, einschl. Dienerwohnhaus, betrugen rund 1 504 000 Mk. Hiervon entfallen auf die innere Einrichtung etwa 114 000 Mk.

2. Der Um- und Erweiterungsbau der Realschule in der Engler-Straße, der bereits im Frühjahr 1914 begonnen wurde und bei Ausbruch des Krieges in der Hauptsache als vollendet angesehen werden konnte, war zusammen mit dem Hauptbau während der ganzen Dauer des Krieges vom Militär in Anspruch genommen, so daß sich erst im Januar 1919, nachdem auch hier die noch fehlenden Ergänzungsarbeiten und verschiedenen Instandsetzungen ausgeführt worden waren, die Wiederaufnahme des Schulbetriebs ermöglichte.

Die Erweiterung der Realschule erfolgte in der Weise, daß das dreistöckige Hauptgebäude durch einen Zwischenbau mit dem vierstöckigen Seitenbau im Schulhof verbunden wurde. Wegen des durchgehenden Verbindungsganges kamen zwar 3 Lehrsäle im alten Bau in Wegfall, dafür wurden aber ein Laboratorium und ein Lehrsaal für Chemie, 4 Lehrsäle und 1 Singaal, zusammen also 7 Schulräume geschaffen, so daß insgesamt 4 neue Schulsäle gewonnen werden konnten. Außerdem wurden im Zwischenbau in 3 Stockwerken die Abortanlagen untergebracht, die sich seither in einem besonderen Abortgebäude im Schulhof befanden. Schließlich erhielt das ganze Gebäude noch eine Zentralheizungsanlage — Niederdruckdampfheizung —, wodurch eine wesentliche Verbesserung der Heizungsverhältnisse erzielt wurde. Die Gesamtbaukosten für die Erweiterung einschließlich Heizungsanlage betrugen rund 118 000 Mk.

3. Der Gutshof Rüppurr erfuhr, um den Betrieb desselben möglichst wirtschaftlich zu gestalten, auch im Jahre 1919 einige Veränderungen und Verbesserungen.

So wurde zunächst das frühere Maschinenhaus in ein Wirtschaftsgebäude umgebaut. Die Kosten für diesen Umbau betrugen rund 85 000 Mk.

Es folgte sodann der Einbau von 4 Zimmern nebst Abort im ehemaligen Direktorenwohnhaus mit einem Kostenaufwand von etwa 15 000 Mk.

Im übrigen erhielt die Scheune noch einen elektrisch betriebenen Aufzug zur Beförderung von Heu, Stroh, Getreide, Frucht- und Futtermitteln. Die Kosten hierfür betrugen rund 9000 Mk.

4. Das städtische Säge- und Hobelwerk am Rheinhafen wurde im November 1919 begonnen. Veranlassung zur Errichtung dieser Anlage gab die Erwerbung von etwa 8000 cbm Holz aus Heeresbeständen durch die Stadt und der Umstand, daß dieses Holz für Bauzwecke nicht ohne weiteres geeignet war und neu geschnitten und gehobelt werden mußte. Andererseits war seitens der Stadtverwaltung wegen der hohen Preise, welche private Sägewerke für geschnittenes Holz forderten, auch daran gedacht, Rohholz selbst zu beschaffen und dieses im eigenen Betrieb zu bearbeiten.

5. Der I. Bauabschnitt der Kleinwohnhäuser an der Holländer-Straße in Darlanden, der im Oktober 1918 begonnen wurde, umfaßte nur 3 Einfamilienhäuser in $1\frac{1}{2}$ - bzw. 2stöckiger Bauweise mit je 2 Zimmern, Wohnküche, Kleintierstallung und Abort.

Als II. Bauabschnitt folgte im Frühjahr 1919 der Bau von weiteren 12 Einfamilienhäusern an der Holländer- und Valentin-Straße in gleichfalls $1\frac{1}{2}$ - und 2stöckiger Bebauung mit 11 Dreizimmer- und 1 Vierzimmerwohnung nebst den dazugehörigen Wohnküchen, Kleintierstallungen und Aborten. Infolge Mangels an Zement war es nicht möglich, die Umfassungswände dieser Häuser in der gleichen Weise wie jene der ersten 3 Wohnungen in Kalksand-schlackenbeton (vergl. die Chronik 1918) herzustellen. Man wählte deshalb lufttrockene Lehmsteine mit Bruchsteinverkleidung an der Wetterseite. Der Gesamtkostenaufwand für alle 15 Wohnungen betrug rund 395 000 Mk. Hiervon entfallen auf Straßen- und Notwegherstellung rund 53 000 Mk. Vom Gesamtaufwand übernahmen Reich und Staat als Anteil am Baukostenzuschuß die Summe von 226 800 Mk. Die ersten 3 Häuser wurden im Juli, die übrigen 12 im November 1919 bezogen.

6. Zur Erstellung weiterer Kleinwohnungsbauten wurde im Frühjahr 1919 das domänenärarische Gelände zwischen Kriegs- und Gottesauer-Straße (Lohfeldäcker) der Stadtgemeinde

in Erbpacht überlassen. Mit der verantwortlichen Ausführung der Siedelung beauftragte die Stadt die neu gegründete Handwerkerbaugegenossenschaft m. b. H.

Der I. Bauabschnitt der Lohfeldsiedelung wurde im Juli 1919 mit 10 Häusergruppen oder zusammen 52 Einfamilienhäusern begonnen. Jedes Haus enthält eine Dreizimmerwohnung mit Küche nebst Abort- und Schuppenanbau. Für die Umfassungswände wählte man 30 cm starkes Backsteinmauerwerk mit Luftisolierung. Sämtliche Häuser waren bis Ende 1919 im Rohbau fertiggestellt.

Der II. Bauabschnitt mit 5 Häusergruppen oder zusammen 26 Dreizimmerwohnungen konnte erst im November 1919 in Angriff genommen werden.

7. Auch auf dem städtischen Gelände hinter der Tullaschule sind Kleinwohnungen erstellt worden, doch gelangten hier nicht Flachbauten oder Einfamilienhäuser zur Ausführung wie in Daglanden und auf dem Lohfeld, sondern 3 $\frac{1}{2}$ - und 4 stöckige Mehrfamilienhäuser.

Der im Mai 1919 begonnene I. Bauabschnitt galt der Erstellung von 8 solchen Mehrfamilienhäusern mit 8 Einzimmer-, 42 Zweizimmer- und 14 Dreizimmerwohnungen und 2 Läden, insgesamt also mit 64 Wohnungen nebst den dazugehörigen Küchen, Vorplätzen und Aborten. Sämtliche Häuser sind in solidem Backsteinmauerwerk, unter sparsamer Verwendung von Haustein ausgeführt. Bis Ende 1919 waren die Bauten im Rohbau nahezu vollendet.

Mit dem II. Bauabschnitt der Tullahäuser wurde im November begonnen. Derselbe umfaßt gleichfalls 8 Mehrfamilienhäuser, jedoch nur mit insgesamt 54 Wohnungen, das sind 2 Einzimmerwohnungen, 19 Zweizimmer-, 31 Drei- und 2 Vierzimmerwohnungen nebst Zubehör. Bemerkenswert ist hier, daß das zweistöckige ehemalige Schuldienerhaus in die vierstöckigen Wohnhausbauten dieser Gruppe einbezogen werden mußte. Dasselbe erhielt deshalb, abgesehen von sonstigen kleineren Änderungen, einen zweigeschoßigen Aufbau, wodurch eine einheitliche Wirkung der ganzen Gruppe erzielt wurde.

8. Die im Dezember 1918 angefangenen beiden Wohnbaracken an der Durmersheimer Straße in Grünwinkel von je 10×30 m Grundfläche mit zusammen 8 Zwei-

und 2 Dreizimmerwohnungen nebst Küchen, Kellern und Aborten konnten im März 1919 bezogen werden. Die Baracken sind Fachwerkbauten mit äußerer und innerer Bretterverschalung. Die Fachwerkzwischenräume wurden teils mit Torfmull, teils mit Kalkschlackenbeton ausgefüllt. Die Baukosten betrugen rund 80 000 Mk.

9. Im Sommer 1919 folgte der Bau weiterer 4 Wohnbaracken in der Bannwaldallee und zwar 2 von 10×30 m und 2 von 10×15 m Grundfläche mit zusammen 10 Zwei- und 4 Dreizimmerwohnungen. Hinsichtlich der Art und Ausführung dieser Behelfsbauten entsprechen diese genau den Baracken an der Durmersheimer Straße. Sämtliche Wohnungen sind seit Juli 1919 bezogen. Die Baukosten betrugen 151 800 Mk.

10. Durch Um- und Einbau in den von der Reichsvermögensverwaltung der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellten ehemaligen Kasernen und militärischen Gebäuden konnten 1919 insgesamt 101 Notwohnungen mit einem Kostenaufwand von 278 000 Mk. erstellt werden. Es sind dies: in der Gottesauer Artillerie-Kaserne 2 Einzimmer-, 21 Zwei- und 6 Dreizimmerwohnungen, in der Artillerie-Kaserne 50 14 Zweizimmerwohnungen und im ehemaligen Offiziergefangenenlager am Ettlinger Tor 36 Einzimmer-, 21 Zwei- und 1 Dreizimmerwohnung. Sämtliche Wohnungen sind seit September bezogen.

11. Auch in städtischen Gebäuden wurden durch entsprechende Einbauten einige Notwohnungen hergerichtet. Es wurden gewonnen: im alten Schulhaus in Rüppurr 2 Ein- und 4 Zweizimmerwohnungen, im Hause Sophien-Straße 16 1 Zweizimmerwohnung, in den Häusern Breite Straße 88/90 2 Zweizimmerwohnungen, im Direktorenwohnhaus der Goetheschule 1 Zweizimmerwohnung, im Schwarzwaldhaus im Stadtgarten 2 Vierzimmerwohnungen und im ehemaligen Bahnwarthaus am Rosengarten 1 Dreizimmerwohnung. Die Gesamteinbaukosten für diese 13 Notwohnungen betrugen 19 800 Mk.



Geistl. Rat Dr. Anton Knoerzer

Phot. Gebr. Hirsch

III.

Kirche, Schule und Kunst.

1. Kirche.

Am 31. Januar hielt die neugegründete Volkskirchliche Vereinigung die erste öffentliche Versammlung ab. Stadtpfarrer Rohde betonte, daß die Kirche Volkskirche nur genannt werden könne, wenn sie das Volk religiös und sozial zu einem vermöge, und forderte eine Verfassung auf demokratischer Grundlage. Stadtrat Dr. Diez sprach über den Unterschied zwischen Staatskirche und Volkskirche. Die Aussprache wurde am 7. Februar fortgesetzt.

Evangelisations-Vorträge fanden statt: Vom 2. bis 7. Februar in der Zionskirche (Redner: Prediger K. Friedrich-Heidelberg), vom 16.—23. März in der Kirche von Rintheim, vom 23.—28. März in der Friedenskirche der Methodisten, vom 20.—26. April in der „Eintracht“, vom 25. Mai bis 15. Juni (deutsche Zeltmission).

Am 5. März fand im evangelischen Vereinshaus eine Missions-Konferenz statt.

Anlässlich der niederdrückenden Friedensbedingungen hatten die Kirchenbehörden auf Sonntag, den 18. Mai Bittgottesdienste angesetzt. In den evangelischen Gemeinden geschah dies in Form eines allgemeinen Bettages. In den katholischen Kirchen wurde ein Hirtenbrief des Erzbischofs verlesen, der die Friedensbedingungen behandelte. Auch die altkatholische Gemeinde veranstaltete einen vaterländischen Bittgottesdienst.

Der Evangelische Verband zur Pflege der weiblichen Jugend veranstaltete vom 20. bis 23. Mai einen Lehrgang für weibliche Jugendpflege.

Vom 17. bis 18. Juni tagte die Evangelische General-synode unter dem Vorsitz des Dekans Schmittheimer von Hugsweier, Präsident des Oberkirchenrats Dr. Uibel gab ein Bild über den Zustand der Landeskirche. Die Verhandlungen erstreckten sich im wesentlichen auf die Wahlordnung für die künftige Synode.

Die Diözesansynode Karlsruhe-Stadt, am 25. Juni, wurde von Stadtpfarrer Werner-Bruchsal geleitet. Nach seinem Bericht sprach Stadtpfarrer Weidemeier über „Die Stellung der Frau im kirchlichen Leben“. Zum Nachfolger des verstorbenen Dekans Ebert wurde Stadtpfarrer Rapp gewählt.

Am 15. Juli genehmigte die unter Vorsitz des Oberhofpredigers Fischer abgehaltene Kirchengemeindeversammlung den Voranschlag der Ortskirchenkasse sowie den Kirchensteuervoranschlag für 1919/20. Die Kirchensteuer beträgt für 1919/20 2,5 Pf. aus 100 Mark Gemeindevermögenssteuerwert.

Am 14. September beging der Evangelische Verein für innere Mission (Augsburger Bekenntnisses) in Baden das 70. Landes-Jahresfest. Es sprachen Pfarrer Weismann-Basel und Kirchenrat Mayer-Durlach.

Die Wahlen zur evangelischen General-synode fanden am 28. September statt. Drei Wahllisten lagen auf: eine der Positiven, eine der Liberalen und eine der landeskirchlichen Vereinigung. Der Wahl voraus gingen öffentliche Versammlungen der genannten Parteien. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis:

Stimmbezirk:	Pfarrei:	Liberal	Positiv	Landeskirchliche Vereinigung:
1—5	Schloß-Mittel-Ost	512	682	240
6—7	Neu-Ost	170	275	32
8—11	West	440	537	137
12—13	Neu-West	243	300	49
14—18	Süd und Südost	958	478	55
19	Beiertheim	27	33	—
zus.		2350	2305	513
im Stadtteil Rüppurr		21	285	4

Am 14. Oktober trat die neu gewählte General-synode zusammen. Zum Vorsitzenden wurde Bürgermeister a. D. von Hollander-Mannheim, zum stellvertretenden Vorsitzenden Dekan van der floe-Pforzheim gewählt. Den wichtigsten Punkt bildete die neue

Kirchenverfassung. Nach ihrer Annahme erfolgte die Wahl des Oberamtsrichters Muchow-Freiburg zum Präsidenten des Oberkirchenrats.

Am 16. November wurde Stadtpfarrer Wilhelm Schulz-Lörrach in feierlichem Gottesdienst in der Johanneskirche durch Dekan Rapp in sein neues Amt als Pfarrer der Südstadt eingeführt.

Am 7. Februar tagte die katholische Kirchengemeinderversammlung. Nach dem Bericht wurden Mittel zum Ankauf eines Hauses für die Pfarrkuratie Beiertheim, sowie Einrichtung elektrischer Beleuchtung in der Bonifatiuskirche bewilligt.

Zur Erteilung der Firmung traf Erzbischof Dr. Nörber am 3. Juli hier ein und wurde von der Gesamtgeistlichkeit, dem Stiftungsrat und zahlreichen Katholiken in der Bonifatiuskirche feierlich empfangen. Nach Begrüßung durch Stadtpfarrer Eink hielt der Erzbischof eine Ansprache. Am 4. Juli spendete er ungefähr 900 Personen das Sakrament der heiligen Firmung.

Als Nachfolger für den 1918 verstorbenen Geistl. Rat Knörzer wurde Stadtpfarrer Eink an der Bonifatiuskirche im September zum Pfarrer der Gemeinde zu St. Stephan ernannt. Die feierliche Einsetzung fand am 5. Oktober statt, Generalvikar Fritz hielt die Festpredigt.

Am 28. September feierte der Neupriester P. Holzschuh aus dem Jesuitenorden vom Bonifatiushaus Emmerich, Sohn des Obersteuerkontrolleurs Holzschuh hier, in der Pfarrkirche seiner Heimatspfarrei (U. E. Frau) seine Primiz. Zeitungen machten darauf aufmerksam, daß dies die erste Jesuitenprimiz in Karlsruhe gewesen sei.

Am 25. Oktober feierte die Pfarrei St. Bonifatius die Einführung des neuernannten Pfarrers Reimund Schlindwein, bisher in Bulach, Stadtdekan Eink hielt die Festpredigt.

Unter dem 30. Oktober wurde die Ernennung des bisherigen Kaplans an der Liebfrauenkirche, Karl Behringer zum Stadtpfarrer von St. Peter und Paul (Mühlburg) bekannt gegeben. Bei der feierlichen Einführung am 9. November hielt wiederum Stadtdekan Eink die Festpredigt.

Am 7. September hielt der an Stelle des zur Ruhe gesetzten Geistl. Rats Bodenstein gewählte altkatholische Stadtpfarrer

Artur Kaminski seinen ersten Gottesdienst ab. Die Einführung geschah durch Pfarrer Dr. Steinwachs-Mannheim in Vertretung des Bischofs.

Am 28. Dezember fand die Neuwahl des Kirchenvorstands und der Kirchengemeindevertretung in der altkatholischen Gemeinde statt. Zu Mitgliedern für 6 jährige Amtsdauer wurden gewählt: Professor Eugen Beck, Oberrechnungsrat a. D. Diehl, Landgerichtsrat Dr. Fromherz und Finanzsekretär Karcher. In die Gemeindevertretung wurden 10 Mitglieder für 6 jährige und 2 Mitglieder für 3 jährige Amtsdauer gewählt.

Anfang Januar verfügte der Oberrat der Israeliten, daß künftig am Sabbat ein Gebet zu sprechen sei, in dem Gott die Bitte vorgetragen wurde, das deutsche Volk wieder aus allen Wirren und Trübnissen zu dauerndem beglückendem Frieden zu führen. Außerdem richtete der Oberrat eine Ansprache an die badischen Israeliten, die dazu aufforderte, auch weiterhin dem Vaterland alle Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Am 8. April wurde bekannt gegeben, daß an Stelle des verstorbenen Dr. Appel Dr. Viktor Kurrein zum Stadtrabbiner ernannt sei.

2. Schule.

Der Aufwand der Stadtgemeinde für die Schulen, ohne den für die Gewerbe- und Handelsschule, betrug im Berichtsjahre 7 160 212 Mf. (1918: 2 945 034). In dieser Summe sind 754 022 Mf. für Mietwert der städtischen Schulgebäude inbegriffen; sie erscheinen als die Zinsen der für Errichtung der Gebäude verwendeten Kapitalien. Nach Abzug dieser Summe betrug der Barzuschuß für die Volksschule 5 598 676 Mf. (2 069 135 Mf.) für die Realgymnasien 312 648 Mf. (57 279 Mf.), für die Realschulanstalten 171 859 Mf. (37 442 Mf.) und für die höheren Mädchenschulen 323 007 Mf. (107 051 Mf.). Der Barzuschuß für die Gewerbeschule betrug 508 443 Mf. (84 720 Mf.) und der aufgerechnete Mietzins 102 636 Mf. (82 109 Mf.). Der Barzuschuß für die Handelsschule betrug 79 556 Mf. (38 073 Mf.),

der aufgerechnete Mietzins 15 306 Mk. (12 245 Mk.). Außerdem wurden Zuschüsse für Unterrichtszwecke an verschiedene Anstalten und Einrichtungen gegeben.

Am Anfang des Schuljahres 1919/20 (29. April 1919) umfaßte das Lehrpersonal der Volksschule 214 Hauptlehrer, 66 Hauptlehrerinnen, 74 Unterlehrer, 59 Unterlehrerinnen, 2 Hilfslehrer, 42 Hilfslehrerinnen und 62 Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen, im ganzen somit 519 Lehrkräfte; am Schluß des Schuljahres (27. März 1920) waren es 214, 65 Hauptlehrerinnen, 83 Unterlehrer, 90 Unterlehrerinnen, 8 Hilfslehrer, 14 Hilfslehrerinnen und 65 Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen, also am Schluß 539 Lehrkräfte.

Am 5. Juli des Berichtsjahres starb Hauptlehrer Friedrich Geier, Obersekretär beim Volksschulrektorat. Er stand seit 1885 im städtischen Schuldienst Karlsruhes, zuerst als Lehrer, dann seit 1900 als Sekretär beim Rektorat. Von befreundeter Seite wurde dem Verstorbenen folgender Nachruf gewidmet: „Wertvolle Dienste leistete Geier der Schulverwaltung und somit der Schule überhaupt auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, besonders der Ferienkolonien. Tausende von Eltern und Schüler haben in dankbarer Erinnerung den freundlichen Rektorssekretär, der bei der Auswahl für die Ferienkolonien und für den Landaufenthalt nicht nur stets mit Rat und Tat zur Hand ging, sondern es auch verstand, in allen Kreisen für diese edle und gemeinnützige Sache Freunde und Gönner zu werben. In den Kriegsjahren hat er sich neben seinen anderen Berufspflichten geradezu aufgeopfert für seine Ferienkolonien und Landaufenthaltskinder.“

Über die Zahl der Schüler in den einzelnen Abteilungen der Volksschule, der höheren Lehranstalten, sowie über den Besuch der Technischen Hochschule vergleiche man Beilage I.

In der Knabenfortbildungsschule bestanden 23 Klassen mit 509 Schülern am Schluß des Schuljahres. Dem Berufe nach waren es 83 Bäcker, 29 Metzger, 32 Kellner oder Köche, 286 Lohnarbeiter aus dem 7. und 8. Schuljahre, 57 Lohnarbeiter aus dem 5. und 6. Schuljahre; 22 schwachbefähigte besuchten die Hilfsklasse.

Die Mädchenfortbildungsschule zählte 38 Klassen und 1 Klasse im Haushaltungsfeminar mit 74 Schülerinnen am Schluß des Schuljahres.

Für den Knabenhandarbeitsunterricht bestanden am Schluß des Schuljahres 23 Klassen für Modellieren mit 452 Schülern. 20 Klassen für Pappen mit 341 Schülern, 42 Klassen für Hobeln mit 661 Schülern, 1 Klasse für Schnitzen mit 18 Schülern und 13 Klassen für Metallarbeiten mit 204 Schülern, somit im ganzen 1676 Teilnehmer.

Aus dem Jahresbericht über die Tätigkeit des Schularztes an der Volksschule entnehmen wir folgende Angaben: In der schulärztlichen Versorgung der Volksschule trat eine Neugestaltung ein. An Stelle der im Nebenamt tätigen Schulärzte wurde als Schularzt im Hauptamt Dr. med. Hermann Paull ab Oktober angestellt, der seit 1905 als nebenamtlicher Schularzt tätig gewesen war. Als erste Schulschwester wurde Schwester Emma Jörn durch einen vom Stadtrat mit dem Frauenverein abgeschlossenen Vertrag angestellt. Bei einer zunächst vorgenommenen Besichtigung der Klassen 1—4 ergab sich nach dem Bericht ein überaus trauriges Bild: „glanzlose Augen, blasse Schleimhäute, eingefallene Wangen, hervorstehende Rippen, Schlüsselbeine und Schulterblätter. In jeder Klasse mußten aus der Gesamtzahl 25 % der Kinder als stark unterernährt und körperlich zurückgeblieben bezeichnet werden. Diese erwiesen sich bei genauer Untersuchung meistens als skrofulös. Dasselbe Bild boten die später besichtigten oberen Klassen“. Nach dem Bericht können mindestens 50 % aller Volksschulkinder in Karlsruhe als tuberkulös infiziert betrachtet werden. Weiter teilt der Bericht mit, daß die für die Volksschule gefundenen Ergebnisse auch für die höheren Schulen gelten.

Die Verteilung der aus Amerika zugewiesenen Büchsenmilch wurde in den Schulen so vorgenommen, daß nur die am meisten durch Unterernährung auffallenden, vom Schularzt ausgewählten Kinder zur Milchspeisung zugelassen wurden. An der ersten, kurz vor Schluß des Schuljahres begonnenen Milchkur beteiligten sich 412 Kinder der 1. bis 4. Klasse. Bei 55,4 % dieser Kinder ließ sich eine Gewichtszunahme (zwischen 555 gr und 3300 gr) feststellen. Bei 18,1 % ließ sich eine durchschnittliche Gewichtsabnahme von

55 gr feststellen (geringste 100 gr, größte 2000 gr). Ein Gewichtsstillstand war bei 13,2 % zu verzeichnen und bei 13,3 % ließen sich aus äußeren Gründen keine Gewichtsfeststellungen erheben.

Große Mengen eines ebenfalls aus Amerika stammenden Ebertranes wurden auf besondere Verordnung des Schularztes an solche Kinder abgegeben, die an Skrofulose litten.

Aus dem Bericht der städtischen Schulzahnklinik entnehmen wir folgende Angaben: Im Berichtsjahr der Schulzahnklinik (1. Juni 1919 bis 31. Mai 1920) betrug die Zahl der behandelten Kinder 1823, die Gesamtzahl der zahnärztlichen Handlungen 13708.

Von dem Ausschuss für Ferienkolonien wurden 1919 31 geschlossene auswärtige Kolonien mit 334 Knaben und 663 Mädchen ausgesucht, außerdem je 2 Waldkolonien mit 124 Knaben und 127 Mädchen. In Einzelfamilien in Baden werden 223 Kinder (1222) auf mehrere Wochen untergebracht, durch den Ausschuss für Ferienkolonien 17, durch den Caritas-Verband 187, durch den jüdischen Frauenbund 19 Kinder. Ferner entsandte der Ausschuss in die Schweiz nach Davos 30, nach Zürich 36 Kinder, der Caritas-Verband 87, der jüdische Frauenbund 6 Kinder nach der Schweiz. Dazu kam noch eine Kolonie von Selbstzahlern in Ringgenberg (Schweiz) mit 36 Köpfen. Im ganzen wurden 1666 Kinder untergebracht. Der starke Ausfall an Unterbringungsmöglichkeiten gegenüber dem Vorjahr ergab sich aus dem Wegfall der sog. Schloßkolonien und den spärlichen Anerbieten aus Landorten.

Auch die Kinderschutzkommission der Frauensektion des Sozialdemokratischen Vereins veranstaltete wie in früheren Jahren für arme Kinder ferienspaziergänge an Nachmittagen. Hierbei wurden Spiele veranstaltet und ein kleiner Imbiß gereicht. Zu den aus Sammlungen herrührenden Mitteln bewilligte der Stadtrat einen Zuschuß von 500 Mark. Außerdem wurde den Kindern während der Schulferien ein- oder zweimal freier Zutritt in den Stadtgarten bewilligt.

In der Goetheschule wurde Direktor Geh. Hofrat Edmund Rehm ann auf sein Ansuchen unter Anerkennung langjähriger und treugeleisteter Dienste und „unter Ernennung zum Geheimen Rat

III. Klasse auf Schluß des Schuljahres 1918/19 in den Ruhestand versetzt". An seiner Stelle wurde Dr. Karl Ott, bisher Direktor der Humboldtschule, ernannt. Im Schuljahr 1918/19 zählte die Anstalt 22 Klassen (1917/18 23). Der Unterricht begann noch unter den Kriegsverhältnissen. Die Klassen mußten wie in den vorhergehenden Kriegsjahren in weitgehendem Maße zusammengelegt, die Stundenzahl der Lehrfächer zum Teil erheblich gekürzt werden. Nach Kriegsschluß kehrten die Schüler, die vor Abschluß ihrer Schulzeit einberufen worden waren, in die Anstalt zurück. Dazu wurden ihr auch andere Kriegsteilnehmer zugewiesen, so daß nach Neujahr sich die Zahl beider auf 100 belief. Von diesen wurden 18 den einzelnen Abteilungen der Prima zugewiesen, die übrigen in 2 Sonderklassen vereinigt von denen die eine mit 59 Teilnehmern in einem halbjährigen, die andere mit 23 Teilnehmern in einem ganzjährigen Kurs zur Reifeprüfung vorbereiten sollte. Am Schluß des Schuljahres befanden sich von Kriegsteilnehmern in der Oberprima noch 16, in der halbjährigen Sonderklasse noch 19, in der ganzjährigen noch 39.

Die Humboldtschule zählte 1918/19 16 Klassen (1917/18 15). Einen großen Teil des 5. Kriegsjahres verbrachte die Anstalt noch im Ulagengebäude der Technischen Hochschule. Erst im Februar 1919 hatte jede Klasse ihr besonderes Zimmer im eigenen Schulgebäude. Der Turnunterricht, der bis dahin in der Turnhalle der Oberrealschule und Goetheschule, oder im freien hatte abgehalten werden müssen, konnte seit dem Ausbruch des Krieges erstmals am 1. Juli 1919 in der Turnhalle der Anstalt abgehalten werden.

Die Oberrealschule zählte 1918/19 17 Klassen (1917/18 15). Im ersten Drittel des Schuljahres bestanden in den Unterrichtsstunden dieselben Einschränkungen wie 1917/18, auch mußte der Turn- und Musikunterricht ausfallen. Nach den Weihnachtsferien standen der Anstalt alle Räume des Schulgebäudes wieder zur Verfügung, der Turnunterricht wurde erst von der Zeit ab aufgenommen, als er in der ungeheizten Turnhalle möglich war. Nach Auflösung des Feldheeres kehrten viele der früheren Schüler in die Anstalt zurück, im ganzen 46; davon wurde einer der Klasse O II, 14 der Klasse U I, 9 der Klasse O I und 22 einer Sonderklasse zugewiesen.

Die Realschule zählte 1918/19 15 Klassen (1917/18 13). Im ersten Drittel des Schuljahres war, wie in den vier vorhergehenden Jahren, die Unterrichtszeit vermindert. Erst vom 6. Februar 1919 ab konnte der Unterricht lehrplanmäßig beginnen. Zeichensaal und Turnhalle waren jedoch erst später benutzbar. Praktische Übungen in den naturwissenschaftlichen Fächern mußten ganz ausfallen, Latein und Stenographie konnten von Weihnachten ab erteilt werden. — Lehramtspraktikant Dinkelstein starb auf dem Rückmarsch am 24. November 1918 in Uman in der Ukraine an der Grippe, nachdem er den ganzen Feldzug mitgemacht hatte.

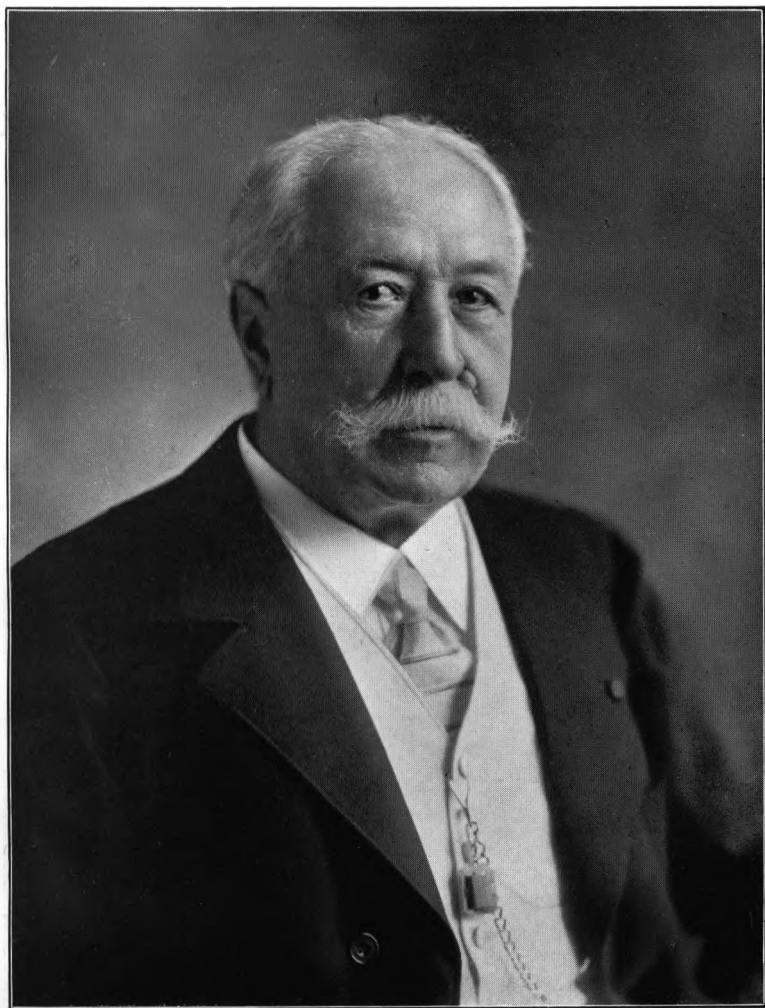
Die Lessingschule (Höhere Mädchenschule mit Mädchen-gymnasium) zählte 1918/19 wie im Vorjahre 22 Klassen und zwar 3 Vorschulklassen, 11 Klassen und 1 Fortbildungskurs der Höheren Mädchenschule und 6 Gymnasialklassen. Da die Fichteschule, die seit Oktober 1914 in den Räumen der Lessingschule untergebracht war, Ende März in ihr eigenes Heim zog, konnte die Lessingschule mit Beginn des Sommerhalbjahres über ihre Zimmer wieder selbstständig verfügen. Damit konnte für alle Klassen die volle vorgeschriebene Stundenzahl wieder eingesetzt werden. Am 17. November 1918 verschied nach langem schweren Leiden die Hauptlehrerin Fräulein Leontine Loës. Sie hatte der Anstalt 17 Jahre hindurch angehört. Der Jahresbericht widmete ihr folgenden Nachruf: „Die Entschlafene war eine Lehrerin und Erzieherin von hervorragenden Gaben des Geistes und des Gemütes, und diese Gaben stellte sie selbstlos und unermüdlich mit höchster Pflichttreue in den Dienst ihres Berufes, mit ernster Strenge, wenn es das Beste der Jugend verlangte, aber zugleich mit einer Herzensgüte, die ihr die Liebe und die Verehrung ihrer Schülerinnen gewinnen mußte.“ — Die Gesundheitsverhältnisse der Lehrerschaft wie der Schülerinnen ließen nach der Angabe des Jahresberichts viel zu wünschen übrig. Auch mußte die Schule auf Anordnung des Bezirksamts wegen der Grippe vom 17. Oktober bis 2. November geschlossen bleiben. Fünf Schülerinnen starben während des Schuljahres. Am 20. Juni wurde ein „Elternauschuß der Lessingschule“ gegründet.

Die Fichteschule zählte 1918/19 wie im Vorjahre 6 Klassen der Vorschule und 18 der Höheren Mädchenschule. Am 24. März 1919 bezog die Anstalt ihr eigenes Heim wieder in vollem

Umfange. Nur Klasse IX mußte noch im Lehrerinnenseminar verbleiben, 8 Turnstunden in die Turnhalle der Viktoriafschule verlegt werden. Von Ostern ab konnte der Unterricht nach dem vorgeschriebenen Lehrplan wieder erteilt und der regelrechte Turnspielbetrieb wieder aufgenommen werden. Am Kochunterricht beteiligten sich 40 Schülerinnen. Auch in dieser Anstalt war der Unterricht durch zahlreiche Erkrankungen von Lehrern und Schülerinnen erheblich beeinträchtigt; vorübergehend mußte er wegen der Grippe ganz ausgesetzt werden. In den großen Ferien starb Hauptlehrerin Fräulein Berta Faist. Der Jahresbericht widmete der Entschlafenen nachstehenden Nachruf: „Sie war eine vorbildlich ausgeglichene Persönlichkeit, eine opferbereite Menschenseele, eine Lehrerin, die durch ihren unermüdlichen Berufseifer, ihr gerades Wesen, ihre Güte und Milde in den Herzen der Jugend nachhaltige Spuren hinterließ und die ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ein leuchtendes Vorbild hoher Lebensauffassung und gewissenhafter Pflichterfüllung war.“

— Am 4. Februar 1919 wurde Direktor Joseph Metzger zum Direktor des Realgymnasiums in Villingen ernannt. Er hatte der Sichteschule 7 Jahre als Leiter angehört. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Direktor der Höheren Mädchenschule und des Lehrerseminars in Straßburg, Geheimer Studienrat Dr. Karl Beck, berufen.

In der Gewerbeschule begann das Schuljahr am 5. Mai 1919 und endigte am 31. März 1920. Die Anstalt konnte erstmals ihre volle Unterrichtstätigkeit im Neubau aufnehmen. Die beiden Lazarette, die während des Krieges im neuen Gewerbeschulhaus untergebracht waren, hatten dasselbe im Januar 1919 geräumt. Die Nachwirkungen des Krieges machten sich jedoch auch im Schulwesen bemerkbar. Infolge der großen Teuerung mußte die Beschaffung nötiger Schuleinrichtungsgegenstände, vor allem auch die zur Durchführung des praktischen Unterrichts erforderlichen Werkstatteneinrichtungen, in ihrer Mehrzahl für spätere Jahre zurückgestellt werden. Der Werkstättenunterricht konnte deshalb nicht in vollem Umfange eingerichtet werden. — Am Schluß des Schuljahres betrug die Zahl der Anstaltslehrer 50, außerdem waren als Nebenlehrer — Werkstättelehrer — während des Schuljahres 13 Personen und beim Kinovorführerkurs (30. Juni bis 30. August)



Phot. Gebr. Hirsch

Beh. Rat Dr. Josef Durm

geb. 14. II. 1837 † 3. IV. 1919 Kise

S. S. 429/28

827 5207 resp.

2 Lehrer tätig. Es waren 117 Klassen gebildet und zwar 41 erste, 40 zweite, 31 dritte und 5 vierte Klassen. Von den an Ostern 1919 nach dreijährigem Pflichtbesuch entlassenen Schülern hatten sich 150 zum freiwilligen Besuch eines vierten Schuljahres angemeldet. Das Ministerium genehmigte die Errichtung der vierten Klassen mit der Festsetzung des Schulgeldes auf 6 Mark für das freiwillige Schuljahr. Die Erhebung von Schulgeld für Pflichtschüler ist bei den Gewerbeschulen wie bei den Fortbildungsschulen nach der Bekanntmachung des Ministeriums seit 9. Mai 1919 nicht mehr statthaft. Während des Schuljahres wurden 14 Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung mit zusammen 354 Teilnehmern und 2 Vorbereitungskurse zur Gesellenprüfung mit zusammen 51 Teilnehmern abgehalten. Zur Einrichtung von Schulwerkstätten erhielt die Anstalt von Raab, Karcher & Cie hier 1000 Mk., von Geh. Kommerzienrat Dr. ing. Lorenz hier 5000 Mk., von der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe 500 Mk., von Geh. Kommerzienrat Dr. ing. Friedrich Wolff hier 1000 Mk., von Karl und Stephan Moninger hier je 250 Mk., von Louis Stern & Cie hier 1000 Mk., von Berner & Herlan, Maschinenfabrik hier 40 Mk., von Winschermann & Cie G. m. b. H. hier 1000 Mk., von Math. Stinnes hier 500 Mk. und von Leonhard, Elektro-Installationen hier 68 Mk. 40 Pf., zusammen 10 608 Mk. 40 Pf. Stipendien wurden im Gesamtbetrage von 4144 Mk. 50 Pf. verliehen.

In der Handelschule begann das Osterschuljahr 1919/20 am 1. Mai 1919 und endete am 27. März 1920. Das Lehrpersonal der Anstalt zählte 23 Personen im Hauptamt und 6 im Nebenamt. Vom 25. Februar 1919 bis 10. Juni 1919 diente das Schulgebäude dem freiwilligen-Bataillon Bruchsal als Kaserne, so daß sich der geordnete Unterrichtsbetrieb nicht völlig durchführen ließ. Infolge der herrschenden Kohlennot mußte der Unterricht vom 9. November 1919 ab auf mehrere Wochen eingestellt werden. Die Beteiligung an den freiwilligen Fachkursen war sehr rege. Bis Ende Juli 1919 bestanden 18, von Mitte Dezember bis Weihnachten 17 und von Neujahr bis Osterschluß 11 Kurse. Stadtschularzt Dr. Paull hielt am 23. März 1920 für die Knaben der 3. Kurse und am 26. März für die Mädchen der 3. Kurse einen Vortrag über die Gefahren des Alkohols und der Geschlechtskrankheiten.

Das Gymnasium zählte im Schuljahre 1918/19 19 Klassen (1917/18 17). Geheimrat Dr. Freiherr von Babo legte im Laufe des Sommers sein Amt als Vorsitzender des Beirats nieder. An seine Stelle ernannte das Ministerium Landeskommissär Geh. Oberregierungsrat Glad. Freiwilliger Unterricht wurde im Englischen, in der Stenographie und in Sekunda und Prima im Zeichnen erteilt.

Die Baugewerkschule eröffnete das Wintersemester 1918/19 mit 61 Schülern, wie in der Übersicht (Beilage I) angegeben ist. Anfangs waren für die heimgekehrten Kriegsteilnehmer kostenlose Vorbereitungskurse geplant. Diese wurden dann auf den Wunsch der verschiedenen Technischen Vereine durch kostenlose Notsemester für alle Abteilungen und Semester ersetzt. Am 14. Januar 1919 konnte die Einweisung mit 277 Kriegsteilnehmern erfolgen. Von diesen entfielen auf die Hochbau-Abteilung 160, auf die Bahn- und Tiefbau-Abteilung 50, auf die Maschinenbau- 54 und auf die Elektrotechnische Abteilung 13 Teilnehmer. Die Eröffnung des Notsemesters erfolgte durch eine feierliche Begrüßung der heimgekehrten Kriegsteilnehmer seitens des Direktors. Von rund 800 Schülern der Baugewerkschule hatten sich rund 700 am Kriege beteiligt. Die Eröffnung der Abteilung der Gewerbelehrer mußte wegen Herstellung der Räume auf den 21. Januar zurückgestellt werden. Auch sie erfolgte durch eine Ansprache des Direktors. Er teilte dabei u. a. mit, daß sich unter den 77 gefallenen Schülern der Anstalt 77 Gewerbelehrerkandidaten befanden.

Im Lehrerseminar I wurden, da nach Abschluß des Waffenstillstandes eine große Anzahl ehemaliger Schüler der Anstalt zur Fortsetzung ihrer Studien wieder eintrat, drei neue Klassen gebildet und zwar entsprechend einer Verfügung des Ministeriums zwei Sonderklassen und eine Förderklasse. Am 1. Juni 1919 war das Internatsgebäude, das wie die Aula seit dem 20. August 1914 als Lazarett verwendet wurde, wieder bezugsfähig. Gegen 60 Zöglinge hatten sich zum Eintritt in das Internat gemeldet. Zur Feier der Wiedereröffnung des Internats versammelte sich am 4. Juni zum erstenmale wieder seit fünf Jahren Lehrer und Schüler in dem wiederhergestellten Festsaal der Anstalt. Die Feier galt auch dem Oberreallehrer Leonhard Knauer, der seit 50 Jahren dem badischen Schuldienst angehört. Nahezu 40 Jahre war er

davon am Lehrerseminar I tätig. Ehrende Ansprachen für den Jubilar hielt der Direktor und als Vertreter des Unterrichtsministeriums Geheimer Oberregierungsrat Dr. Armbruster. Am 1. Oktober 1919 wurde Herr Knauer auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

An der Technischen Hochschule fand am 19. November aus Anlaß des Rektoratswechsels zum erstenmale nach 6 Jahren wieder ein Festakt statt, zu dem sich neben dem gesamten Lehrkörper und der Studentenschaft eine große Anzahl geladener Gäste eingefunden hatte. Der Prorektor Geh. Hofrat Hausrath gab eine Übersicht über die Tätigkeit während des verflossenen Studienjahres und gedachte dabei besonders der im Felde gefallenen Professoren und Studenten. Hierauf verlas er die Personalien der im letzten Studienjahr verstorbenen Professoren Schultheiß, Geh. Rat Dr. Durm und Geh. Rat Dr. Warth. Ferner sprach er den im Januar vom Rektoratsposten aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Geh. Rat Graßmann den Dank von Rektor und Senat für seine Tätigkeit aus und führte der Prorektor den neuen Rektor, Prof. Dr. Paulcke, in sein Amt ein. Der letztere hielt einen Vortrag über „Das Entwicklungsgesetz vom geologischen Standpunkt aus“.

An der Turnlehrerbildungsanstalt fand im Mai ein Lehrkurs für Turnspiele und volkstümliche Übungen statt, an dem 41 Lehrerinnen höherer Mädchenschulen Badens teilnahmen. Neben den Übungen wurde in Vorträgen auf den gesundheitlichen und erzieherischen Wert von Turnen, Spiel und Sport hingewiesen. Im Vierordtbad veranstaltete der Schwimmverein „Poseidon“ Schwimmvorführungen, die die Kursteilnehmerinnen die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Schwimmens besonders auch für das weibliche Geschlecht erkennen ließen. Vom 2. bis 6. Juni wurde ein Kurs für Lehrer an Volks- und Fortbildungsschulen an der Turnlehrerbildungsanstalt abgehalten.

3. Kunst.

Am Hoftheater begann das Spieljahr 1918/19 am 25. August 1918 und schloß am 30. Juni 1919. Am 23. November 1918 erhielt es von der vorläufigen Volksregierung den Namen „Badisches

Landestheater in Karlsruhe". Wegen Kohlennot wurde der Betrieb von Mitte November an eingeschränkt und vom 2. Januar 1919 an in das Städtische Konzerthaus verlegt. Erst am 25. Mai konnten die Vorstellungen im Landestheater wieder aufgenommen werden. Im ganzen fanden 348 Vorstellungen statt und zwar 143 (1917/18: 267) im Landestheater und 205 (36) im Konzerthaus. 150 Sondereinstellungen (69) wurden gegeben und zwar 119 allgemeine, 9 zu besonders ermäßigten Preisen (darunter 3 für die Rüstungsarbeiter) 8 mit Platzmiete für Schüler, 3 für den Verein Volksbildung, 5 Märchenaufführungen, 6 für wohltätige Zwecke (je 1 für die heimkehrenden Truppen, für die Wohlfahrtsklasse des Bühnenvereins, für die Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen, für das Rote Kreuz und 2 für die Pensionsanstalt des Landestheaters). Es fanden 5 Vorträge und 7 Konzerte statt, von den letzteren 1 im Landestheater, 3 im Konzerthaus und 3 volkstümliche Konzerte in der Festhalle. Außer verschiedenen Aufführungen der von Mitgliedern des Landestheaters gebildeten Gastspielgemeinschaft gab das Landestheater Gesamtgastspiele: in Baden 15, in Pforzheim 2 und in Freiburg und Gaggenau je 1. Die Sommeroperette im Konzerthaus begann am 1. Juni mit ihren Aufführungen; 51 Schauspiele mit 172 Aufführungen und 62 Opern und Operetten mit 375 Aufführungen wurden gegeben.

Mit mehr als 5 Aufführungen (im Landestheater, im Konzerthaus und auswärts zusammen) waren Werke von folgenden Autoren vertreten und zwar im Schauspiel: Schiller mit 15, Rößler mit 13, Rehm und Frehse, Möller und Sachs mit je 8, Goethe, Shakespeare, Tolstoi und Meyer-Förster mit je 6; in der Oper und Operette: Mozart mit 18, Corring mit 16, Verdi mit 15, Richard Wagner und Offenbach mit je 10, Richard Strauß mit 9, Berle-Schubert mit 8, d'Albert mit 7, Flotow, Kálmán, Laite-Schubert, Leoncavallo und Noëgel mit je 6. Als Uraufführung wurde im Schauspiel „Simson“ von Burte, „Prinz Wagemut“ von Kusterer und „Charybdis“ von Zwehl gegeben, in der Oper „Meister Guido“ von Noëgel und „Schwarzschwanenreich“ von Siegfried Wagner.

Zählende Besucher waren es im Landestheater 117007 (1917/18: 251713), im Konzerthaus, ohne Sommeroperette, 155052 (46931), in Baden 5427 (10253).

Neu eingetreten sind die Schauspieler Gast und Schönfeld, die Schauspielerin Persing, die Sänger Norden, Maly-Motta und Schwerdt, die Sängerinnen Pezel-Demmer, Sajitz und Laschinger; ausgetreten die Sängerin Baumann. Am Schluß der Spielzeit schieden aus Generalintendant Dr. Baffermann, Dramaturg Dr. Roenneke, die Schauspieler Becker und Gugelmann.

Dr. Roenneke gab am 2. Mai zum Abschied einen Vortragsabend.

Am 29. Juni veranstalteten die Mitglieder des Landestheaters dem scheidenden Intendanten Geh. Hofrat Dr. Baffermann eine Abschiedsfeier. Namens der Mitglieder des Landestheaters richteten die Herren Baumbach, Dumas, Klebe, Giesen, Lindemann und Kienscherf Worte des Dankes und der Anerkennung an Dr. Baffermann. Dr. Bartning übermittelte den Dank der Regierung. Auch das Mannheimer Nationaltheater hatte sich bei der Feier vertreten lassen. In seiner Erwiderung gab Dr. Baffermann einen kurzen Rückblick über seine Tätigkeit. Der scheidende Intendant erhielt an diesem Tage eine Reihe ehrender Telegramme und Schreiben.

Vom 2. bis 9. März fanden in der Festhalle Passionsspiele nach Art der Oberammergauer, unter Leitung der Christus- und Judasdarsteller Adolf und Georg Faßnacht statt (250 Mitwirkende).

Vom 2. April bis 17. Mai gab Anna Deng's bayerisches Bauerntheater im Colosseum Bauernkomödien u. ä.

Am 26. Mai führten Darsteller aus Berlin und Leipzig in der Festhalle die „Elektra“ von Sophokles auf.

Vom 3. bis 15. Juni Gastspiel des Frankfurter Intimen Theaters Trocadero im Colosseum.

Vom 16. Juni bis 15. August Gastspiel von Jean Blazheim aus Köln mit seiner Truppe im Colosseum. Aufführung von Schwänken und dergl.

Der Jüdische Kultur- und Hilfsverein Karlsruhe veranstaltete im Apollotheater am 10. und 11. August Vorstellungen der Warschauer Theater- und Operettengesellschaft.

Am 17., 18. und 19. Dezember spielte im Haseneck (Kaiserstraße 231) das Bauern-Possen-Ensemble Hans Delnböner oberbayerische Volksstücke.

Den Monat November hindurch spielten das Bayerische Bauerntheater (Direktion Joseph Meth) und im Monat Dezember das Oberbayerische Bauerntheater (Direktion Harti und Joseph Schmid) im Colosseum Possen und Schwänke.

In einer Morgenveranstaltung am 7. Dezember der Ortsgruppe des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur im Landestheater sprach Hermann Wolfgang von Waltershausen über Opernprobleme der Gegenwart.

Am 14. Dezember veranstaltete die Ortsgruppe des Hilfsbundes der vertriebenen Elsaß-Lothringer durch Mitglieder des früheren „Elsässischen Theaters“ die Aufführung „D'Buddell Quetschelwasser“.

Das Orchester des Landestheaters gab Symphoniekonzerte am 6. März, 29. Oktober und 12. November. Aufgeführt wurden Werke von: Beethoven, Bruckner, Mozart, Noetzel, Schubert, Schumann, Richard Strauß, Wolf. Von Solisten wirkten mit: die Herren Büttner und Seydel (Gesang), die Damen von Ernst, Pehl-Denuner und Dehmlow-Berlin (Gesang), Hofrat Ordenstein und Musiklehrer Georg Mantel (Klavier). Außerdem fanden volkstümliche Symphoniekonzerte des Landestheaterorchesters statt am 26. März, 23. April, 2. und 9. Oktober. Aufgeführt wurden Werke von: Beethoven, Bach, Gluck, Händel, Haydn, Mozart, Schubert, Wagner, Weber. Mitwirkende Solisten: die Herren Schöffel (Gesang), Trautvetter (Cello) und Spittel (Flöte), die Damen Bruntsch und Sajitz (Gesang).

Ein Sonder-Symphoniekonzert des Landestheaters am 22. Oktober leitete Kapellmeister Fritz Busch-Stuttgart.

Im Konservatorium für Musik fanden am 2., 3. und 4. April Vorspiele der Vorbereitungsclassen statt.

Dem Münz'schen Konservatorium ist seit Anfang des Jahres eine Theaterhochschule unter Leitung von Kammer Sänger Bussard, Dramaturg Dr. Roemcke und Kapellmeister Stürmer angegliedert. Das Konservatorium veranstaltete ein Palmsonntagskonzert und musikgeschichtliche Aufführungen am 8. und 14. Dezember.

Das Post-Konservatorium gab am 1. März einen Sonaten-Abend und am 16. Oktober einen Trio-Abend.

Groß war die Zahl der Konzerte, die hiesige Künstler allein oder mit anderen Partnern zusammen gaben; eine Einzelaufzählung würde zu weit führen. Ebenso traten auch zahlreiche auswärtige Künstler auf; von bekannteren seien genannt: Wilhelm Backhaus, Hans Bruch und Max Pauer (Klavier), Karl Flesch und Arthur Schnabel (Violine und Klavier), das Klingler-Quartett und das Mannheimer Trio: (Rehberg, Birkigt, Karl Müller), Heinrich Hensel (aus Karlsruhe) und Lula Myszy-Gmeiner (Gesang). Die kirchen-musikalischen Vereinigungen veranstalteten ihre mit den kirchlichen Festen im Zusammenhang stehenden Aufführungen. Die musikalischen Vereine entfalteten gegenüber den Kriegsjahren eine regere Tätigkeit. Hierüber wie über die vorerwähnten Darbietungen geben die Tageszeitungen Aufschluß.

Tanzabende gaben: Ellen und Carter, Magda Maria-Heidelberg, Finni Ree (Rathgeber-Karlsruhe), Ruth Schwarzkopf und Sent Mahesa.

Im April wurden im Auftrag der Stadtgartenkommission eine Reihe (12) Künstlerpostkarten nach Aquarellen von Wilhelm Volz mit Darstellungen des Stadtgartens herausgegeben.

Am 6. September wurde die Kaller-Anlage von dem Stifter Großkaufmann Julius Kaller*) der Stadt übergeben. Die Anlage besteht in der Hauptsache aus einem halbrunden, durch eine Balustrade gekrönten Vorbau am westlichen Ufer des Schwanensees. Sie erhält künstlerischen Schmuck durch eine Puttengruppe mit Schwan, nach Entwurf von Bildhauer Otto Feist in Untersberger Marmor ausgeführt. Namens der Stadtverwaltung übernahm Bürgermeister Dr. Paul mit Dankesworten die Anlage. Der Stifter erwähnte, daß die Erinnerung an seine Jugendzeit, in der sein Vater, Turnlehrer Georg Kaller, neben dem Stadtgarten einen Turn- und Spielplatz errichtet hatte, ihn zu der Verschönerung dieser Erholungsstätte veranlaßt habe.

Über die Gestaltung der nachstehenden Plätze der Stadt hatte die Stadtverwaltung unter den in Karlsruhe ansässigen selbständigen

*) Vergl. Chronik 1917 Seite 280.

Architekten einen engeren Wettbewerb veranstaltet. Im ganzen liefen 47 Arbeiten ein. Das Preisgericht erteilte folgende Preise:

a) Platz am Durlachertor: 1. Preis: Kennwort „Gedenksäule“, Architekt Wilhelm Peter; 2. Preis: Kennwort „Gezeichnetes Schaubild“ derselbe; 3. Preis: Kennwort „Drei gezeichnete Kreise“, Architekt Rudolf Messang; 4. Preis: Kennwort „Advent“, Architekt G. Eckhardt, unter Mitarbeit von Architekt Richard Fuchs.

b) Platz bei der Kreuzung der Kriegs- und Dorf-Straße: 1. Preis: Kennwort „Kriegs-Straße—Dorf-Straße“, Baurat Professor Neumeister; 2. Preis: Kennwort „Dem Verkehr“, Architekt Th. Kempermann; 3. Preis: Kennwort „Durlach“, Architekt Emil Deines.

c) Platz an der Lamey- und Honsell-Straße: 1. Preis: Kennwort „Drei Dachreiter“, Architekt W. Langstein; 2. Preis: Kennwort „Sieben Giebelplatz“, Architekt Wilhelm Mund; 3. Preis: Kennwort „Gezeichnetes Schaubild“, Architekt Rudolf Messang.

d) Platz bei der Kreuzung der Dorf- und Weinbrenner-Straße: 1. Preis: Kennwort „Mit Bäumen und 2 Monumentalbauten“, Architekt W. Langstein; 2. Preis: Kennwort „Mit Kirche“, Architekten Eißler und Pommerenke; 3. Preis: Kennwort „Gezeichnetes Schaubild“, Architekt Gustav Bezel.

IV.

Politisches, industrielles und Vereinsleben.

1. Politisches Leben.

A. Allgemeines.

Die Wahlen zur verfassunggebenden badischen Nationalversammlung fanden Sonntag, den 5. Januar, von vormittags 9 bis abends 8 Uhr statt. Wahlversammlungen*) wurden noch zwei größere veranstaltet, am 3. Januar vom Zentrum (Redner: Geistlicher Rat Dr. Schofer) und am 4. Januar von der Deutsch-Demokratischen Partei (Redner: Professor Dr. Max Weber-Heidelberg). Fünf Parteien hatten im Wahlkreis Karlsruhe Vorschlagslisten mit je 33 Bewerbern eingereicht: die Deutsche Demokratische Partei, die Deutsch-Nationale Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und das Zentrum. Die Stadt einschließlich der eingemeindeten Vororte war in 102 Wahlbezirke eingeteilt. Als Wahllokale dienten vorherrschend die Schulhäuser. Im ganzen wurden hier 70 803 gültige Stimmen abgegeben (in Karlsruhe-Stadt und -Land zusammen 84 035): sie verteilten sich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien:

	Sozialdem.	Zentrum
Karlsruhe-Stadt . . .	25 655 = 36,2 %	13 973 = 19,7 %
Karlsruhe-Land u. Stadt	31 853 = 37,9 %	14 580 = 17,5 %
Ganzer Wahlkreis . .	106 421 = 36,3 %	92 215 = 30,4 %

*) Vergl. Chronik 1918, S. 159 ff.

	D.=Demokr.	D.=Nat.
Karlsruhe-Stadt . . .	23 655 = 33,4 %	4 914 = 7 %
Karlsruhe-Land u. Stadt	26 102 = 31 %	8 573 = 10,2 %
Ganzer Wahlkreis . .	60 984 = 21,1 %	28 405 = 10,1 %
Unabhäng. Sozialdem.		
Karlsruhe-Stadt . . .	2606 = 3,7 %	
Karlsruhe-Land u. Stadt	2927 = 3,4 %	
Ganzer Wahlkreis . .	5427 = 1,1 %	

Nach der amtlichen Bekanntmachung sind im Wahlkreis Karlsruhe gewählt: 12 Sozialdemokraten, 10 Mitglieder des Zentrums, 6 Deutsch-Demokraten und 3 Deutsch-Nationale; die Unabhängigen erhielten keinen Vertreter. Von den Abgeordneten wohnten 15 in Karlsruhe. Von den Sozialdemokraten: Rechtsanwalt und Stadtrat Dr. Eduard Dieß, Buchdruckers-Ehefrau Kunigunde Fischer, Rechtsanwalt Ludwig Marum, 3. St. Justizminister, Leopold Rückert, 3. St. Verkehrsminister, Bezirksleiter des Bauarbeiter-Verbands Richard Horter, Stadtrat und Zeitungsverleger Eugen Geck (6). Vom Zentrum: Rechtsanwalt Gustav Trunk, 3. St. Minister für Ernährungswesen, Klara Siebert, Vorsitzende des katholischen Frauenbundes, Stadtverordneter Wilhelm Müller, Vorsitzender des badischen Eisenbahner-Verbandes, Oberrevisor Heinrich Köhler, Oberlandesgerichtsrat Dr. Ernst Bernauer (5). Von der Deutsch-Demokratischen Partei: Oberbürgermeister Hermann Dietrich, 3. St. Minister des Auswärtigen, Rechtsanwalt Dr. Ludwig Haas, 3. St. Minister des Innern, Präsident des Verwaltungsgerichtshofs Dr. Karl Glockner (3). Von den Deutsch-Nationalen: Geh. Oberkirchenrat D. Friedrich Theodor Mayer. In anderen Wahlkreisen wurden gewählt: Oberlandesgerichtspräsident Dr. Johann Zehner (Zentrum) und Professor Hermann Hummel (D.=Demokr. Partei) von hier.

Die ganze Kammer zählte 107 Abgeordnete und zwar 39 Abgeordnete der Zentrums-Partei, 36 der Sozialdemokratischen Partei, 25 der Deutsch-Demokratischen Partei und 7 der Deutsch-Nationalen Volkspartei.

Am 9. Januar teilten die bisherigen Mitglieder der vorläufigen Volksregierung Brümmel und Schwarz (Unabhängige Sozial-

demokratie) ihren Austritt aus der Regierung dieser mit folgender schriftlichen Erklärung mit:

„Nachdem die Wahlen zur Badischen Nationalversammlung eine bürgerliche Zweidrittel-Mehrheit ergeben haben, erachten wir die Vorbedingungen, die uns am 11. November v. Js. zum Eintritt in die Regierung bewogen haben, als nicht mehr gegeben.

Wir halten es bei der Zusammensetzung der Nationalversammlung nicht für möglich, daß die Errungenschaften der Revolution gewahrt und weiter ausgebaut werden. Deshalb müssen wir auch die Vorarbeiten für diese Nationalversammlung ablehnen und erklären somit unsern Austritt aus der Regierung.“

Die Regierung hob das von Herrn Schwarz verwaltete Ministerium für soziale Fürsorge auf und übertrug die betreffenden Geschäfte an das Ministerium für Übergangswirtschaft, verwaltet von Philipp Markloff. Das Herrn Brümmer unterstellte Ministerium der militärischen Angelegenheiten wurde dem Ministerpräsidenten Geiß zugeteilt.

Am 10. Januar fand eine Kundgebung der Karlsruher Beamten- und Arbeiterschaft im Reichs-, Staats- und Gemeinderat im großen Festhallsaal zugunsten der Nationalversammlung statt, die sich gegen radikale Gegenströmungen richtete. Es sprachen Finanzrat Hauser, Oberrevisor Trautmann, Hauptlehrer Haebler und Finanzminister Dr. Wirth. folgende Resolution war das Ergebnis:

„Die am 10. Januar 1919 im großen Festhallsaal hier versammelten Beamten, Arbeiter und Angestellten von Reich, Staat und Gemeinden stellen sich rückhaltlos auf den Boden des demokratischen Volksstaates und erkennen die durch die Wahlen vom 5. Januar 1919 geschaffene Vertretung des badischen Volkes zur Nationalversammlung als den einzigen Ausdruck des Volkswillens an. Sie werden als berufene Vollstrecker dieses Volkswillens sich der Nationalversammlung einmütig und geschlossen unterstellen und mit allen Kräften dafür sorgen, daß die Nationalversammlung ihre Arbeit ungestört beginnen und durchführen kann. Diesen ihren unbeugbaren Willen bringen sie zur Kenntnis der vorläufigen Volksregierung. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter erwarten aber von der Regierung, daß sie diejenigen Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um jede Gewaltherrschaft, von welcher Seite sie auch kommen möge, energisch zu unterdrücken.“

Einen ähnlichen Beschluß faßte eine Vertreterversammlung des christlichen Gewerkschaftskartells am 6. März.

Am 11. Januar fand hier die Landesversammlung der Soldatenräte statt. Am selben Tag erließ die Regierung eine Erklärung über Bildung eines badischen Volksheeres und forderte Freiwillige zum Eintritt auf. Gleichzeitig teilte sie mit, daß sie die Bildung einer ehrenamtlichen freiwilligen Ordnungswehr genehmigt habe. In Karlsruhe wurde dem Professor Dr. Paulcke der Befehl dafür übertragen.

Am 15. Januar trat hier die badische Nationalversammlung zur ersten öffentlichen Versammlung zusammen. Das Landtagsgebäude und die umliegenden Häuser hatten geflaggt, vor ersterem waren Mannschaften des Grenadier-Regiments und der vorerwähnten Ordnungswehr aufgestellt. Der Alterspräsident Reinhardt eröffnete um 10¹/₄ die Sitzung; zum 1. Präsidenten wurden Abg. Kopf (Zentrum), zum 1. Vizepräsidenten Abg. Kemmele (Soz.) und zum 2. Vizepräsidenten Abg. Muser (Dem.) gewählt. Ministerpräsident Geiß hielt die Eröffnungsrede.

Die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung fanden am 19. Januar statt. Baden bildete einen Wahlkreis, den 33. Da die Wahlen zur badischen Nationalversammlung 14 Tage zuvor stattgefunden hatten, wurden nur wenige Wahlversammlungen abgehalten.

Am 7. Januar sprach Abg. Muser in einer Versammlung der Deutsch=Demokratischen Partei; am 11. (Weststadt) und 15. Januar (Oststadt) von der nämlichen Fraktion Malermeister Karl Lacroix und Professor Albert Kessler, am 17. (Mühlburg) Generalsekretär Karl Dees und Fräulein Luise Kiegger. In der großen Versammlung der Partei am 16. Januar trat Minister Dr. Ludwig Haas als Redner auf.

Die Deutsch=Nationale Volkspartei hielt Versammlungen ab: am 11. Januar (Weststadt), Redner: Dr. med. Bernhard Ursperger und Hauptmann von Renz, am 13. (Oststadt), Redner: Handlungsgehilfe Oskar Eisinger und Frä. Berta Miller, am 15. (Mittelsstadt), Redner: Fabrikant Gustav Habermehl-Pforzheim, am 17., Redner: Geh. Kirchenrat D. Mayer. Am 18. sprachen Minister a. D. Dr. Düringer und Freifrau von Marschall-Neuershausen.

In einer Frauenversammlung der Zentrumsparthei am 13. Januar sprach Frä. Marie Riegel. Eine große Versammlung der Zentrumsparthei fand am 17. Januar in der Festhalle statt; Redner waren Handwerkskammer-Präsident Isenmann-Bruchsal und Finanzminister Dr. Wirth.

Die Sozialdemokratische Partei veranstaltete am 17. Januar eine größere Versammlung; es sprachen Frau Kuni-gunde Fischer und Minister Leopold Rückert.

Die Unabhängige Sozialdemokratie beteiligte sich in Baden nicht an der Wahl.

Die äußeren Wahlvorgänge verliefen ähnlich wie bei der badischen Nationalversammlung. folgendes Ergebnis wurde amtlich festgestellt:

	Dtsch.-Dem.	Dtsch.-Nat.	Soziald.	Zentrum
In der Stadt Karlsruhe	21 564	5 506	28 378	14 149
Stadt- und Landbezirk	24 847	8 847	34 699	14 630
Im ganzen Lande	226 836	78 976	366 824	381 135

(33. Wahlkreis)

Im ganzen abgegebene Stimmen:

In der Stadt Karlsruhe	69 579
Stadt- und Landbezirk	83 023
Im ganzen Lande	1 033 771

(33. Wahlkreis)

Bei Verteilung der Mandate ergab sich, daß auf 73 365 Stimmen je 1 Sitz kam. Demnach fielen der Sozialdemokratischen Partei und dem Zentrum je 5 Sitze zu, der Deutsch-Demokratischen Partei 3 und der Deutsch-Nationalen Volkspartei 1. Unverbrauchte Stimmen-
reste ergaben sich bei den Demokraten 7641, bei den Deutsch-Nationalen 5611, beim Zentrum 14310. Von den gewählten Abgeordneten wohnen in Karlsruhe: von den Demokraten Minister Hermann Dietrich und Minister Dr. Ludwig Haas, der Deutsch-Nationale Vertreter Minister a. D. Dr. Adalbert Düringer, von der Sozial-demokratischen Partei Parteisekretär Oskar Trinks, Verkehrsminister Leopold Rückert und vom Zentrum Präsident Dr. Johann Zehnter, Minister Dr. Joseph Wirth und Gewerkschaftssekretär Joseph Erasing.

Die städtische Metall- und Gummi-Annahmestelle wurde nach Bekanntmachung vom 21. Januar geschlossen.

Am 22. Januar wurde bekannt gegeben, daß nach Mitteilung der französischen Militärbehörde diejenigen demobilisierten Militärpersonen, die seit 1. Januar 1919 zugezogen sind und vor dem 1. August nicht dort gewohnt haben, die neutrale Zone unverzüglich verlassen mußten. Ausgenommen hiervon wurden: 1. alle Arbeiter des Staats- und Gemeindedienstes, sowie die Angestellten aller öffentlichen Rechtsorganisationen; 2. alle Lehrer und Schüler öffentlicher und privater Lehranstalten; 3. die Angestellten aller Bank- und Kreditanstalten. Am 23. Januar gab das Bürgermeisteramt bekannt, daß sich alle in Karlsruhe wohnenden Heeresentlassenen zu melden hätten, da das französische Oberkommando von den Gemeinden der neutralen Zone Listen hierüber verlangt habe.

Durch Stadtratsbeschluß vom 14. März wurde zur Einlösung des städtischen Notgelds auf 1. April aufgerufen. Die Gültigkeit erlosch am 1. Mai.

Auf den 2. Februar hatten der Badische Handelstag, die Börse und zahlreiche Verbände des Groß- und Kleinhandels eine Versammlung hierher einberufen, die zur Wiederbelebung des Handels Stellung nahmen.

Am 4. Februar erließ der Verkaufsschuß der Parfümerie- und Toiletteseifenfabrik F. Wolff & Sohn eine Kundgebung, die sich an die „ganze zivilisierte Menschheit“ mit der Forderung nach Lieferung von Kohlen und Rohstoffen richtete, damit gearbeitet werden könne.

Anfang Februar erließ der Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft, Abt. Karlsruhe, gemeinsam mit dem Vorstand des Deutschen Frauenvereins vom Roten Kreuz für die Kolonien folgenden Aufruf:

Der Reichsverband der Kolonialdeutschen erläßt einen Aufruf zur Unterzeichnung einer Kundgebung, in der das deutsche Volk seinen unbeugsamen Willen zur Wiedererlangung unserer Kolonien ausdrücken und unserer Regierung bei den Friedensverhandlungen den Rücken stärken soll.

Wir fordern nicht nur unsere Mitglieder, sondern alle Mitbürger und Mitbürgerinnen ohne Unterschied der Parteien auf, sich in die bis zum 15. Februar in den hiesigen Buchhandlungen und Zeitungs-Expeditionen aufliegenden Listen baldmöglichst eintragen zu wollen.

Am 10. Februar, nachmittags, traf eine französische Truppenabteilung, bestehend aus 2 Offizieren und 38 Mann, zur Überwachung des Rheinhafens ein.

Am 16. Februar fand eine Protestversammlung auf Veranlassung des Landesvereins vom Roten Kreuz und des Volksbundes zum Schutze der Kriegsgefangenen statt. Als Vertreter der beiden Vereinigungen sprachen Dr. Ströbe und Ingenieur Rupp, als ehemaliger Kriegsgefangener Rechtsanwalt Huckele, namens der badischen Regierung Geh. Oberregierungsrat Dr. Arnsperger. folgende Entschlieſung wurde angenommen:

„Die von über 4000 Angehörigen und Freunden deutscher Kriegs- und Zivilgefangener besuchte Versammlung der Bezirksgruppe Karlsruhe des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen erhebt klammenden Protest dagegen, daß die Regierungen der Verbündeten beabsichtigen, entgegen allen Forderungen der Menschlichkeit und des Völkerrechts, 800 000 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene auf ungewisse Zeit ihrer Heimat vorzuenthalten und in Fronarbeit schmachten zu lassen. Eine solche Maßnahme ist Fortsetzung des Krieges gegen Wehrlose, Verlängerung des Vernichtungskampfes gegen die deutsche Volkskraft und Rückfall in die Sklaverei barbarischer Zeiten — in der Geburtsstunde des Völkerbundes und des Weltfriedens. Statt Völkerveröhnung wird Völkerhaß daraus erwachsen.

Eingedenk unserer Pflichten der Blutstreue und der Dankbarkeit gegen unsere Brüder, die für uns alle gekämpft und in jahrelanger Knechtschaft gelitten haben, fordern wir, daß der qualvollen Ungewißheit ihres Schicksals, die der Gegner durch Verzögerung der Friedensverhandlungen immer weiter verlängert, ein Ende gemacht wird. Bei Erneuerung des Waffenstillstandes verlangen wir von unseren Unterhändlern, daß sie vom Gegner eine sofortige und unzweideutige Erklärung darüber herbeiführen:

1. Ob der Gegner bereit ist, unsere Gefangenen sofort herauszugeben.
2. Falls er darauf beharrt, daß erst die Friedensverhandlungen darüber entscheiden sollen, ob er bereit ist, diese sofort zu beginnen.
3. Ob er bereit ist, die Herausgabe der Gefangenen sofort bei Beginn der Friedensverhandlungen zu bewirken.

Wir erwarten, daß endlich die Wendung im Schicksal der Gefangenen herbeigeführt wird.“

Außerdem wurde ein Telegramm an die deutsche Nationalversammlung in Weimar abgeschickt, worin sie auch fernerhin um Eintreten für die Gefangenen gebeten wurde.

Am 18. Februar veröffentlichte das Bezirksamt eine Verordnung, wonach für Kraftfahrzeuge neue Fahrtausweise verlangt wurden.

Am 22. Februar verhängte die Regierung über Baden den Belagerungszustand. Die Kundmachung hatte folgenden Wortlaut:

„An das badische Volk!

Seit dem Tage der Revolution hat das badische Volk die Ordnung im Lande aufrecht erhalten. Die überwältigende Mehrheit des badischen Volkes will auch weiter Frieden und Ruhe. In Mannheim sind auf Betreiben spartakistischer und bolschewistischer Elemente Unruhen ausgebrochen, an denen unabhängige Sozialdemokraten sich beteiligt haben. Sie haben Gewalt gebraucht. Wir müssen das badische Volk vor einer Schreckensherrschaft, vor der Vergewaltigung durch eine kleine verbrecherische Minderheit schützen.

Die Badische vorläufige Volksregierung erklärt deshalb hiermit den
Belagerungszustand
über die Republik Baden.

Mit sofortiger Wirkung werden verboten:

1. Alle Versammlungen.
2. Alle Menschenansammlungen auf Straßen und Plätzen.
3. Umzüge aller Art.
4. Das Tragen von Waffen durch Personen, die nicht von der Regierung oder ihren Behörden dazu ermächtigt sind.
5. Jede Verbreitung von Flugschriften und Handzetteln, sowie der Vertrieb von Zeitungen auf Straßen und Plätzen.

Die Polizei ist und wird auf 7 Uhr festgesetzt: alle öffentlichen Lokale, Wirtschaften, Vergnügungsstätten, Theater, Lichtspielhallen und dergl. sind abends 7 Uhr zu schließen und dürfen vor morgens 9 Uhr nicht geöffnet werden. Der Straßenverkehr in den Städten ist von abends 8 Uhr ab verboten, soweit nicht die Bezirksämter eine Ausnahme zulassen.

Die Beschränkungen der Strafprozessordnungen hinsichtlich der Verhaftung, Beschlagnahme und Durchführung sind aufgehoben.

Die Organe der Regierung sind ermächtigt, jeden, der es unternimmt, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören oder den Bestand des Staates oder der gegenwärtigen Regierung zu gefährden, zu verhaften.

Mitbürger! Wir wissen, daß hinter diesen Anordnungen auch der Wille der Reichsregierung, des Reichspräsidenten Ebert, des Reichsministeriums Scheidemann steht. Wir wollen nicht Vorgänge wie im Ruhrgebiet, wie in München und Berlin erleben. Euere Einsicht soll dafür sorgen, daß in Baden kein Bruderblut fließt. Ihr versteht es, daß wir im Interesse der Ordnung und der Ruhe und zur Erhaltung der Errungenschaften des 9. November diese strengen Vorschriften erlassen müssen. Euere Vernunft und Euer kaltes Blut sorgen dafür, daß wir diese Bestimmungen bald wieder aufheben können."

Im Anschluß an diese Verfügung der Regierung veröffentlichten die Führer der Zentrumspartei, der Sozialdemokratischen und der Deutsch-Demokratischen Partei folgende Erklärung:

„Mitbürger! Die vorläufige Volksregierung war gezwungen, den Belagerungszustand zu erklären. Wir billigen diesen Schritt und stehen geschlossen

hinter der vorläufigen Volksregierung. Von Euch allen in Stadt und Land erwarten wir das gleiche."

Ebenso wandten sich die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte an das badische Volk mit einem Aufruf, in dem es u. a. hieß:

"Ungeahntes Elend für unser erschöpftes Volk wäre die Folge der zweiten Umwälzung. Auch die durch die Nationalversammlung gesicherten Erfolge der Revolution würden dadurch wieder in Frage gestellt, der völlige Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft und der Staatsbankrott unvermeidlich. Das revolutionäre Proletariat steht im Verein mit den Soldaten seit Beginn der Revolution hinter der vorläufigen Volksregierung, die mit ihrer Autorität unsere Forderungen unterstützt."

Die Regierung hatte außer den im Aufruf erlassenen Maßnahmen für militärischen Schutz gesorgt und den Verkehr nach dem aufständischen Gebiet gesperrt. Sechs Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie wurden in Haft genommen. Der 22. und die Nacht zum 23. verlief ruhig. Am Vormittag des letzteren (Sonntag) kam es infolge des Verbots einer von den Unabhängigen ins Colosseum einberufenen Versammlung zu Demonstrationen am Schloßplatz vor dem Ministerium des Innern. Auf Vorstellung von Abordnungen der Unabhängigen und des Volksrats wurden die tags zuvor Verhafteten freigegeben, nachdem sie sich verpflichtet hatten, nichts gegen die Regierung zu unternehmen. Nach weiteren Vorstellungen hob die Regierung den Belagerungszustand — Mannheim ausgenommen — unter Voraussetzung, daß keine Unruhen bis dahin vorkämen, von Montag früh an auf. Die Ansammlung dauerte bis in die Nacht an, es kam zur Zertrümmerung einiger Fensterscheiben und zu einigen Schreckschüssen.

Auch vor dem Fürstenberg-Palais in der Erbprinzenstraße, dem Sitz des Volksrats, kam es am Nachmittag des 23. Februar zu einer Kundgebung wegen Aufhebung des Belagerungszustandes, die den erwähnten Schritt des Volksrats bei der Regierung zur Folge hatte.

Zur Beruhigung der Bevölkerung war im Laufe des Nachmittags folgende Erklärung der Regierung angeschlagen worden:

„Mitbürger!

Die Erklärung des Belagerungszustandes für das ganze Gebiet der Republik Baden ist erfolgt, weil, wie einwandfrei festgestellt werden konnte, von langer Hand vorbereitet, auch in Baden die Räterepublik ausgerufen

werden sollte. Spartakisten und ein Teil der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Mannheim haben im Anschluß an eine Protestversammlung gegen die politischen Morde in München unter Mißbrauch des guten Glaubens der Arbeiterschaft den Sturz der vorläufigen Volksregierung angekündigt. Die vorläufige Volksregierung und das badische Volk verurteilen diese Morde, auch den des Ministerpräsidenten Eisner, auf das schärfste.

Einem Demonstrationzug in Mannheim folgten Gewalttätigkeiten schlimmster Art. Die Gefängnisse wurden geöffnet, selbst für Schwerverbrecher. Die innere Einrichtung der Gerichte völlig demoliert und sämtliche Akten verbrannt. In einem Gefängnis wurde Brand gelegt. Diesen Gewalttätigkeiten folgten Plünderungen. Am Sonntag Nachmittag wurde die sozialdemokratische „Volksstimme“ durch Spartakisten mit Maschinengewehren gestürmt. Die Bevölkerung dieser Stadt befindet sich in Angst um ihre Sicherheit. Bis zur Stunde war die Regierung noch nicht in der Lage, diesen spartakistischen Umtrieben Einhalt zu gebieten.

Von Mannheim aus war angekündigt, am Sitz der Regierung den letzten Schritt zur Beseitigung derselben zu unternehmen. Konnte da die vorläufige Volksregierung tatenlos zusehen, oder war es nicht ihre heiligste Pflicht, durch energische Maßnahmen den drohenden Brand zu ersticken?

Mitbürger! Arbeiter! Beamte! Wer von Euch ruhig denkt und auf dem Boden der Demokratie sich bewegt, der wird zugeben, daß durch Gewaltakte, wie sie die Mannheimer Bevölkerung über sich ergehen lassen muß, das Wohl des gesamten Volkes schwer geschädigt wird.

Unsere Lebensmittelvorräte sind durch einen über vierjährigen Krieg völlig erschöpft. Bei der geringsten Störung der Volkswirtschaft ist die Ernährung des Volkes in Frage gestellt. Zu diesem Elend käme der finanzielle Bankrott des Staates.

Der Belagerungszustand wird selbstverständlich aufgehoben, sobald die Ruhe gewährleistet ist.

Einige Personen, die nach zuverlässigen Mitteilungen den Sturz der Regierung betrieben haben, mußten in Sicherheitshaft genommen werden. Ein Teil von ihnen war auch verantwortlich für ein Flugblatt, das vor der Verbreitung noch rechtzeitig beschlagnahmt wurde und das in unerhörter Weise die öffentliche Meinung irreführt und die Ordnung gefährdet hätte. Nachdem sich die Verhafteten durch Handschlag den Beauftragten des Volksrats gegenüber verpflichtet hatten, keine Gewalt gegen die Regierung anzuwenden, wurden sie (Sonntag Nachmittag 2 Uhr) freigelassen.

Das ist die Wahrheit! Alle Gerüchte, die darüber hinaus verbreitet worden sind, entbehren jeder Grundlage. Hätte die Regierung nicht rechtzeitig für vorbeugende Maßnahmen gesorgt, dann wäre die Spartakusherrschaft errichtet und der Ruin des Landes besiegelt gewesen.

Mitbürger! Die vorläufige Regierung ist fest entschlossen, weiterhin wachsam zu sein. Sie ist entschieden gegen jedes Blutvergießen, das vermieden werden wird, wenn alle Mitbürger die Unordnungen der Volksregierung be-

folgen. Ohne militärischen Schutz wäre die vorläufige Regierung machtlos und das Volk dem Terror ausgeliefert.

Neugierige! Meidet möglichst die Straßen, haltet Euch von Ansammlungen fern.

Mütter! Seht Eure Kinder nicht der Gefahr aus!

Sucht und Ordnung allein kann das Volk von sicherem Untergang retten, Anarchie und Terror führen es ins tiefste Elend.

Mitbürger! Vergesst nicht, daß im neuen demokratischen Staate die Soldaten unsere Brüder sind. Wenn diese uns helfen, die Ordnung aufrecht zu erhalten, dann erfüllen sie eine hohe Volkspflicht.

Am Montag Vormittag erfolgte ein Anschlag, der den Belagerungszustand mit Ausnahme von Mannheim aufhob.

Auf 25. Februar hatte die Regierung Vertreter der Presse des ganzen Landes eingeladen, um sie über die politische und wirtschaftliche Lage zu unterrichten.

Am 7. März erging eine badische Volksverordnung zu der vom Reiche erlassenen Bestimmung über Unterbringung von Schwerkriegsbeschädigten; dieselbe ordnete an, daß in Betrieben, Büros und Verwaltungen auf je 100 Personen ein Schwerebeschädigter zu beschäftigen ist.

Die badischen Ausführungsbestimmungen zur Reichsverordnung über Waffenbesitz verlangten unter dem 10. März die Ablieferung aller Schußwaffen und Munition bis längstens 18. März bei der Ortspolizei.

Am 10. März fand auf Einladung der Regierung eine Vertreterversammlung der verschiedenen badischen Beamtenvereine statt, in der über die politische und finanzielle Lage Aufklärung erfolgte; außerdem wurde für die Freiwilligenbataillone geworben.

Die feindliche Besatzung des Rheinhafens war infolge der Mannheimer Unruhen plötzlich zurückgezogen worden, sie kehrte jedoch am 17. März in Stärke von 70 Mann und 2 Offizieren wieder zurück.

Vom 1. April wurde die Polizeistunde für Wirtschaften, Theater, Lichtspielhäuser auf 12 Uhr verlängert.

Am 8. April fuhr ein Lazarettzug mit 200 aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrten Schwerverwundeten mit viertelstündigem Aufenthalt hier durch.

Am 13. April fand eine Volksabstimmung statt über die badische Verfassung und über die Frage, ob die Nationalversammlung als badischer Landtag bis Oktober 1921 tagen solle. In Karlsruhe stimmten für Annahme der Verfassung 22 355, gegen Annahme 24 79, für die Fortdauer der Nationalversammlung 22 418, dagegen 23 68.

Am 14. April veröffentlichte der Stadtrat eine Verordnung des Ministeriums gegen den Wohnungsmangel (Beschränkung bei Ankündigung von Wohnungen, Einverständnis der Gemeindebehörde) und übertrug dem Wohnungsamt die Genehmigung der Mietverträge. Außerdem erließ der Stadtrat am 17. eine Warnung gegen Zuzug hierher.

Am 25. April veröffentlichte die Regierung folgenden Aufruf:

Mitbürger!

„Immer noch muß mit Unruhen gerechnet werden. Ganz offen verlangen extreme Elemente den Sturz der gegenwärtigen Regierung und die Beseitigung unserer Staatsordnung mit Waffengewalt. Dies würde den Bürgerkrieg bedeuten.

Die Regierung, die die freie Meinungsäußerung in weitgehendster Weise duldet, muß aber bereit und gerüstet sein, Gewalt gegen Gewalt zu setzen, um Ruhe und Ordnung im badischen Land aufrecht zu erhalten.

Schon die Tatsache allein, daß die Regierung über Machtmittel verfügt, um jede Gewaltsanwendung zu unterdrücken, wird erhöhte Sicherheit bieten, so daß von frevelhaftem Versuch, die Ruhe im Lande durch Gewalt zu stören, wohl abgesehen wird.

Die Regierung hat die badischen freiwilligen-Bataillone aufgestellt, auf die sie in der Stunde der Gefahr sich voll verlassen kann. Die Zahl der Bataillone ist aber beschränkt, einmal durch das Gebot der Entente, dann aber auch, weil es notwendig ist, daß ein jeder Mann, der arbeiten kann, jetzt für den Staat arbeitet.

Die Reserve-Miliz-Bataillone sollen daher der badischen Volksregierung die Mittel geben, wenn verbrecherische Elemente trotz alledem den Versuch machen, die Ruhe und Sicherheit in Baden zu stören und die Regierung gewaltsam zu stürzen, diesem verbrecherischen Treiben mit aller Energie entgegenzutreten.

Ohne Rücksicht auf Rang und Stand soll Arbeiter, Bürger und Beamter, ein jeder, der bereit ist, die badische Volksregierung zu schützen, in diese Bataillone eintreten. Wie im August 1914, wo das Vaterland von außen in Gefahr war, wird jetzt wieder ein jeder, ob arm oder reich, aufgerufen zur Verteidigung des Vaterlandes gegen die noch viel schlimmere Gefahr, die ihm von innen droht, gegen die, die das furchtbare Unglück des Bürgerkriegs über unser Vaterland heraufbeschwören wollen.“

Gleichzeitig damit veröffentlichte das Bezirksamt Richtlinien für Errichtung der Badischen Reserve-Miliz-Bataillone.

Unter dem Eindruck der harten Friedensbedingungen wurde am 9. Mai nach dem Vorbild der Reichsregierung auch für Baden die Volkstrauer angeordnet. In die Bezirksamter erging folgende Weisung:

Zum Zeichen der Trauer über die Friedensbedingungen werden vom 10. bis einschließlich 17. Mai alle öffentlichen Lustbarkeiten verboten, insbesondere Konzerte in Wirtschaften und Kaffees (Tanzunterhaltungen öffentlicher und geschlossener Gesellschaften einschließlich Tanzstunden). Aufführungen in Theatern, auch Lichtspieltheatern, die dem Ernste dieser schwersten Zeit entsprechen, sind zugelassen.

Zu einer Protestkundgebung gegen den Gewaltfrieden hatten die Stadtverwaltung und die Vorstände der vier Hauptfraktionen auf 13. Mai eingeladen. Stadtpfarrer D. Hesselbacher war der Redner. Im Anschluß daran wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die in der städt. Festhalle versammelte Bürgerschaft Karlsruhes erhebt leidenschaftlichen Widerspruch gegen die von unseren Feinden unserem Volk auferlegten Friedensbedingungen, welche Millionen unserer deutschen Volksgenossen von ihrem Mutterland wider alles Recht losreißen und das Recht der Selbstbestimmung der Völker mit Füßen treten,

insbesondere ein wichtiges Gebiet unserer engeren badischen Heimat auf 15 Jahre unter feindliche Besetzung stellen und den Kehler Hafen, eine der wichtigsten Lebensadern der badischen Industrie uns auf viele Jahre rauben, welche durch ihre unmenschlichen Forderungen von Ablieferung der wichtigsten Zuchttiere ein durch die jahrelange Blockade aufs äußerste erschöpftes Volk neuem Darben, Hungern und Sterben in die Arme werfen und welche durch ihre finanziellen Maßnahmen die deutsche Arbeit zu einer Fronarbeit im Dienst der Feinde gestalten, so daß das deutsche Volk einem trostlosen Sklavendasein ausgeliefert wäre.

Sie erklärt diese Friedensbedingungen für unerfüllbar und unannehmbar.

Die Versammlung gelobt neue Treue zum deutschen Reich und will in Einigkeit aller Stände und Klassen des Volkes in nimmermüder pflichttreuer Arbeit an dem Aufbau eines neuen Deutschlands mitwirken, das unseren Nachkommen nach all den langen Jahren tiefster Schmach und Erniedrigung den Morgen der Freiheit bringen wird.“

Auch die badische Handelskammer nahm in einer Sitzung am 14. Mai Stellung gegen den Friedensvertrag ein. Ebenso erhob der Landtag am 16. Mai Protest gegen die gestellten Bedingungen.

Am 22. Mai fand eine Versammlung der Kriegshinterbliebenen statt. U. Kirschner aus Mannheim brachte als Berichterstatter die Wünsche der Teilnehmer zum Ausdruck.

Der Reichsbund für Kriegsbeschädigte (Ortsgruppe) protestierte in öffentlicher Versammlung am 3. Mai gegen den Gewaltfrieden.

Aus der Stadtratsitzung vom 5. Juni wurde berichtet, daß auf Anregung der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene zum würdigen Empfang und geordneter Übernahme hier ein Hauptausschuß der „Kriegsgefangenen=Heimkehr“ gebildet wurde, der außer Stadtratsmitgliedern Vertreter der Fürsorgervereine und Berufsorganisationen enthalten solle. Außerdem wurde die Errichtung einer Geschäftsstelle der „Kriegsgefangenen=Heimkehr“ als Abteilung des Kriegsunterstützungsamts beschlossen.

Am 18. Juni beschloß der Stadtrat die Beteiligung der Stadt an der von der Regierung zu gründenden Badischen Siedlungs- und Landbank G. m. b. H. mit einem Anteil von 20000 Mark. In der Gründungsversammlung am 12. hatte der Oberbürgermeister Karlsruhe und andere Städte der Städteordnung vertreten.

Die französische Militär-Kommission, die zeitweise die Stadt verlassen hatte, ist am 30. Mai wieder hier eingetroffen und im Hotel „Germania“ abgestiegen. Sie besteht aus zwei Hauptleuten nebst Begleitmannschaft und Dolmetschern und hat die Aufgabe, die Postangelegenheiten für Elsaß-Lothringen und die Rheinpfalz, die beim Abschnitt IV der neutralen Zone vorliegen, zu regeln.

Am 5. Juli tagte die Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe zum ersten Mal in der neuen Zusammensetzung. Das parteipolitische Gepräge trat schon äußerlich dadurch hervor, daß die Abgeordneten nicht mehr nach Gemeinden, sondern nach Parteien getrennt saßen. Die Umlage wurde auf 22 Pf. festgesetzt.

Am 12. Juli veröffentlichte das Bürgermeisteramt eine Verordnung des Ministeriums über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. Die wichtigste Bestimmung lautete dahin,

daß die Zahl der bewohnten Räume nicht mehr als die um eins vermehrte Zahl der Haushaltangehörigen betragen solle; dieselbe solle im allgemeinen sechs Räume nicht überschreiten. Am 1. August erließ der Stadtrat Bestimmungen über Mieterschutz und Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, die die zuletzt und früher erwähnten Verordnungen ergänzten.

Am 14. Juli fand eine Zusammenkunft des Karlsruher Reservemiliz-Bataillons statt, dieses gliedert sich in vier Kompagnien und ist 700 Mann stark, die allen Kreisen der Bürgerschaft angehören.

Am 5. August besichtigte Reichswehrminister Noske hier Vertreter der badischen Reichswehrbrigade und ermahnte sie zu steter treuer Pflichterfüllung. Generalleutnant von Dawans, der Führer der Brigade, gelobte dies in ihrem Namen. Anschließend fand eine Besprechung im Staatsministerium statt.

In einer Landesversammlung der badischen Arbeiter- und Volksräte am 18. August wurde schnellere Bekämpfung des Schleichhandels und Bestrafung der Schieber und Schleichhändler gefordert. Zum Schluß wurde die Auflösung der Räte mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Am 29. August traf Reichspräsident Ebert in Begleitung des Reichswehrministers Noske zum ersten Male in Karlsruhe ein. Nach Empfang am Bahnhof durch den Staatspräsidenten und die Spitzen der Behörden fand in der Wohnung des Staatspräsidenten eine Besprechung statt, in der die Frage der Heimkehr der Kriegsgefangenen, die Vermögensabgabe und die Frage der Kohlenversorgung erörtert wurde. Um 1½ Uhr fand im Staatsministerium ein Mittagsmahl statt, an dem etwa 70 Personen, Vertreter ziviler und militärischer Behörden, des Landtags u. a. m. teilnahmen. Hierbei ergriff zunächst der Staatspräsident das Wort zu folgender Ansprache:

„Der heutige Tag bedeutet in dem gegenwärtigen trüben Leben einen Lichtstrahl, der wohl alle unsere Herzen erleuchtet hat. Der Anlaß ist, daß wir unseren sehr geschätzten Herrn Reichspräsident Ebert und den Herrn Reichswehrminister Noske in unserer Mitte begrüßen dürfen.

Die Regierung und mit ihr das ganze badische Volk, dessen Vertreter hier versammelt sind, ist voll Freude darüber, daß wir mit diesem Besuche beehrt wurden, denn es ist für uns ein Beweis guten Zusammenwirkens und

Zusammenarbeitens. Ich schöpfe daraus die Überzeugung, daß die Reichsregierung gewillt ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften dafür einzutreten, daß eine Gesundung des Deutschen Reiches herbeigeführt wird, daß der Neubau, welchen wir zu vollenden haben, einheitlich im Benehmen zwischen Gliedstaaten und Reichsregierung gestaltet wird, und daß in dieser gemeinsamen Arbeit das gegenseitige Vertrauen sich verkörpert.

Ich darf dem Herrn Reichspräsidenten und dem Herrn Reichswehrminister die Versicherung von hier mitgeben, daß Badens Land und Regierung volles Vertrauen zur Reichsregierung haben, und daß das badische Volk, wie die badische Regierung, so wie bisher auch in Zukunft fest und treu zum Reiche halten werden.

Bei diesem Anlaß der Begrüßung der Vertreter des Reiches hat die Regierung geglaubt, auch Vertreter der Korporationen und Organisationen unseres Landes zu uns einladen zu sollen. Der überaus zahlreiche Besuch gibt uns den Beweis, daß Sie meine Herren, gewillt sind, Ihrerseits, gleichviel Vertreter welcher politischen oder religiösen Art Sie sein mögen, alle Kräfte zusammenzufassen, um Ihre Regierung zu schützen und die großen Aufgaben, welche wir zu erfüllen haben, einer glücklichen Lösung entgegenzuführen.

Meine Herren! Sie wissen, was das Deutsche Volk in den letzten Jahren zu leiden hatte, was das Deutsche Volk ertragen mußte und mit großer Geduld ertragen hat. Ich will nicht zurückgreifen auf das, was hinter uns liegt, auch nicht Wunden aufreißen, welche bereits zu heilen und zu narben begonnen haben; aber eines glaube ich beim heutigen Zusammensein sagen zu dürfen: Das Andenken der Tapferen, die draußen im Felde vor dem Feinde ihr Leben und alles, was sie hatten, in die Schanze geschlagen haben, die bis zum letzten Augenblick, bis zur Erschöpfung mit voller Kraft das Vaterland verteidigt haben, werden wir zu aller Zeit dankbar und hoch in Ehren halten; insbesondere werden wir denen, die ihr Blut vergossen und ihr Leben für das Vaterland dahingegeben haben, alle Zeit ein dankbares, treues und ehrendes Andenken bewahren. Auch jener, welche fern von der Familie und Heimat noch in harter Gefangenschaft weilen, gedenken wir in steter, dankbarer Treue und hoffen zuversichtlich, daß recht bald die Zeit kommen möge, wo sie wieder in die Heimat zu ihren Lieben zurückkehren können!

Ich glaube, wir dürfen uns gegenseitig das Gelöbnis geben, daß wir uns voll bewußt sind der ungeheueren Schwierigkeit der Aufgaben, die wir noch zu lösen haben, und die es notwendig macht, unsere ganze Kraft zusammenzufassen. In diesem Sinne glaube ich, sagen zu dürfen: Das Deutsche Volk wird nicht untergehen, es kann nicht untergehen, es darf nicht untergehen. Das Deutsche Volk war jederzeit eines der Völker, die durch Fleiß und Treue, durch Manneszucht und Arbeitsamkeit sich ausgezeichnet haben; und wenn auch 3. Zt. eine gewisse Krankheit an unserem Volkskörper zu beobachten ist, so dürfen wir uns doch der Hoffnung hingeben, daß diese Krankheit bald überwunden und das Deutsche Volk bald wieder das sein wird, was es bisher war, ein emsiges, fleißiges und zuverlässiges Volk. Darum dürfen wir nicht

hoffnungslos in die Zukunft blicken, sondern müssen dahin wirken, daß alles zum Guten ausschlägt.

Ich bitte Sie, das Glas zu ergreifen und zu trinken auf das Wohl des deutschen Volkes, auf das Blühen und Gedeihen der deutschen Nation!“

Nach dem Staatspräsidenten erhob sich sofort der Reichspräsident und führte aus:

„Ich danke dem Herrn Staatspräsidenten für die freundliche Begrüßung, die er an uns, meinen Freund, den Herrn Reichswehrminister Noske und mich gerichtet hat.

Wir haben es als unsere Pflicht betrachtet, nachdem die Verfassung in Weimar zum Abschluß gebracht worden war, möglichst schnell mit den Vertretern der Regierung der einzelnen Länder in mündliche Beziehungen zu treten, um uns zu informieren über die Auffassung von der Verfassung, über die Wünsche inbezug auf den Wiederaufbau des Deutschen Reiches und die Schwierigkeiten, die uns in der nächsten Zeit entgegen stehen. Und wenn mich der Weg zunächst nach Süddeutschland geführt hat, so war es meine alte Anhänglichkeit an Süddeutschland, die mich bewog, zunächst dort vorzusprechen, zunächst dort mich umzusehen.

Ich freue mich deshalb außerordentlich, daß zu dieser heutigen Veranstaltung alle Bevölkerungsschichten des Landes, alle Korporationen zugezogen worden sind; ich freue mich besonders, in dieser Gesellschaft auch unseren allverehrten landsmännischen Künstler Hans Thoma begrüßen zu können, und ebenso freue ich mich, unseren vortrefflichen Präsidenten der Nationalversammlung, meinen Freund Fehrenbach, hier sehen zu können.

Meine Herren, wenn so, wie wir hier in dieser Stunde uns zusammengefunden haben, wir auch gemeinsam und verständnisvoll an die Aufgaben gehen, die uns die Zukunft stellen wird, dann bin ich frohen Mutes, dann fürchte ich nichts, dann verzage ich nicht. Es ist leider zu beklagen, — das darf ich hier wohl aussprechen — daß zu den ungeheueren Schwierigkeiten, die unserem Lande auf außer- und innerpolitischem Gebiet erwachsen sind, auch Schwierigkeiten der inneren Herwürfnisse, des Bruderkriegs im Innern gekommen sind. Es gibt Schichten in unserer Bevölkerung, die wahrlich die Schwere, die auf unserem Lande lastet, die Not der Zeit, nicht zu würdigen wissen. Unser gemeinsames Ziel, glaube ich, muß in dieser Situation vor allem sein, den Boden zu festigen, auf dem unser neues Reich, unser neues Deutschland aufgebaut werden soll. Und zu diesem Bauwerk muß jeder seinen Stein beitragen, jeder muß mit gutem Willen an die Arbeit gehen, dann glaube ich, wird es gelingen, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Das Fundament ist gelegt durch unsere Nationalversammlung, die frei gewählt ist vom ganzen deutschen Volk. Die Verfassung ist geschaffen auf streng demokratischer Grundlage. Wir haben unserem Volke die weitgehendsten Rechte eingeräumt. Jeder hat politische Meinungsfreiheit, jeder die Freiheit der politischen Betätigung. Aber das, glaube ich, müssen wir von jedem unserer Mitbürger fordern, zu erkennen, daß neben den Rechten auch die

Pflichten stehen, die Pflichten gegenüber der Gesamtheit. Und wenn in letzter Zeit durch Putzversuche und sinnlose Streiks die großen, wirtschaftlichen Schwernisse, mit denen wir kämpfen, künstlich in selbstmörderischer Weise verschärft worden sind, so kann ich nur versichern, daß es die Auffassung und der Wille der Reichsregierung ist, diesen Bestrebungen mit äußerster Entschiedenheit entgegenzutreten.

Ich habe heute morgen Gelegenheit gehabt, mich mit Ihrer Regierung eingehend über die Fragen, die uns bewegen, auszusprechen, und wir haben sehr leicht volles Einverständnis erzielt. Dabei war eine Frage, die alle besonders lebhaft bewegt, die: ist es möglich, die Kohlenversorgung für unsere Industrie sicher zu stellen, ist es möglich, den nötigen Hausbrand für unsere Bürger im kommenden Winter zu beschaffen? Wir sind da in einer besonders schwierigen Situation; wir sind heute kein kohlenreiches Land mehr, sondern ein kohlenarmes Land geworden, wir haben große Mengen Kohlen an den Feind zu liefern; aber wir werden trotzdem nicht zu verzagen haben, wenn jeder Volksgenosse den Ernst der Situation begreift und den guten Willen zeigt, diese Schwierigkeit zu bewältigen,

Diesen Appell müssen wir vor allem an die Arbeiter im Bergbau richten, müssen wir richten an die Arbeiter im Eisenbahnbetrieb, an unsere Angestellten und an unsere Beamten im Eisenbahnbetrieb. Auf Kohlen und Eisenbahn, diesen beiden Grundpfeilern ruht unsere Lebensmöglichkeit. Werden diese Grundpfeiler zer schlagen durch sinnlose Streiks, dann allerdings muß unser Volk einer schweren Katastrophe entgegengehen.

Ich glaube, daß die Arbeiter dieser Berufe sich überzeugen, daß es höchste Zeit ist, nun alle Kraft einzusetzen, um das, was leider bereits viel zu sehr verärrnmt worden ist, in allernächster Zeit nachzuholen, nämlich unsere Kohlenversorgung in den Stand zu setzen. Und wenn es uns gelingt, neben dieser nächstliegenden Sorge, die ungeheueren Schwierigkeiten, die uns der Frieden auferlegt hat zu überwinden, dann, glaube ich, sehen wir wieder Tagen entgegen, da unser Volk und unser Wirtschaftsleben vorwärts und aufwärts geht.

Der Herr Staatspräsident hat zum Ausdruck gebracht, daß Baden immer treu zum Reiche gestanden hat. Das ist richtig. Baden hat den Reichsgedanken immer mit Treue und großem Nachdruck vertreten. Die Not der Zeit gebietet, uns im Reiche fester zusammenzuschließen wie früher, manches müssen wir preisgeben, das uns lieb geworden ist, niemand von uns will rütteln an der Eigenart unserer Volksstämme, niemand das, was notwendig ist, um das Gefüge des Reiches aufrecht zu erhalten, beseitigen. Aber in manchen Grenzländern, wie es ja auch Baden jetzt ist, ist hier und da der Reichsgedanke in den letzten Monaten erschüttert worden, und da freue ich mich, zu hören, daß Baden in seiner alten, treuen Weise zum Reiche steht und bereit ist, mit uns zusammen zu arbeiten, in der Schaffung eines neuen, starken, mächtigen und unzertrennbaren Deutschlands.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, Ihr Glas zu erheben und mit mir zu trinken auf das Wohl, das Glück, das Gedeihen des Badnerlandes."

Um 4 Uhr ließ sich der Reichspräsident Vertreter der Presse vorstellen und empfing dann eine Abordnung des Bundes der Auslandsdeutschen. Am 30. August traten Reichspräsident und Reichswehrminister die Weiterreise nach Darmstadt an. Am 19. September traf bei der Regierung folgendes Schreiben ein:

An die Badische Regierung Karlsruhe.

„Es ist mir ein Bedürfnis, nochmals für den herzlichen Empfang, den ich in meinem lieben Heimatland gefunden habe, aufrichtigst zu danken, und ich darf bitten, meinen Dank auch denen zu übermitteln, die dazu beigetragen haben, den leider nur kurzen Aufenthalt so unvergesslich zu machen. Daß die Sorgen und die Nöte meiner Heimat mir stets besonders am Herzen liegen, brauche ich nicht zu versichern; was in meiner Kraft steht, werde ich gerne tun, um die weitere gedeihliche Entwicklung Badens zu fördern.“

Ebert.

Am 7. September traf der erste Zug schwerverwundeter deutscher Kriegsgefangener (600 Mann) zu 40 minütigem Aufenthalt ein. Das Rote Kreuz hatte für Erfrischungen gesorgt. Der Bahnsteig I des Bahnhofs war seit Ende Juli festlich geschmückt und die Umgebung festlich besetzt. Ein zweiter Lazarettzug kam am 11. September durch. Am 13. September traf ein Zug aus dem Durchgangslager Heuberg und am 18. drei Züge aus dem Durchgangslager Mannheim ein. Am 20. September fuhr ein Zug nach dem Lager Heuberg durch. Die Insassen wurden jeweils mit Erfrischungen und Liebesgaben bedacht, außerdem spielte die Schülerkapelle während des Aufenthalts.

Über freimachung von Arbeitsstellen erging am 8. September auf Grund einer Verfügung des Reichsministeriums eine Verordnung des hiesigen Demobilmachungsausschusses. Sämtliche Arbeitgeber wurden dadurch verpflichtet, alle ihre Angestellten und Arbeiter, die nicht auf Erwerb angewiesen waren, zum nächstmöglichen Termin zu entlassen.

Mitte September eröffnete das Wohnungsamt der Technischen Hochschule einen Aufruf, worin die Bevölkerung zur freiwilligen Bereitstellung von Zimmern für Studierende zu angemessenen Preisen aufgefordert wurde.

Die badische Regierung hat den badischen Kriegsteilnehmern und ihren Hinterbliebenen ein Kriegserinnerungsblatt

gewidmet, das von den hier Ansässigen vom 6. Oktober an beim Bezirksamt erhoben werden konnte.

Anfang Oktober erließen die vier Hauptfraktionen einen Aufruf an das Badische Volk, der im Hinblick auf die schwere Zeit zur Pflichterfüllung, Arbeit, Ordnung und Mäßigkeit aufforderte.

Am 17. Oktober fand eine Einspruchsversammlung gegen die Ausbeutung der festbesoldeten statt, die von den Beamtenvereinigungen ausging.

Ende Oktober wurde die Polizeistunde für Wirtschaften auf 10 Uhr, an Sonntagen auf 11 Uhr festgesetzt. Theater, Lichtspielhäuser u. a. mußten um 10 Uhr abends schließen. Läden durften nur von 9 Uhr vormittags bis 6 (Samstag 7) Uhr abends geöffnet sein.

Am 2. November fand eine Gedächtnisfeier für die Gefallenen auf dem Friedhof statt, die von der Stadtgemeinde unter Mitwirkung der militärischen Vereine und des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten veranstaltet wurde. In der Mitte des Ehrenfriedhofs, zu dem nur Eingeladene, vor allem Angehörige der Verstorbenen, Zutritt hatten, war ein mit Tannenreis bekleideter Obelisk errichtet worden. Hier hatten sich Vertreter der zivilen und militärischen Stellen eingefunden. Um $\frac{1}{2}$ 12 Uhr bewegte sich ein Zug aus militärischen und anderen Vereinen mit Fahnen unter den Klängen der Feuerwehrkapelle gleichfalls dorthin. Darauf hielt zunächst Oberbürgermeister Dr. Finter folgende Ansprache:

„Allerseelen, das Fest der Totenfeier, ist gekommen. Vom rauhen Reif getroffen, fällt das Laub der Bäume weiß zur Erde und bettet die Natur zur winterlichen Ruhe. Verstummt ist das schmetternde Lied unserer gesiederten Sänger, erloschen die leuchtende Pracht der Blumen. Todesstille, in bleichen Nebel gehüllt, liegt über der Erde. Das Leben ist aus der Natur entwichen und schon breitet sich über sie das Leichentuch des Winters. Uns aber senkt sich wehmütige Trauerstimmung ins Herz. Und um der Wehmut und der Trauer Ausdruck zu verleihen sind wir hier zusammengekommen. Zu Ende ist der gewaltige Kampf, der lange bange Jahre die Welt durchtobte. Heimgekehrt ist das Heer, das in furchtbaren Schlachten unsere Heimat vor feindlicher Verwüstung beschützt hat, und eben rüsten wir uns, um unsere Brüder zu empfangen, die in der Gefangenschaft von einem herzlosen Feinde fast zu Tode gepeinigt, für uns geschmachtet haben. Tausende aber und Abertausende von denen, die ausgezogen sind, um für ihr Vaterland zu streiten, sind nicht mehr bei uns. Vom feindlichen Stahl getroffen, sind sie im fernen Feindes-

land ins Grab gesunken. Von vielen dieser Helden verkündet kein Grabhügel, kein Kreuz, wo sie ein Plätzchen zu ihrer letzten Ruhe gefunden haben. Andere wieder sind an Wunden blutend zwar zu uns zurückgekehrt, sie mußten aber, dem schmerzvollen Leiden erlegen, in der Heimat Erde bestatet werden. Auch unsere Stadt Karlsruhe ist von dem Würgeengel schwer heimgesucht worden. Etwa 3000 Gefallene hat sie zu beklagen, mehr als 1000 Krieger haben wir diese Ehrenstätte bereitet und neben ihnen ruhen 118 Opfer der Fliegerüberfälle auf unsere Stadt. Ihnen allen gilt in dieser Feierstunde des Totenfestes unser Gedenken.

Heißen Dank wollen wir ihnen sagen für die herrlichen Heldentaten, die sie als treue Söhne unseres Vaterlandes vollbracht, für die unsäglichen Mühen und Leiden, die sie für uns erduldet haben. An ihrem Grabe wollen wir es geloben, daß wir gleich ihnen alles einsetzen wollen für unser Volk, um es nach den furchtbaren Schicksalsschlägen, die es getroffen, wieder einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Herzliche, innige Teilnahme wenden wir den Vätern und Müttern, Brüdern und Schwestern, Söhnen und Töchtern zu, die ihr Liebstes haben hergeben müssen, sei es auf der Wahlstatt der männermordenden Schlachten, sei es in der stillen Leidensstube, sei es in den von den feindlichen Bomben aufgewühlten Straßen, oder unter den durchschlagenen Dächern der Stadt. Möge ihnen die allgemeine Teilnahme ein Trost sein in ihrem Herzenskummer. Den teuern Toten aber leuchte der Schmuck der Gräber, zu ihrer Ehre senken sich die Fahnen, erklinge der feierliche Choral. Im Namen des Stadtrats und der gesamten Bürgerschaft der Landeshauptstadt widme ich diesen Kranz ihrem Andenken."

Nach einem Vortrag der Bläservereinigung des Theaterorchesters ergriff Major Kuenzer das Wort zu einer Gedächtnisrede für die Gefallenen, die er mit den Ausführungen schloß:

Hier liegt so mancher liebe, liebe Kamerad, mit dem ich im Felde am offenen Grabe von Kameraden stand, mit dem ich in ruhiger Stunde über die Gedächtnisfeiern für unsere Toten nach dem Kriege sprach; wir wußten ja damals nicht, wer von uns zurückkehrt und wer von uns am Schlusse dieses gewaltigen Kampfes am Grabe des andern steht. Wie oft haben wir uns dabei solche Totenfeiern nach dem Kriege ausgemalt und besprochen, wie die Überlebenden die toten Helden und Kameraden ehren sollten — es waren feiern, so ganz anders, als wir sie heute hier begehen können.

Der Zufall nun will es, Ihr lieben Kameraden da unten, daß ich nun an Euerem Grabe stehe, aber was wir uns draußen so oft gelobt haben, in Treue durchzuhalten, das will ich im Namen der Überlebenden, das will ich im Namen Eurer Angehörigen Euch hier an Euerem Grabe von neuem geloben:

„Euch halten wir die Treue, unserem Vaterlande wollen wir in Euerem Geiste dienen, in Gemeinschaft und gegenseitigem Vertrauen arbeiten, neu aufbauen, was uns der Feinde Haß zerschlagen hat.“

Möge aus Eueren Gräbern Euer Geist über uns kommen, Ihr lieben Brüder und Kameraden, mögen wir im Kampf um Deutschlands Existenz, der uns bevorsteht, Euerer würdig sein!

Und Ihr, liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger und liebe Kameraden, nehmt aus dieser Gedächtnisfeier am Grabe Euerer Lieben und Kameraden den ersten Vorsatz mit, zu arbeiten, zu kämpfen für unser geliebtes Vaterland — im Geist und im Sinne dieser lieben toten Helden. Dann ist die Stunde der Andacht, die wir hier verbracht haben, nicht umsonst gewesen und wir ehren unsere gefallenen Helden, so wie sie es verdienen.

Wie dieser Toten letzter Atemzug dem Vaterlande galt, so sei auch unser Leben in Zukunft bis zum letzten Atemzug ein Leben zum Wohle der Gesamtheit, zum Wohle des Vaterlandes.

So ehren wir unsere Toten.

Nach weiteren Kranzniederlegungen war die Feier beendet. Die Gräber der Gefallenen und der Fliegeropfer waren im Auftrag der Stadtgemeinde geschmückt.

Am 3. November hielt der Studentenverband der Fridericiana zu Ehren der gefallenen Kommilitonen in der Christuskirche eine Gedächtnisfeier ab. Von Orgel- und Gesangsvorträgen umrahmt, wurden Ansprachen von cand. mach. H. Tegetmeyer und dem Rektor, Professor Dr. Paulcke, gehalten.

Am 22. November lagen in Lebensmittelgeschäften und Polizeiwachen Listen zur Einzeichnung auf, die sich an die Reichsregierung und Nationalversammlung mit der Bitte wandten, für die Befreiung unserer von den Franzosen immer noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen energisch einzutreten.

B. Ernährungsfragen.

Unter den Nachwirkungen des Kriegs wurde auch im Berichtsjahr die Ernährung der Bevölkerung zum größten Teil behördlich geregelt. Deshalb wurden Fragen der Ernährung, wie zuletzt, in diesem Abschnitt mitgeteilt.

Wegen Freimachung für Schulzwecke wurden am 7. Januar die Abgabestellen der städtischen Kriegsspeisung in der Uhland- und der Karl-Wilhelm-Schule, am 8. Mai die in der Leopold-Schule aufgehoben und die Teilnehmer auf andere Stellen verteilt. Die Preise für die Speisung mußten infolge der erhöhten

Gestehungskosten im Laufe des Jahres hinaufgesetzt werden. Sie betragen für 1 Liter Essen:

	bei Abgabe auf Tagesmarken	bei Abgabe auf Wochenkarten	
		bei Entnahme von 1 bis 3 Liter	bei Entnahme von 4 und mehr Liter
vom 16. Februar an	50 Pf. (bisher 40 Pf.)	45 Pf. (40)	40 Pf. (35)
„ 17. August an	70 „	60 „	55 „

Am 1. März wurden durch die Schutzmannschaft die Bestände an Groß- und Kleinvieh festgestellt.

Durch Verordnung des Reichsernährungsministers vom 2. März war die Größe der Erntefläche festzustellen, die zur Zeit der Erhebung mit Getreide und Feldfrüchten aller Art angebaut waren, ferner an Wiesen, Weiden und nicht bebautem Ackerland.

Am 21. Juni trat die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 in Kraft, die im wesentlichen dieselben Bestimmungen wie in den letzten Jahren enthielt. Am 5. August veröffentlichte das Bürgermeisterei folgende Höchstpreise zur Ernte 1919 für 1 Zentner: Weizen, Spelz 23,75 Mk., Roggen, Gerste, Hafer 20,75 Mk., Buchweizen 25—40 Mk., Erbsen 36,50—40 Mk., Ackerbohnen 35 Mk., sonstige Bohnen 42,30—45 Mk., Linsen 45—47,50 Mk.

Infolge Eingreifens der Volkswehr auf dem Wochenmarkt am 24. Juni (zwangsweiser Verkauf zu herabgesetzten Preisen) kam es zu einer Spannung, die sich in Nichtbeschickung des Marktes äußerte. Sie wurde behoben, nachdem sich die Volkswehr verpflichtet hatte, die öffentlichen Stellen zu unterstützen, jedoch nicht eigenmächtig vorzugehen.

Über Senkung der Preise für Auslandslebensmittel teilte der Stadtratsbericht vom 3. Juli mit: „Nach den von der Reichsregierung aufgestellten Grundsätzen für die Verbilligung der Auslandslebensmittel sollen die durch die Verbilligung entstehenden Ausfälle zu je einem Drittel vom Reich, von den Freistaaten und den Kommunalverbänden getragen werden. Der Deutsche Städtetag hat gegen das von der Reichsregierung eingeschlagene Verfahren, die Gemeinden derart zu belasten, ohne sie vorher zu hören, Einspruch erhoben unter Hinweis auf die finanzielle Lage der Städte. Er wird insbesondere bemüht sein, zu erreichen, daß der Verlustanteil der Kommunalverbände, wenn er nicht überhaupt in Wegfall kommen kann, wenigstens erheblich herabgesetzt wird.“

Eine von den freien Gewerkschaften auf den 4. August einberufene Versammlung von Verbrauchern nahm Stellung zur Lebensmittelteuerung und Kohlenversorgung. Es wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Die am 4. August in der Festhalle versammelten Konsumenten unterstützen mit Nachdruck die von der zentralen Organisation der Gewerkschaften und Genossenschaften an die Reichsregierung gerichtete Forderung, daß die Zwangswirtschaft der Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln, sowie der notwendigen Rohstoffe umgehend abgebaut wird. Die Versammelten erblicken in dem irregulären Handel — wie solcher sich in unserem Lande breit macht — eine neue und verschlimmerte Auflage wucherischen Schleichhandels, welche die letzten Reste noch vorhandener Beachtung der Gesetze beseitigt und dem ehrlichen Handel, wie auch insbesondere den Verbraucherorganisationen, die Existenzmöglichkeit erschwert. Durch eine fortschreitende Freigabe der Einfuhr wird die wucherische Ausbeutung des Volkes durch den Schleichhandel unterbunden, die Arbeitsfreudigkeit und Wiederbeschäftigung gefördert, sowie der Warenexport ermöglicht. Die Versammlung erwartet von der Regierung des freistaates Baden, daß sie alle Maßnahmen der Reichsregierung, welche den Forderungen der zentralen Organisation der Gewerkschaften und Genossenschaften entsprechen, energisch unterstützt und insbesondere darauf Rücksicht genommen wird, daß bei Einfuhr von fertigsfabrikaten in gleicher Höhe des Wertes Rohstoffe aus dem Auslande zur Einfuhr gelangen.

Die Ein- und Ausfuhr bedingt eine planmäßige Kontrolle und sind die Verbraucherorganisationen zur Mitwirkung heranzuziehen.

Die Versammelten erklären, daß der wirksamste Konsumentenschutz in der Zukunft die Förderung der Genossenschaftsbewegung ist. Sie verpflichten sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln der Aufklärung, dafür zu wirken, daß der Genossenschaftsgedanke Gemeingut des ganzen Volkes wird. Vom Stadtrat der Stadt Karlsruhe erwarten sie, daß er unverzüglich das Nahrungsmittelamt anweist, den Umschreibungsge suchen der Mitglieder des Lebensbedürfnisvereins stattzugeben.“

Weiterhin wurde eine Entschließung gefaßt, die von der Regierung energische Maßnahmen zur Versorgung mit Kohlen und Herabsetzung der Kohlenpreise verlangte, außerdem eine solche wegen Ermäßigung der Bierpreise.

Auf Grund eines Staatsbeschlusses trat in der Versorgung von „Mutter und Kind“ mit Wirkung vom 8. September eine wesentliche Erweiterung ein. Es erhielten: 1. Schwangere (Mutter Reihe I) vom Beginn des 5. Schwangerschaftsmonats ab $\frac{3}{4}$ Liter Vollmilch täglich, 1500 gr Brot und 2 Eier für je 14 Tage, Fleisch, Fett und Zucker in doppelter Menge wie die

übrige versorgungsberechtigte Bevölkerung, 2. Wöchnerinnen (Mutter Reihe II) für die Dauer von 4 Wochen von der Geburt an 100 gr Brot und 4 Eier für je 14 Tage, für die Dauer von 4 Wochen an Stelle von Schwarzbrot Krankenbrot, Fleisch, Fett und Zucker wie Reihe I, 3. Stillende Mütter (Mutter Reihe III) für die Dauer des Stillens, jedoch für längstens 9 Monate nach der Geburt, 1500 gr Brot und 4 Eier für je 14 Tage, in einzelnen ganz besonderen Fällen ein weiterer Zusatz von 500 gr Zwieback in 14 Tagen, Fleisch, Fett und Zucker wie Reihe I, 4. bei Frühgeburten erhält die Mutter während der Zeit von 4 Wochen nach der Frühgeburt dieselbe Versorgung wie Reihe II, 5. Kinder in den ersten 6 Monaten nach der Geburt (Kind Reihe I) 1 Liter Vollmilch täglich, 600 gr Hafersfloeken oder Gerste für je 14 Tage, 500 gr Zucker für je 14 Tage, 6. Kinder vom Beginn des 7. bis zum vollendeten 12. Monat nach der Geburt (Kind Reihe II) 1 Liter Vollmilch täglich, 500 gr Kindermehl, 500 gr Weizengries oder ähnliches Nahrungsmittel, 500 gr Zucker, 500 gr Zwieback, alles für je 14 Tage.

Über Landwirtschaft und Zwangsbewirtschaftung fand am 8. November eine Besprechung des Ministeriums des Innern mit Vertretern der Landwirtschaft statt. Minister Kemmele betonte gegenüber vorgebrachten Wünschen, daß die Verhältnisse die Aufhebung der Zwangswirtschaft noch nicht zuließen.

Am 1. Oktober übernahm Verwaltungsdirektor Franz Hoffmann beim städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt die Leitung des städtischen Nahrungsmittelamtes an Stelle des von diesem Posten auf seinen Wunsch zurücktretenden Direktor Albert Brauchle. Der Stadtrat sprach dem letzteren „Dank und aufrichtige Anerkennung für die mehrjährige hingebende und erspriessliche Arbeit aus, die er in diesen für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln so wichtigen Verhältnissen geleistet“ habe.

Daß die Zwangswirtschaft für Lebensmittel und einige andere Gegenstände des täglichen Gebrauches im wesentlichen beibehalten wurde, wurde schon mehrfach erwähnt.

Am 2. August machte das Nahrungsmittelamt bekannt, daß die Anforderungen von Krankenbrot aufgrund ärztlicher Zeugnisse so großen Umfang angenommen hätten, daß das zugewiesene Krankennmehl nicht ausreiche und daher stärker ausgemahlen werden müsse.

Die Brotpreise wurden folgendermaßen erhöht:

	Großer Laib (1500 gr)	Kleiner Laib (750 gr)	Krankenbrot (140 gr)	Zwieback (900 gr)
ab 6. X.	90 Pf. (statt 84)	45 Pf. (42)	17 Pf. (16)	1,40 Mk. (1,30)
ab 29. X.	1,08 Mk.	55 Pf.	desgl.	desgl.

Über die Verteilung des Auslandsmehls entstanden zwischen dem Stadtrat und dem Ministerium des Innern Meinungsverschiedenheiten. Die Reichsgetreidestelle hatte nämlich am 16. Mai angeordnet, daß der Verkauf dieses Mehls nicht den Bäckern, sondern besonderen Verteilungsstellen übertragen werde, und das Ministerium erließ dementsprechend ein Verbot. Der Stadtrat wurde dagegen vorstellig, er vertrat den Standpunkt, daß die Bäcker für den Verkauf am ehesten in Betracht kämen. Nach langem Hin und Her, wobei auch der Bürgerausschuß gegen diesen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Stadt Einspruch erhob, verfügte das Ministerium unter dem 4. September, daß die Kommunalverbände die Verteilung des Auslandsmehls solchen Stellen übertragen könnten, die sich vor dem Kriege mit dem Mehilverkauf befaßt haben.

Über die Milchversorgung der Stadt Karlsruhe während des Krieges und in der Nachkriegszeit verfaßte Bürgermeister Dr. Horstmann eine Denkschrift*). Für das Berichtsjahr entnehmen wir hier einige Angaben und verweisen im Übrigen darauf. Bedauerlich ist vor allem der starke Rückgang der Lieferungen. Die Denkschrift bemerkt hierzu, daß es infolge des von der Stadt ausgehenden Schleichverkehrs und Hamsterns im umgekehrten Verhältnis zum Radius der Entfernung steht. Über die Hälfte der gelieferten Milch entstammte den 5 der Stadt zugewiesenen Schwarzwaldbezirken**). Zur Ablieferung kamen im Jahresdurchschnitt:

*) Druck bei E. F. Müller, hier, im Jahre 1921.

**) vergl. a. Chronik 1918.

im ganzen täglich	darunter von den größeren Abmelde- wirtschaften	an die Sammel- stelle der Dörfer	aus der städt. Gastwirtschaft	auf sonstigen Wege
3175	1848	415	275	637 Liter
(1918:3939)	(1942)	(603)	(960)	(434 „)

Der täglich erforderliche Milchbedarf stellte sich im Jahresdurchschnitt folgendermaßen dar:

Gruppe A			Gruppe B	Gruppe C	
Kinder bis zu 6 Jahren	Werbende Mütter	Krankennmilch	Kinder von 7—14 Jahren	Altersmilch	Tägl. Gesamt- bedarf an Voll- milch
8500	750	3600	5340	1210	18700 Ltr.

Den Molkereibesitzern wurde zu den amtlichen Erzeugerpreisen ein Zuschuß aus städtischen Mitteln zur Beschaffung von Milchfäßen und Kraftfuttermitteln gegeben. Er war so bemessen, daß er mit der Milchleistung der Molkereibesitzer stufenweise in die Höhe ging. Der Aufwand stellte sich wie folgt dar:

Mark	Von den Molkereien im Jahre abgelieferte Milchmenge	d. i. auf den Liter an Prämie	der jeweils amtliche Erzeugerpreis betrug
38 789	674 590 Liter	57 Pf.	38—67 Pf.

Der Erzeugerpreis für 1 Liter Milch stieg von 38 Pf. im Januar auf 67 Pf. im Dezember, dementsprechend der Verbraucherpreis von 50 auf 84 Pf. Ende Juli trat Adolf Jöllin, der bisherige Vorstand des Milchamts, in seinen Privatberuf zurück, an seine Stelle kam der Landwirtschaftsinspektor Peter Kaas.

Infolge der ungenügenden Zufuhr von Kartoffeln wurde hier der wöchentlich zulässige Verbrauch von Kartoffeln vom 6. Januar an auf 5 (7) vom 10. März auf 4 und vom 28. April auf 3 Pfund herabgesetzt. Die eingedeckten Haushaltungen mußten bis zur neuen Ernte auskommen. Kartoffelspeisen durften in Wirtschaften nur gegen Kartoffelmarken abgegeben werden. Durch die Reichskartoffelstelle wurden aus England und Schottland Kartoffeln eingeführt. Auf Karlsruhe entfiel eine Schiffsladung von 812 000 kg, die zu 40 Pf. für das Pfund verkauft wurden. Das Kartoffelamt wurde abgebaut und die Versorgung dem Nahrungsmittelamt übertragen.

Über den Verkehr mit Kartoffeln bis 14. September erließ das Bürgermeisteramt am 26. Juli eine Bekanntmachung ähnlich wie in den letzten Jahren. Auch für die diesjährige Ernte wurde das Bezugscheinverfahren beibehalten. Um die Ablieferung zu beschleunigen, wurden aus der Staatskasse Prämien für Kartoffeln bewilligt die bis 15. November an öffentliche Körperschaften abgegeben wurden; die Schnelligkeitsprämie wurde bis zum 15. Dezember auf 2 Mk. für den Zentner erhöht.

Die amtlichen Höchstpreise für den Zentner Kartoffeln bewegten sich zwischen 9,25 (anfangs 9.—) und bei Bezug von der Verladestelle des Versandortes und 10,25 (10.— Mk.) bei Lieferung vor das Haus.

Ende Dezember war die Belieferung der Stadt ganz unzulänglich.

Nach Wegfall der Zulagen für die Rüstungsarbeiter wurde durch Verfügung des Reichs vom 1. Februar an die tägliche Fleischration auf 300 gr für den Kopf der Bevölkerung festgesetzt. Infolge der erschwerten Schlachtviehaufringung setzte das Reichsernährungsministerium die tägliche Kopfmenge vom 17. März ab folgendermaßen fest: In Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern auf 100 gr, mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern auf 150 gr, mit 100 000 und mehr Einwohnern auf 200 gr.

Von den vom Ministerium festgesetzten Höchstpreisen für das Pfund Fleisch, Wurst und sonstige Fleischwaren führen wir folgende an:

1. bei Rindfleisch:

	17. April	25. Juni	28. Oktober
a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die einschließlich der eingewachsenen Knochenteile 20 vom Hundert des Fleischgewichts nicht überschreiten darf	2 Mk.	2 Mk.	2 Mk.
b) f. ausgeh. Stücke ohne Knochenbeigabe, (ausgen. Lummel)	2.40	3.—	3.30
c) für Lummel ohne Knochen (ausgebeint)	2.80	3.40	3.80

2. bei Kalbfleisch:	Mf.	Mf.	Mf.
a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die einschließlich der eingewachsenen Knochenteile 25 vom Hundert des Fleischgewichts nicht überschreiten darf	2.—	2.—	2. —
b) für Schnitzel ohne Knochenbeigabe	2.70	2.70	2.80
3. bei Schaf- (Hammel-) Fleisch: für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die einschließlich der eingewachsenen Knochenteile 25 vom Hundert des Fleischgewichts nicht überschreiten darf	2.15	2.15	3.20
4. bei Ziegenfleisch (auch Ziegenfleisch) jede Art	1.80	1.80	2.20

Pferdefleisch und -wurst durften vom 10. März an nur gegen Fleischmarken abgegeben werden. Zur Verteilung wurden am 21. März 5 Verkaufsstellen errichtet. Zur Versorgung mit Pferdefleisch erging am 22. Mai eine Verordnung des Reichsernährungsministers und dazu am 2. Juli eine Vollzugsverordnung des Badischen Ministeriums des Innern. Darnach wurde der städtische Pferdeschlächtereibetrieb in der Weise neu geregelt, daß Ankauf, Schlachtung und Herrichtung von der Stadt, d. h. dem Schlacht- und Viehhofamt, der Verkauf dagegen von früheren Pferdemezgern übernommen wurde. Die Höchstpreise betrugen:

	am 31. Januar	am 28. februar und 2. Juli
	Mf.	Mf.
für 1 Pfd. Lendenbratfleisch, Leber, Frischwurst oder Fett	1,40	1,80
für 1 Pfd. Muskelfleisch, ausgenommen Lendenbratfleisch, ohne Knochen . .	1,20	1,60
für 1 Pfd. Herz und Eingeweide, Kopffleisch und andere geringere Sorten Fleisch, ausgenommen Leber . . .	1,00	1,40
für 1 Pfd. Knochen	0,10	0,20

Als im Mai mangelhafte Zufuhr an Schlachtpferden eintrat, wurde mit dem Verkauf von gefrorenem Pferdefleisch und Pferdepökelfleisch begonnen, der Preis betrug 2 Mk. für das Pfund.

Die Eierversorgung hatte sich bedeutend verschlechtert, in den Monaten Januar und Februar wurden nur 47 000 Stück (1918: 731 000) abgeliefert. Über die Neuregelung auf diesem Gebiete wurde aus der Sitzung des Stadtrats vom 30. Oktober bekanntgegeben:

„Das Ministerium des Innern hat den Stadtrat um Äußerung ersucht, ob er Bedenken gegen die Aufhebung der Eierversorgung, insbesondere mit Rücksicht auf die Versorgung der Kranken, habe. Das Ministerium beabsichtige, über diese Frage den landständigen Ernährungsbeirat zu hören. Der Stadtrat beschließt mit Stimmenmehrheit, der Aufhebung der Eier-Verordnung zuzustimmen, da sich im laufenden Jahre eine einigermaßen ausreichende Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Eiern aufgrund der Verordnung ohnehin nicht mehr hat ermöglichen lassen, gibt aber der Erwartung Ausdruck, daß auf den noch übrig bleibenden Gebieten der Zwangswirtschaft die Ablieferungspflicht von den Erzeugern umso vollständiger erfüllt werde.“

Der Einzelpreis der rationierten Eier stellte sich Ende März auf 28 Pf., Ende Juli auf 36 Pf.

Am 5. August machte das Bürgermeisteramt bekannt, daß die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 7. Juli 1918 über den Verkehr mit Obstfrüchten usw. auch für die diesjährige Ernte gelte.

Der Ankauf, Absatz und die Versendung von Früchsten unterlag im allgemeinen in Baden keiner Beschränkung, doch durfte Ankauf und Absatz von Kirschen und sonstigem Steinobst nur durch die Geschäftsstelle der Badischen Obstversorgung erfolgen. Gestattet war hier der Verkehr innerhalb der Erzeugergemarkung für häusliche Versorgung. Beim Herbstobst war der Großverkehr (von 30 Zentner an) der Badischen Obstversorgung vorbehalten, der Kleinverkehr dagegen frei.

Nachstehende Richtpreise für Obst wurden am 1. August bekanntgegeben:

	Erzeuger- Richtpreise für das Pfund	Kleinhandels- Richtpreise für das Pfund
	Pf.	Pf.
Kirschen	55	70
Brennkirschen	30	40
Reineklauden	65	80
Mirabellen	65	80
Frühzwetschgen	55	70
Erntepflaumen (große Pflaumen)	30	40
Frühbirnen, großfrüchtige und Einmachbirnen	50	65
Kleinfrüchtige und geringere Sorten	40	55
Frühäpfel	40	55
Fallobst von Äpfeln und Birnen	12	17
Himbeeren	120	145
Brombeeren	100	125
Heidelbeeren	100	125
Johannisbeeren	60	75
Stachelbeeren	60	75
Preiselbeeren	120	145

Die Obstverteilung an die Haushaltungen erfolgte durch Obstverkaufsstellen gegen Obstkarten. Im ganzen waren in der Gesamtstadt in 157 Geschäften Obstverkaufsstellen eingerichtet.

Die Einfuhr von frischen Südfrüchten konnte nach Verordnung der Reichsbehörden vom 4. Januar aus finanzpolitischen Gründen nur in sehr beschränktem Umfange gestattet werden. Vorwiegend wurden Zitronen, Apfelsinen dagegen in nur geringen Mengen zugelassen.

Gemäß ministerieller Verordnung vom 3. November verfügte der Stadtrat eine durch die Lage der Zuckerwirtschaft notwendig gewordene Erhöhung der Zuckerpreise. Vom 6. Dezember an kostete das Pfund Würfelzucker 1,08 Mk., alle anderen Sorten 1,05 Mk.

Vom 13. Dezember wurden auch die Salzpreise erhöht, sie betrugen für 1 Pfund Kochsalz mit Düte 21 Pf. (ohne: 20 Pf.), für 1 Pfd. Viehsalz desgleichen 12 Pf.

Nach Verordnung vom 28. Juli durfte der Ausschankpreis von einheimischem Bier in Wirtschaften höchstens betragen: für 0,25 Liter 20 Pf., für 0,3 Liter 25 Pf., für 0,35 Liter 30 Pf., für 0,4 Liter 35 Pf., für 0,5 Liter 40 Pf. und für 1 Liter 80 Pf.

Der Kartenzwang für Seife wurde Anfang August aufgehoben.

Am 11. Oktober machte das Brennstoffamt bekannt, daß wegen ungenügender Kohlenzufuhr die monatliche Belieferung wie nachstehend erfolgen müsse: Gruppe A mit 1 Zentner, Gruppe B, C und D mit 2 Zentner, E, F 3 Zentner, G 4 und H 5 Zentner. Am 8. Oktober machte der Stadtrat bekannt, daß infolge Kohlenknappheit und Wasserknappheit des Murgwerks äußerste Sparsamkeit bei Benutzung des elektrischen Stroms erforderlich sei. Kohlennot und schlechte Beschaffenheit der Verkehrsmittel zwangen die Reichsregierung, den Personenverkehr in Deutschland vom 5.—16. November einzustellen; nur der Arbeiterverkehr für lebensnotwendige Betriebe wurde durchgeführt. Vom 3.—15. November wurde Gas hier nur abends von Eintritt der Dunkelheit bis 9 Uhr abgegeben, vom 16. November außerdem von $\frac{1}{2}7$ — $\frac{1}{2}8$ Uhr morgens und von $\frac{1}{2}12$ —1 Uhr. Am 30. Oktober machte der Stadtrat bekannt, daß alle an das Elektrizitätswerk angeschlossenen Großbetriebe stillgelegt werden mußten, mit Ausnahme der lebenswichtigen Großbetriebe und der Kleinbetriebe des Nahrungsmittelgewerbes. Infolge andauernder Regenfälle wurden am 12. November die Beschränkungen aufgehoben.

Die Kohlenpreise im Kleinverkauf wurden am 1. März wie folgt festgesetzt: Ruhrkohlen in den verschiedenen Sorten frei Keller zwischen 4,75 Mk. und 5,80 Mk., offen vor Haus zwischen 4,25 Mk. und 5,60 Mk., ab Ortslager zwischen 4 Mk. und 5,35 Mk. und ab Hafen 3,90 und 5,25 Mk. Ruhrbrechkoks zwischen 5,30 Mk. und 5,75 Mk. frei Keller, zwischen 5,10 Mk. und 5,55 Mk. offen vors Haus, zwischen 4,85 Mk. und 5,30 Mk. ab Ortslager und 4,75 bis 3,20 Mk. ab Hafen. Für Einwerfen in den Keller 7 Pf. Zuschlag zu dem Preis „offen vors Haus“. Weitere Erhöhungen:

Der Zentner Gaslofs vom hiesigen Gaswerk kostete am 15. Mai 4,60 Mk. ab Werk und 5 Mk. ins Haus, am 15. Oktober 8 Mk. und 8,50 Mk.

Am 24. November wurden für Bündel- und Wellenholz Höchstpreise festgesetzt. Sie bewegten sich je nach der Beschaffenheit des Holzes für das Bündel, abgeholt ab Lager, zwischen 85 Pf. und 1,60 Mk. und frei ins Haus geliefert zwischen 95 Pf. und 1,75 Mk.

Petroleum. Am 15. Oktober machte das Nahrungsmittelamt bekannt: „Die Ausgabe von Petroleum in den kommenden Wintermonaten kann wie bisher nur gegen Petroleumkarten erfolgen. Die Abgabe kann nur an Haushalte erfolgen, in deren Wohnung weder Gas noch elektrische Beleuchtung vorhanden ist. An Zimmermieter und für Dienstbotenzimmer können Petroleumkarten nicht ausgegeben werden. Die Ausgabe der Petroleumkarten erfolgt nur auf Antrag.“

C. Fürsorgetätigkeit.

Dem Oberbürgermeister wurden von Weinhändler Franz Fischer hier Anfang Januar 1730 Mk. übergeben mit der Bestimmung, diese Summe — das Ergebnis einer Sammlung der Karlsruher Weinhändler — an solche früheren oder jetzigen Angehörigen hier bodenständiger Truppenteile zu verteilen, die infolge des Krieges ihr Augenlicht verloren haben und geborene Badener sind. — Die firma Dickerhoff & Widmann übersandte dem Oberbürgermeister 2000 Mk. mit dem Wunsche, daß die Hälfte hiervon dem Ortsausschuß des Badischen Heimatdanks, die andere Hälfte der städtischen Kriegsfamilienfürsorge überwiesen würde.

Eine Versammlung der Arbeitslosen am 10. Januar nahm nach eingehender Beratung einstimmig folgende EntschlieÙung an:

„Die heute im Friedrichshof versammelten 3000 erwerbslosen Arbeiter und Angestellten verlangen, daß die Stadt Karlsruhe die Unterstützungen bewilligt, die Mannheim bereits seit 1. Januar 1919 mit rückwirkender Kraft vom Tage des Austritts aus dem Heeresdienst resp. Eintritt der Arbeitslosigkeit zahlt. Die Versammlung verlangt, daß die Stadtverwaltung sich dazu entschließt, zu dieser dringenden Forderung Stellung zu nehmen und stellt dem Magistrat hierzu die Frist von 24 Stunden.

Außerdem ist jeder Erwerbslose in die Allgemeine Ortskrankenkasse aufzunehmen. Die Beiträge sind zu $\frac{2}{3}$ von der Erwerbslosenfürsorge, restlich von den Versicherten selbst zu tragen. Bei Notstandsarbeiten ist ein Mindestlohn von 12 Mk. pro Tag zu zahlen. Bei Witterungsumschlag ist der angefangene Tag voll anzurechnen. Bei Krankheit muß dem Notstandsarbeiter eine Unterstützung in Höhe der Erwerbslosenfürsorge gezahlt werden.

Die Versammlung erwartet, daß sofortige Beschlußfassung herbeigeführt werde und lehnt es ab, jede Verantwortung bei eventueller Hinausziehung der Verhandlungen auf sich zu nehmen; es fällt diese große Schuld einzig und allein dem Stadtratskollegium zu. Die Versammlung ist gewillt, alle zur Durchführung ihrer Forderungen zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel in Anspruch zu nehmen.

Eine eigens gewählte Kommission trat in Verhandlungen mit der Stadtverwaltung. In einer am 11. Januar in der Festhalle stattfindenden Versammlung der Arbeitslosen, bei der das Bürgermeisterrat und der Stadtrat vertreten waren, berichtete der Vorsitzende der Kommission, Jung, daß im Benehmen mit der Stadtverwaltung folgende Beschlüsse gefaßt worden seien:

1. Erhöhung des bisherigen Tagegeldes für Verheiratete von 6,40 Mk. auf 9 Mk., dazu für jedes Kind 1 Mk., bis zum Höchstbetrage von 12 Mk.
2. Gleichstellung der ledigen mit den verheirateten Männern, wenn sie Ernährer von Familienangehörigen sind.
3. Erhöhung des Tagegeldes der sonstigen ledigen Männer von bisher 5,40 auf 6 Mk., wenn sie bei ihrer Familie leben, sonst auf 8 Mk.
4. Das Tagegeld für erwerbslose Witwen und sonstige Frauen, die Ernährer einer Familie sind, kann bis zur Höhe des letzten Arbeitsverdienstes, jedoch nicht über 8 Mk., erhöht werden.
5. Die erhöhten Sätze treten mit Rückwirkung vom 1. Januar d. Js. an in Kraft.
6. Die bisherige Vorschrift, wonach das Tagegeld für Kriegsteilnehmer nach 6 Wochen seit der Entlassung auf $\frac{2}{3}$ des derzeitigen Arbeitslohnes herabgesetzt werden soll, kommt in Wegfall.
7. Entlassene Kriegsteilnehmer genügen der Kontrollvorschrift, wenn sie sich innerhalb 14 Tagen nach der Entlassung aus dem Heeresdienst erstmals bei Arbeitsamt melden. Nachzahlung der Unterstützung an alle seit dem 9. November entlassenen Kriegsteilnehmer, wenn sie sich bis spätestens zum 10. Dezember beim Arbeitsamt gemeldet haben.
8. Versicherung sämtlicher Erwerbsloser gegen Krankheit und Übernahme der vollen Beiträge auf die Erwerbslosenfürsorge.
9. Vertretung der Erwerbslosen in einer alsbald einzurichtenden Beratungsstelle der Erwerbslosenfürsorge.
10. Die Löhne für die von der Stadt eingestellten Hilfskräfte richten sich nach den von den freien Gewerkschaften aufgestellten Tariffähren.

Durch Abstimmung wurde festgestellt, daß sich die große Mehrheit der anwesenden Arbeitslosen damit einverstanden erklärte.

Als Spende für den Badischen Heimatdanf (Ortsauschuß Karlsruhe) wurden, wie das Städtische Nachrichtenamt am 18. Januar veröffentlichte, von einem Bürger unserer Stadt der Stadthauptkasse 5000 Mk. in Kriegsanleihe überwiesen. Ferner wurden dem Ortsauschuß von der Brauereigesellschaft vormals S. Moninger 300 Mk. zugewendet. Louis E. Stern teilte dem Oberbürgermeister Ende Januar mit, daß er seine bisherigen Monatsbeiträge zu Gunsten der städtischen Kriegsunterstützung und des Roten Kreuzes, zusammen 300 Mk., vom 1. Januar zu Gunsten des Badischen Heimatdanfes bezahle unter der Bedingung, daß diese Summe für Angehörige der Stadt Karlsruhe verwendet werde. Am 18. Februar überwies Medizinalrat Dr. Gutsch dem Ortsauschuß des Bad. Heimatdanfs 100 Mk. Aus der Stadtrats-sitzung vom 27. März wurde mitgeteilt, daß die Witwe des städtischen Registraturassistenten Hermann Brauerwald dem Bad. Heimatdanf (Ortsauschuß) die Summe von 30 000 Mk. in Wertpapieren zugewendet habe. Der Stadtrat nahm „von dieser sehr dankenswerten Schenkung, die eine nachdrückliche Förderung der Aufgaben des Heimatdanfes ermögliche, mit Befriedigung Kenntnis“. Am 18. Oktober veröffentlichte der I. Bürgermeister, daß ihm die Tischgesellschaft „Bürgermänner“ (zum Hotel Karpfen) die Summe von 1467 Mk. 35 Pf. als Schenkung für den Ortsauschuß Karlsruhe des „Badischen Heimatdanf“ zur Verwendung für Karlsruher bedürftige Kriegsblinde überreicht habe. Hofpianosabrikant Heinrich Maurer hier, hat, wie aus der Stadtrats-sitzung vom 6. Dezember berichtet wurde, aus Anlaß seines 40 jährigen Geschäftsjubiläums dem Oberbürgermeister die Summe von 3000 Mk. in Wertpapieren mit der Bestimmung übergeben, davon 2000 Mk. für den Bad. Heimatdanf (Ortsauschuß) und 1000 Mk. für die erblindeten Kriegsbeschädigten zu verwenden. Der Stadtrat sprach „dem Spender für diese reiche Zuwendung herzlichen Dank aus und beglückwünschte ihn zugleich zu seinem ehrenvollen Jubiläum“.

Ende Januar veröffentlichte der Badische Landesverein vom Roten Kreuz einen Aufruf um Gaben für die noch in Feindesland befindlichen gefangenen Landsleute. Die Sammlung

wurde am 28. Februar geschlossen, jedoch vom 1. bis 3. März zu Gunsten der Reichs-Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene in Berlin weitergeführt.

Ende Januar wurde über die Organisation der Erwerbslosenfürsorge der Stadt Karlsruhe ein ausführlicher Bericht veröffentlicht, dem wir folgende Angaben entnehmen: Die hiesige Erwerbslosenfürsorge besteht aus zwei Abteilungen: 1. Die Abteilung für Erwerbslosenfürsorge beim Kriegsunterstützungsamt für erwerbslose Kriegsteilnehmer, deren Familien bisher Kriegsunterstützung von der Stadt Karlsruhe bezogen haben. 2. die Abteilung beim Arbeitsamt für die erwerbslosen Kriegsteilnehmer, die entweder keine Kriegsunterstützung oder eine solche von auswärts bezogen haben, sowie für alle anderen Erwerbslosen. Eine Zweigstelle dieser Abteilung ist für die aus der hiesigen Waffen- und Munitionsfabrik entlassenen erwerbslosen Personen in dem Wohlfahrtsgebäude dieser Fabrik eingerichtet. Sodann ist beim Kriegsunterstützungsamt und beim Arbeitsamt eine Beratungsstelle für Erwerbslose eingerichtet. Jede Beratungsstelle besteht aus 3 Mitgliedern, die aus der Zahl der Erwerbslosen von dem Ausschuß der Erwerbslosen vorgeschlagen und vom Stadtrat bestätigt sind. Die Beratungsstelle hat die Aufgabe, Beschwerden der Erwerbslosen, die gegen die Fürsorgestellen erhoben werden, vorzuprüfen, zu klären und nötigenfalls mit ihren Anträgen den leitenden Beamten der Abteilung zur weiteren Behandlung zu übermitteln. Jeder Erwerbslose hat sich jeden zweiten Tag beim Arbeitsnachweis zu melden. Kann dieser ihm keine Arbeit nachweisen, so erhält er eine Bestätigung durch einen Stempelabdruck in seine Kontrollkarte. Jugendliche Personen bis zu 18 Jahren sollen die Erwerbslosen-Unterstützungen nicht mehr selbst empfangen, sondern durch ihre gesetzlichen Vertreter. Am 13. Februar bestimmte der Stadtrat auf Grund einer Verordnung des Reichsamts über die Erwerbslosenfürsorge, daß alle Erwerbslosen bis zum 20. Lebensjahre verpflichtet sind, an Lehrkursen der in der Verordnung vorgesehenen Art teilzunehmen. Nach einer Aufstellung des städtischen Arbeitsamtes vom 8. Februar kamen für den Besuch solcher Unterrichtskurse in Betracht: für die Fortbildungsschule (ungerlehrte Arbeiter) 112 männliche, 75 weibliche Personen, für die Handelsschule (kauf-

männliche Angestellte) 66 männliche, 12 weibliche Personen, für die Gewerbeschule (Techniker und gelernte Arbeiter) 60 männliche Personen. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Kurse an der Handels- und an der Gewerbeschule bereits begonnen hätten. Da eine Ungliederung der Unterrichtskurse für die ungelernten jugendlichen Arbeiter an den Fortbildungsunterricht der Volksschule nicht möglich sei, würden hierfür besondere Kurse eingerichtet und die Teilnehmer in 5 Gruppen eingeteilt, die Unterricht in Deutsch, bürgerlichem Rechnen, Geographie, Volkswirtschaftslehre, Bürgerkunde und im Schreiben — etwa 20 Stunden in der Woche — erhalten sollen. Die Dauer war auf etwa zwei Monate berechnet. Die Kosten wurden auf den Aufwand für Erwerbslosenfürsorge übernommen. Im März machte das Städtische Nachrichtenamt bekannt, daß die zur Fürsorge-Vermittlungsstelle zusammengeschlossenen Frauenorganisationen in Karlsruhe im Einverständnis mit der Stadtverwaltung hauswirtschaftliche Kurse für jugendliche Arbeiterinnen eingerichtet hätten. Zum Besuche dieser Kurse seien alle Mädchen bis zum 20. Lebensjahre verpflichtet, die Erwerbslosen-Unterstützung bezögen. Es kämen zur Zeit 94 solcher Mädchen in Betracht, gemeldet hätten sich aber 204 Teilnehmerinnen, ein Zeichen, daß viele Arbeiterinnen selbst das Verlangen hätten, sich hauswirtschaftliche Kenntnisse anzueignen. Es wurden Koch-, Näh-, flick- und Schuhkurse abgehalten, sowie Kurse in der Kranken- und Säuglingspflege. Alle Kurse seien unentgeltlich.

Aus der Stadtratsitzung vom 27. Februar wurde folgendes mitgeteilt: „Frau Mar Knopf hat seit Kriegsbeginn bis jetzt täglich 40—50 Schulkinder, deren Väter im Felde standen, in einem ihr für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Zimmer des Jugendheims auf ihre Kosten gespeist. Der Stadtrat spricht Frau Knopf für diese einer großen Zahl von Kindern während der harten Kriegszeit erwiesene Wohltat herzlichen Dank aus.“

Der Badische Frauenverein veröffentlichte am 15. April, daß das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz dem Bad. Frauenverein für seine vielseitige segensreiche Tätigkeit während des Krieges Dank und Anerkennung ausgesprochen habe. Es werde darin der aufopfernden Tätigkeit des Frauenvereins in Lazarettzügen, in Verband- und Krankenerfrischungs-

stellen, in Lazaretten des Stappen- und Heimatgebietes, Genesungs- und Soldatenheimen, Übernachtungs- und Verpflegungsstationen, sowie der zahlreichen Wirkungsfelder der Kriegswohlfahrtspflege in Säuglingsheimen, Kinderhorten und Bewahrungsanstalten, in der Wöchnerinnenfürsorge, in Beratungs- und Arbeitsverteilungsstellen, in der Gefangenenhilfe, der Flüchtlingsfürsorge lobend gedacht.

Wie anschließend mitgeteilt wurde, hat das Deutsche Rote Kreuz an das Internationale Rote Kreuz in Genf eine gegen die Hungerblockade gerichtete Kundgebung an die Frauen und Mütter der feindlichen und neutralen Staaten ergehen lassen.

Am 7. Mai wurde mitgeteilt, daß der Bezirk Baden vom Bunde erblindeter Krieger vom Kriegsstammtisch „Eisernes Kreuz“, in der Wirtschaft Moninger hier den aus der Nagelung des Eisernen Kreuzes sich ergebenden Betrag von 1077 Mk. erhalten habe.

Am 14. Mai hielt der Karlsruher Männerhilfsverein vom Roten Kreuz seine satzungsgemäße Mitgliederversammlung ab. Aus dem Berichte des Vorsitzenden geht hervor, daß die hauptsächlichsten Aufgaben des Vereins während des Krieges darin bestanden, die hier ankommenden Verwundeten von den Bahnhöfen nach den Lazaretten zu verbringen, sowie für Verpflegung der Verwundeten und Kranken der durchfahrenden Lazarettzüge zu sorgen. Die Karlsruher Sanitätskolonne, die freiwillige Feuerwehr, eine freiwillige Hilfskolonne, sowie ältere Schüler höherer Lehranstalten hätten sich mit Aufopferung und unermüdlicher Hingabe an dieser recht oft anstrengenden Arbeit beteiligt. In den 4 Kriegsjahren kamen nach dem Berichte 439 Lazarettzüge zur Verladung mit 87828 Verwundeten und Kranken, darunter 1498 feindlichen. An den beiden Bahnhöfen übernachteten und wurden in den dort eingerichteten Lagerstätten verpflegt 39 000 Mann; auch wurden 2600 Bahnsteigtransporte besorgt und 4100 Verbände angelegt. Bei den fliegerangriffen auf Karlsruhe, besonders dem unglücklichen Überfall am Fronleichnamstag 1916, zeichnete sich die Sanitätskolonne bei Bergung der vielen Verwundeten und Toten durch Mut und Tapferkeit aus; auch besorgte sie viele Transporte nach auswärtigen Lazaretten. Bei der Verpflegung und Verteilung von Liebesgaben wurde der Verein durch Helferinnen, sonstige Damen und Herren unterstützt. Der Vorsitzende sprach allen Mitwirkenden

den herzlichsten Dank aus. Bei der satzungsgemäßen Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Zum Vorsitzenden Hauptmann von Westhoven, zum stellvertr. Vorsitzenden Bankvorstand Pecher, Schriftführer Stadtbaurat Eglinger, Rechner Kassier Maurer.

Der Vorstand der Ortsgruppe Karlsruhe des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reich wandte sich Mitte Mai an die Einwohnerschaft der Stadt mit der Bitte um schnelle Hilfeleistung für die bedrängten Elsaß-Lothringer, die als unschuldige Opfer des unglücklichen Kriegsausgangs ihre bisherige Heimat hätten verlassen müssen.

Die im Mai vorgenommene Hausammlung zum besten der in Riga notleidenden deutschen Frauen und Kinder hat einen Reinertrag von 2655 Mk. ergeben.

Am 16. Juli und mehrfach wiederholt in den nächsten Wochen wurde folgender Aufruf veröffentlicht:

„Die Heimkehr unserer gefangenen Brüder steht vor der Tür. Um sie würdig zu empfangen, arbeiten die Gefangenenheimkehrstellen (Krisaheime) seit Wochen im Lande. Das Reich hat einen Zuschuß bewilligt, der aber für den würdigen Empfang in unserem Lande nicht genügend ist. Um auch nach der militärischen Entlassung in dringenden Fällen helfen, und andererseits in den Durchgangslagern den Empfang so würdig gestalten zu können, wie es der guten badischen Sitte entspricht, brauchen wir noch einmal die Hilfe des ganzen badischen Landes. Die Mittel, welche für die Gefangenen gesammelt waren, sind durch die Gefangenenunterstützung in den letzten Monaten, die unter den ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen weitergeführt werden mußte, stark zusammengeschmolzen. Für Baden soll ein badischer Volksdanf für die heimkehrenden Gefangenen die nötigen Mittel aufbringen. Die Mittel des ganzen Landes werden in einen Zentralfond vereinigt, welcher dort, wo es nötig ist, zur Verfügung stehen soll.

Der Dank der Heimat soll den gefangenen Brüdern schon beim Betreten des heimatlichen Bodens fühlbar sein. Wie könnte er sich wirksamer äußern, als in einem festlichen, freudigen Empfang und in der Hilfe bei dem Übergang in die Friedensarbeit. Hierzu sind die reichsten Mittel erforderlich.“

Der Aufruf war vom Staatspräsidenten, von den Vorstandsmitgliedern des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz, vom Generalsekretär des Frauenvereins, vom Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats, vom Erzbischof von Freiburg, vom Oberrat der Israeliten, vom Vorstand des Landesvereins für Innere Mission, vom Vorstand des katholischen Caritas-Verbandes und von den

Vorsitzenden des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen unterschrieben.

Am Nachmittag des 19. Juli fand durch Schüler und Schülerinnen der Volksschule und höheren Lehranstalten eine Hausammlung für die zurückkehrenden badischen Kriegsgefangenen statt, ebenso am Sonntag, den 20., eine Straßensammlung.

In den ersten Tagen nach Veröffentlichung obigen Aufrufs wurden folgende Einzelspenden bekanntgegeben: Von der Brauerei K. Schrempf hier 1000 Mk., von der Brauereigesellschaft vormals S. Moninger 1000 Mk., von der Brauereigesellschaft vormals G. Sinner 2000 Mk., von der Brauerei Hoepsner 500 Mk., von Kaufmann Josef Fest hier 100 Mk., von der Firma Gebrüder Leichtlin „aus Anlaß der glücklichen Rückkehr eines Beteiligten aus der Gefangenschaft“ 1000 Mk., von der „Volkswehr Karlsruhe“ als Sammlungsergebnis 524 Mk. 50 Pf. Vom Verein für evang. Kirchenmusik wurden 100 Mk. überwiesen als Ertrag einer Sammlung bei dem am 13. April (Palmsontag) veranstalteten Passionskonzert. Der Fußballklub Mühlburg übersandte 500 Mk. als Reinerlös der gegen den Verein für Rasenspiele Mannheim ausgetragenen Wettspiele.

Am 20. September veröffentlichte die Siedlungsstelle des Badischen Heimatdanks für die Zeit vom Oktober 1917 bis September 1919 einen Geschäftsbericht. Wir entnehmen ihm folgende Angaben: Im ganzen waren 1269 Fälle in Bearbeitung, 1141 Gesuche gingen von Kriegsbeschädigten, 128 von Kriegervitwen aus. Unter den ersteren befanden sich 11, die im Kriege ihr Augenlicht ganz oder fast vollständig verloren hatten. Ein Hemmnis für die Tätigkeit der Siedlungsstelle war der Mangel an verkäuflichen Anwesen und die Unmöglichkeit, Neubauten zu erstellen.

Am Sonntag, den 19. Oktober, wurde eine Haus- und Straßensammlung für die notleidenden vertriebenen Auslandsdeutschen veranstaltet.

Auf Anregung des Rechnungsrats Engelhardt in Ubersingen wurde ein Ausschuß dorten gebildet zu dem Zwecke, einen Teil des reichen Obstsegens jener Gegend zu sammeln und unentgeltlich an unbemittelte Stadtkinder abzuführen. In kurzer Zeit hatte der Ausschuß 724 Zentner Äpfel beisammen, von denen

274 Zentner an minderbemittelte Kinder der Karlsruher Volksschulen abgegeben wurden. Etwa 2700 Kinder konnten mit einer ansehnlichen Gabe bedacht werden. Der Stadtrat sprach „den Veranstaltern des wohlthätigen Unternehmens sowohl als allen denen, die durch ihre freiwilligen Spenden zu dessen Gelingen beigetragen hatten, herzlichen Dank aus.“

Der Badische Landesverband christlicher Müttervereine (Ehrenauschuß Karlsruhe) veröffentlichte im November folgenden Aufruf:

Helft unsern Müttern!

Keine Klasse unsrer Bevölkerung hat nach den unsäglichen Leiden, Entbehrungen und Sorgen des Krieges eine Erholung notwendiger als unsre Mütter. Sie haben in den vergangenen fünf Jahren Übermenschliches geleistet und ertragen. Jetzt sind ihre Kräfte am Ende angelangt. Leidet aber die Mutter dann leidet die ganze Familie. Stirbt die Mutter vorzeitig, so kann nichts diesen Verlust gutmachen. Wird der Mutter geholfen, so leben auch Gatte und Kinder wieder neu auf.

Darum hat auch der Gedanke, ein großes

Müttererholungsheim

zu gründen, allüberall so starken Anklang gefunden.

Ein geeignetes Heim in günstigster Lage ist bereits in Aussicht genommen. Es vermag gleichzeitig nahezu 250 Gäste aufzunehmen und könnte so Jahr für Jahr mindestens 3000 Müttern einen vierwöchentlichen Erholungsaufenthalt gewähren. Nun gilt es nur noch, rasch die nötigen Geldmittel aufzubringen.

Dieses Werk echter Familienpflege und wirksamster sozialer Versöhnung wirbt für sich selbst. Es muß den Beifall eines jeden finden, der dankbar seiner Mutter gedenkt.

Wir bitten darum alle Volksgenossen: Gebt gerne, diese Spende kommt ja den Gebern selbst zugute.

Gebt reichlich! Je mehr diese erste Sammlung aufbringt, desto günstiger gestalten sich die Pflegefälle. Gebt um eurer Mutter willen!

Zwar sind wir uns bewußt, daß die Gebefreudigkeit gerade unserer Karlsruher Bevölkerung schon gar oft in Anspruch genommen werden mußte. Aber bei der überragenden Bedeutung gerade der Mütterhilfe sind wir gewiß, in keiner Familie eine Abweisung zu erfahren. Gelingt unser Unternehmen — das erste eigentliche Müttererholungsheim unsres ganzen Vaterlandes, vielleicht der ganzen Welt —, dann wird es sicher für weite Kreise als Vorbild wirken zu Ehren der Mitbegründer des ersten Heimes.

D. Politische Vereine und Parteien.

Wir berichten hier über die öffentliche Tätigkeit der politischen Vereine und Parteien, soweit sie nicht im Zusammenhang mit den Landtags- und Gemeindewahlen besprochen wurden.

Die Deutsch-Demokratische Partei veranstaltete im Januar einen politischen Einführungskurs für Frauen. folgende Bezirksgruppen wurden gegründet: am 1. Februar die Gruppe Südoststadt (Vorsitzender: Oberfinanzsekretär Jakob), am 8.: Gruppe Mittelstadt (Kaufmann Neumann), am 11.: Gruppe Südweststadt (Rechnungsrat Bechtel), am 12.: Weststadt (Architekt Deines), am 25.: Oststadt (Postsekretär Leiser). Am 1. Februar tagte der engere Ausschuß: Referenten Abg. Hummel und Dr. Glockner. Der Deutsch-Demokratische Verein hielt am 13. Februar Generalversammlung ab, Minister Dr. Haas erstattete politischen Bericht. Der Verein eröffnete eine Staatsbürgerschule, in deren Rahmen vom 17. Februar bis 9. April Vorträge abgehalten wurden. Am 29. und 30. März hielt die Partei unter Vorsitz von Stadtpfarrer D. Hesselbacher ihre Landesversammlung ab. Geheimer Rat von Schulze-Gävernitz hielt einen Vortrag über Elsaß-Lothringen, den Parteibericht erstattete Abg. Hummel. Die Frauenabteilung der Partei veranstaltete vom 14. bis 17. April einen politischen Osterkurs. Anstelle des nach Baden versetzten Pfarrers Hesselbacher wurde Professor Albert Kessler am 14. Oktober zum Vorsitzenden des Vereins gewählt. Vom 20. bis 24. Oktober wurde ein politischer Herbstkurs veranstaltet. Am 22. Oktober fand die Landesversammlung der demokratischen Frauen Badens statt; Rednerinnen: Frau Mayer-Kuhlenkampff, Frau Martha Stern und Fräulein Dr. Baum.

Die Gründung eines Ortsvereins der Deutschen (liberalen) Volkspartei wurde in einer vom Landgerichtspräsidenten Dr. Treßler geleiteten Versammlung am 7. November beschlossen und der Genannte zum Vorsitzenden gewählt.

Am 29. Januar fand die Landesversammlung der Vertrauensmänner und Frauen der Deutsch-Nationalen Volkspartei statt. Justizminister a. D. Dr. Düringer wurde zum Vorsitzenden der Landespartei gewählt. Zum Vorsitzenden des Ortsvereins

wurde Mitte Februar Telegraphendirektor Hochstetter gewählt. Am 23. April berichtete Dr. Düringer, M. d. R., über die Arbeiten der Deutschen Nationalversammlung und am 25. September über die neue deutsche Verfassung. Am 18. und 19. Oktober wurde der Deutsch-Nationale Parteitag hier abgehalten; Redner in der öffentlichen Versammlung: Dr. Düringer, Professor Dr. Hörsch-Berlin und Geh. Oberkirchenrat D. Meyer. Am 12. Dezember sprach im Ortsverein Pfarrer D. Traub.

Sozialdemokratische Partei. Der Aufklärungsausschuß des Volksrats veranstaltete im Januar mehrere Vorträge und am 25. Februar einen Friedensabend (Redner Dr. Leopold Friedberg). Auf 28. April riefen das Gewerkschaftskartell und die Partei zu einer Kundgebung gegenüber den brennenden Fragen der Lebensmittelpnot, Wohnungsfürsorge, Kriegsgefangenenfrage auf. Die Teilnehmer marschierten in geschlossenen Zügen aus den einzelnen Stadtteilen zur Festhalle. Da sich ungefähr 14 000 Personen eingefunden hatten, wurde eine Parallelversammlung im freien veranstaltet. Nach Ansprachen von Stadtrat Philipp, Stadtverordneten Hof, Arbeiterssekretär Prull und Verkehrsminister Rückert wurden in beiden Versammlungen folgende Entschliefungen angenommen:

I.

„Die am 28. Februar 1919 in Karlsruhe stattgefundene, von mindestens 14 000 Personen besuchte Massenversammlung hat beschloffen, der Regierung und der Nationalversammlung die folgende Entschliefung zu unterbreiten:

Die Notlage der Verbraucher wird immer größer. Die Ernährung für die Zeit bis zur neuen Ernte ist nicht sichergestellt. Der Wucher erhebt noch immer schamlos sein Haupt, und das Wohnungselend nimmt immer größeren Umfang an. Die Angestellten, Arbeiter und Beamten haben erhofft, daß Regierung und Nationalversammlung das Kriegselend mit allen Mitteln bekämpfen werden. Es muß jedoch festgestellt werden, daß Regierung und Nationalversammlung nicht alles getan haben, um das unermessliche Elend auf den Gebieten der Lebensmittelversorgung, der Preisgestaltung und des Wohnungswesens nach Möglichkeit zu mildern. Immer größer wird daher die Erregung, die unser Volk durchzittert. Immer lauter durchschallt in unsern Reihen der Ruf, daß nun endlich der Kampf gegen Wucher und Not mit voller Energie geführt werden muß! Wir wünschen daher, daß die Vorstände des Gewerkschaftskartells Karlsruhe und des Sozialdemokratischen Vereins Karlsruhe, dem Ministerium und dem Präsidium der Nationalversammlung unsere Wünsche unterbreiten, die wir wie folgt zusammenfassen:

Die Lebensmittelerzeugung ist planmäßig zu organisieren, insbesondere ist der Anbau von Getreide, Hülsenfrüchten und Ölfrüchten zu fördern. Mehr als bisher ist der Steigerung der Ertragsfähigkeit Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Tierhaltung ist einem bestimmten Plan zu unterwerfen. Als Grundlage ist die Einführung der Viehkataster unumgänglich notwendig. Die Zahl der volkswirtschaftlich nicht notwendigen Tiere ist einzuschränken; dies gilt insbesondere von der Schweine-, Kleintier- und Geflügelhaltung. Der Rindviehbestand ist dagegen nach Möglichkeit zu schonen.

Es sind alle Vorkehrungen zu treffen, um bei den Erzeugern die restlose Erfassung aller Nahrungsmittel zu ermöglichen. Diese Organisation ist durch eine großzügige Aufklärungsarbeit auf dem Lande unter Mitwirkung der Verbraucher zu unterstützen.

Der Wucher mit Nahrungsmitteln, Bekleidungsgegenständen und allen anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs ist aufs schärfste zu bekämpfen und ein planmäßiger Abbau der Preise aller Waren im Verein mit der Reichsleitung einzuleiten.

Die Versammlung erklärt sich grundsätzlich einverstanden mit dem ihr bekanntgegebenen Entwurf der Vorschläge zur Bekämpfung der Wohnungsnot, die die Arbeiter- und Volksräte der Nationalversammlung vorlegen wollen. In Sonderheit fordert sie:

1. Genaue Erhebungen über die eingetretenen Mietsteigerungen und schärfstes Vorgehen gegen jeden Wohnungswucher.
2. Ausbarmachung aller geeigneten Räume für Wohnungszwecke, in Sonderheit leerstehende Kasernen und andere öffentliche Gebäude, aber auch Teile von unnötig großen Privatwohnungen.
3. Förderung der Neubautätigkeit in Sonderheit der gemeinnützigen Bauvereinigungen durch Bereitstellung von Bauland, Baustoffe, Hypotheken und Bauzuschüsse.
4. Vereinheitlichung und Beschleunigung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot durch Schaffung eines Landeswohnungsamts, durch Einrichtung von städtischen und von Bezirks-Wohnungs- oder Wohlfahrtsämtern.

Die Versammelten fordern weiter, daß unverzüglich eine öffentlich-rechtliche Konsumenten-Vertretung nach den Vorschlägen der in der Badischen Verbraucherkammer vereinigten Organisationen geschaffen werde, die vom Staat finanziell zu unterstützen ist.

Die Versammlung erwartet, daß Regierung und Nationalversammlung ihren berechtigten Wünschen entsprechen und dadurch den bedrohten sozialen Frieden sichern helfen. Unser Land kann nur dann vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt werden, wenn Regierung und Nationalversammlung sich dem Gebot der Stunde fügen, das da heißt: Kampf gegen den Hunger, Kampf gegen den Wucher, Kampf gegen die Wohnungsnot, Kampf gegen all das Elend, das der Krieg über unser Volk gebracht hat!

II.

Die heute am 28. Februar in Karlsruhe stattgefundene Massenversammlung spricht ihre Entrüstung aus gegenüber dem fortgesetzt ablehnenden Standpunkt der Alliierten, unsere sich noch in Feindeshand befindlichen Gefangenen herauszugeben. Die Versammlung erklärt, daß die völkerrechtswidrige Zurückhaltung unserer Söhne, Brüder und Gatten in Feindeshand ein Akt der Gewalt und Freiheitsberaubung darstellt und sich nicht mit den 14 Punkten des Wilsonschen Friedens-Programms vereinbaren lasse, aufgrund dem unsere Soldaten die Waffen niederlegten.

Die Versammelten erheben laut und nachhaltig ihre Stimme und bitten insbesondere die neutralen Staaten, sowie die organisierte Arbeiterschaft der ganzen Welt, gegen diese Vergewaltigung unserer Volksgenossen bei den Alliierten Protest einzulegen und auf sofortige Entlassung unserer sich noch in Feindesland befindlichen Gefangenen zu dringen."

Am 28. April fand die Landeskonferenz der Partei statt, Berichterstatter: Abg. Marum; am 4. Juni die Generalversammlung des Vereins, in der Gottlob Schwerdt zum Vorsitzenden gewählt wurde. Die Generalversammlung der Frauensektion wurde am 18. Mai abgehalten. Am 21. Juli fand eine Kundgebung gegen den Gewaltfrieden und den Militarismus in der Festhalle statt. Nach einer Rede des Abg. Dr. Kraus wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Die heutige Demonstrationsversammlung der Karlsruher sozialistischen Arbeiterschaft weiß sich mit den Klassengenossen aller Länder, besonders denen in England, Frankreich und Italien, einig in rücksichtslosem Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus.

Sie erhebt schärfsten Protest gegen den Friedensvertrag von Versailles, der nur eine neue Form der Knechtschaft und Ausbeutung darstellt, indem er ganz Europa unter die Herrschaft des englisch-amerikanischen Kapitals zwingt.

Ebenso energisch erhebt sie aber Protest gegen die politische Reaktion und gegen den da und dort sein Haupt wieder erhebenden Militarismus im Innern.

Nur ein einiges Proletariat wird den Kampf um den Sozialismus siegreich durchführen können. Nicht durch Putsche und wahn sinnige Streiks, sondern nur durch zähen organisierten Klassenkampf auf dem Boden der politischen, sozialen Demokratie kann der neue Staat der sozialen Gerechtigkeit und Freiheit aufgebaut werden.

Brüder, seid einig, einig, einig! Nur der proletarische Völkerbund, den die soziale Revolution schaffen wird, kann die Menschheit befreien und zu wahrer Gemeinschaft zusammenführen."

Ein Parteitag wurde am 6. und 7. September hier abgehalten, Vorsitzender: Richard Hörter, Berichterstatter: Minister Geiß für den Landesvorstand, Abg. Marum für die Landtagsfraktion und

Stoß-Heidelberg für die Fraktion der deutschen Nationalversammlung. Am 14. September fand zu Ehren der im Weltkrieg gefallenen Mitglieder eine Gedächtnisfeier statt. Am 14. Dezember tagte die Wahlkreis-Konferenz des 5. badischen Landtagswahlkreises.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei (U. S. P.) und Kommunistische Partei (K. P. D.). Die U. S. P. hielt am 15. und 16. Februar ihre erste Landeskonferenz ab. Redner: Hans Brümmer-Mannheim, Adolf Geß-Offenburg, Hermann Kemmle-Mannheim und Georg Dietrich von hier. Am 25. Februar veranstaltete die U. S. P. eine Protestversammlung, die sich gegen die Maßnahmen der Reichsregierung und der badischen Regierung beim Mannheimer Putsch richtete; Redner: Bernhard Kruse. Für den 13. Juni forderte der Aktionsausschuß der U. S. P. und der K. P. D. zu einer Demonstrationsversammlung und zum Generalstreik wegen des Todesurteils gegen den Bolschewistenführer Lewin in München auf. Zur Arbeitsniederlegung kam es nicht, dagegen beteiligten sich am Tage mehrere tausend Personen. In der Festhalle und vor derselben wurden Ansprachen gehalten. Auf dem Rückweg wurde vor dem „Volksfreund“, dem Rathaus und dem Ministerium des Innern demonstriert.

Den Jahrestag der Revolution, am 9. November, begingen die beiden sozialdemokratischen Parteien durch Gedächtnisfeiern, die Mehrheitssozialisten in der Festhalle, wobei Redakteur Schöpflin die Festrede hielt. Bei der Feier der Unabhängigen im Colosseum sprach Stadtverordneter Kruse.

Die Ortsgruppe der Vaterlandspartei löste sich am 1. April auf und überwies den Restbestand ihrer Kasse dem „Badischen Heimatbund“.

Am 25. Januar fand in der Festhalle eine von der Zentrumspartei einberufene, stark besuchte Protestversammlung gegen die fortgesetzte Vergewaltigung des deutschen Volkes durch die Entente statt. Minister Trunk und Geistl. Rat Dr. Schofer hielten Ansprachen. Zum Schlusse wurde einstimmig nachstehende Entschließung angenommen, die an die Waffenstillstandskommission, an die deutsche und badische Nationalversammlung abgeschickt werden sollte. Sie lautete:

„1. Wir protestieren gegen die erpreßte Besetzung von Teilen unseres badischen Landes. 2. Wir protestieren gegen die Lahmlegung des deutschen Verkehrswesens. 3. Wir protestieren gegen die schikanösen Maßnahmen bei Ablieferung der Lokomotiven, Wagen- und Kraftfahrzeuge. 4. Wir protestieren gegen die Verhinderung jeglicher linksrheinischer Kohlenzufuhr. 5. Wir protestieren gegen die versuchte Finanzkontrolle. 6. Wir protestieren gegen die Fortsetzung der Hungerblockade. 7. Wir protestieren gegen das ungeheuerliche Verlangen der Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen. Wir verlieren dadurch noch voll unser heimatliches Brot. 8. Wir protestieren gegen jeden schikanösen Ausweisungsversuch aus der neutralen Zone. 9. Wir protestieren gegen die Behandlung deutscher Staatsbürger im Reichsland Elsaß-Lothringen. 10. Wir protestieren gegen das Zurückhalten der deutschen Kriegsgefangenen. 11. Wir protestieren gegen die Verweigerung eines Präliminarfriedens. 12. Wir protestieren gegen jeden Vergewaltigungsfrieden. Wir protestieren im Namen der Freiheit, des Rechtes und der Gerechtigkeit, der ewigen, vom Schöpfer uns verliehenen Menschheits- und Völkerrechte. Wir verlangen Abrüstung, Völkerbund und Freiheit der Meere. Wir verlangen einen Frieden des Rechts, der Verständigung und der Versöhnung. Wir erwarten die Einlösung des gegebenen Manneswortes.“

Am 26. Februar nahm der Windhorstbund nach 4½ jähriger Unterbrechung durch den Krieg seine Tätigkeit wieder auf. Oberrevisor Otto Wild wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt, er sprach am 12. März über die Ziele des Bundes, daran anschließend Abg. Dr. Schofer. In einer Versammlung am 4. April sprachen Abg. Wiedemann über Gemeindepolitik und Abg. Dr. Schofer über die neue Verfassung. Am 28. Oktober wurde der Parteitag des Zentrums abgehalten. Berichterstatter: Finanzminister Dr. Wirth. Weitere Ansprachen hielten: Dr. Schofer, Geistl. Rat Dr. Reßbach und Gewerkschaftssekretär Erising.

2. Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft.

Über den Verbrauch der wichtigsten Genuß- und Nahrungsmittel in unserer Stadt liegen folgende Angaben vor:

Der Weinverbrauch betrug im Berichtsjahre 37793 Hektoliter (1918: 31 116), d. i. 26,54 Liter (21,55) auf den Kopf der Bevölkerung.

An Bier wurden hier gebraut und verbraucht 100277 Hektoliter (1918: 85559); eingeführt wurden und zwar aus badischen Brauereien 6442 Hektoliter (5736), aus außerbadischem Zollinland 3908 Hektoliter (1725), aus dem Zollaussland 0 (0), mithin Verbrauch im ganzen 110627 Hektoliter (93020), d. i. auf den Kopf der Bevölkerung 77,67 (64,43 Liter).

Der Fleischverbrauch betrug im Berichtsjahre 3471892 kg (1918: 2385520,80 kg). Bei einer mittleren Einwohnerzahl von 135839 (mit Vororten) belief sich somit der Fleischverbrauch, abgesehen von Fischen, Wildbret und Geflügel für den Kopf auf 25,55 kg (gegen 16,52 kg im Vorjahre).

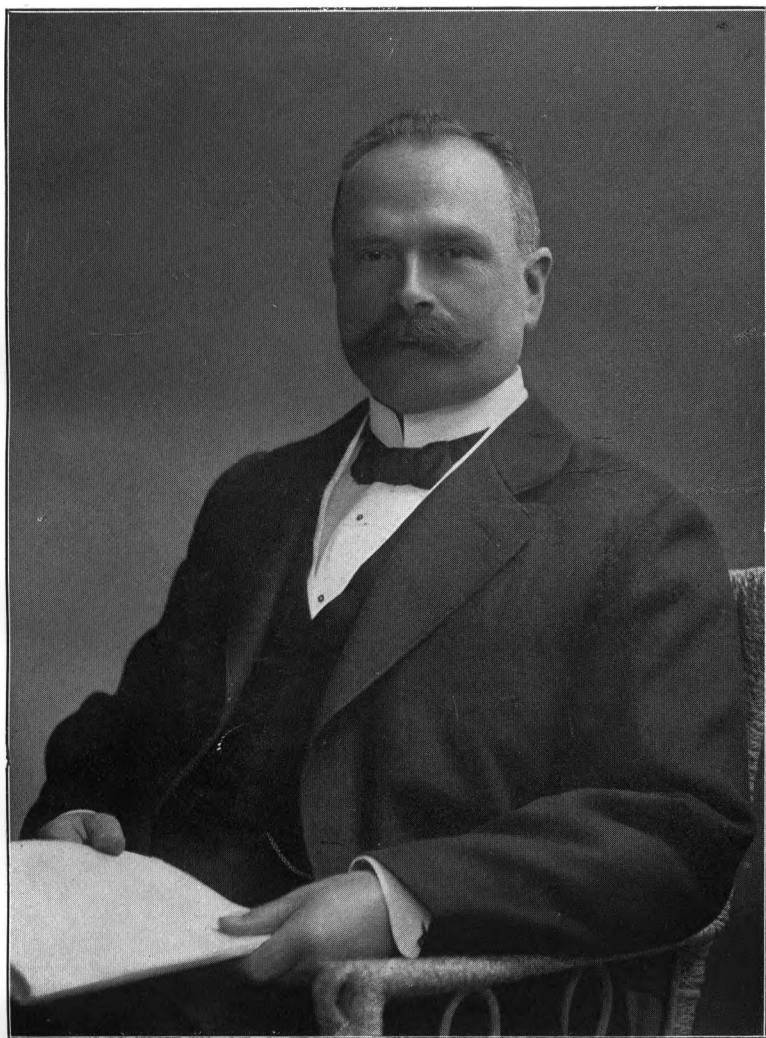
Die Großviehschlachtungen im städtischen Schlachthof haben im Berichtsjahre eine Abnahme von 3435 Stück = 29,9 % zu verzeichnen, die Schlachtungen an Kleinvieh dagegen haben sich um 114 Stück vermehrt. Im einzelnen betrugen die Schlachtungen von Großvieh:

Jahr	Ochsen			Kühe		Rinder			Farren		Summe
	I.	II.	III.	II.	III.	I.	II.	III.	II.	III.	
	Schwere			Schwere		Schwere			Schwere		
1919	625	156	1082	1206	2152	3	90	1471	71	1163	8 019
1918	624	410	2975	1161	1518	5	227	3660	138	736	11 454

Die Schlachtungen an Kleinvieh betrugen:

Jahr	Kälber	Lamm	Ziegen	Schweine	Ferkel	Kitzlein	Summe
1919 . .	3854	10112	258	601	33	194	15052
1918 . .	7067	4955	728	1614	17	557	14938

Die Schlachtungen an Pferden betrugen 1936 Stück (1918: 1466 Stück Pferde). Die Fleischeinfuhr aus dem Inland und aus dem Ausland hat sich im Berichtsjahre außerordentlich vermehrt. Das aus dem Inland eingeführte und zur Beschau gestellte Fleisch



Phot. H. v. Perckhammer, Meran

Fabrikant Otto Müller
Stadtrat

belief sich auf 13111 kg (1918: 6407) und zwar Rindfleisch 5379 kg (2249 kg), Kalbfleisch 458 kg (119 kg), Schweinefleisch 718,5 kg (356 kg), Hammelfleisch 2050,5 kg (3683 kg), Pferdefleisch 4505 kg (0). An Fleischwaren und Fetten aus dem Ausland gelangten im Schlachthof, Hauptzollamt und am städtischen Rheinhafen im ganzen zur Untersuchung 122420 Packstücke (26) 2 Eisenbahnwagen Gefrierfleisch, 56 Eisenbahnwagen gefalz. Schweinefleisch, 27 Eisenbahnwagen Fett im Gesamtgewicht von 1237866 kg (133 kg). Die Packstücke und Eisenbahnwagenladungen stammten aus der Schweiz, Nordamerika, Norwegen, Rußland, Dänemark und Holland.

Viehmärkte im Viehhof konnten durch das Fortbestehen der Zwangsbewirtschaftung des Fleisches nicht abgehalten werden.

Von 8019 im städtischen Schlachthofe geschlachteten und der Beschau unterstellten Großviehstücken wurden als nichtbankwürdig erklärt und der Freibank überwiesen 148 Stück und 222 Viertel; als genußuntauglich wurden 4 Stück erklärt und gänzlich dem Konsum entzogen. An einzelnen Organen wurden 2941 Stück als genußuntauglich dem Konsum entzogen. Von 15052 geschlachteten Stück Kleinvieh wurden 84 Stück und 8 Viertel als nicht bankwürdig auf die Freibank verwiesen; als genußuntauglich wurden 11 Stück dem Konsum gänzlich entzogen. An einzelnen Organen wurden 4934 Stück als genußuntauglich dem Konsum entzogen. Von 1936 geschlachteten Pferden wurden 22 Stück als genußuntauglich erklärt und an einzelnen Organen 413 Stück vernichtet. Von auswärts und zwar aus dem Inland eingeführtem Fleisch wurden 5604 kg der Freibank überwiesen; ferner 2 Rindslungen, 1 Rindsleber, 1 Milz und 1 Magen, 1 Darm, 1 Ziege, 315 kg Kuhfleisch, 96 kg Rindfleisch, 32 kg Pferdefleisch, 1 Hammelsgeschlinge, 21 kg Pferdewurst und 2 Büchsen Fleischkonserven als genußuntauglich erklärt.

Im Berichtsjahre wurden von den aus dem In- und Auslande eingeführten Fleischwaren 49 geschlachtete Schweine, 110007 Stück Pöckelfleisch, 10 Schinken, 91 Stück Speck und 2 Würste auf Trichinen untersucht. Trichinen wurden in 153 Fällen gefunden. Davon waren 127 Fälle stark und 26 Fälle schwach trichinös.

Die vorgenommenen Ladenrevisionen erstreckten sich im Berichtsjahre hauptsächlich auf die Kontrolle der mit Erlaß des Badischen Ministeriums des Innern vom 11. April 1916 vorgeschriebenen Schlachtbücher der Metzger, auf den vorschriftsmäßigen Verkauf der jeweils festgesetzten wöchentlichen Fleischopfmenge und auf die richtige Abgabe der Fleischmarken, sowie auf die Kontrolle der Hauschlachtungen in den Vororten.

Im Berichtsjahre wurden durch die städtischen Tierärzte in 38 Besuchen insgesamt 21 Tiere behandelt. Die meisten Fälle wurden geheilt bzw. gebessert; in 4 Fällen wurde Tötung angeraten. Zur Sektion kamen 8 Tiere, welche vorher nicht behandelt worden waren.

Die Zahl der Liegenschaftsumsätze durch Kauf betrug im Berichtsjahre 1147 (1918: 483) mit einem Gesamtwerte von 54 677 589 Mk. (13 995 099 Mk.), darunter 716 bebaute Liegenschaften im Werte von 51 573 216 Mk. (12 118 159 Mk.) unbebaute 388 (255) im Werte von 2 630 962 Mk. (1 422 830 Mk.) und bebaute mit unbebauten 43 (30) im Werte von 473 411 Mk. (454 110 Mk.).

Hypotheken wurden im Berichtsjahre 831 (1918: 309) neu bestellt mit einem Betrage von 20 216 252 Mk. (5 455 460 Mk.); gelöscht wurden 1550 (671) mit einem Betrage von 17 250 937 Mk. (6 928 489 Mk.). Zwangshypotheken wurden 11 (9) im Betrage von 73 726 Mk. (69 409 Mk.) bestellt.

Über die hiesigen Geld- und Kreditanstalten ist folgendes zu berichten:

In der Städtischen Sparkasse vermehrte sich im Berichtsjahre der Bestand an Spareinlagen um 16 192 173 Mk. 70 Pf. und der an Giro Guthaben um 5 458 173 Mk. 23 Pf., zusammen um 21 650 886 Mk. 93 Pf. Eine ganz besondere Zunahme erfuhr das Hinterlegungsgeschäft infolge des sogen. Depotzwangsgesetzes vom 24. Oktober 1919. Der gesamte Kursrückgang des Bestandes der Sparkasse an Wertpapieren war so groß, daß er nicht nur die Betriebsüberschüsse des Jahres 1919 vollständig verschlang, sondern auch den noch vorhandenen Reservefonds größtenteils verzehrte. Allerdings wurden an Kriegsanleihen

im Berichtsjahre 3 % abgeschrieben, während nach der Vorschrift nur 1 % hätte abgeschrieben zu werden brauchen.

Infolge der außerordentlichen Zunahme des Geschäftsverkehrs wurde mit Zustimmung des Stadtrates die Errichtung von zwei Zweigstellen beschlossen. Die Zweigstelle West Kaiserallee Nr. 89 konnte am 3. November 1919, die Zweigstelle Ost Durlacher Allee 28 dagegen erst am 1. Juni 1920 eröffnet werden.

In die Sparkasse wurden 1919 im ganzen eingelegt 486 101 18 Mk. 13 Pf., abgehoben 354 126 95 Mk. 74 Pf., somit Überschuß der Einlagen 13 197 422 Mk. 39 Pf. An Zinsen für 1919 wurden 2 995 291 Mk. 31 Pf. gutgeschrieben. Daher Zunahme des Einlagebestandes, wie oben angegeben, 16 192 173 Mk. 70 Pf., der sich dadurch von 73 221 149 Mk. 11 Pf. nach dem Stand vom 31. Dezember 1918 auf 89 413 862 Mk. 81 Pf. nach dem Stand vom 31. Dezember 1919 hob.

Die Zahl der Einleger stieg von 70 073 auf 74 165, so daß auf einen Einleger auf Jahreschluß ein durchschnittliches Guthaben von 1205 Mk. 61 Pf. gegen 1044 Mk. 93 Pf. auf Schluß des Vorjahres entfällt.

Die Zahl der Abfertigungen betrug: Einzahlungen 125 315, Rückzahlungen 81 703, reine Zinszahlungen (die Ganzabhebungen ungerchnet) 1205, zusammen 207 225 gegen 224 201 im Vorjahre.

An Heimsparbüchern wurden 1785 Stück (1918: 2410) mit einem Inhalt von 138 399 Mk. 50 Pf. (128 651 Mk. 50 Pf.) entleert.

Im Übertragbarkeitsverkehr wurden 461 Guthaben (447) mit 664 391 Mk. 87 Pf. (122 738 Mk. 94 Pf.) von auswärtigen Sparkassen an die hiesige überwiesen, während 923 Guthaben (375) mit 1 362 081 Mk. 30 Pf. (452 438 Mk. 40 Pf.) an auswärtige Sparkassen ausgezahlt wurden.

In der Giro- und Scheckabteilung wurden im ganzen eingelegt 57 306 862 Mk. 34 Pf., abgehoben 52 030 315 Mk. 81 Pf. Überschuß der Einlagen 5 276 546 Mk. 53 Pf., an Zinsen wurden gutgeschrieben 181 626 Mk. 70 Pf. Zunahme des Einlagebestandes, wie oben angegeben, 5 458 173 Mk. 23 Pf., der sich dadurch von 4 395 583 Mk. 67 Pf. nach dem Stand vom 31. Dezember 1918 auf 9 853 756 Mk. 90 Pf. nach dem Stand vom 31. Dezember 1919 hob. Bargeldlos wurden 70 163 762 Mk. 55 Pf. (33 154 836 Mk. 10 Pf.)

ausgeglichen. Die Zahl der Teilnehmer am Giro- und Scheckverkehr stieg von 3017 auf 4267, so daß auf einen Girokunden am Jahreschluß ein durchschnittliches Guthaben von 2309 Mk. 30 Pf. gegen 1456 Mk. 94 Pf. auf Schluß des Vorjahres entfällt. Die Zahl der Abfertigungen betrug: Einzahlungen 73855, Rückzahlungen 141719, zusammen 215574 gegen 166285 im Vorjahre.

Bei der Hinterlegungsstelle waren

	Sparbücher Kriegsanleihestücke		
	Stück	Kontenzahl	Betrag
zu Beginn des Jahres hinterlegt	6260	2955	5992800 Mk.
neu kamen hinzu	3359	2822	5654400 "
zurückgenommen wurden . . .	1674	602	1561000 "
Stand am 31. Dezember 1919	7945	5175	10086200 "

An Gebühren gingen 9934 Mk. 25 Pf. gegen 7958 Mk. 75 Pf. im Vorjahre ein.

In die Kriegssparkasse wurden im Berichtsjahre			
eingelegt in	1260	Posten	18122 Mk. 58 Pf.
rückgehoben in	601	"	117643 " 27 "

Mehrrückzahlungen . . .	99520	Mk. 69 Pf.
gutgeschriebene Zinsen für 1919 . . .	5771	" 37 "

Abnahme . . .	93749	Mk. 32 Pf.
Stand am 31. Dezember 1918 . . .	217890	" 23 "

Stand am 31. Dezember 1919 . . .	124140	Mk. 91 Pf.
----------------------------------	--------	------------

Die Zahl der Teilnehmer betrug am

31. Dezember 1918 8032

Zugang 234

8266

Abgang 2548

Stand am 31. Dezember 1919 . 5718

In der Pfandleihkasse wurden im Berichtsjahre an Fahrnispfändern eingesetzt 14276 Stück (13361) mit 324147 Mk. (183878 Mk.), erneuert 1635 Stück (2580) mit 33553 Mk. (64706 Mk.), eingelöst 13862 Stück (14715) mit 278414 Mk. (202958 Mk.), versteigert 431 Stück (413) mit 5101 Mk. (4437 Mk.), zusammen 30204 Stück (31069) mit 641195 Mk. (455979 Mk.).

Der Pfänderbestand sank von 4387 Stück mit 81 153 Mk. auf 4370 Stück mit 121 785 Mk. auf 31. Dezember 1919.

Die Einnahmen aus dem Leihhausbetrieb

berechnen sich für 1919 auf 24912 Mk. 71 Pf.
hiervon ab für normale Verzinsung der auf
Pfänder ausgelieh. Summe $3\frac{1}{2}$ % mit rund 3 500 " — "

Rest . 21 412 Mk. 71 Pf.

Die Verwaltungskosten betrugen . 51 600 " 63 "

Ungedeckter Verwaltungsaufwand . 30 187 Mk. 92 Pf.

gegen . 15 166 " 30 "

im Vorjahre.

Der Bestand an Darlehen auf Wertpapiere fiel von 84 Stück mit 117 650 Mk. auf 48 Stück mit 56 860 Mk.

Das große Angebot an Hypothekengeldern, verbunden mit dem Ruhen fast jeglicher Bautätigkeit, hatte einen weiteren Rückgang des Bestandes an Darlehen auf Hypothek zur Folge, der von 39513210 Mk. auf 38945475 Mk. fiel. Der Bestand an Staats- und sonstigen Inhaberpapieren betrug auf Jahreschluß 41 741 470 Mark 38 Pf. (1918: 35810707 Mk. 23 Pf.) mit einem bilanzmäßigen Börsenwert von 37 696 383 Mk. 02 Pf.

Als Rechnungsergebnisse der Spar- und Pfandleihkasse sind zu verzeichnen: Die Einnahmen betrugen 4481982 Mk. 11 Pf. (1918: 3410419 Mk. 99 Pf.), die Ausgaben 4192985 Mk. 54 Pf., somit Überschuß 288996 Mk. 57 Pf. (409229 Mk. 44 Pf.). Das reine Vermögen betrug am 31. Dezember des Berichtsjahres 40001 Mk. 67 Pf. (gegen 167454 Mk. 28 Pf. im Vorjahre), somit Abnahme 127452 Mk. 61 Pf.

Zur Vermehrung des Vermögens trug bei:

Überschuß der laufenden Einnahmen über

die laufenden Ausgaben 144338 Mk. 79 Pf.

Zunahme der Aktiostückzinsen 144657 " 78 "

Kursausgleichsfonds für Wertpapiere 3058 " 45 "

Zunahme des Inventarwertes 20623 " — "

312678 Mk. 02 Pf.

Zur Verminderung trug bei:

Abnahme des Kurswertes 440130 " 63 "

Abnahme wie oben . 127452 Mk. 61 Pf.

Der Reservefonds müßte nach § 7 der Satzungen 4 988 106 Mk. 13 Pf. betragen. An Vermögen sind nur 40 001 Mk. 67 Pf. vorhanden. Bis zur gesetzlichen Höhe fehlen somit 4 948 104 Mk. 46 Pf.

Der Kassenumsatz berechnete sich für 1919 auf 572 316 228 Mk. 12 Pf. (1918: 321 336 051 Mk. 60 Pf.).

In der Städtischen Sparkasse wurden im Berichtsjahre eingelegt 134 642 Mk. 20 Pf. (1918: 77 338 Mk. 10 Pf.) in 13 069 Posten (10512), rückgehoben 40 541 Mk. 25 Pf. (24 531 Mk.) in 491 Posten (449). Mehreinlagen 94 100 Mk. 95 Pf. (52 807 Mk. 10 Pf.). Hierzu 10714 Mk. 10 Pf. gutgeschriebene Zinsen ergibt 104 815 Mk. 05 Pf. Vermehrung des Einlagebestandes, der dadurch von 265 546 Mk. 90 Pf. auf 370 361 Mk. 95 Pf. stieg. Die Zahl der Einleger hat um 643 zugenommen und beträgt 9309, Einnahmen wie Ausgaben beliefen sich auf 13 740 Mk. 03 Pf. Vermögen wie Schulden sind auf 372 620 Mk. 95 Pf. berechnet so daß sich kein Reinvermögen ergibt. Der Reservefonds der Sparkasse ist unter dem der Spar- und Pfandleihkasse enthalten.

Im Bezirk der Reichsbankstelle Karlsruhe wickelten sich im Berichtsjahre folgende Geschäfte ab: Gesamter Wechsel- und Scheckverkauf 27 263 Stück (1918: 20 888) mit 248 725 600 Mk. (55 326 400 Mk.), Einzug von Wechsel und Schecks 5627 Stück (5932) mit 35 682 800 Mk. (23 036 300 Mk.), Giroverkehr Einnahme und Ausgabe 475 537 Stück (463 651) mit 20 205 035 100 Mk. (15 961 351 000 Mk.), Einzahlung von Nicht-Konto-Inhabern 4382 Stück (3992) mit 257 060 600 Mk. (377 507 400 Mk.).

Dem Geschäftsbericht der Badischen Bank entnehmen wir folgende Angaben: Wechselverkehr im Eingang 165 846 351 Mk. 76 Pf. (1918: 110 979 186 Mk. 09 Pf.) im Ausgang 155 448 354 Mk. 37 Pf. (109 445 494 Mk. 69 Pf.), Diskont-Ertrag 1 404 746 Mk. 06 Pf. (967 696 Mk. 75 Pf.), Lombardverkehr ausgeliehen 61 598 090 Mk. (31 491 525 Mk.), zurückgezahlt 55 860 690 Mk. (31 193 760 Mk.), Effekten angekauft für 710 226 777 Mk. 25 Pf. (540 122 726 Mk. 84 Pf.), begeben und an Zinsen verbucht 713 965 777 Mk. 40 Pf. (539 097 619 Mk. 91 Pf.), Giro- und Scheckverkehr Einzahlungen 5 253 052 649 Mk. 44 Pf. (3 639 633 030 Mark 15 Pf.), Auszahlungen 5 153 554 506 Mark 59 Pf.

(3562335 417 Mf. 30 Pf.). Der Gesamtbetrag der in Betrieb gegebenen Banknoten belief sich auf 54 000 000 Mf. (28 500 000 Mf.). Der durchschnittliche Notenumlauf betrug 31 363 700 Mf. (26 837 700 Mf.), die durchschnittliche Deckung 68,54 % = 21 498 700 Mf. (45,66 % = 12 274 300 Mf.). Am 31. Dezember 1918 waren 28 470 400 Mf. im Umlauf, im Laufe des Jahres wurden 21 295 300 Mf. verausgabt, 12 697 600 Mf. eingelöst, mithin blieben am 31. Dezember des Berichtsjahres 37 068 100 Mf. im Umlauf. Der Reingewinn ist im Berichtsjahre auf 1 205 295 Mf. 11 Pf. berechnet (1 001 868 Mf. 68 Pf.). Die Dividende betrug $6\frac{1}{2}$ % (7 %).

Der Umsatz der Karlsruher Filiale der Rheinischen Creditbank betrug im Berichtsjahre 10 200 000 Mf. (1918: 26 160 633 89 Mf. 93 Pf.). Die Generalversammlung der Mühlburger Creditbank hatte am 15. Mai ihre Auflösung und die Vereinigung mit der Rheinischen Creditbank beschlossen. Die letztere errichtete am 1. Juli in den bisherigen Geschäftsräumen der Mühlburger Creditbank (Rheinstraße 44) eine Niederlassung mit der Firma „Rheinische Creditbank, Niederlassung Karlsruhe-Mühlburg“.

Der Gesamtumsatz der „Mitteldeutschen Creditbank“ ist von 30 Milliarden Mark im Vorjahre auf 62 Milliarden Mark angewachsen. Der Reingewinn betrug im Berichtsjahre 5 648 466 Mark 62 Pf. gegen 4 849 910 Mf. 99 Pf. im Jahre 1916. Die Dividende betrug 8 %.

Der Vereinsbank Karlsruhe gehörten am Schlusse des Berichtsjahres 5080 Mitglieder an (1918: 4892). Der Reingewinn der Bank betrug 212 822 Mf. 91 Pf. (234 004 Mf. 54 Pf.), die Dividende 5 % (6 %). Der Gesamtumsatz belief sich auf 1 131 277 969 Mf. 57 Pf. (632 567 508 Mf. 68 Pf.). Die Geschäftsanteile der Mitglieder betrugen am Schlusse des Berichtsjahres 3 355 562 Mf. 77 Pf. (3 181 294 Mf. 38 Pf.). Die gesamten Reserven machten 31,59 % (32,48 %) der Geschäftsguthaben, 3,43 % (3,89 %) des Betriebskapitals aus.

Die Gewerbe- und Vorschußbank Karlsruhe hatte 1919 eine Bilanz in Aktiven und Passiven von 869 532 Mf.

64 Pf. (1918: 874 025 Mk. 61 Pf.). Der Reingewinn betrug 11898 Mk. 06 Pf. (11851 Mk. 17 Pf.), die Dividende 4 % wie im Vorjahre.

Die Privat-Spargesellschaft in Karlsruhe zählte im Berichtsjahre 10954 Mitglieder (1918: 10878). Der Aktivistand betrug am 31. Dezember des Berichtsjahres 16906788 Mk. 68 Pf., der Passivstand 16053319 Mk. 87 Pf., das reine Gesellschaftsvermögen 853468 Mk. 81 Pf. (805108 Mk. 48 Pf.). Der darin enthaltene Reservefonds beträgt 822000 Mk. (790000 Mk.), dazu weitere Sonderrücklagen 30000 Mk. An Zinsen wurden 600344 Mk. 12 Pf. (531880 Mk. 64 Pf.) und an Dividenden 46372 Mk. 44 Pf. (41515 Mk. 60 Pf.) gutgeschrieben.

Im Rabatt-Spar-Verein Karlsruhe waren im Berichtsjahre zur Erledigung der laufenden Geschäfte 7 Vollversammlungen und 11 des engeren Vorstandes nötig, außerdem eine Anzahl Kommissionsitzungen innerhalb des Vereins und Sitzungen beim Nahrungsmittelamt, der Handelskammer u. a. Der (nicht zum Vereinsvermögen gehörende) Wert der in Karlsruhe und Umgebung im Umlauf befindlichen Rabatt-Spar-Marken belief sich auf 154085 Mk. 04 Pf. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde der bisherige 2. Vorsitzende, Kaufmann Jakob Lösch, zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Die Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit (vormals Allgemeine Versorgungsanstalt) zählte am Schlusse des Berichtsjahres 164319 Versicherungen (1918: 153867) im Betrage von 959200595 Mk. (818117116 Mk.). Der erzielte Jahresüberschuß stellte sich auf 2573285 Mk. Hierzu ist in der Übersicht u. a. bemerkt: Das Geschäftsjahr zeigte denselben Gegensatz wie das Vorjahr, nur noch in sehr verstärktem Maße: auf der einen Seite eine glänzende Entwicklung des Zugangs, auf der anderen ein starkes Zurückgehen der wirtschaftlichen Ergebnisse. Gegenüber 1913 hat sich der Neuzugang beinahe verdreifacht, der Reinzuwachs mehr als vervierfacht. Dagegen steht einem damaligen Jahresüberschuß von 10,4 Millionen Mark ein solcher von nur 2,6 Millionen Mark gegenüber. Der Rückgang, heißt es weiter, beruhe in erster Linie auf den gewaltigen Kursverlusten, die auf den Besitz der

Anstalt an staatlichen Wertpapieren abgeschrieben werden mußten. Ein weiterer Grund des Rückgangs des Überschusses sei das ungeheure Anwachsen der persönlichen und sachlichen Geschäftskosten. — An Dividenden wurden im Berichtsjahre 8507285 Mk. (8259187 Mk.) bezahlt. Das Gesamtvermögen der Anstalt beläuft sich auf 370992112 Mk. Durch Tod sind 11238494 Mk. (17204536 Mk.), durch Erleben des bedungenen Endalters 13121670 Mark (10812996 Mk.) fällig geworden. Von den Todesfällen kamen auf Kriegsterbefälle 1948800 (7295200 Mk.).

Bei der Badischen Gebäudevorsicherungsanstalt betrug die Gesamtversicherungssumme auf 31. Dezember des Berichtsjahres 6534196320 Mk., wovon 6499447920 Mk. umlagepflichtig sind. Darnach würde sich die Umlage von 100 Mk. Versicherungssumme auf 11 Pfennig berechnen. Zur Verstärkung des Betriebs- und Ausgleichsfonds wurde jedoch die Umlage auf 20 Pfennig festgesetzt. An Entschädigungen waren im Berichtsjahre 4022170 Mk. 79 Pf. zu bezahlen, dazu 100 % Kriegszuschlag für die zuschlagsberechtigten Brandentschädigungen des Jahres 1919 im Betrage von 2707764 Mk. 59 Pf. Am 31. Dezember 1919 betrug das reine Vermögen der Anstalt 11007764 Mk. 72 Pf. gegenüber 7888139 Mk. 19 Pf. am 31. Dezember 1918.

Bei der Badischen Feuerversicherungsbank in Karlsruhe betrug am Ende des Berichtsjahres die Versicherungssumme in der Feuerversicherung 2722791407 Mk. (1918: 2214631837 Mark), in der Einbruchdiebstahlversicherung 134289637 Mk. (97083690 Mk.). Die Schäden (bezahlt und zurückgestellt, einschließlich der Ermittlungskosten) beliefen sich bei der ersteren auf 3334220 Mk. 56 Pf. (2315484 Mk. 92 Pf.), bei der letzteren auf 213336 Mk. 91 Pf. (165029 Mk. 28 Pf.). Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Gewinn von 86092 Mk. 89 Pf. auf. An Dividenden wurden wie im Vorjahre 40000 Mk. bezahlt.

Bei der Landesversicherungs-Anstalt Baden betragen im Berichtsjahre die Einnahmen aus Zeitungen 10566980 Mk. 20 Pf. (1918: 8143258 Mk. 49 Pf.), aus Zinsen 3481833 Mk. 48 Pf. (3118280 Mk. 85 Pf.). Der Wert der Ausgaben wurde mit 126165 Mk. 24 Pf. (125289 Mk. 75 Pf.) berechnet. Die

Ausgaben für Versicherte betragen an Renten 12327366 Mk. 24 Pf. (6272259 Mk. 99 Pf.), an einmaligen Leistungen 34901 Mk. 04 Pf. (30503 Mk. 83 Pf.), für Heilverfahren einschließlich Familienunterstützung 2857038 Mk. 72 Pf. (1746467 Mk. 79 Pf.). Das Gesamtvermögen der Anstalt beträgt 70889891 Mk. 24 Pf. (79338849 Mk. 54 Pf.). Davon gehören dem Gemeinvermögen 3854368 Mk. 69 Pf. (9955887 Mk. 19 Pf.), dem Sondervermögen 67035522 Mk. 55 Pf. (69382962 Mk. 35 Pf.). — Am 15. Februar 1919 starb Regierungsrat Dr. Oskar Reis, Mitglied des Vorstandes. „Sein Andenken wird“, wie der Jahresbericht von dem Dahingeshiedenen sagte, „stets in Treue festgehalten werden; er hat seinem Gedächtnis ein bleibendes Denkmal gesetzt, indem er lektwillig eine von ihm begründete Bibliothek der Landesversicherungs-Anstalt vermachte, die allen unseren Beamten und Angestellten durch ihren gediegenen Bestand geistige, wissenschaftliche und künstlerische Anregung bieten kann.“

Am 1. Juli wurde die Sparkasse für die Großh. Hofdiener aufgelöst. Soweit die Einleger nichts anderes bestimmten, wurden ihre Guthaben mit dem Zins bis zum 30. Juni der hiesigen Städtischen Sparkasse überwiesen.

Am 1. Januar trat Dr. Richard Planer, 1. Syndikus der Handelskammer, auf seinen Wunsch in den Ruhestand. Seit dem 1. August 1880 stand er im Dienste der Handelskammer. Gerade zur Zeit seines Dienstansangs wurde der Handelskammer eine gesetzliche Grundlage gegeben, während sie vorher eine freie Vereinigung auf privatrechtlicher Grundlage gewesen war. Dr. Planer hat an der Errichtung und Weiterausbildung der Kammer ständig fördernd mitgewirkt.*) Anstelle des Scheidenden tritt der bisherige 2. Syndikus Dr. Krienien.

Am 25. Januar wurde der Arbeitgeberverband der Industrie des Handelskammerbezirks Karlsruhe gegründet. Der Verband hat seinen Sitz in Karlsruhe. Er bezweckt in der Hauptsache Herbeiführung einheitlichen Verhaltens der angeschlossenen

Arbeitgeber des Bezirks und Geltendmachung dieses Verhältnisses nach außen. Am Tage der Gründung traten dem Verband 80 industrielle Firmen sowie einige industrielle Fachvereinigungen bei. Zum Vorsitzenden des Vorstands wurde Leopold Kölsch, stellvertretender Vorsitzender der Handelskammer Karlsruhe, gewählt.

In der im März abgehaltenen Mitgliederversammlung der Detaillisten-Vereinigung Karlsruhe gedachte der die Versammlung leitende 2. Vorsitzende, Herr Rudolf Hugo Dietrich, zunächst des langjährigen 1. Vorsitzenden, Herrn Ludwig Ettlinger. In dem Jahresbericht wies der Vorsitzende darauf hin, wie gerade der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand, darunter vorzugsweise der Detaillistenstand, unter der durch die Kriegsverhältnisse geschaffenen wirtschaftlichen Lage zu leiden gehabt hätte und noch darniederliege. Insbesondere leide der Detailhandel stark unter dem immer mehr sich ausdehnenden Schleichhandel. Die Vereinigung habe es sich zur Aufgabe gemacht, an dessen Bekämpfung energisch mitzuarbeiten. Rudolf Hugo Dietrich wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Die Handwerkskammer hielt am 13. März eine Vollversammlung ab. Regierungsrat Bucerius sprach über die künftigen Aufgaben des Handwerks. Präsident Isenmann erstattete sodann den Tätigkeitsbericht des Vorstandes und erörterte ferner die Frage eines engeren Zusammenschlusses des Handwerks und einer Neuorganisation der Wahlen zu den Handwerkskammern, außerdem die Frage des Ausbaues der badischen Gewerbe- und Handwerkerzeitung. Die Dauer der Lehrzeit sei neu zu regeln; sie dürfe nicht mehr schablonenhaft gestaltet sein, sondern für bestimmte Berufe müsse eine bestimmte Lehrzeit eingerichtet werden. Schließlich besprach der Redner die Schaffung von Lehrlingsheimen. Nach Genehmigung des Voranschlages für 1919/20 beschloß die Versammlung die Erwerbung eines Kammergebäudes, nämlich des Hauses Friedrichsplatz 4 in Karlsruhe zur Unterbringung der Diensträume und derjenigen der Wirtschaftsstelle. Am 19. Februar haben sich die Wirtschaftsstellen für die vier badischen Handwerkskammerbezirke unter der Firma: „Landeswirtschaftsstelle für das badische Handwerk“ G. m. b. H. mit dem Sitz in Karlsruhe zusammengeschlossen. Im Aufsichtsrat sind neben den 4 Wirtschaftsstellen auch die 4 badischen

Handwerkskammern vertreten. In der Aufsichtsratsitzung wurde Regierungsrat Bucerius „in Anerkennung seiner hervorragenden Dienste für das Handwerk, insbesondere während des Kriegs“, einstimmig zum Aufsichtsratsmitglied gewählt. Als Geschäftsführer wurde f. J. Sonner bestellt. — Am 24. Oktober gründeten die vier badischen Handwerkskammern einen Verein zum Betriebe eines Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk. Das Institut, dessen Geschäftsstelle sich hier, Kaiserstraße 108, befindet, soll seine Wirksamkeit über ganz Deutschland erstrecken. Es will durch wissenschaftliche Studien und Versuche der Hebung der Betriebswirtschaft des Handwerks dienen. Seine Aufgabe soll insbesondere darin bestehen, die rationellsten Arbeitsmethoden zu ermitteln und in die Praxis einzuführen. Die wissenschaftliche Leitung des Instituts wurde Dr. ing. Spehr übertragen.

In einer Versammlung am 7. November nahm auf Veranlassung der Handwerkskammer das Karlsruher Handwerk gegen die Auswüchse des Streikrechts und zum Anschluß an die neu errichtete Ortsgruppe der technischen Nothilfe in Karlsruhe Stellung. Die Versammlung war von Vertretern sämtlicher gewerblicher Vereinigungen besucht. Auch die Oberpostdirektion, die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen und das städtische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk hatten Vertreter entsandt. Der Vorsitzende der Handwerkskammer, Stadtrat Jsenmann von Bruchsal, bezeichnete eine lückenlose Organisation der technischen Nothilfe über ganz Deutschland als notwendig. Darnach gab Dr. Röthenneyer, der Vertreter der technischen Nothilfe des Landesbezirks für Baden und Württemberg in Stuttgart, einen Überblick über die Entstehungsgeschichte der technischen Nothilfe, über Wesen, Zwecke und Ziele derselben, sowie über ihre Organisation, angegliedert an das Reichswehrministerium. Die Verwendung der technischen Nothilfe beschränke sich auf die Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe durch Notstandsarbeiten, Gas, Wasser, Elektrizität müßten weiter geliefert werden. Die Lebensmitteltransporte, die Heizstoffbeschaffung, Post und Telegraphie dürften nicht stocken, oder die Großstädte würden hungern müssen. Die technische Nothilfe solle alle Bevölkerungskreise, auch die Arbeiterschaft heranziehen. In der Aussprache erklärten sich alle anwesenden Handwerkervertreter

bereit, sich der technischen Nothilfe zu verpflichten. Zum Leiter der Karlsruher Ortsgruppe wurde Ingenieur Walder bestimmt.

In einer Versammlung am 3. März wurde die Gründung einer Handwerker-Baugenossenschaft Karlsruhe beraten. Der Vorsitzende, Albert Braun, bezeichnete als Zweck der Genossenschaft, das Baugewerbe in allen seinen Theilen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, insbesondere für den Bau kleiner und mittlerer Wohnungen in enger Gemeinschaft mit der Stadt und den an guten und gesunden Wohnungen Interessirten zusammenzufassen zu gemeinsamer Ausübung des Gewerbes, unter Ausschluß spekulativer Einzelwünsche und schädigenden Zersplitterungen. Die Versammlung berief Wilhelm Stober und Arthur Pfeiffer in den Vorstand. Das dritte Vorstandsmitglied, das den Vorsitz führt, wird nach den Sitzungen vom Stadtrat ernannt. In der Stadtrats-sitzung vom 6. März machte der Oberbürgermeister Mitteilung von der Gründung und den Zielen der Baugenossenschaft. Der Stadtrat begrüßte das neue Unternehmen und erklärte sich bereit, es gleich anderen Baugenossenschaften finanziell zu fördern. Er nahm zu diesem Zwecke den Beitritt der Stadt als Genossenschaftsmitglied in Aussicht, ernannte zum Mitglied des Vorstands der Genossenschaft Stadtrechtsrat Dr. Jaegler, Vorstand des städtischen Wohnungsamts, und schlug zur Berufung in den Aufsichtsrat Bürgermeister Dr. Paul, sowie die Stadträte Philipp, Trier und Divell vor.

Am 6. Juli wurde eine freie Innung für das Hafner- und Ofensezergewerbe hier gegründet. 19 Hafnermeister sind als Mitglieder beigetreten. Zum Vorstand wurde Hafnermeister Gottlob Schaäl gewählt.

Die 15. ordentliche Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer wurde am 14. Mai durch Geh. Oberregierungsrat Salzer eröffnet. Minister Trunf dankte der gesamten Landwirtschaft für ihre Pflichterfüllung und sprach die Hoffnung aus, daß sie auch weiterhin dem Wohle der Allgemeinheit dienen würde. Direktor Dr. Müller erstattete den Tätigkeitsbericht für 1918 und legte den Voranschlag für 1919 zur Genehmigung vor. Die Beratung wichtiger Fragen wurde am 15. fortgesetzt. Am 12. Juli tagte eine außerordentliche Vollversammlung. Auf der

Tagesordnung standen: Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes, Enteignung von Grundstücken (Bodensozialisierung), Ausführungsbestimmungen zum Branntweinsteuergesetz.

In der Hauptversammlung des Gewerbevereins am 26. März wurde der Kassenbericht erstattet und der Voranschlag für 1919 angenommen, ebenso die finanzielle Beteiligung an der Bauwerks-Berufsgenossenschaft mit 2 Anteilen von je 500 Mk. und an der Wirtschaftsstelle mit 500 Mk. genehmigt. 9 Mitglieder erhielten die Ehrenurkunde für 25 jährige Mitgliedschaft.

Das Gewerkschaftskartell tagte am 27. Januar, im Anschluß hieran wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Vorgänge in Mannheim veranlaßten das Gewerkschaftskartell in seiner Vollsitzung am 27. d. Mts. Stellung zu nehmen. Die Vertreter erklärten nach eingehender Beratung, daß sie auf dem Boden des Parlamentarismus und somit hinter der vorläufigen Volksregierung stehen.

Das Räte-system lehnen die Vertreter der Gewerkschaften ab. Das Kartell wird aber, unbeschadet seiner Erklärung, daß es hinter der vorläufigen Volksregierung steht, alle Mittel ergreifen, um die Interessen des werktätigen Volkes auf allen Gebieten in der energischsten Weise zu vertreten.“

Weiterhin wurde zur Ernährungs- und Wohnungsfrage eine weitere Entschließung gefaßt. Sie verlangte:

1. Durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung.
2. Schärfster Kampf gegen den Wucher.
3. Energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot, insbesondere sofortige Herstellung von Kleinwohnungen in leerstehenden Staatsgebäuden und Kasernen.
4. Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Konsumentenvertretung nach den Vorschlägen unserer Organisationsvertreter und finanzielle Unterstützung derselben durch den Staat.

In der Generalversammlung am 22. Mai berichtete der Vorsitzende Hof über die Tätigkeit des Kartells, daß im letzten Jahre 9 Vertreter- und 13 Kommissionsitzungen stattgefunden hätten, daß die Zahl der Mitglieder mehr als 20000 betrage. Eine Sitzung am 11. Dezember befaßte sich mit der Bekämpfung des Schleichhandels, der Lebensmittelversorgung und der Wohnungskontrolle.

Über Kleingärten in Karlsruhe teilte das städtische Nachrichtenamt am 12. März mit, daß Anfang des Monats rund 2500 Kleingärten von durchschnittlich 200 qm Fläche der Ver-

waltung des Gartenamts unterstellt waren. Hierzu kamen auf dem Gelände des Hasanengartens 680 Gärten zu rund 150 qm Fläche.

Eine Versammlung der Gewerbe- und Handeltreibenden von Karlsruhe und Umgebung am 19. April faßte folgende Resolution:

„Die heute Dienstag, den 15. April 1919, im Eintrachtsaal in großer Zahl versammelten Angehörigen des Handwerker-, Gewerbe- und Kaufmannsstandes von Karlsruhe erheben energischen Einspruch gegen das von der Sozialisierungs-Kommission der Reichsregierung übergebene Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, welcher Entwurf den Städten und Gemeinden sowie den kommunalen Verbänden das Recht einräumt, eine Anzahl Wirtschaftszweige auf kommunale Betriebe zu übernehmen, darunter die Erzeugung, Beschaffung und Lagerung, Verarbeitung und Vertrieb von Nahrungs- und Genußmitteln und das Wohnungsbauwesen.

Die Versammlung macht geltend:

1. Die Kriegswirtschaft hat in reichlichem Maße bewiesen, daß jeder öffentliche Betrieb nicht nur teurer als der Privatbetrieb arbeitet, daß dazu noch die Kriegsgesellschaften und Kommunalverbände nie in der Lage waren, die Bevölkerung auskömmlich mit Lebensmitteln zu versorgen. Ein unerhörter Schleichhandel, dem alle, auch die Hüter der Gesetze obliegen mußten, war die Folge.

2. Der Warenverderb und damit der unermessliche und unersehbare Verlust an Nährwerten ist bei allen Nahrungsmitteln durch die öffentliche Bewirtschaftung nachweisbar ein so großer gewesen, wie er bei Ausnutzung aller Kräfte der Berufsstände unter deren Verantwortung niemals hätte sein können. Hierzu kommen noch unberechenbare Verluste, die durch unsachliche Ausnutzung der Verkehrsmittel entstanden sind.

3. Die behördliche und gemeindliche Warenverteilung hat neben Geld- und Warenverlust auch einen erschreckenden Verlust an Moral zur Folge; sie ist schon aus dem letzten Grunde und auch mit Rücksicht auf die Steuerzahler und die Verbraucher abzulehnen.

4. Da die durch Reich und Städte aufgewandten Millionenbeträge zur Unterstützung der Höchstpreispolitik nicht ausgereicht haben, um den sozialistischen Ideen in der Lebensmittelversorgung Erfolg zu verschaffen, so wird sich jeder weitere Versuch, dennoch die Sozialisierung in geplantem Sinne durchzusetzen, bitter rächen.

5. Das der Nationalversammlung vorgelegte Programm der Reichsregierung über die innere Politik enthält den Satz: „Förderung der durch den Krieg schwer geschädigten mittleren und kleineren Gewerbetreibenden.“ Der Mittelstand erwartet, daß die Regierung das selbständige Handwerk und Gewerbe fördert und nicht durch neue Kommunalisierungsbestrebungen das Gegenteil bewirkt, zu einer Zeit, in der nicht nur die Angehörigen des Mittelstandes ihre schwersten Stunden durchleben, sondern in der sich auch durch wilde Sozialisierung,

Generalstreiks, maßlose Lohnbewegungen usw. deutlicher wie je zeigt, was sich die Radikalen eigentlich unter Sozialisierung denken.

6. Der Demokratismus will die größtmögliche Freiheit der einzelnen Individuen, insbesondere, sofern die Arbeitsteilung innerhalb der Volkswirtschaft dies zuläßt, die Befreiung des Arbeiters von der entnervenden, ein gehobenes Lebensgefühl verhindernden Mechanisierung der Arbeit. Es wäre daher die Ausschaltung des freien, in seiner Entschließung und seiner Betriebsweise unabhängigen selbständigen Kleingewerbetreibenden durch die Inkraftsetzung des Rahmengesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben geradezu ein fahrlässiger Verstoß gegen einen gesunden wirtschaftlichen Demokratismus; die Folgen eines solchen Verstoßes wären unabsehbare.

7. Wir erwarten daher, daß das fragliche Rahmengesetz von der Nationalversammlung abgelehnt und zur nochmaligen Vorberatung nicht an die größtenteils aus Theoretikern bestehende Sozialisierungskommission, sondern an das Reichswirtschaftsamt zurückverwiesen wird, aber mit der ausdrücklichen Anordnung, die Selbstverwaltungskörper der durch das Rahmengesetz etwa zu umfassender Wirtschaftszweige bei dieser Beratung in maßgebender Weise zu beteiligen."

Eine badische Landesstelle für Textilwirtschaft wurde beim Ministerium des Innern auf Grund einer Verordnung des Bundesrates vom 27. Juni 1908 und mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums am 15. Mai errichtet.

Am 15. Juni wurde die Frühjahrsmesse eröffnet, die erste wieder seit Ausbruch des Krieges.

Am 1. September fand hier, wie im ganzen Reiche, eine Viehzählung statt. Sie erstreckte sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh und zahmen Kaninchen.

3. Vereinsleben.

a. Vereine für künstlerische und wissenschaftliche Betätigung.

In einer Versammlung der drei Ortsvereine der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft am 22. März wurde an ihrer Stelle die Kunstgenossenschaft Karlsruhe, Ortsverein Karlsruhe gegründet. Erster Vorsitzender wurde Maler Julius Rehder.

Der Altertumsverein nahm am 26. März den Namen Karlsruher Geschichts- und Altertumsverein an. Am 27. September unternahm er einen Ausflug nach Bruchsal zur

Besichtigung von Schloß, Schloßkirche und Salinenpavillon unter Führung von Professor Dr. Rott.

Am 24. September wurde ein Ortsverein zur Förderung deutscher Theaterkultur gegründet. Erster Vorsitzender: Chefredakteur Günther an der Presseabteilung des Ministeriums, zweiter Vorsitzender: Schauspieler Felix Baumbach. In der ersten Mitgliederversammlung am 26. November sprach der erste Vorsitzende über die volkserzieherische Bedeutung der Bühne, über die Volksbühnenbewegung und die Ziele und Zwecke des Vereins. In der ersten Morgenveranstaltung sprach Hermann Wolfgang von Waltershausen über „Opernprobleme der Gegenwart“, darnach trug Hedy Tracema Brügelmann einen Liederzyklus von Waltershausen vor.

Die Ortsgruppe der Kantgesellschaft, Leiter Dr. E. Ungerer, hielt ihren ersten wissenschaftlichen Abend ab. Vortrag: „Kants Prolegomena“.

Am 20. Dezember berichtete in der Ortsgruppe des Bundes deutscher Architekten der Vorstand des Landesbezirks, Architekt Deines, über die Gründung des neuen Bundes deutscher Architekten in Hildesheim, über die neuen Satzungen und die Errichtungen von Architektenkammern.

b. Vaterländische, landsmannschaftliche, Hausbesitzer- und Standesvereine.

Der Artillerie-Bund St. Barbara hielt am 30. März, der Badische Leibdragoner-Verein am 2. März und der Badische Leibgrenadier-Verein am 22. Februar Generalversammlung ab; der letztere beging am 17. Februar sein 25jähriges Bestehen durch eine Feier.

Die Hauptversammlung des Militärvereins fand am 19. Juli statt.

Am 8. Mai bildete sich eine Ortsgruppe des Rates der Reichsdeutschen im Ausland und am 18. Januar eine solche der Elsaß-Lothringer von Karlsruhe und Umgebung zur Wahrung der Rechte der Ausgewiesenen.

Die Gründung einer Ortsgruppe des Deutschen Volkshausbundes wurde in einer Versammlung am 7. Februar beschlossen;

als Ziel wurde die Errichtung von Volkshäusern als Sammelstätten des Gemeinschaftslebens bezeichnet.

In der Generalversammlung des Grund- und Hausbesitzervereins am 6. März wurde die Zahl der Mitglieder auf 1. Januar mit 2025 angegeben.

Die Bürgervereine der Alt-, Ost- und Südstadt hielten ihre alljährlichen Generalversammlungen ab.

Der Wirteverein nahm am 23. Januar gegen Einführung der achtfündigen Arbeitszeit im Gastwirtgewerbe und in weiteren Versammlungen gegen die Zwangswirtschaft hinsichtlich der Lebensmittel Stellung.

Die Generalversammlung des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller (Bezirksverein) fand am 30. Januar, die des Vereins der Handelsvertreter für Karlsruhe und Umgebung am 29. März statt.

Am 30. März hielt der Deutsche Metallarbeiterverband und am 31. August der Deutsche Bauarbeiterverband seine Generalversammlung ab.

Am 2. April schlossen sich die Aushilfsangestellten in staatlichen und städtischen Diensten zu einem Verein zusammen.

Die Handlungsgehilfen- und -gehilfinnenverbände nahmen in einer Versammlung am 25. Mai Stellung zum Tarifvertrag.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker beging am 25. November nach fünfjähriger Kriegspause seine übliche Jahresfeier.

Am 2. März hielt der Verein der mittleren technischen Eisenbahnbeamten Generalversammlung ab.

Der Polizeibeamtenverein faßte in seiner Versammlung vom 2. Februar eine Entschließung, die den Doppelapparat Polizei und Gendarmerie beanstandete und den Vorzug einer einheitlich geschlossenen Führung der Polizei betonte.

Der Verein Karlsruher Presse, der am 22. März für die aus dem Felde heimgekehrten Mitglieder einen Begrüßungsabend veranstaltet hatte, hielt seine Generalversammlung am 7. Oktober ab.

Am 8. Mai fand die Generalversammlung des Vereins städtischer Beamten und am 4. Februar eine Tagung des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine statt; letzterer sprach sich für Einführung der ungeteilten Arbeitszeit aus (8— $\frac{1}{2}$ 4 Uhr mit halbstündiger Essenspause, Samstag 8—1 Uhr).

c. Konfessionelle Vereine.

Der Evangelische Arbeiterinnenverein veranstaltete ab 10. Februar unentgeltlich praktische Kurse im Kochen, flicken und in der Säuglingspflege.

Der Christliche Verein junger Männer eröffnete im April sein Jugendhaus (Nowackanlage 5).

Am 24. November wurde eine Ortsgruppe des Deutsch-Evangelischen Frauenbunds (Hannover) und Anfang Oktober ein Evangelischer Hausangestellten-Verein gegründet.

Der Katholische Arbeiterinnenverein beging Ende Juli sein 1. Stiftungsfest. Zum Katholischen Diensthelfer-Verein Karlsruhe-Mühlburg schlossen sich katholische Dienstangestellte aller Stände am 9. Juni zusammen.

Sein 35. Stiftungsfest hielt der Verein katholischer Kaufleute und Beamten „fidelitas“ am 5. Oktober ab, das 10jährige am 10. März der Zweigverein Karlsruhe des Katholischen Frauenbundes Deutschlands. Nach einer Begrüßung durch die Mitbegründerin und langjährige Vorsitzende, Frau Oberlandesgerichtsrat Schmitt, hielt Fräulein Marie Buczkowska-München einen Vortrag über „Neues Schaffen“.

Am 1. Juni fand im Katholischen Jugendverein der Oststadt die Aufnahme der Schulentlassenen statt, der Jugendverein der Mittelstadt feierte am 27. Juli das Fest der Fahnenweihe und das 15. Stiftungsfest.

Die Jungfrauenkongregation St. Peter und Paul (Mühlburg) beging am 7. und 8. Dezember ihr 25 jähriges Bestehen. Beim Festgottesdienst und bei der weltlichen Feier hielt Stadtpfarrer Behringer die Hauptansprachen.

Der Katholische Jungmännerverein der Oststadt veranstaltete am 4. Mai, der Katholische Männer-Verein Rüppurr am 16. März seine Gründungsfeier.

Dem Rechenschaftsbericht der Frauenkonferenzen des St. Vincentius-Vereins entnehmen wir folgende Angaben: „Die Sorge der Konferenzen gilt vor allem den bedürftigen, kranken und gebrechlichen Frauen, den Wöchnerinnen und kinderreichen Müttern. Ihre Lage zu verbessern, ihre Sorgen abzunehmen, ist die vornehmste Aufgabe der 66 Pflegerinnen der 5 Konferenzen.“ Die St. Stephanskonferenz hatte 5336 Mk. 18 Pf. Einnahmen, darunter Antoniuskasse in der Vincentiuskapelle 1238 Mk. 51 Pf. und Nähstube 1368 Mk. 66 Pf. Die Ausgaben betrugen 5215 Mk. 70 Pf., darunter 1287 Mk. 10 Pf. für Brot. Die Liebfrauenkonferenz hatte 2475 Mk. 25 Pf. Einnahmen und 2442 Mk. 35 Pfg. Ausgaben, darunter 1475 Mk. 35 Pf. für Lebensmittel. An 35 Familien wurden 7 Zentner Äpfel und Birnen verteilt, die Kaplan Reinhard aus Weiterdingen geschickt hatte. Die St. Peter- und Paulskonferenz verzeichnete 682 Mk. 54 Pf. Einnahmen und 350 Mk. 66 Pf. Ausgaben, die Bonifatiuskonferenz 1874 Mk. 15 Pf. Einnahmen und 1861 Mk. 68 Pf. Ausgaben, darunter 972 Mk. für Lebensmittel. Die St. Bernhardkonferenz wies 1405 Mark 99 Pf. Einnahmen und 1617 Mk. 84 Pf. Ausgaben auf, schloß also mit 211 Mk. 85 Pf. Schulden ab.

Die Bibliothek des Borromäus-Vereins hatte im Berichtsjahr 9326 Mk. (1918: 6523 Mk.) Einnahmen und 8361 Mk. (5513 Mk.) Ausgaben. Die Teilnehmer erhielten neben kostenfreier Benützung der Bücherei Büchergaben im Werte von 5624 (3847 Mk.). Bei einem Büchereibestand mit 13224 Bänden wurden 38343 (32678) Bände ausgeliehen.

Im Altkatholischen Männerverein sprach Stadtpfarrer Kaminski am 6. Oktober über „Die altkatholische Kirche und die neue Zeit“.

Die Ortsgruppe des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veranstaltete am 11. Januar eine öffentliche Versammlung und die Zionistische Ortsgruppe am 19. Mai einen Vortragsabend zum Besten des jüdischen Handwerks in Palästina.

d. Sport- und andere Vereine.

Am 24. Mai hielt der Männerturnverein, Anfang Februar die freie Turnerschaft Generalversammlung ab. Die letztere veranstaltete am 31. Mai auf dem Meßplatz, zusammen mit dem 3. Bezirk des Arbeiterturnverbandes, ein Bundeswertungsturnen.

Am 1. März vollzog sich in gemeinsamer Generalversammlung die Verschmelzung der Karlsruher Turngemeinde 1846 und der Karlsruher Turngesellschaft 1884 zum Karlsruher Turnverein 1846.

Der Gauturntag des Karlsruher Turngaues fand am 9. März und ein Gauturnen am 14. September statt.

Ein Stadtausschuß Karlsruhe des Badischen Landesteils für Körperpflege und Jugenderziehung wurde am 2. März begründet und in einer Entschließung die Bereitstellung von Spielplätzen durch Staat und Gemeinden gefordert. Der Ausschuß lud die Turn-, Sport- und Spielvereine zu einer Versammlung auf 16. Juni ein, in der Bericht über das Erreichte erstattet wurde.

Die Jahresversammlung des Karlsruher Fußballvereins fand am 19. Juli statt. Wegen der zahlreichen Fußballwettkämpfe sei wie im vorigen Jahr auf die Sportbeilagen der Tagesblätter verwiesen.

Ihre Generalversammlung hielten ab der Rheinflub „Allemannia“ am 18. Januar, der Schwimmverein „Neptun“ am 23. März und der Schwimmverein „Poseidon“ am 25. Januar.

Am 1. Januar vereinigten sich „Sturmvogel“ (seit 1894) und „Salamander“ (1849) zum „Karlsruher Ruderverein“.

Auch wegen der veranstalteten Schwimmfeste und Regatten sei auf die Tageszeitungen hingewiesen.

Der Schwarzwaldverein veranstaltete neben Ausflügen wiederum Vortragsabende. *) Der Touristenverein der Naturfreunde beging am 11. Mai seine 10. Gründungsfeier.

*) vergl. auch „Monatsblätter des Bad. Schwarzwaldvereins“.

Die Schützengesellschaft hielt am 14. Februar Generalversammlung ab.

Unter dem Namen „Verein der Hundefreunde Karlsruhe“ schlossen sich am 23. Mai der Badische Kynologische Verein und der 1. Karlsruher Kynogenklub zusammen.



Jakob Möloth
Stadtrat

Phot. Oskar Euck

V.

Leistungen des Gemeinssins. Armen- und Krankenpflege.

1. Leistungen des Gemeinssins.

Im Jahre 1919 wurden im städtischen Vierordtbad insgesamt 186 282 (1918: 195 298) Bäder abgegeben, darunter 83 139 (95 902) Schwimmbäder und zwar 63 488 an Herren, 19 651 an Damen, 8804 (7984) Dampfbäder, 7129 an Herren und 1675 an Damen, 3088 elektrische Lichtbäder, 2147 an Herren und 941 an Damen, 1069 Kohlensäurebäder, 895 an Herren und 174 an Damen, 3915 Kurbäder, 3026 an Herren und 889 an Damen, 86 267 (84 818) Wannenbäder, 47 097 an Herren und 39 170 an Damen. Von den Schwimmbädern wurden 25 779 (42 680) zu ermäßigten Preisen (Volksbäder) abgegeben und zwar 18 646 an Herren und 7133 an Damen, von den Heißluft- und Dampfbädern wurden zu ermäßigten Preisen 302 (467) abgegeben, davon 236 an Herren, 66 an Damen.

Das Vierordtbad war im Berichtsjahre vom 20. Oktober bis 3. Dezember 3 Tage in der Woche geschlossen. Die Schwimmhalle war im Juli 15 Tage geschlossen, vom 20. Oktober ab jeweils 3 Tage in der Woche geöffnet und vom 1. November 1919 bis April 1920 vollständig geschlossen.

Im städtischen Schwimm- und Sonnenbad, geöffnet in den Monaten Mai bis September, wurden im ganzen 54 081 (29 532) Bäder abgegeben und zwar 34 659 an Herren und 19 422 an Damen.

Der Entwurf des Voranschlags für die Badeanstalten für 1919 sah einen Zuschuß der Stadthauptkasse an die Badeanstaltkasse von

92 776 Mk. gegen 76 428 Mk. im Vorjahre vor. Um diesen fehlbetrag tunlichst herabzumindern, beschloß der Stadtrat am 20. Februar, die Preise der Bäder und sonstigen Leistungen vom 1. März 1919 ab um 40 bis 90 % zu erhöhen.

Im Stadtgarten wurden im Jahre 1919 insgesamt 31 2968 Einzeltarten (1918: 264 467) verkauft und zwar an Erwachsene 139 833 zu 69 916 Mk. 50 Pf., an Kinder 26 222 zu 6555 Mk. 50 Pf., an Sonntag=Vormittagen an Erwachsene 108 748 zu 21 749 Mk. 60 Pf., und an Kinder 31 556 zu 1577 Mk. 80 Pf. Jahreskarten wurden im ganzen 8474 (10 102) Stück zu 57 000 Mk. (36 779 Mk.) abgegeben und zwar Hauptkarten 2926 (3241), Bei- und Schülerkarten 5548 (6861). Konzertkarten wurden 117 789 (136 784) zu 80 338 Mk. 60 Pf. verkauft. Die Konzerte wurden von der Stadt auf eigene Rechnung veranstaltet; die Kapellen erhielten feste Vergütungen. Bootskarten wurden 196 560 (168 222) zu 26 605 Mk. 20 Pf. (22 534 Mk. 90 Pf.) verkauft, ferner Eisbahnkarten 5951 zu 2864 Mk. 90 Pf. (1255 zu 381 Mk.), Reit- und Fahrkarten 27 639 (14 865) zu 2763 Mk. 90 Pf. (1485 Mk. 60 Pf.) und Wagekarten 6203 (8004) zu 620 Mk. 30 Pf. (800 Mk. 40 Pf.).

Am 31. Dezember des Berichtsjahres ergab sich im Stadtgarten folgender Tierbestand:

Stück	Stück	Stück
Affen . . 10	Huftiere 33	Sing- u. Ziervögel
Beuteltiere 1	Papageien u. Sittiche 11	(Insektenfresser) 1
Enten . . 121	Agatiere 112	Schwäne. . . . 10
Fasanen . 14	Raubtiere 17	Strauße 1
Fische . . 379	Raubvögel 24	Sumpfvögel 2
Hühner . . 90	Reptilien 21	Tauben 66
Gänse . . 9	Sing- u. Ziervögel	Wildschweine 2
Kerfjäger . 3	(Körnerfresser) . 20	

Von der Vergünstigung des freien Eintritts in den Stadtgarten haben im Berichtsjahre die hiesigen Schulen in folgendem Umfange Gebrauch gemacht: 8117 Schüler der Volksschule, 357 der Goethe=Schule, 307 Schülerinnen der Fichte=Schule, 90 Schüler und Schülerinnen der Seminar=Übungsschule I, 75 Schüler der Kunstgewerbeschule, 30 Schülerinnen der Lessing=Schule und 22 Schüler der Realschule.

Der Zuschuß der Stadthauptkasse an die Stadtgartenkasse ist nach dem Entwurf des Voranschlags für 1919 von 101 176 Mk. auf 120 155 Mk. gestiegen. Zur Herabminderung dieses Zuschusses beschloß der Stadtrat am 6. Februar, mit Wirkung vom 1. April 1919 den Preis der Stadtgarten-Jahreskarten von 6 Mk. auf 10 Mk., den der Beikarten für Familienangehörige und für Schüler von 3 Mk. auf 5 Mk. hinaufzusetzen, ferner den Zuschlag, der bei Musik- und ähnlichen Aufführungen zum Eintrittsgeld zu erheben ist, von 30 auf 50 Pf. für Erwachsene und von 15 auf 25 Pf. für Kinder und Soldaten zu erhöhen, für den Besuch des Gartens an Sonn- und Feiertag-Vormittagen 20 Pf. (bisher 10 Pf.) von Erwachsenen zu erheben, für Kinder nach wie vor 5 Pf. An den Mittwoch-Nachmittagen, an denen bisher von Erwachsenen und Kindern nur ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben wurden, sollen die gewöhnlichen Eintrittspreise gelten.

An Zuschüssen der Stadtgemeinde zu gemeinnützigen Zwecken waren im Voranschlag des Berichtsjahres außer den an anderen Stellen der Chronik genannten folgende neu eingestellt: für die Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft der Universität Kiel 100 Mk., für das deutsche Auslandsmuseum und -Institut in Stuttgart 30 Mk., für den Badischen Waldbesitzerverband 90 Mk., für den Badischen Molkereiverband 50 Mk., für den Reisensteiner Verein für wirtschaftliche Frauenschulen auf dem Lande 25 Mk. Außerdem wurden erhöht der Beitrag für den Verein Badische Heimat von 30 Mk. auf 600 Mk., der für den Interkonfessionellen Verband für Fürsorgeheime von 2000 Mk. auf 4000 Mk., der für den hiesigen Verkehrsverein von 1000 Mk. auf 3000 Mk., ferner für diesen Verein 2500 Mk. als außerordentlicher Beitrag zum Ersatz der Druckkosten eines neuen (kurzen) Führers durch Karlsruhe. Der Beitrag zum Städtetag soll um 225 Mk., und der für die Beratungsstelle für Alkoholfranke von 400 Mk. auf 3500 Mk. erhöht werden.

Der Großherzog-Friedrich-Veteranendankfonds hat im Berichtsjahre folgende Unterstützungen bewilligt: An Mitglieder des badischen Kriegerbundes und zwar an 465 Kriegsveterane 13535 Mk., an 18 Hinterbliebene 415 Mk., an Nicht-Bundesmitglieder und zwar an 129 Kriegsveterane 3150 Mk., an 11 Hinter-

bliebene 255 Mk. Im ganzen sind somit 17355 Mk. Unterstützungen gegeben worden. Mit der Schlußrechnung wurde bekanntgegeben, daß die Mittel des Fonds aufgebraucht und damit den Bestimmungen des § 3 der Satzungen Rechnung getragen sei.

In der Ausschußsitzung des Verkehrsvereins im Juni wurde mitgeteilt, daß der Besuch der Auskunftsstelle seit Anfang des Berichtsjahres fortwährend gestiegen sei, die Besucherzahl über 3000 betrage, daß an Führern, Stadtplänen, Karten, Flugschriften in den letzten 6 Monaten über 2500 Stück abgesetzt worden, daß sich die Zahl der Mitglieder von 600 auf 700 vermehrt und der Verein damit seinen höchsten Mitgliederstand seit seinem Bestehen (1903) erreicht habe.

Nach Vorbereitungen fand am 24. Januar eine Versammlung zur Gründung einer Gartenvorstadt Grünwinkel statt. Nach einem Bebauungsplan von Professor Sackur sind 180 Wohnungen vorgesehen, darunter 8 Vierfamilienhäuser, alle übrigen Einfamilienhäuser mit 3 bis 5 Räumen. Die Genossenschaft erhält das Gelände zwischen Durmersheimer- und Pfalz-Straße, sowie Alb-Ufer auf 70 Jahre in Erbbaupacht. Ein Geschäftsanteil beträgt 200 Mark.

In der Hauptversammlung der Gartenstadt Rüppurr am 29. April wurde berichtet, daß 65 Wohnungen in Reihen- und Doppelhäusern im laufenden Jahr erstellt werden sollten.

Die Generalversammlung des Arbeiterbildungsvereins am 3. März genehmigte den Ankauf des dem Vereinshaus benachbarten Gebäudes, Wilhelm-Straße 12, zur Vergrößerung.

Der Mieter- und Bauverein (e. G. m. b. H.) zählte am 1. Januar des Berichtsjahres 1583 Mitglieder (1918: 1428). Die Geschäftsguthaben betrugen 325 519 Mk. Die Sparguthaben nahmen im verflossenen Geschäftsjahre um 288 783 Mk. zu und betrugen nunmehr 1 064 239 Mk. In der Generalversammlung des Vereins wurde ferner mitgeteilt, daß für die Erstellung von zwei Neubauten an der Noff-Straße alle Vorarbeiten getroffen seien, daß ein Projekt bei Bulach, für das die Generaldirektion der Staatsbahnen ein mit $3\frac{1}{2}$ % verzinsbares Darlehen bis zu 90 % der Bauherstellungskosten zur Verfügung stelle, mit etwa 100 Wohnungen in Angriff genommen werden solle.

Der Lebensbedürfnisverein hielt am 31. März 1920 Generalversammlung ab. Dem erstatteten Geschäftsbericht für 1919 sind folgende Angaben zu entnehmen: Der Gesamtumsatz des Berichtsjahres betrug 11418076 Mk. 78 Pf. (1918: 6130625 Mk. 29 Pf.). Der Mitgliederstand hat sich auf 13520 gehoben. Der Reinertrag wurde 1919 auf 723167 Mk. 96 Pf. berechnet (723167 Mk. 96 Pf.). Es konnte daher wiederum neben einer 5 %igen Verzinsung der Geschäftsanteile eine Dividende von 6 % gezahlt werden. Dem Erneuerungsfonds wurden 20000 Mk., dem Unterstützungs- und Ruhegehaltsfonds 20551 Mk. 26 Pf. zugewiesen. Der Verein ist der neugegründeten Einfuhrgesellschaft des badischen Lebensmittelgroßhandels als Mitglied mit einer Einlage von 50000 Mark beigetreten.

Die Karl-Friedrich-, Leopold- und Sophienstiftung (Pfründnerhaus) zählte am Schlusse des Berichtsjahres 79 (1918: 63) Pfründner erster und 47 (45) Pfründner zweiter Klasse. Die laufenden Einnahmen betrugen 119569 Mk. 90 Pf. (117347 Mk. 20 Pf.), die Ausgaben 176325 Mk. 61 Pf. (134511 Mk. 70 Pf.). Für den Grundstock gingen dem Pfründnerhaus 29700 Mark an Schenkungen und 5000 Mk. an Einkaufsgeldern zu.

Für die freiwillige Feuerwehr hat die Stadtgemeinde in den Voranschlag des Berichtsjahres einen Beitrag von 153054 Mk. (1918 im Voranschlag 96600 Mk., wirklicher Aufwande 94647 Mk.) eingestellt. — Aus Anlaß der Rückkehr der unter den Fahnen gestandenen Mitglieder fand am 8. Februar eine Korpsversammlung statt. Oberkommandant Heußler dankte den zurückgekehrten Kameraden für alles, was sie geleistet. Den Zurückgekehrten wurde eine Spende zuteil: In einer kleinen Briefftasche befanden sich zehn Mark; außerdem erhielt jeder eine Zigarrentasche mit Zigarren und eine kleine Blumenspende. — In der Generalversammlung der freiwilligen Feuerwehr des Stadtteils Mühlburg Anfang April erstattete Ferdinand Doldt den Bericht über die Tätigkeit des Korps. Auf dem Felde der Ehre sind 3 Mitglieder gefallen, die Kameraden Ermann, Becker und Krodol. Nach dem Kassenbericht erfolgten die Neuwahlen. Der seitherige Kommandant, Herr Doldt, lehnte aus Gesundheitsrückichten eine Wiederwahl ab; auch der seitherige Adjutant August Müller, der sein Amt 24 Jahre bekleidet hatte,

trat zurück. Zum Kommandanten wurde Architekt Friedrich Pfeifer gewählt. Am 31. Mai hielt die Feuerwehr von Karlsruhe-Mühlburg und die freiwillige Feuerwehr des Stadtteils Rintheim ihre Frühjahrshauptprobe ab. — Am 20. September hielt die freiwillige Feuerwehr in Verbindung mit der Feuerwache und der Bahnhoffeuerwehr am linken, westlichen Schloßflügel ihre Hauptübung ab. — Am 27. September hielt die freiwillige Feuerwehr Mühlburg an den Gebäulichkeiten der Badischen Lederwerke ihre Spätjahrshauptübung ab, an der sich auch die städtische Feuerwehr beteiligt hatte.

Dem Badischen Frauenverein sind im Berichtsjahre verschiedene größere Schenkungen und Vermächtnisse zuteil geworden, darunter eine große Stiftung im Gesamtbetrag von 150 000 fr. = 297 000 Mk., die die langjährige Mitarbeiterin, Frau Stapfer-von Froben zugunsten der Abteilungen I, III und IV, im besonderen des Haushaltungslehrerinnen-Seminars, Ludwig-Wilhelm-Krankenheims, Erholungsheims Kandern, des Sophien-, Elisabethenvereins, der Mädchenfürsorge letztwillig vermacht hat, außerdem Vermächtnisse von Frau Major Wagner 10521 Mk., Frein von Dusch 10 000 Mk. u. a. Am 24. September wurde in Verbindung mit der hier abgehaltenen Landesversammlung des Vereins das 60 jährige Bestehen desselben und das 60 jährige Jubiläum der Großherzogin Luise als Schutzherrin des Badischen Frauenvereins in schlichter Weise gefeiert. Das Nähere über den Verlauf der Feierlichkeit ist unter VI, 2 mitgeteilt. Hier sei nur noch erwähnt, daß 24 Zweigvereine, die gleichzeitig mit dem Hauptverein ihr 60 jähriges Jubiläum feierten, von Großherzogin Luise ein besonderes Ehrendiplom verliehen wurde. — Die Zahl der Zweigvereine ist nach Beendigung der Kriegstätigkeit und infolge mancherlei schwieriger Verhältnisse von 474 auf 466 zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Mitglieder einschl. der des Hauptvereins betrug auf Ende des Berichtsjahres 93 622 gegen 91 976 im Vorjahre.

Die Kleinkinderbewahranstalten (Kleinkinderschulen) wurden von 539 Kindern (1918: 614) besucht und zwar 273 (314) Knaben und 266 (300) Mädchen. Von den 539 Kindern besuchten 37 die Schule im Mutterhaus für Kinderschwestern, 80 die im Luisenhaus, 51 die im HildaHaus, 124 die im Gemeindehaus der Südstadt, 138 die in der Rudolfstraße, 64 die in der Belfortstraße,

27 die in der Akademiestraße, 18 die im Kindergarten. — Das Mutterhaus hatte im Berichtsjahre im ganzen 146 auswärtige Stationen mit 216 Schwestern besetzt, 11 Schwestern waren beurlaubt, 16 befinden sich im Ruhestand und 26 zur Vorbereitung im Hause. Im ganzen zählt somit das Haus 269 Schwestern.

Im St. Elisabethenhaus übernachteten im Berichtsjahre 520 (1918: 315) Dienstmädchen mit 3137 (1683) Übernachtungen. 2180 (836) Mädchen suchten Stellen, 2556 (2110) Dienstgeber suchten Mädchen. 1138 (596) Stellen konnten vermittelt werden. 275 (260) ständige und vorübergehende Pensionärinnen bewohnten die Anstalt. 160 (140) Zöglinge besuchten die Nähsschule.

Im St. Franziskushaus übernachteten im Berichtsjahre 2 (1918: 0) Dienstmädchen mit 4 Übernachtungen. 295 (138) Mädchen suchten Stellen, 1072 (743) Dienstgeber suchten Mädchen. 215 (96) Stellen konnten vermittelt werden. Haushaltszöglinge waren es 72 (50), Pensionärinnen im Damenheim 65 (40).

Im St. Josefshaus übernachteten im Berichtsjahre 42 (1918: 100) Dienstmädchen mit 290 (2448) Übernachtungen. 244 (170) Mädchen suchten Stellen, 814 (1045) Dienstgeber suchten Mädchen. 163 (152) Stellen wurden vermittelt. 230 (180) Zöglinge besuchten die Nähsschule. Ständige Pensionärinnen waren es 24 (24) und 28 Geschäftsgehilfinnen und Schülerinnen.

Das Marthahaus beherbergte im Berichtsjahre 447 (1918: 351) Mädchen mit 3685 (7500) Übernachtungen. Dazu kamen 30 (32) Pensionärinnen mit 5580 (6203) Verpflegungstagen. 2295 (2079) Dienstgeber suchten Mädchen, 780 (468) Dienstmädchen suchten Stellen. 398 (166) haben Stellen gefunden.

Am 2. Januar gab der Oberbürgermeister bekannt, daß ihm vom Stadtrabbiner Dr. Appel zum ehrenden Andenken an dessen verstorbene Gattin 200 Mk. für die Armen der Stadt und von „Unenannt“ aus Anlaß eines Geburtstages 500 Mk. für wohltätige Zwecke übersandt worden seien.

Am 2. Januar erhielt der Israelitische Frauenverein von Stadtrabbiner Dr. Appel zum ehrenden Gedächtnis seiner Gattin, des langjährigen Vorstandsmitglieds des Vereins, eine Spende von 300 Mk.,

außerdem bestimmte Dr. Appel zum Andenken seiner verstorbenen Gattin 200 Mk. zur Verteilung an hiesige israelitische Arme.

Anfang Januar überwies Martin Elsas (in Firma E. J. Ettlinger hier) der Technischen Hochschule 10 000 Mk. zur Verwendung für wissenschaftliche Zwecke.

Gleichfalls Anfang Januar überwies Geh. Kommerzienrat Dr. Wolff dem Chemischen Institut der Technischen Hochschule eine Spende von 10 000 Mk. für wissenschaftlich-technische Zwecke.

Frau Oberhofmeisterin Gräfin Andlaw übergab dem Oberbürgermeister, wie am 4. Januar bekanntgegeben wurde, im Andenken an ihren verewigten Gatten 1000 Mk. zur Verwendung für die Armen der Stadt.

Die Firma Bopp & Reuther, Maschinen- und Armaturenfabrik und Eisengießerei in Mannheim-Waldhof hat der Technischen Hochschule Karlsruhe Mitte Januar eine Stiftung von 100 000 Mk. überwiesen.

Am 16. Januar beschloß der Stadtrat, für das Erholungsheim des badischen Lehrervereins (Bad Freyersbach) in Peterstal einen Betriebskostenzuschuß von 1000 Mk. in den Voranschlag für 1919 einzustellen.

Am 30. Januar wurde folgende Mitteilung veröffentlicht: Die Hauptversammlung der Karlsruher Brauereigesellschaft vormals K. Schrempp hat auf Antrag des Aufsichtsrats einstimmig beschlossen, eine Zustiftung von 238 000 Mk. zur K. Schrempp'schen Arbeiterstiftung zu machen, um eine weitergehende Förderung der Wohlfahrt der Arbeiter und Angestellten zu ermöglichen. Das Stiftungskapital beträgt darnach 300 000 Mk. Der Stiftungsrat hat die Zustiftung, die auf Anregung des Brauereidirektors K. Schrempp d. ält. beschlossen wurde, vorbehaltlich der Erteilung der Staatsgenehmigung angenommen. Der Stadtrat sprach „der Schrempp'schen Brauereigesellschaft für diese erneute tatkräftige Fürsorge für ihre Arbeiter und Angestellten Dank aus“.

Der Verwaltungsrat der Hermann Sielken-Stiftung hat, wie Ende Januar bekanntgegeben wurde, der Stadtgemeinde, wie im Vorjahre, zu den Kosten der Ferienkolonien und der Schüler-speisung 5000 Mk. bewilligt.

Am 5. Februar veröffentlichte der Vorstand des Evang. Vereins für Stadtmision folgende Mitteilung: „Herr Dr. med. T. Cramer hat unserem Evang. Verein für Stadtmision als Baustein zu einem Stadtmisionshause das reiche Geschenk von 1000 Mk. in Wertpapieren zugewendet, in dankbarem Aufsehen zu Gott für dessen gnädige Durchhilfe in der Familie, wofür wir hierdurch unseren herzlichsten Dank aussprechen.“

Am 11. Februar übergab Notar Dr. Julius Appel zum ehrenden Andenken an seinen verstorbenen Vater, Stadtrabbiner Dr. Appel, dem Oberbürgermeister 200 Mk. zur Verteilung an hiesige Arme. Ebenso spendete er 200 Mk. zur Verteilung an hiesige israelitische Arme.

Am 13. Februar erhielt die Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge von „Angenandt“ zur Verwendung für hiesige Arme 1000 Mk. in 5 % Schakanweisung des Deutschen Reiches. Die Kommission sprach „für die hochherzige Zuwendung namens der Bedachten herzlichsten Dank aus“.

Am 18. Februar überwies Frau Ludwig Ettlinger zum Andenken an ihren verstorbenen Gatten der Stadtgemeinde zum Besten der Armen 100 Mk.

Am 20. Februar übergab Geh. Hofrat Dr. Gustav Binz aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Stadtrat dem Oberbürgermeister 1000 Mk. als Geschenk für die Stadtgemeinde mit der Bitte, die Zinsen dieses Kapitals alljährlich den Ferienkolonien der Karlsruher Volksschulen zu überweisen. Der Stadtrat sprach ihm hierfür herzlichsten Dank aus.

Aus der Stadtratsitzung vom 21. Februar wurde mitgeteilt: „Professor Dr. P. Mombert in Freiburg hat den städtischen Sammlungen als Vermächtnis seines verstorbenen Bruders, des verstorbenen Bauinspektors Franz Mombert, eine größere Anzahl auf die badische Landesgeschichte bezüglicher Bücher, Pläne und Karten zugewendet, ferner aus dem Nachlaß seiner verewigten Mutter ein Gipsbild und ein Lichtbild des früheren Karlsruher Kapellmeisters Hermann Levi.“

Am 27. Februar beschloß der Stadtrat, für den Bau und Betrieb eines zweiten Erholungsheims des Vereins badischer Lehrerinnen in Schönau im Wiesental einen Zuschuß von 600 Mk. in den Entwurf des Gemeindevoranschlags für 1919 einzustellen.

Am 4. März wurde folgendes mitgeteilt: „In einer kürzlich in Karlsruhe abgehaltenen Versammlung des Landesauschusses über das Sammelergebnis des am 5. Mai 1918 in Baden stattgehabten Kinderhilfstages Bericht erstattet. Das Reinergebnis beläuft sich nach Abzug der Unkosten und eines statutengemäß an den Zentralvorstand in Berlin abzuliefernden Anteils auf 315515 Mk. Von diesem Ergebnis wurden größere Summen dem Badischen Frauenverein, sowie denjenigen Organisationen aller drei Konfessionen überwiesen, die sich mit der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Baden beschäftigen: dem katholischen Caritasverband in Freiburg i. Br., dem evangelischen Landesverein für innere Mission in Karlsruhe und dem israelitischen Friedrich-Luisenhospiz in Dürreim. Die restliche Summe in Höhe von 216835 Mk. wurde dem badischen Landesauschuß für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Karlsruhe als Baugrundstock für seine geplante Zentralanstalt und das Kinderkrankenhaus in Karlsruhe überwiesen. Das Ergebnis einer Privatsammlung dafür beträgt 932449 Mk., so daß der geplanten Anstalt im ganzen 1149284 Mk. zur Verfügung stehen.“

Am 6. März veröffentlichte der Oberbürgermeister: „Von den Erben des verstorbenen Herrn Oberlandesgerichtsrats Wolff wurde mir zugunsten der hiesigen Armen die Summe von 1000 Mk. überwiesen, wofür ich namens der Bedachten den herzlichsten Dank ausspreche.“

Am 6. März beschloß der Stadtrat, „in dankbarer Würdigung der Wohltaten“, die den Karlsruher Kindern 1917 durch die Baseler erwiesen worden seien, dem „Komitee für Unterbringung notleidender Schweizer Kinder in Basel“ einen Betrag von 1000 Mk. aus der Stadtkasse zuzuwenden.

Am 21. März wurde bekanntgegeben, daß Frau Toni Schmitt-Jena Witwe anlässlich der glücklichen Rückkehr ihres Sohnes aus der Gefangenschaft zugunsten bedürftiger aus der Gefangenschaft zurückkehrender Karlsruher die Summe von 3000 Mk. gespendet habe.

Am 22. März erhielt die Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge von „Augenannt“ die Summe von 50 Mk. zum Andenken an einen teuren Verstorbenen zur Verteilung an Arme hiesiger Stadt.

Aus der Stadtratsitzung vom 3. April wurde mitgeteilt, daß die General-Intendanz der Großh. Zivilliste aus dem Erlös der Gebühren für den Besuch des Wildparkes im Jahre 1918 den Betrag von 300 Mk. der Wohltätigkeitskasse zur Verfügung gestellt habe.

Aus derselben Sitzung wurde mitgeteilt, daß der verstorbene Fabrikant und Stadtrat Otto Müller der Stadtgemeinde Karlsruhe letztwillig die Summe von 20000 Mk. als „Otto- und Mina-Müller-Stiftung“ für das städtische Kinderheim, und die Summe von 10000 Mk. als „Otto- und Mina-Müller-Stiftung“ für die städtische Handelsschule Karlsruhe — Jahresklassen — zur Ausbildung begabter, aber armer Schüler und Schülerinnen vermacht habe. Der Stadtrat nahm hiervon „mit Freude und Dankbarkeit Kenntnis“ und beschloß die Annahme dieser Vermächtnisse. Außerdem habe der Verstorbene nach der Bekanntmachung des Evangel. Pfarramts der Neu-Oststadtgemeinde ein Kapital von 5000 Mk. als „Otto- und Mina-Müller-Stiftung“ letztwillig vermacht. Die Zinsen dieses Kapitals sollen für die kirchliche Armenpflege in der genannten Bezirksgemeinde verwendet werden.

Am 3. April beschloß der Stadtrat, für den Verband der interkonfessionellen Fürsorgevereine (für gefallene und gefährdete Mädchen) infolge stärkeren Anwachsens seiner Ausgaben anstelle des bisherigen Zuschusses von 2000 Mk. einen solchen von 4000 Mk. im Entwurf des Gemeindevoranschlags für 1919 vorzusehen.

Geh. Kommerzienrat Sinner hat, wie am 8. April veröffentlicht wurde, der Evangel. Stadtmission 1500 Mk. als Baustein für ein Stadtmissionshaus zukommen lassen.

Geh. Kommerzienrat Dr. ing. Friedrich Wolff hat, wie an demselben Tage bekanntgegeben wurde, anläßlich des Todestages seiner Gattin den Betrag von 1000 Mk. zur Verwendung des städtischen Kinderheims gestiftet.

Die Zellulosefabrik Ludwig Trick in Kehl hat, wie Ende April mitgeteilt wurde, dem Badischen Landesauschuß für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge für das geplante Kinderkrankenhaus in Karlsruhe die Summe von 5000 Mk. gestiftet mit dem Ersuchen, im Bedarfsfalle einem ihrer Arbeiterkinder freie Aufnahme zu gewähren.

Am 30. April bewilligte der Stadtrat dem Badischen Landesverband städtischer Beamten zur Bestreitung der Betriebskosten seines Erholungsheims in Schönwald bei Triberg für das laufende Jahr neben dem ordentlichen Zuschuß von 2000 Mk. einen außerordentlichen von 2000 Mk., dem Naturheilverein Karlsruhe zur Instandsetzung seines Licht-, Luft- und Sonnenbades an der Alb im Gewann Dammerstock einen Beitrag von 500 Mk.

Ein hiesiger Wohltäter, der der Stadt schon wiederholt größere Schenkungen zu gemeinnützigen Zwecken zugewendet hat, übergab dem Oberbürgermeister, wie aus der Stadtratsitzung vom 8. Mai berichtet wurde, dem Oberbürgermeister 30 000 Mk. zur Verwendung für den städtischen Tiergarten. Der Stadtrat sprach „dem hochherzigen Spender seinen tiefgefühlten Dank“ aus.

Am 8. Mai dankte der Stadtrat dem Freiherrn Schilling von Cannstatt, Gutsbesitzer in Hohenwettersbach, für einen dem Stadtgarten zugewendeten rumänischen Ziegenbock.

Dem Bezirksverein für Jugendschutz und Gefangenenerfürsorge, der im Schloß Stutensee bei Blankenloch ein Heim zur Erziehung gefährdeter männlicher Jugendlichen im Alter von 12 bis 16 Jahren eingerichtet hat, bewilligte der Stadtrat am 22. Mai außer dem alljährlichen Zuschuß von 1000 Mk. für das laufende Jahr einen außerordentlichen von 1500 Mk.

Dem Hilfsverein für Deutsch-Böhmen und Sudetenland in Wien bewilligte der Stadtrat am 12. Juni einen einmaligen Beitrag von 1000 Mk.

Zwei hiesige Bürger, deren Namen nicht genannt sein sollen, haben sich, wie aus der Stadtratsitzung vom 18. Juni mitgeteilt wurde, bereit erklärt, zur Verschönerung des Stadtgartens ein Kunstwerk, bestehend in einer zwei Meter hohen Vase aus Muschelfalk samt Sockel, die beim Eingang aufgestellt werden soll, zu stiften. Der Stadtrat nahm „die Stiftung mit herzlichstem Dank“ an.

Am 26. Juni beschloß der Stadtrat, an die hier wohnhaften bedürftigen Kriegsteilnehmer von 1866 und 1870/71 auch im laufenden Jahre aus dem im Gemeindevoranschlag hierfür vorgesehenen Mitteln eine Ehrengabe von je 40 Mk. verteilen zu lassen.

Am 1. Juli überwies Dr. ing. Geh. Kommerzienrat Friedrich Wolff dem Ausschuß für Ferienkolonien 1000 Mk. für erholungsbedürftige Kinder.

Aus der Stadtratsitzung vom 24. Juli wurde mitgeteilt, daß Fabrikant Altstadtrat Leopold Kölsch der Stadtgemeinde ein Bild des ersten Kreuzers „Karlsruhe“, gemalt von Wilhelm Volz hier, geschenkt habe. Der Stadtrat sprach „für diese so wertvolle Zuwendung seinen wärmsten Dank“ aus.

In der Stadtratsitzung vom 21. August teilte der Oberbürgermeister mit, daß auf seinen Wunsch der Ehrenbürger der Stadt, Geh. Kommerzienrat Fr. Wolff, der Stadt als Schmuck für das Rathaus sein Ölbild, gemalt von Prof. Propheter hier, und in gleicher Weise die Hinterbliebenen des verstorbenen Ehrenbürgers, Kommerzienrat Karl Schrempf, dessen Ölbild, gemalt von dem Münchener Maler Gregoritsch, endlich der neuernannte Ehrenbürger Erzellenz Hans Thoma, sein Bildnis, gemalt von August Gebhard hier, geschenkt haben. Der Stadtrat nahm „die wertvollen Geschenke mit lebhaftem Dank“ an.

Am 21. August beschloß der Stadtrat, den Beitrag der Stadt an die Beratungsstelle für Alkoholfranke von jährlich 400 Mk. auf 3500 Mk. zu erhöhen.

Am 28. August beschloß der Stadtrat: „Der Blindenvereinigung für Karlsruhe und Umgebung wird ein jährlicher Beitrag aus der Stadtkasse zur Verfügung gestellt, vermittelt dessen sie Fahrkarten für die städtische Straßenbahn für die Begleiter der Blinden beschaffen kann.“

Aus der Stadtratsitzung vom 2. Oktober wurde mitgeteilt, daß Großkaufmann Julius Kaller das von ihm für die Ausschmückung des Stadtgartens (für die Kaller-Anlage) gestiftete Kapital um weitere 700 Mk. erhöht habe. Der Stadtrat sprach „dem freigebigen Stifter hierfür verbindlichsten Dank“ aus.

Aus der Stadtratsitzung vom 9. Oktober wurde mitgeteilt, daß ein hiesiger Bürger, der nicht genannt sein wolle und der im Jahre 1918 für die Verschönerung des Stadtgartens 50 000 Mk. gestiftet habe, nunmehr zu gleichem Zweck weitere 50 000 Mk. übergeben lasse. Der Stadtrat nahm diese neue Schenkung „mit herz-

lichem Dank an den edlen Stifter" an und beschloß, sie in seinem Sinne zu verwenden.

Am 13. Oktober teilte Geh. Rat Dr. Hans Thoma Erz. dem Stadtrat mit, daß er beabsichtige, ein von ihm gemaltes Bild: „Das Heimattal“, ein Motiv aus Bernau, „als Erinnerungs- und Dankeszeichen der ihm zur Heimat gewordenen Stadt Karlsruhe und als ein Zeichen treubadischer Heimatliebe“ für die städtischen Kunstsammlungen zu schenken. Der Stadtrat nahm „das sehr wertvolle Geschenk des unvergleichlichen Meisters als eine willkommene Bereicherung der Kunstsammlung der Stadt mit herzlichstem Danke“ an.

Am 16. Oktober beschloß der Stadtrat, der Blindenvereinigung für Karlsruhe und Umgebung als einmalige Beihilfe zur Beschaffung von Wintervorräten für ihre Mitglieder 5000 Mk. aus Mitteln der Wohltätigkeitskasse zuzuweisen.

Am 23. Oktober bewilligte der Stadtrat dem Deutschen Volksbund in Wilmersdorf (Ausschuß für freie Volkshochschulen) zur Errichtung seines Archives einen einmaligen Beitrag von 100 Mk.

Aus der Stadtratsitzung vom 30. Oktober wurde mitgeteilt, daß Altstadtrat August Dürr, Ehrenbürger der Stadt, sein Haus Bismarck-Straße 22 letztwillig seiner Nichte in München in der Voraussetzung vermacht habe, daß sie ihren Wohnsitz darin nehme. Sollte das nicht der Fall sein, so solle das Haus in den Besitz der Stadt Karlsruhe übergehen. Weiter habe der Erblasser bestimmt, daß seine Ölgemälde und Bilder, soweit sie Kunstwert hätten, ebenfalls der Stadt Karlsruhe zufallen sollen, wogegen die Stadt seine Grabstädte auf 50 Jahre schonen und während dieser Zeit durch die Stadtgärtnerei bescheiden gärtnerisch unterhalten lassen solle. Der Stadtrat nahm die Vermächtnisse unter den gestellten Bedingungen und vorbehaltlich der Staatsgenehmigung an.

Die verstorbene Großkaufmann August Heinrich Riempff Witwe hat, wie der Verwaltungsrat des Waisenhauses Anfang November veröffentlichte, dem Waisenhaus letztwillig 5000 Mk. vermacht. Dem Arbeiterbildungsverein hat die Verstorbene 3000 Mk. vermacht.

Die firma Vogel & Bernheimer in Ettlingen hat, wie aus der Stadtratsitzung vom 20. November mitgeteilt wurde, für

die von der freiwilligen Feuerwehr Karlsruhe beim Brande ihres Kesselhauses am 12. November geleistete Hilfe den Betrag von 500 Mk. zur Verwendung im Interesse der Karlsruher Feuerwehr überweisen lassen. Der Stadtrat sprach der Firma für die Spende namens der freiwilligen Feuerwehr Karlsruhe „verbindlichsten Dank“ aus.

Die firma Berg & Strauß hier hat dem Oberbürgermeister, wie Ende Dezenber mitgeteilt wurde, anlässlich der Feier ihres 25 jährigen Geschäftsjubiläums die Summe von 1000 Mk. zu wohlthätigen Zwecken zur Verfügung gestellt, wofür derselben unter Beglückwünschung zu diesem Jubiläum Dank ausgesprochen wurde.

Beim Herannahen des Weihnachtsfestes sind dem Oberbürgermeister folgende Gaben für verschiedene von den Spendern näher bezeichnete Wohlthätigkeitsanstalten zugegangen: Von der Karlsruher Brauereigesellschaft vormals K. Schrempf 1500 Mk., von der Karlsruher Parfümerie- und Toiletteseifenfabrik J. Wolff & Sohn 1200 Mk., von der Brauereigesellschaft vormals S. Moninger 1000 Mk., von der Aktiengesellschaft für Metall-Industrie vormals Gustav Richter 200 Mk., von Brauereibesitzer Kommerzienrat Friedrich Hoepfner 1000 Mk.

2. Armenwesen und Jugendfürsorge.

Der städtische Aufwand für die Armenpflege betrug im Berichtsjahr 1875 555 Mk. Darunter Zuschuß der Stadthauptkasse 1465 042 Mk. In der offenen Armenpflege wurden verausgabt 491 555 Mk., in der geschlossenen 493 443 Mk., und für Kinder- und Jugendpflege 493 251 Mk.

Der Verwaltungsaufwand betrug 520 701 Mk.

In der Wohlthätigkeitskasse wurden vereinnahmt für die Enthebung von Neujahrsbesuchen und Absendung von Karten 773 Mk.

Aus Geschenken und Vermächtnissen flossen der Kasse zu 27 939 Mk. Die Kasse verausgabte für Unterstützungen 18 341 Mk., für Kleidung armer Konfirmanden 3790 Mk.

Der Gesamtaufwand für das städtische Altersheim belief sich im Berichtsjahre auf 96 157 Mk., die Gesamtzahl der Ver-

pflegungstage betrug 28 105. Der durchschnittliche Gesamtaufwand für einen Verpflegungstag berechnet sich auf 252 Mk., für einen Insassen beträgt er im Jahr 1230 Mk.

Die Kommission für Jugendfürsorge hielt im Berichtsjahr 34 Sitzungen ab. In diesen Sitzungen waren 194 Fälle Zwangserziehungsangelegenheiten, 49 Fälle nach § 1666 B. G. B., 141 Schulaufsichtsfragen, 76 Lehr- und Dienstverträge, 169 Unterbringung in Pflegestellen und 241 sonstige Angelegenheiten.

Die Überwachung von Kostkindern erstreckte sich am Jahreschluß auf insgesamt 537 Pflegestellen. In 5 Fällen wurde das Recht, Pflegekinder zu halten, entzogen. An- und Abmeldungen von Pflegestellen fanden statt 319. Den Fürsorgern (Waisenkontrolluren) wurden 2024 Aufträge erteilt. An Schriftstücken gingen ein 29 795. Berufsvormundschaft wurde ausgeübt über 2012 Kinder. Die Stadthauptkasse B hat an Unterhaltungsgeldern für Mündel vereinnahmt 148 455 Mk. 76 Pf. Zur Zahlung an die Stadthauptkasse B wurden angehalten 859 Kindesväter.

3. Krankenwesen.

Im städtischen Krankenhaus, das 736 (1918: 682) Krankenbetten enthält, wurden im Berichtsjahre 6171 (6711) Kranke an zusammen 161 457 (166 234) Tagen verpflegt. Durchschnittlich waren 442 (455) Kranke täglich im Hause. In den einzelnen Monaten bewegte sich der Krankenstand zwischen folgenden Zahlen:

Januar . . .	452—496	Kranke	Juli . . .	380—416	Kranke
Februar . . .	454—540	"	August . . .	362—405	"
März . . .	501—547	"	September . . .	383—460	"
April . . .	439—528	"	Oktober . . .	421—478	"
Mai . . .	439—474	"	November . . .	417—458	"
Juni . . .	389—434	"	Dezember . . .	366—437	"

Der Krankenstand war am höchsten am 1. März mit 547 Personen (am 27. Oktober mit 575 Personen).

Unter den Kranken befanden sich 79 (235) kranke und verwundete Soldaten und Offiziere, die an zusammen 4401 (10567) Tagen im Krankenhaus verpflegt wurden. Im laufenden Jahr wurde das Krankenhaus stärker von der Zivilbevölkerung aufgesucht, da wenig Militärpersonen zur Aufnahme kamen. Auf

Jahreschluß waren noch 4 Soldaten im Hause (1918: 3 Offiziere und 38 Soldaten).

Die laufenden Einnahmen des Krankenhauses betrugen 2510560 Mk. (1377436 Mk.), die Ausgaben 2445026 Mk. (1392301 Mk.). Die Stadthauptkasse hatte zu den Betriebskosten 1274342 Mk. (410168 Mk.), das sind für jeden Krankenverpflegungstag 7 Mk. 89 Pf. (2 Mk. 47 Pf.) zu leisten. Im ganzen hatte die Stadthauptkasse für das Krankenhaus einschließlich des Aufwandes für Verzinsung und Tilgung der Anlagekosten 1919 einen Zuschuß von 1498192 Mk. (634018 Mk.) oder 9 Mk. 78 Pf. (3 Mk. 81 Pf.) für den Verpflegungstag zu leisten.

Von den hauptsächlichsten Ausgaben betrugen:

	1919	1918
1. Mietzins an die Stadthauptkasse	223850 Mk.	223850 Mk.
2. Bauunterhaltung, Heizung, Beleuchtung, Reinigung, Wasserverbrauch	434852 "	264540 "
3. Gehalt und Löhne	879547 "	401225 "
4. Hauseinrichtungsgegenstände, Instrumente, Apparate usw. . . .	135507 "	59724 "
5. Arzneien, Verbandstoffe usw. .	116929 "	97525 "
6. Speisungskosten	614540 "	294992 "

Das Erholungsheim der Stadt Karlsruhe wurde als ferientkolonie für die Schulkinder der Stadt Karlsruhe und für erholungsbedürftige weibliche Personen am 16. Juni 1919 eröffnet. Von da bis 27. Oktober 1919 haben 83 erwachsene weibliche Personen um Aufnahme nachgesucht, die an 1559 Tagen verpflegt wurden. In der Zeit vom 16. Juni bis 29. August waren 116 Schulkinder im Heim. Die laufenden Einnahmen des Heims betrugen 33111 Mk. (15476 Mk.), die Ausgaben 43335 Mk. (15033 Mk.).

Für die städtische Desinfektionsanstalt lagen 1296 (1918: 1486) Aufträge vor, die wegen nachverzeichneter Anlässe erfolgten: Altersschwäche 1, Darmleiden 1, Diphtherie 161, Gesichtserose 2, Genickstarre 1, Grippe 3, Krätze 121, Krebs 9, Läuse 8, Lungenentzündung 1, Masern 2, Kindbettfieber 12, Pockenverdacht 13,

Ruhr 209, Reinigung 172, Scharlach 205, Syphilis 1, Tuberkulose 345, Typhus 28, Wassersucht 1. — Für das Krankenhaus selbst wurden außer den in den Apparaten desinfizierten Betten und Kleidungsstücken 69 (47) Zimmer und Säle mit 14 250 (5945,25) kbm Inhalt desinfiziert. — Die Ausgaben der Anstalt betrugen 48 670 Mk. 98 Pf. (26 976 Mk. 77 Pf.). Dabei sind aber die Ausgaben für die Verzinsung, Beleuchtung und Wasser nicht berücksichtigt. An Gebühren gingen 10 943 Mk. 60 Pf. (11 429 Mk.) ein.

Im Ludwig-Wilhelm-Krankenheim wurden im Berichtsjahre 2595 Personen (1918: 2211) mit 37 515 (31 545) Verpflegungstagen verpflegt und zwar in der Frauenklinik 1183 Personen in 16 724 Tagen, im Wöchnerinnenheim 1047 Personen in 12 179 Tagen und in der Augenklinik 365 Personen in 8612 Tagen. —

Im Stadtratsbericht vom 13. März wurde mitgeteilt, daß das Ludwig-Wilhelm-Krankenheim infolge fortwährenden Ansteigens der Betriebsausgaben steigende Zuschüsse erfordert habe, die bisher von der Großherzogin Luise gedeckt worden seien. Im Jahre 1917 habe sich ein Fehlbetrag von 73 000 Mk., 1918 von 156 000 Mk. ergeben und für 1919 sei ein solcher von 200 000 Mk. zu erwarten. Der Badische Frauenverein, dem das Heim gehört, habe sich wegen Bewilligung eines Zuschusses zu den Betriebskosten an die Regierung gewandt, aber auch den Stadtrat um eine entsprechende Hilfe gebeten. Darauf seien Verhandlungen mit dem Frauenverein wegen Angliederung des Heims an das städtische Krankenhaus eingeleitet worden, die aber wegen der erforderlichen Feststellungen noch einige Zeit beanspruchen dürften. Der Stadtrat habe daher vorerst in den Entwurf des Gemeinde-Voranschlags für 1919 einen Zuschuß von 60 000 Mk. zu den Betriebskosten des Heims eingestellt, unter der Voraussetzung, daß der badische Staat, wie im II. Nachtragsetat vorgesehen, einen Kostenzuschuß von 70 000 Mk. gewähre und die in Aussicht genommene Verständigung im Laufe des Jahres erzielt werde.

In der Evangelischen Diakonissen-Anstalt wurden im Jahre 1919 1226 Erwachsene mit 35 153 Verpflegungstagen und 370 Kinder mit 11 091 Verpflegungstagen verpflegt.

Im Alten St. Vincentiushaus betrug im Berichtsjahre die Gesamtzahl der verpflegten Kranken 1750, die Gesamtzahl

der Verpflegungstage 19 244. Im Neuen St. Vinzenzhaus wurden 2306 in 84 047 Tagen verpflegt.

Im Israelitischen Krankenhaus wurden im Berichtsjahre 12 Personen mit 1654 Verpflegungstagen verpflegt.

Im Versorgungs-Krankenhaus (ehemaliges Garnisonslazarett) wurden in der Zeit vom 14. Mai bis 31. Dezember 856 Kranke mit 27 500 Verpflegungstagen verpflegt.

Auf Vorschlag der Vereinigung Karlsruher Apothekenbesitzer wurde, wie der Stadtratsbericht vom 23. Januar meldete, Apotheker Wilhelm Lakemeyer, Inhaber der Löwenapothek, zum Mitglied des Ortsgesundheitsrats mit Amtsdauer bis nach den nächsten Erneuerungswahlen des Bürgerausschusses ernannt.

Nach Beschluß des Stadtrats vom 10. Juli trat die Stadtgemeinde dem badischen Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose mit einem Jahresbeitrag von 100 Mark als Mitglied bei.

Im Berichtsjahre betrug der monatliche Durchschnitt der Mitgliederzahl bei sämtlichen Karlsruher Krankenkassen 81 271 (1918: 73 488) und zwar 55 553 (41 350) männliche und 25 718 (32 138) weibliche Personen. Bei den einzelnen Kassen ergeben sich für den monatlichen Durchschnitt des Berichtsjahres folgende Zahlen: Allgemeine Ortskrankenkasse 15 163 männliche, 9647 weibliche, zusammen 24 810. Ortskrankenkasse der Dienstboten 82 männliche, 6065 weibliche, zusammen 6147. Ortskrankenkasse der Handelsbetriebe 2995 männliche, 2627 weibliche, zusammen 5622. Ortskrankenkasse der Bäcker 277 männliche, 38 weibliche, zusammen 315. Ortskrankenkasse der Metzger und Wurstler 151 männliche, 58 weibliche, zusammen 209. Städtische Betriebskrankenkasse 3315 männliche, 1079 weibliche, zusammen 4394. Alle übrigen Betriebskrankenkassen 32 510 männliche, 6128 weibliche, zusammen 40 910. Innungskrankenkassen 1060 männliche, 76 weibliche, zusammen 1136.

Mitte Februar wurde in einer Besprechung zwischen Vertretern der Krankenkassenverbände, der Ärztekammer und der badischen

Gesellschaft für soziale Hygiene die Frage einer allgemeinen Einführung der Familienversicherung durch die Krankenkassen erörtert. Die Anwesenden waren sich darüber einig, daß zunächst eine eingehende Vorerhebung durch die Krankenkassen erfolgen solle. Nach Mitteilung der „Karlsruher Zeitung“ hat die Regierung die Krankenkassen zur Vornahme der notwendigen Erhebungen veranlaßt.

Die Krankenkasse für städtische Beamte hatte 1918 mit einem Fehlbetrag von 4310 Mk. abgeschlossen. Der Vorstand des badischen Städtetags empfahl den Städteordnungsstädten zur teilweisen Deckung dieses Betrages Beiträge zu leisten. Der hiesige Stadtrat bewilligte am 28. August einen solchen Beitrag in Höhe von 618 Mk. (unter Berücksichtigung der Zahl der Karlsruher Mitglieder).

Im Sterbekassenverein des Dienstpersonals der badischen Verkehrsanstalten hat sich die Zahl der Mitglieder im abgelaufenen Jahr um 338 vermehrt und beträgt nunmehr 5173. 119 Mitglieder sind gestorben. Das Vermögen des Vereins betrug am 31. Dezember des Berichtsjahres 2386518 Mk. gegenüber 2399775 Mk. am Schluß des Vorjahres. Die Verminderung um 13157 Mk. ist hauptsächlich auf die notwendig gewordene erheblich höhere Abschreibung der Buchwerte von Wertpapieren entstanden.

VI.

Versammlungen, Feierlichkeiten und Festlichkeiten, Ausstellungen, Sehenswürdigkeiten.

1. Versammlungen.

Am 8. Januar fand die Vorstandssitzung der Abteilung Wasserwirtschaft des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller und am 14. Februar die 31. ordentliche Plenarsitzung des Verbandes statt.

Ein Berufsverein des Badischen Gendarmeriecorps wurde am 11. Januar hier gegründet.

Mitte Januar erfolgte die Gründung der Organisation der bildenden Künstler Badens.

Ihre Bezirkstagung hielten ab der Verband der unteren und mittleren Telegraphenbeamten am 23. März,

der Verein badischer Handelslehrer am 25. Januar.

Am 26. Januar tagte der Landesverband badischer Korbmachermeister.

Ein Landesverband der Kaffeehausbesitzer Badens wurde am 6. Februar,

ein solcher der Buchdruckereibesitzer Mitte April gegründet.

Die kirchlich-liberale Vereinigung hielt am 7. Mai ihre frühjahrsversammlung ab.

Am 2. März wurde die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der unteren badischen Eisenbahnbeamten-Organisationen beschlossen.

Die Landestagung des Badischen Landestages für Körperpflege und Jugenderziehung wurde am 28. und 29. Juni abgehalten und die Änderung des Namens in „Badischen Ausschuß“, für Körperpflege und Jugenderziehung vollzogen.

Am 30. März fand die Generalversammlung des Bezirks Baden vom Bund erblindeter Krieger statt.

Der wirtschaftliche Verband bildender Künstler Westdeutschlands trat am 12. April zum ersten Mal nach fünf Jahren wieder zusammen.

Am 23. April tagte die Kirchlich-positive evangelische Konferenz.

Eine Versammlung der Obermeister der badischen Fleischer-Innungen am 25. April sprach sich gegen die Kommunalisierung der Lebensmittelgewerbe aus.

Am 25. und 26. April fand die Jahresversammlung des Badischen Philologenvereins statt.

Die Hauptversammlung des Vereins mittlerer badischer Verwaltungsbeamter tagte am 4. Mai,

die des Verbandes des badischen Lebensmittelgroßhandels Mitte Mai.

Am 20. Mai hielt der Evangelische Pfarrverein eine Jahrestagung ab.

Die alljährlichen Tagungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften begannen am 20. Mai mit der des Badischen Molkereiverbands. Am 21. Mai folgten der 36. Verbandstag des Genossenschaftsverbands und die Generalversammlung der Zentralkasse der landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften; am 22. die Generalversammlung der landwirtschaftlichen Kreditverbandskasse und der 35. ordentliche Verbandstag der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften.

Am 22. Juni folgte die Gründung eines Bezirksverbands der Genossenschaften des Bezirks Karlsruhe.

Eine Bezirksversammlung der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine wurde am 25. Mai,

eine Landesversammlung der Apotheker Badens am selben Tage abgehalten.

Die Hauptversammlung der Badischen Verbraucher-Kammer fand am 3. August,

die des Gaues Baden des deutschen Arbeiter-sängerbundes am 1. Juni,

die des Badischen Turnlehrervereins am 6. Juni statt.

Am 9. Juni wurde ein Landesverband der Einkaufsgenossen-schaften badischer Obst- und Gemüsehändler

und am 15. Juni der Verband Badischer Musiker gegründet.

Am 15./16. Juni tagte die Landeskonzferenz der Friseur-gehilfen.

Am 15. Juni fand die Hauptversammlung der ärztlichen Landeszentrale für Baden,

am 20. die des Melanchthonvereins für Schüler-heime statt.

Der Verein Badischer Handelslehrer hielt am 22. Juni seine fünfte Hauptversammlung,

der Badische Kameralistenverein am 29. Juni seine erste Mitgliederversammlung seit 1914 ab.

Am 2./3. Juli fand die Hauptversammlung des Badischen Gastwirteverbands statt.

Eine Oberbürgermeisterkonferenz der badischen Städteordnungsstädte wurde am 7. Juli abgehalten.

Der Gautag der katholischen Jugendvereine des Gaues Unterbaden fand am 20. Juli,

der Verbandstag der Polizeibeamten Badens am 20./21. Juli hier statt.

Die neunte Hauptversammlung des Badischen Landes-wohnungsvereins wurde am 20. Juli,

die Landesversammlung des Badischen Volkskirchen-bundes am 23. Juli

und die achte Jahreskonferenz des Evangelischen Ver-bandes zur Pflege der weiblichen Jugend am 27./28. Juli abgehalten.

Am 27. Juli tagte der Verband Badischer Grund- und Hausbesitzer.

Eine Fachabteilung der Eisenbahnbeamten des Badischen Beamtenbundes wurde am 9. August, ein Landesverband Badischer Glasermeister am 17. begründet.

Am 17./18. August trat eine Landeskonzferenz des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals (Gau Baden) hier zusammen.

Die Hauptversammlung des Verbandes badischer kynologischer Vereine fand am 24. August statt.

Die Badischen Privatarchitekten schlossen sich am 29. August zu einem Landesverband zusammen.

Am 14. September fand die Landeskonzferenz der Hirsch-Dunker'schen Gewerkevereine Badens,

Mitte September die Generalversammlung des Verbandes selbständiger Kaufleute Badens und die außerordentliche Generalversammlung des Bundes Badischer Detaillisten-Vereine statt.

Am 18. September tagte der Badische Blindenverein, am 21. die Abgeordneten des Alb- und Pfingzgau-militärvereinsverbandes,

am 22./23. der Badische Forstverein,

am 28. der Gau des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Die Hauptversammlung des Vereins Badischer Zahnärzte fand am 27./28. September statt.

Vom 6. bis 9. Oktober veranstaltete der Badische Landesausschuß des Katholischen Frauenbundes einen politischen Schulungskurs, am 10. wurde der dritte Badische Katholische Frauenbundstag abgehalten.

Am 12. Oktober fand ein Katholikentag für die mittleren Teile Badens statt. Von den zahlreichen Ansprachen seien hier die des Geistlichen Rats Dr. Schofer über „Christentum und Schule“ und des Paters Sigismund W.M.C. über „Christentum und Kapitalismus“ hervorgehoben. An den Erzbischof von Freiburg, der in einem Schreiben der Versammlung seinen Segen erteilte, und an den Papst wurden Ergebnisadressen abgesandt.

Die Hauptversammlung der Kirchlich=positiven Vereinigung für Baden war am 13. Oktober.

Am 14. Oktober hielt der Badische Landesverband zur Hebung des Fremdenverkehrs seine 14. Jahresversammlung ab.

Am 24. Oktober fand eine Versammlung des Ortskartells der Angestellten, der Arbeitsgemeinschaft der Kaufmännischen Verbände, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und des Kaufmännischen Vereins weiblicher Angestellten,

am 10. November eine Versammlung der Gemeindebeamten des Landbezirks Karlsruhe,

am 23. eine außerordentliche Hauptversammlung des Vereins Badischer Finanzbeamten statt.

Der Verbandstag des Südwestdeutschen Verbandes für Leichtathletik wurde am 13./14. Dezember,

die Sportkonferenz der Arbeiter=Sportvereine Badens gleichfalls am 14. abgehalten.

Auf denselben Tag fiel die Versammlungsversammlung der Brauerei= und Mühlenarbeiter.

2. Feierlichkeiten und Festlichkeiten.

Am 15. Januar veranstaltete der Aufklärungsausschuß des Volksrates eine Volksfeier, bei der Dr. Einstein über „den Geist der Revolution“ sprach.

Am 21. März fand zur Weihe der neuen Verfassung des badischen Staats ein Festakt statt, an dem u. a. das Gesamtministerium, die Landtagsabgeordneten und der Oberbürgermeister teilnahmen. Nach kürzeren Ansprachen des Landtagspräsidenten Abg. Kopf und des Ministerpräsidenten Geiß hielt Abg. Dr. Dietz die Festrede. Musikvorträge und Rezitationen umrahmten die Feier.

Durch Verordnung des Staatsministeriums vom 7. April wurde der 1. Mai als gebotener Festtag bestimmt. An diesem Tage fand auf dem Engländerplatz eine Massenversammlung mit Ansprachen von Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien statt. Anschließend bewegte sich ein Demonstrationzug durch die Stadt bis

vor das Rathaus, wo er sich auflöste. Abends wurde in der Festhalle eine Feier abgehalten, die Festrede hielt Buchdrucker W. Hof.

Am 9. Mai fand nach mehrjähriger Unterbrechung die Hebelfeier des Liederfranzes statt. Pfarrer Hindenlang hielt die Ansprache.

Die Ortsgruppe des deutschen Monistenbunds veranstaltete am 21. September eine Trauerfeier für Ernst Haeckel (Redner: Dr. med. Richard Kahner-Gaggenau).

Nach fünfjähriger Unterbrechung wurde am 21./22. September das Jahresfest des Karlsruher Mutterhauses für Kinder schwester n begangen. Zurzeit gehören dem Verband des Hauses 265 Schwestern an. — Am 24. September fand gleichzeitig mit der Landesversammlung die Feier des 60jährigen Bestehens des Badischen Frauenvereins statt. Generalsekretär Geh. Rat Müller begrüßte die Erschienenen und gab einen Rückblick über die Entwicklung des Vereins. An die Gründerin des Vereins wurde von der Versammlung ein Danktelegramm abgesandt, auf das Drahtantwort einlief. Glückwünsche überbrachten dem Verein Minister Kemmele namens der Regierung, Bürgermeister Dr. Horstmann namens des Stadtrats und der Bürgerschaft, General Neubert-Heidelberg im Namen der badischen Zweigvereine, Dr. Stroebe als Vertreter des Landesvereins vom Roten Kreuz. Der Verein besteht zur Zeit aus 474 Zweigvereinen mit 90949 Mitgliedern.

Bei der am 28. September von der Demokratischen Jugend veranstalteten Gedächtnisfeier für Friedrich Naumann hielt Professor Dr. August Hausrath-Heidelberg die Gedächtnisrede.

Am 2. Oktober vollendete Hans Thoma hier sein 80. Lebensjahr. Von einer größeren Feier in der Öffentlichkeit wurde auf Wunsch des Jubilars abgesehen. Am Tag selbst überbrachte Unterrichtsminister Hummel die Glückwünsche des Staatsministeriums, eine Abordnung des Stadtrats unter Führung des Oberbürgermeisters überreichte den von Kunstmaler Gustav Wolf verfertigten Ehrenbürgerbrief, der folgenden Wortlaut hat:

„Dem großen deutschen Meister, dem ruhmgekrönten Sohne seiner badischen Heimat, dem verehrungswürdigsten unserer Mitbürger, D. Dr. Hans Thoma, haben wir, Stadtrat und Bürgerausschuß von Karlsruhe, in unbeschränkter

Bewunderung seines künstlerischen Genius und in dankbarer Verehrung seines edlen Menschentums heute einmütig die Würde eines Ehrenbürgers der Badischen Landeshauptstadt verliehen.

Karlsruhe, den 28. Juli 1919.

Der Stadtrat: Siegrist, Oberbürgermeister. Lacher, Ratschreiber."

Anfang August hatte Hans Thoma dem Oberbürgermeister folgendes Schreiben zugehen lassen:

Hochverehrter Herr Oberbürgermeister!

Aus Euer Wohlgeboren Mitteilung vom 9. d. Mts. vernehme ich, daß der Bürgerausschuß am 28. Juli einstimmig und freudig meine Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe beschlossen hat.

Mit herzlichem Dankgefühl empfangen ich diese mir zugewendete hohe Ehrung und ich bitte Sie, hochverehrter Herr Bürgermeister, diesen meinen freudigen Dank dem hochverehrlichen Bürgerausschuß kundgeben zu wollen.

Künstlerphantasie versteigt sich bei solcher Gelegenheit leicht in Regionen, die über der nackten Tatsache sich aufbauen, und fast wäre ich durch solche Ehrungen beschämt, wenn ich Sie nicht von einer höheren Warte aus betrachten und deuten könnte.

So wage ich zu denken und es auszusprechen: Die mir gewordene Ehrung bedeutet eine Huldigung an den Frieden stiller Arbeit, wie sie die Künste mit ihrem der Veredelung gewidmeten Schaffen der Menschheit bringen können.

Die Friedenssehnsucht muß nach so schweren Kämpfen doch wieder mächtig die Menschheit erfassen und gute Früchte bringen, indem sie nach dem hohen Ziel heiliger Ordnung, die auf gegenseitiges Vertrauen, auf williges Platzgönnen sich aufbaut, hinstrebt und wenn auch durch Versuche und Irrungen hindurch zur Wohlfahrt aller Menschen, die guten Willens sind, führen muß.

Daß ich, ich darf sagen, durch ein volles ganzes Leben berufen gewesen bin, der friedlichsten aller Künste zu dienen, findet durch die Anerkennung, die mir durch meine Mitbürger zuteil wird, seine Weihe. — Es war in unserer Stadt, wo ich im Jahre 1859 meine Künstlerlaufbahn beginnen konnte in stiller schwarzwälder Art, und so ist es auch dieselbe Heimatstadt, wo ich sie nach 60 Jahren beschließen werde. — Wie ich zu meinen wage, drückt sich in meinen Arbeiten etwas von dem sinnig deutschen Wesen aus, das wir wieder als eine unserer guten Volkseigenschaften anerkennen, mit der wir die Hoffnung auf friedliche Zustände verstärken wollen, mit der wir der immer dunkeln Zukunft entgegengehen wollen.

Ihre gütige Zusendung der Stadtgartenkarte und der Freikarte für die Straßenbahn begrüße ich dankbar als Vorboten der angekündigten Urkunde. So lang es einem Achtziger noch vergönnt sein mag, werde ich bestrebt sein, ein treugehorsamer Bürger zu sein.

Zum Schluß spreche ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, noch persönlich meinen verbindlichsten Dank aus für Ihre Mühewaltung, sowie für das mir die Jahre hindurch stets erwiesene Wohlwollen.

Möge unsere Stadt, wenn auch manche äußere Form im Wechsel der Zeit sich ändern muß, in ihrem gesunden Bürgerstimm den innerlichen Halt finden, den gemeinsames Schaffen gibt und so in aller Zukunft hin blühen und gedeihen!

In vorzüglicher Hochachtung
Euer Hochwohlgeborren gehorsamst ergebener
Hans Thoma.

Eine Abordnung der Fridericiana überreichte die Urkunde ihrer Ehrendoktorschaft, die Städte Freiburg, St. Blasien und Säckingen übersandten Ehrenbürgerbriefe, die Stadt Frankfurt a. M. die Mitteilung, daß eine Straße in der Nähe des Stadel'schen Museums Hans-Thoma-Straße benannt werde. Außerdem trafen zahlreiche Gratulanten, Schreiben und Telegramme zum Geburtstage ein. Der Kunstverein veranstaltete vom 28. September bis 16. Oktober eine Ehren-Ausstellung Thoma'scher Werke. Im Kupferstichkabinett wurden gleichzeitig graphische Arbeiten — meist Geschenke — Thomas ausgestellt.

Am 12./13. Oktober feierte der Landesverein für Innere Mission sein 70. Jahresfest. Beim festgottesdienst in der Stadtkirche hielt Pfarrer Mondon aus Lahr die Predigt.

Am 26. Oktober veranstaltete die evangelische Südstadtgemeinde eine Abschiedsfeier für Stadtpfarrer D. Hesselbacher, der als Stadtpfarrer nach Baden berufen ist. Im Auftrage der Gemeinde sprach Stadtrat Jacob das lebhafteste Bedauern über den Weggang des langjährigen Seelsorgers aus, darnach Seminarschullehrer Müller und Oberhofprediger Fischer.

Am 8. November wurde das Heim der weiblichen Vereine der Stadt im Erbprinzenschlösschen (Ritterstraße 7) feierlich eröffnet, es umschließt die Vereine: „Nationaler Frauendienst“, „Deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur“, „Frauenbildung—Frauenarbeit“, „Karlsruher Hausfrauenbund“, „Malerinnenverein“, „Verein badischer Lehrerinnen“, Ortsgruppe des Verbandes weiblicher Handels- und Büroangestellten“. Frau Euitgard Himmelheber hielt die Weiherede; ein Festspiel, das an die Geschichte des Schlösschens anknüpfte, von Fräulein Hildur Heß verfaßt, wurde aufgeführt.

Am 13. November fand die feierliche Enthüllung des von der Stadtgemeinde errichteten Denkmals für Oberbürger-

meister Schneßler in Gegenwart des Oberbürgermeisters, der Bürgermeister und anderer Vertreter der Stadtverwaltung, sowie von Angehörigen und Freunden des Verstorbenen statt. Oberbürgermeister Dr. Finter hielt folgende Ansprache:

Hochverehrliche Festversammlung!

Als am Morgen des 6. Dezember des Jahres 1906 auf dem Rathaus-
turme die Flagge halbmast gehißt wurde, da wußte die Bürgerschaft, welch
schwerer Schlag die Stadt getroffen hatte. Die Hand, die das Steuer ihres
Schiffes geführt, war erschlaßt, das Auge, das über sie gewacht, erloschen,
das Herz, das für sie gefühlt, stand still. Das Oberhaupt der Stadt, Ober-
bürgermeister Karl Schneßler, war nicht mehr; das Leiden, das seit
geraumer Zeit an seiner Gesundheit nagte, hatte endlich seinen Körper über-
wältigt, und nun öffnete sich das Grab, um was sterblich an ihm war, aufzu-
nehmen. Allgemein war die Trauer um den Dahingeshiedenen, und als drei
Tage darauf die dumpfen Töne der Kirchenglocken durch die vom wirbelnden
Schnee erfüllten Straßen der Stadt zum letzten Ehrengange einluden, da waren
es Tausende und Ubertausende, die dem Verstorbenen an seinem Grabe noch
einmal ihre Verehrung und Dankbarkeit bezeugen wollten. Und fürwahr, ein
verehrungswürdiger Mann, der sich den Dank aller verdient hat, war dahin-
gegangen. Ein ganzes Menschenalter hindurch hat Karl Schneßler der Stadt
Karlsruhe gedient. Im Jahre 1875 wurde er nach Vollenendung seiner juristischen
Studien und längeren Jahren der Vorbereitung im badischen Verwaltungs-
dienste 29-jährig in die Leitung der Stadt als erster Bürgermeister berufen.
Schon in dieser Stellung, in der er bis 1892 wirkte, bewies Schneßler seine
glänzende Befähigung für den erwählten Beruf. Ausgestattet mit einer lücken-
losen Allgemein- und Fachbildung hat er die ihm zunächst obliegende Aufgabe,
die Gemeindeverwaltung auf der Grundlage des neuen Gemeinderichts auszu-
bauen, in wahrhaft mustergültiger Weise gelöst. Die meisten der Gemeinde-
satzungen, die noch heute die Norm für die Verwaltung der Stadt bilden,
tragen seinen Namen. Vornehmlich die Schulorganisation und das Beamtenrecht
sind sein Werk. So war er auf das Trefflichste vorbereitet, als im Jahre 1892,
nach dem Tode seines verdienten Vorgesetzten, des Oberbürgermeisters Lauter,
die Bürgerschaft das Steuer der Stadt einmütig ihm in die Hand gab. Welche
fülle von Aufgaben der weitblickende Mann als oberster Leiter der Geschicke
der Stadt in Angriff genommen und wie er sie in nimmermüder Arbeit und
mit der nie erlahmenden Spannkraft seines starken Willens zum glücklichen
Ende geführt hat, ist in die Geschichte der Stadt eingetragen. Ich will nur
an die mit zäher Energie erkämpfte Anlage des Rheinhafens, die Zukunfts-
hoffnung Karlsruhes, an die Eingemeindungen von Mühlburg, Beierthelm,
Rüppurr und Rintheim, durch die die Entwicklung der Stadt zur Großstadt
ermöglicht wurde, und an die zahlreichen Schöpfungen sozialer Wohlfahrt, die
er ins Leben rief, erinnern, um anzudeuten, wie weit der Blick Schneßlers
vorauschaute und wie segensbringend sein Werk für die Stadt gewesen ist.

Kein Wunder, daß seine Führung nicht nur in den städtischen Kollegien, die er durch seine souveräne Beherrschung des Stoffs und den meisterhaften Vortrag seiner Gründe stets zu überzeugen verstand, Gefolgschaft und Anerkennung fand; auch außerhalb Karlsruhes war sein Name im Räte der Städte hochgeehrt. Mit Fug und Recht darf er als einer der führenden Männer seiner Zeit angesprochen werden. Aber nicht nur des tüchtigen Beamten und erfolgreichen Kommunalpolitikers wollen wir gedenken, auch das Bild des Menschen wollen wir ins Gedächtnis zurückrufen. Und fürwahr, Schnetzler war ein Mensch von seltener Ausprägung, wohl wert, als Beispiel eines echten deutschen Mannes unserer Zeit vorgehalten zu werden. Höchstes Glück der Erdenkinder ist nur die Persönlichkeit. Dieses Wort unseres großen Dichters und Denkers paßt so ganz auf die Gestalt Schnetzlers. Ja, eine Persönlichkeit in edelstem Sinne des Wortes ist Schnetzler gewesen. Auf dem Grundton eines tiefen Gemütes mischten sich die leuchtenden Farben seiner Geistesgaben zu einem prächtigen Gesamtbilde, aus dem ein geistreicher Humor sonnig hervorleuchtete. Dazu gesellte sich ein offener Freimut, der, unabhängig von oben und unten, die aufgrund tiefschürfenden unablässigen Denkens und Arbeitens gewonnene Überzeugung überall und allenthalben mit Energie und Beharrlichkeit vertrat. Dabei war sein Wesen schlicht und einfach, so gar nicht auf äußeren Prunk und Ruhm eingestellt, lediglich auf Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit bedacht. Treu wollte er sein sich selbst, treu aber auch allen, deren Wohl sein Leben gewidmet war. In der Auswirkung dieser Eigenschaften, in treuer Pflichterfüllung und Hingebung an seinen Beruf, nicht in den äußeren Ehren, die ihm so vielfältig zuteil wurden, fand er seinen Lohn, seine Befriedigung, sein höchstes Glück. Glühende Liebe zu den heimatlichen Bergen und Tälern und zum deutschen Vaterlande, dessen Ruhm und Gedeihen sein ganzes Sinnen und Trachten gewidmet war, erfüllte sein Herz. Wir empfinden es heute fast als Glück für ihn, daß sein früher Tod ihn davor bewahrte, das furchtbare Schicksal zu erleben, das über Deutschland hereingebrochen. Dem deutschen Volke möchten wir wünschen, daß es dazu zurückkehrt, die Tugenden, die unseren Schnetzler auszeichneten, und die wir so gern als die deutschen Tugenden rühmten, Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Treue und Arbeitsamkeit wieder zu üben, dann muß und wird es gelingen, aus der Niederung unserer Tage wieder zu freundlicheren Höhen einer besseren Zukunft emporzusteigen. Das Bild unseres Schnetzler aber wollen wir bewahren, an ihm wollen wir uns aufrichten, aus ihm neue Kraft und neuen Mut schöpfen zum beharrlichen Arbeiten am Wohle unseres Gemeinwesens.

So falle denn die Hülle von dem Denkmale, in dem des Meisters Hand die Züge des Verewigten zu neuem Leben erweckt hat. Von seiner Gemeinde gestiftet, soll es der Nachwelt künden, daß auch in unseren trüben Tagen die Dankbarkeit für treue Arbeit und die Verehrung wahrer Größe nicht erloschen ist. Es kann die Spur von seinen Erdentagen nicht in Neonen untergehen.“

Während der letzten Worte fiel die Hülle vom Denkmal. Weitere Ansprachen hielten Direktor Weiler für den Badischen Beamtenbund,

Professor Schwaiger für den Liederkranz, Bonaventura Meyer als Jugendfreund Schnetzlers. Musikvorträge eröffneten und schlossen die Feier. Das Denkmal besteht aus einer überlebensgroßen Bronzebüste auf Granitsockel und stammt vom Bildhauer Otto Feist. Es steht an der Westseite der durch Vittali angestalteten Stadtgarteneinfassung, gegenüber der Einmündung der Schnetzler- in die Neue Bahnhof-Straße.

Auch in diesem Jahre wurden zahlreiche Weihnachtsfeiern in Vereinen und Anstalten abgehalten.

3. Ausstellungen.

Im April machte das städtische Nachrichtenamt bekannt, daß die Ausstellungen der städtischen Sammlungen im Archivgebäude nach einer durch das Heizverbot bedingten Pause dem Besuche wieder eröffnet seien. Folgende Gebiete der Bildersammlung waren zur Ausstellung gebracht: Alt-Karlsruhe, darunter besonders Bauten Weinbrenners und seiner Schule, Handel, Gewerbe und Kunstwesen, Verkehrswesen (Drais und sein Fahrrad, Einfahrt des ersten Eisenbahnzugs), Vertreter der Technischen Hochschule, Theater und Musik, Badische Politiker der Zeit vor und um 1848/49, der Schwarzwald in Ansichten, Trachten und Volksbräuchen.

Am 31. Mai und 1. Juni veranstaltete der Kaninchenzuchtverein Karlsruhe (Stammverein) eine Kaninchen- und Produkten-Ausstellung. Eine zweite Ausstellung des Vereins fand am 11. und 12. Oktober statt. — Am 19. Oktober veranstaltete der Klub Belgische Riesenzüchter Karlsruhe-Beiertheim eine Kaninchen-Ausstellung. — Am 1. und 2. November hielt der Allgemeine Badische Kaninchen-Züchter-Verband Karlsruhe eine Gau-Kaninchen- und Produkten-Ausstellung ab.

Vom 8. bis 11. Oktober veranstaltete Paul Burchard in seinen Verkaufsräumen (Kaiser-Straße 143) eine Ausstellung echter Spitzen und Spitzen-Erzeugnisse, sowie künstlerischer Handarbeiten.

Eine Ausstellung des Malerinnenvereins von Kunst und Kunstgewerbe fand in den ersten Novembertagen statt.

Vom 3. bis 5. Dezember stellte die Kunststickereischule des Frauenvereins Handarbeiten, verbunden mit der Schulausstellung aus, darunter gewobene und gestickte Wandbehänge nach Entwürfen von Hans Thoma.

Die Galerie Moos stellte im Laufe des Jahres aus: Im Januar Bilder von W. Hempfing und von Martha Kropp. Vom 25. Januar bis 15. Februar 36. Sonderausstellung mit Werken von K. Schlichter und W. Jabotin. Von da bis zum 10. März Werke von K. Hellwag und J. f. Schrader. Vom 3. bis 30. Mai Sonderausstellung mit Gemälden der einheimischen Künstler August Gebhard, Arthur Grimm und August Rumm, ferner Radierungen und Lithographien von Paul Plüschke-Berlin. Im Juni Gemälde von Kaspar Ritter, Prof. E. Schurth, Paul Wehrle. Im Juli und August eine Sonderausstellung „Schwarzwald“ mit Gemälden und Graphik von Bernhard, Conz, Dischler, Egler, Franke, Graf, Harbers, Hauelsen, Hausmann, Kampmann, Koehler, Lemmer, Liebig, Rhode, Rumm, Thoma, von Volkman, Wickelsheimer. Im September eine Ausstellung der Künstlermappe „Sturm“. Im Oktober Werke von W. Hempfing, Martha Kropp u. a. Im November Sonderausstellung der „Vereinigung bildender Künstler Mannheim“. Im Dezember „Ausgewählte Werke badischer Künstler“.

4. Sehenswürdigkeiten.

Am 30. April Experimental-Abend Ming, Gedankenübertragung u. ä.

Am 24. September Flug des Sturzflegers Fritz Schindler auf dem großen Exerzierplatz.

Ab 27. September Vorstellungen des Zirkus Hermann Althoff.

Am 25. und 24. Oktober Gastspiel Ben Abdul, Rafael und Selimod. Die Wunder der indischen Fakire: Hypnose, Telepathie und magische Künste u. ä.

Am 26. und 27. Oktober naturwissenschaftliche Demonstrations-Abende durch Joachim Bellachini: Wie das Leben entstand, die Wunder des Uranos, der Mensch vor 100 000 Jahren u. ä.

Am 27. Oktober Cumberland, Gedankenübertragung mit Aufklärung und Wachsfuggestionen.

Am 30., 31. Oktober und 19. November Lo Kitten, ebenfalls Gedankenübertragung und Wachsfuggestionen.

Ab 12. November Vorstellungen des Zauberkünstlers Ruchny Bellachini.

Ab 29. November Vorstellungen des Groß-Zirkus Henry Schau.

VII.

Verkehrswesen.

Post- und Telegraphenverkehr von Karlsruhe im Jahre 1919:

Gewöhnliche Brieffsendungen (Briefe, Postkarten, Drucksachen und Warenproben)	ab) für 1919 nicht ermittelt	
Einschreibbrieffsendungen	an	470 564 Stück
Pakete ohne Wertangabe	ab	575 144 "
	an	825 262 "
Einschreibpakete	ab	883 293 "
	an	17 396 "
Pakete, Briefe und Kästchen mit Wertangabe	ab	11 921 "
	an	169 856 "
Nachnahmesendungen	an	162 159 "
Postaufträge	ab	158 018 "
	an	1 724 "
Postanweisungen und Zahlkarten	an	2 170 "
" " Zahlungsanweisungen	ab	739 286 "
Betrag der Postanweisungen und Zahlkarten	an	489 863 "
" " " " Zahlungsanweisungen	ab	337 018 823 Mk.
Telegramme	an	80 962 231 "
	ab	441 996 Stück
	an	496 085 "
Zahl der Gespräche im Ortsverkehr		8 596 623
Zahl der Gespräche im Vororts- und Nachbarortsverkehr		290 084
Zahl der Gespräche im Fernverkehr		3 004 359
Zahl der mit Fernsprecher übermittelten Telegramme und sonstigen Nachrichten		46 208

Am 8. februar fand die 67. Sitzung des Badischen Eisenbahnrats statt. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete eine Aussprache über die Finanz- und Betriebslage der badischen Staats-eisenbahnen auf Grund einer Darstellung der Generaldirektion. Nachdem schon das Jahr 1918 einen Betriebsausfall von über 15 Millionen Mark gebracht, ist der Ausblick auf das Jahr 1919 noch weit schlimmer, es wird auf einen Betriebsausfall von 90 bis 100 Millionen Mark gerechnet. Schuld daran tragen die erhöhten Bezüge der Beamten und Arbeiter einerseits, die gesteigerten Preise für Kohlen, Eisen und Stahl, Fahrzeuge andererseits. Eine Steigerung der Einnahmen wird aus der Erhöhung der Personen- und Gütertarife vom 1. April erwartet, dafür fallen aber die bisherigen Einnahmen aus dem Militärverkehr nahezu ganz weg. Die vorgenannten Erhöhungen sind folgendermaßen vorgesehen: Zuschläge zu den allgemeinen Fahrpreisen: 1. Klasse 100 v. H., 2. Klasse 40 v. H., 3. Klasse 30 v. H., 4. Klasse 25 v. H. Zuschlag zu den Preisen der Arbeiter-, Schüler- und Monatskarten 20 v. H. Erhöhung des Schnellzugszuschlags auf folgende Sätze:

für Entfernungen	in 1./2. Klasse	in 3. Klasse
km	Mark.	Mark.
1—75	2,00	1,00
76—150	4,00	2,00
über 150	6,00	3,00

Dagegen Wegfall der Schnellzugs-Ergänzungsgebühren. Erhöhung der Gepäckfrachten 50 v. H., jedoch soll die seitherige Verdoppelung der Gepäckfracht wegsallen. Zuschlag für Hunde in Begleitung von Reisenden 25 v. H. Zuschlag zu den Güter- und Tierfrachten 60 v. H.

Die 68. Sitzung des Eisenbahnrats wurde am 12. September abgehalten. Zunächst wurde die Notwendigkeit einer vorübergehenden Einstellung des Verkehrs an Sonntagen besprochen (s. u.). Die Generaldirektion betonte sodann die Notwendigkeit einer allgemeinen Erhöhung der Personen-, Güter- und Tiertarife um durchweg 50 v. H. zur Deckung wenigstens eines Teils der großen Ausfälle. Dem Vorschlag wurde mit Wirkung vom 1. Oktober zugestimmt. Die bisherigen Arbeiterwochenkarten werden vom 1. November an als allgemein erhältliche Wochenkarten ausgegeben.

Infolge der ungenügenden Kohlenzufuhren durch den Ausstand im Ruhrgebiet mußte in Baden der gesamte Schnellzugsverkehr vom 23. April bis Ende Mai eingestellt werden. Da sich auch weiterhin der Kohlenmangel und die Abgabe von Lokomotiven und Wagen an die Entente im Betrieb empfindlich bemerkbar machte, mußten wegen des starken Herbstverkehrs Einschränkungen vorgenommen werden. Da dies mit Rücksicht auf die Lebensmittel- und Kohlenzufuhr beim Güterverkehr nicht angängig war, wurde vom 26. Oktober an der gesamte Personenverkehr an Sonn- und Feiertagen auf den badischen Staats-, Neben- und Privatbahnen eingestellt (bis 4. April 1920).

Der Einfluß der Kriegsverhältnisse auf den Betrieb der Städtischen Straßenbahn hat sich in der Berichtszeit weiter erheblich verschärft.

Die durch die Revolution ausgelöste Bewegung unter den Arbeitern und Angestellten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen griff weiter um sich, und die anhaltende Teuerungssteigerung auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens hatten in kurzer Aufeinanderfolge stets neue Lohn- und Gehaltsforderungen zur Folge. Die Kriegszulagen und Teuerungsbeihilfen an die Beamten und Arbeiter und die Zulagen an die unständigen Fahrbediensteten mußten fortgesetzt erhöht werden. Neben den verteuerten Unterhaltungskosten stiegen die Kosten für alle Bau- und Betriebsstoffe ins Unermeßliche. Die gesetzliche Einführung des Achtstundentages übte einen wesentlichen Einfluß auf die persönlichen Ausgaben aus.

Den vorstehend angeführten, ganz erheblich gesteigerten Betriebsausgaben standen entsprechende Betriebseinnahmen nicht gegenüber, sodaß am 1. September 1919 eine Tarifierhöhung Platz greifen mußte. An Stelle des im März 1918 eingeführten Mindesttarifpreises von 15 Pf. wurde ein solcher von 20 Pf. eingeführt und die bisherige Dreistreckenteilung in eine Vierstreckenteilung umgeändert. Die bei der letzten Tarifierhöhung eingeführten steuerpflichtigen Wochenkarten kamen wieder in Wegfall, da bei dem unwirtschaftlichen Straßenbahnbetrieb mit Vergünstigungskarten aufgeräumt werden mußte.

Die fortgesetzte Steigerung aller Betriebskosten, insbesondere des Strompreises, sowie der Löhne und Gehälter, der Rohstoffe und Fertigfabrikaten beeinflusste das Verhältnis der Betriebsausgaben

zu den Betriebseinnahmen auch im I. Viertel des Jahres 1920 sehr ungünstig und machte eine weitere 100 %ige Erhöhung des Mindesttarifpreises von 20 auf 40 Pf. ab 1. Februar 1920 notwendig. Die Vierstreckenteilung wurde nur bei den Arbeiter-Wochenkarten, unter Ausschaltung der Karten für täglich 4 Fahrten beibehalten, während für die übrigen Fahrtausweise durchweg die Fünfstreckenteilung zugrunde gelegt wurde. Im Vergünstigungstarif wurden Monatskarten für das ganze Netz zum Preise von 50 Mk. neueingeführt.

Die Betriebslänge betrug am 31. März 1920 = 22,56 km, die Gleislänge = 54,08 km. Die Einwohnerzahl umfaßte auf den gleichen Zeitpunkt 138 456 Personen. Infolge Verlegung des Geschäftsjahres auf die Zeit vom 1. April bis 31. März erstreckt sich die vorliegende Berichterstattung auf die Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920. Eine vergleichende Übersicht zu den Betriebsergebnissen des Jahres 1918 kann daher in diesem Bericht nicht vorgelegt werden.

In der Berichtszeit wurden befördert 56 291 211 Personen. Abgefahren wurden insgesamt 8 367 980 Wagenkilometer und zwar 4 105 462 Triebwagenkilometer und 4 262 518 Anhängewagenkilometer. Die Einnahmen aus der Personenbeförderung betrugen 9 058 167 Mk. 72 Pf. Die Einnahmen aus Postgutbeförderung 21 109 Mk. 20 Pf. Die Gesamteinnahmen einschl. aller Nebeneinnahmen betrugen 9 570 441 Mk. 43 Pf. Die Einnahme auf die beförderte Person bezifferte sich auf 16,05 Pf.

Die Gesamtausgaben einschl. Verzinsung, Tilgung und Rücklagen beliefen sich auf 10 673 913 Mk. 58 Pf. Die Ausgaben auf die beförderte Person betrugen 18,96 Pf. Für Verzinsung und Tilgung der für die Straßenbahn aufgewendeten Anlehensmittel sowie zur verstärkten Tilgung wurden 998 467 Mk. (751 778 Mk.) an die Stadthauptkasse abgeliefert. Als Betriebszuschuß hat die Stadtkasse den Betrag von 1 424 699 Mk. 01 Pf. geleistet.

Für den Bahnbetrieb, einschl. Abgabe an Dritte, wurden 4 788 361 kwst. Strom erzeugt; hiervon durch das Bahnkraftwerk (Tulla-Straße) 2 230 665 kwst., und durch das Rheinhafenwerk 2 557 696 kwst.

für die Stromerzeugung im eigenen Werk sind 5825571 kg und für die Heizungsanlagen, Bade- und Wascheinrichtungen, Sandtrockner, Auskoch-Apparate usw. 825438 kg Kohlen und Koks verbraucht worden.

Die Aufwendungen hierfür bezifferten sich auf 702523 Mk. 27 Pf. bzw. 88902 Mk. 15 Pf., insgesamt 791425 Mk. 42 Pf. Auf 31. März 1920 waren beschäftigt:

- a) bei der Verwaltung, Werkstätte, Kraftwerk und Streckenunterhaltung: im Beamtenverhältnis 63, aushilfsweise 5, im Arbeiterverhältnis 288, insgesamt 356 Personen.
- b) im Fahrdienst: im Beamtenverhältnis 482, aushilfsweise 37, im Arbeiterverhältnis 12, insgesamt 531 Personen; zusammen a) und b) 887 Personen.

Die weiblichen Aushilfen im Fahrdienst konnten anfangs 1919 restlos entlassen werden.

Das Geschäftsjahr der Karlsruher Lokalbahnen erstreckt sich vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920. Die Betriebs-, Strecken- und Eigentumslänge der meterspurigen Bahn hat sich gegen das Vorjahr nicht geändert (33,03 km).

Am 31. März 1920 waren an Betriebsmitteln vorhanden: 11 zweiachsige Dampflokomotiven, 6 zweiachsige elektrische Triebwagen, 41 vierachsige Personenwagen, 12 zweiachsige Personenwagen, 2 Gepäckwagen, 10 gedeckte Güterwagen, 20 offene Güterwagen, 11 Kastenkippenwagen, 3 Tafelwagen, 1 Achsbruchwagen.

Ende März 1920 waren insgesamt 66 Beamte und 107 Arbeiter beschäftigt.

Die Gesamteinnahme betrug 1156607 Mk. (598941 Mk.). Die Gesamtausgabe betrug 1982468 Mk. (504308 Mk.). Zur Verzinsung und Tilgung der aufgewendeten Kapitalien wurden 174124 Mk. an die Stadthauptkasse abgeführt. Als Zuschuß der Stadthauptkasse waren 923657 Mk. 09 Pf. (57350 Mk. 15 Pf.) erforderlich.

Die Einnahmen aus dem Personenverkehr betragen: 937744 Mark 32 Pf. (511552 Mk. 95 Pf.). Personen wurden 4141385 (3221393) befördert, 38552 (20137) Gepäckarten ausgegeben und 2667 (983) Hunde befördert.

Geleistet wurden 390 456 (314 396) Lokomotivkilometer und 4 750 574 (3 691 633) Wagenachsenkilometer.

Die Elektrifizierung der Strecke Karlsruhe Lokalbahnhof—Hagsfeld wurde im Berichtsjahre beendet. Vom 12. Februar 1919 ab wird diese Strecke elektrisch und mit Dampfzügen befahren. An ein bestehendes Gleis in der Kriegsstraße in Karlsruhe wurde ein Anschlußgleis für die Weingroßhandlung A. Zöllin erstellt und am 8. Januar 1920 in Betrieb genommen.

Bei der Albtalbahn betrug die Länge wie im Vorjahre 57,39 km. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr betrugen 1 644 017 Mk. (1918: 1 019 996 Mk.), die aus dem Güterverkehr 527 092 Mk. (468 234 Mk.), sonstige Einnahmen 215 898 Mk., die Gesamteinnahmen 2 387 008 Mk. (1 488 230 Mk.). Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 2 958 552 (1 471 724 Mk., so daß ein Zuschuß von 571 544 Mk. nötig wurde. Für Rücklagen in Erneuerungsfonds und Reservefonds blieben keine Mittel verfügbar. Die Betriebsausgaben (ohne Rücklagen) betrugen 123,94 % (88,66 %) der Betriebseinnahmen.

Im Karlsruher Rheinhafen hat der Umschlagsverkehr gegenüber den Ergebnissen von 1918 um 22,3 % abgenommen (1918 hatte dieser Verkehr gegenüber 1917 eine Zunahme von 8,6 %), was in der Hauptsache auf die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist.

Von der Staatsbahnstation Karlsruhe-Hafen sind im Berichtsjahr abgefertigt worden im Versand 873 736 t (1918: 1 243 392 t), im Empfang 468 353 t (450 354 t), zusammen 1 342 089 t, somit weniger 351 657 t oder rund 20,76 % (1918: mehr 439 547 oder 35 %).

Nach einer Zusammenstellung der Wochenschrift „Der Rhein“ stand Karlsruhe mit seinem Hafenverkehr unter 14 wichtigeren Binnenhäfen (13 Rheinhäfen und Frankfurt a. M.) an 10. Stelle (1914 an 9. und 1918 an 6. Stelle).

Im Jahre 1919 hat die Stadtgemeinde an 11 Firmen 24 169 qm vermietet und an 9 Firmen 59 035 qm verkauft, für die sie rund 662 000 Mk. vereinnahmte.

Am Ende des Berichtsjahres hatte die Stadtgemeinde für den Rheinhafen insgesamt 7 959 050 Mk. aufgewendet (1918: rund

7014754 Mk.). Die Betriebseinnahmen im Berichtsjahre beliefen sich auf 783041 Mk. (523708 Mk.), die Ausgaben auf 894489 Mk. (355749 Mk.). Gegen 1918 haben sich die Betriebseinnahmen um 259333 Mk. = 49,5 % und die Betriebsausgaben um 538740 Mark = 151,4 % vermehrt. Zu dem Tilgungsaufwand war ein Zuschuß von rund 465686 Mk. (82760 Mk.) erforderlich.

Das städtische Motorboot ist im Berichtsjahr wegen Mangel an Betriebsstoff stillgelegen.

Die Gemeinde-Umlagen, die 1919 die Hafenfirmen bezahlt haben, die lediglich durch die Anlage des Hafens nach Karlsruhe gezogen worden sind, betrugen 373691 Mk. und sind gegen 1918 um 161929 Mk. = 76,5 % gestiegen.

Die Fortsetzung der Gehälter und Löhne an die Familien der zu den Fahnen einberufenen Beamten und Arbeiter erforderte 1919 noch einen Aufwand von 5900 Mk. (83651 Mk.).

VIII.

Überblick über die Witterungsverhältnisse.

A. Biffernmäßige Darstellung der wichtigsten klimatischen Elemente.

1919	Luftdruck in mm		Lufttemperatur in C°						Sommer- tage	Frö- sttage	Winter- tage
			Monats- mittel	Ab- wei- chung ¹⁾	Höchste		Niedrigste				
	C°				C°	Dat.	C°	Dat.			
	Mo- nats- mittel (H = 126,7 m)	Ab- wei- chung ¹⁾									
Jannar . .	748,6	— 5,2	2,6	+ 1,9	12,0	5.	— 4,0	21. 30.	— 14	3	
Februar . .	747,1	— 4,8	1,1	— 1,2	13,4	22.	— 16,0	11.	— 15	7	
März . . .	747,4	— 2,1	5,5	— 0,1	17,8	12.	— 3,2	2.	— 9	—	
April . . .	749,4	+ 0,3	7,1	— 2,5	17,5	7.	— 3,6	23.	— 5	—	
Mai . . .	752,5	+ 2,5	14,2	+ 0,3	26,5	26. 31.	1,8	1.	3	—	
Juni . . .	752,3	+ 1,4	17,6	+ 0,1	32,8	12.	5,4	4	15	—	
Juli . . .	751,3	0,0	16,0	— 3,0	29,5	19.	8,0	16.	2	—	
August . .	752,7	+ 1,2	18,7	+ 0,5	30,1	11.	5,7	31.	14	—	
September	752,1	— 0,5	16,7	+ 2,2	30,5	11.	6,3	23.	9	—	
Oktober . .	753,4	+ 2,4	7,0	— 2,4	20,2	5.	— 3,3	30.	— 6	—	
November	745,9	— 5,9	3,2	— 1,7	12,6	9.	— 5,3	17. 18.	— 12	—	
Dezember .	749,7	— 1,9	3,2	+ 1,4	12,7	29.	— 12,5	12.	— 12	5	
Jahr . . .	750,2	— 1,0	9,4	— 0,4	32,8	12. VI.	— 16,0	11. II.	43	73	15

¹⁾ Bei der Spalte „Abweichung“ bedeutet + zu große, — zu kleine Werte gegenüber den durchschnittlichen. Die Mittelwerte des Luftdruckes beziehen sich auf die 25 jährigen Beobachtungen von 1886—1910, jene der Temperatur auf die 50 jährigen Beobachtungen von 1871—1920.

1919	Absolute Feuchtigkeit		Relative Feuchtigkeit		Bewölkung		Niederschlag in mm				Anzahl der Tage mit			
	mm	Abw. weichung ¹⁾	o/o	Abw. weichung ¹⁾	o/o	Abw. weichung ¹⁾	Sa. mm	Abw. weichung ¹⁾	Größe in 24 Stunden mm	Dat.	Niederschlag überhaupt	Regen	Schnee	Gewitter
Januar	4,7	+ 0,5	81	— 3	77	+ 2	22,9	— 28,2	7,5	13.	12	9	6	—
Februar	4,7	+ 0,2	87	+ 6	68	— 1	62,1	+ 18,0	16,0	26.	13	11	2	—
März	5,6	+ 0,4	81	+ 6	72	+ 9	79,1	+ 20,7	10,8	19.	18	17	7	1
April	5,9	— 0,3	78	+ 8	68	+ 6	73,4	+ 22,9	19,1	14.	16	16	2	1
Mai	8,1	— 0,3	67	— 3	40	— 20	11,4	— 48,8	4,5	1.	6	6	—	2
Juni	10,5	— 0,1	68	— 3	57	— 4	39,2	— 39,0	11,8	28.	8	8	—	4
Juli	10,9	— 1,0	80	+ 7	72	+ 13	114,9	+ 34,4	11,6	16.	20	20	—	5
August	11,8	+ 0,2	74	— 1	55	+ 2	59,4	— 16,8	27,6	30.	12	12	—	4
September	11,4	+ 1,4	80	— 1	51	— 4	51,8	— 14,7	24,0	28.	9	9	—	4
Oktober	6,8	— 1,2	89	+ 5	51	+ 18	42,1	— 21,8	15,6	16.	11	11	—	—
November	5,3	— 0,4	88	+ 4	86	+ 9	127,8	+ 73,6	18,0	8.	23	20	6	—
Dezember	5,3	+ 0,6	87	+ 1	88	+ 9	171,2	+ 112,6	36,9	24.	22	22	4	1
Jahr	7,6	0,0	80	+ 2	67	+ 2	855,3	+ 112,9	36,9	24. XII.	170	161	27	22

Sonnenscheindauer.

	Jan.	febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Stunden	29,7	68,4	83,5	127,2	316,1	239,0	192,6
% der möglichen	11	24	23	31	67	49	40
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jahr.	
Stunden	249,0	197,1	95,5	36,0	27,2	1661,3	
% der möglichen	56	52	29	13	11	37	

Letzter Frost: 23. April.

Längste Regenzeit: 5. bis 27. Nov.

Erster Frost: 22. Oktober.

(23 Tage, jeden Tag Regen).

Letzter Schnee: 29. April.

Längste Trockenzeit: 6. bis 20. Juni (15 Tage)

Erster Schnee: 31. Oktober.

(12. Mai b. 4. Juni 24 Tage ohne meßb. Regen).

¹⁾ Bei der Spalte „Abweichung“ bedeutet + zu große, — zu kleine Werte gegenüber den durchschnittlichen. Die Mittelwerte der Feuchtigkeit beziehen sich auf die 50 jährigen Beobachtungen von 1871—1920, jene des Niederschlags auf die 30 jährigen Beobachtungen von 1888—1917.

B. Schilderung des Witterungsverlaufs.

Zu Beginn des Januar herrschte mildes Wetter, das bis zum 20. anhielt; im letzten Monatsdrittel trat zeitweise leichter Frost auf. Niederschläge fielen an 12 Tagen, aber meist nur in geringen Mengen, so daß die Monatssumme noch nicht die Hälfte des Normalwertes erreichte. Etwas stärkeren Frost brachte die erste Februarhälfte; am 11. wurde mit 16 C° die größte Kälte des Jahres verzeichnet. Vom 15. an blieb das Wetter frostfrei, an einzelnen Tagen war es verhältnismäßig recht mild. Niederschläge fielen vornehmlich in der zweiten Hälfte. Sehr sonnenscheinarm und niederschlagsreich war der März. Noch an 7 Tagen fiel Schnee und an 9 Tagen trat leichter Frost auf. Auch im April blieb es überaus trüb und vielfach regnerisch. Der große Fehlbetrag an Sonnenschein bedingte einen sehr erheblichen Wärmemangel (im Durchschnitt $2,6\text{ C}^{\circ}$). Die Sonnenscheinarmut der Vorfrühlingsmonate und besonders die beträchtliche Kühle des April verhinderte ein vorzeitiges Erwachen der Pflanzenwelt. Im Mai ließen die Niederschläge nach und vom 5. an trat eine Trockenperiode ein, die sich mit nur wenig Ausnahmen bis weit in den Juni fortsetzte. Meist herrschte heiteres Wetter, so daß die Sonnenscheindauer den Normalwert um 22 % überschritt. Gleichwohl ist nur ein geringer Wärmeüberschuß zu verzeichnen gewesen. Der Juni begann mit warmer Witterung. Am 15. Tagen stieg die Temperatur über 25 C° an, am 12. erreichte sie mit $32,8\text{ C}^{\circ}$ den höchsten Jahresstand. Gewitter kamen nur an 4 Tagen vor, doch waren sie meist sehr heftig. Außer am 4./5. fiel nur gegen Monatsende zeitweise etwas Regen. Ganz im Gegensatz hierzu gestalteten sich die Witterungsverhältnisse des Juli, der überaus trüb und sehr kühl war. Die Durchschnittstemperatur lag bis zu 3 C° unter dem Normalwert und ist in den letzten 75 Jahren nur im Jahr 1913 so tief gewesen. Am 20. Tagen fielen Niederschläge, deren Gesamtsumme 142 % des Durchschnittswertes betrug. Der August brachte wieder sommerlich warmes und vorwiegend trockenes Wetter, das nur durch einzelne Gewitterregen unterbrochen wurde. Dieser Witterungscharakter blieb auch bis zum 19. September erhalten. Am 19. Tagen überstieg die Temperatur noch 25 C° . Das letzte Monatsdrittel brachte zeitweise regnerisches

und etwas kühleres Wetter. Der Oktober war ziemlich trüb, vielfach infolge stärkerer Nebelbildung. Niederschläge fielen an 11 Tagen, meist nur in geringen Mengen. Die Temperaturen lagen durchschnittlich um $2,7^{\circ}\text{C}$ zu tief. Frost trat in den letzten Tagen des Monats ein; erstmals am 22. Die Novemberwitterung zeigte schon Übergänge zu winterlichem Charakter mit 12 Frosttagen. Sehr häufig erfolgten Niederschläge; an 6 Tagen fiel Schnee und am 3., sowie vom 15. bis 17. bildete sich eine bis zu 7 cm mächtige Schneedecke. Im Durchschnitt war der November bis zu 2°C zu kalt. Im Dezember herrschte bis zum 8. mildes Wetter, dann folgte eine bis zum 17. anhaltende Frostperiode; von da an ist es bei vielfach stürmischen Südwestwinden sehr mild gewesen. Gleichzeitig erfolgten häufige Regenfälle, die besonders gegen Monatsende sehr ergiebig waren und durch die im Gebirge eingetretene Schneeschmelze bereits um die Weihnachtszeit Hochwasser herbeiführten. Im ganzen wies das Jahr einen beträchtlichen Überschuss an Niederschlägen auf. Im Wärmegang ist bemerkenswert, daß fast stets lange Perioden warmer und sehr kühler Witterung sich gegenseitig ablösten. Während Januar, September und Dezember um 2 bis 3°C zu warm waren, hatten April, Oktober und November einen Wärmemangel von 2 bis 3°C ; die übrigen Monate zeigten annähernd normale Werte. Im Durchschnitt erfolgte ein Ausgleich bis auf $0,3^{\circ}\text{C}$, um welchen Betrag das Jahr zu kühl war. Inbezug auf Bewölkung steht dem sehr klaren Mai der ungewöhnlich trübe Juli gegenüber.

IX.

Bevölkerungsvorgänge, Totenschau.

1. Bevölkerungsvorgänge.

Im Jahre 1919 betrug die Zahl der Lebendgeborenen 2743 (1918: 1827). Die höchste Zahl der Lebendgeborenen wies der November auf mit 340 (1918: Oktober mit 176), die niedrigste Zahl der Mai mit 149 (1918: Dezember mit 120). Totgeborene wurden 80 gemeldet (1918: 51). Auf je 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet kamen 19,26 Lebendgeborene (1918: 12,66).

Die Zahl der Todesfälle *) (ohne die gefallenen oder gestorbenen Krieger) betrug im Berichtsjahr 1985 (1918: 2320). Die meisten Todesfälle erfolgten im November, nämlich 200 (1918 im Oktober 341), die wenigsten im Juni, nämlich 120 (1918 im September 139). Auf je 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet kamen 13,94 Todesfälle (1918: 16,07). Der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen betrug auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet 15,32 (1918 ergab sich ein Gestorbenenüberschuß von 493).

Auf die einzelnen Stadtteile verteilen sich die Lebendgeborenen und Gestorbenen wie folgt:

*) Näheres über die Todesursachen vergl. Beilage II.

Stadtteil	Lebendgeborene		Gestorbene	
	1919	1918	1919	1918
Innere Oststadt	350	217	264	316
Innere Weststadt	287	165	315	327
Alter Hardtwaldstadtteil	25	14	50	100
Außere Oststadt	289	203	193	219
Südstadt	391	258	320	349
Stadtgartenviertel	14	13	10	13
Südweststadt	420	271	364	410
Neuer Hardtwaldstadtteil	227	207	36	41
Mühlburg	394	257	268	308
Beierthelm	51	30	33	45
Rintheim	49	32	18	26
Rüppurr	75	53	41	63
Grünwinkel	42	32	19	23
Daglanden	129	75	54	80

Eheschließungen fanden im Berichtsjahre 1877 (1918: 968) statt = 13,18 (6,71) auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet. Ehescheidungen (einschließlich der für nichtig erklärten Ehen) kamen 91 (1918: 62) vor = 0,64 (0,43) auf 1000 Einwohner. Ehelösungen durch Tod 704 (847) = 4,94 (5,87) auf 1000 Einwohner, gelöste Ehen demnach überhaupt 795 (909) = 5,58 (6,30) auf 1000 Einwohner. Mehr Eheschließungen als Ehelösungen waren es 1082 (59) = 7,60 (0,41) auf 1000 Einwohner.

2. Totenschau.

Kommerzienrat Theodor Henning, gestorben am 8. Januar im Alter von 77 Jahren. Der Aufsichtsrat und Vorstand der deutschen Eisenbahnsignalwerke A. G. vormals Schnabel & Henning in Bruchsal widmete dem Entschlafenen folgenden Nachruf: „Der Verstorbene hat im Jahre 1869 unsere Gesellschaft, die frühere Maschinenfabrik Bruchsal, gegründet und war seit deren Umwandlung in eine Aktiengesellschaft Vorsitzender des Aufsichtsrats. In unermüdlicher Tätigkeit hat er in erster Reihe mitgewirkt an dem Aufblühen des Werkes und in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender hat er durch seine reichen

Kenntnisse und seinen uneigennütigen Rat das Wohl unsere Gesellschaft in jeder ihm möglichen Weise gefördert. Sein Tod bedeutet für uns einen unerseßlichen Verlust. Sein erfolgreiches Wirken und seine persönliche Liebenswürdigkeit sichern dem Verstorbenen ein stets ehrendes Andenken in unseren Reihen." Die Karlsruher Technische Hochschule hat den Entschlafenen im Jahre 1910 in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um das Eisenbahnsicherungswesen, dessen Entwicklung er durch bahnbrechende Erfindungen und wohlgelungene Ausführungen in hohem Maße gefördert hat, zum Dr. ing. h. c. ernannt.

Peter Hoffmann, Gräfl. Douglasscher Domänendirektor a. D., gestorben am 27. Januar im Alter von 77 Jahren. In dem Nachruf, den der Badische Bauernbund dem Entschlafenen widmete, war u. a. gesagt: „Mit Peter Hoffmann ist einer der verdienstvollsten Gründer des Bundes der Landwirte in Baden hingegangen. Als langjähriger Wahlkreisvorsitzender und später Ehrenvorsitzender unserer Organisation im früheren 10. badischen Reichstagswahlkreis war er in dauernder Fühlung mit der Leitung und Geschäftsführung des Bundes ein unermüdlicher, treuer Berater und Helfer, der gestützt auf seine reiche landwirtschaftliche und politische Erfahrung bis in die letzten Tage seines Lebens hinein unerschrocken und überzeugungstreu in Wort und Schrift für unsere Sache wirkte.“ Der Entschlafene war ein tätiges Mitglied der konservativen Partei, der er sich auch mehrfach bei Reichstags- und Landtagswahlen als Kandidat zur Verfügung stellte.

Dr. Meier Appel, geboren am 13. September 1851 in Jesberg (Kurhessen), gestorben am 8. Februar. Nach Abschluß seiner Studien wurde der Entschlafene 1879 Rabbiner in Homburg v. d. H., 1886 in Mannheim. Im Jahre 1893 wurde er zum Stadtrabbiner in Karlsruhe gewählt und gleichzeitig zum Mitglied der Religionskonferenz des Oberrats ernannt. Der Karlsruher Synagogenrat widmete ihm folgenden Nachruf: „Erfüllt von tiefem religiösem Empfinden und von der hohen Bedeutung seines verantwortungsvollen Berufs durchdrungen, hat er während nahezu 25 Jahren unserer Gemeinde als geistliches Oberhaupt vorgestanden. Unseren Mitgliedern war er allzeit ein treuer bewährter Seelsorger den Armen und Dürftigen stets ein hilfsbereiter, tatkräftiger Berater,

der Jugend ein Vorbild charakterstarken Wesens und ernster Pflichterfüllung. Wir bedauern aufs schmerzlichste den Heimgang des trefflichen Mannes. Sein Andenken wird immerdar in unserer Gemeinde fortleben.“ Der Bestattungsfeier des Verstorbenen am 11. Februar wohnte als Vertreter des Kultusministeriums Geheimer Rat Dr. Schwörer, als Vertreter der Stadtverwaltung Oberbürgermeister Siegrist und Bürgermeister Dr. Horstmann an. Die Trauerrede hielt Rabbiner Dr. Kurrein. Am 16. Februar fand in der Synagoge ein Trauer-Gottesdienst für den Entschlafenen statt.

Studienrat Georg Michael Wacker, geboren am 9. Oktober 1848 in Plankstadt, gestorben am 10. Februar. Das Studium der Mathematik und Naturwissenschaft unterbrach er bei Ausbruch des Krieges 1870 und trat als Kriegsfreiwilliger ein. Er wurde 1877 zum Professor ernannt, 1879 an das Progymnasium nach Durlach versetzt, 1892 an das Realgymnasium (Humboldtschule) in Karlsruhe. Mehrere Programmbeilagen mathematischen Inhalts hat er verfaßt. Am 12. September 1915 trat er in den Ruhestand.

Otto Müller, geboren am 21. Oktober 1857 zu Dreifelden im Unterwesterwald, gestorben am 21. Februar. Er trat 1875 bei der Firma F. Wolff & Sohn hier in die kaufmännische Lehre, arbeitete später in auswärtigen Betrieben, kehrte dann in die Firma Wolff & Sohn nach Karlsruhe zurück, in der er bis zu seinem Tode eine umfassende, von Erfolg gekrönte Wirksamkeit ausübte. Von 1896 bis 1911 war er Stadtverordneter, 1908 bis 1911 Mitglied des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten und in dieser Zeit zwei Jahre lang Obmann des Vorstandes. Dem Stadtrat gehörte er seit 1911 bis zu seinem Tode an. Er war außerdem Bezirksrat und Mitglied des evangelischen Kirchengemeinderats. Die Angestellten-Vereinigung der Firma Wolff & Sohn sagte von ihm in einem Nachruf: „Bewegten Herzens stehen wir an der Bahre dieses trefflichen Mannes. Ausgestattet mit reichen Kenntnissen und von unermüdlicher Arbeitskraft, bot der treue Entschlafene uns stets ein leuchtendes Beispiel höchster Pflichterfüllung.“ Der Überwachungsausschuß der Seifenindustrie in Berlin rühmte von dem Verstorbenen noch, daß er seine Arbeitskraft in ganz besonderem Maße in den Dienst der Allgemeinheit und insbesondere der Seifenindustrie gestellt habe. Bei

der Trauerfeier für den Entschlafenen am 26. Februar hatte ein Neffe des Verstorbenen, Vikar Wilhelm Röhrich, die geistlichen Handlungen übernommen. Zahlreiche Kränze und Blumenspenden mit Ansprachen wurden an der Bahre niedergelegt. In der Stadtratsitzung vom 27. Februar widmete der Oberbürgermeister vor Eintritt in die Tagesordnung dem Verstorbenen einen Nachruf, in dem er neben der hervorragenden kaufmännischen Begabung, Sachkenntnis und Tüchtigkeit des Entschlafenen, die in hohem Maße zu der mächtigen Entwicklung der industriellen Unternehmung der Firma beigetragen hätten, sowie die langjährigen, vielseitigen und wertvollen Dienste hervorhob, die der Verewigte der Stadt Karlsruhe als Stadtverordneter und Stadtrat und als Mitglied städtischer Kommissionen geleistet habe und für die ihm Stadtverwaltung und Bürgerschaft zu bleibendem Dank verpflichtet wären.

K o m m e r z i e n r a t K a r l S c h r e m p p, geboren am 26. Februar 1846 in Oberkirch, gestorben am 4. März auf seinem Gute Leisberg in Baden-Baden. Der Entschlafene hatte in jungen Jahren die frühere Brauerei Schuberg hier übernommen. Er hat sie in unermüdlicher Tätigkeit durch sein praktisches Geschick, seinen geschäftlichen Scharfblick erweitert und ausgestaltet und zu einem der blühendsten Unternehmen unserer Stadt gemacht. Auch als die Brauerei in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, blieb Herr Schrempp die Seele des Geschäfts. Seine soziale Gesinnung, seine in reichem Maße geübte Opferwilligkeit, seine persönliche Lebenswürdigkeit und sein bei allen äußeren Erfolgen sich treugebliebenes schlichtes Wesen, haben ihm bei seinen Berufsgenossen, seinen Mitarbeitern und in allen Schichten seiner Mitbürger Anerkennung, Freundschaft und Verehrung erworben. Lange Zeit stand er als Präsident an der Spitze des Brauerbundes, in Karlsruhe gehörte er viele Jahre bis zur Verlegung seines Wohnsitzes als Stadtverordneter dem Bürgerausschuß an. Im Jahre 1916, kurz nach Vollendung seines 70. Lebensjahres, wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe ernannt. Zur Begründung des stadträtlichen Antrags erwähnte der Oberbürgermeister auch die zahlreichen Stiftungen, die Herr Schrempp im Laufe der Jahre gemacht habe. Wir haben sie im einzelnen in der Chronik 1916 angeführt. Wer vermöchte aber sein opferwilliges Wirken erschöpfend erwähnen, das er im

Stillen betätigt hat? Die Beamten und Arbeiter der Brauerei widmeten ihm folgenden Nachruf: „Wir betrauern in dem Dahingeschiedenen nicht nur einen Mann, der durch seine unermüdliche Tätigkeit ein schönes Vorbild treuer Pflichterfüllung war, sondern auch einen Menschenfreund, der durch seine reichen Stiftungen sich bei Lebzeiten schon ein Denkmal des Dankes in unser aller Herzen gesetzt hat.“ Unter außerordentlich starker Beteiligung fand am 7. März die Trauerfeier in der hiesigen Friedhofskapelle statt. Für die Karlsruher Stadtverwaltung wohnten Oberbürgermeister Siegrist, die Bürgermeister Dr. Paul und Dr. Horstmann der Feier an, sowie zahlreiche Stadträte und Stadtverordnete. Nach Gebet und Segen gab der Geistliche der altkatholischen Gemeinde Baden einen Rückblick auf das Leben des Heimgegangenen. Oberbürgermeister Siegrist gedachte der Verdienste, die sich der Verstorbene um die Stadt Karlsruhe erworben hat und legte zum Ausdruck der Dankbarkeit und Verehrung einen Lorbeerfranz an der Bahre des Entschlafenen nieder. Unter weiteren Kranzniederlegungen sprachen dann ein Vertreter der Beamten und Arbeiterschaft der Schrempf'schen Brauerei, Kommerzienrat Moninger im Namen des Mittelbadischen Brauereiverbandes, dessen Vorsitzender der Verstorbene war, ein Vertreter des Aufsichtsrates der Brauereigesellschaft Schrempf, ein Vertreter des „Liederfranzes“, dem der Verstorbene nahezu 45 Jahre angehört hatte, ein Mitglied des Gesangsvereins „Fidelio“ und ein Vertreter der Loge „Leopold zur Treue“.

Berta Hindenlang, Tochter des hiesigen Stadtpfarrers Friedrich Hindenlang, gestorben am 4. März im Alter von 25 Jahren. Die Entschlafene konnte sich trotz ihres jugendlichen Alters eines künstlerischen Rufes erfreuen. Schatten- und Scherenschnittkunst, sowie Zeichenkunst haben ihren Namen bekannt werden lassen.

Julius Kirsner, geboren am 14. Juli 1845 in Donaueschingen, gestorben am 5. März. Der Entschlafene war Hofapotheker in Donaueschingen, zog sich 1909 ins Privatleben zurück und verlegte seinen Wohnsitz nach Karlsruhe. In den Jahren 1901 bis 1904 vertrat er den 13. Wahlbezirk (Amt Donaueschingen) in der Zweiten badischen Kammer. Er gehörte der nationalliberalen Fraktion an. 1905 bis 1908 war er Mitglied der Ersten Kammer

als ein Vertreter der Landwirtschaftskammer. Lange Jahre war er auch Vorsitzender des Kreisausschusses Villingen. In Karlsruhe wurde er in Anerkennung seiner Verdienste um die Frauenvereinsache in Donaueschingen in den Vorstand der Abteilung III des Frauenvereins gewählt.

Frau Marie Stapfer, geb. von Froben, Inhaberin des Eisernen Kreuzes von 1870/71, gestorben am 19. März im Alter von 83 Jahren. Die Entschlafene hat im Frauenverein, in dem sie über 50 Jahre tätig war, eine überaus segensreiche Wirksamkeit für die heranwachsende weibliche Jugend entfaltet. Von 1900 bis 1906 war sie Präsidentin der Mädchenfürsorge. Als sie mit Rücksicht auf ihre Gesundheit dieses Amt niederlegte, wurde sie zur Ehrenpräsidentin ernannt. Im Jahre 1895 hat sie auf eigene Kosten eine Nachmittagsnäheschule errichtet, 1905 eine zweite, um armen Mädchen die Gelegenheit zur Ausbildung im Nähen zu verschaffen. Sie hat die Mittel für die zwei Anstalten derart bereit gestellt, daß diese auch nach ihrem Tode weitergeführt werden können.

Dr. Eduard Föhlisch, gestorben am 24. März im Alter von 53 Jahren. Der Entschlafene hatte Chemie studiert und war 1894 als wissenschaftlich gebildeter Hilfsarbeiter bei der damaligen Fabrikinspektion, heute Gewerbeaufsichtsamt eingetreten, wurde 1896 zum Fabrikinspektor und 1918 zum Direktor des Gewerbeaufsichtsamtes ernannt.

Kaufmann Christian Wertel, gestorben am 26. März im Alter von 70 Jahren. Der Entschlafene machte den Krieg von 1870/71 mit, leitete in der Friedenszeit mit großem Erfolg das Ausstattungsgeschäft der Firma, fand aber neben seiner kaufmännischen Tätigkeit Zeit und Müße zu gemeinnützigem Wirken. Er war Mitglied des Evangelischen Kirchengemeinderats, Verwaltungsratsmitglied des Waisenhauses, Vorstandsmitglied des Militärvereinsverbandes.

Geheimerat Josef Durm, geboren in Karlsruhe am 14. Februar 1837, gestorben am 3. April. Der Entschlafene trat nach Beendigung seiner Studien am damaligen Karlsruher Polytechnikum in den badischen Staatsdienst, unternahm zu seiner weiteren Ausbildung Reisen nach Griechenland und Italien, spätere Reisen

führten ihn nach Syrien, Palästina, Kleinasien (Troja) und Ägypten. Im Jahre 1868 wurde Durm zum ordentlichen Professor der Architektur an der Technischen Hochschule ernannt, an der er trotz ehrenvoller Berufungen nach Darmstadt und München bis zu seinem Tode wirkte. Im Jahre 1882 wurde er zum außerordentlichen Mitglied der Baudirektion und vier Jahre später zu deren Direktor unter Belassung seiner Stellung an der Technischen Hochschule ernannt. Durm war Mitglied der österreichischen archäologischen Gesellschaft, außerordentliches Mitglied der preussischen Akademie für Bauwesen. Die Technische Hochschule Berlin verlieh ihm im Jahre 1902 die Würde eines Dr. ing. h. c., die Universität Heidelberg hatte ihn anlässlich ihres 500 jährigen Jubiläums zum Dr. phil. h. c.; die Stadt Heidelberg zum Ehrenbürger ernannt. Aus der großen Zahl der von Durm ausgeführten Bauten seien erwähnt: in Karlsruhe die Festhalle, die Synagoge, das Großherzogliche Palais in der Kriegs-Straße, das Haus Bürklin in der Kriegs-Straße, das Haus Schmieder in der Karl-Straße, der Aulabau der Technischen Hochschule, das Bezirksamt in der Karl-Friedrich-Straße und die Kunstgewerbeschule; in Baden das Augusta- und Landesbad; in Heidelberg die Universitätsbibliothek und die Aula der Universität, in Freiburg ein Gymnasium und die St. Johannis-Kirche in der Wiehre, außerdem verschiedene Kirchen, Schulen und andere Gebäude im Lande. Von seinen zahlreichen Schriften führen wir an: die Baukunstgeschichte der Griechen, der Etrusker-Römer und der italienischen Renaissance, seine Arbeit über das Karlsruher Schloß. Die Beisetzung des Entschlafenen am 7. April fand unter großer Beteiligung statt. Der Rektor der Technischen Hochschule, Professor Dr. Hausrath, hielt die Gedächtnisrede, in der er die Tätigkeit des Dahingeshiedenen als Lehrer, Forscher und Künstler würdigte. Geh. Hofrat Professor Dr. von Wechelhäuser widmete einen Nachruf namens der Architekturabteilung der Technischen Hochschule, ein Vertreter der Studentenschaft sprach für die Studierenden, Professor Dr. von Duhn im Namen der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg. Der Oberbürgermeister hatte den Hinterbliebenen des Dahingeshiedenen, der so lange als hervorragender Forscher, Lehrer und Künstler in hiesiger Stadt gewirkt habe, die Teilnahme der Stadtverwaltung ausgesprochen.

Richard Ebert, geboren am 12. September 1850 in Aglasterhausen, gestorben am 18. April. Im Herbst 1873 trat er in den badischen Kirchendienst, wurde Vikar in Heidelberg, in Obergimpert, in Kehl, 1881 Pfarrer in Adersbach, 1887 in seiner Heimatgemeinde Aglasterhausen und 1898 in Karlsruhe-Mühlburg. Nach zwei Jahren zum Dekan der Diözese Karlsruhe-Stadt gewählt, bekleidete er dieses Amt 18 Jahre. Am Charfreitag wurde er während der Predigt von einem Schlaganfall betroffen, dem er bald darauf erlag. Der Beisetzung am Ostermontag ging eine Trauerfeier in der Karl-Friedrich-Gedächtniskirche voraus. Vollzählig war die evangelische Geistlichkeit der Stadt Karlsruhe erschienen, außerdem Vertreter des Oberkirchenrats, Vertreter der Stadtgemeinde, sowie solche mehrerer Vereine und in großer Zahl Mitglieder der evangelischen Kirchengemeinde Mühlburg. Stadtpfarrer Werner von Bruchsal, stellvertretender Dekan der Diözese, hielt die Gedächtnisrede. Am Grabe wurden unter entsprechenden Ansprachen Kränze niedergelegt durch Vertreter des Kirchengemeinderats, des Kirchenchors, des Gesangsvereins „Frosinn“, der Lehrerschaft, der Synode und der Konfirmanden.

Friedrich Bock, gestorben am 8. April im 68. Lebensjahre. Der Entschlafene war in der Kohlensäure-Industrie tätig, Gründer einer größeren Fabrik in Karlsruhe und verschiedener Fabriken in Schweden und Norwegen. 1899 bis 1905 war er Stadtverordneter, längere Zeit Vorstand der Gesellschaft „Eintracht“. Vorübergehend versah er auch das Amt des norwegischen Konsuls.

Ferdinand Thiergarten, geboren am 22. Januar 1847 in Lahr, gestorben am 14. Mai. Im Jahre 1889 hat der Verstorbene, der bis dahin Druckereibesitzer in Freiburg war, die „Badische Presse“ hier übernommen. 30 Jahre lang stand er als Verleger und Besitzer an der Spitze derselben und des dazugehörigen umfangreichen Druckereigeschäftes. Durch seine fachmännischen Kenntnisse und seine rastlose Tätigkeit hat der Dahingeeschiedene die „Badische Presse“ aus kleinen Anfängen durch ihre große Verbreitung zu einer der einflussreichsten Zeitungen unseres Landes gemacht. Bei der Trauerfeier am 17. Mai hielt Oberhofprediger Fischer die Trauerrede. Albert Herzog, der erste Schriftleiter der „Badischen Presse“, widmete im Namen und Auftrag aller Angestellten

derselben dem Dahingeshiedenen unter Niederlegung des Kranzes einen Nachruf. Am Grabe sprach Rechtsanwalt Heinsheimer namens des Verbandes der badischen Arbeiterbildungsvereine und legte dem verstorbenen Ehrenmitglied einen Lorbeerkranz nieder. Weitere Kranzspenden unter kurzen Ansprachen widmeten der Veteranenverein Karlsruhe, der Kriegerbund Lahr und der Verein Südwestdeutscher Zeitungsverleger, während die Logen von Karlsruhe, Freiburg und Lahr ihrem Bruder die symbolischen drei Rosen ins Grab gaben. Der Oberbürgermeister hat der Familie des Verstorbenen, der von 1902 bis 1918 als Stadtverordneter dem Bürgerschaftsausschuß angehörte, das Beileid der Stadtverwaltung ausgesprochen.

Anton Knörzer, geboren am 19. Mai 1843 zu Ebenheid bei Wertheim, gestorben am 20. Mai. Der Entschlafene studierte in Freiburg Theologie, wurde am 6. August 1867 zum Priester geweiht. Er war Vikar in Landa und Waibstadt, pastorierte 10 Jahre lang die Diasporagemeinde Leutershausen und wurde 1885 Pfarrer in Kuppenheim, dann in Heddesheim und 1900 an der Pfarrei St. Stephan hier. In allen diesen Gemeinden erntete er Anerkennung und Liebe für seine erfolgreiche Wirksamkeit als Seelsorger. Der Erzbischof ernannte ihn zum Geistlichen Rat und Ehrendomherrn. Die Wertschätzung, der sich der Verstorbene unter seinen Pfarrkindern und auch außerhalb des Kreises seiner Glaubensgenossen erfreute, kam insbesondere bei seinem goldenen Priesterjubiläum am 5. August 1917 zum Ausdruck.*) Die Trauerfeier begann am 23. Mai in St. Stephan mit einem levitierten Requiem, geleitet von Stadtpfarrer Link. Die Gedächtnisrede hielt Generalvikar Fritz von Freiburg. Die Friedhofskapelle konnte von den zahlreichen Trauergästen nur einem geringen Bruchteil Raum gewähren. Erschienen waren die zahlreichen katholischen Vereine der Stadt mit Fahnen, die katholische Studentenschaft, etwa 70 Geistliche von hier und aus dem Lande, der Stiftungsrat St. Stephan, der Oberstiftungsrat, die Kirchengemeindevertretung, die barmherzigen Schwestern u. a., außerdem Vertreter der Geistlichkeit der anderen Konfessionen, Oberbürgermeister Siegrist, Bürgermeister Dr. Paul,

*) Vergl. Chronik 1917, Seite 335—339.

Stadträte und Stadtverordnete. Die Beerdigung nahm Generalvikar Friß vor. Nach Beendigung der kirchlichen Zeremonien unter Ansprachen, Kranzniederlegungen, und zwar namens des Stiftungsrates St. Stephan durch Stadtrat Dwerth, namens des Gesamtstiftungsrates durch Oberlandesgerichtsrat Gut, namens der gesamten katholischen Organisationen durch Justizminister Trunk. Dann sprachen noch Vertreter der Orte, an denen der Entschlafene früher gewirkt hatte. Der Oberbürgermeister hatte namens des Stadtrats dem Herrn Stadtpfarrer Link als dem Vertreter der katholischen Geistlichkeit und der katholischen Kirchengemeinde der Stadt Karlsruhe herzliche Teilnahme aussprechen und an der Bahre des Entschlafenen einen Trauerkranz niederlegen lassen.

Karl Hoffacker, Direktor der Kunstgewerbeschule, Geh. Hofrat, geboren 1856 in Darmstadt, gestorben am 26. Mai. Der Entschlafene besuchte die hiesige Technische Hochschule, wurde 1879 nach bestandener Staatsprüfung unter die Ingenieurpraktikanten aufgenommen, widmete sich dann aber dem Kunstgewerbe. Er war zuerst Assistent am Kunstgewerbemuseum in Berlin und von 1883—1897 als Lehrer an der Kunstgewerbeschule und an der Kunstschule in Berlin tätig. Im Frühjahr 1901 wurde er als Direktor an die Kunstgewerbeschule nach Zürich und in demselben Jahre an die hiesige Kunstgewerbeschule und das Kunstgewerbemuseum als Nachfolger des verstorbenen Direktors Hermann Götz berufen. Als Vorsitzender des Kunstgewerbevereins, welches Amt er kurz vor seinem Tode niederlegte, leistete er die Hauptarbeit bei der vom Verein veranstalteten Jubiläumsausstellung 1906 und bei der Volkskunstausstellung 1910. Erfolgreich tätig war er für die Einrichtung der deutschen Abteilung bei den Weltausstellungen in Chicago, St. Louis und Paris. Außer Ausstellungsbauten hat der Verstorbene auch Villen, Kirchen und städtische Gebäude geschaffen, zahlreiche Entwürfe für kunstgewerbliche Gegenstände und Zimmereinrichtungen gefertigt, u. a. für den kleinen Rathausaal hier. Zur Beisetzung des Entschlafenen hatte sich eine ungewöhnlich große Anzahl Trauergäste von hier und auswärts eingefunden. Das Unterrichtsministerium war durch Geh. Rat Schwörer und Dr. Bartning, die Stadt durch Oberbürgermeister Siegrist mit einer Abordnung des Stadtrates vertreten. Die kirchlichen Handlungen nahm Oberhofprediger Fischer

vor. Es folgte die lange Reihe der Kranzniederlegungen und zwar namens der Schüler der Anstalt, ferner für den Kunstgewerbeverein, für die Akademie der bildenden Künste, für den Künstlerverein, den Badischen Frauenvereinen, den Verein „Badische Heimat“, für die Photographische Gesellschaft, für die Kunstgewerbevereinigung „Arche“ und den Polytechnischen Verein. Im Namen der Kunstgewerbeschule Pforzheim sprach der Direktor Dr. Jochum, für die Kunstgewerbeschule Stuttgart Direktor Pankow. Die Gemeinde Buchen, die den Verstorbenen an seinem Todestage in Anerkennung seiner Verdienste um das dortige Bezirksmuseum zum Ehrenbürger ernannt hatte, entsandte eine Abordnung. Für das Gewerbemuseum Buchen sprach der Konservator, Hauptlehrer Trunzer. Der Oberbürgermeister hatte im Namen des Stadtrates der Familie des Entschlafenen herzlichstes Beileid ausgesprochen und einen Ehrenkranz an seiner Bahre niederlegen lassen.

Karl Peter, geboren 1851 in Karlsruhe, gestorben am 7. Juli auf einer Dienstreise in Baden-Baden. Der Entschlafene machte als Kriegsfreiwilliger den deutsch-französischen Feldzug mit, trat nach Beendigung seiner fachmännischen Ausbildung in Karlsruhe und Leipziger Bankhäusern vor mehr als vier Jahrzehnten in die hiesige Vereinsbank ein, deren Leitung als Direktor er bald darauf übernahm und bis zu seinem Tode beibehielt. Lange Jahre war er Stadtverordneter, Vorstandsmitglied des nationalliberalen Vereins und Mitglied der evangelischen Kirchengemeindeversammlung. Stadtpfarrer Rohde hielt bei der Beerdigung die Trauerrede. Es folgten zahlreiche Kranzniederlegungen mit entsprechenden Ansprachen. Verbandsdirektor Adolf Wilser sprach namens des Aufsichtsrates der Vereinsbank, Direktor Kitt namens des Vorstandes der Bank, namens der Beamten der Vereinsbank Herr Ewald, im Auftrag des Verbandes unterbadischer Kreditgenossenschaften Verbandsrevisor Röttlinger aus Bühl, ferner sprach je ein Vertreter des Militärvereins und des Männerturnvereins, deren Ehrenmitglied der Verstorbene war.

Eduard Dolletschek, geboren am 29. April 1839 in Wehr (Unt Schopfheim), gestorben am 16. Juli. Nach Beendigung seiner Studien als Ingenieur am hiesigen Politechnikum praktizierte er an der Großh. Münze und wurde sodann als Münzkontrolleur

angestellt. 1873 trat er in das kaufmännische Geschäft Simon Model hier ein und verblieb in demselben über 50 Jahre. Ins Privatleben zurückgetreten, widmete er sich ganz seinen Neigungen, der Photographie, Projektion, Mechanik und Technik. Noch in hohem Alter stellte er seine Projektionskunst in den Dienst der Wohltätigkeit. Der Verstorbene war auch hervorragend musikalisch begabt, war ein vorzüglicher Klavierspieler und Organist und verstand fast sämtliche Blas- und Saiteninstrumente zu spielen. Er gehörte dem Kuratorium des Konservatoriums für Musik an, war Mitglied des Aufsichtsrates der Vereinsbank, der Photographischen Gesellschaft, Ehrenmitglied des Karlsruher Bezirksvereins deutscher Ingenieure. Bei der Trauerfeier hielt Oberhofprediger Fischer die Trauerrede. Kränze unter entsprechenden Ansprachen wurden am Sarge niedergelegt namens des Bezirksvereins deutscher Ingenieure, namens der Photographischen Gesellschaft, der Direktion der Vereinsbank, des Konservatoriums, namens des Vorstandes der Süddeutschen und Mitteldeutschen Automaten-Gesellschaft und für die „Eiederhalle“, deren ältestes Mitglied der Verstorbene war.

Robert Hornung, geboren am 14. Juli 1855 auf dem Bornebrunnerhof bei Mosbach, gestorben am 26. Juli. Der Entschlafene studierte Ingenieurwesen an der hiesigen Technischen Hochschule, wurde nach Abschluß seiner Studien Bahnverwalter in Bretten, 1885 Stationskontrollleur in Freiburg, 1895 kam er als Güterinspektor in die Generaldirektion der Staatseisenbahnen, wurde 1896 Zentralinspektor und 1900 Kollegialmitglied der Generaldirektion. Als Referent für das Personenzugfahrplanwesen und zugleich auch Bahnbevollmächtigter der Generaldirektion in Militärangelegenheiten hat der Verstorbene während der Friedenszeit in unermüdlichem Schaffen gewirkt. Im Weltkrieg fiel ihm neben der Einienkommandantur Karlsruhe die alleinige Verantwortung für die geordnete Abwicklung des ganzen Transportwesens auf den badischen Bahnen während des Aufmarsches und der ganzen Kriegsdauer zu. Er hat diese Aufgabe in der erfolgreichsten Weise gelöst.

August Dürr, geboren am 29. Juli 1835 in Karlsruhe, gestorben am 14. August. Der Entschlafene leitete mit seinem Bruder lange Jahre ein Garn- und Kurzwarengeschäft. In jungen Jahren schon nahm er regen Anteil an dem öffentlichen Leben und

widmete sich ganz dem Wohle seiner Vaterstadt, da er sich frühe in das Privatleben zurückzog. 1866 wurde er in den Bürgerausschuß gewählt, dem Stadtrat gehörte er von 1873 bis 1911 an. Über vier Jahrzehnte war er Kirchengemeinderat, lange Jahre Mitglied der Diözesansynode Karlsruhe-Stadt und seit 1881 über drei Jahrzehnte Mitglied der Evangelischen Generalsynode. 1876 bis 1896 war er Handelsrichter. Im Jahre 1896 ernannte ihn der Großherzog in Anerkennung seiner großen Verdienste zum Kommerzienrat, 1918 zum Geheimen Kommerzienrat. Bei seinem Ausscheiden aus der Gemeindeverwaltung ernannte ihn der Bürgerausschuß am 27. Juli 1911 zum Ehrenbürger der Stadt. Außerdem trägt eine Straße in Karlsruhe den Namen des Verstorbenen. Aufsichtsrat und Vorstand der Karlsruher Lebensversicherung widmeten ihm folgenden Nachruf: „Nahezu 50 Jahre hat der Entschlafene der Verwaltung der Anstalt angehört und seine reiche Geschäftserfahrung ihr mit voller Hingabe nutzbar gemacht. Für die wertvollen Dienste, die er der Anstalt geleistet, bleibt sie ihm dauernd zu Dank verpflichtet. Sein Andenken wird bei ihr wie bei allen, die der Dienst in der Anstalt mit ihm zusammenführte, in Ehren bewahrt werden.“ Einen ähnlichen Nachruf widmete ihm der Vorstand und Aufsichtsrat der Maschinenbaugesellschaft, deren der Verstorbene ebenfalls nahezu 50 Jahre angehört hatte. Bei der Trauerfeier am 17. August hielt Stadtpfarrer Rohde die Gedächtnisansprache. Der Entschlafene habe die Tüchtigkeit des Bürgertums in seinen schönsten Eigenschaften verkörpert. Nach dem Geistlichen ergriff Oberbürgermeister Siegrist das Wort. Der Oberbürgermeister bemerkte: Als stiller, bescheidener und anspruchsloser Mann habe der Verstorbene es als selbstverständliche Pflicht erachtet, nicht mit großen Worten, aber um so besseren Taten am Wohle der Allgemeinheit mitzuwirken. Zum äußeren Zeichen nie erlöschender Dankbarkeit legte er einen Lorbeerfranz am Sarge nieder. Dann sprach Oberhofprediger Fischer namens der evang. Kirchengemeinde. Kommerzienrat Gsell namens der Handelskammer, außerdem Vertreter der Angestellten der Firma C. f. Dürr und aus dem engeren Freundeskreise. In der ersten Sitzung der Generalsynode am 13. Oktober gedachte der Präsident des Oberkirchenrats D. Uibel des Entschlafenen, der Zeit seines Lebens viel

für die evangelische Kirche getan habe. In seinem Testament habe er für wohlthätige evangelische Zwecke eine halbe Million gestiftet.

Karl Dürr, geboren 1854 in Karlsruhe, gestorben am 7. September in Baden-Baden. Der Entschlafene trat 1870 als Fähnrich in das 4. Bad. Inf.-Regiment „Prinz Wilhelm“ Nr. 112 ein, machte den Feldzug gegen Frankreich mit. Am 5. Januar 1886 wurde er auf ein Jahr als Ordonanzoffizier zu dem Erbgroßherzog von Baden kommandiert. In demselben Jahre erfolgte seine Ernennung zum Hauptmann. In den nächsten Jahren gehörte er verschiedenen Regimentern an. Am 12. September 1886 erfolgte sein Übertritt zur Marine-Infanterie, er bekam das Kommando des 2. See-Bataillons in Kiautschau und war 1898 bis 1900 zeitweise Stellvertreter des Gouverneurs des Kiautschau-Gebietes. 1904 schied Dürr aus der Marine aus und wurde zum Flügeladjutanten des Großherzogs von Baden ernannt, dann Generaladjutant. Er wurde Generalleutnant, später General der Infanterie. Die Beisetzung des Entschlafenen erfolgte in Baden. Das Großherzogspaar hatte zur Trauerfeier einen Vertreter entsandt und ließ am Grabe einen Kranz niederlegen. Für das Generalkommando des 14. Armeekorps war Oberst von Davans erschienen. Vertreter verschiedener Regimenter und militärischer Vereine widmeten dem Dahingeshiedenen Kranzspenden. Oberbürgermeister Siegrist hatte den Hinterbliebenen des Verstorbenen das Beileid des Stadtrats von Karlsruhe übermittelt.

August Schaler, geboren am 5. Oktober 1849, gestorben am 25. September. Der Entschlafene war hier als Schreinermeister tätig und hatte in der sozialdemokratischen Partei lange Jahre eine führende Rolle gespielt. 1889 war er in die Partei eingetreten, mehrere Jahre gehörte er auch dem Landesvorstand der Partei an. Er war Stadtverordneter und von 1897 bis 1901 einer der Karlsruher Abgeordneten in der Zweiten badischen Kammer. Bei der Bestattung des Entschlafenen hielt sein Parteigenosse Behring von der freireligiösen Gemeinde die Trauerrede, in der er die Emsigkeit, Umsicht und den einfachen Lebenswandel des Dahingeshiedenen schilderte. Herr Schwerdt sprach im Namen der Partei, Oberwerkmeister Weber als persönlicher Freund.

Karl Bonning, gestorben am 29. September im Alter von 55 Jahren. Der Dahingeshiedene, Buchdruckereibesitzer in Karlsruhe, hat sich frühe durch sein Wirken in der Öffentlichkeit einen Namen gemacht. Er war ein hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, 1896 bis 1902 und 1908 bis 1911 Stadtverordneter und von da an bis zu seinem Tode Stadtrat. Zur Bestattung des Entschlafenen am 1. Oktober hatte sich eine zahlreiche Trauergemeinde eingefunden, u. a. die Bürgermeister Dr. Paul, Dr. Horstmann und Dr. Kleinschmidt, sowie Oberbürgermeister a. D. Siegrist. Nach der Rede des evangelischen Geistlichen widmete ihm Herr Schwerdt unter Niederlegung eines Kranzes im Auftrage des sozialdemokratischen Vereins einen Nachruf. Er pries den toten Freund als einen lauterer Charakter und rückgratfesten Kämpfer für den Sozialismus. Stadtrat Sauer legte im Namen der sozialdemokratischen Bürgerausschußfraktion einen Kranz nieder. Verwalter Hof sprach für den Buchdruckerverband. Weitere Kranzspenden legten nieder Vertreter des Männergesangsvereins, der freien Turnerschaft, des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, der Rathausfraktion der U. S. P. und der Arbeiterradfahrer. In der Stadtratsitzung vom 2. Oktober widmete Bürgermeister Dr. Paul vor Eintritt in die Tagesordnung dem Verstorbenen einen Nachruf. Er hob dabei neben der Würdigung der geschäftlichen Tüchtigkeit des Entschlafenen die langjährigen, vielseitigen und wertvollen Dienste hervor, die der Verewigte der Stadt Karlsruhe als Stadtverordneter, Stadtrat und als Mitglied zahlreicher städtischer Ausschüsse geleistet und seinen Fleiß, seine Gewissenhaftigkeit und die Ausdauer, mit der er die ihm übertragenen Ämter verwaltet habe. An der Bahre des Verstorbenen war ein Lorbeerfranz der Stadtgemeinde niedergelegt worden.

Jakob Möloth, geboren am 10. Februar 1864 zu Oppenheim a. Rh., gestorben am 4. Oktober. Der Entschlafene wollte ursprünglich Geistlicher werden. Kurz vor Abschluß seiner Studien wurde er aber durch den plötzlichen Tod seines Bruders zur Übernahme des väterlichen Geschäfts gezwungen. Im Jahre 1886 gründete er hier die Wirtschaft zum „Krokodil“, die er mit einer kleinen Unterbrechung bis zu seinem Ableben betrieb. Mit unermüdlichem Eifer widmete er sich dem neuen Berufe und fand noch



Buchdruckereibesitzer Karl Bonning
Stadtrat

Phot. Oskar Suck

Zeit zur Beteiligung am Dienste der Allgemeinheit. Von 1905 bis 1911 war er Stadtverordneter, von 1911 bis zu den Neuwahlen des Jahres 1919 Stadtrat. Der früheren nationalliberalen Partei hatte er als eifriges Mitglied angehört. Zur Beisehung des Verstorbenen am 8. Oktober hatte sich eine überaus große Zahl von Trauergästen in der Friedhofskapelle eingefunden, u. a. die Bürgermeister Sauer, Dr. Horstmann und Dr. Kleinschmidt, der frühere Bürgermeister Dr. Paul, eine Anzahl Stadträte und Stadtverordnete, Minister Dietrich, Geh. Hofrat Rebmann, Freiburg, Staatsrat Dr. Glockner. Stadtpfarrer Rapp hielt die Ansprache. Dann legten unter ehrenden Ansprachen Kränze nieder Vertreter der Alten Herren und der Aktiven der Rheno-Palatia, der Schützengesellschaft, deren Schützenmeister der Verstorbene früher gewesen war, Stadtpfarrer Hesselbacher namens der demokratischen Partei und der demokratischen Rathausfraktion, Geh. Hofrat Rebmann namens der früheren nationalliberalen Partei, Vertreter des Gastwirtsvereins, des Vereins der Hotelbesitzer, der Loge Rupprecht zu den fünf Rosen in Heidelberg. In der Stadtratsitzung vom 9. Oktober widmete Bürgermeister Sauer dem Dahingeshiedenen einen ehrenden Nachruf. Er gedachte dabei neben der Würdigung seiner geschäftlichen Tüchtigkeit der langjährigen, wertvollen Mitarbeit des Entschlafenen in der Gemeindeverwaltung in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter, Stadtrat und Mitglied verschiedener städtischer Kommissionen, sowie seiner gewinnenden Persönlichkeit. An der Bahre des Verstorbenen wurde ein Lorbeerfranz namens der Stadtgemeinde niedergelegt.

Rudolf von Woldeck-Urneburg, geboren 1846 in Kehl, gestorben am 17. Oktober. Der Dahingeshiedene war 1876 Amtsrichter in Überlingen, 1883 Oberamtsrichter, 1887 Landgerichtsrat in Mosbach, 1889 in Mannheim, 1895 in Freiburg, 1898 Oberlandesgerichtsrat, 1904 Landgerichtsdirektor in Mannheim, 1906 in Karlsruhe. Im Jahre 1911 wurde er Senatspräsident beim Oberlandesgericht, ein Amt, das er bis zu seiner Zurechsehung 1918 inne hatte.

Dr. Franz Matthias Haid, geboren am 28. Februar 1853 in Speyer, gestorben am 5. November in Speyer. Der Entschlafene war nach Abschluß seiner Studien zunächst Assistent und Privat-

dozent an der Technischen Hochschule in München. Im Jahre 1882 erfolgte seine Berufung als a. o. Professor an die hiesige Technische Hochschule und 1884 seine Ernennung zum ordentlichen Professor der praktischen Geometrie und höheren Geodäsie. 1895 wurde er ordentliches Mitglied des Obereichungsamtes und 1900 auch außerordentliches Mitglied der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues und Vorstand des topographischen Bureaus. 1896 wurde er zum Hofrat, 1900 zum Geheimen Hofrat und 1917 zum Geh. Rat 2. Klasse ernannt und in demselben Jahre in den Ruhestand versetzt. Im Dezember 1910 hatte sich Dr. Haid, einem Rufe der griechischen Regierung folgend, zum Zwecke einer Beratung in Grundbuchsachen im Zusammenhang mit der thessalischen Agrarfrage nach Athen begeben. Der Verstorbene, der auch Mitglied der Kommission der internationalen Erdmessung war, bekleidete zweimal das Amt des Rektors an der hiesigen Technischen Hochschule, 1894/95 und 1901/02.

Karoline Pözet, geb. Bruch, geboren 1856 in Mainz, gestorben Anfang November in München. Die Verewigte betrat 1878 im Mainzer Stadttheater zum erstenmal die Bühne. 1882 folgte sie dem Rufe an das hiesige Hoftheater, dem sie 22 Jahre angehörte, bis sie im Juli 1904 in den Ruhestand trat. Als Iphigenie, Sappho, Medea und zahlreichen anderen Heroinnenrollen hat die Verstorbene durch ihre künstlerischen Leistungen große Erfolge und allseitige wohlverdiente Anerkennung errungen. Der Großherzog hatte ihr die Silberne Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen.

X.

Verschiedenes.

Der Jahreswechsel ging in der Nacht vom 31. Dezember 1918 zum 1. Januar 1919 ziemlich ruhig von statten.

Die Wirtschaften aller Art mußten schon um 10 Uhr des Silvesterabends schließen. Der Verkauf von Feuerwerkskörpern war verboten worden. Trotzdem wurden in der Nacht und insbesondere um die Mitternachtsstunde zahlreiche „Frösche“, „Schwärmer“ und dergl. abgebrannt. Schlag 12 Uhr verkündeten die Glocken, soweit solche noch vorhanden waren, den Anbruch des neuen Jahres.

Am 24. April 1919 veröffentlichte die Karlsruher Zeitung die Verordnung, daß die bisherige Hof- und Landesbibliothek in Karlsruhe künftighin die Bezeichnung „Badische Landesbibliothek in Karlsruhe“ zu führen habe. Die Büchersammlung der Bibliothek hat sich im Berichtsjahre um 3459 (1918: 3949) Bände vermehrt. Sie hatte am Jahreschluß einen Bestand von 243 792 (240 333) Bänden, Druckschriften, Karten, Musikstücken und Blindendrucke nebst einer Kriegssammlung. Die Abteilung „Badisches Schrifttum“ zählte allein 40 477 (39 800) Bände; ihr Zuwachs beträgt 677 (1062) Bände. Ausgeliehen wurden 29 783 (20 815) Bände, davon in der Stadt Karlsruhe 20 599 (13 882), nach auswärts 9184 (6933), unter den letzteren innerhalb Badens 8901 (6533) Bände. Der Lesesaal war an 332 (333) Tagen geöffnet und von 30 074 (17 131) Personen besucht, darunter 1000 (700) weiblichen. Die Besucher setzten sich aus bloßen Lesern der Zeitschriften und aus wissenschaftlichen

Arbeitern zusammen. Diese bestellten 5485 (4328) Bände und benutzten 268 (215) eigene und 12 (11) fremde Handschriften; auch wurden 26 (13) Handschriften nach auswärts verliehen. Die Besuchstunden des Lesesaals mußten wegen der Gasperre und der verschiedenartigen Arbeitszeiten nachmittags wiederholt geändert werden: statt 4—8 Uhr vom 6. Juli an 3—7 Uhr, vom 2. Oktober an 2— $\frac{1}{2}$ 6 Uhr, vom 2. November an 2—5 und 6—8 Uhr. Damit wurde aber zugleich eine Vermehrung von täglich einer Stunde erreicht. Das jährliche Zugangsverzeichnis (für 1918) erschien noch in der vereinfachten Form, nur mit den Abteilungen Krieg, Allgemeines und Baden ohne Sachverzeichnis; trotz erhöhter Kosten wurde es noch kostenlos abgegeben.

Dem Generallandesarchiv gingen im Berichtsjahre an Archivalien zu: durch Einlieferung 20, durch Ankauf 7, durch Geschenke 13, durch Tausch 2 und durch Hinterlegung 5 Nummern. Unter den Zugängen sind besonders die Akten des Großherzoglichen Geheimen Kabinetts, der Generalintendanz der Zivilliste, des Oberkammerherrenamts und des Oberhofmarschallamts hervorzuheben. Die Benützung des Archivs gestaltete sich wie folgt: a) zu geschäftlichen Zwecken 36 (1918: 19), Staats-, Militär-, Kirchen- und Gemeindebehörden in 77 (51) Fällen. b) zu wissenschaftlichen Zwecken 275 (188) Personen in 601 (381) Fällen. Im ganzen betrug somit die Zahl der Benutzer 311 (207), die der Benützungen 678 (432). Bei der Benützung zu wissenschaftlichen Zwecken entfielen 164 (109) Benutzer auf Baden, 94 (67) auf die übrigen deutschen Staaten, auf das Ausland 17 (12).

Die Neuerwerbungen der Badischen Kunsthalle und des Badischen Landesmuseums sowie die zugegangenen Geschenke im Berichtsjahre sind im einzelnen am 6. Oktober 1920 in Nr. 229 der „Karlsruher Zeitung“ veröffentlicht. Das Landesmuseum enthält in Abteilung I Altertums- und Völkerkunde (ehemalige Sammlungen am Friedrichsplatz), in Abteilung II Kunstgewerbe (ehemaliges Kunstgewerbe-Museum am Hardtwald).

Am 1. Januar 1919 trat eine Neuregelung des amtlichen Verkündungswesens in der Weise ein, daß sämt-



Geh. Hofrat Karl Hoffacker

liche für den Amtsbezirk bestimmten amtlichen Bekanntmachungen in allen im Bezirk mit einer Auflage von mehr als 500 Stück mindestens dreimal wöchentlich erscheinenden Tageszeitungen, die sich zur Aufnahme der Bekanntmachungen vertragsmäßig verpflichtet hatten, gegen Vergütung zu veröffentlichen sind. Die bisherigen amtlichen Verkündigungsblätter fielen weg.

Beim Finanzamt Karlsruhe wurde am 15. September als besondere Abteilung ein Erbschaftssteuerramt errichtet, dem alle Erbschaftssteuersachen aus dem Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe übertragen wurden. Die Notariate Karlsruhe haben demgemäß künftig mit Erbschaftsteuer-Angelegenheiten nichts mehr zu tun.

Am 27. Januar, dem Geburtstage Kaiser Wilhelms II., brachten hier der Badische Beobachter, die Badische Landeszeitung und die Badische Presse Artikel der Erinnerung an das ehemalige Oberhaupt des Deutschen Reiches.

Am Nachmittag des 30. Juli fuhr die Königin Viktoria von Schweden auf der Rückreise von Schloß Mainau nach Schweden in einem Sonderzug durch den hiesigen Hauptbahnhof. Der Zug hielt an. Minister Dietrich begrüßte die Königin. Außerdem hatten sich einige frühere Hof- und Forstbeamte am Bahnhof eingefunden.

Aus der Stadtratsitzung vom 16. Januar wurde mitgeteilt: „Der Oberbürgermeister hat namens der Stadtverwaltung den Geh. Rat Dr. Hans Bunte, Professor an der Technischen Hochschule hier, zu seinem 70. Geburtstag beglückwünscht und dabei der hervorragenden Verdienste gedacht, die er sich seit langen Jahren als akademischer Forscher, Lehrer und Berater zahlreicher Gemeinwesen sowie als Stadtverordneter und Mitglied wichtiger städtischer Kommissionen erworben hat.“

Aus Anlaß des 70. Geburtstages des Geh. Hofrats Dr. Binz, der seit 1894 den städtischen Kollegien als Stadtverordneter bzw. Stadtrat angehört, begab sich am 9. Februar eine Abordnung des Stadtrats, bestehend aus dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister Dr. Paul und je einem Mitglied der vier

Fractionen des Stadtrats, in die Wohnung des Jubilars. Der Oberbürgermeister vereinigte in seiner Ansprache mit den herzlichsten Glückwünschen den Dank der Stadtgemeinde für die von Herr Dr. Vinz geleistete erspriessliche Arbeit im Dienste der Allgemeinheit und überreichte dem Jubilar ein Pflanzengebinde.

Im Februar wurde Erz. Karl Engler, dem Direktor des Chemischen Instituts an der Technischen Hochschule, aus Anlaß des 50 jährigen Bestehens der Technischen Hochschule in München von dieser „in Anerkennung seiner hervorragenden Forschungen über das Erdöl und über die Autoxydation sowie der unermüdlichen Förderung der Technischen Hochschulen“ die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. Am 27. Juli wurde bekannt gegeben, daß die Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin Erz. Dr. Engler zum Korrespondierenden Mitglied ihrer physikalisch-mathematischen Klasse gewählt habe.

Am 4. August beschloß der Stadtrat aus Anlaß der Zuruhe-
setzung der Professoren Engler, Bunte, Lehmann, von
Oechelhäuser, Bauer, Siefert und Boechtling, an den Rektor und
Senat der Technischen Hochschule hier folgendes Schreiben zu richten:
„Mit dem Ende des Sommersemesters ist eine Reihe hervorragender
Mitglieder des Lehrkörpers der „Fridericiana“ infolge ihrer Ver-
setzung in den Ruhestand aus ihrer Lehrtätigkeit an der Hochschule
ausgeschieden. Sie alle haben, wie insbesondere Erz. Dr. Engler,
Geh. Rat Dr. Bunte, Geh. Rat Dr. Lehmann, lange Jahre als
Leuchten der Wissenschaft und ausgezeichnete Lehrer der akademischen
Jugend mit außerordentlichen Erfolgen gewirkt und Wesentliches
zu dem hohen Ansehen der Karlsruher Hochschule in aller Welt
beigetragen. Einzelne von ihnen, wie die Herren Bunte, Oechel-
häuser und Siefert haben ihre Kraft außerdem opferwillig in den
Dienst der Stadt gestellt und ihr wertvolle Dienste geleistet. Wir
möchten deshalb diesen Anlaß gerne benutzen, um S. Magnificenz
dem Herrn Rektor und dem Senat der Technischen Hochschule, an
deren Geschicken die Stadtverwaltung stets lebhaften Anteil ge-
nommen hat, zum Ausdruck zu bringen, wie sehr wir das Aus-
scheiden so vieler besonders ausgezeichneten Männer aus den Reihen
ihres Lehrkörpers bedauern und Sie gleichzeitig bitten, den scheidenden
Herren den Ausdruck unserer wärmsten Dankbarkeit für ihr erspriess-

liches Wirken an der Karlsruher Hochschule und zum Wohle unserer Stadt und unsere Versicherung zu übermitteln, daß ihre Namen und ihre Leistungen auch in die Geschichte der Stadt Karlsruhe ruhmvoll eingetragen bleiben.“

Am 5. August wurde mitgeteilt, daß die philosophische Fakultät der Universität Heidelberg dem Dezernenten für die Höheren Schulen im badischen Unterrichtsministerium, Geh. Oberregierungsrat Friedrich Keim, die Würde eines Dr. phil. h. c. verliehen habe.

Zum Vorstand des städtischen Milchamts wurde Dr. Bernhard Senhoff, Direktor des chemischen Untersuchungsamts der Stadt Bochum, zum Garteninspektor beim städtischen Gartenamt Diplomatengartenmeister Heinrich Wagner in Hemsdorf bei Berlin ernannt, zum Hausmeister im Rathaus der städtische Kanzleidiener Eduard Greulich, zum Diener am städtischen Leihhaus Hochbauarbeiter Wilhelm Britsch, zum Wassenmeister der Tierwärter Joseph Neunzig.

Folgenden städtischen Beamten wurde „in Anerkennung 25 jähriger treugeleisteter Dienste“ die Ehrenurkunde der Stadtgemeinde verliehen: dem Kassier der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamtskasse Albert Müller, dem Buchhalter beim Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt Heinrich Barth, dem technischen Beamten bei der städtischen Baderverwaltung (Vierordthad) Daniel Mangler und dem Hallenmeister beim Schlacht- und Viehhofamt Wilhelm Daub.

Oberlehrer Karl Kirsch stand an Ostern des Berichtsjahres 50 Jahre im badischen Schuldienst, von denen er 45 Jahre im Dienst der hiesigen Volksschule zugebracht hat. Der Stadtrat beschloß am 17. April Herrn Kirsch zu diesem seltenen Fest zu beglückwünschen und ihm „in dankbarer Anerkennung seiner segensreichen Wirksamkeit“ ein Ehrengeschenk zu überreichen.

Den Hauptlehrern August Berberich und Peter Schöning, die zu Ostern auf eine 40 jährige Tätigkeit im badischen Schuldienst zurückblicken konnten, sprach der Stadtrat am 17. April aus diesem Anlaß „innigen Glückwunsch und herzlichen Dank für die segensreiche Arbeit“ aus, die sie während des größten Teils dieser langen Zeit im Dienste der hiesigen Volksschule geleistet hätten.

Dem Oberlehrer Rudolf Roth, der ebenfalls auf eine 40 jährige Tätigkeit im badischen Schuldienst zurückblicken konnte, sprach der Stadtrat am 28. April aus diesem Anlaß „Glückwünsche und herzlichen Dank für die während nahezu 33 Jahren im Dienste der hiesigen Volksschule geleistete segensreiche Arbeit“ aus. Dieselben Glückwünsche und herzlichen Dank für die im Dienste der hiesigen Volksschule geleistete segensreiche Arbeit entbot der Stadtrat am 8. Mai dem Hauptlehrer Richard Mackert für dessen 40 jährige Tätigkeit im badischen Schuldienst.

Auf den 1. April wurde Schiffsführer Friedrich Hammer beim städtischen Hafenamt wegen leidender Gesundheit „unter Anerkennung seiner treu geleisteten Dienste“ in den Ruhestand versetzt.

Am 3. April sprach der Stadtrat Oberlehrer Jakob Hüffner, der nach 52 jähriger Tätigkeit im badischen Schuldienst in den Ruhestand trat, bei diesem Anlaß „für seine segensreiche Arbeit“, die er während nahezu 40 Jahren im Dienste der hiesigen Volksschule — darunter 22 Jahre als Oberlehrer der Töchterschule — und insbesondere auch seit Dezember 1907 als Mitglied der Schulkommission geleistet habe, Dank und Anerkennung aus.

Auf 1. Oktober wurde Kanzleidiener Joseph Bach auf Ansuchen „unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste“ in den Ruhestand versetzt.

Am 15. April beging Ingenieur Ludwig Elsenhans bei der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe das 50 jährige Dienstjubiläum.

Am 8. Februar wurden im Hinblick auf die herrschenden Zeitverhältnisse durch die Verordnung des Ministeriums des Innern Faschingsvergünungen jeder Art verboten, insbesondere auch das Tragen von Masken oder karnevalistischen Abzeichen durch Erwachsene und Kinder auf öffentlichen Straßen, sowie in geschlossenen Gesellschaften, ebenso wurde das Verkaufen von Faschingszeitungen und Fastnachtscherzartikeln aller Art verboten.

Mitte März wurde Generalmajor August Unheuser, der Kommandeur der Landespolizeitruppe, auf sein Ansuchen unter besonderer Anerkennung seiner Dienste in den Ruhestand versetzt

und zu seinem Nachfolger Staatsanwalt Dr. Kuenzer, unter Ernennung zum Obersten, zum Kommandeur der Landespolizeitruppe ernannt.

Anfang April wurde der Wildpark und Mitte April der Fasanengarten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Abstimmung über die ungeteilte Arbeitszeit hatte, wie Anfang Mai bekannt gegeben wurde, hinsichtlich der im Verband der Beamten- und Lehrervereine organisierten staatlichen und städtischen Beamten in der Stadt Karlsruhe folgendes Ergebnis:

	Zahl der abstimmenden staatlichen Beamten	der städtischen Beamten
	2646	569
Davon für sofortige Einführung der ungeteilten Arbeitszeit	2061	516
für Einführung bei Besserung der Ernährungsverhältnisse	292	29
Grundsätzliche Gegner der unge- teilten Arbeitszeit	293	24

Da außer in Karlsruhe auch die Beamtenschaft in Bruchsal, Freiburg, Heidelberg, Konstanz und Mannheim sich für die ungeteilte achtstündige Arbeitsdauer einschließlich einer halbstündigen Pause ausgesprochen hatten, ordnete das Ministerium am 20. Juni an, daß in den genannten Städten diese Arbeitszeit vom 20. Juni an einzuführen sei und zwar in den Sommermonaten (15. April bis 15. September) von morgens 7 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, im übrigen Teil des Jahres von morgens 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, jeweils mit einer halbstündigen Mittagspause von 12 bis 12 $\frac{1}{2}$ Uhr. An den Samstagen dauere die Arbeitszeit bis zum 5. Juli 1919 noch 7 Stunden, von da an 6 $\frac{1}{2}$ Stunden, so daß also hier im Sommer künftig von 7 bis 1 $\frac{1}{2}$ Uhr und im Winter von 8 bis 2 $\frac{1}{2}$ Uhr gearbeitet werde (aber ohne Pause).

Im Mai ordnete das Ministerium des Innern an, daß die Bilder früherer Herrscher aus den Diensträumen, in denen Publikum verkehre oder in denen, wie in Sitzungssälen, Beratungen stattfänden, nach und nach zu entfernen seien, ebenso Ausschmückungen mit starkem monarchischem Anflang.

Die neugegründete Volkswehrkapelle gab erstmals am 8. Juni (Pfingstsonntag) mittags von 12 bis 1 Uhr auf dem Schloßplatz ein volkstümliches Konzert.

Die in Stuttgart erscheinende „Süddeutsche Zeitung“ (deutsch-national) hat hier seit Anfang April eine eigene Geschäftsstelle und Redaktion (Waldstraße 38) eingerichtet. Die Zeitung stellt seitdem eine besondere badische Ausgabe her.

Am 19. Juli entluden sich abends gegen $\frac{1}{2}$ 9 Uhr hier und in der Umgebung der Stadt schwere Gewitter. Ein orkanartiger Sturm hob den Straßenstaub haushoch in die Höhe, an den Bäumen wurden zahlreiche Äste abgerissen, Ziegelsteine von den Dächern abgehoben und zur Erde geschleudert. Ein Blitzstrahl schlug in die Leitung der Straßenbahn, wodurch der Betrieb auf einigen Linien vorübergehend stillgelegt wurde. Im städtischen Konzerthaus erlitt die Vorstellung mehrfach Unterbrechungen, da das elektrische Licht wiederholt versagte, ebenso im Colosseum, in den Kinos und anderen öffentlichen Lokalen.

Von der Wach- und Schließgesellschaft wurden im Berichtsjahre 46890 Haustüren, 5 Keller, 12 Fabriken bezw. Lager, 21 Ladentüren, 32 Wirtschaften, 119 Fenster im Erdgeschoß und 2 Wasserhähnen offen gefunden, 940 nutzlos brennende Lichter festgestellt. 38 Personen wurden bei Unregelmäßigkeiten geweckt, 55 Personen eingelassen, 1 Person ausgewiesen, 1 Person festgenommen. Gefunden wurden 10 Hauschlüssel. Einmal wurde Feuer gelöscht, 113 mal wurden Pferde aus gefährlicher Lage befreit oder angebunden.

XI.

1 Vorträge.

Im Jahre 1919 fanden hier, soweit uns bekannt wurde, im ganzen 367 Vorträge*) und Rezitationen (1918: 159) statt. Die größte Zahl wies der Monat Februar auf mit 55. Es folgten der März mit 49, der April mit 46, der Dezember mit 44, der November mit 41, der Oktober mit 34, der Juli mit 24, der Mai mit 22, der Juni mit 17, der Januar mit 15, der September mit 14 und der August mit 6 Vorträgen oder Rezitationen.

Von den Vortragenden waren 205 aus Karlsruhe, 51 gehörten dem übrigen Baden und 84 sonstigen deutschen Ländern an, 14 waren Ausländer. Bei 13 Vorträgen waren die Redner nicht genannt.

Wir lassen ein Verzeichnis der Vorträge hier folgen:

- | | | |
|--------|-----|--|
| Januar | 5. | „Wo finden wir Frieden?“ (Öffentlicher religiöser Vortrag.) |
| „ | 6. | Hans Blum: „Ersat und Heiter.“ (Arbeiterbildungsverein.) |
| „ | 7. | Mina Schöne: „Philosophie und Politik oder Körper und Seele.“ (Öffentlicher Vortrag.) |
| „ | 11. | Dr. Hans Kampffmeyer: „Sozialismus und geistige Arbeit.“ (Sozialdemokratischer Verein im Stadtteil Rüppurr.) |
| „ | 11. | Ingenieur Binder aus München: „Die Revolution und die technischen Angestellten.“ (Bund technischer Beamten. Deutscher Technikerverband.) |
| „ | 12. | Gibt es eine Gottesoffenbarung?“ (Öffentl. religiöser Vortrag.) |
| „ | 12. | Missionsdirektor Dippel aus Basel: „Mission im allgemeinen.“ (Öffentlicher Vortrag, vormittags.) |
| „ | 12. | Derselbe: „Die Lage der Baseler Mission am Ende des Weltkriegs.“ (Öffentlicher Vortrag, abends.) |

*) Dabei sind nur die hier unter XI, 1 verzeichneten, nicht die an anderen Stellen der Chronik in Verbindung mit sonstigen Angaben erwähnten Vorträge und Rezitationen gezählt.

- Januar 23. Dr. Roland Eisenlohr: „Die deutschen und feindlichen Flugzeuge, das Flugwesen im Frieden und der Luftverkehr.“ (Verein Volksbildung.)
- „ 23. Dr. Arnold Ruge aus Heidelberg: „Die Pfeiler des Wiederaufbaues nebst Schilderungen von Szenen aus dem verfloßenen Wahlkampf.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 26. „Trennung von Staat und Kirche.“ (Öffentl. religiöser Vortrag.)
- „ 27. Fräulein Spengler: „Zweck und Ziele unseres Vereinslebens.“ (Evangel. Arbeiterinnenverein, Gruppe Ost.)
- „ 28. Gerhard Fils: „Volksdienst im neuen Staat.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 29. Willy Altendorf: „Rätsel unseres Seelenlebens.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 30. Dr. med. Alfons Fischer: „Soziale Hygiene.“ (Öffentlicher Vortrag für Helferinnen des Roten Kreuzes.)
- Februar 2. Professor Dr. Arthur Drews: „Die freie Religion und die Religion der Freiheit.“ (Freireligiöse Gemeinde.)
- „ 2. „Die wahre Kirche Christi.“ (Öffentlicher religiöser Vortrag.)
- „ 3. Geh. Oberbaurat Alexander Courtin: „Raumbemessung der Eisenbahnfahrzeuge.“ (Verein deutscher Ingenieure, Bezirksverein Karlsruhe.)
- „ 4. Hauptlehrer R. G. Haebler: „Die Schule im Volksstaate.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 4. Rabbiner Dr. Unsbacher aus Heilbronn: „Der göttliche Ursprung des jüdischen Gesetzes.“ (Israelitischer Jünglingsverein.)
- „ 4., 11., 14., 18. u. 25. Professor Dr. Paulke: „Die Entwicklungsvorgänge in der Natur. Entwicklung der Erde als Weltkörper, der Pflanzen- und Tierwelt, des Menschen in geologischen Zeiten.“ (Verein Volksbildung.)
- „ 4. Missionsvorsteher Schaefer: „Der Völkerbund und Amerika in der Prophezeiung.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 5. Derselbe: „Dein Reich komme.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 5. u. 12. Professor Dr. Richard Loffen: „Das Recht auf Glaubensfreiheit in der Prophezeiung.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 5. Stadtbaurat Konstantin Eglinger: „Gewinnung von Leuchtgas.“ (Gewerbeverein.)
- „ 5. Geh. Rat Dr. Ernst Wagner: „Zwei badische Künstler vom Anfang des vorigen Jahrhunderts.“ (Altertumsverein.)
- „ 5. Geh. Hofrat Professor Dr. Ludwig Klein: „Die Unfrüchter.“ Mit Lichtbildern. (Gartenbauverein.)
- „ 6. u. 11. Dr. W. Fraenger aus Heidelberg: „Der Sinn des Expressionismus.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 6., 13. u. 20. Landgerichtsrat Joseph Wittmann aus Freiburg: „Die neue badische Verfassung.“ (Kathol. Frauenbund, Zweigverein Karlsruhe.)

- Februar 7. Professor Dr. Koller: „Die Kinderehe im Mittelalter und deren Einfluß auf das Leben der Bevölkerung.“ (Naturwissensch. Verein.)
- „ 7. Professor Dr. Willi Hellpach: „Jugend und Demokratie.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 8. Oberlandesgerichtsrat Friedrich Gut: „Die neue Reichs- und Staatsverfassung.“ (Kathol. Männerverein der Weststadt.)
- „ 8. Warum müssen sich die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer organisieren?“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 9. Nahum Goldmann aus Berlin: „Ein jüdischer Kongreß in Deutschland.“ (Zionistische Ortsgruppe Karlsruhe.)
- „ 9. „Vom Paradies zum Paradies.“ (Öffentlicher religiöser Vortrag.)
- „ 10. Stadtbaurat Konstantin Eglinger: „Gewinnung von Leuchtgas.“ (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 11. Fridolin Heurich von Freiburg: „Beamten- und Arbeiterfragen im neuen Volksstaat.“ (Kathol. Männerverein der Oststadt.)
- „ 11. u. 16., 4 Uhr u. 7 Uhr: Frau Vogel-Einz aus der Schweiz: „Frauenrechte und Frauenpflichten.“ Allgemeine Körper- und Gesundheitspflege. (Öffentliche Vorträge für Damen.)
- „ 12. Geh. Oberregierungsrat Dr. David Mayer: „Die Judenheit als Volk und als Religionsgemeinschaft.“ (Verein für jüdische Geschichte und Literatur.)
- „ 12. u. 26. Albert Segauer: „Die Wiedergeburt Deutschlands aus dem Geiste der Religion.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 13. u. 27. Dr. med. Alfons Fischer: „Soziale Hygiene.“ (Öffentlicher Vortrag des Bundes der Helferinnen vom Roten Kreuz.)
- „ 14. Schriftsteller D. Ammon: „Die Seele und die Sterne.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 15. Max Cohen aus Köln: „Unser Weg und unser Ziel.“ (Israel. Jünglingsverein und Mädchengruppe.)
- „ 16. Albert Segauer: „Entweder — Oder.“ (Freirel. Gemeinde.)
- „ 16. „Jesus im Heiligtum.“ (Öffentlicher religiöser Vortrag.)
- „ 16. Dr. Franz Müller aus Posen: „Hellweg und seine Kunst.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 18. Ökonomierat Otto Vielhauer aus Rastatt: „Milchherzeugung und Milchversorgung.“ (Öffentl. Vortrag des Hausfrauenbundes.)
- „ 18. Dr. Julius Rosenfeld: „Die Organisationsform der jüdischen Jugend.“ (Zionistische Jugendgruppe Karlsruhe.)
- „ 19. Dr. Rolf Roenneke: „Strindberg.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 21. Schriftsteller D. Ammon: „Die Bemeisterung des Schicksals durch Gedankenkräfte.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 25. Metallarbeiter Quenzer: „Religion, Staat, Kirche und Arbeiterschaft.“ (Volkskirchl. Vereinigung.)
- „ 25. Pfr. Grucker aus Wertheim (f. Hagenau): „Deutsches Volkstum im Elsaß.“ (Öffentl. Vortrag der Deutsch-nationalen Volkspartei.)

- Februar 25. Oberbaurat Dr. Fuchs: „Bodenreform im neuen Volksstaat.“ (Bund deutscher Bodenreformer.)
- „ 25. Schellin aus Frankfurt a. M.: „Die Zeitfragen der kaufmännischen Angestellten.“ (Deutsch-nationaler Handlungsgehilfen-Verband.)
- „ 26. Adolf Speck: „Die Leichtathletik, ihre Bedeutung zur Volks-erziehung.“ (Verein für Rasenspiele.)
- „ 26. Privatdozent Dr. Luft: „Die Mitarbeit der Frauen auf dem Gebiete der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.“ (Soziale Frauenschule des Frauenvereins.)
- „ 26. Dr. Rolf Roenneke: „Frank Wedekind.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 28. Dr. med. Oberdörffer: „Die Segualethik als Grundlage der Gesundheit und des Fortschritts des Einzelnen und des Volkes.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- März 2. Dr. Franz Müller aus Posen: „Die Entwicklungslinie der Kunst Rudolf Hellwags. (Öffentlicher Vortrag im Kunstverein.)
- „ 2. Kolb: „Was ist Glück?“ (Evangel. Arbeiterinnenverein, Gruppe West.)
- „ 3. Felddivisionsprediger Kaufmann aus Lahr: „Kriegserlebnisse in Palästina und auf dem Heimweg.“ (Verein für Deutschtum im Ausland.)
- „ 3. Ingenieur Friedrich Droescher: „Eindrücke aus den rumänischen Erdölfeldern.“ (Verein deutscher Ingenieure.)
- „ 4. Dr. Schmeck aus Reybrück (Oberschlesien): „Die drohende Gefahr von Osten.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 4. Professor Dr. Arthur Drews: „Warum sind wir keine Christen?“ (Freireligiöse Gemeinde.)
- „ 4. „Aus dem Leben der hl. Elisabeth.“ (Kreuzbündnis, Verein abstinenter Katholiken.)
- „ 5. Abg. Frau Therese Blase aus Mannheim: „Die Tätigkeit der Frau im neuen Staate.“ (Öffentlicher Vortrag der Frauensektion der Sozialdemokrat. Partei.)
- „ 5. Albert Seyauer: „Deutsche Frömmigkeit.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 6. Geh. Hofrat Professor Dr. Hans Bunte: „Die Steinkohle und ihre Veredlung.“ (Verein Volksbildung.)
- „ 9. Prediger A. Rückert: „Warum bin ich ein Christ?“ (Öffentlicher religiöser Vortrag.)
- „ 9. Oberlehrer Otto Fröh: „Eine interessante Reise nach dem Süden.“ Mit Lichtbildern. (Jugendbildungsverein.)
- „ 9. Prediger Busch: „Kapital und Arbeit.“ (Öffentlicher religiöser Vortrag.)
- „ 9. Pfarrer Asfani von Welschnenrent: „Was braucht unser Volk? Was brauche ich?“ (Gottesdienstlicher öffentlicher Vortrag.)

- März 10. u. 17. Professor Dr. Martin Henglein: „Gebirgsbau und Landschaftsbild von Baden.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 11. G. Görl aus Nürnberg: „Die Angestellten und die neue Zeit.“ (Verein deutscher Kaufleute, Ortsgruppe.)
- „ 11. Rabbiner Dr. Sinai Schiffer: „Die schriftliche und mündliche Lehre.“ (Israel. Jünglingsverein und Mädchengruppe.)
- „ 12. Pfarrer Stelz aus Neunstetten: „Sozialdemokratie und Christentum.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 12. Direktor Dr. Edmund von Sallwürf: „Der Weg zum literarischen Expressionismus.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 12. Dr. Rolf Roenneke: „Karl Sternheim.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 13. Schriftsteller D. Ammon: „Die Toten leben fort.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 13. Franz Beil: „Altkarlsruher Sprichwörter und Redensarten.“ (Schwarzwaldverein.)
- „ 13. Professor Dr. Arthur Boethlingk: „Shakespeare.“ (Verein bildender Künstler.)
- „ 13. Kreisschulrat Dr. Eugen Baumgartner aus Emmendingen: „Neuaufbau unseres Schulwesens und die Einheitschule.“ (Öffentlicher Vortrag des kathol. Frauenbundes.)
- „ 14. Dr. A. von Antropoff: „Meine Erlebnisse als Soldat und Gefangener im bolschewistischen Rußland.“ (Öffentl. Vortrag für das Deutschtum im Ausland, Frauengruppe.)
- „ 15. Albert Segauer: „Religion und Leben.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 16. Lehrer M. W. Borngräber aus Wiesbaden: „Geschlechtliche Freiheit im Leben des Mannes.“ (Öffentl. Vortrag für Männer.)
- „ 16. Abg. Gengler aus Württemberg: „Die christl. Weltanschauung und die Arbeiterbewegung.“ (Christl. Metallarbeiter-Verband.)
- „ 18. Oberpostsekretär Niklas: „Bodenreform.“ (Demokr. Verein Offstadt.)
- „ 18. Prof. Dr. Wilhelm Paulke: „Mit meinen türkischen Gebirgsjägern in Kleinasien.“ Mit Lichtbildern. (Alpenverein.)
- „ 18. Stadtpfarrer Franz Rohde: „Niedergang des kirchlichen Liberalismus und die Zukunft der evangel. Landeskirche.“ (Volkskirchl. Vereinigung.)
- „ 18. Adolf Speck: „Die Leichtathletik und ihre Bedeutung für die Volkserziehung.“ (Fußballklub.)
- „ 19. Frau Klara Siebert: „Neue Aufgaben der Mädchenerziehung.“ (Kathol. Mädchenjugendverein Mittelstadt.)
- „ 19. Dr. Rolf Roenneke: „Georg Kaiser.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 20. Albert Segauer: „Deutsche Zukunft.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 22. Gustav Erb: „Weltanschauungsfragen.“ (Deutscher Metallarbeiter-Verband.)

- März 24. Oberrabbiner Dr. Levy aus Straßburg: „Das Buch Ruth, eine Friedensidylle.“ (Verein für jüdische Geschichte und Literatur.)
- „ 25. P. Schirrmeyer aus Berlin: „Wie heilen wir die Wunden des Krieges?“ (Öffentlicher Vortrag des Naturheilvereins.)
- „ 25. Abg. Gustav Schneider aus Heidelberg: „Die neuen Aufgaben der Gemeindepolitik.“ (Kathol. Männerverein der Oststadt.)
- „ 26. Professor Dr. Karl Hofmann: „Heidelberg, Vaterstadt des geschichtlichen Dr. Faust.“ (Altertumsverein.)
- „ 26. Stadtrat Dr. Leo Kullmann: „Karl Marx.“ (Sozialdemokratischer Verein.)
- „ 26. Pfarrer Bender von Schatthausen: „Die Volkskirchenbewegung und wir Kirchlich-Positiven.“ (Kirchlich-positiv Vereinigung.)
- „ 26. Dr. Rolf Roenneke: „Jüngste Dramatiker.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 27. Abg. Siegelmaier: „Staatsverfassung und Gemeindevahlen.“ (Kathol. Männerverein der Weststadt.)
- „ 27. Rabbiner Dr. Unna aus Mannheim: „Züricher Kongreß der Agudos Israel.“ (Agudos Israel, Mädchengruppe.)
- „ 28. Franz Beil: „Ernstes und Heiteres aus Alt-Karlsruhe.“ Mit Lichtbildern. (Gesellschaft Eintracht.)
- „ 30. Abg. Heinrich Köhler: „Kirche, Schule und Staat.“ (Kathol. Männerverein der Oststadt.)
- „ 31. Franz Beil: „Ernstes und Heiteres aus Alt-Karlsruhe.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.)
- April 1. Oberlehrer Karl Eisinger: „Wichtige Schulfragen.“ (Deutschdemokratischer Verein.)
- „ 1. Dr. med. H. J. Oberdoerffer: „Die Sexualreform.“ Öffentlicher Vortrag.)
- „ 1. Oberpostsekretär Niklas: „Bodenreform und Wohnungsfrage.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 1. Pfarrsekretär Baumeister: „Alban Stolz.“ Mit Lichtbildern. (Verband abstinenter Katholiken.)
- „ 1., 8. u. 15. Geh. Hofrat Prof. Dr. von Wechelhaeuser: „Albrecht Dürer und seine Zeit.“ (Verein Volksbildung.)
- „ 2. Professor Dr. med. Willi Hellpach: „Das schwer erziehbare Kind.“ (Öffentlicher Vortrag der sozialen Frauenschule.)
- „ 2. Dr. Theodor Bug: „Die bildende Kunst und der neue Staat.“ (Deutschdemokr. Verein.)
- „ 3. Kurt Blumenfeld aus Berlin: „Antisemitismus und seine Überwindung.“ (Zionistische Ortsgruppe.)
- „ 3. Professor Richard Massinger: „Bilder aus dem Alb und dessen Umgebung.“ Mit Lichtbildern. (Schwarzwaldverein.)
- „ 4. Rechtsanwalt Joseph Hug: „Bodenreform.“ (Deutschdemokr. Verein.)

- April 6. „Kaninchenzucht.“ Mit Lichtbildern. (Klub belgischer Riesen-
züchter.)
- „ 6. Stadtpfarrer Kreuzer aus Freiburg: „Demokratie, Sozialismus
Völkerbund und Ultrakatholizismus.“ (Ultrakatholische Gemeinde.)
- „ 6. Prediger Busch: „Jesu Weltregierung.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 7. Frau Klara Philipp aus Pforzheim: „Die kulturellen Auf-
gaben der Gemeinde.“ (Kathol. Frauenbund.)
- „ 7. Professor Dr. Frommel aus Heidelberg: „Der Parteihader in
unserer Kirche u. seine Überwindung.“ (Landeskirchl. Vereinigung.)
- „ 7. Stadtpfarrer Klein aus Mannheim: „Streiflichter. Neubau
unserer evangel. Landeskirche. (Landeskirchl. Vereinigung.)
- „ 8. Dr. Richard Benz: „Volk und Kultur.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 8. Stadtschulrat Heinrich Dürr: „Die Einheitschule.“ (Deutsch-
demokr. Partei, Gruppe Mittelstadt.)
- „ 8. Stadtrat Dr. Dieß: „Reform der badischen Kirchenverfassung.“
(Volkskirchl. Vereinigung.)
- „ 9. Privatgelehrter Erwin Diemer: „Die Pflege der Tiere in
Heimstätten.“ (Tierschutzverein.)
- „ 9. Rechtsanwalt Dr. Max Homburger: „Die Bedeutung der
neuen Steuern für Handel und Gewerbe.“ (Öffentl. Vortrag
der Detaillisten-Vereinigung.)
- „ 9. Professor Otto Gäcke: „Verdauungsorgane und Ernährung
des Menschen.“ Mit Demonstrationen. (Naturheilverein.)
- „ 10. Pater Sigismund O.M.C.: „Der Katholizismus und die
neue Zeit.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 10. Oberbaurat August Stürzenacker: „Das alte und das neue
Kurhaus Baden-Baden.“ (Mit Ausstellung und Anschauungs-
material. Kunstgewerbeverein.)
- „ 10., 11. u. 12. Stadtrechtsrat Franz Neufumm: „Jugendfürsorge.“
(Deutsch-demokr. Partei.)
- „ 11. Direktor Dr. Karl Ott: „Wege und Ziele der höheren Schulen.“
(Geschichts- und Altertumsverein.)
- „ 13. Prediger Busch: „Protestantismus und Glaubensgerechtigkeit.“
(Öffentlicher Vortrag.)
- „ 14. Prediger Gieser aus Mannheim: „Ein Evangelium der Freiheit.“
(Öffentlicher Vortrag.)
- „ 15. Missionsvorsteher Schaefer: „Los vom Gewissenszwang.“
(Öffentlicher Vortrag.)
- „ 15. Schauspieler Bruno Schönfeld: „Dantons Tod, Drama von
Georg Büchner.“ (Öffentliche Rezitation.)
- „ 16. Prediger Kämpel von Freiburg: „Der Fels der Kirche.“
(Öffentlicher Vortrag.)
- „ 16. August Adelsberger von Baden: „Die Bodenreform.“
(Hebelloge.)

- April 23. Oberlandesgerichtsrat Friedrich Gut: „Die badische Gemeindeverfassung nach neuem Recht.“ (Kathol. Männerverein St. Stephan.)
- „ 24. Joseph Ersing: „Die Arbeiten der deutschen Nationalversammlung.“ (Kathol. Männerverein der Südstadt.)
- „ 24. Oberforstrat Jäger: „Das Wild, die Jäger und die Jagd.“ (Schwarzwaldderein.)
- „ 24. Professor Dr. Wilhelm Paulcke: „Meine Erlebnisse in Asien.“ (Touristenverein „Die Naturfreunde.“)
- „ 25. Beeh: „Das Wandern und die neue Zeit.“ (Touristenverein „Die Naturfreunde.“)
- „ 27. Prediger Busch: „Gibt es eine Hölle?“ (Öffentlicher religiöser Vortrag.)
- „ 28. Professor Richard Massinger: „Bilder aus dem Albital und dessen Umgebung.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 28. Briese: „Maschinen-Versicherung.“ (Verein deutscher Ingenieure, Bezirksverein Karlsruhe.)
- „ 30. Baurat Johann Schroth: „Kirchenerweiterungen und Denkmalspflege.“ Mit Lichtbildern. (Geschichts- und Altertumsverein.)
- „ 30. Chr. Kirften, Magnetopath: „Schwenk über Heilmagnetismus.“ (Naturheilverein.)
- Mai 3. Dr. Richard Benz: „Volk und Kultur.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 6. Fräul. Käthe Krausmann: „Säuglings- und Kinderfürsorge.“ (Deutsch-demokr. Partei.)
- „ 7. Geh. Hofrat Professor Dr. Ludwig Klein: „Wesen und Notwendigkeit richtiger Düngung im Kleingartenbetrieb.“ Mit Lichtbildern. (Gartenbauverein.)
- „ 7. Professor Dr. W. von Blume aus Tübingen: „Deutschlands Erneuerung.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 11. Ben Nathan aus Jerusalem: „Palästina.“ Mit Lichtbildern. (Zionistische Ortsgruppe.)
- „ 11. Prediger Busch: „Spiritismus, ist er von Gott?“ (Öffentlicher religiöser Vortrag.)
- Mai 12. u. 17. Schauspieler Paul Paschen: „Wirkungsweise und Mißbrauch des ~~Sonnen~~organes.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- Mai 14. Julius Grambusch: „Ein Trauerspiel in der Tierwelt.“ (Tierschutzverein.)
- „ 15. Dr. Kurt Karl Eberlein: „Der Staat und die bildende Kunst.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 15. Oberingenieur Max Böhm: „Die Elektrotechnik an der Front.“ (Verein deutscher Ingenieure.)
- Mai 16. u. 23. Professor Dr. Wilhelm Paulcke: „Ein Jahr in türkischen Diensten.“ Mit Lichtbildern. (Verein Volksbildung.)
- Mai 17. Professor Lic. Braun aus Neckargemünd: „Unser Glaube und unsere religiöse Aufgabe.“ (Kirchlich-positiv Vereinigung.)

- Mai 20. Ökonomierat Dr. Karl Müller: „Stadt und Land.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 21. Professor Otto Gäckle: „Die Grundlagen unserer Ernährung.“ Mit chemischen Versuchen. (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 22. A. Kirschner aus Mannheim: „Die Ansprüche der Kriegswitwen, Kriegswaisen und Kriegseltern an die Allgemeinheit.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 27. Albert Segauer: „Kultur und Wirtschaft.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 27. Dr. Eduard Stadler: „Muß das deutsche Volk verzweifeln?“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 28. Dr. A. Valdenaire: „Aus dem Leben Friedrich Weinbrenners.“ Mit Lichtbildern. (Geschichts- und Altertumsverein.)
- „ 29. Prediger Kaul: „Wo sind die Toten?“ (Öffentl. religiöser Vortrag.)
- „ 30. Leutnant d. Res. von Scherbening, Kompagnieführer in der Schutztruppe: „Vier Kriegsjahre unter Lettow-Vorbeck in Deutsch-Ostafrika.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- Juni 3. Abg. Dr. Emil Kraus aus Freiburg: „Betriebsräte und Räte-system.“ (Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands.)
- „ 3. Karl Wellershausen aus Barmen: „Die Nationen vor dem Richterstuhl Christi.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 4. Professor Dr. May: „Bau und Lebensweise der Weinbergschnecke.“ (Gartenbauverein.)
- „ 5. Dr. Arthur Drews: „Der Ideengehalt des Parsifal.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 6. Minister Hermann Dietrich: „Der Friede.“ (Öffentl. Vortrag der Deutsch-demokratischen Partei.)
- „ 13. Professor Eberle: „Fortschritte in der Wärmeausnützung zur Dampferzeugung.“ (Verein deutscher Ingenieure, Bezirksverein.)
- „ 14. Fritz Merkel: „Stilrudern.“ (Karlsruher Ruderverein.)
- „ 15. Prediger Busch: „Die Offenbarung Johannes und ihre Bedeutung für unsere Zeit.“ (Öffentlicher religiöser Vortrag.)
- „ 16. Schauspieler Reinhold Eütjohann aus Hamburg: „Kain, ein Mysterium aus Byron.“ (Öffentliche Rezitation.)
- „ 17. Paul Balzerit aus Kiel: „Krieg, Revolution im Licht der Bibel.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 18. Chr. Schwenk, Magnetopath: „Wirkliche Packungen.“ Mit praktischen Übungen. (Naturheilverein.)
- „ 18. Landeswohnungsrat Dr. Hans Kampfmeyer: „Wohnungsnot und Heimstätten-gesetz.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 20. Gustav Erb: „Weltanschauungen.“ (Touristenverein „Naturfreunde.“)
- „ 25. Stud. chem. Kölmel: „Die Milchstraße, ein Blick ins Weltall.“ (Öffentlicher Vortrag.)

- Juni 27. Professor Dr. Neumann, Leiter der Quickbornzentrale in Rotenfels a. M.: „Neue Jugend im neuen Deutschland.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 29. Berger aus Berlin: „Unsere politische und wirtschaftliche Zukunft.“ (Öffentlicher Vortrag der Unabhäng. sozialdemokr. Jugend.)
- „ 30. Dr. Martin Olpe: „Freie Liebe oder Ehe?“ (Öffentlicher Vortrag.)
- Juli 2. Rechtsanwalt Straus: „Staatsformen.“ (Volksunterrichtskurse.)
- „ 4. Pfarrer Weißer aus Liedolsheim: „Christ oder Sozialist.“ (Kirchlich-positive Vereinigung.)
- „ 7. Stadtpfarrer D. Karl Hesselbacher: „Die Zukunft unserer evangelischen Landeskirche und der kirchliche Liberalismus.“ (Öffentlicher Vortrag der kirchlich-liberalen Vereinigung.)
- „ 8. Redakteur Dr. Hofherr: „Demokratie in der Geschichte.“ (Fidelitas.)
- „ 9. Stud. electr. Dietzsch: „Röntgenstrahlen.“ Mit Lichtbildern und Experimenten. (Akademische Volksunterrichtskurse.)
- „ 9. Franz Groscholz aus Freiburg: „Die elssässische Tragödie.“ (Öffentliche Rezitation durch den Verfasser der Dichtung.)
- „ 11. W. Schuster: „Der Mensch, seine Entwicklung aus dem Tierreich.“ (Touristenverein Naturfreunde.)
- „ 15. Schriftsteller Sirona: „Was ist wahr am Spiritismus, Hypnotismus, Magnetismus usw.?“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 16. Abg. Dr. Emil Kraus aus Freiburg: „Die Einigung der sozialdemokratischen Parteien.“ (Sozialdemokr. Verein.)
- „ 16. Derselbe: „Warum mußte Deutschland so beispiellos leiden? Ein Blick hinter die Kulissen einer unsichtbaren Welt.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 16. Stud. arch. Kölmel: „Moritz v. Schwind.“ (Akademische Volks-Unterrichtskurse.)
- „ 17. Siegfried Hermann: „Die Lösung der Geschlechtsfrage des Weibes.“ (Öffentlicher Vortrag für Frauen und Mädchen.)
- „ 17. Langhans aus Rastatt: „Paris.“ (Arbeiterjugend.)
- „ 18. Lehramtspraktikant Dr. Hofheinz: „Schule und Erziehungsfragen.“ (Versammlung der sozialdemokratischen Beamten und Lehrer.)
- „ 18. Dr. Eduard Stadler: „Zusammenbruch oder Aufbau?“ (Liga zum Schutz der deutschen Kultur.)
- „ 18. Stadtrat Braun: „Wohnungswesen.“ (Ortsverband der Beamtenvereine.)
- „ 19. Dr. Martin Olpe: „Freie Liebe oder Ehe?“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 21. Siegfried Hermann: „Die Lösung der Geschlechtsfrage des Mannes.“ (Öffentlicher Vortrag für Männer und Jünglinge.)

- Juli 22. Siegfried Hermann: „Charakter, Begabung und Gesundheit.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 23. Fräulein stud. arch. Sprenger: „Karlsruhes Baukunst vor 100 Jahren.“ Mit Lichtbildern. (Akadem. Volksunterrichtskurse.)
- „ 23. Geh. Rat Dr. Schmitt: „Bürgermiliz.“ (Kathol. Männerverein „Badenia“.)
- „ 25. Pfarrer Wurtth aus Bretten: „Die Aufgaben unserer Kirche und die Wahlen zur Generalsynode.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 29. u. 30. Paul Zell: „Volksaufklärung und Volksgesundheit und ihr Einfluß auf das Glück der Ehe und Nachkommenschaft.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- August 5. Rechtsanwalt Jakob Marum: „Einige Kapitel aus dem Gebiete der Strafrechtsreform.“ (Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen, Ortsgruppe.)
- „ 10. Rechnungsrat Wilhelm Friederich: „Das Neueste in der Politik.“ (Kathol. Männerverein Beiertheim.)
- „ 11. Ries: „Max Klinger u. seine Kunst.“ (Arbeiter-Abstinentenbund.)
- „ 15. Müller-Beck aus Bietigheim: „Die deutsche Revolution im Spiegel des Auslandes.“ (Sozialdemokr. Verein.)
- „ 25. Heinrich Höhn: „Der neue Bauernfang des Bankapitals.“ (Arbeiter-Abstinentenbund.)
- „ 25. Polizeikommissär Peter Gräh: „Die Polizei im modernen Staat.“ (Versammlung von Polizeibeamten.)
- September 11. Albert Schult: „Von übersinnlichen Dingen.“ Mit Experimenten. (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 12. Abg. Dr. Emil Kraus aus Freiburg: „Arbeiterrecht und Beamtenrecht.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 12. Albert Sexauer: „Das religiöse Problem der Gegenwart.“ (Verein sozialdemokratischer Beamten und Lehrer.)
- „ 17. Architekt J. Schneider: „Wohnungsnot und Wohnungsbau.“ (Kathol. Bürgergesellschaft „Konstantia“.)
- „ 18. Albert Schult: „Gibt es eine Geisterwelt?“ Mit Demonstrationen. (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 19. Diplom-Ingenieur Roland Eisenlohr: „Der statistische Aufbau der Flugzeuge.“ (Verein deutscher Ingenieure.)
- „ 22. Schauspieler Bruno Schönfeld: „Dantons Tod von Georg Büchner.“ (Öffentliche Rezitation.)
- „ 24. Chefredakteur Theodor Meyer: „Die politische Lage.“ (Kathol. Männerverein der Oststadt.)
- „ 24. u. 28. Frau Missionarin H. Wemme aus Elberfeld: „Die Schicksalsstunde der Völker in biblischer Beleuchtung.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 25. Professor Dr. Arthur Drews: „Der Ideengehalt des Parzifal.“ (Öffentlicher Vortrag.)

- September 25. Professor Dr. J. M. Verweyen aus Bonn: „Redlichkeit als Kulturfaktor.“ (Öffentl. Vortrag des Monistenbundes, Ortsgruppe.)
- „ 26. Hauptlehrer Mayer aus Weingarten: „Schule und Verbrechen.“ (Versammlung sozialdemokratischer Lehrer und Beamten.)
- „ 29. „Unser schönes Badnerland — unsere Heimat.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.)
- Oktober 2. Fräul. Dr. Siquet: „Die Frau als gewerbliche Arbeiterin.“ (Verein Frauenbildung — Frauenstudium.)
- „ 2. E. Schneider: „Einheimische Vögel.“ (Verein von Vogelfreunden.)
- „ 5. Frau Missionarin H. Wemme aus Elberfeld: „Das neue Reich der Zukunft.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 6. u. 20. Professor Karl Widmer: „Hans Thoma.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 7. Redakteur Franz Wahl: „Kommunismus.“ (Kreuzbündnis. Verein abstinenter Katholiken.)
- „ 9. Schauspieler Bruno Schönfeld: „Seeschlacht.“ Drama von Reinhard Goering. (Öffentliche Rezitation.)
- „ 9. Bergwerks-Generaldirektor G. Horst-Lieber: „Meine Reise um die Erde mit der Dampfschiff Margarethe.“ Mit Lichtbildern. (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 10. Ingenieur Leithäuser: „Freie Bahn des Tüchtigen zur Technischen Hochschule. Der Weg einer vorläufigen Lösung.“ (Versammlung sozialdemokratischer Beamten und Lehrer.)
- „ 11. Missionarin Wemme: „Wieviel an der Weltenuhr? Die größte prophetische Zeitrechnung der Bibel.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 11. u. 18. Dr. Hermann Meinhard Poppen: „Die großen deutschen Liederkomponisten.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 13. Prälat D. Schoell aus Stuttgart: „Christentum und Sozialismus.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 15. Rechtsanwalt Dr. Leo Kullmann: „Die Entwicklung des Rechts seit der Revolution.“ (Sozialdemokrat. Verein.)
- „ 15. Otto Würges: „Eine Schwarzwaldwanderung von Karlsruhe aus.“ Mit Lichtbildern. (Badischer Jugendbund, Ortsgruppe.)
- „ 15. Kadner: „Wanderfahrt in Heimat und Fremde.“ Mit Lichtbildern. (Verein Arbeiter-Jugend.)
- „ 16. Hauptlehrer R. G. Haebler: „Die Volksschule im Volksstaat.“ (Frauensektion des sozialdemokrat. Vereins.)
- „ 16. Fräul. Anna Ettlinger: „Lessing.“ (Öffentl. Vortrag für Damen.)
- „ 16. Dr. Müller: „Wie entsteht eine topographische Karte und was sagt sie dem Wanderer?“ Mit Lichtbildern. (Schwarzwaldverein.)
- „ 18. Professor Dr. A. Liebert aus Berlin: „Unsere Zeit und die Philosophie.“ (Kantgesellschaft, Ortsgruppe.)
- Y. S. Ding

- Oktober 19. u. 22. Missionsvorsteher Schäfer: „Das Gericht Gottes an den Völkern der Erde.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 21. Schauspieler Bruno Schönfeld: „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung.“ Lustspiel von Grabbe. (Öffentl. Rezitation.)
- „ 23. Rechtsanwalt Dr. Eduard Diez: „Die badische Verfassung.“ (Verein Arbeiter-Jugend.)
- „ 23. Bauinspektor Friedrich Landwehr: „Das Murgkraftwerk.“ (Schwarzwaldverein.)
- „ 24. Eisenbahnsekretär Otto Beetz: „Was versteht der sozialdemokratische Beamte unter einer gewerkschaftlichen Organisation für Beamte?“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 25. Schriftsteller O. Gebhardi aus Danzig: „Die Ursachen der Kriege und Revolutionen und deren Vermeidung.“ (Öffentlicher Vortrag der theosophischen Gesellschaft.)
- „ 27. Oberreallehrer Karl Wilhelm Maier: „Volksgesundung und Leibeserziehung.“ Mit Lichtbildern. (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 29. Rechtsanwalt Dr. Marck von Mannheim: „Staatsbankrott.“ (Öffentlicher Vortrag der Deutsch-Demokratischen Partei.)
- „ 29. Missionarin Wemme: „Die neuen Entdeckungen und die Bibel.“ Mit Lichtbildern. (Öffentlicher Vortrag für junge Herren und Damen.)
- „ 29. Dieselbe: „Die christliche Gemeinde durch 2000 Jahre Kirchengeschichte.“ Mit Lichtbildern. (Öffentl. Vortrag für jedermann.)
- „ 30. Professor Dr. Fr. Behn von Mainz: „Die Musik bei den Kulturvölkern des Altertums.“ (Geschichts- und Altertumsverein.)
- „ 30. Geh. Rat Dr. Joseph Häußner: „Die französische Revolution.“ I. (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 31. Fräul. Crome: „Was hat die Jugendbewegung der Jugend zu sagen und wie dient sie dem Volksganzen?“ (Öffentl. Vortrag.)
- November 3. Hauptlehrer Maier aus Weingarten: „Verbrechen und Strafrecht im neuen Deutschland.“ (Arbeiter-Abstinentenbund.)
- „ 3. „Das Leben Jesu.“ Mit Lichtbildern. (Öffentlicher Vortrag für Kinder.)
- „ 3. „Die Zeichen der Zeit.“ Mit Lichtbildern. (Öffentl. Vortrag für Erwachsene.)
- „ 4. Frau Vogel-Sins (Schweiz): „Wie die Frau ist und wie sie sein soll.“ Mit Lichtbildern. (Zwei öffentliche Vorträge nur für Damen.)
- „ 5. Dieselbe: „Moderne Menschen des 20. Jahrhunderts.“ Mit Lichtbildern. (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 5. F. Pallmer: „Die Ursachen der Kohlennot.“ (Sozialdemokrat. Verein, Bezirk Weststadt.)

- November 5. Eisenbahnsekretär Otto Beeß: „Meine Erlebnisse in Rumänien während des Weltkriegs.“ (Sozialdemokrat. Verein, Bezirk Südweststadt.)
- „ 5. Dr. med. Rudolf Spuler: Ursprung einiger Kulturpflanzen und Gartengewächse.“ (Gartenbauverein.)
- „ 5. Chemiker Ludwig Odewald: „Bodenreform.“ (Jüd. Jugendbund.)
- „ 6. u. 13. Geh. Rat Dr. Häußner: „Die französische Revolution.“ II., III. (Öffentliche Vorträge.)
- „ 7. Redakteur Weismann: „Sozialismus und sozialistische Presse.“ (Sozialistische Geistesarbeiter.)
- „ 8. Dr. Hermann Poppen: „Die großen deutschen Niederkomponisten.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 9. Frau Klara Siebert: „Die Frau und die deutsche Reichsverfassung.“ (Verein für katholische Geschäftsgehilfinnen und Beamtinnen.)
- „ 9. u. 12. Missionarin Wemme: „Die drei Engelsbotschaften, eine große Reformationsbewegung.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 10. Hauptlehrer Paul Reich: „Die Einheitschule.“ (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 10. Erwin Diemer: „Seelenleben der Tiere.“ (Tierschutzverein.)
- „ 10. Stadtpfarrer August Stumpf: „Wagners Weltanschauung im Parsifal.“ (Ortsgruppe katholischer Akademiker.)
- „ 13. Fräulein Dr. Marie Baum: „Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 14. Rechtsanwalt Dr. Leo Kullmann: „Geschichte des Sozialismus.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 17. Rechtsanwalt Dr. Kahn: „Ski- und Hochtouren im Ötztal und Cottengebiet.“ Mit Lichtbildern. (Alpenverein.)
- „ 17. Kapellmeister August Richard aus Heilbronn: „Richard Wagners Dichtung Wieland der Schmied.“ (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 18. Chefredakteur Dr. Otto Pfeffer aus Heidelberg: „Das Vertriebsrätegesetz.“ (Öffentl. Vortrag des deutsch-demokr. Vereins.)
- „ 20. Stadtpfarrer August Stumpf: „Wagners Weltanschauung im Parsifal.“ (Zweigverein des kathol. Frauenbunds.)
- „ 20. Rechtsanwalt Dr. Eduard Dieß: „Die badische und die Reichsverfassung.“ (Verein Arbeiter-Jugend.)
- „ 20. Professor Richard Maffinger: „Vom Euztal in das Neckartal.“ Mit Lichtbildern. (Schwarzwaldverein.)
- „ 22. Geh. Hofrat Prof. Dr. Heinrich Finke aus Freiburg: „Die Wurzeln der modernen Kultur aus Mittelalter und Renaissance.“ (Öffentlicher Vortrag des Verbands kathol. Akademiker.)
- „ 23. u. 26. Missionarin Wemme: „Die Auserwählten Gottes.“ (Öffentlicher Vortrag.)

- November 23. Prof. Dr. Weiser aus Nordamerika: „Das Auslandsdeutschtum und unsere nationale Zukunft.“ (Öffentl. Vortrag des Vereins für Deutschtum im Ausland, Männergruppe.)
- „ 23. Ministerialdirektor Dr. Rudolf Fuchs: „Die Wohnungsfrage.“ (Kathol. Männerverein „Badenia“ in Mühlburg.)
- „ 23. Frau Schlag aus Chemnitz: „Die Frau und der Kommunismus.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 24. Prof. Dr. Probst: „Die Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft und das Taylor-System.“ (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 26. Frau Elly Heubach-Knapp aus Berlin: „Der Geist der Selbstverwaltung.“ (Öffentlicher Vortrag der deutsch-demokratischen Partei.)
- „ 26. Rechtsanwalt Dr. Julius Gutmann: „Beethoven.“ (Jüdischer Jugendbund.)
- „ 27. Hans Prill: „Das Genossenschaftswesen in Deutschland.“ (Sozialdemokratischer Verein der Oststadt.)
- „ 27. Professor Karl Widmer: „Hegel und Karlsruhe.“ (Geschichts- und Altertumsverein.)
- „ 27. Hans Peter, Propagandist: „Die Reklame und ihre Bedeutung für Handel, Gewerbe und Industrie.“ (Öffentlicher Vortrag der Privathandelschule „Merkur“.)
- „ 30. „Die Bedeutung der Familie im Staate.“ (Kathol. Arbeiterverein der Weststadt.)
- „ 30. Missionarin Wemme: „Wo sind unsere Toten?“ (Öffentlicher Vortrag.)
- Dezember 1. Generalsekretär Diehke aus Berlin: „Die Privatwirtschaft im Wohnungswesen und der Heimstättenentwurf.“ (Grund- und Hausbesitzerverein.)
- „ 1. Pfarrer Fr. Stober aus Nyrtingen: „Im Geisteskampf der Gegenwart.“ (Arbeiterbildungsverein.)
- „ 1. Davis Trietsch aus Berlin: „Der Aufbau des jüdischen Palästina.“ Mit Lichtbildern. (Öffentl. Vortrag der Zionistischen Ortsgruppe.)
- „ 2. Berufsfürsorger Gordon aus Freiburg: „Eine Bewegung aus dreifacher Liebe.“ (Verein abstinenter Katholiken.)
- „ 2. Missionarin Wemme: „Wo sind unsere Toten?“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 3. Schauspieler Bruno Schönfeld: „Die Wandlung“, das Ringen eines Menschen, von E. Toller. (Öffentliche Rezitation.)
- „ 3. Frau Emma Kromer aus Mannheim: „Über Hausangestelltenfragen, Dienstverträge und Lohntarife.“ (Karlsruher Hausfrauenbund.)
- „ 3. Erich Zimmermann: „Freimaurerei und Kirche in ihren Beziehungen zur Staatsform.“ (Kath. Männerverein der Weststadt.)

- Dezember 3. Professor Richard Massinger: „Eine Wanderung vom Enz-
zum Neckartal.“ Mit Lichtbildern. (Gartenbauverein.)
- „ 3. Tierarzt J. Rauch: „Hautkrankheiten der Hunde.“ (Verein für
deutsche Schäferhunde, Ortsgruppe.)
- „ 4. Geh. Rat Dr. Joseph Häußner: „Französische Revolution.“
(Öffentlicher Vortrag.)
- „ 4. Chr. Münch: „Deutsche Landschaften.“ Mit Lichtbildern.
(Schwarzwaldverein)
- „ 4. Dr. ing. G. Müller: „Die Karten und das Wandern.“ Mit
Lichtbildern. (Verein „Naturfreunde“.)
- „ 4. Müller-Beck von Bietigheim: „Südamerikan. Erinnerungen.“
(Verein Arbeiter-Jugend.)
- „ 4., 8. u. 11. Geh. Hofrat Prof. Dr. von Zwiedineck-Süd-
horst: „Grundlegende Begriffe der Volkswirtschaft, ausgewählt
mit Rücksicht auf die Gegenwarts-Interessen.“ (Öffentl. Vorträge
des Volksbildungsvereins.)
- „ 6. Geh. Oberregierungsrat Rose: „Jugend und Vaterlandsidee.“
(Männerturnverein.)
- „ 7. u. 10. Missionarin Wemme: „Wie geschieht die Auferstehung?“
(Öffentliche Vorträge.)
- „ 9. Dr. med. Bernhard Arnsperger: „Geschlechtliche Erkrankungen.“
(Deutsch-nationaler Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe.)
- „ 10. Kaplan Dumm: „Eigentum und Christentum.“ (Katholischer
Männerverein der Pfstadt.)
- „ 10. Abg. Dr. Emil Kraus: „Deutschland und der Völkerbund.“
(Öffentl. Vortrag der deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe.)
- „ 11. Hauptlehrer Meyer aus Weingarten: „Strafrecht und Ver-
brechen.“ (Sozialdemokratische Partei, Frauensektion.)
- „ 11. Hauptmann Dehner: „Von Februar 1914 bis zum europäischen
Waffenstillstand unter deutscher Flagge im Innern von Neu-
guinea.“ (Deutsche Kolonialgesellschaft, Abteilung Karlsruhe.)
- „ 11. Dr. med. Kahn: „Die Tuberkulose.“ (Verein Arbeiter-Jugend.)
- „ 11. Pfarrer H. Heißler aus Tübingen: „Vom Neuaufbau
Deutschlands aus dem Geist.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 12. Derselbe: „Christentum und Anthroposophie.“ (Öffentl. Vortrag.)
- „ 13. Derselbe: „Das Wesen des Menschen im Lichte der anthro-
posophischen Geisteswissenschaft.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 14. Derselbe: „Wiederverkörperung des menschlichen Geistes und
Schicksal.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- „ 12. Schriftleiter Franz Mohr: „Aber- und Gespensterglaube.“
(Deutsch-nationale Volkspartei.)
- „ 14. Gauleiter Gengler aus Stuttgart: „Die christliche Arbeiterschaft
in Gegenwart und Zukunft.“ (Christlich-nationale Arbeiter-
versammlungen, Stadtteil Daglanden.)

- " 14. Professor Dr. Chr. f. Weiser: „Das Auslandsdeutschtum und unsere nationale Zukunft.“ (Verein für das Deutschtum im Ausland.)
- " 14. u. 17. Missionarin Wenme: „Was ist die gegenwärtige Wahrheit? Die 7 Perioden der Weltgeschichte.“ (Öffentliche Vorträge.)
- " 15. Regierungsrat Walter Bucerius: „Einrichtung einer technologischen Sammlung beim Landesgewerbeamt in Karlsruhe.“ (Verein deutscher Ingenieure, Bezirksverein Karlsruhe.)
- " 17. Prof. Dr. Wilhelm Paulcke: „Skilauf und Alpinismus.“ (Akademischer Ausschuß für Leibesübungen.)
- " 17. Professor Adolf Kistner: „Luftfahrten in Alt-Karlsruhe.“ Mit Demonstrationen und Lichtbildern. (Geschichts- und Altertumsverein.)
- " 17. Rechtsanwalt Dr. Eduard Dieß: „Sozialismus und Kirche.“ (Volkskirchenbund Karlsruhe.)
- " 18. Diplom-Ingenieur Dr. G. Müller: „Wie liest man eine topographische Karte?“ (Verein Arbeiter-Jugend.)
- " 19. Rebstein: „Der Weg zur deutschen Zukunft.“ (Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten.)
- " 21. Missionarin Wemme: „Die Eliasbotschaft im alten und neuen Bunde.“ (Öffentlicher Vortrag.)
- " 21. Postbeamtin Anders: „Frau und Sozialismus.“ (Sozialdemokratische Geistesarbeiter.)
- " 29. Schauspieler Bruno Schönfeld: „Jakobs Traum“ von Richard Beer-Hofmann. (Rezitation im Verein für jüdische Geschichte und Literatur.)

Außerdem fanden hier im Berichtsjahre folgende, oben nicht mitgezählte Vorträge statt:

1. Im Konservatorium für Musik setzten Stadtpfarrer D. Hesselbacher und Hofrat Ordenstein ihre im Oktober 1918 begonnenen Vorträge fort; der erstere sprach über die neuere deutsche Literatur von Grabbe bis Hebbel, der letztere über Richard Wagner und seine Nachfolger.

2. Im Frühjahr 1919 wurden in der Technischen Hochschule folgende Handels-hochschulkurse abgehalten: Über den Handelskauf nach deutschem Handelsrecht sprach Oberlandesgerichtsrat Mainhard, über allgemeine Staatslehre Ministerialrat

Dr. Ritter, über das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft, dann über soziale Kämpfe und soziale Ideen Professor Dr. von Zwiédineß-Südenhorst, über Sondergebiete der Warenherstellung Professor Dr. E. Arnold und Professor G. Lindner, über Russische Geschichte Geheimrat Direktor Dr. Häußner. Die Besuchsgebühren betrugen für sämtliche Kurse für Angestellte 12 Mk., für Nichtkaufleute 20 Mk.

3. für die Volks-Hochschulkurse im Frühjahr 1919 an der Technischen Hochschule waren folgende Themen angegeben: Aus Kultur und Gesellschaft: „Die menschlichen Sinnesorgane nach Bau und Leistung“ (mit Versuchen). „Die Wohnung der Seele.“ „Die Grundlagen der deutschen Bildung.“ „Grundfragen der Religionsphilosophie.“ „Erziehungsfragen der Neuzeit.“ „Die Kultur im Mittelalter.“ „Die große französische Revolution.“ „Beobachtungen über die politischen und gesellschaftlichen Zustände in England.“ „Schillers Jugenddramen.“ „Aus deutscher Volkskunde (familiennamen, Volkssprache, Volkslied).“ „Die Baustile von der ältesten bis zur neuesten Zeit“ (mit Lichtbildern). Aus Wirtschaft und Technik: „Verkehrs- und Transportwesen.“ „Preisbildung und Lohnfragen.“ „Aus der Geschichte der Genossenschaftsbewegung.“ „Die Gewerkschaften.“ „Gesundheitspflege im Beruf.“ „Nahrungs- und Genußmittel.“ „Die neuesten Forschungen über Radium und das Wesen der Materie.“ „Die Grundgesetze der Mechanik und ihre Anwendung zum gewöhnlichen Leben und zur Technik.“ „Neuere Bautechnik.“ Die Hörgebühr betrug für jede Vortragsreihe 3 Mk.

4. In der Privathandelschule Merkur hielt Hans Peter mehrere Vortragsreihen über theoretische und praktische Reklame.“

2. Werke Karlsruher Schriftsteller.

Wir teilen hier die im Berichtsjahr von in Karlsruhe lebenden Verfassern herrührenden literarischen Erscheinungen mit, soweit uns solche bekannt sind:

Dieß, Dr., Eduard, Rechtsanwalt. Entwurf einer Badischen Verfassung.
Geiger, Albert (?). Mutter. Roman.

Glockner, Karl, Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, Weill, Dr.,
Friedrich, Rechtsanwalt, Zehnter, Dr., Johann, Oberlandesgerichts-
präsident. Entwurf einer Verfassungsurkunde für den freien Volksstaat
Baden.

Grolman, ~~Friedrich~~ ^{Friedrich}, von. Hölderlins Hyperion. Stilkritische Studien zum
Problem der Entwicklung dichterischer Ausdrucksformen.

Madlinger, Ferdinand (Professor Rudolf Wilhelm). Steinacher Leut.
Kleinstadtgeschichten.

Ritter, Dr., Erwin, Ministerialrat. Auf dem Wege zum Volksstaat.

Röder, Adam, Redakteur. Konservative Zukunftspolitik.

Röder, Adam, Redakteur. Die Zukunft des badischen Landestheaters.

Seydner, Albert. Gott wird! 7 Predigten.

Zehnter, Dr., Johann. Die Badische Verfassung. Sammlung deutscher
Gesetze 42.

Schülerzahl Karlsruher Schulen.

	Schuljahr	
I. Städtische Schulen.	1917/18 ¹⁾	1918/19 ¹⁾
1. Goetheschule	680	816
2. Humboldtschule	481 ²⁾	496 ²⁾
3. Oberrealschule	560 ³⁾	653 ³⁾
4. Realschule	458 ⁴⁾	518 ⁴⁾
5. Lessingschule	675 ⁵⁾	697 ⁵⁾
6. Fichteschule	837 ⁶⁾	908 ⁶⁾
7. Gewerbeschule	1560 ⁷⁾	2575 ⁷⁾
8. Dem Rektorat unterstellte Schulen:		
a) Erweiterte Knabenschule	6 076	5 826
b) Erweiterte Mädchenschule	6 803	6 578
c) Hilfsschule für Knaben	136	144
d) Hilfsschule für Mädchen	132	142
e) Knabenvorschule	1 004	1 009
f) Bürgerschule	792	813
g) Töchterchule	1 731 ⁸⁾	1 814 ⁸⁾
h) Knabenfortbildungsschule	743	705
i) Mädchenfortbildungsschule	697	676
k) Sophienschule	128	116
Zusammen a—k	18 242	17 823

¹⁾ Die Zahlen beziehen sich, wenn nichts anderes bemerkt ist, auf den Stand am Schlusse des Schuljahres.

²⁾ Stand am 16. Juni 1918, bezw. 25. Juni 1919.

³⁾ Stand am 1. Juli 1918, bezw. 1. Juli 1919.

⁴⁾ Stand am 1. Juni 1918, bezw. 1. Juni 1919.

⁵⁾ Stand am 1. Juli 1918, bezw. 25. Juni 1919. Unter der oben angegebenen Zahl befanden sich 1917/18 141 und 1918/19 142 Schülerinnen des Mädchengymnasiums.

⁶⁾ Stand am 1. Juli 1918, bezw. 1. Juli 1919.

⁷⁾ Stand am 1. Dezember 1917 bezw. 1. Dezember 1918.

⁸⁾ Davon besuchten die Selektia 1917/18 52 und 1918/19 66.

II. Staatliche Schulen.	Schuljahr	
	1917/18	1918/19
9. Akademie der bildenden Künste	20	64
10. Baugewerkschule	61	61
11. Gymnasium	483	582
12. Kunstgewerbeschule	120	144
13. Lehrerseminar I	74	231
14. Lehrerseminar II	52	217
15. Übungsschule des Lehrerseminars I	128	124
16. Übungsschule des Lehrerseminars II . . .	163	161
17. Lehrerinnenseminar	91	86
III. Schulen des Badischen Frauenvereins.		
18. Frauenarbeitschule mit Oberseminar für Hand- arbeitslehrerinnen	170	159
19. Haushaltungsschule des Friedrichstiftes . .	23	21
20. Haushaltungsschule (Herren-Straße 39) . .	66	66
21. Kochschule (Herrenstraße 39)	104	114
22. Kochschule im Luisenhaus	— ¹⁾	26
23. Kochschule der Mädchenfürsorge	17	24
24. Unterseminar für Handarbeitslehrerinnen . .	76	77
25. Seminar zur Ausbildung von Haushaltungs- lehrerinnen	48	55
26. Kunststickereischule:		
a) 3 jähriger Kurs	15	29
b) 3 monatlicher Kurs	9	27
27. Soziale Frauenschule	32	43
28. Fröbelseminar:		
a) Kinderpflegerinnen	26	40
b) Kindergärtnerinnen	54	64
c) Jugendleiterinnen	—	32
29. Kinderpflegerinnen-Institut	4	4
30. Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnenschule	32	27
IV. Privatschulen.		
31. Konservatorium für Musik	1040	—
32. Münz'sches Konservatorium	1010	1200
33. Malerinnenschule	18	9
34. Pädagogium (Schmidt und Wiehl) ²⁾ . . .	110	84
35. Viktoriafschule	274	271 ³⁾
36. Viktoria pensionat	62	62

¹⁾ Nach dem Kriege erst 1918/19 wieder eröffnet.

²⁾ Das im Jahre 1874 gegründete Institut fecht wurde am 1. April 1919 der Höheren Handelsschule in Kirchheim-Teck angegliedert.

³⁾ Stand vom 1. Februar 1919.

V. Übersicht über den Besuch der Technischen Hochschule im Studienjahr 1918/19.

	Wintersemester 1918/19 nach dem Stand vom 13. Januar 1919			Sommersemester 1919		
	Or- dentl. Studie- rende	Außer ordentl. Studie- rende	im ganzen	Or- dentl. Studie- rende	Außer ordentl. Studie- rende	im ganzen
Allgemeine Abteilung	60	—	60	39	2	41
Abteilung für Architektur	120	27	147	116	17	133
Abteilung für Ingenieurwesen	263	13	276	192	11	203
Abteilung für Maschinenwesen	379	51	430	283	22	305
Abteilung für Elektrotechnik	125	16	141	138	9	147
Abteilung für Chemie	192	7	199	209	11	220
Abteilung für Forstwesen	34	—	34	20	1	21
	1173	114	1287	997	73	1070
Gäste	—	—	205	—	—	131
			1492			1201
Davon waren beurlaubt, weil im Felde stehend	560	68	628	—	—	—
Mithin haben an den Vorlesungen teil- genommen	613	46	864	—	—	—
	659 Studie- rende und 205 Gäste					

Im Wintersemester befanden sich unter den immatrikulierten Studierenden 22 Damen und zwar 6 in der Allgemeinen Abteilung, 14 in der Abteilung für Architektur und 12 in der Abteilung für Chemie; im Sommersemester waren es 18 Damen und zwar 5 in der Allgemeinen Abteilung, 3 in der Abteilung für Architektur und 10 in der Abteilung für Chemie. Unter den 205 Gästen des Wintersemesters befanden sich 120 Damen und unter den 131 Gästen des Sommersemesters 57 Damen. Von den 1287 immatrikulierten Studierenden des Winters waren 680 Badener, 558 aus anderen deutschen Staaten und 49 Ausländer; im Sommer waren es 665 Badener, 364 aus anderen deutschen Staaten und 41 Ausländer.

Statistik der Bevölkerungsvorgänge 1919.

Zif. Nr.	Todesursachen	Es starben in den einzelnen Monaten *)												Zusammen
		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	
1	Angeborene Lebensschwäche	6	8	8	5	10	3	8	19	7	8	19	11	112
2	Alterschwäche	9	9	11	11	6	4	3	11	5	9	17	11	106
3	Kindbettfieber	1	—	2	—	—	—	1	—	—	2	—	3	9
4	Andere Folgen der Geburt und Schwangerschaft . .	—	—	2	—	—	—	—	—	—	1	3	1	7
5	Scharlach	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	2
6	Masern und Röteln	—	—	2	—	—	—	1	—	—	—	—	—	3
7	Diphtherie und Krupp . . .	4	1	4	—	1	—	—	2	2	2	4	—	20
8	Keuchhusten	1	1	1	2	—	—	—	—	1	—	—	—	6
9	Typhus (ausschließlich Para- typhus)	—	1	1	—	—	1	—	1	—	—	1	1	6
10	Akuter Gelenkrheumatismus	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
11	Übertragbare Tierkrankheit.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	Rose	1	—	1	—	—	—	1	—	1	—	1	—	5
13	Starrkrampf	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	—	3
14	Blutvergiftung	—	1	2	1	2	—	1	2	1	3	5	6	24
15	Tuberkulose der Lunge . . .	29	31	24	30	26	21	24	25	21	9	21	19	280
16	Tuberkulose anderer Organe (auch Skrofukulose)	3	4	3	8	6	6	11	4	3	5	6	3	62
17	Akute allgem. Miliartuber- kulose	2	3	1	2	—	—	—	2	—	1	3	3	17
18	Rungenentzündung	20	17	15	21	17	6	9	5	5	9	17	12	153
19	Influenza, spanische Grippe	22	14	8	4	5	1	—	1	1	3	1	1	61
20	Venerische Krankheiten . .	2	1	—	1	1	—	—	1	—	—	1	—	7
21	Andere übertragbare Krank- heiten	—	1	1	1	—	2	—	2	16	15	1	—	39
22	Zuckerkrankheit (ausschließ- lich Diabetes insipidus) . .	1	1	—	1	1	—	—	1	2	1	1	2	11
23	Alkoholismus	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	3
24	Entzündungen und Katarre des Kehlkopfes, der Luft- röhre und der Bronchien . .	10	4	3	4	6	3	1	1	2	6	8	3	51
25	Sonstige Krankheiten der Atemungsorgane	3	7	6	5	3	1	2	3	1	4	3	1	39
26	Organische Herzleiden . . .	8	7	7	8	5	5	8	7	2	9	11	12	89
27	Herzschlag, Herzlähmung (ohne nähere Angabe des Grundleidens)	5	4	7	3	4	5	7	5	6	11	6	8	71

*) Ohne die gefallenen oder gestorbenen Krieger.

Nr.	Todesursachen	Es starben in den einzelnen Monaten *)												
		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Zusammen
28	Arterienverkalkung	3	5	2	4	1	2	—	3	1	4	6	3	34
29	Sonstige Herz- und Blut- gefäßkrankheiten	—	4	4	6	3	1	4	1	2	2	2	4	33
30	Gehirnschlag	9	8	12	8	5	8	6	6	5	4	14	8	93
31	Geisteskrankheit	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	3
32	Krämpfe (ausschließlich Zahnkrämpfe usw.)	3	2	1	3	3	1	2	2	5	3	1	6	32
33	Sonstige Krankheiten des Nervensystems	1	4	5	3	5	4	4	4	3	3	6	3	45
34	Atrophie der Kinder	—	1	—	—	—	1	—	3	4	4	3	—	16
35	Brechdurchfall	—	—	—	—	—	—	—	1	3	1	—	—	5
36	Magen- und Darmkatarrh. Durchf., Cholera nostras . .	4	2	3	5	6	2	1	7	13	6	—	—	49
37	Blinddarmenzündung . . .	1	2	2	—	—	2	1	1	6	3	—	2	20
38	Krankheiten der Leber und Gallenblase	2	—	3	4	—	2	7	4	2	2	2	1	29
39	Sonstige Krankheiten der Verdauungsorgane	6	7	4	4	5	8	7	3	6	4	2	6	62
40	Nierenentzündung	3	5	4	2	3	4	5	5	5	2	3	5	46
41	Sonstige Krankheiten der Harn- u. Geschlechtsorg.	3	1	1	—	2	3	1	2	1	1	2	1	18
42	Krebs	16	13	11	17	16	14	13	13	16	10	14	7	160
43	Sonstige Neubildungen . . .	2	1	—	2	2	—	—	4	1	1	4	3	20
44	Krankheiten der äußeren Bedeckungen	1	1	2	1	3	—	1	—	—	—	—	—	9
45	Krankheiten der Bewegungs- organe	1	—	1	3	—	2	2	1	—	1	—	2	13
46	Selbstmord	3	1	3	1	2	2	3	4	2	4	1	1	27
47	Mord und Totschlag, sowie Hinrichtung	—	1	2	—	1	—	—	1	3	—	3	1	12
48	Verunglückung und andere gewaltsame Einwirkungen . .	5	6	6	3	7	4	4	6	4	1	4	3	53
49	Andere benannte Todesurs.	—	2	—	—	2	2	1	2	2	5	—	2	18
50	Todesursache nicht angegeben	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Zusammen: Gestorbene aus- schließl. der Totgeborenen		192	182	175	174	159	120	140	166	161	159	200	157	1985
darunter gestorben im Alter bis unter 1 Jahr		23	19	17	16	24	9	13	36	36	29	29	21	272
Lebendgeborene		176	174	182	154	149	179	173	268	316	331	340	301	2743
Totgeborene		5	3	1	9	5	7	8	6	6	12	9	9	80
Geburtenüberschuß(+). Über- schuß an Gestorbenen (—)		—16	—8	+7	—20	—10	+59	+33	+102	+155	+172	+140	+144	+758

*) Ohne die gefallenen oder gestorbenen Krieger.